

Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für
ausländisches und internationales Strafrecht

Sammlung ausländischer Strafgesetzbücher in Übersetzung

Herausgegeben von Ulrich Sieber und Hans-Jörg Albrecht

Band G 125

– Zweisprachige Ausgabe –



Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht

Die türkische Strafprozessordnung Ceza Muhakemesi Kanunu

vom 4. Dezember 2004
nach dem Stand vom 6. Januar 2017

Deutsche Übersetzung und Einführung von
Mehmet Arslan



Duncker & Humblot • Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

<https://doi.org/10.30709/978-3-86113-792-4>

Alle Rechte vorbehalten

© 2017 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.
c/o Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht
Günterstalstraße 73, 79100 Freiburg i.Br.

<http://www.mpicc.de>

Vertrieb in Gemeinschaft mit Duncker & Humblot GmbH, Berlin
<http://www.duncker-humblot.de>


Umschlagbild: © www.justmedia.de

Druck: Stückle Druck und Verlag, Stückle-Straße 1, 77955 Ettenheim
Printed in Germany

ISSN 1862-9377

ISBN 978-3-86113-792-4 (Max-Planck-Institut)

ISBN 978-3-428-15320-6 (Duncker & Humblot)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 

Vorwort

Die türkische Strafprozessordnung von 1929 (tStPO) wurde zuerst im Jahr 1981 von Herrn Prof. Dr. *Ayhan Önder* ins Deutsche übersetzt, gefolgt von der Übersetzung von Frau Dr. *Silvia Tellenbach*. Beide Übersetzungen waren nach der Einführung der neuen tStPO von 2004 nicht mehr aktuell. Die Idee, die geltende türkische Strafprozessordnung ins Deutsche zu übersetzen, entstand während meines Magister- und Doktorstudiums an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Hier habe ich mich im Rahmen einer Rechtsvergleichung von deutschem und türkischem Strafverfahrensrecht mit einigen Vorschriften der tStPO von 2004 gründlich auseinandergesetzt und mehrere Paragraphen übersetzt. Daraus hat sich schließlich das Projekt einer Übersetzung des gesamten Textes entwickelt.

Eine englische Übersetzung der tStPO, die bisher im deutschsprachigen Raum oft herangezogen wurde, ist bereits 2004 von Herrn Prof. Dr. *Feridun Yenisey* herausgegeben worden. Die folgende Arbeit soll diese ergänzen, unterstützen und einen Beitrag dazu leisten, den Rechtsvergleich zwischen Deutschland und der Türkei zu fördern. Die Notwendigkeit einer solchen Textbasis als Recherchemöglichkeit wurde mir während des Übersetzens besonders deutlich vor Augen geführt: Erst im Vergleich zeigt sich, inwieweit der türkische Gesetzgeber von der deutschen Strafprozessordnung Gebrauch gemacht hat und wie weit sich die beiden Strafprozessordnungen im Gesetzestext unterscheiden. Diesen Rechtsvergleich ausarbeiten und darzustellen hätte den Rahmen dieser Arbeit gesprengt; deshalb enthält sie lediglich eine Einführung in das türkische Strafprozessrecht. Den Grundstein für zukünftige rechtsvergleichende Forschung soll sie dennoch legen.

An dieser Stelle danke ich herzlich Herrn Prof. Dr. *Ulrich Sieber* für seine großzügige Unterstützung, die die Realisierung meines Vorhabens in vielerlei Hinsicht erst möglich gemacht hat. Herrn Prof. Dr. *Yenisey* und Frau Dr. *Tellenbach* möchte ich für den regen fachlichen Austausch, unschätzbare Hinweise und wertvolle Anregungen meinen Dank aussprechen. Frau *Irene Kortel* gilt mein Dank für die herausragende Professionalität, mit der sie die Übersetzung lektoriert hat, und ihren großen persönlichen Einsatz.

Freiburg, April 2017

Mehmet Arslan

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI

Einführung in das türkische Strafprozessrecht

I. Historischer Überblick	1
A. Osmanisches Strafverfahrensrecht	1
1. Klassische Phase	1
2. Osmanische Strafprozessordnung	2
B. Recht der Türkischen Republik	2
1. Strafprozessordnung von 1929	2
2. Strafprozessordnung von 2004	6
3. Recht im Ausnahmezustand	9
II. Organisation der Strafgerichte	11
III. Gang des Strafverfahrens	12
A. Erkenntnisverfahren	12
1. Ermittlungsverfahren	13
a) Grundsätze des Ermittlungsverfahrens	13
b) Durchführung des Ermittlungsverfahrens	16
2. Abschluss des Ermittlungsverfahrens	22
a) Einstellung des Verfahrens	22
b) Prozessvoraussetzungen	22
3. Zwischenverfahren	23
4. Hauptverfahren	24
a) Eröffnung und Vorbereitung der Hauptverhandlung	24
b) Durchführung der Hauptverhandlung	25
c) Gerichtliche Beweisaufnahme	31
d) Beweisgrundsätze der tStPO	34
e) Urteil	39
f) Rechtskraft	40
B. Rechtsmittelverfahren	40
1. Im Allgemeinen	40
2. Ordentliche Rechtsmittel	41
a) Beschwerde	41

b) Berufung	42
c) Revision	44
C. Vollstreckungsverfahren	48
1. Voraussetzungen	48
2. Berechnung der Strafzeit	49
3. Bedingte Entlassung / alternative Vollzugsmethoden / Vollzugsbewährung	50
4. Rechtsschutz	52
IV. Ausblick	52
Literaturverzeichnis	54

Die türkische Strafprozessordnung

Erstes Buch:

Allgemeine Vorschriften

Erster Teil: Umfang, Definitionen, sachliche und örtliche Zuständigkeit (§§ 1–32)	61
1. Abschnitt: Umfang und Definitionen (§§ 1–2)	61
2. Abschnitt: Sachliche Zuständigkeit (§§ 3–7)	63
3. Abschnitt: Zusammenhängende Sachen (§§ 8–11)	64
4. Abschnitt: Örtliche Zuständigkeit (§§ 12–21)	65
5. Abschnitt: Ausschließung und Ablehnung des Richters (§§ 22–32)	71
Zweiter Teil: Entscheidungen, Verkündung und Zustellung, Fristen und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§§ 33–42)	77
1. Abschnitt: Entscheidungen, Verkündung und Zustellung (§§ 33–38/A)	77
2. Abschnitt: Fristen und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§§ 39–42)	81
Dritter Teil: Zeugenschaft, Begutachtung durch Sachverständige und Augenschein (§§ 43–89)	83
1. Abschnitt: Zeugenschaft (§§ 43–61)	83
2. Abschnitt: Begutachtung durch Sachverständige (§§ 62–73)	92
3. Abschnitt: Unterbringung zur Beobachtung, Untersuchung, Augenschein und Leichenöffnung (§§ 74–89)	101
Vierter Teil: Sicherungsmaßnahmen (§§ 90–144)	111
1. Abschnitt: Festnahme und Gewahrsam (§§ 90–99)	111
2. Abschnitt: Untersuchungshaft (§§ 100–108)	119
3. Abschnitt: Justizielle Kontrolle (§§ 109–115)	126
4. Abschnitt: Durchsuchung und Beschlagnahme (§§ 116–134)	132
5. Abschnitt: Überwachung des Telekommunikationsverkehrs (§§ 135–138)	149

6. Abschnitt:	Verdeckter Ermittler und Observation durch technische Mittel (§§ 139–140)	155
7. Abschnitt:	Entschädigung wegen Sicherungsmaßnahmen (§§ 141–144)	159
Fünfter Teil: Befragung und Vernehmung (§§ 145–148)		164
1. Abschnitt:	Ladung zu einer Befragung oder Vernehmung (§§ 145–146) ...	164
2. Abschnitt:	Art und Weise der Befragung und der Vernehmung (§§ 147–148)	166
Sechster Teil: Verteidigung (§§ 149–156)		168
1. Abschnitt:	Wahl, Beiordnung, Aufgaben und Befugnisse des Verteidigers (§§ 149–156)	168
Zweites Buch:		
Ermittlungsverfahren		
Erster Teil: Anzeigen von Straftaten und Ermittlungsverfahren (§§ 157–169)		175
1. Abschnitt:	Nichtöffentlichkeit des Ermittlungsverfahrens, Strafanzeige (§§ 157–159)	175
2. Abschnitt:	Ermittlungsmaßnahmen (§§ 160–169)	176
Zweiter Teil: Erhebung der öffentlichen Klage (§§ 170–174)		183
1. Abschnitt:	Erhebung der öffentlichen Klage (§§ 170–171)	183
2. Abschnitt:	Einstellung des Verfahrens, Beschwerde und Rückgabe der Anklageschrift (§§ 172–174)	186
Drittes Buch:		
Hauptverfahren		
Erster Teil: Durchführung des Strafprozesses (§§ 175–222)		190
1. Abschnitt:	Vorbereitung der Hauptverhandlung (§§ 175–181)	190
2. Abschnitt:	Hauptverhandlung (§§ 182–202)	194
3. Abschnitt:	Ordnung und Disziplin in der Hauptverhandlung (§§ 203–205)	203
4. Abschnitt:	Beweisaufnahme und Erörterung von Beweisen (§§ 206–218)	204
5. Abschnitt:	Hauptverhandlungsprotokoll (§§ 219–222)	210
Zweiter Teil: Abschluss der öffentlichen Klage (§§ 223–232)		212
1. Abschnitt:	Abschluss der Hauptverhandlung und Urteil (§§ 223–225)	212
2. Abschnitt:	Änderung der Bezeichnung der Tat (§ 226)	215
3. Abschnitt:	Beschluss und Urteil (§§ 227–232)	215

**Viertes Buch:
Verletzter, Strafantragsteller, mit seinem Vermögen
Haftender, Nebenkläger**

Erster Teil: Rechte des Verletzten sowie des Strafantragstellers (§§ 233–236)	223
Zweiter Teil: Anschluss an die öffentliche Klage (§§ 237–243)	226

**Fünftes Buch:
Besondere Arten des Verfahrens**

Erster Teil: Verfahren gegen Abwesende und Flüchtige, Vertretung juristischer Personen im Ermittlungs- und Hauptverfahren, Verfahren bei bestimmten Straftaten (§§ 244–252)	229
1. Abschnitt: Verfahren gegen Abwesende (§§ 244–246)	229
2. Abschnitt: Verfahren gegen Flüchtige (§§ 247–248)	230
3. Abschnitt: Vertretung juristischer Personen im Ermittlungs- und Hauptverfahren (§ 249)	234
4. Abschnitt: Verfahren bei einigen Straftaten (§§ 250–252)	234
Zweiter Teil: Einigung und Einziehung (§§ 253–259)	235
1. Abschnitt: Einigung (§§ 253–255)	235
2. Abschnitt: Verfahren bei Einziehungen (§§ 256–259)	242

**Sechstes Buch:
Rechtsmittel**

Erster Teil: Allgemeine Vorschriften (§§ 260–266)	244
2. Abschnitt: Verfahren bei Einziehungen (§§ 264–266)	246
Zweiter Teil: Ordentliche Rechtsmittel (§§ 267–307)	247
1. Abschnitt: Beschwerde (§§ 267–271)	247
2. Abschnitt: Berufung (§§ 272–285)	251
3. Abschnitt: Revision (§§ 286–307)	258
Dritter Teil: Außerordentliche Rechtsmittel (§§ 308–323)	269
1. Abschnitt: Beschwerdebefugnis des Generalstaatsanwalts (§ 308)	269
2. Abschnitt: Aufhebung zugunsten des Gesetzes (§§ 309–310)	270
3. Abschnitt: Wiederaufnahme des Verfahrens (§§ 311–323)	272

**Siebttes Buch:
Kosten des Verfahrens und verschiedene Vorschriften**

Erster Teil: Kosten des Verfahrens (§§ 324–330)	279
Zweiter Teil: Verschiedene Vorschriften (§§ 331–335)	282
Stichwortverzeichnis	286

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
Annales	Annales de la Faculté de Droit d'Istanbul
Art.	Artikel
AYM	Anayasa Mahkemesi (Verfassungsgericht)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ders.	derselbe
dStPO	Deutsche Strafprozessordnung
E.	Esas (Rechtssache)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
Entsch.	Entscheidung
f./ff.	folgende/fortfolgende
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
K.	Karar (Entscheidung)
kazancı	Kazancı Bilgi Bankası (Kazancı Datenbank)
KGH	Kassationsgerichtshof (Yargıtay)
KHK	Kanun Hükmünde Karamame (Verordnung mit Gesetzeskraft)
lit.	Litera
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Nr.	Nummer
oStPO	Osmanische Strafprozessordnung

Protokollzeitschrift	Protokollzeitschrift der Großen Nationalversammlung der Türkei (Türkiye Büyük Millet Meclisi Tutanaklar Dergisi)
R.G.	Resmi Gazete (Amtsblatt)
S.	Seite / Satz
sog.	sogenannte/r
tGVG	Türkisches Gerichtsverfassungsgesetz
TKÜ	Telekommunikationsüberwachung
tOWiG	Türkisches Ordnungswidrigkeitengesetz
tPOIG	Türkisches Polizeigesetz
tStGB	Türkisches Strafgesetzbuch
tStPO	Türkische Strafprozessordnung
tStVollzG	Türkisches Strafvollzugsgesetz
tVerf	Türkische Verfassung
tVerfG	Türkisches Verfassungsgericht
tVerfGG	Türkisches Verfassungsgerichtsgesetz
tZSchG	Türkisches Zeugenschutzgesetz
u.a.	unter anderem
Urt.	Urteil
v.	von/vom
Verfbeschw.	Verfassungsbeschwerde
vgl.	vergleiche
YCD	Yargıtay Ceza Dairesi (Strafsenat des Kassationsgerichtshofs)
YCGK	Yargıtay Ceza Genel Kurulu (Großer Strafsenat des Kassationsgerichtshofs)
YD	Yargı Dergisi (Zeitschrift der Justiz)
YKD	Yargıtay Kararları Dergisi (Zeitschrift der Kassationsgerichtshofsentscheidungen)
ZDMG	Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
Zus.	Zusatzparagraph

Einführung in das türkische Strafprozessrecht

I. Historischer Überblick

Die Geschichte des türkischen Strafverfahrensrechts umfasst historisch betrachtet zwei Perioden: das Osmanische Reich und die Türkische Republik.

A. Osmanisches Strafverfahrensrecht

1. Klassische Phase

In seiner klassischen Form kennt das osmanische Strafverfahrensrecht keine eigenständige Institution als Ermittlungs- oder Anklagebehörde, sondern nur den Richter (*kadı*). Das Verfahren mit dem Vorwurf der Begehung einer Straftat, durch die bestimmte Rechtsansprüche Gottes, von Privatpersonen oder der Allgemeinheit verletzt werden,¹ musste vor dem zuständigen Einzelrichter grundsätzlich auf Initiative der örtlichen Verwaltung, des Verletzten oder einer dritten Person eingeleitet werden. Neben dem akkusatorischen Charakter zeichnete sich das Verfahren durch die adversatorische Verfahrensführung des Richters aus.² Die Prozessparteien selbst hatten ihre Tatsachenbehauptungen zu beweisen. Dem Richter oblag nur, über die Zulässigkeit von Beweismitteln zu entscheiden und nach anerkannten Beweisregeln die Schuld und die Rechtsfolge festzustellen.³

Um die Verhängung einer schweren sog. *hadd*-Strafe zu rechtfertigen,⁴ waren lediglich zwei Beweismittel zulässig: das Geständnis des Beschuldigten und der Zeugenbeweis.⁵ Zwar konnte der Kläger den Beschuldigten, der den Vorwurf bestritt, dadurch zu einem Geständnis bewegen, dass er ihm einen Eid auferlegte.

¹ Vgl. *Johansen*, ZDMG 1977, 480; *Tellenbach*, 70 Jahre nach der Gründung, S. 146; *Peters*, Crime and Punishment, S. 7.

² *Johansen*, ZDMG 1977, 484; *Centel/Zafer*, S. 24.

³ Zu den zulässigen Beweismitteln im Strafverfahren siehe eingehend *Peters*, Crime and Punishment, S. 12 ff.; *Feyzioğlu*, S. 47.

⁴ Eine solche Strafe wird im Scharia-Strafrecht für die Gruppe von Straftaten verhängt, die Rechtsansprüche Gottes verletzen, namentlich illegaler Geschlechtsverkehr, Verleumdung wegen illegalen Geschlechtsverkehrs, Weingenuss, Diebstahl und Straßenraub. Die zweite Gruppe, die dem Schutz von persönlichen Rechtsansprüchen dient, besteht aus Tötung und Körperverletzung und zieht *qisas*-Strafe, also *talio*, oder Blutgeld (*diya*) nach sich. Die dritte Gruppe von Straftaten, nämlich *tazir*, enthält weder konkrete Tatbestände noch Strafen; hierzu siehe *Johansen*, ZDMG 1977, 480.

⁵ *Johansen*, Die Welt des Islams 1979, 44.

Die Eidverweigerung seitens des Beschuldigten an sich stellte jedoch kein zulässiges Beweismittel dar, um dessen Schuld für die Verurteilung zu einer *hadd*-Strafe hinreichend zu beweisen.⁶

Das strenge Beweisverfahren sowie die strengen Beweisregeln galten jedoch nur, solange es im Strafverfahren um die Verurteilung zu einer *hadd*-Strafe ging.⁷ War der Schuldnachweis durch Strengbeweis nicht zu erbringen oder war eine eigenständige sog. *tazir*-Straftat Gegenstand des Verfahrens,⁸ so konnte das osmanische Strafverfahrensrecht durchaus Indizienbeweise und die freie Beweiswürdigung.⁹

2. Osmanische Strafprozessordnung

Änderungen in diesen Grundzügen erfuhr das osmanische Strafverfahrensrecht zuletzt durch die Einführung der sog. Ordnungsgerichte (*nizâmiye mahkemeleri*) im Jahr 1864 sowie der Strafprozessordnung von 1879 (oStPO),¹⁰ die sich jeweils an das französische Recht anlehnten.¹¹ Nach dem neuen Recht war dem inquisitorischen Gerichtsverfahren vor Ordnungsgerichten ein Ermittlungsverfahren vorgeschaltet, das durch die Staatsanwaltschaft und die Polizei als ihr Hilfsorgan durchzuführen war (§§ 8 Abs. 1, 20 Abs. 1, 29 ff. oStPO). Außerdem galten nun die strengen Beweisregeln des klassischen osmanischen Rechts nicht mehr. Insbesondere die Aussagen von Zeugen und Beschuldigten unterlagen nunmehr der freien richterlichen Beweiswürdigung (vgl. §§ 143, 144, 173, 295, 311 oStPO).¹²

B. Recht der Türkischen Republik

1. Strafprozessordnung von 1929

Mit der Gründung der Türkischen Republik am 29. Oktober 1923 wurde eine umfassende Rechtsreform auf den Weg gebracht. Die politischen Bestrebungen der jungen Republik zielten darauf ab, die gesamte Rechtsordnung auch hinsichtlich

⁶ *Bayındır*, S. 125; *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 400 f.

⁷ *Johansen*, ZDMG 1977, 480.

⁸ Hierzu siehe etwa *Plagemann*, S. 67 f.

⁹ *Peters*, Crime and Punishment, S. 16; siehe außerdem hierzu eingehend *Johansen*, Vom Wort- zum Indizienbeweis: die Anerkennung der richterlichen Folter in islamischen Rechtsdoktrinen des 13. und 14. Jahrhunderts, *Ius Commune* 2001, 1–46.

¹⁰ Siehe die deutsche Übersetzung von *Padel*, Die Ottomanische Strafprozessordnung, Berlin 1905.

¹¹ M.w.N. *Tellenbach*, 70 Jahre nach der Gründung, S. 146; *Centel/Zafer*, S. 25; zu fortbestehenden Einflüssen des französischen Rechts etwa auf die Sitzposition des Staatsanwalts im Gerichtssaal siehe *Tezcan*, Sitzordnung im Gerichtssaal, S. 102.

¹² Hierzu siehe ausführlich *Petrov*, Comparative Studies in Society and History 46/2004, 730–759; *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 414 ff.

des Strafverfahrensrechts „entsprechend den Erfordernissen des Rechtsverständnisses des neuen Türkischen Staates“ vollständig zu „modernisieren“. ¹³ Darunter wurde grundsätzlich die Rezeption des „westlichen Rechts“ verstanden. ¹⁴

Nach anfänglichem Schwanken, ob die neue Strafprozessordnung zur Ersetzung der oStPO von 1879 an die italienische oder die deutsche StPO angelehnt sein sollte, entschied man sich für die deutsche StPO in der Fassung von 1926. ¹⁵ Neben der dStPO von 1926 wurden auch Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Öffentlichkeit und Ordnung der Hauptverhandlung (§§ 169 ff.) sowie Beratung und Abstimmung (§§ 192 ff.) in §§ 373 ff. und in §§ 381 ff. tStPO von 1929 übernommen.

Die dStPO ist allerdings nicht vollständig rezipiert worden. Insbesondere die Bestimmungen über Schöffen und Berufung wurden nicht in die tStPO von 1929 übernommen. „Entsprechend eigenen Bedürfnissen wurden neue Vorschriften vorgesehen und gerichtsorganisatorische Änderungen“ vorgenommen. ¹⁶ Eine wichtige Abweichung von der dStPO von 1926 bestand in der Ausgestaltung des Rechtsmittelverfahrens. Zum einen sind zwei neuartige Rechtsbehelfe eingeführt worden, ¹⁷ nämlich die Befugnis des Generalstaatsanwalts (§ 332 Abs. 4 ff. tStPO von 1929), im Revisionsverfahren gegen die Entscheidungen von Strafsenaten beim Großen Strafsenat Beschwerde einzulegen, und die Befugnis des Justizministers, durch eine Anweisung die ohne eine Revision rechtskräftig gewordenen Entscheidungen von erstinstanzlichen Gerichten vom Kassationsgerichtshof (KGH) überprüfen zu lassen (§ 343 tStPO von 1929). ¹⁸ Zum anderen hat der KGH seine Kompetenz, das Urteil und das Verfahren auf Rechtsfehler hin zu überprüfen, erweitert und zwar auf eine umfassende Prüfung in der Sache, nämlich ob die Schuld- und Rechtsfolgenfrage im Urteil korrekt beantwortet wurden. Diese eher tatinstanzliche Tätigkeit nimmt er auf Grundlage des Akteninhalts (vgl. § 221 Abs. 1 lit. c, d und e tStPO von 2004) in einem nichtöffentlichen und schriftlichen Verfahren vor (§§ 39 Abs. 1, 40 Abs. 1 tKGHG). ¹⁹

¹³ Begründung der tStPO von 1929, S. 1, Protokollzeitschrift 3. Periode 10. Band 48. Sitzung („yeni Türk rejiminin istilzam ettiđi hukukî manaya göre“).

¹⁴ *Gürelli*, Annales 45/1983, 148; hierzu eingehend *Plagemann*, S. 165 ff.

¹⁵ Protokollzeitschrift 3. Periode 10. Band 48. Sitzung, S. 15; *Önder*, Einleitung, Annales 44/1981, 176 f.; *Tellenbach*, 70 Jahre nach der Gründung, S. 147; *Yenisey*, ZStW 109/1997, 243; *Centel/Zafer*, S. 27.

¹⁶ Protokollzeitschrift 3. Periode 10. Band 48. Sitzung, S. 15 und die Begründung S. 4; siehe auch *Gürelli*, Annales 45/1983, 149; *Yenisey*, Annales 41/1978, 329; *Tellenbach*, 70 Jahre nach der Gründung, S. 162.

¹⁷ Hierzu siehe *Önder*, Einleitung, Annales 44/1981, 190.

¹⁸ Diese Befugnis wird nun in der neuen tStPO als Aufhebung zugunsten des Gesetzes (§§ 309 f. tStPO von 2004) bezeichnet.

¹⁹ Vgl. *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 394; *Yenisey*, S. 289; *ders.*, Annales 41/1978, 331 und 336; *Keskin*, Annales 53/2004, 128; *Centel/Zafer*, S. 826; hierzu mehr siehe unten III.B.2.c).

Im Laufe ihrer Geltung ist die tStPO von 1929 über 30 Mal geändert worden.²⁰ Grundlegende Änderungen wurden 1936,²¹ 1973,²² 1985²³ und 1992²⁴ vorgenommen. Ein Großteil der Änderungen betraf die Neuregelung bestimmter prozessualer Institutionen, die im Wesentlichen auf eine beschleunigte Verfahrensführung abzielte und dabei wenig auf strukturelle Grundsätze der Ausgangsfassung der tStPO von 1929 sowie Verteidigungsrechte des Beschuldigten bedacht war.²⁵ So führte das Änderungsgesetz von 1973 eine der tStPO von 1929 eher fremde Zwangsmaßnahme ein, nämlich die mehrtägige Polizeihaft eines vorläufig festgenommenen (§ 128 Abs. 2 tStPO von 1929) oder auf Grundlage eines bereits erlassenen Haftbefehls (§ 108 Abs. 4 tStPO von 1929) ergriffenen Beschuldigten bis zu seiner richterlichen Vorführung. Zwar begründete man die Einführung dieser Maßnahme mit der zeitlichen Überforderung der Polizei angesichts stetig zunehmender und ermittlungstaktisch notwendiger Massenfestnahmen und -verhaftungen von Terrorverdächtigen.²⁶ Im Ergebnis diente aber die Polizeihaft in ihrer langjährigen Form lediglich zu Beweis Zwecken. Um den Beschuldigten zu einem Geständnis zu veranlassen, griff die Polizei während tagelang dauernder Haft nicht selten zu brutalen Foltermethoden.²⁷ In der tStPO von 1929 selbst war die Rechtsstellung des Beschuldigten in dieser Phase des Verfahrens völlig ungeregelt. Seine Unterrichtung über die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen sowie seine Belehrung, ob er diesbezüglich aussagen will,²⁸ waren gem. § 135 Abs. 1 tStPO von 1929 erst bei der richterlichen Vernehmung erforderlich.²⁹

1985 erfuhr die tStPO von 1929 eine wichtige strukturelle Änderung. Das gerichtliche Voruntersuchungsverfahren wurde abgeschafft (§§ 171–205) und das

²⁰ Hierzu siehe eingehend *Önder*, Einleitung, *Annales* 44/1981, 178 ff.; siehe auch *Tellenbach*, 70 Jahre nach der Gründung, S. 161 ff.; *Yenisey*, *ZStW* 109/1997, 243 f.; *Centel/Zafer*, S. 28.

²¹ Änderungsgesetz v. 08.06.1936 mit Nr. 3006 in R.G. v. 16.06.1936 – 3331.

²² Änderungsgesetz v. 05.03.1973 mit Nr. 1696 in R.G. v. 15.03.1973 – 14477; hierzu eingehend *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 432 ff.; siehe auch *Yenisey*, *ZStW* 96/1984, 223 ff.

²³ Änderungsgesetz v. 21.05.1985 mit Nr. 3206 in R.G. v. 04.06.1985 – 18774.

²⁴ Änderungsgesetz v. 18.11.1992 mit Nr. 3006 in R.G. v. 01.12.1992 – 21422.

²⁵ Vgl. *Tellenbach*, 70 Jahre nach der Gründung, S. 164; *Centel/Zafer*, S. 28 ff.

²⁶ Vgl. *Tellenbach*, 70 Jahre nach der Gründung, S. 167 f.; *Yenisey*, *ZStW* 96/1984, 223.

²⁷ Hierzu siehe *Arslan*, Aussagefreiheit nach türkischem Recht, S. 109 f.; *ders.*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 426 ff.; *Öztürk*, Beweisverbote, S. 86; *ders.*, Die neue StPO, S. 2360–2365; *Öztürk/Wörner*, Das fernwirkende Beweisverbot, S. 115 f.; *Centel*, *ZStW* 106/1994, 227; *Wörner*, Gesellschaftliche Verankerung von Rechtsnormen, S. 497 f.; zur aktuellen Lage vgl. *Bostanci*, Folter, S. 129 f.

²⁸ Während die Literatur in dieser Belehrung die Verankerung des Schweigerechts für den Beschuldigten sah, so etwa *Taner*, S. 125; *Erem*, *YD* 18/1992, 297, hat es eine solche ausdrückliche Anerkennung in der höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht gegeben, siehe etwa *YCGK* Urt. v. 04.06.1996 E. 1996/1-119 K. 1996/124 (*kazancı*).

²⁹ Hierzu siehe *Alan-Akcan/Levermann*, Justizgrundrechte, S. 55.

Ermittlungsverfahren der ausschließlichen Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft unterworfen (§ 153 Abs.1).³⁰

Die letzte wichtige Änderung der tStPO erfolgte 1992. Dieser lag die Bestrebung des Gesetzgebers zugrunde, die Rechtsstellung des Beschuldigten in Polizeihaft zu stärken und dadurch den schlimmen Zuständen in der Polizeihaft ein Ende zu setzen.³¹ Eingeführt wurden dadurch das Recht des Beschuldigten auf Schweigen (§ 135 Abs. 1 Nr. 4 tStPO von 1929) sowie auf Beistand eines Verteidigers seiner Wahl oder eines unentgeltlichen Rechtshilfeverteidigers (§ 135 Abs. 1 Nr. 3) bei der polizeilichen Befragung. § 135a tStPO von 1929 garantierte jedem Beschuldigten die Willensfreiheit bei der polizeilichen Vernehmung und führte verbotene Vernehmungsmethoden auf. Unter Verstoß gegen diese Vorschrift erlangte Aussagen waren nach § 135a Abs. 3 tStPO von 1929 unverwertbar. § 254 Abs. 2 tStPO von 1929 stellte sogar alle rechtswidrig erlangten Beweise unter Verwertungsverbot.³²

Schließlich muss darauf hingewiesen werden, dass das Strafverfahren während der Geltung der tStPO von 1929 nicht ausschließlich durch diese geregelt war. Erstens setzten mehrere Zeitgesetze während der Dauer militärischer Notstände (*sıkıyönetim*) oder ziviler Ausnahmezustände (*olağanüstü hal*) die regulären Vorschriften der tStPO für zahlreiche Strafverfahren außer Kraft.³³ Diese zeitlich und räumlich in unterschiedlichem Umfang verhängten Notstandsverwaltungen, die teils nach Militärputschen oder -interventionen und teils nach schweren sozialen Unruhen eingeführt wurden, dauerten 35 Jahre an bis zur Abschaffung des vorletzten Ausnahmezustandes im Jahr 2002 und sorgten teilweise während eines Drittels des Bestehens der Türkischen Republik für die Entstehung und Aufrechterhaltung außerordentlicher Rechtsverhältnisse im gesamten Justizapparat.³⁴ Zweitens enthielten auch prozessrechtlich wichtige Nebengesetze wie das Gesetz über Staatssicherheitsgerichte³⁵ oder das Terrorbekämpfungsgesetz³⁶ zahlreiche von der tStPO

³⁰ Hierzu siehe auch *Yenisey*, S. 211; *ders.*, ZStW 109/1997, 259 f.

³¹ *Centel*, ZStW 106/1994, 227; *Exum*, Comparison, S. 19 f.; *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 433 f.

³² Hierzu siehe *Öztürk/Wörner*, Das fernwirkende Beweisverbot, S. 114 ff.; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2389; *Keskin*, Annales 53/2004, 124; *Yıldız*, Annales 50/2001, 106; *Tellenbach*, 70 Jahre nach der Gründung, S. 164; *Yenisey*, ZStW 109/1997, 260 f.; *Centel*, ZStW 106/1994, 232 ff.

³³ Beispielhaft siehe Notstandsgesetz Nr. 1402 v. 13.05.1971 (R.G. v. 15.05.1971 – 13837), insbes. §§ 15 ff.; Notstandsgesetz Nr. 2935 v. 25.10.1983 (R.G. v. 27.10.1983 – 18204), insbes. §§ 24 ff.

³⁴ Für Nachweise siehe *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 425.

³⁵ Siehe das Gesetz zur Gründung und Verfahrensordnung der Staatssicherheitsgerichte Nr. 1773 v. 26.06.1973 (R.G. v. 11.07.1973 – 14591); zur Nichtigklärung dieses Gesetzes siehe tVerfG. Entsch. v. 06.05.1975 E. 1974/35 K. 1975/126 (R.G. v. 11.10.1975 – 15830); das Gesetz zur Gründung und Verfahrensordnung der Staatssicherheitsgerichte Nr. 2845 v. 16.06.1983 (R.G. v. 18.06.1983 – 18081).

von 1929 abweichende Vorschriften und behinderten die Geltung eines einheitlichen Strafverfahrensrechts auch in Zeiten ohne ein Notstandsregime.

2. Strafprozessordnung von 2004

2004 wurden die Staatssicherheitsgerichte abgeschafft³⁷ und die tStPO von 1929 wurde im Zuge einer großen Strafrechtsreform komplett neu gefasst.³⁸ Nach dem Gesetzgeber soll auch der neuen tStPO weiterhin das Leitbild des reformierten Inquisitionsverfahrens zugrunde liegen.³⁹ Eine wichtige, jedenfalls positivrechtliche Abweichung von seinem inquisitorischen Charakter erfuhr das Gerichtsverfahren allerdings dadurch, dass die tStPO von 2004 keine Amtsermittlungspflicht für das Gericht mehr vorsieht.⁴⁰ Was die Wahrheitsfindung anbelangt, so bezweckt die neue tStPO, diese ohne Verstöße gegen Menschenrechte zu erreichen.⁴¹ Dementsprechend geht sie davon aus, dass der Beschuldigte kein Verfahrensobjekt ist, sondern ein Beteiligter, der bestimmte Rechte und Pflichten hat.⁴² Dies erfordert nach dem Gesetzgeber die Gewährleistung der Garantie der Menschenwürde im Strafverfahren, der die neue tStPO in mehreren Bestimmungen Rechnung trägt.⁴³ Im Übrigen wurden bei den Vorbereitungen der neuen tStPO „stets die universellen Prinzipien des Strafverfahrensrechts“⁴⁴ und das „westliche Recht“⁴⁵ insbesondere das deutsche Strafverfahrensrecht⁴⁶ berücksichtigt.

Institutionelle Neuheiten im Ermittlungsverfahren sieht die tStPO von 2004 vor allem vor durch die Bildung einer Kriminalpolizei innerhalb der Sicherheitsbehör-

³⁶ Nr. 3713 (R.G. v. 12.04.1991 – 20843), siehe insbes. §§ 9 ff.

³⁷ Ges. Nr. 5190 v. 16.06.2004 (R.G. v. 30.06.2004 – 25508).

³⁸ Zu diesem Reformprozess siehe *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2357; *Centel*, Kritische Betrachtungen, S. 41.

³⁹ Bericht des Rechtsausschusses, *Şahin*, Gazi Şerhi, S. 74; hierzu siehe auch *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2383; *Yenisey*, S. 173.

⁴⁰ Dagegen ausdrücklich § 237 Abs. 3 tStPO von 1929, wonach das Gericht auf Antrag von Verfahrensbeteiligten oder von Amts wegen die Ladung von Zeugen und Sachverständigen und die Herbeischaffung sonstiger Beweismittel anordnen kann.

⁴¹ Bericht des Rechtsausschusses, *Şahin*, Gazi Şerhi, S. 66; in diese Richtung auch YCGK Urt. v. 15.10.2002 E. 2002/8-191 K. 2002/362 (kazancı).

⁴² Bericht des Rechtsausschusses, *Şahin*, Gazi Şerhi, S. 74.

⁴³ Bericht des Rechtsausschusses, *Şahin*, Gazi Şerhi, S. 69 ff.; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2363.

⁴⁴ Bericht des Rechtsausschusses, *Şahin*, Gazi Şerhi, S. 68 f.

⁴⁵ Bericht des Rechtsausschusses, *Şahin*, Gazi Şerhi, S. 502; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2362.

⁴⁶ Begründung des § 78 tStPO des Entwurfs, S. 39, Protokollzeitschrift 22. Periode 66. Band; siehe auch *Kühne/Öztürk*, Das deutsche Recht als Exportgut, S. 39; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2358; *Wörner*, Gesellschaftliche Verankerung von Rechtsnormen, S. 490 f.; *Centel*, Kritische Betrachtungen, S. 56.

den (§ 164),⁴⁷ die Ausweitung des Katalogs von Ermittlungsmaßnahmen (§§ 74 ff. und §§ 116 ff.),⁴⁸ die Möglichkeit, Staatsgeheimnisse durch richterliche Einsichtnahme in die entsprechenden Dokumente (§ 125 Abs. 1) oder durch Zeugenanhörung (§ 47 Abs. 1) in das Verfahren einzuführen,⁴⁹ die justizielle Kontrolle als Alternative zur Untersuchungshaft (§§ 109 ff.), die Entschädigung wegen rechtswidriger Ermittlungsmaßnahmen (§§ 141 ff.), die Einstellung des Ermittlungsverfahrens aus Opportunitätsgründen (§ 171 Abs. 1 und 2)⁵⁰ und durch die Einigung zwischen dem Beschuldigten und dem Verletzten bzw. Geschädigten (§ 253 Abs. 1).

In § 174 regelt die tStPO nun auch ein Zwischenverfahren, in dem das erkennende Gericht vor der Eröffnung der Hauptverhandlung die Anklageschrift auf ihre Vollständigkeit prüft. Die wohl wichtigste Änderung im Hauptverfahren ist, wie bereits erwähnt, das Fehlen der Amtsermittlungspflicht für das erkennende Gericht (vgl. § 206 Abs. 2).⁵¹ Eingeführt wurden dagegen die unmittelbare Befragung von Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten (§ 201 Abs. 1)⁵² und die Erörterung der Beweise (§ 216 Abs. 1 und 2). Im Rechtsmittelverfahren sieht die tStPO von 2004 neuerdings auch die Berufung vor (§§ 272 ff.).⁵³ Die Berufungsgerichte sollen den Kassationsgerichtshof als einziges Rechtsmittelgericht gegen erstinstanzliche Urteile entlasten und eine zweite tatinstanzliche Beurteilung der Anklage durch-

⁴⁷ *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2365; zum neuen Verhältnis zwischen dem Staatsanwalt und der Polizei siehe *Öztürk/Wörner*, Das fernwirkende Beweisverbot, S. 110.

⁴⁸ Insbes. auf verdeckte Ermittlungsmaßnahmen, namentlich auf Telekommunikationsüberwachung (§§ 135 ff.), technische Observation einschließlich des sog. kleinen Lauschangriffs (§ 140) und Einsatz verdeckter Ermittler (§ 139); hierzu siehe auch *Yenisey*, S. 186 f.; *Öztürk*, Beweisverbote, S. 87 f.; *ders.*, Die neue StPO, S. 2360.

⁴⁹ *Öztürk*, Beweisverbote, S. 83; siehe auch das Zeugenschutzgesetz (tZSchG) mit Nr. 5726 v. 27.12.2007 (R.G. v. 05.01.2008 – 26747), das – die Vorschriften der tStPO über die Zeugenanhörung ergänzend – dem Schutz von Staatsgeheimnissen sowie von sog. anonymen Zeugen in mehreren Vorschriften Rechnung trägt, etwa durch Anhörung unter Ausschluss der Öffentlichkeit (§ 9 Abs. 3) oder durch eine in Bild und Ton verfilmte Übertragung der Anhörung (§ 9 Abs. 2); hierzu siehe auch *Yenisey*, S. 227; für die verfassungsrechtlichen Grenzen des Ausschlusses der Öffentlichkeit in der Hauptverhandlung wegen Zeugenschutzes siehe tVerfG Entsch. v. 31.03.1992 E.1991/18 K.1992/20, R.G. v. 27.01.1993 – 21478; zur Verfassungsmäßigkeit dieser Vorschrift siehe tVerfG Entsch. v. 16.06.2011 E. 2008/12 K. 2011/104, R.G. v. 28.12.2011 – 28156.

⁵⁰ *Yenisey*, S. 214.

⁵¹ Vgl. *Centel/Zafer*, S. 680; mehr hierzu siehe unten III.A.4.d).

⁵² Hierzu siehe 1. YCD Entsch. v. 10.10.2012 E. 2012/2043 K. 2012/7392 (kazancı).

⁵³ Die Berufungsgerichte sind aber erst zum 20.07.2016 vollständig gegründet worden und haben ihre Tätigkeit erst ab diesem Datum aufgenommen; zu der entsprechenden Bekanntgabe im öffentlichen Blatt siehe R.G. v. 07.10.2015 – 29525; für das „Berufungskonzept“ der neuen tStPO siehe *Erdem*, Neuer Instanzenzug, S. 194; *Wörner*, Gesellschaftliche Verankerung von Rechtsnormen, S. 500 f.

führen, wie es der Kassationsgerichtshof seit Jahren im Rahmen der dafür ziemlich ungünstig gestalteten Revision eigentlich praktisch schon tat.⁵⁴

Als besondere Verfahrensarten hat die neue tStPO das Strafbefehlsverfahren (siehe §§ 386 ff. tStPO von 1929) und das Privatklageverfahren (siehe § 334 tStPO von 1929) abgeschafft. Als funktionale Äquivalente kennt aber das türkische Recht jeweils das sog. Vorauszahlungsbefehlsverfahren (*ön ödeme emri* – § 75 tStGB) und das Einigungsverfahren (*uzlaşma* – §§ 253, 254 tStPO).⁵⁵

Die tStPO enthält vier weitere besondere Verfahrensarten:

- Verfahren gegen einen Abwesenden (§§ 244 ff. tStPO) oder Flüchtigen (§§ 247 f. tStPO),
- Nebenklageverfahren (§§ 237 ff. tStPO),
- Verfahren bei Einziehung und Verfall (§§ 256 ff. tStPO),
- Entschädigungsverfahren bei rechtswidrigen Zwangsmaßnahmen (§§ 141 ff. tStPO).

Ferner bildet das Vollstreckungsverfahren nicht mehr den Gegenstand der tStPO, sondern des neuen türkischen Strafvollzugsgesetzes (tStVollzG).⁵⁶ Ein beschleunigtes Adhäsions- oder Sicherungsverfahren enthält die neue tStPO ebenso wenig. Im Folgenden wird, um den Rahmen dieser Einführung nicht zu sprengen, lediglich auf das allgemeine Strafverfahren eingegangen.

Nach dem Inkrafttreten am 1. Juni 2005 ist die neue tStPO 25 Mal geändert worden. Wichtige Änderungen fanden in den Jahren 2014⁵⁷ und 2015⁵⁸ sowie im Jahr 2016⁵⁹ nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 statt. Die letzten Änderungen haben insbesondere die Verteidigungsrechte des Beschuldigten in einer Weise eingeschränkt, die die neue tStPO anfangs nicht kannte; etwa in bestimmten Ermittlungsverfahren durch:

- Verweigerung des Verteidigerzugangs im Polizeigewahrsam für die ersten 24 Stunden (§ 154 Abs. 2) und Begrenzung der Zahl von anwesenheitsberechtigten Verteidigern in der Hauptverhandlung auf drei (§ 149 Abs. 2),

⁵⁴ Siehe auch *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 869; *Wörner*, Gesellschaftliche Verankerung von Rechtsnormen, S. 500.

⁵⁵ Mehr hierzu siehe unten III.A.1.a).

⁵⁶ Mehr hierzu siehe unten III.C.

⁵⁷ Änderungsgesetze Nr. 6526 v. 21.02.2014 (R.G. v. 06.03.2014 – 28933), Nr. 6545 v. 18.06.2014 (R.G. v. 28.06.2014 – 29044), Nr. 6572 v. 02.12.2014 (R.G. v. 12.12.2014 – 29203).

⁵⁸ Änderungsgesetz Nr. 6638 v. 27.03.2015 (R.G. v. 04.04.2015 – 29316).

⁵⁹ Änderungsgesetze Nr. 6713 v. 03.05.2016 (R.G. v. 20.05.2016 – 29717), Nr. 6723 v. 01.07.2016 (R.G. v. 23.07.2016 – 29779), Nr. 6754 v. 03.11.2016 (R.G. v. 24.11.2016 – 29898), Nr. 6758 v. 10.11.2016 (R.G. v. 24.11.2016 – 29898) und Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft: Nr. 674 v. 15.08.2016 (R.G. v. 01.09.2015 – 29819), Nr. 676 v. 03.10.2016 (R.G. v. 29.10.2016 – 29872) und Nr. 680 v. 02.01.2017 (R.G. v. 06.01.2017 – 29940).

- Ausschluss des Verteidigers bereits im Ermittlungsverfahren (§ 151 Abs. 3),
- verkürzte Verlesung der Anklageschrift (§ 191 Abs. 3 lit. b),
- Fortsetzung der Hauptverhandlung in Abwesenheit des Pflichtverteidigers (§ 188 Abs. 3).

2016 hat eine Gesetzesänderung den Anwendungsbereich des sog. Vorauszahlungsbescheids (§ 75 tStGB) und der Einigung (§§ 253, 254 tStPO) auf neue Delikte erweitert und ein neues Schlichtungsbüro (*uzlaşma bürosu*) bei Staatsanwaltschaften eingerichtet. Durch eine verbreitete Anwendung alternativer Streitbeilegungsmethoden in Strafsachen bezweckt der Gesetzgeber insbesondere, die Justiz zu entlasten, Kosten zu reduzieren und dem Gedanken der opferorientierten Justiz (*restorative justice*) mehr Geltung zu verleihen.⁶⁰

3. Recht im Ausnahmezustand

Der Ausnahmezustand, der am 21. Juli 2016 nach dem Putschversuch verhängt wurde,⁶¹ hat zum Erlass einiger Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft geführt,⁶² die im Nachhinein von der türkischen Nationalversammlung durch Parlamentsgesetze angenommen wurden.⁶³ Diese während des Ausnahmezustands geltenden Zeitgesetze setzen die Anwendung der tStPO im Strafverfahren in bestimmten Strafsachen außer Kraft (§ 6 Abs. 1 S. 1 Ges. Nr. 6749 und § 3 Abs. 1 S. 1 Ges. Nr. 6755). Das betrifft

- aus dem tStGB: Straftaten gegen die Sicherheit des Staates (§§ 302 ff.), die Verfassungsordnung und ihr Funktionieren (§§ 309 ff.), die nationale Verteidigung (§§ 317 ff.) und Staatsgeheimnisse und Spionage (§§ 326 ff.),
- Strafverfolgungen nach dem Terrorbekämpfungsgesetz⁶⁴ und
- Verfolgungen von gemeinschaftlich begangenen Straftaten.⁶⁵

Durch das Recht des Ausnahmezustands werden die Befugnisse der Kriminalpolizei, auf eigene Initiative Maßnahmen zu ergreifen, erweitert und die gesetz-

⁶⁰ Siehe den Bericht des Rechtsausschusses Nr. 438, S. 4 ff. [<https://www.tbmm.gov.tr/sirasayi/donem26/yil01/ss438.pdf>]

⁶¹ R.G. v. 21.07.2016 – 29777.

⁶² Der Ministerrat verabschiedete unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik nach Art. 121 Abs. 3 tVerf sowie § 4 des Notstandsgesetzes Nr. 2935 v. 25.10.1983 (R.G. v. 27.10.1983 – 18204) folgende strafprozessual-relevante Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft: Nr. 667 (R.G. v. 23.07.2016 – 29779), Nr. 668 (R.G. v. 27.07.2016 – 29783), Nr. 670 (R.G. v. 17.08.2016 – 29804) und Nr. 676 (R.G. v. 29.10.2016 – 29872).

⁶³ Entsprechend Art. 121 Abs. 3 tVerf durch folgende Gesetze angenommen: Nr. 6749 (R.G. v. 29.10.2016 – 29872), Nr. 6755 (R.G. v. 24.11.2016 – 29898) und Nr. 6758 (R.G. v. 24.11.2016 – 29898).

⁶⁴ Ges. Nr. 3713 (R.G. v. 12.04.1991 – 20843).

⁶⁵ Gem. § 2 Abs. 1 lit. k bezeichnet „gemeinschaftliche Tat“ eine Straftat, welche durch drei oder mehr Personen begangen wird, auch wenn kein Teilnahmewille vorliegt.

lichen Garantien bei Ermittlungs- und Zwangsmaßnahmen sowie die Rechte der Verteidigung in Strafverfahren der oben genannten Art deutlich eingeschränkt. Wichtige Abweichungen gelten in folgenden Zusammenhängen:

- Befragung des Beschuldigten und Vernehmung des Zeugen auf eigenständige Initiative der Kriminalpolizei (§ 6 Abs. 1 lit. c Ges. Nr. 6749; vgl. §§ 160 Abs. 2, 164 Abs. 2 tStPO),
- Festhalten des Beschuldigten in Polizeihaft bis zu sieben Tage auf schriftliche Anweisung des Staatsanwalts, wenn Schwierigkeiten bei der Beweissammlung oder die Vielzahl der Beschuldigten dies erfordern (§ 6 Abs. 1 lit. a Ges. Nr. 6749, § 3 Abs. 1 lit. a Ges. Nr. 6755; vgl. § 91 tStPO); richterliche Vorführung nur auf Antrag nach § 90 Abs. 4,
- Verweigerung des Zugangs zu einem Verteidiger in der Polizeihaft für fünf Tage (§ 3 Abs. 1 lit. m Ges. Nr. 6755; vgl. §§ 147 Abs. 1 lit. c, 149 Abs. 3 tStPO),
- Erlass eines staatsanwaltlichen Steckbriefs ohne richterliche Beteiligung bei Gefahr in Verzug (§ 3 Abs. 1 lit. a Ges. Nr. 6755; vgl. § 98 Abs. 2 tStPO),
- schriftliches Anordnungs-, Beschwerde-, und Prüfungsverfahren bei der Untersuchungshaft nach Aktenlage (§ 6 Abs. 1 lit. i Ges. Nr. 6749; vgl. §§ 105, 108 tStPO),
- längere Fristen bei der Prüfung der Beschwerde gegen die Untersuchungshaft (§ 3 Abs. 1 lit. c Ges. Nr. 6755; vgl. § 105 tStPO),
- Zusammenlegung der Prüfung der Entlastungsanträge und der gesetzlich vorgeschriebenen Haftüberprüfungen (§ 3 Abs. 1 lit. ç Ges. Nr. 6755; vgl. §§ 104 und 108 tStPO),
- Durchsuchungen auf schriftliche Anweisung des Staatsanwalts und ohne richterlichen Beschluss (§ 3 Abs. 1 lit. d und e Ges. Nr. 6755; vgl. § 119 Abs. 1 tStPO),
- Einsichtnahme von Dokumenten und Schriftstücken durch die Kriminalpolizei (§ 3 Abs. 1 lit. g Ges. Nr. 6755; vgl. § 122 Abs. 1 tStPO),
- Aufhebung des Beschlagnahmeverbots bei Zeugnisverweigerungsrecht (§ 3 Abs. 1 lit. g Ges. Nr. 6755; vgl. § 126 tStPO),
- längere Fristen für den nachträglich einzuholenden richterlichen Beschluss bei Beschlagnahmen (§ 3 Abs. 1 lit. h Ges. Nr. 6755; § 127 Abs. 3 tStPO),
- vereinfachtes Verfahren bei Beschlagnahmen von Immobilien, Rechten und Forderungen nach § 128 tStPO (§ 3 Abs. 1 lit. i Ges. Nr. 6755),
- vereinfachtes Verfahren bei Durchsuchung und Beschlagnahme von Computern, Computerprogrammen oder Datenträgern (§ 3 Abs. 1 lit. j Ges. Nr. 6755; vgl. § 134 tStPO),
- vereinfachtes Verfahren bei Anordnung der Überwachung des Telekommunikationsverkehrs, Einsatz eines verdeckten Ermittlers und technischer Observation (§ 3 Abs. 1 lit. k Ges. Nr. 6755; vgl. §§ 135, 139 und 140 tStPO),

- Durchsuchung im Büro eines Rechtsanwalts auf schriftliche Anweisung des Staatsanwalts und Möglichkeit einer erweiterten Beschlagnahme (§ 3 Abs. 1 lit. i Ges. Nr. 6755; vgl. § 130 tStPO),
- Einschränkung des Akteneinsichtsrechts des Verteidigers durch den Staatsanwalt (§ 3 Abs. 1 lit. l Ges. Nr. 6755; vgl. § 153 tStPO),
- Einschränkungen beim Gespräch des Verteidigers mit seinem in der Untersuchungshaft befindlichen Mandanten (§ 6 Abs. 1 lit. d Ges. Nr. 6749; vgl. § 154 Abs. 1 tStPO; §§ 59 Abs. 4 ff., 114 Abs. 5 tStVollzG),
- Beiordnung eines Zwangsverteidigers aus der örtlichen Anwaltskammer (§ 6 Abs. 1 lit. d und g Ges. Nr. 6749; vgl. § 151 Abs. 5 tStPO),
- Rückführung des verhafteten Beschuldigten in Polizeigewahrsam zum Zweck einer erneuten Befragung (§ 3 Abs. 1 lit. ö Ges. Nr. 6755; vgl. § 92 Abs. 2 tStVollzG),
- Ausschluss des Verteidigers im Ermittlungsverfahren (§ 6 Abs. 1 lit. g Ges. Nr. 6749; vgl. § 151 tStPO),
- Begrenzung der Verteidigeranzahl bei polizeilichen Befragungen, Vernehmungen und Hauptverhandlungen (§ 6 Abs. 1 lit. ç Ges. Nr. 6749; vgl. § 149 Abs. 2 tStPO),
- verkürzte Verlesung der Anklageschrift in der Hauptverhandlung (§ 6 Abs. 1 lit. h Ges. Nr. 6749; vgl. § 191 Abs. 3 lit. b tStPO),
- Gewährleistung der Vernehmung oder Anwesenheit des Beschuldigten sowie seiner Teilnahme an der Hauptverhandlung durch Einsatz audiovisueller Techniken (§ 6 Abs. 1 lit. i Ges. Nr. 6749; vgl. §§ 193 ff. tStPO) und
- Maßnahmen gegen den flüchtigen Beschuldigten im Ermittlungsverfahren (§ 3 Abs. 1 lit. b Ges. Nr. 6755; vgl. § 247 Abs. 1 tStPO).

Da die Geltung dieser Einschränkungen auf die Dauer des Ausnahmezustands beschränkt ist, werden sie im Folgenden bei der Erörterung der tStPO an einschlägigen Stellen nicht erneut aufgeführt.

II. Organisation der Strafgerichte

Strafgerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit bestehen aus drei Instanzen.⁶⁶ Im ersten Instanzenzug hat die Strafkammer des Amtsgerichts (*asliye ceza mahkemesi*) die allgemeine Zuständigkeit in Strafsachen (§ 11 tGVG). Mit einer besonderen

⁶⁶ Zur Organisation der Strafgerichtsbarkeit in der Türkei siehe ausführlich *Yenisey*, S. 175 ff.; *ders.*, ZStW 109/1997, 258 f.; *Alan*, Structure, S. 168 ff.; *Wörner*, Gesellschaftliche Verankerung von Rechtsnormen, S. 499 f.; *Centel/Zafer*, S. 545 ff.; siehe auch *Önder*, Einleitung, Annales 44/1981, 182 ff.

Zuständigkeit sind das Gericht für schwere Straftaten (*ağır ceza mahkemesi* – § 12 tGVG) und andere auf bestimmte Straftaten spezialisierte Gerichte (§§ 13 ff. tGVG) ausgestattet, etwa Jugendstrafgerichte oder Konkursstrafgerichte. Einen neuartigen Spruchkörper innerhalb der erstinstanzlichen Gerichte stellen Friedensrichter (*sulh ceza hâkimliği*) dar, die lediglich für die Anordnung bestimmter Ermittlungs- und Zwangsmaßnahmen und die Erfüllung einiger Aufgaben zuständig und gleichzeitig Beschwerdeinstanz in diesen Angelegenheiten sind (§ 10 Abs. 1 tGVG).

Im zweiten Instanzenzug sind Regionalgerichte (*bölge adliye mahkemesi*) für die Berufung gegen erstinstanzliche Urteile zuständig (§ 33 Abs. 1 tGVG; § 272 Abs. 1 tStPO). Die dritte und letzte Instanz der ordentlichen Gerichtsbarkeit ist der Kassationsgerichtshof (*yargıtay*), der für die gegen berufungsgerichtliche Urteile eingelegten Revisionen zuständig ist (§ 1 Abs. 1 tKGHG; § 286 Abs. 1 tStPO).⁶⁷

III. Gang des Strafverfahrens

Das Strafverfahren vor diesen drei Instanzen besteht aus zwei Phasen, die unterschiedliche Funktionen erfüllen: Erkenntnisverfahren (§§ 160 ff.) und Rechtsmittelverfahren (§§ 260 ff.). Nach dem Eintritt der Rechtskraft eines Urteilsspruchs schließt sich ein Vollstreckungsverfahren (§§ 5 ff. tStVollzG) an, das den Vollzug der Rechtsfolgen in die Wege leitet.

A. Erkenntnisverfahren

Dem Erkenntnisverfahren gehen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft voraus (§§ 43 ff.), die nach der Anklageerhebung in einem Zwischenverfahren vom zuständigen Gericht einer Zulässigkeits- und Begründetheitsprüfung unterzogen werden (§ 174 Abs. 1). Wird die Anklage zugelassen, so erkennt das Gericht im Hauptverfahren über die Schuld und die Rechtsfolgen in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht (vgl. §§ 175 ff.).⁶⁸

⁶⁷ *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 867 f.; *Erdem*, Neuer Instanzenzug, S. 195.

⁶⁸ Vgl. *Yenisey*, S. 211.

1. Ermittlungsverfahren

a) Grundsätze des Ermittlungsverfahrens

Solange gesetzlich nicht anders geregelt, wird das Ermittlungsverfahren grundsätzlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit (§ 158 Abs. 1; siehe auch § 285 Abs. 1 tStGB) und schriftlich durchgeführt.⁶⁹ Dies darf allerdings das Recht auf Verteidigung nicht beeinträchtigen (§ 158 Abs. 1; siehe §§ 147 Abs. 1 lit. c, 153 Abs. 2 und 3). Außerdem basiert das Ermittlungsverfahren auf den folgenden Grundsätzen.

aa) Offizialmaxime

Die Einleitung und Durchführung eines Ermittlungsverfahrens wegen Begehung einer Straftat ist unmittelbare Aufgabe des Staatsanwalts (§ 160 Abs. 1).⁷⁰ Ausnahmen von diesem Grundsatz bestehen bei der Verfolgung von Antrags- (§ 73 Abs. 1 tStGB; vgl. § 90 Abs. 3 tStPO)⁷¹ oder Ermächtigungsdelikten (vgl. § 332 Abs. 2 S. 2).⁷²

bb) Legalitätsgrundsatz

Gleichzeitig ist der Staatsanwalt zur Einleitung und Durchführung eines Ermittlungsverfahrens *verpflichtet*.⁷³ Mit der Erforschung des tatsächlichen Sachverhalts hat er sich zu befassen, sobald ein Anfangsverdacht vorliegt (vgl. §§ 2 Abs. 1 lit. e, 160 Abs. 1).⁷⁴ Dabei ist er nicht nur zur Ermittlung der Wahrheit des fraglichen Sachverhalts angehalten (Ermittlungsgrundsatz). Er hat auch die Beschuldigtenrechte und eine faire Führung des Ermittlungsverfahrens zu gewährleisten (§ 160 Abs. 2).⁷⁵ Deshalb hat er bei Ermittlungen auch entlastenden Umständen nachzugehen (§ 160 Abs. 2).

⁶⁹ 15. YCD Entsch. v. 25.10.2011 E. 2011/10088 K. 2011/5760 (kazancı); *Yenisey*, S. 211; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2385; *Sözüer*, S. 53 f.; zur Auslegung des § 285 tStGB im Einklang mit der Pressefreiheit siehe 4. YCD Entsch. v. 07.03.2012 E. 2010/5233 K. 2012/5399 (kazancı).

⁷⁰ *Centel/Zafer*, S. 112 f.; vgl. *Yenisey*, S. 212.

⁷¹ Etwa Sexualdelikte nach §§ 104 Abs. 1, 105 Abs. 1 tStGB oder Hausfriedensbruch nach § 116 Abs. 1 tStGB; hierzu siehe *Centel/Zafer*, S. 87.

⁷² Etwa Herabsetzung der türkischen Nation, des Staates der Republik Türkei [sic], der staatlichen Institutionen und Organe nach § 301 Abs. 3 tStGB. Die fehlende Ermächtigung des Justizministers hindert den Staatsanwalt an der Einleitung des Ermittlungsverfahrens, hierzu siehe 4. YCD Entsch. v. 30.11.2011 E. 2011/1635 K. 2011/22906 (kazancı).

⁷³ *Centel/Zafer*, S. 478 f.

⁷⁴ 5. YCD Entsch. v. 13.12.2010 E. 2008/4015 K. 2010/9655 (kazancı); *Yenisey*, S. 182; zum Anfangsverdacht siehe *Centel/Zafer*, S. 80.

⁷⁵ Zur Rolle des Staatsanwalts in der neuen tStPO als „Schützer der Rechte des Beschuldigten“ siehe *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2359 f.; *Tezcan*, Sitzordnung im Gerichtssaal, S. 102.

Das Ziel des Ermittlungsverfahrens ist es zu prüfen, ob sich der Verdacht so weit erhärtet (§ 160 Abs. 1), dass er zur Erhebung der öffentlichen Klage gegen den Beschuldigten hinreichend ist, und ob die positiven und negativen Prozessvoraussetzungen für eine mögliche Klageerhebung erfüllt sind. Wenn dies der Fall ist, besteht für den zuständigen Staatsanwalt ein Anklagezwang (§ 170 Abs. 2).

cc) Opportunitätsgrundsatz

Die Ermittlungs- und Anklagepflicht des Staatsanwalts (§§ 160 Abs. 1, 170 Abs. 2) wird trotz der bestehenden tatsächlichen und rechtlichen Verfolgbarkeit der Tat und des Täters (§§ 171 Abs. 1, 253 Abs. 4) durch die Anwendung des Opportunitätsgrundsatzes durchbrochen.⁷⁶ Infolgedessen kann jener das Ermittlungsverfahren einstellen oder von der Erhebung einer öffentlichen Klage vorläufig absehen. Während das Gesetz bei einschlägigen Delikten dem Staatsanwalt vorschreibt, vor der Erhebung der öffentlichen Anklage *zuerst* das sog. Vorauszahlungsbefehlsverfahren (*ön ödeme emri* – § 75 tStGB) oder das Einigungsverfahren (*uzlaşma* – §§ 253, 254 tStPO) zu befolgen,⁷⁷ stellt § 171 Abs. 1 und 2 das Absehen von der öffentlichen Klage bzw. die vorläufige Einstellung des Ermittlungsverfahrens in das Ermessen des Staatsanwalts. Einer tatgerichtlichen Bestätigung bedarf der staatsanwaltliche Einstellungsbeschluss nicht.⁷⁸ Die Möglichkeit einer Klageerzwingung besteht nur bei einigen Einstellungsbeschlüssen (vgl. §§ 171 Abs. 2 S. 2; 253 Abs. 23).

Einstellungsgründe sind:

- Zahlung der Mindeststrafe bei Straftaten, die vorwiegend gegen einige *kollektive Rechtsgüter mit einem geringfügigen Unrechtsgehalt* verstoßen und nur mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe von unter sechs Monaten bedroht sind (§ 75 Abs. 1 tStGB)⁷⁹ oder im Gesetz ausdrücklich genannt sind (§ 75 Abs. 6 tStGB),⁸⁰

⁷⁶ Vgl. *Centel/Zafer*, S. 480 f.; *Tellenbach*, 70 Jahre nach der Gründung, S. 165.

⁷⁷ Zu dieser Pflicht des Staatsanwalts siehe jeweils 19. YCD Entsch. v. 26.05.2016 E. 2015/17731 K. 2016/18559 (kazancı); YCGK Entsch. v. 04.07.2006 E. 2006/2-185, K. 2006/175 (kazancı).

⁷⁸ *Centel/Zafer*, S. 497.

⁷⁹ So etwa Verhinderung der Ausübung des Antragsrechts nach § 121 tStGB, Leistungerschleichung nach § 163 tStGB, unterlassene Meldung nach § 166 tStGB, Vernachlässigung der Fürsorge- und Aufsichtspflicht gegenüber einem Geisteskranken nach § 175 tStGB, Umherlaufenlassen von Tieren in gefährdender Weise nach § 177 tStGB, Nichtaufstellen von Zeichen und Schutzvorrichtungen nach § 178 tStGB, geringfügige fahrlässige Umweltverschmutzung nach § 182 Abs. 1 tStGB, vorschriftswidrige Bestattung eines Toten nach § 196 tStGB, Inverkehrbringen von Wertzeichen nach § 199 Abs. 3 tStGB, Handel eines Amtsträgers nach § 259 tStGB, Ton- oder Bildaufnahme nach § 286 tStGB, Verwahrungsbruch nach § 289 Abs. 1 tStGB oder zahlreiche Delikte im Nebenstrafrecht, etwa § 7 Abs. 2, 3, 8 nach dem Scheckgesetz v. 14.12.2009, R.G. v. 20.12.2009 – 27438.

- das Vorliegen tätiger Reue als persönlicher Strafaufhebungsgrund⁸¹ oder das Vorliegen eines persönlichen Strafausschließungsgrunds⁸² (§ 171 Abs. 1) und
- eine erfolgreiche Einigung⁸³ zwischen dem Verletzten bzw. Geschädigten und dem Beschuldigten bei *Antragsdelikten* und sonst gesetzlich ausdrücklich genannten *Offizialdelikten* (§ 253 Abs. 1, 2 und 3).⁸⁴

Erfolgt die Einigung nicht, so kann der Staatsanwalt *bei Antragsdelikten eine vorläufige Einstellung* des Ermittlungsverfahrens unter Auflagen anordnen, die im Höchstmaß mit einer Haftstrafe von einem Jahr oder von geringerer Dauer bedroht sind (§ 172 Abs. 2).⁸⁵ Die Ausübung dieser Ermessensbefugnis ist an das Vorliegen weiterer Bedingungen geknüpft (siehe § 172 Abs. 3). Durch die vorläufige Einstellung nach § 172 Abs. 2 ff. wird die Erhebung der öffentlichen Klage für fünf Jahre aufgeschoben (§ 172 Abs. 2 S. 2). Das Ermittlungsverfahren wird endgültig eingestellt, wenn der Beschuldigte in der genannten Frist keine vorsätzliche Straftat begeht (§ 172 Abs. 4 S. 1), anderenfalls ist öffentliche Klage zu erheben (§ 172 Abs. 4 S. 2).

Einen besonderen Fall der vorläufigen Einstellung sieht § 253 Abs. 19 S. 2 bei einer Einigung vor, die nicht mit einer sofortigen, sondern mit einer noch zu erbringenden Leistung endet.

Schließlich ist die vorläufige Einstellung des Ermittlungsverfahrens ausnahmsweise auch bei *Offizialdelikten* möglich, etwa bei Kauf, Annahme oder Vorrätighalten von Betäubungs- oder Aufputzmitteln zum Verbrauch oder Konsumieren von Betäubungs- oder Aufputzmitteln nach § 191 tStGB.

⁸⁰ In § 75 Abs. 6 tStGB sind folgende Straftaten ausdrücklich erwähnt: Nichterfüllung von Hilfe- und Mitteilungspflichten nach § 98 Abs. 1 tStGB, fahrlässige Gefährdung der Allgemeinheit nach § 171 tStGB, schwere fahrlässige Umweltverschmutzung nach § 182 Abs. 2 tStGB, unbefugte Verwendung von besonderen Zeichen oder Kleidungen nach § 264 tStGB, Nichtanzeige einer Straftat nach § 278 Abs. 1 und 2 tStGB und Straftaten, die in § 108 des Forstgesetzes (R.G. v. 08.09.1956 – 9402) aufgelistet sind.

⁸¹ Etwa bei Betäubungsmitteldelikten nach § 192 tStGB, Vereinigungsdelikten nach § 221 tStGB oder Falschsaussagedelikten nach §§ 274 Abs. 1, 275 Abs. 2 tStGB.

⁸² Manche Angehörigkeitsverhältnisse bei Vermögensdelikten nach § 167 Abs. 1 tStGB.

⁸³ Für die Verfassungsmäßigkeit der Einigung siehe tVerfG Entsch. v. 01.10.2009 E. 2006/106 K. 2009/124, R.G. v. 08.03.2011 – 27868; zur Bedeutung der Einigung nach § 253 tStPO im Hinblick auf die Wahrheitsfindung im Strafverfahren siehe *Exum*, Comparison, S. 15 f.

⁸⁴ Etwa aus dem tStGB: einfache vorsätzliche Körperverletzung nach §§ 86 Abs. 1 und 2 sowie 88, Drohung nach § 106 Abs. 1, Hausfriedensbruch nach § 116, einfacher Diebstahl nach § 141, einfacher Betrug nach § 157, Entführung oder Zurückbehaltung eines Kindes nach § 234, Enthüllung von Informationen oder Dokumenten, die unter das Geschäfts-, Bank- oder Kundengeheimnis fallen, nach § 239 Abs. 1, 2 und 3.

⁸⁵ Zur Verfassungsmäßigkeit dieses Einstellungsgrunds siehe tVerfG Entsch. v. 12.03.2009 E. 2007/14 K. 2009/48, R.G. v. 25.06.2009 – 27269.

b) Durchführung des Ermittlungsverfahrens

aa) Im Allgemeinen

Der Staatsanwalt betreibt das Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten unmittelbar und durch die ihm unterstellten Beamten der Kriminalpolizei (§ 160 Abs. 2).⁸⁶ Dafür sind er selbst und die Polizei mit mehreren gesetzlichen Ermächtigungsgrundlagen ausgestattet, um den bestehenden Tatverdacht gegen den Beschuldigten aufzuklären, insbesondere Zeugen anzuhören (vgl. § 43 Abs. 5), Sachverständige zu bestellen (§ 53 Abs. 1), durch Ermittlungsmaßnahmen Beweise zu sammeln (§§ 116 ff.) oder dem Beschuldigten zur Erfüllung weiterer strafprozessualer Zwecke die Freiheit zu entziehen (siehe §§ 90 ff.).⁸⁷ Für die Durchführung einiger dieser Maßnahmen ist die Einholung einer richterlichen Anordnung erforderlich (§ 162 Abs. 1, etwa TKÜ nach § 135 Abs. 1; Einsatz eines verdeckten Ermittlers nach § 139 Abs. 1).⁸⁸

Im Gegenzug hat der Beschuldigte im gesamten Strafverfahren Rechte, aber auch Pflichten. Er kann sich in jeder Phase des Verfahrens eines Verteidigers bedienen (§ 149 Abs. 1). Das gilt insbesondere für seine polizeiliche oder staatsanwaltliche Befragung im Ermittlungsverfahren (§ 147 Abs. 1 lit. c).⁸⁹ Allerdings kann der Zugang zu einem Verteidiger im Polizeigewahrsam bei einigen Delikten auf Antrag des Staatsanwalts und durch richterlichen Beschluss für 24 Stunden verweigert werden, wobei eine Befragung des Beschuldigten in diesem Zeitraum nicht zulässig ist (§ 154 Abs. 2).

bb) Beschuldigter

Wie bereits oben erwähnt, ist für die Einleitung des Ermittlungsverfahrens der Anfangsverdacht im Sinne des § 160 Abs. 1 ausreichend. Dieser muss sich nicht gleich auf eine bestimmte Person als Täter oder Teilnehmer beziehen. Hat sich der Verdacht im weiteren Verlauf des Verfahrens aber gegen eine bestimmte Person konkretisiert, so wird nach § 2 Abs. 1 lit. a die im Ermittlungsverfahren *unter Verdacht stehende* Person als Beschuldigter (*şüpheli*) bezeichnet.⁹⁰ Umstritten und teilweise ungeklärt ist in Rechtsprechung und Literatur, ob diese Vorschrift mit dieser Definition den Begriff des Beschuldigten mit dem des Verdächtigten gleich-

⁸⁶ Zur Organisation der Staatsanwaltschaft siehe eingehend *Centel/Zafer*, S. 106 ff.; zum Verhältnis zwischen der Polizei und der Staatsanwaltschaft siehe *Yenisey*, S. 183 f.; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2360.

⁸⁷ Eingehend *Centel/Zafer*, S. 333 ff.

⁸⁸ Ausführlich *Centel/Zafer*, S. 4488 ff.

⁸⁹ *Rumpf*, S. 383; für den Ablauf der polizeilichen Befragung siehe ausführlich *Centel/Zafer*, S. 226 ff.; *Alan-Akcan/Levermann*, Justizgrundrechte, S. 59.

⁹⁰ *Centel/Zafer*, S. 146.

stellt und damit den Verdächtigten als „Vorstufe“ zum Beschuldigten nicht kennt.⁹¹ Ebenso wenig herrscht Klarheit darüber, wie stark eine Verdächtigung zur Begründung des Beschuldigtenstatus sein muss,⁹² ob ein formeller oder konkludenter Verdächtigungs- bzw. Beschuldigungsakt der Ermittlungsorgane erforderlich ist⁹³ oder ob der Beschuldigtenstatus im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. a automatisch aus dem objektiven Vorliegen einer in ihrer Stärke qualifizierten oder unqualifizierten Verdächtigung folgt.⁹⁴ Dieser Zustand ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass der Kassationsgerichtshof an mögliche Verstöße gegen die Missachtung eines gegebenen Beschuldigtenstatus – etwa bei der Belehrung über die Aussagefreiheit (§ 147 Abs. 1 lit. e) – keine Rechtsfolgen wie etwa ein Verwertungsverbot knüpft.⁹⁵

Der Bestimmung des Beschuldigtenstatus misst die tStPO trotz der genannten Unklarheit große Bedeutung bei.⁹⁶ So geht sie von dem Grundsatz aus, dass der Beschuldigte als Subjekt des Verfahrens kein förmliches Beweismittel ist. Dennoch ist er nach mehreren Vorschriften der tStPO als eine wichtige Erkenntnisquelle zur Aufklärung der Tat Gegenstand einiger Maßnahmen im Strafverfahren gegen ihn selbst. Seine Rechtsstellung im Strafverfahren lässt sich deshalb nur differenzierend bestimmen.

Rechte des Beschuldigten:⁹⁷ Sein wichtigstes Recht ist die Selbstbelastungsfreiheit nach Art. 38 Abs. 5 tVerf,⁹⁸ die von der tStPO in mehreren Vorschriften konkretisiert wird. In seiner Eigenschaft als Aussageperson hat er bei einer Vernehmung nach §§ 147 Abs. 1 lit. e, 191 Abs. 3 lit. c Aussagefreiheit.⁹⁹ Diese darf beispielsweise durch die in § 148 Abs. 1 und 2 genannten Vernehmungsmethoden nicht verletzt werden.¹⁰⁰ Für eine wirksame Ausübung dieses Rechts kommen dem

⁹¹ Verneinend *Centel/Zafer*, S. 147; zur Rechtsprechung des KGH *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 512 f.

⁹² Auf das Nichtvorliegen „entsprechender Anhaltspunkte“ hinweisend 4. YCD Entsch. v. 06.11.2007 E. 2007/8700 K. 2007/8903 (kazanci); vgl. *Centel/Zafer*, S. 146.

⁹³ Auf den subjektiven Verdächtigungswillen der Polizei abstellend *Centel/Zafer*, S. 224.

⁹⁴ Vgl. tVerfG Entsch. v. 20.03.2002 E. 2000/48 K. 2002/36, R.G. v. 01.06.2002 – 24772, wonach der Beschuldigte jene Person ist, die „unter einem starken Verdacht *steht*“ [Hervorhebung durch den Autor].

⁹⁵ Zur Rechtsprechung des KGH *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 512 f.

⁹⁶ *Centel/Zafer*, S. 147; vgl. YCGK Urt. v. 15.11.2011 E. 2011/6-140 K. 2011/222 (kazanci).

⁹⁷ Eingehend *Centel/Zafer*, S. 151 ff.

⁹⁸ Zur verfassungsrechtlichen Auslegung dieses Grundrechts siehe stellvertretend tVerfG Entsch. v. 31.01.2007 E. 2004/31 K. 2007/11, R.G. v. 18.05.2007 – 26526.

⁹⁹ Hierzu siehe eingehend *Arslan*, Aussagefreiheit nach türkischem Recht, S. 108 ff.; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2366 f. und 2388 f.; *Bostancı*, Folter, S. 131 f.

¹⁰⁰ Dazu ausführlich *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 480 ff.

Beschuldigten nach § 147 Abs. 1 lit. b ff. verschiedene Informationsrechte zugute, die u.a. seine Unterrichtung über die ihm zur Last gelegte Tat (lit. b),¹⁰¹ seine Belehrung über das Verteidigerbeistandsrecht (lit. c) und seine Belehrung über die Aussagefreiheit selbst (lit. e) umfassen.¹⁰²

Seine Aussagefreiheit ist außerdem durch das Recht auf Beistand eines Verteidigers (§§ 147 Abs. 1 lit. c, 149 Abs. 1) ergänzend geschützt (hierzu sogleich mehr). Weitere Beistandsrechte des Beschuldigten beziehen sich auf die Konsultierung eines Dolmetschers (§ 202 Abs. 1),¹⁰³ die konsularische Vertretung (§§ 95 Abs. 2, 107 Abs. 3) oder die Benachrichtigung von Angehörigen (§ 147 Abs. 1 lit. d).

In der Hauptverhandlung kann er ferner von Teilnahmerechten wie dem Anwesenheitsrecht (vgl. §§ 188 Abs. 1, 193 Abs. 1 S. 1), dem Recht auf Stellung von Beweisanträgen (§ 206 Abs. 1) oder dem Fragerecht (§ 201 Abs. 2) Gebrauch machen.

Pflichten des Beschuldigten:¹⁰⁴ Ist er Gegenstand eines Sachbeweises, so darf er nach Art. 38 Abs. 5 tVerf nicht zur Vorlage eines Beweismittels gezwungen werden. Seine dadurch begründete Mitwirkungsfreiheit schützt ihn aber nicht vor Beweiserhebungen, die seiner aktiven Mitwirkung nicht bedürfen, etwa der Entnahme einer Blutprobe nach § 75 Abs. 1. Sieht das Gesetz solche Eingriffe vor, so wird für ihn daraus eine Duldungspflicht abgeleitet.¹⁰⁵ Entscheidend hierfür ist festzustellen, wann eine aktive Mitwirkung des Beschuldigten vorliegt, zu der er jedoch nach Art. 38 Abs. 5 tVerf weder verpflichtet noch gezwungen werden darf (vgl. etwa § 81 Abs. 1 tStPO).¹⁰⁶

cc) Verteidiger

Den Beschuldigten kann im Strafverfahren ein Rechtsanwalt verteidigen (§ 2 Abs. 1 lit. c). Mit dem Verteidiger bildet der Beschuldigte neben dem Gericht als Entscheidungs- und dem Staatsanwalt als Anklageinstanz die sog. Verteidigungsinstanz im Strafverfahren.¹⁰⁷ Eine allgemeine Verteidigerpflicht für den Beschuldigten besteht allerdings nach der tStPO nicht. Da die Konsultation eines Verteidigers für Beschuldigte von Nutzen ist, ihnen aber meist ein entsprechendes

¹⁰¹ Hierzu siehe tVerfG Entsch. v. 20.03.2002 E. 2000/48 K. 2002/36, R.G. v. 01.06.2002 – 24772.

¹⁰² Zu den Schutzrechten siehe eingehend *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 510 ff.

¹⁰³ Hierzu siehe *Çelik/Krug/Sezgi-Sözen*, Justizgrundrechte, S. 88.

¹⁰⁴ Ausführlich *Centel/Zafer*, S. 171 ff.

¹⁰⁵ *Centel/Zafer*, S. 171.

¹⁰⁶ Vgl. *Centel/Zafer*, S. 286 ff.

¹⁰⁷ *Centel/Zafer*, S. 144 ff.; zu diesen Begriffen siehe tVerfG Entsch. v. 20.03.2002 E. 2000/48 K. 2002/36, R.G. v. 01.06.2002 – 24772.

Bewusstsein oder die Mittel fehlen, war der Gesetzgeber 2004 darum bemüht, jedem Beschuldigten als Ausprägung des verfassungsrechtlich verankerten Rechts auf Verteidigung (Art. 36 Abs. 1 tVerf) im Strafverfahren, soweit möglich, den Beistand eines Verteidigers zukommen zu lassen.¹⁰⁸ Dafür sieht die tStPO neben dem Recht auf Beistand eines Verteidigers seiner Wahl (§ 149 Abs. 1) auch die von Amts wegen zu veranlassende Beiordnung eines Pflichtverteidigers in bestimmten Fällen (siehe §§ 74 Abs. 2, 91 Abs. 7, 101 Abs. 3, 150 Abs. 2 und 3,¹⁰⁹ 151 Abs. 5, 204 Abs. 1 S. 3, 247 Abs. 4) sowie einen allgemeinen Anspruch auf die Bestellung eines unentgeltlichen Rechtshilfeverteidigers für jeden Beschuldigten (§ 150 Abs. 1)¹¹⁰ aus der örtlichen Anwaltskammer vor.¹¹¹

Der Verteidiger hat das Recht auf Anwesenheit bei verschiedenen Untersuchungshandlungen (siehe etwa §§ 147 Abs. 1 lit. c, 84 Abs. 1, 85 Abs. 2, 120 Abs. 3) und in der Hauptverhandlung (§ 197 Abs. 1). Dabei steht ihm das Recht zu, sich zur Sache ausführlich und uneingeschränkt zu äußern, solange er dadurch die Grenzen einer sachlichen Verteidigung nicht überschreitet (vgl. § 215 Abs. 1). Zuvor kann er beantragen, Einsicht in die Verfahrensakten zu nehmen (§ 153 Abs. 1).¹¹² Dieses Recht ist allerdings unter Umständen einschränkbar (§ 153 Abs. 2 ff.). Ist dem Beschuldigten die Freiheit entzogen, so hat der Verteidiger das Recht, in der Polizei- und Untersuchungshaft mit dem Beschuldigten außer Hörweite von Dritten zu kommunizieren (§ 154 Abs. 1 S. 1).¹¹³ Ferner darf weder der Schriftverkehr zwischen den beiden kontrolliert (§ 154 Abs. 1 S. 2; § 68 Abs. 4 tStVollzG) noch deren Telekommunikation miteinander überwacht werden (§ 136 Abs. 1; siehe auch § 114 Abs. 5 tStVollzG) und die beim Verteidiger befindlichen Verteidigungsunterlagen dürfen nicht beschlagnahmt werden (vgl. § 130 Abs. 2). Auf Durchführung und Ausgang des Verfahrens nimmt der Verteidiger schließlich durch Stellung von Beweisanträgen (vgl. § 206 Abs. 2 und 3) und unmittelbare Befragung von Aussagepersonen Einfluss (§ 201 Abs. 1).¹¹⁴

¹⁰⁸ Begründung des § 150, *Şahin*, Gazi Şerhi, S. 483; siehe auch *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2390; *Alan-Akcan/Levermann*, Justizgrundrechte, S. 62 f.

¹⁰⁹ Zur Verfassungsmäßigkeit dieser Vorschrift in Anbetracht des Rechts des Beschuldigten, die eigene Verteidigung zu übernehmen nach Art. 36 Abs. 1 tVerf siehe tVerfG Entsch. v. 12.03.2009 E. 2007/9 K. 2009/49, R.G. v. 25.06.2009 – 27269.

¹¹⁰ Zur Erstattung der Verteidigerkosten im Falle einer Verurteilung siehe §§ 324 Abs. 1, 325 Abs. 1 tStPO; für die Verfassungsmäßigkeit dieser Vorschriften tVerfG Entsch. v. 03.10.2009 E. 2007/43 K. 2009/51, R.G. v. 03.10.2009 – 27365; vgl. 1. YCD Entsch. v. 17.02.2015 E. 2014/6470 K. 2015/743 (kazancı).

¹¹¹ Hierzu siehe tVerfG Entsch. v. 03.10.2009 E. 2007/43 K. 2009/51, R.G. v. 03.10.2009 – 27365; *Çelik/Krug/Sezgi-Sözen*, Justizgrundrechte, S. 87.

¹¹² 15. YCD Entsch. v. 25.10.2011 E. 2011/10088 K. 2011/5760 (kazancı).

¹¹³ Zu einer verfassungswidrigen Einschränkung dieses Rechts siehe tVerfG Entsch. v. 31.03.1992 E. 1991/18 K. 1992/20, R.G. v. 27.01.1993 – 21478.

¹¹⁴ Zu den Rechten des Verteidigers siehe auch *Alan-Akcan/Levermann*, Justizgrundrechte, S. 63.

Trotz der essentiellen Bedeutung des Verteidigers für den Beschuldigten kann er unter bestimmten Voraussetzungen vom Strafverfahren ausgeschlossen werden (§ 151 Abs. 1 und 3). In diesem Fall wird dem Beschuldigten ein Verteidiger aus der örtlichen Anwaltskammer zugewiesen (§ 151 Abs. 5). Außerdem ist die Zahl der *anwesenheitsberechtigten* Verteidiger bei der Befragung des Beschuldigten im Ermittlungsverfahren und bei Vereinigungsdelikten in der Hauptverhandlung auf drei begrenzt (§ 149 Abs. 2).¹¹⁵

dd) Ermittlungsmaßnahmen

Die Ermittlungsbehörden können zu Beweissammlungszwecken auf eine Vielzahl von Maßnahmen zurückgreifen, die grundsätzlich in der tStPO und teilweise im Polizeigesetz (tPolG) enthalten sind. Diese lassen sich je nach Art, Ergebnis oder angewandter Methode in sechs Gruppen gliedern.¹¹⁶

- Durchsuchung (§§ 116 ff.; § 4a Abs. 1 lit. b tPolG),
- Sicherstellung und Beschlagnahme (§§ 121 ff.),
- forensische Maßnahmen (§§ 74 ff.),
- verdeckte Maßnahmen (§§ 135 ff.),
- erkennungsdienstliche Maßnahmen (§ 81 Abs. 1; §§ 5 Abs. 1, Zus. 9 Abs. 6 tPolG),
- computergestützte Maßnahmen (§ 6 Abs. 6 tPolG).

Ihre Zulässigkeit ist in der Regel an die Erfüllung mehrerer materieller und formeller Voraussetzungen gebunden, etwa das Vorliegen eines hinreichenden Tatverdachts bei der Durchsuchung (§ 119 Abs. 1)¹¹⁷ und die richterliche Anordnung der Beschlagnahme (§ 127 Abs. 1).

ee) Freiheitsentziehende Maßnahmen

Durch die freiheitsentziehenden Maßnahmen im Strafverfahren wird bezweckt, das Erscheinen des Beschuldigten bei bestimmten Untersuchungshandlungen sicherzustellen (vgl. §§ 98 Abs. 1, 146 Abs. 1), seine Identität festzustellen (vgl. § 4a Abs. 1 lit. b tPolG; § 90 Abs. 1), den gegen ihn bestehenden Tatverdacht aufzuklären (vgl. §§ 85 Abs. 1, 91 Abs. 2 und 3) sowie einer Flucht- oder Verdunke-

¹¹⁵ Zur Verfassungswidrigkeit einer allgemeinen Begrenzung der Verteidigerzahl siehe tVerfG Entsch. v. 31.03.1992 E. 1991/18 K. 1992/20, R.G. v. 27.01.1993 – 21478.

¹¹⁶ Eingehend zu Ermittlungsmaßnahmen siehe *Yenisey*, S. 189 ff.; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2360–2376.

¹¹⁷ Zur Bestimmung des hinreichenden Tatverdachts bei der Durchsuchung siehe 12. YCD Entsch. v. 24.12.2013 E. 2013/9105 K. 2013/30731 (kazanci).

lungsgefahr (vgl. § 100 Abs. 2) vorzubeugen.¹¹⁸ Zu präventiven Zwecken ist die Ingewahrsamnahme eines auf frischer Tat ertappten Beschuldigten ausnahmsweise bei schweren gewalttätigen Unruhen und einer gemeinschaftlich begangenen Katalogstraftat zulässig (§ 91 Abs. 4).¹¹⁹

Die Strafverfolgungsorgane können folgende Maßnahmen ergreifen:

- Identitätsfeststellung (§ 4a Abs. 1 lit. b tPolG),
- Tatortbesichtigung (§ 85 Abs. 1),
- Zwangsvorführung (§§ 146 Abs. 1, 176 Abs. 1, 193 Abs. 1, 199 Abs. 1),
- vorläufige Festnahme (§ 90 Abs. 1),
- Erlass eines Steckbriefs (siehe §§ 90 Abs. 1–3, 146 Abs. 1, 199 Abs. 1),
- repressive Polizeihaft (§ 91 Abs. 1),
- Untersuchungshaft (§ 100 Abs. 1 und 2).

Da die strafprozessuale Freiheitsentziehung des Beschuldigten einen schwerwiegenden Eingriff in sein Grundrecht auf körperliche Fortbewegungsfreiheit (Art. 19 Abs. 1 tVerf) darstellt, ist in der tStPO mit der justiziellen Kontrolle (§§ 109 ff.) ein alternativer Mechanismus geschaffen worden, um den schweren Folgen eines Freiheitsentzugs entsprechend dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz (siehe auch § 100 Abs. 1 S. 2) vorzubeugen und gleichzeitig prozessuale Zwecke durch Anordnung bestimmter Auflagen oder Erteilung von Weisungen (siehe § 109 Abs. 3) zu verwirklichen (vgl. §§ 101 Abs. 1 S. 2, 109 Abs. 7).¹²⁰ Ferner ist der festgenommene Beschuldigte innerhalb einer gesetzlich festgelegten Frist von Amts wegen dem Richter vorzuführen bzw. darf seine polizeiliche Haft eine gesetzlich festgelegte Höchstdauer nicht überschreiten (§ 90 Abs. 1, 3 und 4). Eine gesetzliche Höchstdauer sieht die tStPO auch für eine nur richterlich anzuordnende Untersuchungshaft vor (§§ 102 Abs. 1 und 2, 112 Abs. 2).¹²¹ Darüber hinaus steht es dem Beschuldigten frei, jederzeit die Rechtmäßigkeit der vorläufigen Festnahme und der Polizei- oder Untersuchungshaft mit einer Beschwerde anzufechten (siehe §§ 91 Abs. 5, 108 Abs. 1 und 2).¹²²

¹¹⁸ Zu freiheitsentziehenden Maßnahmen im Strafverfahren siehe ausführlich *Rumpf*, S. 380 ff.; *Yenisey*, S. 200 ff.; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2370 ff.; *Centel*, Kritische Betrachtungen, S. 57 ff.

¹¹⁹ Hierzu siehe *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 1001.

¹²⁰ Vgl. tVerfG Entsch. v. 28.01.2010 E. 2008/70 K. 2010/21, R.G. v. 28.04.2010 – 27565; 11. YCD Entsch. v. 05.06.2009 E. 2008/13063 K. 2009/6948 (kazancı); hierzu siehe auch *Centel*, Kritische Betrachtungen, S. 59 f.

¹²¹ Für die verfassungsgerichtliche Auslegung dieser Vorschriften siehe etwa tVerfG Verfbeschw. v. 02.07.2013 mit Nr. 2012/239 §§ 46 ff.; hierzu siehe auch *Arslan*, Annales 60/2011, 103–124.

¹²² *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2373 f.

2. Abschluss des Ermittlungsverfahrens

Zur Erhebung der öffentlichen Klage ist nur der Staatsanwalt berufen (§ 170 Abs. 1). Greift kein gesetzlicher Einstellungsgrund aus Opportunitätsüberlegungen,¹²³ so hat der Staatsanwalt in einem ersten Schritt zu prüfen, ob die durchgeführten Ermittlungen für die Erhebung einer öffentlichen Klage hinreichend sind (§ 170 Abs. 2).

a) Einstellung des Verfahrens

Der Staatsanwalt stellt das Ermittlungsverfahren ein, wenn der erforschte Sachverhalt keine Straftat darstellt oder die festgestellten Tatsachen keinen hinreichenden Tatverdacht begründen (§ 172 Abs. 1 S. 1). Nach der Einstellung (§§ 172 Abs. 2, 174 Abs. 4) darf wegen derselben Tat grundsätzlich keine öffentliche Klage mehr erhoben werden, es sei denn, dass sich ein neuer Beweis ergeben hat und dies durch einen entsprechenden Beschluss des Friedensrichters bestätigt wurde (§ 172 Abs. 2; siehe auch § 173 Abs. 6; vgl. § 143 Abs. 1 S. 1). Dadurch sieht die tStPO bereits für eine staatsanwaltliche Verfahrenseinstellung eine Art des Strafklageverbrauchs vor (vgl. § 314 Abs. 1).¹²⁴ Die Einstellung wird dem Beschuldigten mitgeteilt, wenn er zuvor befragt oder vernommen wurde (§ 172 Abs. 1 S. 2). Zwar ist seine polizeiliche oder staatsanwaltliche Befragung im Ermittlungsverfahren (vgl. §§ 160, 161) nicht zwingend (vgl. §§ 98 Abs. 1, 145 Abs. 1, 146 Abs. 1, 247 Abs. 3, 253 Abs. 6). Ihre Unterlassung *kann* aber zur Rückgabe der Anklageschrift im Zwischenverfahren führen (§ 174 Abs. 1 lit. b).¹²⁵ Der durch die Straftat Geschädigte ist dagegen von der Einstellung stets in Kenntnis zu setzen (§ 172 Abs. 1 S. 2). Gegen die Einstellung kann er ein Klageerzwingungsverfahren nach § 173 tStPO anstreben.

b) Prozessvoraussetzungen

Ist das Vorliegen eines hinreichenden Tatverdachts im Sinne der §§ 170 Abs. 2, 172 Abs. 1 gegen den Beschuldigten zu bejahen, so hat der Staatsanwalt in einem zweiten Schritt zu prüfen, ob in der Strafsache gegen den Beschuldigten weiter prozessiert werden darf. Bevor er als letzte Verfolgungsmaßnahme im Ermittlungsverfahren öffentliche Klage erhebt, muss er festgestellt haben, dass die folgenden positiven Prozessvoraussetzungen für die Tat und den Täter vorliegen bzw. keine Prozesshindernisse bestehen.¹²⁶

¹²³ Siehe oben III.A.1.a)cc).

¹²⁴ Hierfür siehe 11. YCD Entsch. v. 05.06.2013 E. 2013/11058 K. 2013/9370 (kazancı); 6. YCD Entsch. v. 18.01.2012 E. 2011/18820 K. 2012/529 (kazancı).

¹²⁵ Ebenso 4. YCD Entsch. v. 19.03.2007 E. 2007/771 K. 2007/2513 (kazancı).

¹²⁶ Hierzu siehe eingehend *Centel/Zafer*, S. 621 ff.; *Yenisey*, S. 213 und 215.

Prozessvoraussetzungen sind:

- die nationale Zuständigkeit der türkischen Gerichtsbarkeit hinsichtlich der Tat (hierzu siehe §§ 8 Abs. 1 und 2, 12 Abs. 1, 10 Abs. 1, 11 Abs. 1, 12 Abs. 2, 13 Abs. 1 ff. tStGB),¹²⁷
- die sachliche und örtliche Zuständigkeit des Strafgerichts bei und ab der Anklageerhebung (siehe §§ 4 Abs. 1, 18 Abs. 1 und 2), die sich im ersten Fall nach §§ 11 Abs. 1, 12 Abs. 2, 14 Abs. 1 des türkischen Gerichtsverfassungsgesetzes (tGVG) und im zweiten Fall nach §§ 9 Abs. 1, 12 ff. tStPO richtet,
- die Strafmündigkeit (vgl. § 31 Abs. 1 tStGB),
- die Verhandlungsfähigkeit (vgl. § 74 Abs. 5 tStPO).

Bei manchen Delikten gelten darüber hinaus folgende Prozessvoraussetzungen:

- Vorliegen eines Strafantrags (§ 73 Abs. 1 tStGB; vgl. §§ 96 Abs. 1, 144 Abs. 1 lit. c, 158 Abs. 6 tStPO),
- Erteilung einer amtlichen Ermächtigung (*izin* – etwa § 301 Abs. 3 tStGB; § 165 Abs. 5 S. 2 tStPO),
- Vorliegen eines Strafverlangens (*talep* – § 13 Abs. 2 und 3 tStGB),
- Vorliegen eines amtlichen Strafersuchens (*istem* – etwa § 12 Abs. 1 S. 3, Abs. 3 und 4 tStGB),
- erfolglose Durchführung des sog. Vorauszahlungsverfahrens (*ön ödeme emri* – § 75 tStGB) und des Einigungsverfahrens (*uzlaşma* – §§ 253, 254 tStPO).¹²⁸

Prozesshindernisse sind:

- Amnestie (§ 54 Abs. 1 tStGB; vgl. § 144 Abs. 1 lit. c tStPO),
- Immunität inländischer oder ausländischer Amtsträger (etwa Art. 83 Abs. 2 tVerf; vgl. § 332 Abs. 2 S. 2 tStPO),
- rechtskräftig gewordene Aburteilung der dem Beschuldigten zur Last gelegten Tat im Inland (vgl. § 9 Abs. 1 tStGB, § 223 Abs. 7 tStPO),
- Rechtshängigkeit wegen derselben Tat (§ 223 Abs. 7 tStPO),
- Verfolgungsverjährung (§ 66 Abs. 1 tStGB).

3. Zwischenverfahren

Die Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung bedarf der Erhebung der öffentlichen Anklage durch den zuständigen Staatsanwalt (Anklagegrundsatz – § 175 Abs. 1). Nach Einreichung der Anklageschrift mit den Verfahrensakten hat das zuständige Gericht, vor dem später die Hauptverhandlung stattfinden soll

¹²⁷ Centel/Zafer, S. 628.

¹²⁸ Dazu eingehend Centel/Zafer, S. 510 ff.

(§§ 175 ff.), in einem Zwischenverfahren ausdrücklich über Folgendes zu entscheiden:

- *im Allgemeinen*, ob die Anklageschrift den inhaltlichen Anforderungen des § 170 genügt¹²⁹ und die Beweissammlung in wesentlichen Punkten vollständig ist (§ 174 Abs. 1 lit. a und b),¹³⁰ und
- *im Besonderen*, ob in dafür in Frage kommenden Verfahren auf Einstellung gegen Zahlung der Mindeststrafe (§ 75 Abs. 1 tStGB) oder eine Einigung (§ 253 Abs. 1 tStPO) hingewirkt wurde (§ 174 Abs. 1 lit. c).¹³¹

Das Zwischenverfahren erfolgt schriftlich und findet lediglich zwischen dem Gericht und dem Staatsanwalt ohne Einbindung anderer Verfahrensbeteiligter statt. Die neue tStPO enthält keine Pflicht bzw. Befugnis für das Gericht im Zwischenverfahren, zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts Ermittlungen von Amts wegen anzustellen.¹³² Es kann vom Staatsanwalt nur verlangen, Mängel und Fehler in der Anklageschrift zu beseitigen und zu beheben (§ 174 Abs. 1 und 4). Daraufhin hat der Staatsanwalt zwei Optionen:

- er kann den Forderungen des Rückgabebeschlusses des Gerichts entgegenkommen und die dementsprechend neu erstellte Anklageschrift erneut bei Gericht einreichen, es sei denn, dass sich inzwischen ein Einstellungsgrund – etwa eine erfolgreiche Einigung (§ 253 Abs. 1) – ergeben hat (§ 174 Abs. 4), oder
- er kann gegen den Rückgabebeschluss des Gerichts Beschwerde einlegen (§ 174 Abs. 5). Daraufhin entscheidet das Beschwerdegericht endgültig über die Zulässigkeit der Anklageschrift (§ 271 Abs. 2 und 4) nach den Vorgaben des § 174 Abs. 1.

4. Hauptverfahren

a) Eröffnung und Vorbereitung der Hauptverhandlung

Hat das Gericht die Anklageschrift im Zwischenverfahren nach § 174 zugelassen, so gilt das Hauptverfahren als eröffnet (§ 175 Abs. 1). Ab diesem Zeitpunkt wird der Beschuldigte als Angeklagter (*sank*) bezeichnet (§ 2 Abs. 1 lit. b).

¹²⁹ Zu verfassungsrechtlichen Anforderungen an den Inhalt der Anklageschrift siehe tVerfG Entsch. v. 20.03.2002 E. 2000/48 K. 2002/36, R.G. v. 01.06.2002 – 24772.

¹³⁰ Zur mangelnden Beweissammlung im Ermittlungsverfahren siehe etwa 14. YCD Entsch. v. 20.06.2012 E. 2012/8915 K. 2012/7056 (kazanci); 4. YCD Entsch. v. 03.10.2013 E. 2013/14237 K. 2013/24804 (kazanci).

¹³¹ Zu diesen Voraussetzungen siehe eingehend *Centel/Zafer*, S. 533 f.; siehe auch *Tel-lenbach*, 70 Jahre nach der Gründung, S. 166; *Bostanci*, Folter, S. 134 f.

¹³² So aber nach § 195 Abs. 1 der tStPO von 1929 bis zur Abschaffung der gerichtlichen Voruntersuchung und des Zwischenverfahrens durch § 82 des Änderungsgesetzes Nr. 3026 v. 21.05.1985 in R.G. v. 04.06.1985 – 18774.

Für die gesamte Dauer des Hauptverfahrens hat das Gericht weiterhin die Einhaltung der oben aufgeführten Prozessvoraussetzungen und -hindernisse von Amts wegen zu beachten (vgl. § 223 Abs. 8). Insbesondere bei einschlägigen Delikten ist das erkennende Gericht schon zu Beginn des Hauptverfahrens *verpflichtet*, auf die Beilegung der öffentlichen Klage gegen Zahlung der Mindeststrafe (§ 75 Abs. 2 und 3 tStGB) oder eine Einigung (§ 254 Abs. 1 tStPO) hinzuwirken. In anderen Fällen beginnt die Durchführung des Hauptverfahrens mit der Einleitung der vorbereitenden Maßnahmen, namentlich der Terminierung der Hauptverhandlung (§ 175 Abs. 2), der Ladung von Personen, die zur Hauptverhandlung zu erscheinen haben (§ 175 Abs. 2) und der Zustellung der Anklageschrift an den Angeklagten (§ 176 Abs. 1 und 3). Zur Vorbereitung der Hauptverhandlung gehören auch die Entscheidung über die Beweisanträge des Angeklagten auf Herbeischaffung von Beweismitteln oder die Ladung von Zeugen oder Sachverständigen vor dem Beginn der Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung (§ 177 Abs. 1) sowie die Veranlassung einer kommissarischen Beweisaufnahme (§ 180 Abs. 1 und 2).¹³³ Eine Befugnis bzw. Pflicht zur Herbeischaffung von Beweismitteln von Amts wegen kennt die neue tStPO für das Gericht auch in dieser Phase des Verfahrens nicht.¹³⁴

b) Durchführung der Hauptverhandlung

Die formelle Durchführung der Hauptverhandlung, nämlich ihre Leitung, Ordnung und Disziplin (§§ 192 Abs. 1, 203 ff.) sowie die Führung eines Hauptverhandlungsprotokolls (§§ 219 ff.) liegt beim Vorsitzenden oder Einzelrichter und erfolgt unter seiner Aufsicht. Die Bedeutung der Hauptverhandlung im Strafverfahren ist allerdings eher substantieller Natur. Denn das Gericht gründet auf ihren Ergebnissen seine Überzeugung von der Schuld des Angeklagten (§ 217 Abs. 1 S. 1). Daher gelten bei ihrer Durchführung einige Grundsätze, die die Rahmenbedingungen eines transparenten Ablaufs, einer wahrheitsorientierten und ergebnisoffenen Beweisaufnahme sowie einer fairen Verfahrensführung vorgeben.¹³⁵

aa) Grundsätze der Hauptverhandlung

(1) *Öffentlichkeitsgrundsatz*: Der Öffentlichkeitsgrundsatz schützt den Angeklagten vor der Gefahr einer Geheimjustiz und schafft somit Vertrauen in die

¹³³ Hierzu eingehend *Centel/Zafer*, S. 665 ff.

¹³⁴ So aber nach § 214 Abs. 1 der tStPO von 1929, wonach der Vorsitzende des Gerichts auch von Amts wegen die Ladung von Zeugen und Sachverständigen und die Herbeischaffung weiterer Beweismittel anordnen kann. Diese Befugnis des Gerichts dennoch annehmend *Centel/Zafer*, S. 669 ff.

¹³⁵ Hierzu siehe auch *Öztiürk*, Die neue StPO, S. 2383 ff.; *Feyzioglu*, S. 165; *Exum*, Comparison, S. 13.

Rechtsförmigkeit des Verfahrens.¹³⁶ Gerichtsverhandlungen sind daher von Verfassungen wegen grundsätzlich öffentlich (Art. 141 Abs. 1 S. 1 tVerf, § 182 Abs. 1 tStPO; Art. 6 Abs. 1 EMRK). Die Öffentlichkeit kann jedoch ausnahmsweise in persönlicher oder materieller Hinsicht vollständig – etwa in Jugendstrafverfahren (§ 185 Abs. 1 tStPO) – oder auch teilweise mit einem gerichtlichen Beschluss ausgeschlossen werden,¹³⁷ wenn die Sittlichkeit (vgl. § 209 Abs. 2) oder allgemeine Sicherheit (vgl. §§ 47 Abs. 2, 58 Abs. 1, 125 Abs. 2, 183 Abs. 1, 185 Abs. 1 tStPO und § 5 Abs. 1 lit. b tZSchG) dies unbedingt erfordern (Art. 141 Abs. 1 S. 2 tVerf, § 182 Abs. 1).¹³⁸ Der Verstoß gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz gilt als schwerwiegend¹³⁹ und führt regelmäßig zur Aufhebung des Urteils (§§ 280 Abs. 1 lit. b, 289 Abs. 1 lit. f).¹⁴⁰

(2) *Mündlichkeitsgrundsatz*: Die Transparenz der Strafjustiz ist neben der Öffentlichkeit der Hauptverhandlung durch ihre Mündlichkeit gewährleistet, sodass sie das Gegenstück zu einer geheimen und schriftlichen Justiz bildet.¹⁴¹ Die Wahrheit muss nämlich durch eine mündliche Beweisführung in der Hauptverhandlung gefunden werden (§ 217 Abs. 1 S. 1).¹⁴²

(3) *Konzentrationsmaxime*: Damit das Gericht seine Überzeugung von der Schuld aus dem Inbegriff einer mündlichen Hauptverhandlung schöpfen kann, muss die Verhandlung konzentriert geführt werden. Deshalb ist ihre Terminierung, die eine zeitnahe Abfolge der Verhandlungstage erfordert, von großer Bedeutung. Eine zügige Verfahrensführung dient auch der Einhaltung des verfassungsrechtlich garantierten Rechts auf ein beschleunigtes Verfahren (vgl. § 6 Abs. 1 tVerf, Art. 6 Abs. 1 EMRK; siehe auch Art. 141 Abs. 4 tVerf).¹⁴³

Zur Verwirklichung dieser Ziele schreibt § 190 Abs. 1 S. 1 vor, dass das Strafurteil infolge einer ununterbrochenen Hauptverhandlung zu fällen ist. Die neue tStPO verzichtet allerdings auf die Nennung strenger Anforderungen an die Unterbrechung der Hauptverhandlung.¹⁴⁴ Erlaubt ist nach § 190 Abs. 1 S. 2 eine Unter-

¹³⁶ YCGK Urt. v. 11.12.2001 E. 2001/8-248 K. 2001/288 (kazancı); siehe auch *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2384; *Sözüer*, S. 54; *Feyzioğlu*, S. 168.

¹³⁷ Zu verfassungsrechtlichen Erfordernissen dieses Beschlusses siehe tVerfG Entsch. v. 31.03.1992 E. 1991/18 K. 1992/20, R.G. v. 27.01.1993 – 21478.

¹³⁸ Zur Bedeutung dieser Begriffe siehe YCGK Urt. v. 11.12.2001 E. 2001/8-248 K. 2001/288 (kazancı); zu Einzelheiten *Sözüer*, S. 54 ff.; *Yenisey*, S. 211.

¹³⁹ Hierzu siehe 6. YCD Urt. v. 23.05.2011 E. 2010/12917 K. 2011/7064 (kazancı).

¹⁴⁰ YCGK Urt. v. 11.12.2001 E. 2001/8-248 K. 2001/288 (kazancı).

¹⁴¹ *Yenisey*, Annales 41/1978, 331; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2384.

¹⁴² Zur Mündlichkeit der Hauptverhandlung siehe außerdem YCGK Urt. v. 06.05.2008 E. 2008/1-90 K. 2008/100 (kazancı); 6. YCD Urt. v. 23.05.2011 E. 2010/12917 K. 2011/7064 (kazancı).

¹⁴³ tVerfG Entsch. v. 01.10.2009 E. 2006/116 K. 2009/125, R.G. v. 08.01.2010 – 27456; siehe auch *Centel/Zafer*, S. 154 f.

¹⁴⁴ Vgl. §§ 221 und 222 tStPO von 1929.

brechung dann und solange sie erforderlich ist. Sie darf lediglich nach § 190 Abs. 1 S. 2 die Einhaltung einer angemessenen Dauer des Verfahrens nicht unmöglich machen. Diese Vorschrift ist freilich weit davon entfernt, das Ziel einer konzentrierten Wahrheitsfindung sowie einer zügigen Verfahrensführung angemessen zu verwirklichen. Tatsächlich besteht eine Hauptverhandlung in der Praxis nicht selten aus mehreren sog. Einschubterminen, die in zeitlichen Abständen von mehreren Wochen jeweils zur Vornahme weniger Prozesshandlungen anberaumt werden und durch die die Verhandlung nur stückweise vorangebracht wird.¹⁴⁵

bb) Beteiligte der Hauptverhandlung

Die Beteiligung bestimmter Personen an der Hauptverhandlung ist obligatorisch (§ 188 Abs. 1), während dies für manche Verfahrensbeteiligten nicht gilt. Eine nicht gesetzmäßige Besetzung des Gerichts sowie die Abwesenheit des Staatsanwalts oder einer anderen Person, deren Anwesenheit das Gesetz vorschreibt, stellen einen schwerwiegenden Rechtsverstoß dar und führen regelmäßig zur Aufhebung des Urteils (§§ 280 Abs. 1 lit. b, 289 Abs. 1 lit. a und e).

(1) *Richter*: Die Anwesenheit der Richter, aus denen sich das erkennende Gericht zusammensetzt, ist in der Hauptverhandlung grundsätzlich obligatorisch (§ 188 Abs. 1). Eine wichtige Ausnahme sieht § 188 Abs. 2 vor, der bei Kollegialgerichten die Vertretung eines „aus irgendeinem Grund verhinderten“ beisitzenden Richters in manchen Sitzungen durch einen sog. Ersatzrichter zulässt.¹⁴⁶ Das Ergebnis dieser praktisch beliebigen Austauschbarkeit von Richtern aus Geschäftsplanungsgründen ist eine gravierende Beschränkung der Konzentrationsmaxime und des Unmittelbarkeitsprinzips, die voraussetzen, dass die Überzeugungsbildung des Richters von der Schuld unmittelbar in der von ihm selbst konzentriert geführten Hauptverhandlung einschließlich der Beweisaufnahme entsteht, nicht aber durch ein späteres Studium der in seiner Abwesenheit entstandenen Verfahrensakten (vgl. § 217 Abs. 1 S. 1).¹⁴⁷

Zur Person des Richters garantiert die Verfassung jedem Beschuldigten, dass der Richter, der sich mit seinem Straffall befassen wird, zuvor gesetzlich bestimmt wurde und unabhängig ist (Art. 9 Abs. 1, 138 Abs. 1, 140 Abs. 2 tVerf; Art. 6

¹⁴⁵ Darauf hinweisend auch *Centel/Zafer*, S. 676 f.; zur Vertagungspraxis siehe auch *Tellenbach*, 70 Jahre nach der Gründung, S. 166.

¹⁴⁶ Vgl. § 381 Abs. 2 tStPO von 1929, wonach bei Hauptverhandlungen, die nicht in einer Sitzung beendet werden, Ergänzungsrichter hinzuzuziehen sind, die bei der Verhinderung eines Richters an seine Stelle treten und an der Entscheidung mitwirken; hierzu siehe *Feyzioğlu*, S. 170.

¹⁴⁷ Hierzu siehe auch *Feyzioğlu*, S. 171.

Abs. 1 EMRK).¹⁴⁸ Gleichzeitig muss der Richter im Strafverfahren gegenüber dem Angeklagten eine unparteiliche¹⁴⁹ und unvoreingenommene¹⁵⁰ Einstellung haben (vgl. Art. 36 Abs. 1 tVerf; Art. 6 Abs. 1 EMRK; § 24 Abs. 1 tStPO). Zur Sicherung dieser verfassungsrechtlich gebotenen Anforderungen sieht die tStPO bei Vorliegen bestimmter Umstände den Ausschluss eines Richters vom Verfahren kraft Gesetzes (§§ 22 f.)¹⁵¹ und seine Ablehnung durch Verfahrensbeteiligte vor, wenn berechtigte Gründe Zweifel an seiner Unparteilichkeit aufkommen lassen (§ 24 Abs. 1 ff.).

(2) *Staatsanwalt*: Zwingend vorgeschrieben ist in der Hauptverhandlung auch die Anwesenheit des Staatsanwalts (§ 188 Abs. 1). Ausgenommen von der Anwesenheitspflicht ist der Staatsanwalt bei Hauptverhandlungen vor den Amtsgerichten¹⁵² und vor den Jugendstrafgerichten.¹⁵³ Inwiefern dies die Geltung des Anklagegrundsatzes (§ 170 Abs. 1) bei der Durchführung der Hauptverhandlung durchbricht und der Richter die Abwesenheit des Anklägers zu Lasten einer unparteiischen und objektiven Wahrheitsfindung kompensieren muss, ist ungeklärt.¹⁵⁴

(3) *Urkundsbeamter*: Ein obligatorischer Beteiligter der Hauptverhandlung ist nach § 188 Abs. 1 ferner der Urkundsbeamte. Er führt das Hauptverhandlungsprotokoll, das von ihm nach § 219 Abs. 1 unterschrieben werden muss.¹⁵⁵ Die Gründe für den Ausschluss oder die Ablehnung des Richters gelten für Urkundsbeamte entsprechend (§ 32 Abs. 1).

(4) *Verteidiger*: Die Anwesenheit des Verteidigers ist nur obligatorisch, wenn ein Fall von Pflichtverteidigung vorliegt (siehe § 150 Abs. 2 und 3; vgl. § 196

¹⁴⁸ Hierzu siehe tVerfG Entsch. v. 05.05.2004 E. 2002/170 K. 2004/54, R.G. v. 20.07.2004 – 25528; *Yenisey*, S. 181; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2391; *Çelik/Krug/Sezgi-Sözen*, Justizgrundrechte, S. 85; *Keskin*, Annales 53/2004, 131–140.

¹⁴⁹ Zur richterlichen Unparteilichkeit siehe YCGK Entsch. v. 03.03.2009 E. 2009/3-21 K. 2009/46 (kazanci); YCGK Entsch. v. 29.06.2011 E. 2011/7298 K. 2011/5029 (kazanci).

¹⁵⁰ Vgl. YCGK Entsch. v. 03.03.2009 E. 2009/3-21 K. 2009/46 (kazanci).

¹⁵¹ Hierzu siehe etwa YCGK Entsch. v. 04.07.2006 E. 2006/5-127 K. 2006/180 (kazanci); YCGK Entsch. v. 03.03.2009 E. 2009/3-21 K. 2009/46 (kazanci).

¹⁵² Übergangsparagraph 3 des Einführungsgesetzes mit Nr. 5320, R.G. v. 31.03.2005 – 25772 stellt die Staatsanwälte von der Anwesenheit jedenfalls bis zum 01.01.2019 frei.

¹⁵³ § 25 Abs. 1 S. 5 des Jugendschutzgesetzes; zur Verfassungsmäßigkeit dieser Vorschrift siehe tVerfG Entsch. v. 29.01.2009 E. 2005/124 K. 2009/13, R.G. v. 03.04.2009 – 27189; hierzu siehe auch *Yenisey*, S. 183.

¹⁵⁴ Siehe Übergangsparagraph 3 des Einführungsgesetzes, wonach eine Stellungnahme des zuständigen Staatsanwalts zwar bei Entscheidungen in der Hauptverhandlung (§ 33) nicht einzuholen ist. Allerdings sind die Akten an die Staatsanwaltschaft zu übersenden, damit diese bei Urteilen oder Entscheidungen über Untersuchungshaft oder Freilassungen Rechtsmittel einlegen kann.

¹⁵⁵ 1. YCD Entsch. v. 24.02.2014 E. 2014/543 K. 2014/1020 (kazanci).

Abs. 3 S. 3).¹⁵⁶ Eine Fortsetzung der Hauptverhandlung lässt § 188 Abs. 1 S. 2 tStPO neuerdings zu, wenn der erschienene Pflichtverteidiger sich unentschuldigt aus der Hauptverhandlung entfernt. In sonstigen Fällen hat der Wahl- oder Rechtshilfeverteidiger des Angeklagten nur das Recht (siehe §§ 149 Abs. 1, 150 Abs. 1), ihm in jeder Phase der Hauptverhandlung durch seine Anwesenheit beizustehen (§§ 149 Abs. 3, 197 Abs. 1). Dazu wird er gleichzeitig mit dem Angeklagten zur Hauptverhandlung geladen (§ 176 Abs. 1 S. 2).

(5) *Angeklagter*: Zur Eröffnung der Hauptverhandlung ist die Anwesenheit des Angeklagten nicht zwingend vorgeschrieben (vgl. § 188 Abs. 1). Ist er aber im Sinne von § 244 Abs. 1 für verschollen erklärt worden, so findet bis zu seinem Erscheinen keine Hauptverhandlung statt (§ 244 Abs. 2). Dagegen ist die Eröffnung der Hauptverhandlung gegen den flüchtigen Angeklagten zwar zulässig (§ 247 Abs. 3), diese ist aber grundsätzlich auf die Beweissicherung beschränkt und erfordert stets die Vertretung des Angeklagten durch einen erforderlichenfalls amtlich beizuordnenden Verteidiger. Eine Verurteilung des nicht vernommenen flüchtigen Angeklagten darf aber nicht ergehen (§ 243 Abs. 3 und 4).

Die tStPO geht von dem Grundsatz aus, dass eine *eröffnete Hauptverhandlung* gegen den ausgebliebenen Angeklagten nicht fortgesetzt wird. Seine Anwesenheit in der Hauptverhandlung ist nämlich in zweierlei Hinsicht von großer Bedeutung: erstens für einen unmittelbaren Gebrauch des verfassungsrechtlich garantierten Anspruchs auf rechtliches Gehör (Art. 36 Abs. 1 tVerf; Art. 14 Abs. 3 lit. d IPBPR)¹⁵⁷ und zweitens für die Erforschung der Wahrheit (vgl. § 191 Abs. 2 lit. c) und eine angemessene Strafzumessung (§§ 61 ff. tStGB).¹⁵⁸ Daher ist seine Anwesenheit in der Hauptverhandlung sowohl ein Recht als auch eine Pflicht. Ist sein Ausbleiben nicht aus einem stichhaltigen Grund gerechtfertigt, so kann seine zwangsweise Vorführung angeordnet werden (siehe auch §§ 199 Abs. 1, 194 Abs. 1).¹⁵⁹ Allerdings ist das Recht auf eine in Anwesenheit des Angeklagten zu führende Hauptverhandlung nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht absolut und kann aus bestimmten Gründen durch ein Gesetz unter Wahrung der Wesensgehaltsgarantie (siehe Art. 13 Abs. 1 tVerf) eingeschränkt werden.¹⁶⁰ Bei der Entscheidung, dass die Fortsetzung oder Beendigung der Hauptverhandlung ohne den Angeklagten gerechtfertigt ist, ist die Frage von entscheidender Bedeutung, ob seine Vernehmung für die Art des zu fällenden Urteils zwingend erforder-

¹⁵⁶ Der Verstoß hiergegen ist ein Aufhebungsgrund, so 6. YCD Entsch. v. 16.10.2012 E. 2009/12803 K. 2012/17232 (kazancı).

¹⁵⁷ Hierzu siehe tVerfG Entsch. v. 30.06.2004 E. 2001/481 K. 2004/91, R.G. v. 22.10.2004 – 25621; YCGK Ur. v. 17.02.2009 E. 2008/2-251 K. 2009/30 (kazancı).

¹⁵⁸ Zur Bedeutung der Anwesenheit des Angeklagten zu prozessualen Zwecken siehe YCGK Ur. v. 17.02.2009 E. 2008/2-251 K. 2009/30 (kazancı).

¹⁵⁹ Hierzu siehe auch *Erbaş/Lehmann/Taşkın/Tütüncü*, Rechtsmittel, S. 175.

¹⁶⁰ YCGK Ur. v. 17.02.2009 E. 2008/2-251 K. 2009/30 (kazancı); *Yenisey*, S. 220 f.; *Erbaş/Lehmann/Taşkın/Tütüncü*, Rechtsmittel, S. 176 f.

lich ist (hierzu siehe §§ 193 Abs. 2, 247 Abs. 3 S. 2¹⁶¹; 195 Abs. 1; 206 Abs. 1 S. 2) bzw. ob auf die weitere Anwesenheit eines bereits vernommenen Angeklagten verzichtet werden kann (hierzu siehe §§ 194 Abs. 2, 247 Abs. 3 S. 2), ohne dass dadurch die beiden oben genannten Zwecke seiner Anwesenheit unangemessen vernachlässigt werden. Schließlich kann sich der bereits vernommene Angeklagte in der Hauptverhandlung jederzeit durch den Verteidiger vertreten lassen (vgl. § 198 Abs. 2) und das Gericht kann ihn von der Anwesenheitspflicht entbinden (§ 196 Abs. 1).

(6) *Weitere Beteiligte*: Als weitere Beteiligte der Hauptverhandlung kennt die tStPO den Nebenkläger (§§ 237 Abs. 1, 234 Abs. 1 lit. b Nr. 1), den Verletzten (§ 237 Abs. 1), den Vertreter (§ 2 Abs. 1 lit. d), den mit seinem Vermögen Haftenden (§ 2 Abs. 1 lit. i) und den Vertreter einer juristischen Person (§ 249 Abs. 1).

cc) Gang der Hauptverhandlung

Die einzelnen Schritte zur Durchführung der Hauptverhandlung sind in der tStPO genau vorgeschrieben. Sie beginnt mit der Feststellung des Erscheinens der geladenen Personen (§ 191 Abs. 1 S. 1) und der Verkündung des Eröffnungsbeschlusses (§ 191 Abs. 1 S. 3). Daran schließt sich die Entfernung der Zeugen aus dem Sitzungssaal an (§ 191 Abs. 2).

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird der Angeklagte zu seiner Person befragt (§ 191 Abs. 3 lit. a). Erst dann wird die Anklageschrift dergestalt verlesen, dass die ihm zur Last gelegten Handlungen, die dafür erbrachten Beweise und die rechtliche Würdigung der Tat erläutert werden. (§ 191 Abs. 3 lit. b). Vor seiner Vernehmung zur Sache wird der Angeklagte über seine Rechte belehrt, insbesondere über die Aussagefreiheit (§§ 191 Abs. 3 lit. c 147 Abs. 1 lit. e). Erklärt er sich zu einer Aussage bereit, so wird er vernommen (§ 191 Abs. 3 lit. d).

Der Vernehmung des Angeklagten folgt die Beweisaufnahme (§ 206 Abs. 1), die das Hauptstück des Gerichtsverfahrens ist. Dennoch fällt ihre Regelung in der tStPO relativ kurz aus (§§ 206 bis 217). Nach Abschluss der Beweisaufnahme hält der Staatsanwalt sein Plädoyer (§ 216 Abs. 2) und der Angeklagte hat das letzte Wort (§ 216 Abs. 3). Im Anschluss kündigt das Gericht das Ende der Hauptverhandlung an und zieht sich zur Beratung zurück (§ 227 Abs. 1). Nach der Abstimmung (§ 229) wird das Urteil verkündet (§ 231 Abs. 1). Das Gericht erklärt die Gründe seines Urteils in Grundzügen (§ 231 Abs. 1) und belehrt den anwesenden Angeklagten über verfügbare Rechtsmittel gegen das Urteil sowie die Klagemöglichkeit beim Freispruch (§ 231 Abs. 2 und 3). Sind die Urteilsgründe mit der Urteilsformel (§ 232 Abs. 6) nicht gleichzeitig ins Hauptverhandlungsprotokoll aufgenommen

¹⁶¹ Vgl. YCGK Urt. v. 17.02.2009 E. 2008/2-251 K. 2009/30 (kazanci).

worden, so muss ihre Abfassung innerhalb von 15 Tagen nach der Verkündung erledigt und das begründete Urteil den Akten beigelegt werden (§ 232 Abs. 3).

c) Gerichtliche Beweisaufnahme

aa) Im Allgemeinen

Die Beweisaufnahme zielt darauf ab, die in der Strafklage des Staatsanwalts enthaltene Tat in der Hauptverhandlung aufzuklären (vgl. § 206). Sie dient dazu, die tatsächlichen Grundlagen festzustellen, auf die der Richter seine Überzeugung von der Tat des Angeklagten (§ 217 Abs. 1 S. 1) stützen kann. In diesem Zusammenhang gehört die Vernehmung des Angeklagten zur Beweisaufnahme im weiteren Sinne, auch wenn er kein förmliches Beweismittel ist.¹⁶² Denn der Angeklagte kann über seine Beweisfunktion, ohne eine staatliche Erzwingung fürchten zu müssen, selbst verfügen, soweit sein verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf Selbstbelastungsfreiheit reicht (Art. 38 Abs. 5 tVerf).¹⁶³ Sagt er freiwillig aus (§§ 147 Abs. 1 lit. e, 148 Abs. 2 und 3, 191 Abs. 3 lit. c und d), so können seine überprüften Aussagen die richterliche Überzeugungsbildung erheblich erleichtern.¹⁶⁴ Er bleibt, auch wenn er schweigt, etwa mit seiner Gestik und Mimik eine Erkenntnisquelle für das erkennende Gericht.¹⁶⁵

bb) Beweisführung durch das Gericht

Die neue tStPO regelt zwei wichtige prozessuale Fragen neu, nämlich, wer in der Hauptverhandlung die Beweiserhebung anzustreben hat, und wie weit sich die Beweisaufnahme erstrecken muss (vgl. § 206 Abs. 1 S. 1).¹⁶⁶ Insbesondere für das Gericht ist keine Amtsaufklärungspflicht im Hauptverfahren ausdrücklich vorgesehen.¹⁶⁷ Es stellt sich nun die Frage, ob und inwiefern sich daraus strukturelle Änderungen für das Strafverfahren ergeben.

¹⁶² Zur Bedeutung der Vernehmung im Strafverfahren siehe tVerfG *Entsch. v. 30.04.1998 E. 1997/57 K. 1998/11, R.G. v. 23.03.1999 – 23648.*

¹⁶³ Hierzu siehe *Arslan*, Aussagefreiheit nach türkischem Recht, S. 108 f.; *Yenisey*, S. 226.

¹⁶⁴ YCGK *Urt. v. 17.11.2009 E. 2009/7-160 K. 2009/364 (kazancı)*; siehe auch *Öztürk/Wörner*, Das fernwirkende Beweisverbot, S. 122; *Feyzioğlu*, S. 92; *Centel/Zafer*, S. 233.

¹⁶⁵ 1. YCD *Entsch. v. 27.03.2002 E. 2002/143 K. 2002/1024 (kazancı)*; hierzu vgl. *Çelik/Krug/Sezgi-Sözen*, Justizgrundrechte, S. 84.

¹⁶⁶ Siehe dagegen § 238 Abs. 1 der tStPO von 1929, wonach die Beweisaufnahme auf sämtliche geladene Zeugen, Sachverständige und das Vorbringen aller sonstigen Beweismittel zu erstrecken ist.

¹⁶⁷ Für die Ermittlungspflicht des Staatsanwalts und der Polizei siehe §§ 160 Abs. 1, 161 Abs. 2 tStPO von 2004, §§ 4 Abs. 1 und 6 Abs. 3 des Zusatzartikels tPolG; siehe auch *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2383; *Tezcan*, Sitzordnung im Gerichtssaal, S. 102; siehe dage-

Die höchstrichterliche Rechtsprechung hat der Ansicht, die – sich auf die genannte Gesetzeslücke berufend – mit der neuen tStPO die Einführung einer rein adversatorischen Verfahrensführung für das erkennende Gericht feststellen wollte, eine Absage erteilt.¹⁶⁸ Nach dem tVerfG besteht der Zweck des Strafverfahrens auch für das Gericht weiterhin darin, die materielle Wahrheit zu erforschen, die die unverzichtbare Bedingung der Strafgerechtigkeit darstellt. Dies könne nicht dadurch erreicht werden, dass das Gericht bei der Erforschung der Wahrheit passiv bleibt, sich auf die Beweisvorträge von Verfahrensbeteiligten beschränkt und seine Überzeugung aus der dadurch erfolgten Beweisaufnahme gewinnt. Im Gegensatz dazu müsse es die Erforschung der Wahrheit solange betreiben, bis ihm eine hinreichende Überzeugungsbildung gelingt. Bei der Erforschung der sog. materiellen Wahrheit sei das Gericht weder durch die Beweismittel der Anklage begrenzt noch an diese gebunden. Die gerichtliche Amtsermittlungspflicht, die sich nach dem tVerfG aus der genannten verfassungsrechtlichen Vorgabe ergibt, umfasse alle erforderlichen Untersuchungen, die für eine wahrheitsorientierte Urteilsbildung notwendig sind, ungeachtet der Frage, ob eine gerichtliche Beweiserhebung den Angeklagten belastet oder entlastet. Hierzu gehört auch die gerichtliche Fürsorgepflicht, die Ausübung entsprechender prozessualer Rechte durch die Verfahrensbeteiligten zum Zweck einer kontradiktorischen Wahrheitssuche zu gewährleisten.¹⁶⁹

In der Tat stand die inquisitorische Rolle des Gerichts in der kontradiktorisch zu führenden Beweisaufnahme auch für den türkischen Gesetzgeber trotz der gezielten Weglassung der gerichtlichen Amtsaufklärungspflicht in der neuen tStPO nicht in Frage.¹⁷⁰ Nach wie vor liegt die Beweisaufnahme in der Hand des Gerichts (§ 192 Abs. 1). Mit der Weglassung bezweckte der Gesetzgeber wohl eher, die Intensität der gerichtlichen Wahrheitssuche organisatorisch zu regulieren, und zwar dahingehend, dass das Gericht dem Amtsermittlungsgrundsatz hauptsächlich und größtmöglich im Zwischenverfahren über den zuständigen Staatsanwalt Geltung zukommen lässt. Bei offenen Beweiserhebungsfragen soll es die Anklageschrift

gen § 214 Abs. 1 der tStPO von 1929, wonach der Vorsitzende des Gerichts auch von Amts wegen die Ladung von Zeugen und Sachverständigen und die Herbeischaffung weiterer Beweismittel anordnen kann.

¹⁶⁸ tVerfG Entsch. v. 19.01.2012 E. 2011/43 K. 2012/10, R.G. v. 05.04.2012 – 28225; die Geltung der Amtsermittlungspflicht im Gerichtsverfahren betonend auch YCGK Urt. v. 01.02.2011 E. 2010/1-253 K. 2011/11 (kazanci); zu einem Vergleich der Rolle des Gerichts bei der Beweiserhebung und -aufnahme im Strafverfahren mit dem amerikanischen Richter unter dem Gesichtspunkt einer „besseren Wahrheitsfindung“ siehe *Exum*, Comparison, S. 17 f.

¹⁶⁹ tVerfG Entsch. v. 19.01.2012 E. 2011/43 K. 2012/10, R.G. v. 05.04.2012 – 28225; zu Zwecken des Strafverfahrens siehe auch tVerfG Entsch. v. 17.05.2012 E. 2011/37 K. 2012/69, R.G. v. 21.07.2012 – 28360; tVerfG Entsch. v. 16.06.2011 E. 2008/12 K. 2011/104, R.G. v. 28.12.2011 – 28156; *Feyzioğlu*, S. 69; *Exum*, Comparison, S. 12 f.; *Yenisey*, S. 181.

¹⁷⁰ Bericht des Rechtsausschusses, siehe *Şahin*, Gazi Şerhi, S. 74; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2383.

zurückgeben (§ 174 Abs. 1 lit. b), damit der Staatsanwalt diese schon vor der Hauptverhandlung klärt.¹⁷¹ Die gerichtliche Beweisaufnahme soll also nicht Schauplatz völlig neuer Ermittlungsansätze oder neuer ergänzender Beweiserhebungen werden, die zum Teil umfangreich und dadurch für eine beschleunigte und konzentrierte Verfahrensführung hinderlich sein können.¹⁷²

Inwieweit diese Rechnung des Gesetzgebers aufgegangen ist, lässt sich zwar schwer beurteilen. Nach wie vor ist es allerdings in der Praxis so, dass die staatsanwaltlichen Verfahrensakte auch für die gerichtliche Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung maß- und richtunggebend sind. Der darin enthaltene Beweisstoff und die somit für das Gericht feststellbaren Tatsachen legen mehr oder weniger die Grenzen der Beweisaufnahme fest. Die Schließung möglicher Beweislücken, die Erhebung bestmöglicher Beweismittel oder die Ausschöpfung bekannter Beweismittel bleibt in der Praxis – jedenfalls solange es um belastendes Beweismaterial geht – im Ermessen des Gerichts.¹⁷³ Diese entscheidende Rolle des Richters wird insbesondere in Strafverfahren vor Amtsgerichten sehr deutlich, da die Anwesenheit des Staatsanwalts hier nicht obligatorisch ist.

Entschließt sich das Tatgericht von Amts wegen (vgl. § 181 Abs. 2) zu einer amtlichen Beweiserhebung, so räumt die tStPO diesem in der Tat, wenn auch in einzelnen Vorschriften verstreut, die Möglichkeit ein, etwa einen Sachverständigen zu bestellen (§ 63 Abs. 1) oder eine körperliche Untersuchung oder die Entnahme von Körperproben anzuordnen (§§ 75 Abs. 1, 76 Abs. 1). Ebenso verlangt das Gesetz vom Gericht, bei der Vernehmung von Zeugen die Erforschung der materiellen Wahrheit zu beachten (siehe §§ 58 Abs. 3, 236 Abs. 2 tStPO).¹⁷⁴

cc) Beweisführung durch die Verfahrensbeteiligten – Beweisantragsrecht

Das Recht der Verfahrensbeteiligten, Beweisanträge zu stellen, ist in der neuen tStPO sehr knapp und unklar geregelt. So macht § 206 Abs. 2 keinen Unterschied zwischen dem Beweisantrag auf Erhebung eines noch herbeizuschaffenden oder eines präsenten Beweismittels (siehe auch § 234 Abs. 1 lit. b Nr. 4).¹⁷⁵ Bei näherer Betrachtung regelt § 206 Abs. 2 nur das Recht auf Erhebung eines bereits präsenten

¹⁷¹ So deutlich *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2385, der die vorbereitenden Arbeiten der neuen tStPO maßgeblich beeinflusst hat; kritisch hingegen *Centel/Zafer*, S. 538.

¹⁷² Zu den gerichtlichen Nachermittlungen in der Hauptverhandlung, die zu einer überlangen Verfahrensdauer erheblich beitragen, siehe *Tellenbach*, 70 Jahre nach der Gründung, S. 166.

¹⁷³ *Yenisey*, S. 221; vgl. *Centel/Zafer*, S. 681 f.

¹⁷⁴ Darauf hinweisend auch *Centel/Zafer*, S. 680; siehe auch *Exum*, Comparison, S. 12.

¹⁷⁵ Dagegen siehe §§ 237, 238 tStPO von 1929; ebenso § 254 Abs. 1 tStPO von 1929, wonach das Gericht die *herbeigeschafften* und *erhobenen* Beweise nach seiner aus der Hauptverhandlung und der Verfolgung geschöpften Überzeugung würdigt; vgl. dagegen § 217 Abs. 1 S. 1, der eine solche Differenzierung nicht vornimmt.

Beweismittels (vgl. § 206 Abs. 2 lit. a). Die Stellung eines Beweisantrags zur Herbeischaffung eines Beweismittels ist – nimmt man den Wortlaut des Gesetzes ernst – nur bei der Vorbereitung der Hauptverhandlung möglich (§ 177 Abs. 1; vgl. § 63 Abs. 1). In der Praxis fragen die Gerichte dennoch zu Beginn der Beweisaufnahme in der Regel die Verteidigung, ob sie die Erstreckung der Beweisaufnahme auf neue Beweismittel oder Tatsachen beantragen möchte (*tevsi-î tahkikât/kovuşturmanın genişletilmesi talebi*).¹⁷⁶ Außerdem geht aus § 206 Abs. 2 tStPO nicht eindeutig hervor, dass das Gericht dem Beweisantrag *grundsätzlich* stattzugeben hat, wenn die drei Ablehnungsgründe dieser Vorschrift nicht greifen. Im Übrigen sind die Gründe ihrerseits in der höchstrichterlichen Rechtsprechung bis dato nicht geklärt worden. In der Praxis tendieren die Gerichte in erster Linie dazu, die entsprechenden Anträge der Verteidigung eher als Anregung zur Erhebung von Beweisen aufzufassen, die sie nach ihrem freien Ermessen beurteilen.

d) Beweisgrundsätze der tStPO

aa) Unmittelbarkeitsgrundsatz

Die tStPO geht von dem Grundsatz aus, dass das erkennende Gericht sein Urteil auf die Beweismittel stützt, die es direkt in der Hauptverhandlung erhoben hat (vgl. § 217 Abs. 1 S. 1). Dadurch soll dem Gericht ein unmittelbarer Eindruck von ihrem Beweisgehalt ermöglicht werden. Dementsprechend soll das Gericht die Zeugen, Sachverständigen und auch den Angeklagten unmittelbar vernehmen, es soll seine Überzeugung aus dem Inbegriff der Hauptverhandlung schöpfen, jedoch nicht aus der Verlesung der früheren schriftlichen Aussagen dieser Personen.¹⁷⁷ Diesen Gedanken bringt auch § 210 Abs. 1 klar zum Ausdruck, wenn die Vorschrift den Vorrang des Personalbeweises vor dem Urkundsbeweis hinsichtlich der Zeugenaussagen verlangt, die in früheren Vernehmungsprotokollen des Zeugen oder in einer schriftlichen Erklärung enthalten sind. Diese dürfen nicht als Urkundsbeweis verlesen werden und dadurch die Zeugenaussagen ersetzen.

Allerdings lässt die tStPO gleichzeitig weitreichende Ausnahmen vom Vorrang des Personalbeweises zu und schränkt die Geltung des Unmittelbarkeitsprinzips beachtlich ein. Bei näherer Betrachtung enthält sie keine strengen Vorgaben hinsichtlich der Ersetzbarkeit eines Personalbeweises durch einen Urkundsbeweis (siehe §§ 209 ff.). Um einen Personalbeweis zu ersetzen, dürfen folgende Urkunden als Beweismittel in der Hauptverhandlung verlesen werden:

¹⁷⁶ Hierzu siehe *Centel/Zafer*, S. 681 f.

¹⁷⁷ Vgl. tVerfG Entsch. v. 16.06.2011 E. 2008/12 K. 2011/104, R.G. v. 28.12.2011 – 28156; zum Unmittelbarkeitsgrundsatz siehe auch YCGK Urt. v. 06.05.2008 E. 2008/1-90 K. 2008/100 (kazancı); 6. YCD Urt. v. 23.05.2011 E. 2010/12917 K. 2011/7064 (kazancı); *Feyzioğlu*, S. 168; *Yenisey*, S. 221; *ders.*, *Annales* 41/1978, 331.

- bei Zeugen und Angeklagten: Vernehmungsprotokolle eines beauftragten oder ersuchten Richters (§ 209 Abs. 1),¹⁷⁸
- bei Sachverständigen: ihre schriftlichen Gutachten (vgl. §§ 67 Abs. 4, 68 Abs. 1, 209 Abs. 1),
- behördliche Erklärungen, forensische Untersuchungen oder ärztliche Atteste (§ 214 Abs. 1),
- bei Zeugen und Mitangeklagten: in einigen Fällen alle früheren Vernehmungsprotokolle oder deren schriftliche Erklärungen (§ 211 Abs. 2),
- bei Zeugen: alle früheren Vernehmungsprotokolle zur Gedächtnisunterstützung (§ 212 Abs. 1) und zur Aufhebung von Widersprüchen (§ 212 Abs. 1), und
- alle staatsanwaltlichen, richterlichen und gerichtlichen Vernehmungsprotokolle des Angeklagten sowie polizeilichen Befragungsprotokolle eines in Anwesenheit seines Verteidigers aussagenden Beschuldigten zur Aufhebung von Widersprüchen (§ 213 Abs. 1).¹⁷⁹

Das Ersetzen ist lediglich nicht erlaubt

- bei Zeugen hinsichtlich aller früheren Vernehmungsprotokolle, wenn sie von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht in der Hauptverhandlung Gebrauch machen (§ 210 Abs. 2),
- bei Angeklagten hinsichtlich polizeilicher Befragungsprotokolle (auch nicht zur Aufhebung von Widersprüchen), wenn sie dabei keinen Verteidigerbeistand hatten (§ 213 Abs. 1).

Umstritten ist allerdings, ob polizeiliche Befragungsprotokolle des Angeklagten in der Hauptverhandlung außer zum Zweck der Aufhebung von Widersprüchen auch als Urkundsbeweis verlesen werden dürfen, wenn der frühere Beschuldigte bei der Aussage einen Verteidigerbeistand hatte.¹⁸⁰ Die h.M. in der Literatur ist sich aber einig, dass die Vernehmung von früheren Verhörpersonen als Zeugen vom Hörensagen jedenfalls zu polizeilichen Vernehmungen des früheren Beschuldigten ohne einen Verteidigerbeistand nicht zulässig ist. Denn § 148 Abs. 4 tStPO verbietet die Verwertung dieser Aussagen kategorisch.¹⁸¹ In der Entscheidungspraxis des türkischen Kassationsgerichtshofs lassen sich solche Differenzierungen kaum feststellen. Vielmehr verwertet der KGH selbst den gesamten Akteninhalt einschließlich aller verschriftlichten Beschuldigtenaussagen, um die tatsächliche Korrektheit des tatrichterlichen Schuld- und Rechtsfolgespruchs zu überprüfen.

¹⁷⁸ Vgl. 11. YCD Entsch. v. 16.02.2011 E. 2010/8422 K. 2011/982 (kazancı).

¹⁷⁹ Vgl. YCGK Urt. v. 30.09.2014 E. 2014/11-106 K. 2014/414 (kazancı); hierzu siehe auch *Yenisey*, S. 209; *Öztürk/Wörner*, Das fernwirkende Beweisverbot, S. 122; *Centel/Zafer*, S. 229; *Şahin/Göktürk*, S. 155.

¹⁸⁰ Bejahend *Şahin/Göktürk*, S. 155 ff. (einschließlich der Vernehmung der Verhörpersonen als Zeugen von Hörensagen); verneinend *Centel/Zafer*, S. 669.

¹⁸¹ Stellvertretend *Şahin/Göktürk*, S. 158.

Hebt er das Urteil aus diesem Grund auf, so fordert er das Tatgericht auf, seine dadurch gewonnene tatsächliche Beurteilung dem neuen Urteil zugrunde zu legen.¹⁸² Aus diesem Grund laufen genau genommen sämtliche oben aufgeführten Vorschriften der tStPO, die den Unmittelbarkeitsgrundsatz in der Hauptverhandlung sichern wollen, ins Leere.

Schließlich lässt die tStPO wichtige Ausnahmen vom Unmittelbarkeitsgrundsatz bei gefährdeten Belastungszeugen – etwa verdeckten Ermittlern (§ 139) oder Informanten – zu, um dem öffentlichen Interesse an deren Schutz, der Zurückhaltung amtlicher Geheimnisse sowie einer effektiven Wahrheitssuche zu genügen. Ihre Aussagen können als Urkundsbeweis durch folgende Beweissurrogate in das Verfahren eingeführt werden:

- Vernehmungsprotokolle eines beauftragten oder ersuchten Richters (§ 9 Abs. 6 tZSchG),
- polizeiliche Vernehmungsschriften oder formlose Auskunftsbereiche der Polizei.¹⁸³

bb) Grundsatz der Beweismittelfreiheit

Eine weitere Besonderheit des türkischen Strafverfahrensrechts ist der in Rechtsprechung und Literatur stets betonte Grundsatz, dass sich der Richter von der Existenz einer beweisbedürftigen Tatsache, die zu den gesetzlichen Merkmalen einer Straftat gehört oder für die Strafzumessung relevant ist, durch *jede Art von Beweis* überzeugen kann (§ 217 Abs. 2). Unklar ist, ob diese Freiheit des Richters die Art des Beweismittels als Medium oder die Art und Weise der Beweisführung in der Hauptverhandlung betrifft.¹⁸⁴ Dasselbe gilt für die Frage, ob mit „jeder Art von Beweis“ die Beurteilung der Beweiskraft eines Beweismittels oder der Ausschluss der Beweisregeln bei der richterlichen Überzeugungsbildung gemeint ist.¹⁸⁵

Eine abschließende Anzahl von Beweismitteln, deren Erhebung in der gerichtlichen Beweisaufnahme strengen Regeln unterliegen würde, kennt die tStPO in der Tat nicht,¹⁸⁶ auch wenn sie selbst nur eine Beweisführung durch Zeugen (§§ 43 ff.), Sachverständige (§§ 62 ff.), Augenschein (§§ 83 f.) und Urkunden (§§ 209 ff.)

¹⁸² Mit zahlreichen Belegen siehe *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 512 f.

¹⁸³ Zur einschlägigen Rechtsprechung des KGH ausführlich siehe *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 507.

¹⁸⁴ Für ersteres *Feyzioğlu*, S. 91; *Yenisey*, S. 226.

¹⁸⁵ Für letzteres *Centel/Zafer*, S. 218 und 222; unklar dagegen *Yıldız*, *Annales* 50/2001, 105.

¹⁸⁶ So ausdrücklich die Begründung des Regierungsentwurfs, S. 95, *Protokollzeitschrift* 22. Periode 66. Band; a.A. *Centel/Zafer*, S. 727 f.

regelt.¹⁸⁷ In Anbetracht der eher schwachen Geltung des Unmittelbarkeitsgrundsatzes und der gerichtlichen Amtsermittlungspflicht darf das Gericht also die Beweisführung mit diesen Beweismitteln in der Hauptverhandlung relativ frei handhaben. Hinzu kommt die Möglichkeit eines in camera-Verfahrens, in dem das Gericht einen sog. gefährdeten Belastungszeugen unter Ausschluss der Verteidigung vernehmen (§ 9 Abs. 2 und 3 tZSchG; § 58 Abs. 2 und 3 tStPO) oder von Staatsgeheimnissen als Beweismittel unter Ausschluss aller anderen Verfahrensbeteiligten einseitig erfahren kann (§§ 47 Abs. 2, 125 Abs. 2).¹⁸⁸

cc) Freie Beweiswürdigung

Nach dem Abschluss der Beweisaufnahme hat das erkennende Gericht darüber zu entscheiden, welche Tatsachen, die dem Urteil hinsichtlich des Schuld- und Strafspruchs zugrunde liegen sollen, es für erwiesen erachtet. Dafür verwertet es die durch die erhobenen Beweismittel gewonnenen Beweisergebnisse (§ 217 Abs. 1 S. 2). Die Verwertung ist dem Gericht allerdings nur gestattet, wenn der Beweis rechtmäßig erlangt wurde (§ 217 Abs. 2). Diese Vorschrift bringt nach der herrschenden Meinung den auch im türkischen Strafprozessrecht geltenden Grundsatz zum Ausdruck, dass die Wahrheitsfindung im Strafprozess nicht um jeden Preis betrieben werden darf.¹⁸⁹

Aus der umgekehrten Auslegung des § 217 Abs. 2 wird ein allgemeines Verwertungsverbot abgeleitet, nämlich dass rechtswidrig erlangte Beweise unverwertbar sind (siehe auch Art. 38 Abs. 6 tVerf; §§ 206 Abs. 2 lit. a, 230 Abs. 1 lit. b, 289 Abs. 1 lit. i tStPO).¹⁹⁰ Umstritten und unklar ist, ob sich der Begriff der Erlangung von Beweisen nur auf die Erhebung des fraglichen Beweismittels bezieht und deshalb die Annahme eines Beweisverwertungsverbots unselbstständig einen Verstoß bei der fraglichen Beweiserhebung voraussetzt (siehe etwa §§ 75 Abs. 1 S. 4, 76 Abs. 1 S. 4, 148 Abs. 3) oder ob hierunter auch die Rechtmäßigkeit des gewonnenen Beweisergebnisses fällt, also unabhängig von einem solchen Verstoß die

¹⁸⁷ Zu Beweismitteln im türkischen Strafprozessrecht siehe eingehend *Yenisey*, S. 225 ff.; siehe auch *Önder*, Einleitung, Annales 44/1981, 189.

¹⁸⁸ Davon ausgenommen sind amtliche Schriftstücke oder andere Erkenntnisse des nationalen Nachrichtendienstes, wenn diese nachrichtendienstliche Informationen darstellen (Zus. 1 des Gesetzes über den nationalen Nachrichtendienst). Auch die Vernehmung eines Zeugen über die Aufgaben und Tätigkeiten des nationalen Nachrichtendienstes bedarf einer behördlichen Genehmigung, die zum Schutz staatlicher Interessen verweigert werden kann (§ 29 Abs. 1 des Gesetzes über den nationalen Nachrichtendienst); zur Verfassungsmäßigkeit dieser Vorschrift tVerfG *Entsch. v. 30.12.2015 E. 2014/122 K. 2015/123, R.G. v. 01.03.2016 – 29640, §§ 192 ff.*; für die alte Fassung siehe *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 988.

¹⁸⁹ *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2385; *Yıldız*, Annales 50/2001, 105; *Alan-Akcan/Levermann*, Justizgrundrechte, S. 60.

¹⁹⁰ *Yenisey*, S. 228; *Centel/Zafer*, S. 732.

Annahme eines selbstständigen Beweisverwertungsverbots möglich ist (siehe etwa §§ 58 Abs. 1, 126 Abs. 1, 135 Abs. 3, 148 Abs. 4, 210 Abs. 2, 253 Abs. 20).¹⁹¹

Greift kein Beweisverwertungsverbot (§ 217 Abs. 2),¹⁹² so kann der Richter seine Überzeugung bezüglich der Schuld- und Rechtsfolgenfrage auf die Tatsachen stützen, deren Vorliegen er durch die gewissenhafte und freie Würdigung der Beweisergebnisse als erwiesen betrachtet (§ 217 Abs. 1 S. 2).¹⁹³ Es gibt im Strafverfahren grundsätzlich keine formellen Beweisregeln (vgl. § 222 Abs. 1), die diese Freiheit des Gerichts einschränken könnten.¹⁹⁴ Das Gericht kann allerdings grundsätzlich nur Beweismittel würdigen, die zum Gegenstand der gerichtlichen Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung und einer sich daran anschließenden kontradiktorischen Erörterung gemacht wurden (§ 217 Abs. 1 S. 1).¹⁹⁵ Wichtige Ausnahmen davon sind sog. gefährdete Zeugen, die unter Ausschluss der Verteidigung vernommen wurden (§ 9 Abs. 2 und 3 tZSchG; § 58 Abs. 2 und 3 tStPO),¹⁹⁶ sowie Staatsgeheimnisse als Beweismittel, die in einem in camera-Verfahren nur dem Gericht offengelegt wurden (§§ 47 Abs. 2, 125 Abs. 2). Schließlich muss der Richter sein Urteil begründen (Art. 141 Abs. 3 tVerf; § 230 Abs. 1)¹⁹⁷ und dabei insbesondere schlüssig darlegen (vgl. § 230 Abs. 1 lit. c), dass er den Zweifelsgrundsatz beachtet hat (vgl. Art. 38 Abs. 4 tVerf; Art. 6 Abs. 2 EMRK; § 223 Abs. 2 lit. e).¹⁹⁸

¹⁹¹ Hierzu eingehend zuletzt YCGK Ur. v. 21.10.2014 E. 2012/4-1283 K. 2014/43014 (kazancı); *Öztürk*, Beweisverbote, S. 82 ff.; *ders.*, Die neue StPO, S. 2385 ff.; *Yıldız*, Annales 50/2001, 105 ff.; *Bostancı*, Folter, S. 135 f.; zu Beweisverwertungsverböten in der Rechtsprechung des KGH siehe *Arslan*, Aussagefreiheit nach türkischem Recht, S. 112 f.; vgl. *Öztürk/Wörner*, Das fernwirkende Beweisverbot, S. 116 ff.; zum Begriff der Rechtswidrigkeit siehe auch *Plagemann*, S. 238 ff.

¹⁹² *Öztürk*, Beweisverbote, S. 82; *Feyzioğlu*, S. 148.

¹⁹³ Zu den Anforderungen an die richterliche Beweismwürdigung siehe YCGK Ur. v. 19.04.1993 E. 1993/6-79 K. 1993/108, YKD Oktober 1993, S. 1565; siehe auch *Yenisey*, S. 226; *Keskin*, Annales 53/2004, 128.

¹⁹⁴ Vgl. *Centel/Zafer*, S. 727.

¹⁹⁵ *Feyzioğlu*, S. 148.

¹⁹⁶ Siehe auch § 9 Abs. 8 tZSchG, wonach ein Strafurteil nicht allein auf die Aussagen eines Zeugen gestützt werden darf, dessen Identität geheim gehalten und dessen richterliche Vernehmung unter Ausschluss der Anwesenheitsberechtigten oder durch eine sog. verfremdete technische Übertragung in Ton und Bild durchgeführt wurde; keine Verletzung liegt dagegen bei der nicht gewährten konfrontativen Befragung eines Belastungszeugen vor, dessen Aussagen bei der Verurteilung des Beschuldigten von geringer Bedeutung waren, tVerfG Verfbesch. 2014/12906 Entsch. v. 07.05.2015 §§ 67 und 75.

¹⁹⁷ Für verfassungsrechtliche Erfordernisse bei der Abfassung der Urteilsgründe siehe tVerfG Verfbesch. v. 13.06.2013 mit Nr. 2013/1235 §§ 23 ff.; zur Aufhebung des Urteils wegen fehlender Begründung (§ 308 Abs. 1 Nr. 7 tStPO von 1929) siehe 6. YCD Ur. v. 23.05.2011 E. 2010/12917 K. 2011/7064 (kazancı).

¹⁹⁸ Hierzu siehe etwa YCGK Ur. v. 09.11.2010 E. 2010/8-134 K. 2010/217 (kazancı); *Yenisey*, S. 226; *Öztürk*, Die neue StPO, S. 2359; *Alan-Akcan/Levermann*, Justizgrundrechte, S. 60.

e) Urteil

Mit dem Abschluss der Hauptverhandlung ergeht das Urteil (§ 223 Abs. 1 S. 1) bezüglich der in der Anklageschrift aufgeführten Tat (§ 225 Abs. 1).¹⁹⁹ Das Gericht kann über die Tat in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht urteilen und die Schuld- und Rechtsfolgenfragen klären (Sachurteil – vgl. § 309 Abs. 4 lit. a). Die tStPO kennt dazu vier Sachurteile (§ 223 Abs. 1): Freispruch (§ 223 Abs. 2), Absehen von Strafe (§ 223 Abs. 3 und 4), Verurteilung (§ 223 Abs. 5) und Verhängung einer Sicherungsmaßregel (§ 223 Abs. 6). Das Gericht kann aber aus prozessualen Gründen gehindert sein, ein Sachurteil zu fällen, und lediglich ein sog. Prozessurteil aussprechen, nämlich Verwerfung (§ 223 Abs. 7) oder Fallenlassen der Anklage (§§ 223 Abs. 8 S. 1, 231 Abs. 10, 254 Abs. 2 S. 1; § 75 Abs. 2 und 3 tStGB). Ist der Angeklagte ohne weiteres freizusprechen, so darf kein Prozessurteil ergehen und es darf nicht von Strafe abgesehen werden (§ 223 Abs. 9). Außerdem wird das Verfahren nur vorläufig eingestellt, wenn die Erfüllung einer Prozessvoraussetzung noch bevorsteht (§ 223 Abs. 8 S. 2; vgl. § 144 Abs. 1 lit. c).

Mit dem Urteil kann außerdem ein Beschluss gefasst werden, dass eine kurzfristige Freiheitsstrafe in eine alternative Sanktion umgewandelt (§ 50 Abs. 1 tStGB) oder die Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt wird (§ 51 Abs. 1 tStGB).²⁰⁰ Die verhängte Strafe ist im ersten Fall die alternative Sanktion, die noch zu vollstrecken ist (§ 50 Abs. 5 tStGB), und die verhängte Haftstrafe im zweiten Fall gilt nach einer erfolgreichen Bewährung als vollstreckt (§ 51 Abs. 8 tStGB).²⁰¹

Ohne Urteil kann das Verfahren vorübergehend mit einem Beschluss abgeschlossen werden, nämlich dann, wenn die Verkündung einer Verurteilung nach § 231 Abs. 5 oder des Fallenlassens der Anklage bei einer gerichtlichen Einigung nach § 254 Abs. 2 S. 2 für fünf Jahre aufgeschoben wird.²⁰² Gegen diesen Beschluss ist Beschwerde zulässig (§ 231 Abs. 12). Begeht der Angeklagte im ersten Fall in dieser Frist keine neue vorsätzliche Straftat und erfüllt er die gerichtlichen Auflagen, so wird die Verurteilung aufgehoben und die Anklage fallen gelassen (§ 231 Abs. 10). Im zweiten Fall verfährt das Gericht ebenfalls so, wenn die Auflagen der Einigung erfüllt sind (§ 254 Abs. 2 S. 3).

¹⁹⁹ Für den Umfang der Urteilsfindung bzw. die begrenzende Wirkung des Anklagegrundsatzes siehe 2. YCD Entsch. v. 27.10.2011 E. 2009/57096 K. 2011/37787 (kazanci); 2. YCD Entsch. v. 26.09.2013 E. 2013/21449 K. 2013/21919 (kazanci).

²⁰⁰ Hierzu siehe eingehend *Centel*, Strafaussetzung, S. 233 bis 248.

²⁰¹ Ausführlich *Özbek*, Strafvollzugsrecht, S. 308 ff.

²⁰² Zur Verfassungsmäßigkeit siehe tVerfG Entsch. v. 12.03.2009 E. 2007/42 K. 2009/50, R.G. v. 25.06.2009 – 27269; für die Voraussetzungen dieser Vorschrift siehe 12. YCD Entsch. v. 18.11.2013 E. 2013/2454 K. 2013/25865 (kazanci).

f) Rechtskraft

Mit der Verkündung des erstinstanzlichen Urteils tritt die formelle Rechtskraft ein, wenn gegen das Urteil im Gesetz keine Berufung vorgesehen ist (§ 272 Abs. 3), kein fristgemäßer Gebrauch davon gemacht (§ 275 Abs. 1), darauf rechtswirksam verzichtet (vgl. § 272 Abs. 1) oder ein gestellter Antrag zurückgenommen wurde (vgl. § 266 Abs. 1). Ferner ist das Urteil formell rechtskräftig, wenn die Berufung wegen Unzulässigkeit (§§ 276 Abs. 1, 279 Abs. 1) oder in der Sache verworfen wurde (§ 280 Abs. 1 lit. a) und keine Revision dagegen zulässig ist (§ 286 Abs. 2).²⁰³ Anderenfalls tritt die formelle Rechtskraft ein, wenn auch die Revision gegen das Berufungsurteil wegen Unzulässigkeit (§§ 296 Abs. 1, 298 Abs. 1) oder in der Sache verworfen wurde (§§ 302 Abs. 1, 307 Abs. 3).

Durch den Eintritt der formellen Rechtskraft besteht in der Strafsache keine Rechtshängigkeit mehr (vgl. § 223 Abs. 7). Grundsätzlich erlangt das Urteil dadurch auch materielle Rechtskraft, die Voraussetzung für die Geltung des Grundsatzes *ne bis in idem* als negative Prozessvoraussetzung ist.²⁰⁴

B. Rechtsmittelverfahren

1. Im Allgemeinen

Im Strafverfahren können bestimmte richterliche oder gerichtliche Entscheidungen bei einem anderen Spruchkörper angefochten werden, damit den darin enthaltenen Fehlern in unterschiedlicher Weise abgeholfen wird. Als ordentliche Rechtsmittel kennt die tStPO die Beschwerde (§§ 267 ff.), die Berufung (§§ 272 ff.) und die Revision (§§ 286 ff.).²⁰⁵

Die Einlegung der Beschwerde hat zwar abgesehen von friedensrichterlichen Beschlüssen zur Folge, dass die angefochtene Entscheidung durch eine höhere Instanz geprüft wird (§ 268 Abs. 3). Ihre Rechtskraft ist aber dadurch nicht automatisch gehemmt (§ 269 Abs. 1). Dies kann jedoch die Ausgangs- oder Beschwerdeinstanz im Einzelfall anordnen (§ 269 Abs. 2). Dagegen enthält die Einlegung bei der Berufung sowie der Revision den Devolutiveffekt (vgl. §§ 272 Abs. 1, 286 Abs. 1) und Suspensiveffekt (§§ 275 Abs. 1, 293 Abs. 1) vollständig.²⁰⁶

Ein bereits rechtskräftig gewordenes Urteil kann mit einem außerordentlichen Rechtsmittel angefochten werden, das seine formelle *oder* materielle Rechtskraft durchbricht. Außerordentliche Rechtsmittel gegen ein Strafurteil sind:

²⁰³ *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 881 f.

²⁰⁴ Hierzu siehe *Alan-Akcan/Levermann*, Justizgrundrechte, S. 61.

²⁰⁵ Siehe auch *Erdem*, Neuer Instanzenzug, S. 191.

²⁰⁶ Für Berufung siehe *Erdem*, Neuer Instanzenzug, S. 193.

- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§§ 40 ff. tStPO),
- Beschwerde des Generalstaatsanwalts (§ 308 tStPO),
- Aufhebung zugunsten des Gesetzes (§§ 309 f. tStPO),
- Wiederaufnahme des Verfahrens (§ 311 tStPO),
- individuelle Verfassungsbeschwerde beim türkischen Verfassungsgericht (Art. 148 Abs. 3 tVerf, § 50 Abs. 2 tVerfGG) und
- Menschenrechtsbeschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (Art. 34, 35 Abs. 1 EMRK, § 311 Abs. 1 lit. f tStPO).²⁰⁷

Rechtskraftbeseitigende Wirkung haben außerdem die Erstreckung der Urteilsaufhebung auf den Mitangeklagten (§ 306 tStPO) und die Umwandlung des Urteils (*uyarlama yargilaması*) nach Maßgabe des später in Kraft getretenen günstigeren Strafgesetzes (§ 98 Abs. 1 tStVollzG). Schließlich erkennt das Gesetz in einigen Fällen bei Eintreten bestimmter Umstände auf das Entfallen des Strafurteils mit allen damit verbundenen Rechtsfolgen, etwa der Rücknahme des Strafantrags nach § 6 Abs. 1 lit. b des Scheckgesetzes (vgl. § 73 Abs. 4 tStGB).²⁰⁸

Im Folgenden werden, um den Rahmen dieser Einführung nicht zu sprengen, ebenfalls lediglich die ordentlichen Rechtsmittel im Strafverfahren erörtert.

2. Ordentliche Rechtsmittel

a) Beschwerde

Mit der Einlegung einer Beschwerde wird bezweckt, einen richterlichen Beschluss oder in gesetzlich genannten Fällen eine Verfügung oder einen Beschluss des Gerichts hinsichtlich ihrer tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen der Überprüfung durch eine Rechtsmittelinstanz zu unterziehen (§ 267 Abs. 1 StPO). Daher ist die Beschwerdeinstanz befugt, die Verfahrensbeteiligten in den neuen Entscheidungsprozess einzubeziehen und erneut anzuhören (§§ 270 Abs. 1 S. 1, 271 Abs. 1 S. 2 tStPO von 2004) sowie eigene Ermittlungen anzustellen (§ 270 Abs. 1 S. 2). Erachtet sie die Beschwerde unter tatsächlichen oder rechtlichen Gesichtspunkten als begründet, so hebt sie die angefochtene Entscheidung auf und entscheidet selbst über ihren Gegenstand (§ 271 Abs. 2), und dies grundsätzlich endgültig (vgl. § 271 Abs. 4).

Bei der Entscheidung in der Sache gilt im Beschwerdeverfahren kein Verschlechterungsverbot für den Antragsteller. Abgesehen von den gesetzlich genann-

²⁰⁷ Ratifizierungsgesetz v. 10.03.1954, Nr. 6366, R.G. v. 19.03.1954 – 8662; zu den außerordentlichen Rechtsmitteln siehe auch *Rumpf*, S. 388.

²⁰⁸ R.G. v. 20.12.2009 – 27438; siehe etwa auch § 184 Abs. 5 tStGB (Verursachung von Umweltverschmutzung durch Bauten); für weitere Fälle *Akkaya*, Strafvollstreckungsrecht, S. 346.

ten Fällen ergeht die Entscheidung nach Aktenlage (§ 271 Abs. 1 S. 2) und schnellstmöglich (§ 271 Abs. 3).

b) Berufung

aa) Einlegung

Gegen die erstinstanzlichen Urteile ist Berufung zulässig. Die tStPO schließt sie nur bei einigen wenigen Urteilen aus (§ 272 Abs. 3). Dagegen erfolgt die Berufung bei Verurteilungen, die eine Haftstrafe von zehn Jahren oder mehr zur Folge haben, von Amts wegen (§ 272 Abs. 1 S. 2). In anderen Fällen hat der Staatsanwalt bei der Einlegung der Berufung seinen Antrag zu begründen, wohingegen es eine solche Pflicht für die anderen Berufungsberechtigten nicht gibt (§ 273 Abs. 4 und 5). Die Möglichkeit einer Sprungrevision beim Kassationsgerichtshof kennt die tStPO nicht.²⁰⁹

bb) Ablauf

Eine kleine Revisionsprüfung sieht aber das Gesetz bei näherer Betrachtung schon im zweiten Instanzenzug vor (§ 280 Abs. 1), in dem das Berufungsgericht das Urteil nach Aktenlage umfassend auf Rechts- und auch auf Sachfehler überprüft (§ 280 Abs. 1 lit. a).²¹⁰ Ist kein Fallenlassen der Anklage aufgrund der Nichterfüllung einer Prozessvoraussetzung zu entscheiden (§ 223 Abs. 1), so verwirft das Berufungsgericht in Anlehnung an eine Revisionsprüfung die Berufung, wenn sich aus deren Prüfung keine Sachfehler (etwa bei der rechtlichen Bezeichnung der Tat, bei der Beweiswürdigung oder beim Beweismaß) und keine Verfahrensfehler (etwa hinsichtlich der Amtsermittlungs- und Aufklärungspflicht) ergeben, die das Urteil auch in der Sache beeinflusst hätten (§ 280 Abs. 1 lit. a). Es kann das Urteil auch korrigieren und dann die Berufung verwerfen, wenn das Berufungsgericht ohne die Notwendigkeit neuer Beweiserhebungen oder der Ausübung eines gerichtlichen Ermessens den Schreib- oder Rechenfehlern in der rechtlichen Bezeichnung, der Strafzumessung oder der Entscheidung über Verfahrenskosten ohne weiteres selbst abhelfen kann (§§ 280 Abs. 1 lit. a, 303 Abs. 1). Schließlich hebt es nach der Revisionsprüfung das angefochtene Urteil auf und verweist an das erstinstanzliche Gericht zurück, wenn das Berufungsgericht dabei einen Verstoß gegen absolute Revisionsgründe festgestellt hat (§ 280 Abs. 1 lit. b).

Das Berufungsgericht geht zu einer Berufungsverhandlung über, wenn es nach der ersten Aktenprüfung weder ein Aufhebungs- noch ein Verwerfungsurteil nach

²⁰⁹ Erdem, Neuer Instanzenzug, S. 194 f.; für die direkte Anrufung des Kassationsgerichtshofs gegen Auslieferungsurteile siehe *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 871.

²¹⁰ Hierzu siehe *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 868.

den bereits genannten Maßstäben fällt. Erst dann hat das Gericht die Möglichkeit, als zweite Tatsacheninstanz tätig zu werden (§ 280 Abs. 1 lit. c).²¹¹ Es trifft die erforderlichen Vorbereitungen für die zweite Verhandlung der Strafsache und Vorkehrungen für die erneute Beweisaufnahme, insbesondere für die Wiederholung von erstinstanzlichen Beweiserhebungen oder für die Erhebung ergänzender neuer Beweismittel (§ 280 Abs. 2).²¹² Für die Durchführung der Hauptverhandlung und die zum Schluss zu treffenden Entscheidungen gelten grundsätzlich die allgemeinen Bestimmungen des erstinstanzlichen Erkenntnisverfahrens (§ 282 Abs. 1). Die tStPO sieht aber eine ziemlich verkürzte Beweisaufnahme in der Berufungsverhandlung vor, die im Wesentlichen *erstens* aus der Verlesung der in der erstinstanzlichen Hauptverhandlung vernommenen Zeugenaussagen, der Sachverständigen-gutachten und der Protokolle der Augenscheinseinnahmen besteht. Hinzu kommt *zweitens* die Verlesung der Beweisergebnisse, die das Berufungsgericht selbst in der Vorbereitungsphase erhoben hat (§ 282 Abs. 1 lit. c). Ferner kommt es zu einer mündlichen Beweisaufnahme, etwa einer erneuten oder erstmaligen Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen, in der Hauptverhandlung nur, wenn das Gericht das für erforderlich hält (§ 282 Abs. 1 lit. d).²¹³

Diese Struktur der berufsgerichtlichen Beweisaufnahme ermöglicht dem Berufungsgericht nach der ersten Aktenprüfung zweierlei Vorgehen: bevor es die Berufung, wie oben dargelegt, in der Sache verwirft (§ 280 Abs. 1 lit. a), kann das Gericht zur Überprüfung eines Sach- oder Rechtsfehlers (etwa Nichtausschöpfung eines Zeugenbeweises) selbst tätig werden, wenn die erste Prüfung nach Aktenlage für seine diesbezügliche Überzeugungsbildung nicht ergiebig war. Hat sich der Zweifel nach einer zu diesem Zweck durchgeführten Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung nicht bestätigt, etwa nach der Wiederholung einer Zeugenvernehmung, so kann es auch hier die Berufung verwerfen (§ 280 Abs. 2). Ist das Gegenteil der Fall oder spricht die erste Aktenprüfung von Anfang an klar für eine zweite Beweisaufnahme zum Zwecke eines neuen Urteilspruchs, etwa wenn neue ergänzende Beweiserhebungen notwendig sind, so kann das Berufungsgericht die Gestaltung dieser Beweisaufnahme – ob mit Beweissurrogaten oder unmittelbaren Beweismitteln – sowie deren Reichweite nach seinem Ermessen (§ 282 Abs. 1 lit. c und d) bestimmen, nach dem Abschluss der öffentlichen und mündlichen Hauptverhandlung das erstinstanzliche Urteil aufheben und in der Sache sein Urteil aussprechen.

²¹¹ Zu den Voraussetzungen einer neuen Hauptverhandlung durch das Berufungsgericht siehe *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 883 f.

²¹² Zum Umfang der Beweisermittlungen sowie zur Aufnahme in der berufsgerichtlichen Hauptverhandlung siehe eingehend *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 885 ff.

²¹³ Zur eingeschränkten Geltung der Verfahrensmaximen Öffentlichkeit, Mündlichkeit und Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme in der berufsgerichtlichen Hauptverhandlung siehe *Erdem*, Neuer Instanzenzug, S. 196; eingehend auch *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 869 (Zeugenvernehmung: nur „ausnahmsweise“) und S. 895 ff.

Wie diese kurze Skizzierung zeigt, schließt die tStPO zwar im Prinzip die Möglichkeit eines klassischen tinstanzlichen Tätigwerdens des Berufungsgerichts nicht aus, das von vornherein durch eine umfassend zu wiederholende und zu ergänzende Beweisaufnahme nur auf einen völlig neuen Urteilsspruch abzielt.²¹⁴ Sie stellt aber die Durchführung einer solchen Berufungshauptverhandlung ins Ermessen des Gerichts (§ 282 Abs. 1 lit. c und d).²¹⁵ In anderen Fällen lässt sich „die Berufung“ der tStPO im Ergebnis als eine mit unmittelbaren Wiederholungen und eigenen ergänzenden Beweiserhebungen erweiterte Revision umschreiben.²¹⁶ In dieser Funktion und mit den oben genannten beweisrechtlichen Möglichkeiten sind die Berufungsgerichte nun in der Lage, die seit langem zu Recht kritisierte, fast uferlose Revisionsprüfung des Kassationsgerichtshofs abzulösen und einen zweiten Schuld- und Rechtsfolgespruch auf Grundlage einer öffentlichen und mündlichen Hauptverhandlung zu fällen.

Es bleibt allerdings offen, ob der Kassationsgerichtshof nach der Schaffung einer zweiten Tatsacheninstanz seine umfassende Sachprüfung nach Akten aufgibt bzw. sich mit der Arbeit der Berufungsgerichte zufrieden gibt. Lauten die Urteile der Berufungsgerichte auf Aufhebung nach § 280 Abs. 1 lit. b, so ist der Instanzenzug hiermit beendet (§ 284 Abs. 1). Die Aufhebungsurteile sind also rechtskräftig und die erstinstanzlichen Gerichte haben die Beurteilung des Berufungsgerichts ihrer neuen Entscheidung zugrunde zu legen (§ 284 Abs. 1). Der Rechtsweg zum Kassationsgerichtshof ist daher nur für Verwerfungsurteile (§ 280 Abs. 1 lit. a und Abs. 2) und neue Sach- und auch Prozessurteile der Berufungsgerichte offen (§§ 223 Abs. 1, 280 Abs. 2), wobei die tStPO nicht alle Urteile der Berufungsgerichte zur Revision zulässt.

c) Revision

aa) Einlegung

Die Revision ist nur nach Maßgabe des § 286 Abs. 2 gestattet.²¹⁷ Der dritte Instanzenzug ist *grundsätzlich* gegen berufungsgerichtliche Urteile eröffnet, die eine Haftstrafe von mehr als fünf Jahren zur Folge haben (§ 286 Abs. 2 lit. b). Hinsichtlich der Urteile mit einer minder schweren Rechtsfolge entscheidet das Berufungsgericht also als letzte Instanz (§ 286 Abs. 2 lit. a, c–g).

²¹⁴ Zur klassischen Berufung und deren Unterschieden zur Revision siehe *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 868; *Erdem*, Neuer Instanzenzug, S. 192 ff. und 197.

²¹⁵ Hierzu siehe auch *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 886.

²¹⁶ So auch *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 869; *Wörner*, Gesellschaftliche Verankerung von Rechtsnormen, S. 500.

²¹⁷ *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 914; zur Organisation des türkischen Kassationsgerichtshofs siehe *Alan*, Structure, S. 171 f.

bb) Gegenstand

Die tStPO sieht den Kassationsgerichtshof nicht als eine dritte Tatsacheninstanz an. Der Revision liegt nämlich lediglich die Rüge zugrunde, dass das Urteil des Berufungsgerichts rechtswidrig ist (§ 288 Abs. 1), und sie zielt darauf ab, das fehlerhafte Urteil aufzuheben.²¹⁸ Zur Feststellung der tatsächlichen Grundlagen des Urteilspruchs im Wege einer unmittelbaren und kontradiktorischen Beweisaufnahme in der öffentlichen und nicht mündlichen Hauptverhandlung mit der Maßgabe des Prinzips der freien Beweiswürdigung sowie des Zweifelsgrundsatzes ist nur das erkennende Gericht berufen (§§ 206 ff.).²¹⁹ Weder ist ein solches Erkenntnisverfahren bei der Revisionsprüfung vorgesehen (vgl. § 300), noch ist der Zweck der Revision die Fällung eines erneuten Urteilspruchs. Sie soll einerseits den Verfahrensbeteiligten als ein beschränktes Rechtsmittel die materiell- sowie prozessrechtliche Fehlerfreiheit des Urteils des erkennenden Gerichts garantieren und andererseits dem Kassationsgerichtshof ermöglichen, durch Entwicklung *einer* höchstgerichtlichen Rechtsprechung Rechtssicherheit und -einheit zu gewährleisten.²²⁰

Allerdings ist die Einhaltung dieser Grundsätze des Revisionsrechts in der Spruchpraxis des Kassationsgerichtshofs mehr als fragwürdig.²²¹ Der Gerichtshof hat nämlich die Sachprüfung ohne weiteres auf eine zweite Beweiswürdigung auf Grundlage der Verfahrensakten erweitert und hält sich nicht zurück, eine eigene Sachentscheidung über Schuld- und Rechtsfolgen zu fällen und das erkennende Gericht zur Übernahme dieser tatsächlichen Beurteilung aufzufordern.²²² Zwar hatte – und hat – das erkennende Gericht ein sog. Beharrungsrecht, nämlich auf die Korrektheit seines Urteilspruchs zu insistieren (§ 307 Abs. 3 S. 1). Einer auf gleiche Weise ergangenen Letztbeurteilung des Großen Strafsenats des Kassationsgerichtshofs musste – und muss – aber das Gericht gehorchen (§ 307 Abs. 3 S. 2).²²³ Für diese Vorgehensweise, die in der Praxis damit gerechtfertigt wurde, dass keine Berufungsgerichte existierten, gibt es nach deren Gründung keinen Anlass mehr. Zur Begrenzung der jahrelangen Praxis sollen zudem klarere Vorschriften der neuen tStPO beitragen, die bei näherer Betrachtung tatsächlich eine enge, nur rechtliche Revisionsprüfung erlauben.

²¹⁸ *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 901; *Keskin*, *Annales* 53/2004, 121; *Feyzioğlu*, S. 179; siehe auch *Erdem*, *Neuer Instanzenzug*, S. 193.

²¹⁹ So ausdrücklich tVerfG Verfbeschw. v. 02.10.2013 mit Nr. 2013/2767 § 22.

²²⁰ *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 901.

²²¹ Zur Nichtbeachtung des „geltenden“ Rechts durch die Instanz, die gerade zur Überwachung einer einheitlichen Rechtsanwendung und zur Schaffung von Rechtssicherheit berufen ist, siehe *Kühne/Öztürk*, *Das deutsche Recht als Exportgut*, S. 40.

²²² Stellvertretend siehe 4. YCD Urt. v. 21.01.2009 E. 2008/13858 K. 2009/377 (kazancı); kritisch *Yenisey*, *Annales* 41/1978, 335 f.; vgl. *Keskin*, *Annales* 53/2004, 122.

²²³ Hierzu siehe auch *Rumpf*, S. 387.

cc) Ablauf

Von einer gewissen Dispositionsmaxime im Revisionsverfahren geht die tStPO insofern aus, als sie es grundsätzlich den Verfahrensbeteiligten überlässt, ob, wie weit und worüber das Kassationsgericht eine Revisionsprüfung durchführt. Ohne Einlegung des Rechtsmittels findet keine Revisionsprüfung von Amts wegen statt (vgl. § 272 Abs. 1 S. 2). Der Antragsteller muss für die Aufhebung des Urteils die genauen Gründe seiner *rechtlichen* Rüge einschließlich der für deren Nachweis anzuführenden Tatsachen angeben (§ 294 Abs. 1). Über den Gegenstand der Revisionschrift hinaus darf das Revisionsgericht lediglich das Vorliegen der Prozessvoraussetzungen und absoluter Revisionsgründe prüfen (§ 289 Abs. 1 S.1).²²⁴

Ohne eine Hauptverhandlung verwirft der Kassationsgerichtshof die Revision, wenn:

- diese nicht gestattet oder fristgerecht eingelegt ist,
- der Antragsteller dazu nicht berechtigt ist,
- die Revisionschrift keine Begründung enthält (§ 298) oder
- die Prozessvoraussetzungen fehlen.²²⁵

Auch in anderen Fällen ist das Revisionsverfahren grundsätzlich nichtöffentlich und erfolgt schriftlich (§§ 39 Abs. 1, 40 Abs. 1 tKGHG). Für den sich auf freiem Fuß befindenden Angeklagten besteht aber ab einer gewissen Strafschwere ein Anspruch auf eine öffentliche mündliche Hauptverhandlung (§ 299 Abs. 1 S. 1).

In der Revisionsprüfung setzt die tStPO dem Kassationsgerichtshof eine weitere Grenze. Die Prüfung umfasst nämlich nur die in den gestellten Anträgen angegebene Rügen und bei Verfahrensverstößen nur die dafür angeführten Tatsachenvorträge (§ 301). Für die revisionsgerichtliche Beweisaufnahme zum Zweck der Feststellung verfahrensrelevanter Tatsachen gilt dabei das Freibeweisverfahren.²²⁶ Ungeklärt ist allerdings, wieweit die revisionsgerichtliche Amtsaufklärungspflicht in diesen Fällen reicht und wie hoch das Beweismaß ist.

Nach der Durchführung einer Hauptverhandlung lässt der Kassationsgerichtshof die Anklage fallen, wenn die Prozessvoraussetzungen nicht erfüllt sind (vgl. § 223 Abs. 8).²²⁷ Der KGH verwirft die Revision, wenn dem Urteil des Berufungsgerichts kein Rechtsfehler zugrunde liegt (§ 302 Abs. 1). Zur Aufhebung des Urteils kommt es nur dann, wenn das Urteil rechtlich fehlerhaft ist (§ 294 Abs. 2), der Rechtsfeh-

²²⁴ Hierzu eingehend *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 921 ff.

²²⁵ Zu den Zulässigkeitsvoraussetzungen siehe *Çelik/Krug/Sezgi-Sözen*, Justizgrundrechte, S. 88; für das verfassungsrechtlich weit verstandene Recht auf Revisionseinlegung nach Art. 36 Abs. 1 tVerf siehe tVerfG Entsch. v. 23.07.2009 E. 2006/65 K. 2009/114, R.G. v. 07.10.2009 – 27369.

²²⁶ Ausführlich *Arslan*, Aussagefreiheit in der polizeilichen Befragung, S. 526 f.

²²⁷ *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 938.

ler durch die Revision gerügt worden war und der Rechtsverstoß die Urteilsfällung beeinflusst hat (§ 302 Abs. 2).²²⁸ Im Falle einer Aufhebung werden andere vom Kassationsgerichtshof festgestellte Rechtsverstöße, die durch die Revision nicht gerügt worden waren (§ 302 Abs. 3), im Urteil lediglich benannt. Liegt der Rechtsfehler nur in der Anwendung des Gesetzes auf die Tatsachenfeststellungen des erkennenden Gerichts, die es seinem Schuld- und Rechtsfolgespruch rechtsfehlerfrei zugrunde gelegt hatte, so kann der Kassationsgerichtshof in den in § 303 Abs. 1 aufgezählten Fällen nach der Aufhebung auch in der Sache selbst entscheiden oder das Urteil korrigieren.

Die tStPO kennt gegen diese Entscheidungen des zuständigen Strafsenats des Kassationsgerichtshofs ein außerordentliches Rechtsmittel, nämlich die Beschwerde des Generalstaatsanwalts beim Großen Strafsenat.²²⁹ Diese kann er von Amts wegen oder auf Antrag des Revisionsführers einlegen (§ 308 Abs. 1). Hilft der Senat ihr nicht ab, so legt der Generalstaatsanwalt die Akten dem Großen Strafsenat vor (§ 308 Abs. 3 tStPO). Dieser entscheidet über den Streit zwischen dem zuständigen Senat und dem Generalstaatsanwalt, er hat dabei alle revisionsrechtlichen Befugnisse des Senates und fällt ebenfalls eines der oben aufgeführten Urteile.

Verwerfungsurteile des Kassationsgerichtshofs sind bindend (vgl. § 307 Abs. 3). Das Berufungsgericht, das das erstinstanzliche Urteil – sei es nach der kleinen Revisionsprüfung oder nach einer Hauptverhandlung – ebenfalls verworfen hatte (§ 280 Abs. 1 lit. a und Abs. 2), übermittelt nun die Verfahrensakten nach der drittinstanzlichen Bestätigung seines eigenen Urteils lediglich an das erstinstanzliche Gericht (§ 304 Abs. 1). Da nach dem Aufhebungsurteil ein neues Verfahren erforderlich ist, verweist der KGH die Strafsache an das Berufungsgericht zurück, wenn dieses das erstinstanzliche Urteil nach einer Hauptverhandlung aufgehoben und in der Sache selbst ein Urteil (§ 223 Abs. 1) gefällt hatte (§ 280 Abs. 2). In anderen Fällen der kassationsgerichtlichen Aufhebung erfolgt die Zurückverweisung an das erstinstanzliche Gericht, dessen Urteil in der Berufung nicht aufgehoben worden war (vgl. § 280 Abs. 2).

dd) Zurückverweisung

Die tStPO räumt in den beiden Zurückverweisungsverfahren dem erkennenden Gericht eine besondere Befugnis ein, nämlich auf seinem Ausgangsurteil – sei es vom zuständigen Senat oder vom Großen Strafsenat auf die generalstaatsanwaltliche Beschwerde hin aufgehoben – zu beharren (§ 307 Abs. 3 S. 1).²³⁰ Hilft der zuständige Strafsenat nicht ab, so entscheidet der Große Strafsenat des Kassationsgerichtshofs endgültig und bindend (§ 307 Abs. 3). Das Gericht hat nur dann die

²²⁸ Zur letzten Voraussetzung eingehend *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 933 f.

²²⁹ Hierzu im Allgemeinen *Alan*, Structure, S. 172 f.

²³⁰ Kritisch *Yenisey/Nuhoğlu*, S. 941.

Beurteilung des Kassationsgerichtshofs seiner Entscheidung zugrunde zu legen. Das Beibehalten des sog. Beharrungsrechts des erkennenden Gerichts in der neuen tStPO gibt in der Tat Anlass zur Sorge, dass das altbekannte System des Aufforderns zur Übernahme der tatsächlichen Beurteilung des KGH, der Rückmeldung durch das Tatgericht und der endgültigen Schlichtung durch den Großen Strafsenat noch eine Weile fort dauern wird.

Das erkennende Gericht hat im Zurückverweisungsverfahren das Verschlechterungsverbot (§ 307 Abs. 4)²³¹ und die mögliche Erstreckung einer zugunsten des Angeklagten erfolgten Aufhebung auch auf die Mitangeklagten zu beachten (§ 306).

C. Vollstreckungsverfahren

1. Voraussetzungen

Die nach dem Beschreiten der oben aufgeführten Instanzenzüge ergangenen Urteile bedürfen in der Regel noch der Vollstreckung. Das zuständige Justizorgan für die Vollstreckung von rechtskräftig gewordenen Strafurteilen ist die Staatsanwaltschaft (§§ 4, 5 Abs. 1 tStVollzG), in deren Bezirk das Strafgericht das Urteil ausgesprochen hat (§ 20 Abs. 1 tStVollzG).²³² Im Folgenden wird lediglich auf die Vollstreckung einer zeitigen Haftstrafe eingegangen.

Das Gericht übersendet der Staatsanwaltschaft die Ausfertigung eines auf Haftstrafe ergehenden Urteils (*ilam*) mit der Rechtskraft- und Vollstreckungsbescheinigung (§ 20 Abs. 1 tStVollzG).²³³ Für die Vollstreckbarkeit einer zeitigen Haftstrafe prüft die Staatsanwaltschaft von Amts wegen, ob Vollstreckungshindernisse vorliegen.²³⁴ Diese können zum einen bereits im Strafurteil enthalten sein, etwa bei der Aussetzung der Strafe zur Bewährung (vgl. § 51 Abs. 2 tStGB). Zum anderen kennt das Recht spezifische Gründe, die die Vollstreckung einer Haftstrafe vorläufig oder endgültig verhindern:

- Abgeordnetenimmunität (Art. 83 Abs. 3, 112 Abs. 4 tVerf),
- Umwandlung einer kurzzeitigen Haftstrafe in alternative Sanktionen (§ 50 Abs. 5 tStGB),
- Vollstreckungsverjährung (§§ 68 ff. tStGB),
- Tod des Verurteilten (§ 64 Abs. 2 tStGB),
- bereits erfolgte Vollstreckung,

²³¹ Eingehend hierzu siehe *Erbaş/Lehmann/Taşkın/Tütüncü*, Rechtsmittel, S. 181 f.

²³² *Akkaya*, Strafvollstreckungsrecht, S. 124; *Özbek*, Strafvollzugsrecht, S. 74.

²³³ Für den Eintritt der Rechtskraft siehe ausführlich *Özbek*, Strafvollzugsrecht, S. 70 ff.

²³⁴ Siehe auch *Özbek*, Strafvollzugsrecht, S. 333 ff.

- Amnestie und Straferlass (§ 65 tStGB; Art. 104 Abs. 1 lit. b tVerf),
- später in Kraft getretenes günstigeres Strafgesetz (§ 98 Abs. 1 tStVollzG) und
- Entfallen des Strafurteils in gesetzlich genannten Fällen.²³⁵

Die Vollstreckung der durch ein rechtskräftig gewordenes Urteil verhängten Strafe kann dadurch gehemmt werden, dass eine solche Wirkung beim Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (vgl. §§ 40 Abs. 1, 42 Abs. 3 tStPO) oder bei der Einlegung eines außerordentlichen Rechtsmittels (vgl. § 312 Abs. 1 tStPO) ausdrücklich zuerkannt wurde.

Weitere zwingende oder fakultative Vollstreckungsgegengründe sind:

- Geisteskrankheit des Verurteilten (§ 16 Abs. 1 tStVollzG),
- schwere Krankheit, die den Strafvollzug für ihn lebensgefährlich (§ 16 Abs. 2 tStVollzG) oder eine eigenständige Lebensführung in der Vollzugsanstalt unmöglich macht (§ 16 Abs. 6 tStVollzG),
- Behinderung der letztgenannten Art (§ 16 Abs. 6 tStVollzG),
- Schwangerschaft (§ 16 Abs. 4 und 5 tStVollzG) und
- Härtefälle (§ 17 Abs. 4 tStVollzG).

Zu einem Strafausstand aus diesen Gründen kann es von Amts wegen oder auf Antrag des Betroffenen entweder zu Beginn der Vollstreckung als Aufschub oder währenddessen als Unterbrechung der Vollstreckung kommen (vgl. § 16 tStVollzG).

Ist die Auslegung des Strafurteils hinsichtlich dieser Vollstreckungshindernisse und -gegengründe nicht klar – insbesondere wenn ein sog. Umwandlungsverfahren nach den Maßstäben des später in Kraft getretenen günstigeren Gesetzes erforderlich ist –, so hat die Staatsanwaltschaft eine klärende Entscheidung oder ein erneutes Verfahren durch das erkennende Gericht zu beantragen (§ 98 Abs. 1 tStVollzG).

2. Berechnung der Strafzeit

Für die Vollstreckbarkeit einer zeitigen Haftstrafe hat die Vollstreckungsbehörde weiterhin die Aufgabe, die genau zu verbüßende Strafzeit zu berechnen. Die Strafzeitberechnung (*müddetname*) besteht grundsätzlich aus folgenden Einheiten:

- Anrechnung der bis dahin verbüßten Freiheitsentziehungen (§§ 16, 63 StGB),
- nachträgliche Gesamtstrafenbildung bei mehreren Haftstrafen (§§ 99, 107 und 108 tStVollzG) und
- Bestimmung des Zeitpunkts der bedingten Entlassung (§ 107 Abs. 2 tStVollzG).

²³⁵ Für eine Liste der seit der Gründung der türkischen Republik erlassenen Amnestiegesetze *Kamer*, Vollstreckung der Strafe und Maßnahmen der Sicherung und Besserung, S. 284 ff.

In der Praxis wird die Erstellung der Strafzeit unter anderem mithilfe des elektronischen Justiznetzwerkssystems UYAP vorgenommen.²³⁶ Ergeben sich bei der Berechnung Zweifel, so hat die Staatsanwaltschaft eine Klärung durch das erkennende Gericht herbeizuführen (§ 98 Abs. 1 tStVollzG). Die nachträgliche Gesamtstrafenbildung sowie der Zeitpunkt der bedingten Entlassung sind auf Vorlage durch das erkennende Gericht zu bestimmen (§§ 99 Abs. 1, 101 Abs. 2, 107 Abs. 9, 10 und 11 tStVollzG).

3. Bedingte Entlassung / alternative Vollzugsmethoden / Vollzugsbewährung

Auf bedingte Entlassung (*koşullu salıverilme*) hat der Verurteilte einen Anspruch, wenn gesetzlich genannte Voraussetzungen erfüllt sind.²³⁷ Diese sind grundsätzlich gute Führung und bei einer zeitigen Haftstrafe die bereits erfolgte Verbüßung von zwei Dritteln der Strafzeit (§ 107 Abs. 12 tStVollzG). Allerdings schließt das Gesetz in einigen Fällen eine bedingte Entlassung aus (etwa § 107 Abs. 5 und 16 tStVollzG) und schreibt bei einer lebenslangen Freiheitsstrafe teilweise die Vollstreckung bis zum Ableben des Verurteilten vor (Übergangsparagraph 2 Abs. 2 tStVollzG).²³⁸

Zum Vollzug einer zeitigen Haftstrafe ersucht die Staatsanwaltschaft die zuständige Justizvollzugsanstalt um die Aufnahme des Verurteilten (§ 21 Abs. 1 tStVollzG). Von diesem regulären Vollzug in einer geschlossenen Anstalt macht das türkische Recht zwei wichtige Ausnahmen: alternative Vollzugsmethoden (§ 110 tSVollzG)²³⁹ und unmittelbare Aufnahme in den offenen Vollzug (§ 5 Verordnung zur Aufnahme in den offenen Vollzug).²⁴⁰ Die ersteren bestehen aus Nacht-, Wochenend- und Hausvollzug für eine Strafhaftzeit bis zu drei Jahren (§ 110 Abs. 1 und 2 tStVollzG). Über die Anwendung einer alternativen Vollzugsmethode entscheidet das erkennende Gericht auch im Vollstreckungsverfahren unter Beachtung des Vorliegens der gesetzlichen Voraussetzungen nach seinem Ermessen (§ 110 Abs. 1 und 2 tStVollzG).

Unmittelbar in den offenen Vollzug kommen Verurteilte, die wegen der vorsätzlichen oder fahrlässigen Begehung einer Straftat eine Haftstrafe im ersten Fall von drei und im zweiten Fall von fünf Jahren zu verbüßen haben (§ 5 Verordnung zur Aufnahme in den offenen Vollzug). Diesen und anderen Verurteilten, die zur Verbüßung des Rests ihrer zeitigen Haftstrafe nach einem anteiligen Ableisten im geschlossenen Vollzug bis zum Zeitpunkt ihrer bedingten Entlassung in den offenen

²³⁶ Ausführlich zur Rechtsprechung *Akkaya*, Strafvollstreckungsrecht, S. 329 ff.

²³⁷ *Özbek*, Strafvollzugsrecht, S. 316.

²³⁸ Zu den einzelnen Fällen siehe *Özbek*, Strafvollzugsrecht, S. 320 ff.

²³⁹ Hierzu siehe *Akkaya*, Strafvollstreckungsrecht, S. 511 ff.

²⁴⁰ R.G. v. 02.09.2012 – 28399.

Vollzug wechseln dürfen (§ 6 Verordnung zur Aufnahme in den offenen Vollzug), kommt ein in der Praxis wichtiges Antragsrecht zu, nämlich bereits vor dem Eintritt des genannten Zeitpunkts aus dem offenen Vollzug zur Bewährung entlassen zu werden (*denetimli serbestlik*). Den Antrag stellt der Verurteilte beim Vollstreckungsrichter (*infaz hakimi* – § 105/A Abs. 1 tStVollzG). Die Auflagen oder Anweisungen, die der aus dem offenen Vollzug entlassene Verurteilte bis zum Zeitpunkt der bedingten Entlassung grundsätzlich auf freiem Fuß zu erfüllen oder zu befolgen hat, bestimmt das Bewährungsbüro (*denetimli serbestlik müdürlüğü* – § 105/A Abs. 5 tStVollzG).

Die Vollzugsbewährung, die § 105/A tStVollzG als Vollzugslockerung verstanden haben will, setzt *grundsätzlich* eine bereits anteilig erfolgte Verbüßung der Haftstrafe im offenen Vollzug, eine gute Führung des Verurteilten und eine verbliebene Frist bis zum Eintritt der bedingten Entlassung voraus. Allerdings bringen immer wieder Zeitgesetze das System des § 105/A tStVollzG durcheinander, die auch nach der Rechtskraft eines Urteils als später erlassenes günstigeres Gesetz anzuwenden sind (vgl. § 98 Abs. 1 tStVollzG). Sie setzen die gesetzlichen Verbüßungsvoraussetzungen zeitweise außer Kraft oder reduzieren die genannten Fristen für bestimmte Perioden. So sieht etwa Übergangsparagraph 4 tStVollzG vor, dass für den Antrag auf Vollzugsbewährung (*denetimli serbestlik*) die Erfüllung der Mindestverbüßungszeit im offenen Vollzug von sechs Monaten (§ 105/A Abs. 1 lit. a und Abs. 2 tStVollzG) und eine verbliebene Frist bis zum Eintritt der bedingten Entlassung von einem Jahr (§ 105/A Abs. 1 lit. b tStVollzG) bis 31.12.2020 nicht erforderlich sind. Auf Grundlage dieser Zeitvorschrift erfahren in den meisten Fällen Verurteilte, die unmittelbar in den offenen Vollzug aufzunehmen sind (§ 5 Verordnung zur Aufnahme in den offenen Vollzug), die Vollstreckung, ohne dass sie einen einzigen Tag in der Justizanstalt verbringen müssen, als Bewährungsaufgabe.²⁴¹

Hinzu kommt, dass der Gesetzgeber zuweilen ebenfalls mit einem Zeitgesetz die Zwei-Drittel-Regel der bedingten Entlassung (§ 107 Abs. 12 tStVollzG) für bestimmte Perioden etwa auf die Hälfte der zu vollstreckenden Haftstrafe²⁴² und das Justizministerium durch eine Verwaltungsänderung die Fristen des Wechsels vom geschlossenen Vollzug in den offenen absenken.²⁴³ Dadurch erhalten Verurteilte den Anspruch, frühzeitig in den offenen Vollzug zu wechseln, anschließend

²⁴¹ Siehe auch Übergangsparagraph 6 tStVollzG, wonach bei der Vollstreckung der Haftstrafen, die wegen einer vor dem Stichtag des 01.07.2016 begangenen Straftat zu verbüßen sind, die Vollzugsbewährung schon bei einer verbliebenen Frist der bedingten Entlassung von zwei Jahren beantragt werden kann.

²⁴² Siehe auch Übergangsparagraph 6 tStVollzG, der die Zwei-Drittel-Regel bei der Vollstreckung von Haftstrafen, die wegen einer vor dem Stichtag 01.07.2016 begangenen Straftat zu verbüßen sind, auf die Hälfte reduziert.

²⁴³ So etwa Änderungen (R.G. v. 18.08.2016 – 29805) in § 6 Abs. 2 der Verordnung zur Aufnahme in den offenen Vollzug.

können sie einen Antrag auf Vollzugsbewährung stellen. Zu solchen eher organisatorisch bedingten Rechtsänderungen kommt es insbesondere dann, wenn die vorhandenen Kapazitäten in den Justizvollzugsanstalten erschöpft sind und dringend freie Plätze für Untersuchungshäftlinge benötigt werden.²⁴⁴

4. Rechtsschutz

Die zentrale Norm für gerichtlichen Schutz gegen staatsanwaltliche Entscheidungen über Vollstreckungshindernisse, Berechnungsbescheide oder Berücksichtigung eines später in Kraft getretenen günstigeren Strafgesetzes ist § 98 Abs. 1 tStVollzG. Mit entsprechenden Einwendungen kann sich der betroffene Verurteilte an das erkennende Gericht wenden. Dasselbe gilt für staatsanwaltliche Entscheidungen, die einen Antrag des Verurteilten auf einen krankheits-, behinderungs- oder schwangerschaftsbedingten Strafausstand ablehnen (vgl. §§ 16, 98 Abs. 2 tStVollzG). Allerdings sieht das Gesetz kein Rechtsmittel bei staatsanwaltlichen Entscheidungen über Härtefallanträge des Verurteilten vor (vgl. §§ 17, 98 Abs. 2 tStVollzG).²⁴⁵

Bei gerichtlichen Entscheidungen nach § 98 tStVollzG steht dem Verurteilten auch der Beschwerdeweg zu (§ 101 Abs. 3 tStVollzG). Ebenso können gerichtliche Bestimmungen des Zeitpunkts der bedingten Entlassung mit der Beschwerde angefochten werden (§ 111 Abs. 11 tStVollzG).

IV. Ausblick

Zwei Strafprozessordnungen mit etlichen Änderungen kann das türkische Strafverfahren in der fast hundertjährigen Geschichte der Republik vorweisen. Lange Zeit lag der Fokus der Reformbestrebungen auf den gravierenden Rechtsverstößen im Ermittlungsverfahren. Die strenge Reglementierung des Polizeigewahrsams und die ausdrückliche Regelung verschiedener Ermittlungsmaßnahmen in den Strafprozessordnungen haben dazu beigetragen, groben Menschenrechtsverstößen weitgehend vorzubeugen und den Schutz von Grundrechten unter Wahrung des Gesetzes- und Richtervorbehalts möglichst zu gewährleisten, jedenfalls in Perioden ohne große politische Turbulenzen. Damit sind allerdings nicht alle Themenfelder des Strafverfahrens abgedeckt. Eine wichtige Frage des Prozessrechts, wie nämlich die gerichtliche Suche nach der Wahrheit strukturell und konzeptionell zu organisieren ist, hat bis jetzt wenig Beachtung gefunden. Die inquisitorische Amtsaufklärungspflicht im Gerichtsverfahren, die zumindest im Gesetzestext der alten tStPO von 1929 verankert war, hat der Gesetzgeber zwar kurzerhand abgeschafft. Eine mit der

²⁴⁴ *Özbek*, Strafvollzugsrecht, S. 327.

²⁴⁵ *Akkaya*, Strafvollstreckungsrecht, S. 542.

gerichtlichen Praxis abgesprochene und rechtsdogmatisch gut begründete Änderung scheint dies allerdings nicht zu sein. Hinzu kommen die vorwiegend schriftlich erfolgende Beweiserhebung, das knapp gefasste Beweisantragsrecht der Verteidigung und deren Ausschluss bei einigen Zeugenvernehmungen sowie bei Beweiserhebungen bei einem in camera-Verfahren. Ferner wird die Befugnis des erkennenden Gerichts, über die Schuld- und Rechtsfolgen zu urteilen, durch die altbekannte Ausgestaltung der Revisionspraxis mit dem Kassationsgerichtshof eingeschränkt. Denn dieser entscheidet auf Grundlage der Akten ein zweites Mal über diese Fragen und bildet somit faktisch eine „Supertatsacheninstanz“. Dadurch verlieren die Grundsätze der Hauptverhandlung sowie die Abfassung der Urteilsgründe erheblich an Bedeutung, da die endgültige Entscheidung über die Schuld- und Rechtsfrage vom Kassationsgerichtshof in einem schriftlichen und nichtöffentlichen Verfahren getroffen wird. Die neue tStPO versucht, dieser Praxis durch Errichtung von Berufungsgerichten entgegenzuwirken. Es ist abzuwarten, ob diese Maßnahme Erfolg haben wird.

Die Probleme der Hauptverhandlung, der Urteilsgründe und der Rechtsmittelgerichte bedürfen eines dringenden Korrektivs unter Berücksichtigung der grundlegenden Prinzipien eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens. Es muss insbesondere auf einen Mentalitätswechsel hingewirkt werden, bis sich die volle Überzeugung durchsetzt, dass der einzige Ort der Wahrheitsfindung *allein* die Hauptverhandlung sein kann, in der der Verteidigung in umfassender Weise Möglichkeiten garantiert sind, an der gerichtlichen Beweisaufnahme teilzunehmen und dadurch auf den Ausgang des Verfahrens Einfluss zu nehmen.

Für eine solche Überzeugungsarbeit scheint es allerdings in der Türkei derzeit keine Gelegenheit zu geben. Selbst die bestehenden Normen der tStPO werden immer wieder durch Gesetze eines Ausnahmezustands durchlöchert und das halbwegs etablierte System des Strafverfahrens gerät aus den Fugen. Das Strafverfahren wird durch außergewöhnliche Umstände zu oft auf die Probe gestellt. Ferner kontaminieren die verschärften Vorschriften in Verfahren gegen Terrorverdächtige die Praxis der Justiz erheblich und werden auf Dauer und bei einer breiten Anwendung zur Normalität.

Literaturverzeichnis

- Akkaya, Çetin*, *Cezaların İnfazı ve İnfaz Hukuku* [Strafvollstreckung und Strafvollzug]. 5. Aufl. Ankara 2015.
- Alan, Esra*, The Structure of the Turkish Criminal Judicial System. In: Walter Gropp/Bahri Öztürk/Adem Sözüer/Liane Wörner (Hrsg.), *Beiträge zum deutschen und türkischen Strafrecht und Strafprozessrecht. Die Entwicklung von Rechtssystemen in ihrer gesellschaftlichen Verankerung*. Baden-Baden 2010, S. 167–175.
- Alan-Akcan, Esra/Levermann, Katharina*, Die Implementierung und Beschränkung von Justizgrundrechten im Strafverfahren. In: Walter Gropp/Bahri Öztürk/Adem Sözüer/Liane Wörner (Hrsg.), *Die Entwicklung von Rechtssystemen in ihrer gesellschaftlichen Verankerung. Forschungsband zum deutschen und türkischen Strafrecht und Strafprozessrecht*, Alexander von Humboldt Stiftung Institutspartnerschaft (2009–2013). Baden-Baden 2014, S. 54–80.
- Arslan, Mehmet*, Die Aussagefreiheit des Beschuldigten nach türkischem Recht im Lichte der EMRK. In: Klaus Kreiser/Raoul Motika/Udo Steinbach/Charlotte Joppien/Ludwig Schulz (Hrsg.), *Junge Perspektiven der Türkei-forschung in Deutschland*, Band 1. Springer-Online Open Access, S. 103–115.
- Angemessenheit der Untersuchungshaftdauer in der Europäischen Menschenrechtskonvention und türkischem Recht. *Annales* 60/2011, 103–124.
 - Die Aussagefreiheit des Beschuldigten in der polizeilichen Befragung. Ein Vergleich zwischen EMRK, deutschem und türkischem Recht. Berlin 2015.
- Bayındır, Abdülaziz*, *İslam Muhakeme Hukuku (Osmanlı Devri Uygulaması)* [Islamisches Verfahrensrecht (Anwendung in der Osmanischen Epoche)]. İstanbul 1986.
- Bostancı, Gülşah*, Neue Regelungen in der türkischen Strafprozessordnung zur Verhinderung der Folter und die getroffenen Maßnahmen. In: Walter Gropp/Bahri Öztürk/Adem Sözüer/Liane Wörner (Hrsg.), *Beiträge zum deutschen und türkischen Strafrecht und Strafprozessrecht. Die Entwicklung von Rechtssystemen in ihrer gesellschaftlichen Verankerung*. Baden-Baden 2010, S. 129–139.
- Centel, Nur*, Neue Bestimmungen über Untersuchungshaft und vorläufige Festnahme im türkischen Strafprozessrecht. *ZStW* 106/1994, 227–234.
- Kritische Betrachtungen zum neuen türkischen Strafgesetzbuch und zur neuen türkischen Strafprozessordnung. In: Silvia Tellenbach (Hrsg.), *Das neue türkische Straf- und Strafprozessrecht*. Berlin 2008, S. 41–64.
 - Strafaussetzung zur Bewährung im türkischen Recht. In: Eric Hilgendorf/Yener Ünver, *Das Strafrecht im deutsch-türkischen Rechtsvergleich*, Beiträge zur Rechtsvergleichung, Band IV. İstanbul 2011, 233–249.
- Centel, Nur/Zafer, Hamide*, *Ceza Muhakemesi Hukuku* [Strafprozessrecht]. 12. Aufl. İstanbul 2015.

- Çelik, Can/Krug, Patrick/Sezgi-Sözen, Ülkü*, Fallstudien – Justizgrundrechte in der Rechtsprechung in Deutschland und in der Türkei. In: Walter Gropp/Bahri Öztürk/Adem Sözüer/Liane Wörner (Hrsg.), Die Entwicklung von Rechtssystemen in ihrer gesellschaftlichen Verankerung. Forschungsband zum deutschen und türkischen Strafrecht und Strafprozessrecht, Alexander von Humboldt Stiftung Institutspartnerschaft (2009–2013). Baden-Baden 2014, S. 81–100.
- Erbaş, Rahime/Lehmann, Sarah/Taşkın, Beril/Tütüncü, Muharrem*, Fallstudien – Die Rechtsmittel im deutschen und türkischen Strafverfahren. In: Walter Gropp/Bahri Öztürk/Adem Sözüer/Liane Wörner (Hrsg.), Die Entwicklung von Rechtssystemen in ihrer gesellschaftlichen Verankerung. Forschungsband zum deutschen und türkischen Strafrecht und Strafprozessrecht, Alexander von Humboldt Stiftung Institutspartnerschaft (2009–2013). Baden-Baden 2014, S. 171–188.
- Erdem, Mustafa Ruhan*, Die Reform des Rechtsmittelrechts – ein neuer Instanzenzug? In: Walter Gropp/Bahri Öztürk/Adem Sözüer/Liane Wörner (Hrsg.), Beiträge zum deutschen und türkischen Strafrecht und Strafprozessrecht. Die Entwicklung von Rechtssystemen in ihrer gesellschaftlichen Verankerung. Baden-Baden 2010, S. 191–199.
- Erem, Faruk*, Susma Hakkı [Schweigerecht]. YD 18/1992, 296–299.
- Exum, Jelani Jefferson*, The Essence of the Rules: A Comparison of Turkish and U.S. Criminal Procedure, 11–26. In: Feridun Yenisey, Turkish Penal Procedure Code. 2. Aufl. Istanbul 2004.
- Feyzioğlu, Metin*, Ceza Muhakemesinde Vicdani Kanaat [Gewissenhafte Überzeugung im Strafprozess]. Ankara 2002.
- Gürelli, Nevzat*, The recent development of Turkish criminal procedure and the practice of Turkish judiciary. Annales 45/1983, 148–162.
- Johansen, Baber*, Zum Prozessrecht der Uqubat. ZDMG 1977, 477–486.
- Eigentum, Familie und Obrigkeit im hanafitischen Strafrecht: Das Verhältnis der privaten Rechte zu den Forderungen der Allgemeinheit in hanafitischen Rechtskommentaren. Die Welt des Islams, 1979, 1–73.
 - Vom Wort- zum Indizienbeweis: die Anerkennung der richterlichen Folter in islamischen Rechtsdoktrinen des 13. und 14. Jahrhunderts. Ius Commune 2001, 1–46.
- Kamer, Vehbi Kadri*, Ceza ve Güvenlik Tedbirlerinin İnfazı [Vollstreckung der Strafe und Maßnahmen der Sicherung und Besserung]. 2. Aufl. Ankara 2007.
- Keskin, Serap*, Der Revisionsgrund im Strafverfahrensrecht. Annales 53/2004, 119–129.
- Kühne, Hans-Heiner/Öztürk, Bahri*, Das deutsche Recht als Exportgut. In: Stefan Hüls Hörster/Dirk Mirow (Hrsg.), Deutsche Beratung bei Rechts- und Justizreformen im Ausland. Berlin 2012, S. 37–42.
- Önder, Ayhan*, Einleitung. Die türkische Strafprozessordnung. Annales 44/1981, 174–193.
- Özbek, Veli Özer*, İnfaz Hukuku [Strafvollzugsrecht]. 6. Aufl. Ankara 2015.
- Öztürk, Bahri*, Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote – das Konzept in der Türkei. In: Walter Gropp/Bahri Öztürk/Adem Sözüer/Liane Wörner (Hrsg.), Beiträge zum deutschen und türkischen Strafrecht und Strafprozessrecht. Die Entwicklung von Rechtssystemen in ihrer gesellschaftlichen Verankerung. Baden-Baden 2010, S. 79–90.

- Die neue StPO der Türkei „Sicherheit in Freiheit“. In: Adem Sözüer (Hrsg.), Congress on the Criminal Law Reforms in the World and in Turkey, Band II. Istanbul 2013, S. 2357–2392.
- Öztürk, Bahri/Wörner, Liane, Das fernwirkende Beweisverbot im türkischen und deutschen Strafverfahrensrecht – Zu den Auswirkungen der fruit of the poisonous tree Doktrin im kontinentaleuropäisch geprägten Strafverfahren. In: Walter Gropp/Bahri Öztürk/Adem Sözüer/Liane Wörner (Hrsg.), Die Entwicklung von Rechtssystemen in ihrer gesellschaftlichen Verankerung. Forschungsband zum deutschen und türkischen Strafrecht und Strafprozessrecht, Alexander von Humboldt Stiftung Institutspartnerschaft (2009–2013). Baden-Baden 2014, S. 109–152.
- Padel, Wilhelm, Die Ottomanische Strafprozessordnung. Berlin 1905.
- Peters, Rudolph, Crime and Punishment in Islamic Law. Theory and Practice from the Sixteenth to the Twenty-first Century. Cambridge 2005.
- Petrov, Milen V., Everyday Forms of Compliance: Subaltern Commentaries on Ottoman Reform, 1864–1868. Comparative Studies in Society and History 46/2004, 730–759.
- Plagemann, Gottfried, Von Allahs Gesetz zur Modernisierung per Gesetz. Gesetz und Gesetzgebung im Osmanischen Reich und der Republik Türkei. Berlin 2009.
- Rumpf, Christian, Einführung in das türkische Recht. 2. Aufl. München 2016.
- Şahin, Cumhur, Ceza Muhakemesi Kanunu Gazi Şerhi [StPO Gazi-Kommentar]. Ankara 2005.
- Şahin, Cumhur/Göktürk, Neslihan, Ceza Muhakemesi Hukuku II [Strafprozessrecht II]. 4. Aufl. Ankara 2015.
- Sözüer, Adem, Die Öffentlichkeit im Strafverfahren im türkischen Recht. In: Walter Gropp/Bahri Öztürk/Adem Sözüer/Liane Wörner (Hrsg.), Beiträge zum deutschen und türkischen Strafrecht und Strafprozessrecht. Die Entwicklung von Rechtssystemen in ihrer gesellschaftlichen Verankerung. Baden-Baden 2010, S. 43–78.
- Taner, M. Tahir, Ceza Muhakemeleri Usulü [Strafprozess]. 3. Aufl. İstanbul 1955.
- Tellenbach, Silvia, Zum Straf- und Strafprozessrecht in der Republik Türkei 70 Jahre nach der Gründung. In: Heinrich Scholler/Silvia Tellenbach (Hrsg.), Westliches Recht in der Republik Türkei 70 Jahre nach der Gründung. Baden-Baden 1996, S. 145–170.
- Die türkische Strafprozessordnung, übersetzt von Silvia Tellenbach, abrufbar unter: <https://www.mpicc.de/files/pdf2/trstpo.pdf>
- Tezcan, Durmuş, Die Haltung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Sitzordnung im Gerichtssaal. In: Walter Gropp/Bahri Öztürk/Adem Sözüer/Liane Wörner (Hrsg.), Die Entwicklung von Rechtssystemen in ihrer gesellschaftlichen Verankerung. Forschungsband zum deutschen und türkischen Strafrecht und Strafprozessrecht, Alexander von Humboldt Stiftung Institutspartnerschaft (2009–2013). Baden-Baden 2014, S. 101–105.
- Wörner, Liane, Zur gesellschaftlichen Verankerung von Rechtsnormen – eine Untersuchung anhand des deutschen und türkischen Strafrechts und Strafprozessrechts. In: Walter Gropp/Bahri Öztürk/Adem Sözüer/Liane Wörner (Hrsg.), Beiträge zum deutschen und türkischen Strafrecht und Strafprozessrecht. Die Entwicklung von Rechtssystemen in ihrer gesellschaftlichen Verankerung. Baden-Baden 2010, S. 489–526.

Yenisey, Feridun, Über die Notwendigkeit der Kontrolle der tatsächlichen Feststellung im Strafverfahren: „die Berufung“. *Annales* 41/1978, 327–337.

- Die Entwicklungen im türkischen Strafrecht von 1960 bis 1983. *ZStW* 96/1984, 212–240.
- Zum türkischen Straf- und Strafprozessrecht. Entwicklungen zwischen 1983 und 1995. *ZStW* 109/1997, 243–264.
- *Criminal Law in Turkey*. Alphen aan den Rijn 2012.
- *Turkish Penal Procedure Code*. 2. Aufl. Istanbul 2014. Für die englische Übersetzung der türkischen Strafprozessordnung von 1929 siehe: *The American Series of Foreign Penal Codes, The Turkish Code of Criminal Procedure*, translated by Comparative Criminal Law Project New York University, School of Law, with an introduction of Feyyaz Gölcüklü, New York 1962.

Yenisey, Feridun/Nuhoğlu, Ayşe, *Ceza Muhakemesi Hukuku* [Strafprozessrecht]. 4. Aufl. Ankara 2016.

Yıldız, Ali Kemal, Beweiswürdigung und Beweisverwertungsverbote im türkischen Strafprozessrecht nach der Strafprozessreform. *Annales* 50/2001, 105–112.

Die türkische Strafprozessordnung Ceza Muhakemesi Kanunu

vom 4. Dezember 2004
nach dem Stand vom 6. Januar 2017

BİRİNCİ KİTAP

Genel Hükümler

Birinci Kısım

Kapsam, Tanımlar, Görev ve Yetki

Birinci Bölüm

Kapsam ve Tanımlar

Madde 1. Kanunun kapsamı

(1) Bu Kanun, ceza muhakemesinin nasıl yapılacağı hususundaki kurallar ile bu sürece katılan kişilerin hak, yetki ve yükümlülüklerini düzenler.

Madde 2. Tanımlar

(1) Bu Kanunun uygulanmasında;

- a) Şüpheli: Soruşturma evresinde, suç şüphesi altında bulunan kişiyi,
- b) Sanık: Kovuşturmanın başlamasından itibaren hükmün kesinleşmesine kadar, suç şüphesi altında bulunan kişiyi,
- c) Müdafî: Şüpheli veya sanığın ceza muhakemesinde savunmasını yapan avukatı,
- d) Vekil: Katılan, suçtan zarar gören veya malen sorumlu kişiyi ceza muhakemesinde temsil eden avukatı,
- e) Soruşturma: Kanuna göre yetkili mercilerce suç şüphesinin öğrenilmesinden iddianamenin kabulüne kadar geçen evreyi,
- f) Kovuşturma: İddianamenin kabu-

ERSTES BUCH

Allgemeine Vorschriften

Erster Teil

Umfang, Definitionen, sachliche und örtliche Zuständigkeit

Erster Abschnitt

Umfang und Definitionen

§ 1. Umfang des Gesetzes

(1) Dieses Gesetz regelt die Normen über die Durchführung des Strafverfahrens, sowie die Rechte, Befugnisse und Pflichten von Personen, die daran teilnehmen.

§ 2. Definitionen

- (1) Bei der Anwendung dieses Gesetzes bedeutet
- a) Beschuldigter: die unter Tatverdacht stehende Person in der Phase des Ermittlungsverfahrens,
 - b) Angeklagter: die unter Tatverdacht stehende Person ab dem Beginn des Hauptverfahrens bis zum Eintreten der Rechtskraft des Urteils,
 - c) Verteidiger: der Rechtsanwalt, der einen Beschuldigten oder Angeklagten im Strafverfahren verteidigt,
 - d) Vertreter: der Rechtsanwalt, der den Nebenkläger, den durch die Straftat Geschädigten oder die mit ihrem Vermögen haftende Person im Strafverfahren vertritt,
 - e) Ermittlungsverfahren: die Phase ab der Kenntnisnahme eines Tatverdachts durch die nach dem Gesetz zuständigen Instanzen bis zur Zulassung der Anklageschrift,
 - f) Hauptverfahren: die Phase ab der Zu-

lûyle başlayıp, hükmün kesinleşmesine kadar geçen evreyi,

- g) İfade alma: Şüphelinin kolluk görevlileri veya Cumhuriyet savcısı tarafından soruşturma konusu suçla ilgili olarak dinlenmesini,
- h) Sorgu: Şüpheli veya sanığın hâkim veya mahkeme tarafından soruşturma veya kovuşturma konusu suçla ilgili olarak dinlenmesini,
- i) Malen sorumlu: Yargılama konusu işin hükme bağlanması ve bunun kesinleşmesinden sonra, maddî ve malî sorumluluk taşıyarak hükmün sonuçlarından etkilenecek veya bunlara katlanacak kişiyi,
- j) Suçüstü:
1. İşlenmekte olan suç,
 2. Henüz işlenmiş olan fiil ile fiilin işlenmesinden hemen sonra kolluk, suçtan zarar gören veya başkaları tarafından takip edilerek yakalanan kişinin işlediği suç,
 3. Fiilin pek az önce işlendiğini gösteren eşya veya delille yakalanan kimsenin işlediği suç,
- k) Toplu suç: Aralarında iştirak iradesi bulunmasa da üç veya daha fazla kişi tarafından işlenen suç,
- l) Disiplin hapsi: Kısmî bir düzeni korumak amacıyla yaptırım altına

lassung der Anklageschrift bis zum Eintritt der Rechtskraft des Urteils,

- g) Befragung: die Anhörung eines Beschuldigten durch die Polizeibeamten oder den Staatsanwalt über die Straftat, die den Gegenstand des Ermittlungsverfahrens bildet,
- h) Vernehmung: die Anhörung eines Beschuldigten oder Angeklagten durch den Richter oder das Gericht über die Straftat, die den Gegenstand des Ermittlungs- oder Hauptverfahrens bildet,
- i) mit seinem Vermögen Haftender: die Person, die nach der Aburteilung der Strafsache, die den Gegenstand des Verfahrens bildet, und dem Eintritt der Rechtskraft des Urteils von dessen Auswirkungen durch die Übernahme materieller oder finanzieller Haftung betroffen wird oder diese zu dulden hat,
- j) frische Tat:
1. die Tat, die gerade begangen wird,
 2. die Tat, die unmittelbar zuvor begangen wurde, sowie die Tat, die von einer Person begangen wurde, die gleich nach ihrer Begehung von der Polizei, dem durch die Straftat Geschädigten oder anderen Personen verfolgt und festgenommen wird,
 3. die Tat, die von einer Person begangen wurde, die mit Gegenständen oder Beweisen festgenommen wird, welche darauf hinweisen, dass die Tat sehr kurz zuvor begangen worden ist,
- k) Gemeinschaftliche Tat: die Straftat, welche durch drei oder mehr Personen begangen wird, auch wenn kein Teilnahmewille festzustellen ist,
- l) Disziplinarhaft: Haft, die wegen einer unter Sanktion gestellten Tat

alınmış olan fiil dolayısıyla verilen, seçenек yaptırımlara çevrilemeyen, önödeme uygulanamayan, tekrerrüe esas olmayan, şartla salıverilme hükmüleri uygulanamayan, ertelene-meyen ve adli sicil kayıtlarına geçi-rilmeyen hapsi,

zum Schutze einer Teilordnung angeordnet wird, nicht in andere Sanktionen umwandelbar, einer Verfah-renseinstellung gegen Zahlung der Mindeststrafe nicht unterworfen und im Strafregister nicht eintragbar ist, und auf die die Vorschriften über Rückfall, bedingte Entlassung sowie Bewährung nicht anwendbar sind.

İfade eder.

İkinci Bölüm Görev

Madde 3. Görev

(1) Mahkemelerin görevleri kanunla belirlenir.

(2) (Ek: 26/6/2009 – 5918/6 md.) Barış zamanında, asker olmayan kişilerin Askeri Ceza Kanununda veya diğer kanunlarda yer alan askerî mahkemele-rin yargı yetkisine tabi bir suçü tek başına veya asker kişilerle iştiräk halinde işlemesi durumunda asker olma-yan kişilerin soruşturmaları Cumhuri-yet savcıları, kovuşturmaları adli yargı mahkemeleri tarafından yapılır.

Madde 4. Re'sen görev kararı ve görevde uyuşmazlık

(1) Davaya bakan mahkeme, görevli olup olmadığına kovuşturma evresinin her aşamasında re'sen karar verebilir. 6 ncı madde hükmü saklıdır.

(2) Görev konusunda mahkemeler arasında uyuşmazlık çıktığında, görevli mahkemeyi ortak yüksek görevli mah-keme belirler.

Zweiter Abschnitt Sachliche Zuständigkeit

§ 3. Sachliche Zuständigkeit

(1) Die sachliche Zuständigkeit der Ge-richte wird durch das Gesetz bestimmt.

(2) (Hinzugefügt durch § 6 Ges. Nr. 5918 v. 26.6.2009) Begehen Personen, die keine Soldaten sind, in Friedenszei-ten allein oder unter Teilnahme von Soldaten eine Straftat, die im Militär-straigesetzbuch oder anderen Gesetzen aufgeführt ist und in den Zuständig-keitsbereich der Militärgerichte fällt, so werden die Ermittlungsverfahren gegen Personen, die nicht Angehörige des Mi-litärs sind, von Staatsanwälten und die Hauptverfahren von der ordentlichen Gerichtsbarkeit durchgeführt.

§ 4. Bestimmung der sachlichen Zuständigkeit von Amts wegen und Streit über die sachliche Zuständigkeit

(1) Das erkennende Gericht kann in je-der Phase des Hauptverfahrens von Amts wegen über die sachliche Zustän-digkeit entscheiden. Die Bestimmung des § 6 bleibt unberührt.

(2) Bei einem Streit zwischen den Ge-richten über die sachliche Zuständigkeit bestimmt das gemeinsame obere Gericht das sachlich zuständige Gericht.

Madde 5. Görevsizlik kararı verilmesi gereken hâl ve sonucu

(1) İddianamenin kabulünden sonra; işin, davayı gören mahkemenin görevini aştığı veya dışında kaldığı anlaşılırsa, mahkeme bir kararla işi görevli mahkemeye gönderir.

(2) Adli yargı içerisindeki mahkemeler bakımından verilen görevsizlik kararlarına karşı itiraz yoluna gidilebilir.

Madde 6. Görevsizlik kararı verilemeyecek hâl (Değişik: 6/12/2006 5560/16 md.)

(1) Duruşmada suçun hukukî niteliğinin değiştiğinden bahisle görevsizlik kararı verilerek dosya alt dereceli mahkemeye gönderilemez.

Madde 7. Görevli olmayan hâkim veya mahkemenin işlemleri

(1) Yenilenmesi mümkün olmayanlar dışında, görevli olmayan hâkim veya mahkemece yapılan işlemler hükümsüzdür.

Üçüncü Bölüm Bağlantılı Davalar

Madde 8. Bağlantı kavramı

(1) Bir kişi, birden fazla suçtan sanık olur veya bir suçta her ne sıfatla olursa olsun birden fazla sanık bulunursa bağlantı var sayılır.

(2) Suçun işlenmesinden sonra suçluyu kayırma, suç delillerini yok etme, giz-

§ 5. Fälle der sachlichen Unzuständigkeit und ihre Konsequenzen

(1) Das Gericht sendet die Sache durch einen Beschluss an das sachlich zuständige Gericht, wenn nach der Zulassung der Anklageschrift erkennbar wird, dass sie seine sachliche Zuständigkeit überschreitet oder außerhalb von dieser liegt.

(2) Gegen die Beschlüsse über die sachliche Unzuständigkeit der Gerichte innerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit kann Beschwerde eingelegt werden.

§ 6. Verbot eines Unzuständigkeitsbeschlusses (geändert durch § 16 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006)

(1) In der Hauptverhandlung darf nicht mit der Begründung, dass sich die rechtliche Bezeichnung der Straftat geändert habe, die sachliche Unzuständigkeit beschlossen und die Sache an das Gericht niedrigerer Ordnung gesendet werden.

§ 7. Handlungen eines sachlich unzuständigen Richters oder Gerichts

(1) Abgesehen von Handlungen, deren erneute Vornahme unmöglich ist, sind die durch einen sachlich unzuständigen Richter oder ein sachlich unzuständiges Gericht vorgenommenen Handlungen ungültig.

Dritter Abschnitt Zusammenhängende Sachen

§ 8. Begriff des Zusammenhangs

(1) Ein Zusammenhang ist anzunehmen, wenn eine Person wegen mehr als einer Straftat angeklagt wird oder wenn bei einer Straftat, in welcher Eigenschaft auch immer, mehrere Personen angeklagt sind.

(2) Als zusammenhängende Strafsache zählt auch nach der Begehung der Tat

leme veya değiştirme fiilleri de bağlantılı suç sayılır.

Madde 9. Davaların birleştirilerek açılması

(1) Bağlantılı suçlardan her biri değişik mahkemelerin görevine giriyorsa, bunlar hakkında birleştirilmek suretiyle yüksek görevli mahkemede dava açılabilir.

Madde 10. Görülmekte olan davaların birleştirilmesi ve ayrılması

(1) Kovuşturma evresinin her aşamasında, bağlantılı ceza davalarının birleştirilmesine veya ayrılmasına yüksek görevli mahkemece karar verilebilir.

(2) Birleştirilen davalarda, bu davaları gören mahkemenin tâbi olduğu yargılama usulü uygulanır.

(3) İşin esasına girdikten sonra ayrılan davalara aynı mahkemede devam olunur.

Madde 11. Geniş bağlantı sebebiyle birleştirme

(1) Mahkeme, bakmakta olduğu birden çok dava arasında bağlantı görürse, bu bağlantı 8 inci maddede gösterilen türden olmasa bile, birlikte bakmak ve hükme bağlamak üzere bu davaların birleştirilmesine karar verebilir.

Dördüncü Bölüm Yetki

Madde 12. Yetkili mahkeme

(1) Davaya bakmak yetkisi, suçun işlendiği yer mahkemesine aittir.

die Begünstigung des Täters, die Vernichtung von Beweisen, ihre Beiseiteschaffung oder ihre Veränderung.

§ 9. Verbundene Erhebung von Klagen

(1) Fallen einzelne zusammenhängende Strafsachen in die sachliche Zuständigkeit verschiedener Gerichte, so kann die öffentliche Klage verbunden bei dem sachlich zuständigen Gericht höherer Ordnung erhoben werden.

§ 10. Verbindung oder Trennung anhängiger Sachen

(1) In jeder Phase des Hauptverfahrens kann eine Verbindung oder eine Trennung zusammenhängender Strafsachen durch das Gericht höherer Ordnung angeordnet werden.

(2) In verbundenen Sachen wird die Verfahrensordnung des Gerichts angewendet, das sich mit diesen Sachen befasst.

(3) Klagen, die nach der Befassung in der Sache getrennt werden, werden weiterhin von demselben Gericht behandelt.

§ 11. Verbindung aufgrund eines weiten Zusammenhangs

(1) Stellt das Gericht bei mehreren Sachen, mit denen es sich befasst, eine Verbindung fest, so kann es für eine gemeinsame Führung und Aburteilung ihre Verbindung anordnen, auch wenn diese Verbindung nicht den in § 8 genannten Kriterien entspricht.

Vierter Abschnitt Örtliche Zuständigkeit

§ 12. Örtlich zuständiges Gericht

(1) Die örtliche Zuständigkeit für eine Klage liegt bei dem Gericht des Tatorts.

(2) Teşebbüste son icra hareketinin yapıldığı, kesintisiz suçlarda kesintinin gerçekleştiği ve zincirleme suçlarda son suçun işlendiği yer mahkemesi yetkilidir.

(3) Suç, ülkede yayımlanan bir basılı eserle işlenmişse yetki, eserin yayım merkezi olan yer mahkemesine aittir. Ancak, aynı eserin birden çok yerde basılması durumunda suç, eserin yayım merkezi dışındaki baskısında meydana gelmişse, bu suç için eserin basıldığı yer mahkemesi de yetkilidir.

(4) Soruşturulması ve kovuşturulması şikâyete bağlı olan hakaret suçunda eser, mağdurun yerleşim yerinde veya oturduğu yerde dağıtılmışsa, o yer mahkemesi de yetkilidir. Mağdur, suçun işlendiği yer dışında tutuklu veya hükümlü bulunuyorsa, o yer mahkemesi de yetkilidir.

(5) Görsel veya işitsel yayınlarda da bu maddenin üçüncü fıkrası hükmü uygulanır. Görsel ve işitsel yayın, mağdurun yerleşim yerinde ve oturduğu yerde işitilmiş veya görülmüşse o yer mahkemesi de yetkilidir.

Madde 13. Özel yetki

(1) Suçun işlendiği yer belli değilse, şüpheli veya sanığın yakalandığı yer, yakalanmamışsa yerleşim yeri mahkemesi yetkilidir.

(2) Şüpheli veya sanığın Türkiye’de yerleşim yeri yoksa Türkiye’de en son

(2) Bei einem Versuch ist das Gericht des Orts zuständig, an dem die letzte Ausführungshandlung vorgenommen wurde; bei Dauerdelikten und bei Fortsetzungstaten das Gericht des Orts, an dem die Unterbrechung eingetreten ist bzw. die letzte Straftat begangen wurde.

(3) Wurde die Straftat durch ein im Inland erschienenenes Druckwerk begangen, so liegt die örtliche Zuständigkeit beim Gericht des Erscheinungsorts des Werkes. Wird das Werk dagegen an mehr als einem Ort gedruckt und wurde die Straftat durch einen Druck außerhalb der Erscheinungsorte des Werks begangen, so ist für diese Straftat auch das Gericht des Druckorts örtlich zuständig.

(4) Wurde das Werk bei einem Beleidigungsdelikt, dessen Verfolgung von einem Strafantrag abhängt, auch an dem Wohn- oder Aufenthaltsort des Verletzten vertrieben, so ist auch das Gericht jenes Orts örtlich zuständig. Befindet sich der Verletzte als Inhaftierter oder Verurteilter außerhalb des Tatorts, so ist auch das Gericht jenes Orts örtlich zuständig.

(5) Bei Sendungen in Ton oder Bild gilt Abs. 3 dieses Paragraphen entsprechend. Wurde eine Sendung in Ton oder Bild am Wohn- oder Aufenthaltsort des Verletzten gehört oder gesehen, so ist auch das Gericht jenes Orts örtlich zuständig.

§ 13. Besondere örtliche Zuständigkeit

(1) Ist der Tatort unbekannt, so ist das Gericht des Festnahmeorts des Beschuldigten oder Angeklagten örtlich zuständig; wurde er nicht festgenommen, das Gericht seines Wohnorts.

(2) Hat der Beschuldigte oder Angeklagte keinen Wohnsitz in der Türkei, so ist

adresinin bulunduğu yer mahkemesi yetkilidir.

(3) Mahkemenin bu suretle de belirlenmesi olanağı yoksa, ilk usul işleminin yapıldığı yer mahkemesi yetkilidir.

Madde 14. Yabancı ülkede işlenen suçlarda yetki

(1) Yabancı ülkede işlenen ve kanun hükümleri uyarınca Türkiye’de soruşturulması ve kovuşturulması gereken suçlarda yetki, 13 üncü maddenin birinci ve ikinci fıkralarına göre belirlenir.

(2) Bununla birlikte Cumhuriyet savcısının, şüphelinin veya sanığın istemi üzerine Yargıtay, suçun işlendiği yere daha yakın olan yer mahkemesine yetki verebilir.

(3) Bu gibi suçlarda şüpheli veya sanık Türkiye’de yakalanmamış, yerleşmemiş veya adresi yoksa; yetkili mahkeme, Adalet Bakanının istemi ve Yargıtay Cumhuriyet Başsavcısının başvurusu üzerine Yargıtay tarafından belirlenir.

(4) Yabancı ülkelerde bulunup da diplomatik bağışlıktan yararlanan Türk kamu görevlilerinin işledikleri suçlardan dolayı yetkili mahkeme Ankara mahkemesidir.

Madde 15. Deniz, hava ve demiryolu taşıtlarında veya bu taşıtlarla işlenen suçlarda yetki

(1) Suç, Türk bayrağını taşıma yetkisine sahip olan bir gemide veya böyle bir taşıt Türkiye dışında iken işlenmişse,

das Gericht des Orts seiner letzten Anschrift in der Türkei örtlich zuständig.

(3) Ist die Bestimmung des Gerichts auch auf diese Weise nicht möglich, so ist das Gericht desjenigen Orts örtlich zuständig, an dem die erste Untersuchungshandlung vorgenommen wurde.

§ 14. Örtliche Zuständigkeit bei Auslandstaten

(1) Die örtliche Zuständigkeit für Straftaten, die im Ausland begangen wurden und nach den gesetzlichen Bestimmungen in der Türkei zu verfolgen sind, ist nach § 13 Abs. 1 und 2 zu bestimmen.

(2) Gleichwohl kann der Kassationsgerichtshof auf Verlangen des Staatsanwalts, des Beschuldigten oder des Angeklagten die örtliche Zuständigkeit dem Gericht zuweisen, das dem Tatort näher ist.

(3) Wurde bei derartigen Straftaten der Beschuldigte oder Angeklagte nicht in der Türkei festgenommen, war er dort nicht niedergelassen oder hat er keine Adresse, so wird das örtlich zuständige Gericht auf Verlangen des Justizministers und Antrag des Generalstaatsanwalts durch den Kassationsgerichtshof bestimmt.

(4) Für Straftaten, die türkische öffentliche Bedienstete, die diplomatische Immunität genießen, im Ausland begangen haben, ist das Gericht von Ankara örtlich zuständig.

§ 15. Örtliche Zuständigkeit für Straftaten auf oder mithilfe von Schiffen oder Luft- oder Schienenfahrzeugen

(1) Wurde die Straftat auf einem Schiff, das zur Führung der türkischen Flagge berechtigt ist, oder während des Aufent-

geminin ilk uğradığı Türk limanında veya bağlama limanında bulunan mahkeme yetkilidir.

(2) Türk bayrağını taşıma hakkına sahip olan hava taşıtları ile demiryolu taşıtları hakkında da yukarıdaki fıkra hükümleri uygulanır.

(3) Ülke içerisinde deniz, hava veya demiryolu taşıtlarında ya da bu taşıtlarla işlenen suçlarda, bunların ilk ulaştığı yer mahkemesi de yetkilidir.

(4) Çevreyi kirletme suçu, yabancı bayrağı taşıyan bir gemi tarafından Türk kara suları dışında işlendiği takdirde, suçun işlendiği yere en yakın veya geminin Türkiye’de ilk uğradığı limanın bulunduğu yer mahkemesi yetkilidir.

Madde 16. Bağlantılı suçlarda yetki

(1) Yukarıdaki maddelere göre her biri değişik mahkemelerin yetkisi içinde bulunan bağlantılı ceza davaları, yetkili mahkemelerden herhangi birisinde birleştirilerek görülebilir.

(2) Bağlantılı ceza davalarının değişik mahkemelerde bakılmasına başlanmış olursa, Cumhuriyet savcılarının istemlerine uygun olmak koşuluyla, mahkemeler arasında oluşacak uyuşma üzerine, bu davaların hepsi veya bir kısmı bu mahkemelerin birinde birleştirilebilir.

(3) Uyuşulmazsa, Cumhuriyet savcısı veya sanığın istemi üzerine ortak yüksek görevli mahkeme birleştirmeye gerek olup olmadığına ve gerek varsa

halts eines solchen Transportmittels außerhalb der Türkei begangen, so ist das Gericht des zuerst erreichten türkischen Hafens oder seines Heimathafens örtlich zuständig.

(2) Für die Luft- oder Schienenfahrzeuge, die zur Führung der türkischen Flagge berechtigt sind, gilt der obige Absatz entsprechend.

(3) Bei Straftaten, die im Inland auf oder mithilfe von Schiffen, Luft- oder Schienenfahrzeugen begangen werden, ist auch das Gericht des Orts örtlich zuständig, den diese zuerst erreicht haben.

(4) Wurde die Straftat der Umweltverschmutzung durch ein Schiff unter Führung einer ausländischen Flagge außerhalb türkischer Küstengewässer begangen, so ist das Gericht des Orts örtlich zuständig, der dem Tatort am nächsten ist oder den das Schiff in der Türkei zuerst erreicht.

§ 16. Örtliche Zuständigkeit bei zusammenhängenden Strafsachen

(1) Zusammenhängende Strafsachen, die nach den obigen Vorschriften jeweils in der örtlichen Zuständigkeit verschiedener Gerichte liegen, können bei einem der zuständigen Gerichte verbunden anhängig gemacht werden.

(2) Sind zusammenhängende Strafsachen bei verschiedenen Gerichten anhängig gemacht worden, so können diese durch eine den Anträgen der Staatsanwaltschaft entsprechende Vereinbarung sämtlich oder zum Teil bei einem dieser Gerichte verbunden werden.

(3) Kommt keine Vereinbarung zustande, so entscheidet, wenn die Staatsanwaltschaft oder ein Angeklagter das beantragt, das gemeinschaftliche obere

hangi mahkemede birleştirileceğine karar verir.

(4) Birleştirilmiş olan davaların ayrılması da bu suretle olur.

Madde 17. Yetkide olumlu veya olumsuz uyuşmazlık

(1) Birkaç hâkim veya mahkeme arasında olumlu veya olumsuz yetki uyuşmazlığı çıkarsa, ortak yüksek görevli mahkeme, yetkili hâkim veya mahkemeyi belirler.

Madde 18. Yetkisizlik iddiası

(1) Sanık, yetkisizlik iddiasını, ilk derece mahkemelerinde duruşmada sorgusundan, bölge adliye mahkemelerinde incelemenin başlamasından ve duruşmalı işlerde inceleme raporunun okunmasından önce bildirir.

(2) Yetkisizlik iddiasına ilişkin karar, ilk derece mahkemelerinde sanığın sorgusundan önce, bölge adliye mahkemelerinde duruşmasız işlerde incelemenin hemen başlangıcında, duruşmalı işlerde inceleme raporu okunmadan önce verilir. Bu aşamalardan sonra yetkisizlik iddiasında bulunulamayacağı gibi mahkemeler de bu hususta re'sen karar veremez.

(3) Yetkisizlik kararlarına karşı itiraz yoluna gidilebilir.

sachlich zuständige Gericht, ob, und wenn ja, bei welchem Gericht die Verbindung angenommen werden muss.

(4) Auch die Trennung verbundener Klagen erfolgt in dieser Weise.

§ 17. Positiver oder negativer Kompetenzkonflikt um die örtliche Zuständigkeit

(1) Entsteht zwischen mehreren Richtern oder Gerichten ein positiver oder negativer Kompetenzkonflikt um die örtliche Zuständigkeit, so bestimmt das gemeinschaftliche obere sachlich zuständige Gericht den örtlich zuständigen Richter oder das Gericht.

§ 18. Einwand der örtlichen Unzuständigkeit

(1) Der Angeklagte erhebt seinen Einwand der örtlichen Unzuständigkeit bei Gerichten erster Instanz vor seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung, bei Regionalgerichten vor dem Beginn der Prüfung und in Verfahren mit einer Hauptverhandlung vor der Verlesung des Prüfungsberichts.

(2) Der Beschluss über den Einwand der örtlichen Unzuständigkeit ergeht bei Gerichten erster Instanz vor der Vernehmung des Angeklagten, in Verfahren bei Regionalgerichten ohne mündliche Verhandlung gleich zu Beginn der Prüfung und in Verfahren mit einer Hauptverhandlung vor der Verlesung des Prüfungsberichts. Nach diesen Phasen kann weder die örtliche Unzuständigkeit geltend gemacht werden, noch können die Gerichte von Amts wegen einen Beschluss darüber fassen.

(3) Gegen die Beschlüsse über die örtliche Unzuständigkeit kann Beschwerde eingelegt werden.

Madde 19. Davanın nakli ve duruşmanın başka yerde yapılması

(1) Yetkili hâkim veya mahkeme, hukukî veya fiilî sebeplerle görevini yerine getiremeyecek hâlde bulunursa; yüksek görevli mahkeme, davanın başka yerde bulunan aynı derecede bir mahkemeye nakline karar verir.

(2) Kovuşturmanın görevli ve yetkili olan mahkemenin bulunduğu yerde yapılması kamu güvenliği için tehlikeli olursa, davanın naklini Adalet Bakanı Yargıtaydan ister.

(3) (Ek: 24/11/2016 – 6763/21 md.) Mahkeme, fiilî sebepler veya güvenlik gerekçesiyle duruşmanın il sınırları içinde başka bir yerde yapılmasına karar verebilir. Bu karara karşı itiraz yolu açıktır.

Madde 20. Yetkili olmayan hâkim veya mahkemenin işlemleri

(1) Yetkili olmayan hâkim veya mahkemece yapılan işlemler, sadece yetkisizlik nedeniyle hükümsüz sayılmaz.

Madde 21. Gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde yapılan işlemler

(1) Bir hâkim veya mahkeme, yetkili olmasa bile, gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde, yargı çevresi içerisinde gerekli işlemleri yapar.

§ 19. Übertragung des Verfahrens und Durchführung der Hauptverhandlung an einem anderen Ort

(1) Ist der örtlich zuständige Richter oder das Gericht aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen an der Ausübung seines Amtes verhindert, so ordnet das sachlich zuständige Gericht höherer Ordnung an, das Verfahren auf das Gericht eines anderen Orts von gleichem Rang zu übertragen.

(2) Stellt die Durchführung des Hauptverfahrens an dem Ort des sachlich und örtlich zuständigen Gerichts eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar, so beantragt der Justizminister die Übertragung des Verfahrens beim Kassationsgerichtshof.

(3) (Hinzugefügt durch § 21 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Das Gericht kann den Beschluss fassen, die Hauptverhandlung aus tatsächlichen Gründen oder unter Berufung auf Sicherheitsgründe an einem anderen Ort innerhalb der Provinzgrenzen durchzuführen. Gegen diesen Beschluss ist Beschwerde zulässig.

§ 20. Handlungen eines örtlich unzuständigen Richters oder Gerichts

(1) Die Handlungen eines örtlich unzuständigen Richters oder Gerichts sind nicht schon aufgrund der örtlichen Unzuständigkeit ungültig.

§ 21. Handlungen bei Gefahr im Verzug

(1) Auch wenn ein Richter oder ein Gericht örtlich unzuständig ist, kann er oder es bei Gefahr im Verzug in seinem Gerichtsbezirk die erforderlichen Handlungen vornehmen.

Beşinci Bölüm
Hâkimin Davaya Bakamaması
ve Reddi

Madde 22. Hâkimin davaya bakamayacağı hâller

- (1) Hâkim;
- a) Suçtan kendisi zarar görmüşse,
- b) Sonradan kalksa bile şüpheli, sanık veya mağdur ile aralarında evlilik, vesayet veya kayımlık ilişkisi bulunmuşsa,
- c) Şüpheli, sanık veya mağdurun kan veya kayın hısımlığından üstsoy veya altsoyundan biri ise,
- d) Şüpheli, sanık veya mağdur ile aralarında evlât edinme bağlantısı varsa,
- e) Şüpheli, sanık veya mağdur ile aralarında üçüncü derece dahil kan hısımlığı varsa,
- f) Evlilik sona ermiş olsa bile, şüpheli, sanık veya mağdur ile aralarında ikinci derece dahil kayın hısımlığı varsa,
- g) Aynı davada Cumhuriyet savcılığı, adlî kolluk görevi, şüpheli veya sanık müdafiliği veya mağdur vekilliği yapmışsa,
- h) Aynı davada tanık veya bilirkişi sıfatıyla dinlenmişse,

Hâkimlik görevini yapamaz.

Fünfter Abschnitt
Ausschließung und Ablehnung
des Richters

§ 22. Fälle der Ausschließung des Richters

- (1) Ein Richter darf sein Richteramt nicht ausüben, wenn
- a) er selbst durch die Straftat verletzt ist,
- b) zwischen ihm und dem Beschuldigten, dem Angeklagten oder dem Verletzten ein Ehe-, Vormundschafts- oder Pflegschaftsverhältnis vorlag [sic], auch wenn dieses später aufgehoben wurde,
- c) er mit dem Beschuldigten, dem Angeklagten oder dem Verletzten in auf- oder absteigender Linie verwandt oder verschwägert ist,
- d) er mit dem Beschuldigten, dem Angeklagten oder dem Verletzten durch eine Adoption verbunden ist,
- e) zwischen ihm und dem Beschuldigten, dem Angeklagten oder dem Verletzten eine Blutsverwandtschaft bis einschließlich dritten Grades vorliegt,
- f) zwischen ihm und dem Beschuldigten, dem Angeklagten oder dem Verletzten eine Schwägerschaft bis einschließlich zweiten Grades vorliegt, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht,
- g) er in derselben Sache als Staatsanwalt, Beamter der Kriminalpolizei, Verteidiger des Beschuldigten oder Angeklagten oder Vertreter des Verletzten tätig war,
- h) er in derselben Sache als Zeuge oder Sachverständiger angehört worden ist.

Madde 23. Yargılamaya katılamayacak hâkim

(1) Bir karar veya hükme katılan hâkim, yüksek görevli mahkemece bu hükme ilişkin olarak verilecek karar veya hükme katılamaz.

(2) Aynı işte soruşturma evresinde görev yapmış bulunan hâkim, kovuşturma evresinde görev yapamaz.

(3) Yargılamanın yenilenmesi halinde, önceki yargılamada görev yapan hâkim, aynı işte görev alamaz.

Madde 24. Hâkimin reddi sebepleri ve ret isteminde bulunabilecekler

(1) Hâkimin davaya bakamayacağı hâllerde reddi istenebileceği gibi, taraf-sızlığını şüpheye düşürecek diğer sebeplerden dolayı da reddi istenebilir.

(2) Cumhuriyet savcısı; şüpheli, sanık veya bunların müdafii; katılan veya vekili, hâkimin reddi isteminde bulunabilirler.

(3) Bunlardan herhangi biri istediği takdirde, karar veya hükme katılacak hâkimlerin isimleri kendisine bildirilir.

Madde 25. Tarafsızlığını şüpheye düşürecek sebeplerden dolayı hâkimin reddi isteminin süresi

(1) Tarafsızlığını şüpheye düşürecek sebeplerden dolayı bir hâkimin reddi, ilk derece mahkemelerinde sanığın sorgusu başlayıncaya; duruşmalı işlerde bölge adliye mahkemelerinde ince-

§ 23. Am Verfahren nicht mitwirkungsberechtigter Richter

(1) Ein Richter, der an einem Beschluss oder einem Urteil mitgewirkt hat, darf in jener Sache an dem Beschluss oder Urteil des sachlich zuständigen Gerichts höherer Ordnung nicht mitwirken.

(2) Ein Richter, der in derselben Sache im Ermittlungsverfahren tätig war, darf im Hauptverfahren keine Funktion ausüben.

(3) Bei der Wiederaufnahme des Verfahrens darf der Richter, der in dem vorherigen Verfahren tätig war, kein Amt in derselben Sache bekleiden.

§ 24. Gründe für die Ablehnung eines Richters und Ablehnungsberechtigte

(1) Ein Richter kann sowohl in den Fällen, in denen er vom Verfahren auszuschließen ist, als auch aus anderen Gründen, die an seiner Unparteilichkeit Zweifel aufkommen lassen, abgelehnt werden.

(2) Die Ablehnung des Richters können der Staatsanwalt, der Beschuldigte, der Angeklagte oder sein Verteidiger, der Nebenkläger oder sein Vertreter beantragen.

(3) Wenn irgendeiner von diesen es verlangt, werden ihm die Namen der Richter, die an einem Beschluss oder Urteil mitwirken werden, mitgeteilt.

§ 25. Zeitpunkt der Ablehnung des Richters aus Gründen, die an seiner Unparteilichkeit Zweifel aufkommen lassen

(1) Die Ablehnung eines Richters aus Gründen, die an seiner Unparteilichkeit Zweifel aufkommen lassen, kann bei Gerichten erster Instanz bis zum Beginn der Vernehmung des Angeklagten, in

leme raporu ve Yargıtayda görevlendirilen üye veya tetkik hâkimi tarafından yazılmış olan rapor üyelere açıklanmaya kadar istenebilir. Diğer hâllerde, inceleme başlayınca kadar hâkimin reddi istenebilir.

(2) Sonradan ortaya çıkan veya öğrenilen sebeplerle duruşma veya inceleme bitinceye kadar da hâkimin reddi istenebilir. Ancak bu istemin, ret sebebinin öğrenilmesinden itibaren yedi gün içinde yapılması şarttır.

Madde 26. Ret isteminin usulü

(1) Hâkimin reddi, mensup olduğu mahkemeye verilecek dilekçeyle veya bu hususta zabıt kâtibine bir tutanak düzenlenmesi için başvurulması suretiyle yapılır.

(2) Ret isteminde bulunan, öğrendiği ret sebeplerinin tümünü bir defada açıklamak ve süresi içinde olguları ile birlikte ortaya koymakla yükümlüdür.

(3) Reddi istenen hâkim, ret sebepleri hakkındaki görüşlerini yazılı olarak bildirir.

Madde 27. Hâkimin reddi istemine karar verecek mahkeme

(1) Hâkimin reddi istemine mensup olduğu mahkemece karar verilir. Ancak, reddi istenen hâkim müzakereye katılamaz. Bu nedenle mahkeme teşekkül edemezse bu hususta karar verilmesi;

Verfahren bei Regionalgerichten mit einer Hauptverhandlung oder beim Kassationsgerichtshof bis zur Eröffnung des Prüfungsberichts oder des Berichts beantragt werden, der durch den zuständigen Richter oder den Berichtersteller verfasst wurde. In den anderen Fällen kann die Ablehnung eines Richters bis zum Beginn der Prüfung beantragt werden.

(2) Wegen Gründen, die danach auftreten oder bekannt werden, kann die Ablehnung eines Richters auch bis zum Abschluss der Hauptverhandlung oder der Prüfung beantragt werden. Allerdings muss der Antrag binnen sieben Tagen nach dem Bekanntwerden des Ablehnungsgrunds gestellt werden.

§ 26. Ablehnungsverfahren

(1) Die Ablehnung des Richters wird durch das Vorbringen des Antrags bei dem Gericht, dem er angehört, oder dadurch vorgenommen, dass der Urkundsbeamte um die Anfertigung eines Protokolls ersucht wird.

(2) Wer die Ablehnung verlangt, ist verpflichtet, sämtliche ihm bekannt gewordenen Ablehnungsgründe zusammen vorzutragen und dazugehörige Tatsachen rechtzeitig offenzulegen.

(3) Der abgelehnte Richter teilt seine Stellungnahme zu den Ablehnungsgründen schriftlich mit.

§ 27. Über den Ablehnungsantrag gegen den Richter entscheidendes Gericht

(1) Über den Ablehnungsantrag gegen den Richter entscheidet das Gericht, dem er angehört. Allerdings kann der abgelehnte Richter an der Beratung nicht teilnehmen. Kann aus diesem Grund kein Gericht zusammentreten, so liegt die Entscheidung über die Ablehnung, wenn

- a) Reddi istenen hâkim asliye ceza mahkemesine mensup ise bu mahkemenin yargı çevresi içerisinde bulunan ağır ceza mahkemesine,
- b) Reddi istenen hâkim ağır ceza mahkemesine mensup ise o yerde ağır ceza mahkemesinin birden fazla dairesinin bulunması hâlinde, numara olarak kendisini izleyen daireye, son numaralı daire için (1) numaralı daireye; o yerde ağır ceza mahkemesinin tek dairesi bulunması hâlinde ise, en yakın ağır ceza mahkemesine,

Aittir.

(2) Ret istemi sulh ceza hâkimine karşı ise, yargı çevresi içinde bulunduğu asliye ceza mahkemesi ve tek hâkime karşı ise, yargı çevresi içerisinde bulunan ağır ceza mahkemesi karar verir.

(3) Bölge adliye mahkemesi ceza dairesinin başkan ve üyelerinin reddi istemi, reddedilen başkan ve üye katılmaksızın görevli olduğu dairece incelenerek karara bağlanır.

(4) Ret isteminin kabulü halinde, davaya bakmakla bir başka hâkim veya mahkeme görevlendirilir.

Madde 28. Ret istemi üzerine verilecek kararlar ve başvurulacak kanun yolları

(1) Ret isteminin kabulüne ilişkin kararlar kesindir; kabul edilmemesine ilişkin kararlara karşı itiraz yoluna gidilebilir. İtiraz üzerine verilen ret kararı hükümlerle birlikte incelenir.

- a) der abgelehnte Richter der Strafkammer eines Amtsgerichts angehört, beim Gericht für schwere Straftaten in seinem Gerichtsbezirk,
- b) der abgelehnte Richter dem Gericht für schwere Straftaten angehört und es an jenem Ort mehrere Kammern des Gerichts für schwere Straftaten gibt, bei der numerisch ihm nachfolgenden Kammer, für die Kammer mit der letzten Nummer bei der 1. Kammer; wenn an jenem Ort das Gericht für schwere Straftaten nur eine Kammer hat, beim nächstgelegenen Gericht für schwere Straftaten.

(2) Richtet sich der Ablehnungsantrag gegen den Friedensrichter in Strafsachen, so entscheidet die Strafkammer des Amtsgerichts in seinem Gerichtsbezirk darüber, beim Antrag gegen den Einzelrichter das Gericht für schwere Straftaten in seinem Gerichtsbezirk.

(3) Der Ablehnungsantrag gegen den Vorsitzenden oder beisitzenden Richter der Strafkammern am Regionalgericht wird von ihrer eigenen Kammer ohne Mitwirkung des abgelehnten Vorsitzenden oder des Mitglieds geprüft und entschieden.

(4) Wird dem Ablehnungsantrag stattgegeben, so wird ein anderes Gericht oder ein anderer Richter mit dem Verfahren betraut.

§ 28. Beschlüsse über den Ablehnungsantrag und verfügbare Rechtsmittel

(1) Beschlüsse, die den Ablehnungsantrag für begründet erklären, sind nicht anfechtbar; gegen die Beschlüsse, die ihn verwerfen, kann Beschwerde eingelegt werden. Die auf die Beschwerde

Madde 29. Reddi istenen hâkimin yapabileceği işlemler

(1) Reddi istenen hâkim, ret hakkında bir karar verilmeye kadar yalnız gecikmesinde sakınca olan işlemleri yapar.

(2) Ancak, hâkimin oturum sırasında reddedilmesi hâlinde, bu konuda bir karar verilebilmesi için oturuma ara vermek gerekse bile ara vermeksizin devam olunur. Şu kadar ki, 216 ncı madde uyarınca tarafların iddia ve sözlerinin dinlenilmesine geçilemez ve ret konusunda bir karar verilmeden reddedilen hâkim tarafından veya onun katılımıyla bir sonraki oturuma başlanamaz.

(3) Ret isteminin kabulüne karar verildiğinde, gecikmesinde sakınca bulunan hâl nedeniyle yapılmış işlemler dışında, duruşma tekrarlanır.

Madde 30. Hâkimin çekinmesi ve inceleme mercii

(1) Hâkim, yasaklılığını gerektiren sebeplere dayanarak çekindiğinde; mercii, bir başka hâkimi veya mahkeme-yi davaya bakmakla görevlendirir.

(2) Hâkim, tarafsızlığını şüpheye düşürecek sebepler ileri sürerek çekindiğinde, mercii çekinmenin uygun olup olmadığına karar verir. Çekinmenin uygun bulunması halinde, davaya bakmakla bir başka hâkim veya mahkeme görevlendirilir.

ergangene Verwerfung wird zusammen mit dem Urteil geprüft.

§ 29. Handlungen, die der abgelehnte Richter vornehmen kann

(1) Der abgelehnte Richter kann bis zur Herbeiführung einer Entscheidung über die Ablehnung nur die Handlungen vornehmen, die keinen Aufschub gestatten.

(2) Wird aber der Richter während einer Sitzung abgelehnt, so wird die Sitzung auch dann ohne Unterbrechung fortgesetzt, wenn die Entscheidung darüber eine Unterbrechung der Sitzung erfordert. Jedoch darf gemäß § 216 nicht zur Anhörung von Anklagepunkten oder Erklärungen der Seiten übergangen und mit der nächsten Sitzung durch den abgelehnten Richter oder unter seiner Mitwirkung begonnen werden, ehe eine Entscheidung über die Ablehnung herbeigeführt wird.

(3) Wird dem Ablehnungsantrag stattgegeben, so wird die Hauptverhandlung, abgesehen von Handlungen, deren Vornahme keinen Aufschub gestattete, wiederholt.

§ 30. Selbstablehnung des Richters und Prüfungsinstanz

(1) Lehnt sich ein Richter unter Berufung auf die Gründe, die seinen Ausschluss erfordern, ab, so betraut die Instanz einen anderen Richter oder ein anderes Gericht mit dem Verfahren.

(2) Lehnt sich ein Richter unter Berufung auf die Gründe, die an seiner Unparteilichkeit Zweifel aufkommen lassen, ab, so entscheidet die Instanz über die Begründetheit der Selbstablehnung. Wird die Selbstablehnung für angemessen gehalten, so wird ein anderer Richter oder ein anderes Gericht mit dem Verfahren betraut.

(3) Gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde yapılan işler hakkında 29 uncu madde hükmü uygulanır.

Madde 31. Ret isteminin geri çevrilmesi

(1) Mahkeme, kovuşturma evresinde ileri sürülen hâkimin reddi istemini aşağıdaki durumlarda geri çevirir:

- a) Ret istemi süresinde yapılmamışsa.
- b) Ret sebebi ve delili gösterilmemişse.
- c) Ret isteminin duruşmayı uzatmak amacı ile yapıldığı açıkça anlaşılıyorsa.

(2) Bu hâllerde ret istemi, toplu mahkemelerde reddedilen hâkimin müzakereye katılmasıyla, tek hâkimli mahkemelerde de reddedilen hâkimin kendisi tarafından geri çevrilir.

(3) Bu konudaki kararlara karşı itiraz yoluna başvurulabilir.

Madde 32. Zabıt kâtibinin reddi veya çekinmesi

(1) Bu Bölümde yazılı hükümler zabıt kâtipleri hakkında da uygulanır.

(2) Zabıt kâtibinin reddi veya kendisinin reddini gerektiren sebepleri bildirek görevden çekinmesi hâlinde gereken karar, yanında çalıştığı mahkeme başkanı veya hâkim tarafından verilir.

(3) Aynı işte zabıt kâtibinin hâkim ile birlikte reddi istemi hakkında veya çekinmelerine karar verecek merci,

(3) Für die Handlungen, deren Vornahme keinen Aufschub gestatten, gilt § 29 entsprechend.

§ 31. Zurückweisung des Ablehnungsantrags

(1) Das Gericht weist den im Hauptverfahren gestellten Ablehnungsantrag gegen einen Richter in den folgenden Fällen zurück:

- a) wenn der Ablehnungsantrag nicht rechtzeitig gestellt wurde,
- b) wenn kein Ablehnungsgrund und kein Beweis dafür angegeben wurden,
- c) wenn klar erkennbar ist, dass der Ablehnungsantrag zum Zwecke der Verschleppung der Hauptverhandlung gestellt wurde.

(2) In diesen Fällen wird der Ablehnungsantrag bei Kollegialgerichten unter Mitwirkung des abgelehnten Richters an der Beratung und bei Gerichten mit einem Einzelrichter vom abgelehnten Richter selbst zurückgewiesen.

(3) Gegen die Beschlüsse in dieser Sache kann Beschwerde eingelegt werden.

§ 32. Ablehnung oder Selbstablehnung des Urkundsbeamten

(1) Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten auch für Urkundsbeamte entsprechend.

(2) Wird ein Urkundsbeamter abgelehnt oder lehnt er sich unter Angabe der Gründe, die seine Ablehnung erfordern, selbst ab, so wird die Entscheidung darüber vom Vorsitzenden des Gerichts oder von dem Richter gefällt, bei dem er tätig ist.

(3) Die Instanz, die über den Antrag gegen den Urkundsbeamten zu entscheiden hat, wenn er in derselben Sache

hâkime göre belirlenir.

İkinci Kısım Kararlar, Açıklanması ve Tebliğ, Süreler ve Eski Hâle Getirme

Birinci Bölüm Kararlar, Açıklanması ve Tebliği

Madde 33. Kararların verilmesi usulü

(1) Duruşmada verilecek kararlar, Cumhuriyet savcısı, duruşmada hazır bulunan müdafî, vekil ve diğer ilgililer dinlendikten; duruşma dışındaki kararlar, Cumhuriyet savcısının yazılı veya sözlü görüşü alındıktan sonra verilir.

Madde 34. Kararların gerekçeli olması

(1) Hâkim ve mahkemelerin her türlü kararı, karşı oy dahil, gerekçeli olarak yazılır. Gerekçenin yazımında 230 uncu madde göz önünde bulundurulur. Kararların örneklerinde karşı oylar da gösterilir.

(2) Kararlarda, başvurulabilecek kanun yolu, süresi, mercii ve şekilleri belirtilir.

Madde 35. Kararların açıklanması ve tebliği

(1) İlgili tarafın yüzüne karşı verilen karar kendisine açıklanır ve isterse

zusammen mit dem Richter abgelehnt wird oder wenn sie sich selbst ablehnen, bestimmt sich nach dem Richter.

Zweiter Teil Entscheidungen, Verkündung und Zustellung, Fristen und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

Erster Abschnitt Entscheidungen, Verkündung und Zustellung

§ 33. Verfahren bei Entscheidungen

(1) In der Hauptverhandlung werden Entscheidungen nach Anhörung des Staatsanwalts, des in der Hauptverhandlung anwesenden Verteidigers, des Vertreters und der anderen Betroffenen erlassen; außerhalb der Hauptverhandlung werden Entscheidungen nach der Einholung einer schriftlichen oder mündlichen Stellungnahme des Staatsanwalts erlassen.

§ 34. Erfordernis begründeter Entscheidungen

(1) Richterliche und gerichtliche Entscheidungen jeder Art einschließlich der Gegenvoten sind mit einer Begründung zu versehen. Bei der Abfassung der Begründung ist § 230 zu berücksichtigen. In den Niederschriften der Entscheidungen sind auch die Gegenvoten aufzuführen.

(2) In den Entscheidungen wird auf die verfügbaren Rechtsmittel, ihre Frist, Instanz und Form hingewiesen.

§ 35. Verkündung und Zustellung von Entscheidungen

(1) Eine Entscheidung, die in Gegenwart der betroffenen Seite ergeht, wird ihr

kararın bir örneği de verilir.

(2) Koruma tedbirlerine ilişkin olanlar hariç, aleyhine kanun yoluna başvuru-labilecek hâkim veya mahkeme karar-ları, hukuken geçerli mazerete dayana-rak hazır bulanamayan ilgilisine tebliğ olunur.

(3) İlgili taraf serbest olmayan bir kişi veya tutuklu ise tebliğ edilen karar, kendisine okunup anlatılır.

Madde 36. Tebligat ve yazışma usulü

(1) Mahkeme başkanı veya hâkim, her türlü tebligatı, tüm gerçek veya özel hukuk tüzel kişileri veya kamu kurum ve kuruluşları ile ilgili yazışmaları yapar.

(2) İnfaz edilecek kararlar, Cumhuriyet Başsavcılığına verilir.

Madde 37. Tebligat usulleri

(1) Tebligat, bu Kanunda belirtilen özel hükümler saklı kalmak koşuluyla, ilgili kanunda belirtilen hükümlere göre yapılır.

(2) Uluslararası andlaşmalar, yazılı belgelerin doğrudan doğruya postayla veya diğer iletişim araçlarıyla gönderilmesini kabul ettiğinde; yurt dışında yapılan tebligat, iadeli taahhütlü posta veya diğer iletişim araçları ile gerçekleştirilir.

durch Verkündung bekannt gemacht und auf Verlangen wird ihr auch die Abschrift der Entscheidung ausgehändigt.

(2) Abgesehen von solchen, die Sicherungsmaßnahmen betreffen, werden richterliche und gerichtliche Entscheidungen, gegen die ein Rechtsmittel zulässig ist, den betreffenden Personen zugestellt, die unter Berufung auf eine stichhaltige Entschuldigung nicht zugegen sein konnten.

(3) Ist der betreffenden Seite die Freiheit entzogen oder befindet sie sich in Untersuchungshaft, so wird ihr die zugestellte Entscheidung vorgelesen und erklärt.

§ 36. Zustellung sowie Art und Weise der Korrespondenz

(1) Der Gerichtsvorsitzende oder der Richter nimmt Zustellungen und Korrespondenzen jeder Art an alle natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts oder die öffentlichen Anstalten und Einrichtungen vor.

(2) Die zu vollstreckenden Entscheidungen sind an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten.

§ 37. Verfahren bei Zustellung

(1) Eine Zustellung wird abgesehen von den besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes nach den Vorschriften des betreffenden Gesetzes vorgenommen.

(2) Ist die unmittelbare Sendung von Schriftstücken auf dem Postweg oder durch andere Kommunikationsmittel nach den internationalen Verträgen zulässig, so erfolgt die Zustellung ins Ausland auf dem Postweg per Einschreiben oder durch andere Kommunikationsmittel.

Madde 38. Cumhuriyet Başsavcılığına yapılan tebligat

(1) Cumhuriyet Başsavcılığına yapılan tebligat, tebliği gereken evrakın aslının verilmesi suretiyle olur. Tebliğ ile bir süre işlemeye başlıyorsa verildiği gün, Cumhuriyet Başsavcılığı tarafından evrakın aslına yazılır.

Madde 38/A. Elektronik işlemler (Ek: 2/7/2012 – 6352/95 md.)

(1) Her türlü ceza muhakemesi işlemlerinde Ulusal Yargı Ağı Bilişim Sistemi (UYAP) kullanılır. Bu işlemlere ilişkin her türlü veri, bilgi, belge ve karar, UYAP vasıtasıyla işlenir, kaydedilir ve saklanır.

(2) Kanunlarda gösterilen istisnalar hariç olmak üzere, dosyalar güvenli elektronik imza kullanılarak UYAP'tan incelenebilir ve her türlü ceza muhakemesi işlemi yapılabilir.

(3) Bu Kanun kapsamında fiziki olarak hazırlanması öngörülen her türlü belge ve karar elektronik ortamda düzenlenebilir, işlenebilir, saklanabilir ve güvenli elektronik imza ile imzalanabilir.

(4) Güvenli elektronik imza ile imzalanan belge ve kararlar diğer kişi veya kurumlara elektronik ortamda gönderilir. Güvenli elektronik imza ile imzalanarak gönderilen belge veya kararlar, gerekmedikçe fiziki olarak ayrıca düzenlenmez ve ilgili kurum ve kişilere gönderilmez.

§ 38. Zustellung an die Staatsanwaltschaft

(1) Die Zustellung an die Staatsanwaltschaft erfolgt durch die Vorlage der Urschrift des zuzustellenden Schriftstücks. Beginnt mit der Zustellung der Lauf einer Frist, wird der Tag der Vorlage von der Staatsanwaltschaft auf der Urschrift vermerkt.

§ 38/A. Elektronisch vorgenommene Handlungen (Zusatz: § 95 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012)

(1) Bei strafprozessualen Handlungen jeder Art wird das Nationale Justiznetzwerkssystem (UYAP) benutzt. Jede Art von Daten, Informationen, Dokumenten oder Beschlüssen bezüglich dieser Handlungen wird mittels des UYAP bearbeitet, gespeichert und aufbewahrt.

(2) Abgesehen von den im Gesetz genannten Ausnahmen kann unter Verwendung einer vertraulichen elektronischen Signatur Einsicht in die Akten genommen und es können strafprozessuale Handlungen jeder Art vorgenommen werden.

(3) Dokumente oder Beschlüsse jeder Art, deren Anfertigung nach diesem Gesetz in Schriftform vorgesehen ist, können elektronisch ausgefertigt, bearbeitet, gespeichert und mit einer vertraulichen elektronischen Signatur unterzeichnet werden.

(4) Dokumente oder Beschlüsse, die mit einer vertraulichen elektronischen Signatur unterzeichnet wurden, werden anderen Personen oder Körperschaften elektronisch gesendet. Dokumente oder Beschlüsse, die mit einer vertraulichen elektronischen Signatur unterzeichnet und gesendet wurden, werden nicht gesondert in Schriftform ausgefertigt, außer wenn es erforderlich ist, und nicht an

(5) Elektronik imzalı belgenin elle atılan imzalı belgeyle çelişmesi halinde UYAP'ta kayıtlı olan güvenli elektronik imzalı belge geçerli kabul edilir.

(6) Güvenli elektronik imza ile imzalanan belge ve kararlarda, mühürleme işlemi ile kanunlarda birden fazla nüshanın düzenlenmesini öngören hükümler uygulanmaz.

(7) Zorunlu nedenlerle fiziki olarak düzenlenmiş belge veya kararlar, yetkili kişilerce taranarak UYAP'a aktarılır ve gerektiğinde ilgili birimlere elektronik ortamda gönderilir.

(8) Elektronik ortamdan fiziki örnek çıkartılması gereken hallerde tutanak veya belgenin aslının aynı olduğu belirtilerek hâkim, Cumhuriyet savcısı veya görevlendirilen yetkili kişi tarafından imzalanır ve mühürlenir.

(9) Elektronik ortamda yapılan işlemlerde süre gün sonunda biter.

(10) Yargı birimlerinin ihtiyaç duyduğu nüfus, tapu, adli sicil kaydı gibi bilişim sistemlerinden UYAP vasıtasıyla temin edilen bilgi, belge ve kayıtlar, zorunlu olmadıkça ayrıca fiziki olarak istenilmez. UYAP'tan dış bilişim sistemlerine gönderilen bilgi ve belgeler ayrıca zorunlu olmadıkça fiziki ortamda gönderilmez.

die betreffenden Körperschaften oder Personen gesendet.

(5) Widersprechen sich das mit der elektronischen Signatur unterzeichnete Dokument und das handschriftlich unterzeichnete, so wird das im UYAP gespeicherte und mit einer vertraulichen elektronischen Signatur unterzeichnete Dokument als gültig angesehen.

(6) Auf die mit einer vertraulichen elektronischen Signatur unterzeichneten Dokumente oder Beschlüsse werden die gesetzlichen Bestimmungen nicht angewendet, die das Abstempeln oder die Ausfertigung von mehr als einer Abschrift vorsehen.

(7) Dokumente oder Beschlüsse, die aus zwingenden Gründen in Schriftform ausgefertigt wurden, werden von befugten Personen eingescannt sowie in das UYAP aufgenommen und erforderlichenfalls den betreffenden Personen elektronisch zugesendet.

(8) In Fällen, in denen eine Kopie in Schriftform ausgedruckt werden muss, wird die Übereinstimmung des Dokuments oder der Entscheidung mit dem Original festgestellt und die Kopie vom Staatsanwalt oder von der dazu befugten Person unterzeichnet und abgestempelt.

(9) Bei elektronisch vorgenommenen Handlungen endet die Frist mit dem Ablauf des Tages.

(10) Von den Justizbehörden benötigte Daten, Informationen oder Eintragungen, wie Auszüge aus dem Standes- oder Grundbuchamt sowie dem Strafregister, die diese mittels des UYAP aus externen Netzwerksystemen erlangt haben, werden, außer wenn es erforderlich ist, nicht gesondert in Schriftform verlangt. Informationen und Dokumente, die von dem UYAP an externe Netzwerke geschickt worden sind,

(11) Ceza muhakemesi işlemlerinin UYAP'ta yapılmasına dair usul ve esaslar, Adalet Bakanlığı tarafından çıkarılacak yönetmelikle düzenlenir

İkinci Bölüm

Süreler ve Eski Hâle Getirme

Madde 39. Sürelerin hesaplanması

(1) Gün ile belirlenen süreler, tebligatın yapıldığının ertesi günü işlemeye başlar.

(2) Süre, hafta olarak belirlenmiş ise, tebligatın yapıldığı günün, son haftada isim itibarıyla karşılığı olan günün mesai saati bitiminde sona erer.

(3) Süre, ay olarak belirlenmiş ise tebligatın yapıldığı günün, son ayda sayı itibarıyla karşılığı olan günün mesai saati bitiminde sona erer. Son bulunduğu ayda sayı itibarıyla karşılığı olan gün yoksa; süre, ayın son günü mesai saati bitiminde sona erer.

(4) Son gün bir tatile rastlarsa süre, tatilin ertesi günü biter.

Madde 40. Eski hâle getirme

(1) Kusuru olmaksızın bir süreyi geçirmiş olan kişi, eski hale getirme isteminde bulunabilir.

(2) Kanun yoluna başvuru hakkı kendisine bildirilmemesi halinde de, kişi kusursuz sayılır.

werden nicht zusätzlich in Schriftform versendet, wenn es nicht erforderlich ist.

(11) Verfahrensweisen und Grundsätze über die Vornahme strafprozessualer Handlungen im UYAP werden durch eine vom Justizministerium zu erlassende Verordnung geregelt.

Zweiter Abschnitt

Fristen und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

§ 39. Berechnung der Fristen

(1) Die nach Tagen zu bestimmenden Fristen beginnen am Tag nach der Zustellung.

(2) Ist die Frist nach Wochen bestimmt, so endet sie mit dem Ablauf der Geschäftszeiten des Tages in der letzten Woche, der durch seine Benennung dem Tag entspricht, an dem die Zustellung erfolgte.

(3) Ist die Frist nach Monaten bestimmt, so endet sie mit dem Ablauf der Geschäftszeiten des Tages in dem letzten Monat, der durch seine Zahl dem Tag entspricht, an dem die Zustellung erfolgte. Gibt es im letzten Monat keinen Tag, der der Zahl entspricht, so endet sie mit dem Ablauf der Geschäftszeiten des letzten Tages in dem Monat.

(4) Fällt der letzte Tag auf einen Feiertag, so endet die Frist an dem Folgetag des Feiertags.

§ 40. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

(1) Die Person, die ohne Verschulden eine Frist nicht eingehalten hat, kann die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragen.

(2) Auch trifft die Person kein Verschulden, die über ihr Recht auf Rechtsmittellegung nicht belehrt wurde.

Madde 41. Eski hâle getirme dilekçesi

(1) Eski hâle getirme dilekçesi, engelin kalkmasından itibaren yedi gün içinde, süreye uyulduğunda usule ilişkin işlemleri yapacak olan mahkemeye verilir.

(2) Dilekçe sahibi, sürenin geçmesinde kusuru olmadığına ilişkin olguları, varsa belgelerini de ekleyerek açıklar. Dilekçe verildiği anda usule ilişkin yapılamayan işlemler de yerine getirilir.

Madde 42. Eski hâle getirme dilekçesi üzerine verilecek karar

(1) Süresi içinde usul işlemi yapılsaydı, esasa hangi mahkeme hükmedecek idiyse, eski hâle getirme dilekçesi hakkında da o mahkeme karar verir.

(2) Eski hâle getirme isteminin kabulüne ilişkin karar kesindir; reddine ilişkin karara karşı itiraz yoluna gidilebilir.

(3) Eski hâle getirme dilekçesi, kararın yerine getirilmesini durdurmaz; ancak, mahkeme yerine getirmeyi erteleyebilir.

§ 41. Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

(1) Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist binnen sieben Tagen nach dem Wegfall des Hindernisses bei dem Gericht zu stellen, das bei Einhaltung der Frist die prozessualen Handlungen vornimmt.

(2) Der Antragsteller trägt die Tatsachen über die unverschuldete Fristversäumung gegebenenfalls unter Beilegung diesbezüglicher Urkunden vor. Zum Zeitpunkt der Antragstellung werden auch die versäumten prozessualen Handlungen vorgenommen.

§ 42. Entscheidungen über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

(1) Über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand entscheidet das Gericht, das auch bei einer fristgerechten Vornahme der prozessualen Handlung in der Sache entschieden hätte.

(2) Entscheidungen, die dem Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand stattgeben, sind nicht anfechtbar; gegen die den Antrag verwerfenden Entscheidungen ist Beschwerde zulässig.

(3) Die Stellung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand hemmt die Vollstreckung einer Entscheidung nicht; allerdings kann das Gericht diese aufschieben.

Üçüncü Kısım Tanıklık, Bilirkişi İncelemesi ve Keşif

Birinci Bölüm Tanıklık

Madde 43. Tanıkların çağrılması

(1) Tanıklar çağrı kâğıdı ile çağrılır. Çağrı kâğıdında gelmemenin sonuçları bildirilir. Tutuklu işlerde tanıklar için zorla getirme kararı verilebilir. Karar yazısında bu yoldan getirilmenin nedenleri gösterilir ve bunlara çağrı kâğıdı ile gelen tanıklar hakkındaki işlem uygulanır.

(2) Bu çağrı telefon, telgraf, faks, elektronik posta gibi araçlardan yararlanılmak suretiyle de yapılabilir. Ancak, çağrı kâğıdına bağlanan sonuçlar, bu durumda uygulanmaz.

(3) Mahkeme, duruşmanın devamı sırasında hemen dinlenilmesi gerekli görülen tanıkların belirteceği gün ve saatte hazır bulundurulmasını görevlilere yazılı olarak emredebilir.

(4) Cumhurbaşkanı kendi takdiri ile tanıklıktan çekinebilir. Tanıklık yapmayı istemesi halinde beyanı konutunda alınabilir ya da yazılı olarak gönderilir.

(5) Bu madde hükümleri, kişinin ancak Cumhuriyet savcısı, hâkim veya mahkeme önünde tanık olarak dinlenmesi halinde uygulanabilir.

Dritter Teil Zeugenschaft, Begutachtung durch Sachverständige und Augenschein

Erster Abschnitt Zeugenschaft

§ 43. Ladung der Zeugen

(1) Die Zeugen werden schriftlich geladen. In der schriftlichen Ladung wird auf die Folgen des Ausbleibens hingewiesen. In Haftsachen kann die zwangsweise Vorführung der Zeugen angeordnet werden. Im Anordnungsbefehl werden die Gründe für diese Art der Vorführung dargelegt und diese [Zeugen] werden so wie die aufgrund einer schriftlichen Ladung erschienenen Zeugen behandelt.

(2) Die Ladung kann auch durch Telefon, Telegramm, Fax, elektronische Post sowie ähnliche Mittel vorgenommen werden. Allerdings treten die Folgen, die an eine schriftliche Ladung geknüpft werden, in diesem Fall nicht ein.

(3) Das Gericht kann die Zuständigen schriftlich anweisen, die Anwesenheit der Zeugen, deren sofortige Anhörung im Verlauf der Hauptverhandlung als erforderlich angesehen wird, an einem bestimmten Tag und zu einer bestimmten Uhrzeit sicherzustellen.

(4) Der Präsident der Republik kann das Zeugnis nach seinem Ermessen verweigern. Will er Zeugnis ablegen, so kann seine Aussage in seiner Wohnung aufgenommen oder schriftlich übermittelt werden.

(5) Die Bestimmungen dieses Paragraphen sind nur dann anwendbar, wenn eine Person vor einem Staatsanwalt, Richter oder Gericht als Zeuge angehört wird.

Madde 44. Çağrıya uymayan tanıklar

(1) Usulüne uygun olarak çağrılıp da mazeretini bildirmeksizin gelmeyen tanıklar zorla getirilir ve gelmemelerinin sebep olduğu giderler takdir edilerek, kamu alacaklarının tahsili usulüne göre ödettilir. Zorla getirilen tanık evvelce gelmemesini haklı gösterecek sebepleri sonradan bildirirse aleyhine hükmedilen giderler kaldırılır.

(2) Fiilî hizmette bulunan askerler hakkındaki zorla getirme kararı askerî makamlar aracılığıyla infaz olunur.

Madde 45. Tanıklıktan çekinme

(1) Aşağıdaki kimseler tanıklıktan çekinebilir:

- a) Şüpheli veya sanığın nişanlısı.
- b) Evlilik bağı kalmasa bile şüpheli veya sanığın eşi.
- c) Şüpheli veya sanığın kan hısımlığından veya kayın hısımlığından üstsoy veya altsoyu.
- d) Şüpheli veya sanığın üçüncü derece dahil kan veya ikinci derece dahil karın hısımları.
- e) Şüpheli veya sanıkla aralarında evlâtlık bağı bulunanlar.

(2) Yaş küçüklüğü, akıl hastalığı veya akıl zayıflığı nedeniyle tanıklıktan çekinmenin önemini anlayabilecek

§ 44. Zeugen, die der Ladung nicht folgen

(1) Zeugen, die ordnungsgemäß geladen wurden und ohne Mitteilung eines Entschuldigungsgrundes nicht erschienen sind, werden zwangsweise vorgeführt. Kosten, die sie durch ihr Ausbleiben verursacht haben, werden festgesetzt und von ihnen entsprechend dem Zwangsvollstreckungsverfahren zu öffentlich-rechtlichen Geldforderungen beglichen. Teilt der zwangsweise vorgeführte Zeuge im Nachhinein Gründe mit, die sein vorheriges Ausbleiben rechtfertigen, so werden die zu seinen Lasten festgesetzten Kosten annulliert.

(2) Die Anordnung einer Zwangsvorführung, die Soldaten im aktiven Dienst betrifft, wird durch die Militärbehörden vollstreckt.

§ 45. Zeugnisverweigerung

(1) Folgende Personen können das Zeugnis verweigern:

- a) wer mit dem Beschuldigten oder Angeklagten verlobt ist,
- b) wer mit dem Beschuldigten oder Angeklagten verheiratet ist oder war,
- c) wer mit dem Beschuldigten oder Angeklagten in auf- oder absteigender Linie verwandt oder verschwägert ist,
- d) wer mit dem Beschuldigten oder Angeklagten bis einschließlich des dritten Grads in der Seitenlinie verwandt oder bis einschließlich des zweiten Grads verschwägert ist,
- e) wer mit dem Beschuldigten oder dem Angeklagten in einem Adoptionsverhältnis steht.

(2) Personen, die wegen Minderjährigkeit, Geisteskrankheit oder mangelnder Verstandesreife nicht imstande sind, die

durumda olmayanlar, kanunî temsilcilerinin rızalarıyla tanık olarak dinlenebilirler. Kanunî temsilci şüpheli veya sanık ise, bu kişilerin çekimeleri konusunda karar veremez.

(3) Tanıklıktan çekinebilecek olan kimselere, dinlenmeden önce tanıklıktan çekinebilecekleri bildirilir. Bu kimseler, dinlenirken de her zaman tanıklıktan çekinebilirler.

Madde 46. Meslek ve sürekli uğraşları sebebiyle tanıklıktan çekinme

(1) Meslekleri ve sürekli uğraşları sebebiyle tanıklıktan çekinebilecekler ile çekinme konu ve koşulları şunlardır:

- a) Avukatlar veya stajyerleri veya yardımcılarının, bu sıfatları dolayısıyla veya yüklendikleri yargı görevi sebebiyle öğrendikleri bilgiler.
- b) Hekimler, diş hekimleri, eczacılar, ebeler ve bunların yardımcıları ve diğer bütün tıp meslek veya sanatları mensuplarının, bu sıfatları dolayısıyla hastaları ve bunların yakınları hakkında öğrendikleri bilgiler.
- c) Malî işlerde görevlendirilmiş müşavirler ve noterlerin bu sıfatları dolayısıyla hizmet verdikleri kişiler hakkında öğrendikleri bilgiler.

(2) Yukarıdaki fıkranın (a) bendinde belirtilenler dışında kalan kişiler, ilgilinin rızasının varlığı halinde, tanıklıktan

Bedeutung der Zeugnisverweigerung zu verstehen, können mit Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters als Zeugen angehört werden. Ist der gesetzliche Vertreter der Beschuldigte oder Angeklagte, so kann er über die Zeugnisverweigerung dieser Personen nicht entscheiden.

(3) Personen, die das Zeugnis verweigern können, werden vor der Anhörung darauf hingewiesen, dass sie das Zeugnis verweigern können. Diese Personen können auch während der Anhörung jederzeit das Zeugnis verweigern

§ 46. Zeugnisverweigerung aus beruflichen Gründen oder wegen einer dauerhaften Beschäftigung

(1) Personen, die wegen ihres Berufs oder ihrer dauerhaften Beschäftigung das Zeugnis verweigern können, sowie Gründe und Voraussetzungen für die Verweigerung sind die folgenden:

- a) Rechtsanwälte, ihre Referendare oder Gehilfen über Erkenntnisse, die sie in diesen Eigenschaften oder während der Ausübung ihrer übernommenen Justizaufgaben erlangt haben.
- b) Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen und ihre Gehilfen sowie alle anderen Angehörigen eines medizinischen oder heilmedizinischen Berufs über Erkenntnisse, die sie in diesen Eigenschaften über ihre Patienten oder deren Angehörige erlangt haben.
- c) Mit finanziellen Angelegenheiten beauftragte Berater oder Notare über Erkenntnisse, die sie in dieser Eigenschaft durch die Personen erlangt haben, denen sie Dienste leisten.

(2) Abgesehen von Personen, die in lit. (a) des obigen Absatzes genannt sind, dürfen diese Personen das Zeugnis

çekinemez.

Madde 47. Devlet sırrı niteliğindeki bilgilerle ilgili tanıklık

(1) Bir suç olgusuna ilişkin bilgiler, Devlet sırrı olarak mahkemeye karşı gizli tutulamaz. Açıklanması, Devletin dış ilişkilerine, milli savunmasına ve milli güvenliğine zarar verebilecek; anayasal düzeni ve dış ilişkilerinde tehlike yaratabilecek nitelikteki bilgiler, Devlet sırrı sayılır.

(2) Tanıklık konusu bilgilerin Devlet sırrı niteliğini taşıması halinde; tanık, sadece mahkeme hâkimi veya heyeti tarafından zâbit kâtibi dahi olmaksızın dinlenir. Hâkim veya mahkeme başkanı, daha sonra, bu tanık açıklamalarından, sadece yüklenen suçu açıklığa kavuşturabilecek nitelikte olan bilgileri tutanağa kaydettirir.

(3) Bu madde hükmü, hapis cezasının alt sınırı beş yıl veya daha fazla olan suçlarla ilgili olarak uygulanır.

(4) Cumhurbaşkanı'nın tanıklığı söz konusu olduğunda sırrın niteliğini ve mahkemeye bildirilmesi hususunu kendisi takdir eder.

Madde 48. Kendisi veya yakınları aleyhine tanıklıktan çekinme

(1) Tanık, kendisini veya 45 inci maddenin birinci fıkrasında gösterilen kişileri ceza kovuşturmasına uğratabilecek

niçt verweigern, wenn eine Zustimmung des Betroffenen vorliegt.

§ 47. Zeugnis über Erkenntnisse, die als Staatsgeheimnis anzusehen sind

(1) Erkenntnisse über die Tatsache einer Straftat dürfen nicht vor dem Gericht als Staatsgeheimnisse geheim gehalten werden. Erkenntnisse, deren Offenlegung die Auslandsbeziehungen des Staates, seine nationale Verteidigung oder seine nationale Sicherheit beeinträchtigen oder die verfassungsmäßige Ordnung oder Auslandsbeziehungen gefährden können, gelten als Staatsgeheimnisse.

(2) Sind Erkenntnisse, die als Staatsgeheimnis anzusehen sind, Gegenstand eines Zeugnisses, so wird der Zeuge allein von einem Richter des Gerichts oder vom Richterkollegium auch unter Ausschluss des Urkundsbeamten angehört. Der Richter oder der Gerichtsvorsitzende lässt im Nachhinein von diesen Zeugenaussagen lediglich die Erkenntnisse in ein Protokoll aufnehmen, die ihrer Natur nach imstande sind, zur Aufklärung der angelasteten Straftat beizutragen.

(3) Die Bestimmungen dieses Paragraphen werden bei den Straftaten angewendet, die mit einer Haftstrafe von mindestens fünf oder mehr Jahren bedroht sind.

(4) Handelt es sich um das Zeugnis des Präsidenten der Republik, so entscheidet er selbst über die Eigenschaft als Geheimnis und darüber, ob er es dem Gericht mitteilt.

§ 48. Verweigerung des Zeugnisses gegen sich selbst oder Angehörige

(1) Ein Zeuge kann die Beantwortung von Fragen verweigern, die nach ihrem Wesen ihn selbst oder die in § 45 Abs. 1

nitelikte olan sorulara cevap vermekten çekinebilir. Tanığa cevap vermekten çekinebileceği önceden bildirilir.

Madde 49. Tanıklıktan çekinme sebebinin bildirilmesi

(1) Mahkeme başkanı veya hâkim veya Cumhuriyet savcısı tarafından gerekli görüldüğünde 45, 46 ve 48 inci maddelerde gösterilen hâllerde tanık, tanıklıktan çekinmesinin dayanağını oluşturan olguları bildirir ve bu hususta gerektiğinde kendisine yemin verdirilir.

Madde 50. Yemin verilmeyen tanıklar

(1) Aşağıdaki kimseler yeminsiz dinlenir:

- a) Dinlenme sırasında onbeş yaşını doldurmamış olanlar.
- b) Ayırt etme gücüne sahip olmamaları nedeniyle yeminin niteliği ve önemini kavrayamayanlar.
- c) Soruşturma veya kovuşturma konusu suçlara iştiraktan veya bu suçlar nedeniyle suçluyu kayırmaktan ya da suç delillerini yok etme, gizleme veya değiştirmekten şüpheli, sanık veya hükümlü olanlar.

Madde 51. Tanıklıktan çekinebilecek kimsenin çekinmemesi

(1) 45 inci madde gereğince tanıklıktan çekinebilecekler yemin verip vermeye hâkim veya mahkemenin takdirine bağlıdır. Ancak, tanık yemin etmektен

aufgeführten Personen einem Strafverfahren aussetzen könnten. Der Zeuge wird vorher darauf hingewiesen, dass er die Beantwortung verweigern kann.

§ 49. Mitteilung des Zeugnisverweigerungsgrundes

(1) Betrachtet der Gerichtsvorsitzende, der Richter oder der Staatsanwalt es als erforderlich, so teilt der Zeuge in den Fällen, die in den §§ 45, 46 und 48 genannt sind, die Tatsachen mit, auf die er seine Zeugnisverweigerung stützt, und legt erforderlichenfalls diesbezüglich einen Eid ab.

§ 50. Nicht zu vereidigende Zeugen

(1) Folgende Personen werden ohne Vereidigung angehört:

- a) Personen, die zur Zeit der Anhörung das fünfzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben.
- b) Personen, die wegen mangelnder Verstandesreife das Wesen und die Bedeutung des Eides nicht begreifen können.
- c) Personen, die bezüglich der Straftaten, die den Gegenstand des Ermittlungs- oder Hauptverfahrens bilden, wegen Teilnahme oder Begünstigung des Täters bei diesen Straftaten oder wegen Vernichtung der Beweise der Tat, ihrer Beiseiteschaffung oder ihrer Veränderung beschuldigt, angeklagt oder verurteilt sind.

§ 51. Unterlassung der Zeugnisverweigerung von einer verweigerungsberechtigten Person

(1) Es steht im Ermessen des Richters oder Gerichts, ob die Personen, die unter Berufung auf § 45 das Zeugnis verweigern können, zu vereidigen sind. Der

çekinebilir. Bu hususun kendisine bildirilmesi gereklidir.

Madde 52. Tanıkların dinlenmesi

(1) Her tanık, ayrı ayrı ve sonraki tanıklar yanında bulunmaksızın dinlenir.

(2) Tanıklar, kovuşturma evresine kadar ancak gecikmesinde sakınca bulunan veya kimliğin belirlenmesine ilişkin hâllerde birbirleri ile ve şüpheli ile yüzleştirilebilirler.

(3) Tanıkların dinlenmesi sırasındaki görüntü veya sesler kayda alınabilir. Ancak;

- a) Mağdur çocukların,
- b) Duruşmaya getirilmesi mümkün olmayan ve tanıklığı maddî gerçeğin ortaya çıkarılması açısından zorunlu olan kişilerin,

Tanıklığında bu kayıt zorunludur.

(4) Üçüncü fıkra hükmünün uygulanması suretiyle elde edilen ses ve görüntü kayıtları, sadece ceza muhakemesinde kullanılır.

Madde 53. Tanığa görevinin önemini anlatma

(1) Tanığa;

- a) Dinlenmeden önce, gerçeği söylemesinin önemi,
- b) Gerçeği söylememesi halinde yalan tanıklık suçundan dolayı cezalandırılacağı,
- c) Doğruyu söyleyeceği hususunda yemin edeceği,
- d) Duruşmada mahkeme başkanı veya hâkimin açık izni olmadan mahke-

Zeuge kann jedoch den Eid ablehnen. Über diesen Umstand muss er belehrt werden.

§ 52. Anhörung von Zeugen

(1) Jeder Zeuge ist einzeln und in Abwesenheit der späteren Zeugen anzuhören.

(2) Bis zum Hauptverfahren können die Zeugen einander oder dem Beschuldigten nur bei Gefahr im Verzug oder zur Identitätsfeststellung gegenübergestellt werden.

(3) Bei der Anhörung von Zeugen können Bild- oder Ton-Aufzeichnungen gemacht werden. Die Aufzeichnung bei einer Zeugenanhörung ist obligatorisch, wenn

- a) Kinder Verletzte sind,
- b) die Vorführung von Zeugen, deren Zeugnis zum Herausfinden der materiellen Wahrheit notwendig ist, in der Hauptverhandlung unmöglich ist.

(4) Die gemäß dem dritten Absatz gemachten Ton- und Bild-Aufzeichnungen dürfen nur im Strafverfahren verwendet werden.

§ 53. Belehrung des Zeugen über die Bedeutung seiner Pflicht

(1) Der Zeuge wird über Folgendes belehrt:

- a) vor der Anhörung über die Bedeutung, die Wahrheit zu sagen,
- b) dass er wegen Falschaussage bestraft wird, wenn er nicht die Wahrheit sagt,
- c) dass er einen Eid ablegen muss, die Wahrheit zu sagen,
- d) dass er in der Verhandlung den Gerichtssaal ohne ausdrückliche Er-

me salonunu terk edemeyeceği,

laubnis des Gerichtsvorsitzenden oder des Richters nicht verlassen darf.

Anlatılır.

Madde 54. Tanıklara yemin verilmesi

(1) Tanıklar, tanıklıktan önce ayrı ayrı yemin ederler. Gerekliğinde veya bir kimsenin tanık sıfatıyla dinlenilmesinin uygun olup olmadığında tereddüt varsa yemin, tanıklığından sonraya bırakılabilir.

(2) Soruşturma evresinde Cumhuriyet savcılarını da tanıklara yemin verirler.

Madde 55. Yeminin biçimi

(1) Tanığa verilecek yemin, tanıklıktan önce „Bildigimi dosdoğru söyleyeceğime namusum ve vicdanım üzerine yemin ederim.“ ve 54 üncü maddeye göre tanıklıktan sonra verilmesi hâlinde „Bildigimi dosdoğru söylediğime namusum ve vicdanım üzerine yemin ederim.“ biçiminde olur.

(2) Yemin edilirken herkes ayağa kalkar.

Madde 56. Yeminin yerine getirilmesi, sağır veya dilsizin yemini

(1) Tanık, yüksek sesle tekrar ederek veya okuyarak yemin eder.

(2) Okuma ve yazma bilen sağır veya dilsizler yemin biçimini yazarak ve imzalarını koyarak yemin ederler. Okuma ve yazma bilmeyen sağır veya dilsizler işaretlerinden anlayan bir tercüman aracılığıyla ve işaretle yemin ederler.

§ 54. Vereidigung von Zeugen

(1) Zeugen legen den Eid einzeln vor der Anhörung ab. Erforderlichenfalls oder wenn Bedenken bestehen, ob die Anhörung einer Person in der Eigenschaft als Zeuge angemessen ist, kann die Vereidigung nach der Anhörung vorgenommen werden.

(2) Im Ermittlungsverfahren vereidigen auch Staatsanwälte die Zeugen.

§ 55. Eidesformel

(1) Die Vereidigung des Zeugen erfolgt folgendermaßen: vor der Anhörung: „Ich schwöre auf Ehre und Gewissen, die reine Wahrheit zu sagen“, und nach der Anhörung im Falle des § 54: „Ich schwöre auf Ehre und Gewissen, die reine Wahrheit gesagt zu haben“.

(2) Während der Vereidigung erheben sich alle.

§ 56. Ausführung der Vereidigung sowie Eid einer tauben oder stummen Person

(1) Der Zeuge legt den Eid durch Wiederholung mit lauter Stimme oder durch Vorlesen ab.

(2) Taube oder Stumme, die lesen und schreiben können, legen den Eid durch Niederschreiben der Eidesformel und durch Unterschreiben ab. Taube oder Stumme, die nicht lesen und schreiben können, legen den Eid mit der Hilfe eines Dolmetschers, der die Gebärdensprache versteht, durch Zeichen ab.

Madde 57. Tanığın tekrar dinlenmesi

(1) Yemin ile dinlenen tanığın aynı soruşturma veya kovuşturma evresinde tekrar dinlenmesi gerektiğinde, yeniden yemin verilmeyip önceki yemini hatırlatılmakla yetinilebilir.

Madde 58. Tanığa ilk önce sorulacak hususlar ve tanığın korunması

(1) Tanığa, ilk önce adı, soyadı, yaşı, işi ve yerleşim yeri, işyerinin veya geçici olarak oturduğu yerin adresi, varsa telefon numaraları sorulur. Gerekirse tanıklığına ne dereceye kadar güvenilebileceği hakkında hâkimi aydınlatacak durumlara, özellikle şüpheli, sanık veya mağdur ile ilişkilerine dair sorular yöneltilir.

(2) Tanık olarak dinlenecek kişilerin kimliklerinin ortaya çıkması kendileri veya yakınları açısından ağır bir tehlike oluşturacaksa; kimliklerinin saklı tutulması için gerekli önlemler alınır. Kimliği saklı tutulan tanık, tanıklık ettiği olayları hangi sebep ve vesile ile öğrenmiş olduğunu açıklamakla yükümlüdür. Kimliğinin saklı tutulması için, tanığa ait kişisel bilgiler, Cumhuriyet savcısı, hâkim veya mahkeme tarafından muhafaza edilir.

(3) Hazır bulunanların huzurunda dinlenmesi, tanık için ağır bir tehlike teşkil edecek ve bu tehlike başka türlü önlenemeyecekse ya da maddî gerçeğin ortaya çıkarılması açısından tehlike oluşturacaksa; hâkim, hazır bulunma hakkına sahip bulunanlar olmadan da

§ 57. Erneute Anhörung des Zeugen

(1) Ist es erforderlich, einen unter Eid angehörten Zeugen in demselben Ermittlungs- oder Hauptverfahren erneut anzuhören, so kann auf die erneute Ver eidigung unter Hinweis auf den zuvor abgelegten Eid verzichtet werden.

§ 58. Dem Zeugen anfangs zu stellende Fragen und Zeugenschutz

(1) Zuerst wird der Zeuge nach seinem Vor- und Nachnamen, Alter, Beruf und Wohnsitz, Anschrift seiner Arbeitsstelle oder seines vorübergehenden Wohnorts und ggf. seinen Telefonnummern gefragt. Erforderlichenfalls werden Fragen über Umstände gestellt, die dem Richter darüber Aufschluss geben, wieweit er dem Zeugnis vertrauen kann, insbesondere bezüglich seiner Beziehungen zum Beschuldigten, Angeklagten oder Verletzten.

(2) Würde das Bekanntwerden der Identität der als Zeuge anzuhörenden Personen eine schwerwiegende Gefahr für diese selbst oder ihre Angehörigen darstellen, so werden erforderliche Vorkehrungen getroffen, um ihre Identität geheim zu halten. Der Zeuge, dessen Identität geheim gehalten wird, ist verpflichtet, anzugeben, aus welchem Anlass und wodurch er die Tatsachen, die er bezeugt, in Erfahrung gebracht hat. Zur Geheimhaltung der Identität werden die persönlichen Angaben des Zeugen vom Staatsanwalt, vom Richter oder vom Gericht verwahrt.

(3) Der Richter kann den Zeugen auch unter Ausschluss der Anwesenheitsberechtigten anhören, wenn die Anhörung in ihrer Gegenwart für den Zeugen eine schwerwiegende Gefahr darstellen würde und dieser Gefahr anderweitig nicht vorgebeugt werden kann oder sie

tanığı dinleyebilir. Tanığın dinlenmesi sırasında ses ve görüntülü aktarma yapılır. Soru sorma hakkı saklıdır.

(4) Tanıklık görevinin yapılmasından sonra, kişinin kimliğinin saklı tutulması veya güvenliğinin sağlanması hususunda alınacak önlemler, ilgili kanunda düzenlenir.

(5) İkinci, üçüncü ve dördüncü fıkra hükümleri, ancak bir örgütün faaliyeti çerçevesinde işlenen suçlarla ilgili olarak uygulanabilir.

Madde 59. Tanığa söylenecek şeyler ve sorulacak sorular

(1) Tanık, dinlenmeden önce hakkında tanıklık yapacağı olayla ilgili olarak mahkeme başkanı veya hâkim tarafından, kendisine bilgi verilir; hazır olan sanık, tanığa gösterilir. Sanık hazır değilse kimliği açıklanır. Tanıktan, tanıklık edeceği konulara ilişkin bildiklerini söylemesi istenir ve tanıklık ederken sözü kesilmez.

(2) Tanıklık edilen konuları aydınlatmak, tamamlamak ve bilgilerinin dayandığı durumları gereğince değerlendirebilmek için tanığa ayrıca soru yöneltilir.

Madde 60. Tanıklıktan ve yeminden sebepsiz çekinme

(1) Yasal bir sebep olmaksızın tanıklıktan veya yeminden çekinen tanık hakkında, bundan doğan giderlere hükmedilmekle beraber, yemininin veya tanıklığının gerçekleştirilmesi için dava hakkında hüküm verilinceye kadar ve her hâlde üç ayı geçmemek üzere di-

das Herausfinden der materiellen Wahrheit gefährden würde. Die Anhörung des Zeugen wird in Ton und Bild übertragen. Das Fragerecht bleibt unberührt.

(4) Vorkehrungen, die nach der Erfüllung der Zeugnispflicht zur Geheimhaltung der Identität jener Person oder zur Gewährleistung ihrer Sicherheit getroffen werden, werden in einem entsprechenden Gesetz geregelt.

(5) Die Bestimmungen des zweiten, dritten und vierten Absatzes dürfen nur bei Straftaten angewendet werden, die im Rahmen der Tätigkeiten einer Vereinigung begangen wurden.

§ 59. Dem Zeugen zu erteilende Hinweise und zu stellende Fragen

(1) Vor der Anhörung wird der Zeuge vom Gerichtsvorsitzenden oder vom Richter über den Gegenstand seines Zeugnisses unterrichtet; ihm wird der anwesende Angeklagte bezeichnet. Ist der Angeklagte nicht zugegen, so wird seine Identität mitgeteilt. Vom Zeugen wird verlangt, sein Wissen über den Gegenstand seines Zeugnisses mitzuteilen, und er wird während der Aussage nicht unterbrochen.

(2) An den Zeugen können außerdem Fragen gerichtet werden, um den Gegenstand seiner Aussage aufzuklären, zu vervollständigen oder die Umstände sachgemäß würdigen zu können, auf denen sein Wissen beruht.

§ 60. Grundlose Zeugnis- oder Eidesverweigerung

(1) Der Zeuge, der ohne gesetzlichen Grund das Zeugnis oder die Eidesablegung verweigert, wird zu den daraus entstandenen Kosten verurteilt. Zugleich kann gegen ihn zur Erzwingung der Eidesablegung oder des Zeugnisses eine Disziplinarhaft bis zum Erlass des Ur-

siplin hapsi verilebilir. Kişi, tanıklığa ilişkin yükümlülüğüne uygun davranması halinde, derhâl serbest bırakılır.

(2) Bu tedbirleri almaya naip hâkim ve istinabe olunan mahkeme ile soruşturma evresinde sulh ceza hâkimi yetkilidir.

(3) Davanın görüldüğü sırada bu tedbirler alındıktan ve yukarıdaki süreler suçun türüne göre tümüyle uygulandıktan sonra o dava veya aynı işe ilişkin diğer davada tekrar edilmez.

(4) Disiplin hapsi kararına itiraz edilebilir.

Madde 61. Tanığa verilecek tazminat ve giderler

(1) Cumhuriyet savcısı veya mahkeme başkanı veya hâkim tarafından çağrılan tanığa, her yıl Adalet Bakanlığınca hazırlanan tarifeye göre kaybettiği zaman ile orantılı bir tazminat verilir. Tanık hazır olmak için seyahat etmek zorunda kalmışsa, yol giderleriyle tanıklığa çağrıldığı yerdeki ikamet ve beslenme giderleri de karşılanır.

(2) Birinci fıkra hükmüne istinaden ödenmesi gereken tazminat ve giderler, hiçbir vergi, resim ve harç alınmaksızın, ödenir.

İkinci Bölüm Bilirkişi İncelemesi

Madde 62. Bilirkişilere uygulanacak hükümler

(1) Tanıklara ilişkin hükümlerden aşa-

teils über die Klage verhängt werden, die jedoch keinesfalls drei Monate übersteigen darf. Erfüllt die Person ihre Zeugenpflicht, so wird sie sofort freigelassen.

(2) Der beauftragte Richter, das ersuchte Gericht sowie im Ermittlungsverfahren der Friedensrichter in Strafsachen ist befugt, diese Anordnungen zu treffen.

(3) Nachdem diese Anordnungen im Verfahren erlassen und die oben genannten Fristen entsprechend der Art der Straftat vollständig ausgeschöpft worden sind, dürfen sie in jenem Verfahren oder in einem anderen Verfahren in derselben Sache nicht wiederholt werden.

(4) Gegen die Disziplinarhaft kann Beschwerde eingelegt werden.

§ 61. Entschädigung des Zeugen und Erstattung seiner Kosten

(1) Dem Zeugen, der vom Staatsanwalt, vom Gerichtsvorsitzenden oder vom Richter geladen wurde, wird entsprechend dem jährlich vom Justizministerium erlassenen Tarif und seiner aufgewendeten Zeit eine Entschädigung zugesprochen. Musste der Zeuge für die Anhörung anreisen, so werden auch seine Fahrt-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten an dem Ort beglichen, an den er zum Aussagen geladen wurde.

(2) Die unter Berufung auf den ersten Absatz zu zahlenden Entschädigungen oder Kosten werden ohne Erhebung einer Steuer, Abgabe oder Gebühr entrichtet.

Zweiter Abschnitt Begutachtung durch Sachverständige

§ 62. Auf Sachverständige anzuwendende Bestimmungen

(1) Vorschriften über Zeugen, die den

ğıdaki maddelere aykırı olmayanlar bilirkişiler hakkında da uygulanır.

Madde 63. Bilirkişinin atanması

(1) Çözümü uzmanlığı, özel veya teknik bilgiyi gerektiren hâllerde bilirkişinin oy ve görüşünün alınmasına re'sen, Cumhuriyet savcısının, katılanın, vekilinin, şüphelinin veya sanığın, müdafinin veya kanunî temsilcinin istemi üzerine karar verilebilir. (Değişik cümle: 3/11/2016 – 6754/42 md.) Ancak, genel bilgi veya tecrübeyle ya da hâkimlik mesleğinin gerektirdiği hukukî bilgiyle çözümlenmesi mümkün olan konularda bilirkişiye başvurulamaz. (Ek cümle: 3/11/2016 – 6754/42 md.) Hukuk öğrenimi görmüş kişiler, hukuk alanı dışında ayrı bir uzmanlığa sahip olduğunu belgelendirmedikçe, bilirkişi olarak görevlendirilemez.

(2) Bilirkişi atanması ve gerekçe gösterilerek sayısının birden çok olarak saptanması, hâkim veya mahkemeye aittir. Birden çok bilirkişi atanmasına ilişkin istemler reddedildiğinde de aynı biçimde karar verilir.

(3) Soruşturma evresinde Cumhuriyet savcısı da bu maddede gösterilen yetkileri kullanabilir.

Madde 64. Bilirkişi olarak atanabilecekler

(1) Bilirkişiler, il adli yargı adalet ko-

folgenden Paragraphen nicht widersprechen, gelten für Sachverständige entsprechend.

§ 63. Ernennung des Sachverständigen

(1) Für Umstände, deren Verständnis Sachkunde oder ein spezielles oder technisches Wissen erfordert, kann die Einholung eines Sachverständigengutachtens von Amts wegen oder auf Verlangen des Staatsanwalts, des Nebenklägers, seines Vertreters, des Beschuldigten oder Angeklagten, seines Verteidigers oder seines gesetzlichen Vertreters angeordnet werden. (Satz geändert durch § 42 Ges. Nr. 6754 v. 3.11.2016) Allerdings darf ein Sachverständiger zu Fragen, deren Beantwortung mit dem allgemeinen oder Erfahrungswissen sowie mit dem für den Richterberuf erforderlichen juristischen Wissen möglich ist, nicht angehört werden. (Satz ergänzt durch § 42 Ges. Nr. 6754 v. 3.11.2016) Personen, die eine juristische Ausbildung absolviert haben, dürfen nicht als Sachverständige ernannt werden, solange sie nicht eine Sachkunde außerhalb des Rechtsbereichs nachweisen können.

(2) Die Ernennung eines Sachverständigen oder – unter Berufung auf eine Begründung – von mehr als einem Sachverständigen erfolgt durch den Richter oder das Gericht. Werden die Anträge auf die Ernennung von mehr als einem Sachverständigen verworfen, so wird in gleicher Weise entschieden.

(3) Im Ermittlungsverfahren kann auch der Staatsanwalt von den in diesem Paragraphen genannten Befugnissen Gebrauch machen.

§ 64. Personen, die zu Sachverständigen ernannt werden können

(1) Sachverständige werden unter den

misyonları tarafından her yıl düzenlenen bir listede yer alan gerçek veya tüzel kişiler arasından seçilirler. Cumhuriyet savcıları ve hâkimler, yalnız buldukları il bakımından yapılmış listelerden değil, diğer illerde oluşturulmuş listelerden de bilirkişi seçebilirler. Bu listelerin düzenlenmesine veya listelerde yer verilenlerin çıkarılmalarına ilişkin esas ve usuller, yönetmelikte gösterilir.

(2) Atama kararında, gerekçesi de gösterilmek suretiyle, birinci fıkrada belirtilen listelere girmeyenler arasından da bilirkişi seçilebilir.

(3) Kanunların belirli konularda görevlendirdiği resmî bilirkişiler öncelikle atanırlar. Ancak kamu görevlileri, bağlı buldukları kurumla ilgili davalarda bilirkişi olarak atanamazlar.

(4) Bilirkişi olarak atanan bir tüzel kişi ise, kendisi adına incelemeyi yapacak gerçek kişi veya kişilerin isimlerini, bilirkişi atayacak yargı merciinin onayına sunar.

(5) Listelere kaydedilen bilirkişiler, il adli yargı adalet komisyonu huzurunda „Görevimi adalete bağlı kalarak, bilim ve fenne uygun olarak, tarafsızlıkla yerine getireceğime namusum ve vicdanım üzerine yemin ederim.“ sözlerini tekrarlayarak yemin ederler. Bu bilirkişilere görevlendirildikleri her işte yeniden yemin verilmez.

natürlichen und juristischen Personen aus der Liste ausgewählt, die jährlich von den Provinzjustizkommissionen der ordentlichen Gerichtsbarkeit erstellt wird. Staatsanwälte und Richter können nicht nur aus den Listen ihrer Provinz, sondern auch aus den Listen, die in den anderen Provinzen erstellt wurden, einen Sachverständigen auswählen. Die Grundsätze und das Verfahren zur Erstellung dieser Listen oder zum Ausschluss der in diesen Listen Genannten werden durch eine Verordnung geregelt.

(2) Auch unter den Personen, die nicht in die im ersten Absatz genannten Listen aufgenommen worden sind, kann ein Sachverständiger gewählt werden, wobei die Begründung dafür in der Ernennungsentscheidung anzugeben ist.

(3) Gesetzlich für bestimmte Fragen bestellte öffentliche Sachverständige werden mit Vorrang ernannt. Allerdings dürfen öffentliche Bedienstete in Verfahren, die ihre eigene Behörde betreffen, nicht zu Sachverständigen ernannt werden.

(4) Ist der zum Sachverständigen Ernannte eine juristische Person, so legt sie der Justizinstanz, die den Sachverständigen bestellt, die Namen der Person oder der Personen, welche in ihrem Namen die Begutachtung durchführen werden, zur Bestätigung vor.

(5) Die in den Listen aufgeführten Sachverständigen legen in Gegenwart der Provinzjustizkommission der ordentlichen Gerichtsbarkeit den Eid ab, indem sie [die Worte]: „Ich schwöre auf Ehre und Gewissen, meinen Auftrag der Gerechtigkeit verpflichtet, im Einklang mit Wissenschaft und Technik und unparteiisch zu erfüllen“ wiederholen. Diese Sachverständigen werden nicht in jeder übertragenen Sache erneut vereidigt.

(6) Listelerde yer almamış bilirkişiler, görevlendirildiklerinde kendilerini atamış olan merci huzurunda yukarıdaki fikrada öngörülen biçimde yemin ederler. Yeminin yapıldığına ilişkin tutanak hâkim veya Cumhuriyet savcısı, zabıt kâtibi ve bilirkişi tarafından imzalanır.

(7) Engel bulunan hâllerde yemin yazılı olarak verilebilir ve metni dosyaya konulur. Ancak bu hâle ilişkin gerekçenin kararda gösterilmesi zorunludur.

Madde 65. Bilirkişiliği kabul yükümlülüğü

(1) Aşağıda belirtilen kişi veya kurumlar, bilirkişilik görevini kabul etmekle yükümlüdürler:

- a) Resmî bilirkişilikle görevlendirilmiş olanlar ve 64 üncü maddede belirtilen listelerde yer almış bulunanlar.
- b) İncelemenin yapılması için bilinmesi gerekli fen ve sanatları meslek edinenler.
- c) İncelemenin yapılması için gerekli mesleği yapmaya resmen yetkili olanlar.

Madde 66. Atama kararı ve incelemelerin yürütülmesi

(1) Bilirkişi incelemesi yaptırılmasına ilişkin kararda, cevaplandırılması uzmanlığı, özel veya teknik bilgiyi gerektiren sorularla inceleme konusu ve görevin yerine getirileceği süre belirtilir. Bu süre, işin niteliğine göre üç ayı geçemez. Özel sebepler zorunlu kıldı-

(6) Bei ihrer Bestellung legen die in den Listen nicht genannten Sachverständigen den Eid vor der Instanz, die sie ernannt hat, in der Weise ab, die im obigen Absatz vorgesehen ist. Das Protokoll über die Eidesablegung wird vom Richter, vom Staatsanwalt, vom Urkundsbeamten und vom Sachverständigen unterschrieben.

(7) Der Eid kann im Falle einer Verhinderung schriftlich abgelegt werden und das entsprechende Schriftstück wird den Akten beigelegt. Jedoch muss die Begründung dafür in der Entscheidung aufgeführt werden.

§ 65. Pflicht zur Annahme der Sachverständigentätigkeit

(1) Die im Folgenden genannten Personen oder Körperschaften sind verpflichtet, einen Sachverständigenauftrag anzunehmen:

- a) diejenigen, die öffentlich zum Sachverständigen ernannt oder in den in § 64 genannten Listen eingetragen sind,
- b) diejenigen, die die Technik oder die Kunst, deren Kenntnis zur Durchführung der Begutachtung erforderlich ist, gewerblich betreiben,
- c) diejenigen, die amtlich zur Ausübung des Gewerbes befugt sind, das für die Durchführung der Begutachtung erforderlich ist.

§ 66. Ernennungsbeschluss und Durchführung der Untersuchung

(1) In der Entscheidung über die Durchführung einer Begutachtung durch Sachverständige werden Fragen, deren Beantwortung Sachkunde, spezielles oder technisches Wissen erfordern, der Gegenstand der Untersuchung sowie die Frist angegeben, in der der Auftrag zu

ğında bu süre, bilirkişinin istemi üzerine, kendisini atayan merciin gerekçeli kararıyla en çok üç ay daha uzatılabilir.

(2) Belirlenen süre içinde raporunu vermeyen bilirkişi hemen değiştirilebilir. Bu durumda bilirkişi, o ana kadar yaptığı işlemleri açıklayan bir rapor sunar ve görevi sebebiyle kendisine teslim edilmiş olan eşya ve belgeleri hemen geri verir. (Değişik son cümle: 3/11/2016 – 6754/44 md.) Ayrıca, hukukî ve cezaî sorumluluğuna ilişkin hükümler saklı kalmak kaydıyla, bilirkişiye ücret ve masraf adı altında hiçbir ödeme yapılmamasına karar verilebilir ve gerekçesi gösterilerek gerekli yaptırımların uygulanması bilirkişilik bölge kurulundan istenir.

(3) Bilirkişi, görevini, kendisini atamış olan merci ile ilişki içinde yerine getirir, gerektiğinde bu mercie incelemelerindeki gelişmeler hakkında bilgi verir, yararlı görülecek tedbirlerin alınmasını isteyebilir.

(4) Bilirkişi, görevini yerine getirmek amacıyla bilgi edinmek için şüpheli veya sanık dışındaki kimselerin de bilgilerine başvurabilir. Bilirkişi, uzmanlık alanına girmeyen bir sorun bakımından aydınlatılmasını isteyecek olursa; hâkim, mahkeme veya Cumhuriyet savcısı, nitelikli ve konusunda

erfüllen ist. Diese Frist darf je nach Beschaffenheit der Sache drei Monate nicht übersteigen. Auf Verlangen des Sachverständigen kann diese Frist durch eine begründete Entscheidung der Ernennungsinstanz um höchstens drei weitere Monate verlängert werden, wenn besondere Gründe dies zwingend erforderlich machen.

(2) Ein Sachverständiger, der sein Gutachten nicht innerhalb der festgelegten Frist erstattet hat, kann sofort ersetzt werden. In diesem Fall legt der Sachverständige einen Bericht über die Handlungen vor, die er bis zu dem Zeitpunkt vorgenommen hat, und gibt die Gegenstände und Dokumente umgehend zurück, die ihm im Zusammenhang mit seinem Auftrag übergeben worden waren. (Letzter Satz geändert durch § 44 Ges. Nr. 6754 v. 3.11.2016) Außerdem kann beschlossen werden, diesem Sachverständigen keine Zahlung zu leisten, weder als Honorar noch für Ausgaben, und den Sachverständigenausschuss der Region unter Vorlage einer Begründung um die Anwendung erforderlicher Sanktionen zu ersuchen. Vorschriften der strafrechtlichen Verantwortung und der rechtlichen Haftung bleiben unberührt.

(3) Der Sachverständige erfüllt seinen Auftrag in Absprache mit seiner Ernennungsinstanz, benachrichtigt diese Instanz erforderlichenfalls über die Entwicklungen und kann die Anordnung von ihm nützlich erscheinenden Maßnahmen beantragen.

(4) Der Sachverständige kann sich im Rahmen der Erfüllung seines Auftrages und zum Zwecke der Informationserlangung neben dem Beschuldigten oder dem Angeklagten auch an andere Personen wenden. Verlangt der Sachverständige Aufklärung über eine Frage, die außerhalb seines Fachbereichs liegt, so

bilgisiyle tanınmış kişilerle bir araya gelmesine izin verebilir. Bu şekilde çağrılan kişiler yemin eder ve verecekleri raporlar, bilirkişi raporunun tamamlayıcı bir bölümü olarak dosyaya konulur.

(5) İlgililer de merciinden, incelemeler yapılırken bilirkişiye teknik nitelikte bilgiler verebilecek olan ve ismen belirleyecekleri kişileri dinlemeleri veya bazı araştırmaların yapılması hususunda karar verilmesini isteyebilir.

(6) Gerekli olması halinde, bilirkişi, mağdur, şüpheli veya sanığa mahkeme başkanı, hâkim veya Cumhuriyet savcısı aracılığı ile soru sorabilir. Ancak, mahkeme başkanı, hâkim veya Cumhuriyet savcısı, bilirkişinin doğrudan soru sormasına da izin verebilir. Muayene ile görevlendirilen hekim bilirkişi, görevini yerine getirirken zorunlu saydığı soruları, hâkim, Cumhuriyet savcısı ve müdafî bulunmadan da mağdur, şüpheli veya sanığa doğrudan doğruya yöneltebilir.

(7) Bilirkişiye inceleyeceği şeyler mühür altında verilmeden önce bunların listesi ve sayımı yapılır. Bu hususlar bir tutanakla belirlenir. Bilirkişi, mühürlerin açılmasını ve yeniden konulmasını yine tutanakla belirtmek ve bir liste düzenlemekle yükümlüdür.

kann der Richter, das Gericht oder der Staatsanwalt gestatten, dass er sich mit Personen zusammenfindet, die qualifiziert und in ihrem Fach als sachkundig bekannt sind. Die auf diese Weise geladenen Personen legen den Eid ab und erstatten ein Gutachten, das als ergänzender Teil des Sachverständigengutachtens den Akten beigelegt wird.

(5) Auch die betreffenden Personen können bei jener Instanz beantragen, anzuordnen, dass der Sachverständige bei der Durchführung seiner Begutachtung die von ihnen namhaft gemachten Personen anhört, die das technische Wissen bereitstellen können, oder dass bestimmte Untersuchungen vorgenommen werden.

(6) Erforderlichenfalls kann der Sachverständige durch den Gerichtsvorsitzenden, den Richter oder den Staatsanwalt dem Verletzten, dem Beschuldigten oder dem Angeklagten Fragen stellen. Allerdings kann der Gerichtsvorsitzende, der Richter oder der Staatsanwalt auch gestatten, dass der Sachverständige die Fragen direkt stellt. Der für eine Untersuchung bestellte ärztliche Sachverständige kann für die Erfüllung seines Auftrags als zwingend anzusehende Fragen direkt an den Verletzten, den Beschuldigten oder den Angeklagten richten, auch in Abwesenheit des Richters, des Staatsanwalts oder des Verteidigers.

(7) Vor der Übergabe der mit dem Verschluss eines amtlichen Siegels versehenen zu begutachtenden Sachen an den Sachverständigen werden diese aufgelistet und gezählt. Diese Tatsachen sind aktenkundig zu machen. Der Sachverständige ist verpflichtet, über das Brechen des Siegels und die erneute Versiegelung ein Protokoll zu verfassen und eine Liste zu erstellen.

Madde 67. Bilirkişi raporu, uzman mütalaası

(1) İncelemeleri sona erdiğinde bilirkişi yaptığı işlemleri ve vardığı sonuçları açıklayan bir raporu, kendisinden istenen incelemeleri yaptığını ayrıca belirterek, imzalayıp ilgili mercie verir veya gönderir. Mühür altındaki şeyler de ilgili mercie verilir veya gönderilir ve bu husus bir tutanağa bağlanır.

(2) Birden çok atanmış bilirkişiler değişik görüşleri yansıtmışlarsa veya bunların ortak sonuçlar üzerinde ayrık görüşleri varsa, bu durumu gerekçeleri ile birlikte rapora yazarlar.

(3) (Değişik: 3/11/2016 – 6754/45 md.) Bilirkişi, raporunda ve sözlü açıklamaları sırasında çözümü uzmanlığı, özel veya teknik bilgiyi gerektiren hususlar dışında açıklama yapamaz; hâkim tarafından yapılması gereken hukukî nitelendirme ve değerlendirmelerde bulunamaz.

(4) Bilirkişi tarafından düzenlenen rapor örnekleri, duruşma sırasında Cumhuriyet savcısına, katılana, vekiline, şüpheliye veya sanığa, müdafiine veya kanunî temsilciye doğrudan verilebileceği gibi; kendilerine iadeli taahhütlü mektupla da gönderilebilir.

(5) Bilirkişi incelemeleri tamamlandığında, yeni bilirkişi incelemesi yapılması veya itirazların bildirilmesi için istemde bulunabilmelerini sağlamak üzere Cumhuriyet savcısına, katılana,

§ 67. Sachverständigenbericht, Stellungnahme eines Experten

(1) Nach dem Abschluss der Begutachtungen überreicht oder sendet der Sachverständige der betreffenden Instanz ein unterschriebenes Gutachten, das die vorgenommenen Handlungen und die erlangten Ergebnisse darlegt. Dabei gibt er gesondert an, die von ihm verlangten Untersuchungen durchgeführt zu haben. Auch die versiegelten Gegenstände werden der betreffenden Instanz vorgelegt oder ihr gesendet, und dieser Umstand wird protokolliert.

(2) Widersprechen sich die Gutachten mehrerer ernannter Sachverständiger oder sind sie sich über die gemeinsamen Ergebnisse nicht einig, so werden dieser Umstand und die Gründe dafür in den Gutachten festgehalten.

(3) (Geändert durch § 45 Ges. Nr. 6754 v. 3.11.2016) Der Sachverständige darf sich in dem Gutachten sowie bei mündlichen Erläuterungen ausschließlich zu den Fragen äußern, deren Beantwortung Sachkunde oder ein spezielles oder technisches Wissen erfordert; er darf keine rechtlichen Beurteilungen oder Bewertungen aussprechen, diese sind dem Richter überlassen.

(4) Die Abschriften des Sachverständigengutachtens können dem Staatsanwalt, dem Nebenkläger, seinem Vertreter, dem Beschuldigten oder dem Angeklagten, seinem Verteidiger oder dem gesetzlichen Vertreter während der Hauptverhandlung direkt übergeben oder diesen per Einschreiben gesendet werden.

(5) Nach dem Abschluss der Sachverständigenbegutachtungen wird dem Staatsanwalt, dem Nebenkläger, seinem Vertreter, dem Beschuldigten oder Angeklagten, seinem Verteidiger oder ge-

vekiline, şüpheliye veya sanığa, müdafii veya kanunî temsilciye süre verilir. Bu kişilerin istemleri reddedildiğinde, üç gün içinde bu hususta gerekli bir karar verilir.

(6) Cumhuriyet savcısı, katılan, vekili, şüpheli veya sanık, müdafii veya kanunî temsilci, yargılama konusu olayla ilgili olarak veya bilirkişi raporunun hazırlanmasında değerlendirilmek üzere ya da bilirkişi raporu hakkında, uzmanından bilimsel mütalaa alabilirler. Sadece bu nedenle ayrıca süre istenmez.

Madde 68. Duruşmada bilirkişinin açıklaması

(1) Mahkeme, her zaman bilirkişinin duruşmada dinlenmesine karar verebileceği gibi, ilgililerden birinin istemesi halinde de açıklamalarda bulunmak üzere duruşmaya çağırabilir.

(2) Yaptıkları açıklamalardan sonra mahkeme başkanı veya hâkim, çekilmelerine izin vermedikçe, bilirkişiler duruşma salonunda kalırlar; ancak salona teker teker alınıp birbirinden ayrı olarak dinlenmeleri zorunlu değildir.

(3) Cumhuriyet savcısının, katılanın, vekilinin, şüphelinin veya sanığın, müdafii veya kanunî temsilcinin istemi üzerine bilimsel mütalaa hazırlayan uzmanın duruşmada dinlenmesi hususunda da yukarıdaki fıkralar hükümleri uygulanır.

setzlichem Vertreter eine Frist eingeräumt, um die Anordnung einer erneuten Sachverständigenbegutachtung zu beantragen oder Einwände zu erheben. Werden diese Anträge abgelehnt, so wird binnen drei Tagen diesbezüglich eine begründete Entscheidung herbeigeführt.

(6) Der Staatsanwalt, der Nebenkläger, sein Vertreter, der Beschuldigte oder der Angeklagte, sein Verteidiger oder sein gesetzlicher Vertreter kann bei einem Sachkundigen eine wissenschaftliche Stellungnahme über den Sachverhalt, der den Gegenstand des Verfahrens bildet, oder zur Berücksichtigung bei der Vorbereitung des Sachverständigengutachtens sowie über das Sachverständigengutachten selbst einholen. Allein zu diesem Zweck darf keine zusätzliche Frist beantragt werden.

§ 68. Erklärung des Sachverständigen in der Hauptverhandlung

(1) Das Gericht kann jederzeit die Anhörung des Sachverständigen in der Hauptverhandlung anordnen sowie ihn auf Verlangen einer der betreffenden Personen zu Erläuterungen in der Hauptverhandlung laden.

(2) Die Sachverständigen bleiben nach ihren Erläuterungen im Verhandlungssaal, solange der Gerichtsvorsitzende oder der Richter ihrer Entfernung nicht zustimmt; allerdings ist es nicht notwendig, dass sie einzeln in den Verhandlungssaal eingelassen und voneinander getrennt angehört werden.

(3) Der obige Absatz gilt entsprechend für die Anhörung des Sachkundigen, der auf Verlangen des Staatsanwalts, des Nebenklägers, seines Vertreters, des Beschuldigten oder des Angeklagten, seines Verteidigers oder seines gesetzlichen Vertreters eine wissenschaftliche Stellungnahme ausfertigt hat.

Madde 69. Bilirkişinin reddi

(1) Hâkimin reddini gerektiren sebepler, bilirkişi hakkında da geçerlidir.

(2) Cumhuriyet savcısı, katılan, vekili, şüpheli veya sanık, müdafii veya kanunî temsilci, ret hakkını kullanabilirler. Hâkim veya mahkeme tarafından atanan bilirkişinin adı ve soyadı, engel sebepler olmadıkça ret hakkına sahip olanlara bildirilir.

(3) Ret istemini davayı görmekte olan hâkim veya mahkeme inceler. Soruşturma evresinde, Cumhuriyet savcısınca kabul edilmeyen ret istemi sulh ceza hâkimince incelenir. Reddi isteyen kişi, bunun nedenini, dayandığı olguları göstererek açıklamakla yükümlüdür.

Madde 70. Bilirkişilikten çekinme, bilirkişi olarak dinlenemeyenler

(1) Tanıklıktan çekinmeyi gerektirecek sebepler bilirkişiler hakkında da geçerlidir. Bilirkişi, geçerli diğer sebeplerle de görüş bildirmekten çekinebilir.

Madde 71. Görevini yapmayan bilirkişi hakkındaki işlem

(1) Usulünce çağrıldığı hâlde gelmeyen veya gelip de yeminden, oy ve görüş bildirmekten çekinen bilirkişiler hakkında 60 ncı maddenin birinci fıkrası hükmü uygulanır ve durum bilirkişilik

§ 69. Ablehnung des Sachverständigen

(1) Die Gründe, die zur Ablehnung eines Richters führen, gelten entsprechend auch für den Sachverständigen.

(2) Der Staatsanwalt, der Nebenkläger, sein Vertreter, der Beschuldigte oder der Angeklagte, sein Verteidiger oder sein gesetzlicher Vertreter kann von dem Ablehnungsrecht Gebrauch machen. Der Vor- und Nachname des vom Richter oder vom Gericht ernannten Sachverständigen werden dem Ablehnungsberechtigten mitgeteilt, solange keine Hinderungsgründe vorliegen.

(3) Der Ablehnungsantrag wird von dem mit dem Verfahren befassten Richter oder Gericht geprüft. Der im Ermittlungsverfahren vom Staatsanwalt nicht angenommene Ablehnungsantrag wird vom Friedensrichter in Strafsachen geprüft. Die Person, die die Ablehnung beantragt, ist verpflichtet, die Gründe dafür und die Tatsachen zu nennen und zu erläutern, auf die sie sich stützt.

§ 70. Verweigerung der Begutachtung, Verbot der Anhörung als Sachverständige

(1) Die Gründe, die zur Verweigerung des Zeugnisses führen, gelten auch für die Sachverständigen entsprechend. Ein Sachverständiger kann auch aus anderen zulässigen Gründen die Erstattung eines Gutachtens verweigern.

§ 71. Vorgehen bei einem Sachverständigen, der seine Pflicht nicht erfüllt

(1) Für die Sachverständigen, die trotz ordnungsgemäßer Ladung ausbleiben oder zwar erscheinen, jedoch die Verteidigung oder die Erstattung eines Gutachtens verweigern, gilt § 60 Abs. 1 ent-

bölge kuruluna bildirilir.

Madde 72. Bilirkişi gider ve ücreti
(Değişik: 3/11/2016 – 6754/47 md.)

(1) Bilirkişiye sarf etmiş olduğu emek ve mesaiyle orantılı bir ücret ile inceleme, ulaşım, konaklama ve diğer giderleri ödenir. Bu konuda, Adalet Bakanlığı tarafından çıkarılan ve her yıl güncellenen tarife esas alınır.

Madde 73. Sahte para ve değerler üzerinde yapılacak incelemeler

(1) Para ve Devlet tarafından çıkarılan tahvil ve Hazine bonosu gibi değerler üzerinde işlenen sahtecilik suçlarında, elkonulan para ve değerlerin hepsi, bunların asıllarını tedavüle çıkaran kurumların merkez veya taşra birimlerine incelettirilir.

(2) Yabancı devletlerin paraları ve değerleri hakkında da, yetkili Türk makamlarının görüşlerinin alınmasına karar verilir.

Üçüncü Bölüm

Gözlem Altına Alınma, Muayene, Keşif ve Otopsi

Madde 74. Gözlem altına alınma

(1) Fiili işlediği yolunda kuvvetli şüpheler bulunan şüpheli veya sanığın akıl hastası olup olmadığını, akıl hastası ise ne zamandan beri hasta olduğunu ve bunun, kişinin davranışları üzerindeki etkilerini saptamak için; uzman heki-

sprehend und über den Umstand ist der Sachverständigenausschuss der Region zu benachrichtigen.

§ 72. Kosten und Vergütung des Sachverständigen (geändert durch § 47 Ges. Nr. 6754 v. 3.11.2016)

(1) Dem Sachverständigen sind eine für seine getätigte Arbeit und die dafür beanspruchte Zeit angemessene Vergütung und die Kosten der Untersuchung, Anfahrt, Unterkunft sowie sonstiger Art zu erstatten. Diesbezüglich ist der vom Justizministerium erlassene und jährlich zu aktualisierende Tarif heranzuziehen.

§ 73. Untersuchung bei Geld- oder Wertzeichenfälschung

(1) Bei Fälschungsdelikten, die an Geldscheinen oder Wertpapieren wie staatlich ausgegebenen Anleihen oder Schatzbriefen begangen wurden, müssen alle beschlagnahmten Scheine und Zeichen von der zentralen Behörde oder ihrer örtlichen Zweigstelle, die Geldscheine und Wertpapiere in Umlauf bringt, untersucht werden.

(2) Auch im Hinblick auf ausländische Geldscheine oder Wertzeichen wird angeordnet, ein Gutachten der türkischen Behörden einzuholen.

Dritter Abschnitt

Unterbringung zur Beobachtung, Untersuchung, Augenschein und Leichenöffnung

§ 74. Unterbringung zur Beobachtung

(1) Der Friedensrichter in Strafsachen im Ermittlungsverfahren oder das Gericht im Hauptverfahren kann auf Anraten eines Facharztes und nach Anhörung des Staatsanwalts und des Verteidigers die Unterbringung des der Bege-

min önerisi üzerine, Cumhuriyet savcısının ve müdafinin dinlenmesinden sonra resmî bir sağlık kurumunda gözlem altına alınmasına, soruşturma evresinde sulh ceza hâkimi, kovuşturma evresinde mahkeme tarafından karar verilebilir.

(2) Şüpheli veya sanığın müdafii yoksa hâkim veya mahkemenin istemi üzerine, baro tarafından bir müdafî görevlendirilir.

(3) Gözlem süresi üç haftayı geçemez. Bu sürenin yetmeyeceği anlaşılırsa resmî sağlık kurumunun istemi üzerine, her seferinde üç haftayı geçmemek üzere ek süreler verilebilir; ancak sürelerin toplamı üç ayı geçemez.

(4) Gözlem altına alınma kararına karşı itiraz yoluna gidilebilir; itiraz, kararın yerine getirilmesini durdurur.

(5) Bu madde hükmü, 223 üncü maddenin sekizinci fıkrası gereğince yargılamanın durması kararı verilmesi gereken hâllerde de uygulanır.

Madde 75. Şüpheli veya sanığın beden muayenesi ve vücudundan örnek alınması (Değişik: 25/5/2005 – 5353/2 md.)

(1) Bir suça ilişkin delil elde etmek için şüpheli veya sanık üzerinde iç beden muayenesi yapılabilmesine ya da vücuttan kan veya benzeri biyolojik örneklerle saç, tükürük, tırnak gibi örnekler alınabilmesine; Cumhuriyet savcısı veya mağdurun istemiyle ya da re'sen hâkim veya mahkeme, gecikmesinde

hung einer Straftat dringend verdächtigen Beschuldigten oder Angeklagten zur Beobachtung in eine öffentliche Gesundheitsanstalt anordnen, um festzustellen, ob und ggf. seit wann dieser geisteskrank ist und welche Auswirkungen dies auf sein Verhalten hat.

(2) Hat der Beschuldigte oder Angeklagte keinen Verteidiger, so weist ihm die Anwaltskammer auf Verlangen des Richters oder des Gerichts einen Verteidiger zu.

(3) Die Dauer der Beobachtung darf drei Wochen nicht überschreiten. Erweist sich diese Frist als nicht ausreichend, so kann sie auf Verlangen der öffentlichen Gesundheitseinrichtung verlängert werden, vorausgesetzt, dass die Verlängerung jeweils drei Wochen nicht übersteigt; die Gesamtdauer darf drei Monate nicht übersteigen.

(4) Gegen die Anordnung der Beobachtung kann Beschwerde eingelegt werden; die Einlegung der Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

(5) Die Bestimmung dieses Paragraphen ist auf die Fälle entsprechend anzuwenden, in denen die Aussetzung des Verfahrens gemäß § 223 Abs. 8 angeordnet werden muss.

§ 75. Körperliche Untersuchung des Beschuldigten oder Angeklagten und Entnahme einer körperlichen Probe (geändert durch § 2 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005)

(1) Zur Beweiserlangung hinsichtlich einer Straftat kann die innerkörperliche Untersuchung des Beschuldigten oder des Angeklagten oder die Entnahme von Blut oder ähnlichen biologischen Proben wie Haare, Speichel oder Nägel auf Antrag des Staatsanwalts, des Verletzten oder vom Richter oder dem Gericht von

sakınca bulunan hâllerde Cumhuriyet savcısı tarafından karar verilebilir. Cumhuriyet savcısının kararı, yirmidört saat içinde hâkim veya mahkemenin onayına sunulur. Hâkim veya mahkeme, yirmidört saat içinde kararını verir. Onaylanmayan kararlar hükümsüz kalır ve elde edilen deliller kullanılamaz.

(2) İç beden muayenesi yapılabilmesi veya vücuttan kan veya benzeri biyolojik örnekler alınabilmesi için müdahalenin, kişinin sağlığına zarar verme tehlikesinin bulunmaması gerekir.

(3) İç beden muayenesi veya vücuttan kan veya benzeri biyolojik örnekler alınması, ancak tabip veya sağlık mesleği mensubu diğer bir kişi tarafından yapılabilir.

(4) Cinsel organlar veya anüs bölgesinde yapılan muayene de iç beden muayenesi sayılır.

(5) Üst sınırı iki yıldan daha az hapis cezasını gerektiren suçlarda, kişi üzerinde iç beden muayenesi yapılamaz; kişiden kan veya benzeri biyolojik örneklerle saç, tükürük, tırnak gibi örnekler alınamaz.

(6) Bu madde gereğince alınacak hâkim veya mahkeme kararlarına itiraz edilebilir.

(7) Özel kanunlardaki alkol muayenesine ve kan örneği alınmasına ilişkin hükümler saklıdır.

Madde 76. Diğer kişilerin beden muayenesi ve vücuttan örnek

Amts wegen oder bei Gefahr im Verzug vom Staatsanwalt angeordnet werden. Die Anordnung des Staatsanwalts wird binnen vierundzwanzig Stunden dem Richter oder Gericht zur Bestätigung vorgelegt. Der Richter oder das Gericht erlässt seine Entscheidung binnen vierundzwanzig Stunden. Die nicht bestätigten Anordnungen werden nichtig und die dadurch erlangten Beweise dürfen nicht verwendet werden.

(2) Die Durchführung der innerkörperlichen Untersuchung oder die Entnahme von Blut oder ähnlichen biologischen Proben ist zulässig, wenn durch den Eingriff kein Nachteil für die Gesundheit des Betroffenen zu befürchten ist.

(3) Die innerkörperliche Untersuchung oder die Entnahme von Blut oder ähnlichen biologischen Proben darf nur von einem Arzt oder einem anderen Angehörigen von Heilberufen vorgenommen werden.

(4) Auch eine Untersuchung im Bereich der Geschlechtsorgane oder des Anus gilt als innerkörperliche Untersuchung.

(5) Bei Straftaten, die im Höchstmaß mit einer Haftstrafe von weniger als zwei Jahren bedroht sind, darf keine innerkörperliche Untersuchung sowie keine Entnahme von Blut oder ähnlichen biologischen Proben wie Haare, Speichel oder Nägeln vorgenommen werden.

(6) Gegen die richterlichen oder gerichtlichen Entscheidungen auf der Grundlage dieses Paragraphen kann Beschwerde eingelegt werden.

(7) Die Vorschriften besonderer Gesetze über Alkoholtests und Blutentnahme bleiben unberührt.

§ 76. Körperliche Untersuchung anderer Personen oder Entnahme

alınması (Değişik: 25/5/2005 – 5353/3 md.)

(1) Bir suçla ilişkin delil elde etmek amacıyla, mağdurun vücudu üzerinde dış veya iç beden muayenesi yapılabilmesine veya vücudundan kan veya benzeri biyolojik örneklerle saç, tükürük, tırnak gibi örnekler alınabilmesine; sağlığını tehlikeye düşürmemek ve cerrahî bir müdahalede bulunmamak koşuluyla; Cumhuriyet savcısının iste miyle ya da re'sen hâkim veya mahkeme, gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde Cumhuriyet savcısı tarafından karar verilebilir. Cumhuriyet savcısının kararı, yirmidört saat içinde hâkim veya mahkemenin onayına sunulur. Hâkim veya mahkeme, yirmidört saat içinde kararını verir. Onaylanmayan kararlar hükümsüz kalır ve elde edilen deliller kullanılamaz.

(2) Mağdurun rızasının varlığı halinde, bu işlemlerin yapılabilmesi için birinci fıkra hükmüne göre karar alınmasına gerek yoktur.

(3) Çocuğun soy bağının araştırılmasına gerek duyulması halinde; bu araştırmanın yapılabilmesi için birinci fıkra hükmüne göre karar alınması gerekir.

(4) Tanıklıktan çekinme sebepleri ile muayeneden veya vücuttan örnek alınmasından kaçınılabılır. Çocuk ve akıl hastasının çekinmesi konusunda kanunî temsilcisi karar verir. Çocuk veya akıl hastasının, tanıklığın hukukî anlam ve sonuçlarını algılayabilecek durumda olması hâlinde, görüşü de alınır. Kanunî temsilci de şüpheli veya şanık ise bu konuda hâkim tarafından

einer körperlichen Probe (geändert durch § 3 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005)

(1) Zur Beweiserlangung hinsichtlich einer Straftat kann die innerkörperliche Untersuchung des Verletzten oder die Entnahme von Blut oder ähnlichen biologischen Proben und weiteren Proben wie Haar, Speichel oder Nägeln auf Antrag des Staatsanwalts, des Verletzten oder vom Richter oder vom Gericht von Amts wegen oder vom Staatsanwalt selbst angeordnet werden, wenn Gefahr im Verzug ist, vorausgesetzt, dass seine Gesundheit dadurch nicht gefährdet und kein chirurgischer Eingriff vorgenommen wird. Die Anordnung des Staatsanwalts wird binnen vierundzwanzig Stunden dem Richter oder Gericht zur Bestätigung vorgelegt. Der Richter oder das Gericht erlässt seine Entscheidung binnen vierundzwanzig Stunden. Die nicht bestätigten Anordnungen sind nichtig und die dadurch erlangten Beweise dürfen nicht verwendet werden.

(2) Liegt eine Einwilligung des Verletzten vor, so ist die Veranlassung einer Anordnung nach der Bestimmung des ersten Absatzes nicht erforderlich, um diese Maßnahmen vorzunehmen.

(3) Wird die Ermittlung der Abstammung eines Kindes erforderlich, so ist zur Vornahme dieser Ermittlung die Veranlassung einer Anordnung nach dem ersten Absatz erforderlich.

(4) Aus den Gründen, aus denen ein Zeugnis verweigert werden kann, kann eine Untersuchung oder die Entnahme körperlicher Proben verweigert werden. Über die Verweigerung eines Kindes oder einer geisteskranken Person entscheidet der gesetzliche Vertreter. Ist das Kind oder eine geisteskranke Person imstande, die rechtliche Bedeutung des Zeugnisses und seine Konsequenzen zu

karar verilir. Ancak, bu hâlde elde edilen deliller davanın ileri aşamalarında şüpheli veya sanık olmayan kanunî temsilcinin izni olmadıkça kullanılmaz.

(5) Bu madde gereğince verilen hâkim veya mahkeme kararlarına itiraz edilebilir.

Madde 77. Kadının muayenesi

(1) Kadının muayenesi, istemi halinde ve olanaklar elverdiğinde bir kadın hekim tarafından yapılır.

Madde 78. Moleküler genetik incelemeler

(1) 75 ve 76 ncı maddelerde öngörülen işlemlerle elde edilen örnekler üzerinde, soybağının veya elde edilen bulgunun şüpheli veya sanığa ya da mağdura ait olup olmadığının tespiti için zorunlu olması hâlinde moleküler genetik incelemeler yapılabilir. Alınan örnekler üzerinde bu amaçlar dışında tespitler yapılmasına yönelik incelemeler yasaktır.

(2) Birinci fıkra uyarınca yapılabilen incelemeler, bulunan ve kime ait olduğu belli olmayan beden parçaları üzerinde de yapılabilir. Birinci fıkranın ikinci cümlesi, bu hâlde de uygulanır.

Madde 79. Hâkimin kararı ve inceleme yapılması

(1) 78 inci madde uyarınca moleküler genetik incelemeler yapılmasına sadece

verstehen, so wird auch nach ihrer Meinung gefragt. Ist der gesetzliche Vertreter auch Beschuldigter oder Angeklagter, so entscheidet der Richter. Allerdings dürfen die dadurch erlangten Beweise im weiteren Verlauf des Verfahrens gegen den nicht mehr beschuldigten oder angeklagten gesetzlichen Vertreter ohne seine Erlaubnis nicht verwendet werden.

(5) Gegen die richterlichen oder gerichtlichen Beschlüsse auf der Grundlage dieses Paragraphen kann Beschwerde eingelegt werden.

§ 77. Untersuchung einer Frau

(1) Die Untersuchung einer Frau wird auf ihr Verlangen nach Möglichkeit durch eine Ärztin vorgenommen.

§ 78. Molekulargenetische Untersuchungen

(1) An den Proben, die durch die in §§ 75, 76 vorgesehenen Maßnahmen erlangt worden sind, kann eine molekulargenetische Untersuchung durchgeführt werden, wenn dies zur Feststellung der Abstammung oder der Frage, ob der erlangte Befund dem Beschuldigten, dem Angeklagten oder dem Verletzten gehört, notwendig ist. An den genannten Proben sind Untersuchungen zum Zwecke anderer Feststellungen verboten.

(2) Die nach dem ersten Absatz zulässigen Untersuchungen dürfen auch an aufgefundenen Körpersubstanzen durchgeführt werden, bei denen unbekannt ist, von wem sie stammen. Der zweite Satz des ersten Absatzes gilt für einen solchen Fall entsprechend.

§ 79. Richterliche Anordnung und Durchführung der Untersuchung

(1) Nur ein Richter darf die Durchführung einer molekulargenetischen Unter-

hâkim karar verebilir. Kararda inceleme ile görevlendirilen bilirkişi de gösterilir.

(2) Yapılacak incelemeler için resmen atanan veya bilirkişilikle yükümlü olan ya da soruşturma veya kovuşturmayı yürüten makama mensup olmayan veya bu makamın soruşturma veya kovuşturmayı yürüten dairesinden teşkilât yapısı itibarıyla ve objektif olarak ayrı bir birimine mensup olan görevliler, bilirkişi olarak görevlendirilebilirler. Bu kişiler, teknik ve teşkilât bakımından uygun tedbirlerle yasak moleküler genetik incelemelerin yapılmasını ve yetkisiz üçüncü kişilerin bilgi edinmesini önlemekle yükümlüdürler. İncelenen bulgu, bilirkişiye ilgilinin adı ve soyadı, adresi, doğum tarihi bildirilmeksizin verilir.

Madde 80. Genetik inceleme sonuçlarının gizliliği (Değişik: 25/5/2005 – 5353/4 md.)

(1) 75, 76 ve 78 inci madde hükümlerine göre alınan örnekler üzerinde yapılan inceleme sonuçları, kişisel veri niteliğinde olup, başka bir amaçla kullanılamaz; dosya içeriğini öğrenme yetkisine sahip bulunan kişiler tarafından bir başkasına verilemez.

(2) Bu bilgiler, kovuşturmaya yer olmadığı kararına itiraz süresinin dolması, itirazın reddi, beraat veya ceza verilmesine yer olmadığı kararı verilip kesinleşmesi hâllerinde Cumhuriyet savcısının huzurunda derhâl yok edilir

suchung nach § 78 anordnen. In der Anordnung ist auch der Sachverständige zu benennen, der mit der Untersuchung beauftragt wird.

(2) Mit den vorzunehmenden Untersuchungen kann ein Sachverständiger beauftragt werden, der öffentlich bestellt oder als Sachverständiger verpflichtet ist. Es kann auch ein Beamter beauftragt werden, wenn er der Behörde, die das Ermittlungs- oder Hauptverfahren leitet, nicht angehört oder aber einer Einheit dieser Behörde angehört, die von der Abteilung, die das Ermittlungs- oder Hauptverfahren leitet, im Hinblick auf ihre Organisation und Objektivität getrennt ist. Diese Personen sind verpflichtet, durch technisch und organisatorisch angemessene Vorkehrungen der unzulässigen Durchführung einer molekular-genetischen Untersuchung und der Kenntnisnahme unbefugter Dritter vorzubeugen. Der zu untersuchende Fund ist dem Sachverständigen ohne Mitteilung des Vor- und Nachnamens, der Anschrift und des Geburtsdatums der betreffenden Person zu übergeben.

§ 80. Geheimhaltung der Ergebnisse einer genetischen Untersuchung (geändert durch § 4 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005)

(1) Die Untersuchungsergebnisse aus den nach §§ 75, 76 und 78 entnommenen Proben gelten als persönliche Daten und dürfen zu keinem anderen Zweck verwendet werden; sie dürfen durch die Akteneinsichtsberechtigten an keinen Dritten weitergegeben werden.

(2) Diese Daten werden in Gegenwart des Staatsanwalts sofort vernichtet, sobald die Frist zur Beschwerde einlegung gegen die Einstellung des Verfahrens abgelaufen oder die Beschwerde verworfen, ein Freispruch oder Absehen

ve bu husus dosyasında muhafaza edilmek üzere tutanağa geçirilir.

Madde 81. Fizik kimliğin tespiti (Değişik: 25/5/2005 – 5353/5 md.)

(1) Üst sınırı iki yıl veya daha fazla hapis cezasını gerektiren bir suçtan dolayı şüpheli veya sanığın, kimliğinin tespisi için gerekli olması halinde, Cumhuriyet savcısının emriyle fotoğrafı, beden ölçüleri, parmak ve avuç içi izi, bedeninde yer almış olup teşhisini kolaylaştıracak diğer özellikleri ile sesi ve görüntüleri kayda alınarak, soruşturma ve kovuşturma işlemlerine ilişkin dosyaya konulur.

(2) Kovuşturmaya yer olmadığı kararına itiraz süresinin dolması, itirazın reddi, beraat veya ceza verilmesine yer olmadığı kararı verilip kesinleşmesi hâllerinde söz konusu kayıtlar Cumhuriyet savcısının huzurunda derhâl yok edilir ve bu husus tutanağa geçirilir

Madde 82. Yönetmelik

(1) 75 ilâ 81 inci maddelerde öngörülen işlemlerin yapılması ile ilgili usuller yönetmelikte gösterilir.

Madde 83. Keşif

(1) Keşif, hâkim veya mahkeme veya naip hâkim ya da istinabe olunan hâkim veya mahkeme ile gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde Cumhuriyet savcısı tarafından yapılır.

(2) Keşif tutanağına, var olan durum ile

von Strafe ausgesprochen und rechtskräftig geworden ist, dieser Umstand ist in ein Protokoll aufzunehmen, das in den Akten verwahrt wird.

§ 81. Feststellung der physischen Identität (geändert durch § 5 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005)

(1) Ist es zur Feststellung der Identität eines Beschuldigten oder eines Angeklagten wegen einer Straftat, die im Höchstmaß mit einer Haftstrafe von zwei oder mehr Jahren bedroht ist, erforderlich, so werden auf Anordnung des Staatsanwalts seine Lichtbilder, Aufzeichnungen der Körpermaße, Finger- oder Handinnenflächenabdrücke, anderer Merkmale an seinem Körper, die seine Identifizierung erleichtern, sowie Stimm- oder Videoaufnahmen den Strafverfolgungsakten beigelegt.

(2) Diese Aufzeichnungen werden in Gegenwart des Staatsanwalts sofort vernichtet, sobald die Frist zur Beschwerde einlegung gegen die Einstellung des Verfahrens abgelaufen oder die Beschwerde verworfen, ein Freispruch oder Absehen von Strafe beschlossen und rechtskräftig geworden ist; dieser Umstand wird in ein Protokoll aufgenommen.

§ 82. Verordnung

(1) Das Verfahren bezüglich der Durchführung der in § 75 und § 81 vorgesehenen Maßnahmen wird durch eine Verordnung geregelt.

§ 83. Augenschein

(1) Der Augenschein wird vom Richter, vom Gericht, vom beauftragten Richter, vom ersuchten Richter oder Gericht sowie bei Gefahr im Verzug vom Staatsanwalt durchgeführt.

(2) In dem Augenscheinnahmeprotokoll

olayın özel niteliğine göre varlığı umulup da elde edilemeyen delillerin yokluğu da yazılır.

Madde 84. Keşifte, tanık veya bilirkişinin dinlenmesinde bulunabilecekler

(1) Keşif yapılması sırasında şüpheli, sanık, mağdur ve bunların müdafii ve vekili hazır bulunabilirler.

(2) Tanık veya bilirkişinin duruşma sırasında hazır bulunamayacağı veya oturduğu yerin uzaklığı nedeniyle bulunmasının güç olduğu anlaşılırsa, bu tanık veya bilirkişinin dinlenmesinde de birinci fıkra hükmü uygulanır.

(3) Mağdur, şüpheli veya sanığın huzuru, tanıklardan birinin gerçeğe uygun tanıklık etmesine engel olabileceksen, o işte şüpheli veya sanığın bulunmamasına karar verilebilir.

(4) Bu işlerde hazır bulunmaya hakkı olanlar, işin geri bırakılmasına neden olmamak koşuluyla, işlerin yapılması gününden önce haberdar edilirler.

(5) Şüpheli veya sanık tutuklu ise, hâkim veya mahkeme tarafından ancak zorunlu sayılan hâllerde keşifte hazır bulundurulmasına karar verilebilir.

werden auch der vorliegende Sachverhalt sowie das Fehlen von Beweisen vermerkt, deren Vorhandensein nach der besonderen Beschaffenheit des Falles vermutet wird.

§ 84. Bei der Augenscheinseinnahme und bei der Anhörung des Zeugen oder des Sachverständigen Anwesenheitsberechtigte

(1) Bei der Durchführung einer Augenscheinseinnahme können der Beschuldigte, der Angeklagte, der Verletzte oder deren Verteidiger oder Vertreter anwesend sein.

(2) Abs. 1 gilt für die Anhörung des Zeugen oder des Sachverständigen entsprechend, wenn abzusehen ist, dass der Zeuge oder Sachverständige in der Hauptverhandlung nicht anwesend sein kann oder seine Anwesenheit wegen der Entfernung seines Wohnorts erschwert ist.

(3) Kann die Gegenwart des Verletzten, des Beschuldigten oder des Angeklagten für die wahrheitsgemäße Aussage eines Zeugen hinderlich sein, so kann in dieser Sache der Ausschluss des Beschuldigten oder des Angeklagten angeordnet werden.

(4) Personen, die in diesen Angelegenheiten anwesenheitsberechtigt sind, werden vor dem Tag der Durchführung darüber benachrichtigt, vorausgesetzt, dass dies nicht zur Verzögerung dieser Maßnahmen führt.

(5) Ist der Beschuldigte oder Angeklagte inhaftiert, so kann der Richter oder das Gericht seine Vorführung zur Augenscheinseinnahme nur in als notwendig geltenden Fällen anordnen.

Madde 85. Yer gösterme (Değişik: 25/5/2005 – 5353/6 md.)

(1) Cumhuriyet savcısı, kendisine yüklenen suç hakkında açıklamada bulunmuş olan şüpheliye yer gösterme işlemi yaptırabilir. 250 nci maddenin birinci fıkrası kapsamına giren suçlar söz konusu olduğunda, adli kolluk amiri de yer gösterme işlemi yaptırmaya yetkilidir.

(2) Soruşturmayı geciktirmemek kaydıyla, müdafî de yer gösterme işlemi sırasında hazır bulunabilir.

(3) Yer gösterme işlemi, 169 uncu maddeye uygun olarak tutanağa bağlanır.

Madde 86. Ölünün kimliğini belirleme ve adli muayene

(1) Engelleyici sebepler olmadıkça ölü muayenesinden veya otopside önce ölünün kimliği her suretle ve özellikle kendisini tanıyanlara gösterilerek belirlenir ve elde edilmiş bir şüpheli veya sanık varsa, teşhis edilmek üzere ölü ona da gösterilebilir.

(2) Ölünün adli muayenesinde tıbbî belirtiler, ölüm zamanı ve ölüm nedenini belirlemek için tüm bulgular saptanır.

(3) Bu muayene, Cumhuriyet savcısının huzurunda ve bir hekim görevlendirilerek yapılır.

Madde 87. Otopsi

(1) Otopsi, Cumhuriyet savcısının huzurunda biri adli tıp, diğeri patoloji uzmanı veya diğeri dallardan birisinin mensubu veya biri pratisyen iki hekim

§ 85. Tatortbesichtigung (geändert durch § 6 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005)

(1) Der Staatsanwalt kann anordnen, dass der Beschuldigte, der über die ihm angelastete Straftat Angaben gemacht hat, den Tatort zeigt. Handelt es sich um Straftaten, die von § 250 Abs. 1 umfasst werden, so ist auch der Vorgesetzte der Kriminalpolizei befugt, die Durchführung der Tatortbesichtigung anzuordnen.

(2) Auch der Verteidiger kann bei der Tatortbesichtigung anwesend sein, vorausgesetzt, dass dies die Ermittlungen nicht hinauszögert.

(3) Die Durchführung der Tatortbesichtigung wird im Einklang mit § 169 in einem Protokoll festgehalten.

§ 86. Feststellung der Identität des Toten und gerichtliche Untersuchung

(1) Solange keine Hinderungsgründe bestehen, wird vor der Leichenschau oder der Leichenöffnung die Identität des Toten mit allen Mitteln und insbesondere durch Vorzeigen seiner Leiche gegenüber den Personen, die ihn kennen, festgestellt. Ist ein Beschuldigter oder Angeklagter vorhanden, so kann die Leiche zur Identifizierung auch ihm gezeigt werden.

(2) Bei der gerichtlichen Leichenschau werden alle Befunde festgehalten, um forensische Anzeichen, Todeszeitpunkt und Todesursache zu bestimmen.

(3) Diese Leichenschau wird in Gegenwart des Staatsanwalts unter Hinzuziehung eines Arztes durchgeführt.

§ 87. Leichenöffnung

(1) Die Leichenöffnung wird in Gegenwart des Staatsanwalts von zwei Ärzten durchgeführt, von denen einer Facharzt für Gerichtsmedizin und der andere

tarafından yapılır. Müdafî veya vekil tarafından getirilen hekim de otopside hazır bulunabilir. Zorunluluk bulunduğu anda otopsi işlemi bir hekim tarafından da yapılabilir; bu durum otopsi raporunda açıkça belirtilir.

(2) Otopsi, cesedin durumu olanak verdiği takdirde, mutlaka baş, göğüs ve karnın açılmasını gerektirir.

(3) Ölümünden hemen önceki hastalığında öleni tedavi etmiş olan tabibe, otopsi yapma görevi verilemez. Ancak, bu tabibin otopsi sırasında hazır bulunması ve hastalığın seyri hakkında bilgi vermesi istenebilir.

(4) Gömülmüş bulunan bir ceset, incelenmesi veya otopsi yapılması için mezardan çıkarılabilir. Bu husustaki karar, soruşturma evresinde Cumhuriyet savcısı, kovuşturma evresinde mahkeme tarafından verilir. Mezardan çıkarma kararı, araştırmanın amacını tehlikeye düşürmeyecekse ve ulaştırılması da zor değilse ölünün bir yakınına derhâl bildirilir.

(5) Yukarıdaki fıkralarda sözü edilen işlemler yapılırken, cesedin görüntüleri kayda alınır.

Madde 88. Yeni doğanın cesedinin adli muayenesi veya otopsi

(1) Yeni doğanın cesedi üzerinde adli muayene veya otopside, doğum sırasında veya doğumdan sonra yaşam bul-

Facharzt für Pathologie oder Angehöriger einer der anderen Fachrichtungen oder Allgemeinmediziner ist. Auch der Arzt, der vom Verteidiger oder vom Vertreter zugezogen wurde, kann bei der Leichenöffnung anwesend sein. Im Notfall kann die Leichenöffnung auch von einem Arzt durchgeführt werden; dieser Umstand wird in dem Autopsiebericht ausdrücklich festgehalten.

(2) Die Leichenöffnung muss, soweit es der Zustand der Leiche ermöglicht, stets die Öffnung des Kopfes, der Brust- und Bauchhöhle umfassen.

(3) Dem Arzt, der den Verstorbenen wegen einer dem Tod unmittelbar vorausgegangenen Krankheit behandelt hat, darf der Auftrag zur Leichenöffnung nicht erteilt werden. Jedoch kann dieser Arzt aufgefordert werden, während der Leichenöffnung anwesend zu sein und über den Verlauf der Krankheit Auskunft zu geben.

(4) Eine beerdigte Leiche darf zur Untersuchung oder Leichenöffnung ausgegraben werden. Die diesbezügliche Anordnung wird während des Ermittlungsverfahrens vom Staatsanwalt und während des Hauptverfahrens vom Richter erlassen. Die Anordnung der Ausgrabung wird einem Angehörigen des Toten sofort mitgeteilt, wenn dies den Ermittlungszweck nicht gefährdet und die Kontaktaufnahme nicht schwierig ist.

(5) Während der Durchführung der in den oben stehenden Absätzen genannten Maßnahmen werden Lichtbilder der Leiche aufgenommen.

§ 88. Gerichtliche Untersuchung und Leichenöffnung eines Neugeborenen

(1) Bei der gerichtlichen Untersuchung oder Öffnung der Leiche eines Neugeborenen wird festgestellt, ob während

gularının varlığı ve olağan süresinde doğup doğmadığı ve biyolojik olarak yaşamını rahim dışında sürdürebilecek kadar olgunlaşmış olup olmadığı veya yaşama yeteneği bulunup bulunmadığı saptanır.

Madde 89. Zehirlenme şüphesi üzerine yapılacak işlem

(1) Zehirlenme şüphesi olan hâllerde organlardan parça alınırken, görünüş şekli ile organın tahribatı tanımlanır. Ölüde veya başka yerlerde bulunmuş şüpheli maddeler, görevlendirilen uzman tarafından incelenerek tahlil edilir.

(2) Cumhuriyet savcısı veya mahkeme, bu incelemenin, hekimin katılmasıyla veya onun yönetiminde yapılmasına karar verebilir.

Dördüncü Kısım Koruma Tedbirleri

Birinci Bölüm Yakalama ve Gözaltı

Madde 90. Yakalama ve yakalanan kişi hakkında yapılacak işlemler

(1) Aşağıda belirtilen hâllerde, herkes tarafından geçici olarak yakalama yapılabilir:

- a) Kişiyi suçu işlerken rastlanması.
- b) Suçüstü bir fiilden dolayı izlenen kişinin kaçması olasılığının bulunması veya hemen kimliğini belirleme olanağının bulunmaması.

(2) Kolluk görevlileri, tutuklama kararı veya yakalama emri düzenlenmesini

oder nach der Geburt Lebenszeichen vorlagen, ob es innerhalb des üblichen Zeitraums geboren und ob es hinreichend reif und fähig war, sein Leben biologisch außerhalb des Mutterleibes fortzusetzen.

§ 89. Vorgehen beim Verdacht einer Vergiftung

(1) Liegt der Verdacht einer Vergiftung vor, so wird bei der Entnahme von Proben aus den Organen ihre Beeinträchtigung nach dem Äußeren definiert. Verdächtige Stoffe, die an dem Toten oder an anderen Stellen gefunden worden sind, werden durch einen beauftragten Sachkundigen untersucht und analysiert.

(2) Der Staatsanwalt oder das Gericht kann anordnen, dass die Untersuchung unter Mitwirkung oder Leitung eines Arztes durchgeführt wird.

Vierter Teil Sicherungsmaßnahmen

Erster Abschnitt Festnahme und Gewahrsam

§ 90. Vorläufige Festnahme und Maßnahmen bezüglich der festgenommenen Person

(1) In den nachfolgend genannten Fällen darf eine vorläufige Festnahme von jedermann vorgenommen werden:

- a) betreffen einer Person auf frischer Tat.
- b) bei Vorliegen einer Fluchtwahrscheinlichkeit bei einer Person, die auf frischer Tat beobachtet wird, oder wenn keine Gelegenheit für die sofortige Feststellung ihrer Identität besteht.

(2) Können sich die Polizeibeamten nicht sofort an den Staatsanwalt oder

gerektiren ve gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde; Cumhuriyet savcısına veya âmirlerine derhâl başvurma olanağı bulunmadığı takdirde, yakalama yetkisine sahiptirler.

(3) Soruşturma ve kovuşturması şikâyete bağlı olmakla birlikte, çocuklara, beden veya akıl hastalığı, malûl-lük veya güçsüzlükleri nedeniyle kendilerini idareden aciz bulunanlara karşı işlenen suçüstü hallerinde kişinin yakalanması şikâyete bağlı değildir.

(4) (Değişik: 25/5/2005 – 5353/7 md.) Kolluk, yakalandığı sırada kaçmasını, kendisine veya başkalarına zarar vermesini önleyecek tedbirleri aldıktan sonra, yakalanan kişiye kanunî haklarını derhal bildirir.

(5) (Değişik: 25/5/2005 – 5353/7 md.) Birinci fıkraya göre yakalanıp kolluğa teslim edilen veya ikinci fıkra uyarınca görevlilerce yakalanan kişi ve olay hakkında Cumhuriyet savcısına hemen bilgi verilerek, emri doğrultusunda işlem yapılır.

(6) Yakalama emrine konu işlemin yerine getirilmesi nedeniyle yakalama emrinin çıkarılma amacının ortadan kalkması durumunda mahkeme, hâkim veya Cumhuriyet savcısı tarafından yakalama emrinin derhâl iadesi istenir.

Madde 91. Gözaltı

(1) Yukarıdaki maddeye göre yakalanan kişi, Cumhuriyet Savcılığınca bırakılmazsa, soruşturmanın tamamlanması için gözaltına alınmasına karar verilebilir. (Değişik ikinci cümle:

ihren Vorgesetzten wenden, so haben sie die Befugnis zur Festnahme, wenn die Voraussetzungen für den Erlass eines Haftbefehls oder eines Steckbriefes vorliegen und Gefahr im Verzug ist.

(3) Auch wenn ihre Verfolgung von einem Strafantrag abhängig ist, bedarf die Festnahme bei Straftaten, die sich gegen Kinder oder Personen richten, die aufgrund einer körperlichen oder geistigen Krankheit, eines Gebrechens oder aus Schwäche wehrlos sind, keines Strafantrags, wenn der Täter auf frischer Tat betroffen wird.

(4) (Geändert durch § 7 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Die Polizei belehrt den Festgenommenen, nachdem sie die Vorkehrungen ergriffen hat, die während der Festnahme seine Flucht, Selbst- oder Fremdschädigung verhindern sollen, sofort über seine gesetzlichen Rechte.

(5) (Geändert durch § 7 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Über die Person, die gemäß dem ersten Absatz festgenommen und an die Polizei überstellt oder nach dem zweiten Absatz von Beamten festgenommen worden ist, sowie über den Sachverhalt ist der Staatsanwalt sogleich zu informieren und es ist auf seine Anweisung zu handeln.

(6) Besteht für den erlassenen Steckbrief kein Grund mehr, weil die den Steckbrief begründende Handlung bereits durchgeführt wurde, so ist der Steckbrief vom Gericht, vom Richter oder vom Staatsanwalt sofort außer Kraft zu setzen.

§ 91. Gewahrsam

(1) Wird die Person, die nach dem obigen Paragraphen festgenommen wurde, von der Staatsanwaltschaft nicht freigelassen, so kann zur Vervollständigung des Ermittlungsverfahrens angeordnet

25/5/2005 – 5353/8 md.) Gözaltı süresi, yakalama yerine en yakın hâkim veya mahkemeye gönderilmesi için zorunlu süre hariç, yakalama anından itibaren yirmidört saati geçemez. (Ek cümle: 25/5/2005 – 5353/8 md.) Yakalama yerine en yakın hâkim veya mahkemeye gönderilme için zorunlu süre oniki saatten fazla olamaz.

(2) Gözaltına alma, bu tedbirin soruşturma yönünden zorunlu olmasına ve kişinin bir suçu işlediği şüphesini gösteren somut delillerin varlığına bağlıdır.

(3) Toplu olarak işlenen suçlarda, delillerin toplanmasındaki güçlük veya şüpheli sayısının çokluğu nedeniyle; Cumhuriyet savcısı gözaltı süresinin, her defasında bir günü geçmemek üzere, üç gün süreyle uzatılmasına yazılı olarak emir verebilir. Gözaltı süresinin uzatılması emri gözaltına alınana derhâl tebliğ edilir.

(4) (Ek: 27/3/2015 – 6638/13 md.) Suçüstü hâllerıyla sınırlı olmak kaydıyla; kişi hakkında aşağıdaki bentlerde belirtilen suçlarda mülki amirlerce belirlenecek kolluk amirleri tarafından yirmi dört saate kadar, şiddet olaylarının yaygınlaşarak kamu düzeninin ciddi şekilde bozulmasına yol açabilecek toplumsal olaylar sırasında ve toplu olarak işlenen suçlarda kırk sekiz saate kadar gözaltına alınma kararı verilebilir. Gözaltına alma nedeninin

werden, sie in Gewahrsam zu nehmen. (Zweiter Satz geändert durch § 8 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Die Dauer des Gewahrsams darf ab dem Zeitpunkt der Festnahme vierundzwanzig Stunden nicht übersteigen, abgesehen von der Zeit, die benötigt wird, um sie dem Richter, der dem Festnahmeort am nächsten ist, oder dem nächsten Gericht vorzuführen. (Satz hinzugefügt durch § 8 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Die Zeit, die benötigt wird, um sie zu dem dem Festnahmeort nächsten Richter oder Gericht zu verbringen, darf nicht mehr als zwölf Stunden betragen.

(2) Die Ingewahrsamnahme setzt voraus, dass diese Maßnahme aufgrund des Ermittlungsverfahrens notwendig ist und konkrete Beweise vorliegen, die darauf hinweisen, dass die Person eine Straftat begangen hat.

(3) Bei gemeinschaftlich begangenen Straftaten kann der Staatsanwalt wegen Schwierigkeiten bei der Beweissammlung oder wegen der Vielzahl der Beschuldigten eine schriftliche Anweisung zur Verlängerung der Gewahrsamsfrist um bis zu drei Tage erteilen, die jeweils einen Tag nicht überschreiten darf. Die Anweisung bezüglich der Verlängerung der Gewahrsamsfrist wird dem in Gewahrsam Genommenen sofort zuge stellt.

(4) (Hinzugefügt durch § 13 Ges. Nr. 6638 v. 27.3.2015) Begrenzt auf die Fälle frischer Tat: Eine Person kann bei den unter den folgenden Buchstaben genannten Straftaten von den leitenden Beamten der Polizeibehörde, die der Präsident der jeweiligen örtlichen Verwaltung zu benennen hat, bis zu vierundzwanzig Stunden in Gewahrsam genommen werden; bei sich ausweitenden gewalttätigen gesellschaftlichen Unruhen, die die öffentliche Ordnung ernst-

ortadan kalkması hâlinde veya işlemlerin tamamlanması üzerine derhâl ve her hâlde en geç yukarıda belirtilen sürelerin sonunda Cumhuriyet savcısına, yapılan işlemler hakkında bilgi verilerek talimatı doğrultusunda hareket edilir. Kişi serbest bırakılmazsa yukarıdaki fıkralara göre işlem yapılır. Ancak kişi en geç kırk sekiz saat, toplu olarak işlenen suçlarda dört gün içinde hâkim önüne çıkarılır. Bu fıkra kapsamında kolluk tarafından gözaltına alınan kişiler hakkında da gözaltına ilişkin hükümler uygulanır.

- a) Toplumsal olaylar sırasında işlenen cebir ve şiddet içeren suçlar.
- b) 26/9/2004 tarihli ve 5237 sayılı Türk Ceza Kanununda yer alan;
 1. Kasten öldürme (madde 81, 82), taksirle öldürme (madde 85),
 2. Kasten yaralama (madde 86, 87),
 3. Cinsel saldırı (madde 102),
 4. Çocukların cinsel istismarı (madde 103),
 5. Hırsızlık (madde 141, 142),
 6. Yağma (madde 148, 149),
 7. Uyuşturucu veya uyarıcı madde imal ve ticareti (madde 188),
 8. Bulaşıcı hastalıklara ilişkin tedbirlere aykırı davranma (madde 195),
 9. Fuhuş (madde 227),

hafta beeinträchtigen können, und bei gemeinschaftlich begangenen Straftaten bis zu 48 Stunden. Liegen die Gründe der Ingewahrsamnahme nicht mehr vor oder sind die erforderlichen Handlungen vorgenommen worden, so wird der Staatsanwalt sofort und jedenfalls bis zum Ende der oben genannten Fristen über die vorgenommenen Handlungen informiert und es wird entsprechend seinen Anweisungen weiter verfahren. Die obigen Absätze sind anzuwenden, wenn die Person nicht freigelassen wird. Allerdings ist sie dem Richter spätestens innerhalb von 48 Stunden und bei gemeinschaftlich begangenen Straftaten innerhalb von vier Tagen vorzuführen. Die Vorschriften über den Gewahrsam sind auch auf die Personen anzuwenden, die nach diesem Absatz von der Polizei in Gewahrsam genommen worden sind.

- a) Straftaten, die während gesellschaftlicher Unruhen begangen werden und Nötigung und Gewalt beinhalten.
- b) Aus dem Türkischen Strafgesetzbuch Nr. 5237 v. 26.9.2004:
 1. Vorsätzliche Tötung (§§ 81, 82), fahrlässige Tötung (§ 85),
 2. Vorsätzliche Körperverletzung (§§ 86, 87),
 3. Sexueller Angriff (§ 102),
 4. Sexueller Missbrauch von Kindern (§ 103),
 5. Diebstahl (§§ 141, 142),
 6. Raub (§§ 148, 149),
 7. Herstellung von oder Handel mit Betäubungs- oder Aufputschmitteln (§ 188),
 8. Zuwiderhandlung gegen Maßnahmen bei ansteckenden Krankheiten (§ 195),
 9. Zuhälterei (§ 227),

10. Kötü muamele (madde 232),

- c) 12/4/1991 tarihli ve 3713 sayılı Terörle Mücadele Kanununda yer alan suçlar.
- d) 6/10/1983 tarihli ve 2911 sayılı Toplantı ve Gösteri Yürüyüşleri Kanununun 33 üncü maddesinin birinci fıkrasının (a) bendinde belirtilen suçlar.
- e) 10/6/1949 tarihli ve 5442 sayılı İl İdaresi Kanununa dayanılarak ilan edilen sokağa çıkma yasağını ihlal etme.
- f) 21/3/2007 tarihli ve 5607 sayılı Kaçakçılıkla Mücadele Kanununun 3 üncü maddesinde belirtilen suçlar.

(5) Yakalama işlemine, gözaltına alma ve gözaltı süresinin uzatılmasına ilişkin Cumhuriyet savcısının yazılı emrine karşı, yakalanan kişi, müdafii veya kanunî temsilcisi, eşi ya da birinci veya ikinci derecede kan hısımları, hemen serbest bırakılmayı sağlamak için sulh ceza hâkimine başvurabilir. Sulh ceza hâkimi incelemeyi evrak üzerinde yaparak derhâl ve nihayet yirmidört saat dolmadan başvuruyu sonuçlandırır. Yakalamanın veya gözaltına alma veya gözaltı süresini uzatmanın yerinde olduğu kanısına varılırsa başvuru reddedilir ya da yakalananın derhâl soruşturma evrakı ile Cumhuriyet Savcılığında hazır bulundurulmasına karar verilir.

(6) Gözaltı süresinin dolması veya sulh ceza hâkiminin kararı üzerine serbest bırakılan kişi hakkında yakalamaya neden olan fiille ilgili yeni ve yeterli delil elde edilmedikçe ve Cumhuriyet

10. Misshandlung (§ 232),

- c) Straftaten, die im Terrorbekämpfungsgesetz Nr. 3713 v. 12.4.1991 enthalten sind,
- d) Straftaten, die in § 33 Abs. 1 lit. (a) des Versammlungs- und Demonstrationsgesetzes Nr. 2911 v. 6.10.1983 definiert sind,
- e) Zuwiderhandlung gegen eine Ausgangssperre, die auf Grundlage des Provinzverwaltungsgesetzes Nr. 5442 v. 10.6.1949 ausgerufen wurde,
- f) Straftaten, die in § 3 des Schmuggelbekämpfungsgesetzes Nr. 5607 v. 21.3.2007 definiert sind.

(5) Gegen den Festnahmeakt, die schriftliche Anweisung des Staatsanwalts bezüglich der Ingewahrsamnahme oder der Verlängerung der Gewahrsamsfrist kann sich der Festgenommene, sein Verteidiger oder sein gesetzlicher Vertreter, sein Ehepartner oder ein Blutsverwandter ersten oder zweiten Grades an den Friedensrichter in Strafsachen wenden, um eine sofortige Freilassung zu bewirken. Der Friedensrichter in Strafsachen führt die Prüfung nach Aktenlage durch und erledigt das Gesuch sofort, spätestens aber vor Ablauf einer Frist von vierundzwanzig Stunden. Gelangt man zur Überzeugung, dass die Festnahme, die Ingewahrsamnahme oder die Verlängerung der Gewahrsamsfrist angebracht ist, so ist das Gesuch zu verwerfen oder anzuordnen, dass der Festgenommene sofort mit den Ermittlungsunterlagen der Staatsanwaltschaft vorzuführen ist.

(6) Gegen die Person, die nach dem Ablauf der Gewahrsamsfrist oder nach der Entscheidung des Friedensrichters in Strafsachen freigelassen wurde, darf keine erneute Festnahme aus demselben

savcısının kararı olmadıkça bir daha aynı nedenle yakalama işlemi uygulanamaz.

(7) Gözaltına alınan kişi bırakılmazsa, en geç bu süreler sonunda sulh ceza hâkimi önüne çıkarılıp sorguya çekilir. Sorguda müdafii de hazır bulunur.

Madde 92. Gözaltı işlemlerinin denetimi

(1) Cumhuriyet başsavcıları veya görevlendirecekleri Cumhuriyet savcıları, adli görevlerinin gereği olarak, gözaltına alınan kişilerin bulundurulacakları nezarethaneleri, varsa ifade alma odalarını, bu kişilerin durumlarını, gözaltına alınma neden ve sürelerini, gözaltına alınma ile ilgili tüm kayıt ve işlemleri denetler; sonucunu Nezarethaneyeye Alınanlar Defterine kaydederler.

Madde 93. Yakalanan veya tutuklanan kişilerin nakli

(1) Yakalanan veya tutuklanarak bir yerden diğer bir yere nakledilen kişilere, kaçacaklarına ya da kendisi veya başkalarının hayat ve beden bütünlükleri bakımından tehlike arz ettiğine ilişkin belirtilerin varlığı hâllerinde kelepçe takılabilir.

Madde 94. Yakalanan kişinin mahkemeye götürülmesi (Değişik: 21/2/2014 – 6526/7 md.)

(1) Hâkim veya mahkeme tarafından verilen yakalama emri üzerine soruş-

Grund erfolgen, solange nicht hinsichtlich der Tat, die zu ihrer Festnahme führte, neue und hinreichende Beweise erlangt worden sind und eine Anordnung des Staatsanwalts vorliegt.

(7) Wird die in Gewahrsam genommene Person nicht freigelassen, so ist sie spätestens am Ende dieser Fristen dem Friedensrichter in Strafsachen vorzuführen und zu vernehmen. Bei der Vernehmung ist auch der Verteidiger anwesend.

§ 92. Aufsicht über die Gewahrsamshandlungen

(1) Die Oberstaatsanwälte oder die von ihnen beauftragten Staatsanwälte kontrollieren in Erfüllung ihrer justiziellen Aufgaben die Gewahrsamsräume, in denen sich die verwahrten Personen befinden, gegebenenfalls die Befragungsräume, den Zustand dieser Personen, die Gründe ihrer Ingewahrsamnahme und deren Dauer sowie alle Eintragungen und Handlungen bezüglich der Gewahrsamnahme; sie tragen die Ergebnisse in das Register über die in Gewahrsam Genommenen ein.

§ 93. Einlieferung von Festgenommenen oder Verhafteten

(1) Festgenommene oder verhaftete Personen dürfen bei ihrem Transport von einem Ort zu einem anderen in Handschellen gelegt werden, wenn Anzeichen vorliegen, die darauf hinweisen, dass sie entfliehen werden oder eine Gefahr für Leben und körperliche Integrität für sich selbst oder andere darstellen.

§ 94. Verbringen des Festgenommenen zum Gericht (geändert durch § 7 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014)

(1) Die Person, die aufgrund eines richterlich oder gerichtlich erlassenen Steck-

turma veya kovuşturma evresinde yakalanan kişi, en geç yirmi dört saat içinde yetkili hâkim veya mahkeme önüne çıkarılır.

(2) Yakalanan kişi, en geç yirmi dört saat içinde yetkili hâkim veya mahkeme önüne çıkarılmıyorsa, aynı süre içinde yakalandığı yer adliyesinde, mevcut değil ise en yakın adliyede kurulu sesli ve görüntülü iletişim sisteminin kullanılması suretiyle yetkili hâkim veya mahkeme tarafından bu kişinin sorgusu yapılır veya ifadesi alınır.

Madde 95. Yakalanan veya gözaltına alınanın durumunun yakınlarına bildirilmesi

(1) Şüpheli veya sanık yakalandığında, gözaltına alındığında veya gözaltı süresi uzatıldığında, Cumhuriyet savcısının emriyle bir yakınına veya belirlediği bir kişiye gecikmeksizin haber verilir.

(2) Yakalanan veya gözaltına alınan yabancı ise, yazılı olarak karşı çıkması halinde, durumu, vatandaşı olduğu devletin konsolosluğuna bildirilir.

Madde 96. Yakalamanın ilgililere bildirilmesi

(1) Soruşturma ve kovuşturması şikâyete bağlı olan suç hakkında 90 ıncı maddenin üçüncü fıkrasına göre şikâyetten önce şüpheli yakalanmış olursa şikâyete yetkili olan kimseye ve bunlar birden fazla ise hiç olmazsa birine yakalama bildirilir.

briefs im Ermittlungs- oder Hauptverfahren festgenommen wurde, wird spätestens innerhalb von vierundzwanzig Stunden dem zuständigen Richter oder dem Gericht vorgeführt.

(2) Kann die festgenommene Person nicht spätestens innerhalb von vierundzwanzig Stunden dem zuständigen Richter oder Gericht vorgeführt werden, so wird ihre Vernehmung oder Befragung vom zuständigen Richter oder vom Gericht durch den Einsatz eines Ton- und Bildübertragungssystems im Justizgebäude ihres Festnahmeorts, und wenn ein solches nicht vorhanden ist, durch das in dem nächstgelegenen Justizgebäude installierte System durchgeführt.

§ 95. Benachrichtigung der Angehörigen von der Lage des Festgenommenen oder Verwahrten

(1) Wird der Beschuldigte oder Angeklagte festgenommen, in Gewahrsam genommen oder wird die Gewahrsamsfrist verlängert, so ist auf Anweisung des Staatsanwalts ein Angehöriger oder eine Person seiner Wahl unverzüglich über die Maßnahmen zu benachrichtigen.

(2) Ist der Festgenommene oder Verwahrte ein Ausländer, so wird das Konsulat seines Heimatstaates von seiner Lage in Kenntnis gesetzt, sofern er dem nicht schriftlich widerspricht.

§ 96. Benachrichtigung der betroffenen Personen von der Festnahme

(1) Wird der Beschuldigte wegen einer Straftat, deren Verfolgung von einem Strafantrag abhängt, nach § 90 Abs. 3 vor der Stellung des Strafantrags festgenommen, so ist der Antragsberechtigte, und wenn mehrere Antragsberechtigte vorhanden sind, mindestens einer von

Madde 97. Yakalama tutanağı

(1) Yakalama işlemi bir tutanağa bağlanır. Bu tutanağa yakalananın, hangi suç nedeniyle, hangi koşullarda, hangi yer ve zamanda yakalandığı, yakalamayı kimlerin yaptığı, hangi kolluk mensubunca tespit edildiği, haklarının tam olarak anlatıldığı açıkça yazılır.

Madde 98. Yakalama emri ve nedenleri

(1) (Değişik: 25/5/2005 – 5353/10 md.) Soruşturma evresinde çağrı üzerine gelmeyen veya çağrı yapılamayan şüpheli hakkında, Cumhuriyet savcısının istemi üzerine sulh ceza hâkimi tarafından yakalama emri düzenlenebilir. Ayrıca, tutuklama isteminin reddi kararına itiraz halinde, itiraz mercii tarafından da yakalama emri düzenlenebilir.

(2) Yakalanmış iken kolluk görevlisinin elinden kaçan şüpheli veya sanık ya da tutukevi veya ceza infaz kurumundan kaçan tutuklu veya hükümlü hakkında Cumhuriyet savcıları ve kolluk kuvvetleri de yakalama emri düzenleyebilirler.

(3) Kovuşturma evresinde kaçak sanık hakkında yakalama emri re'sen veya Cumhuriyet savcısının istemi üzerine hâkim veya mahkeme tarafından düzenlenir.

(4) Yakalama emrinde, kişinin açık eşkâli, bilindiğinde kimliği ve yük-

ihnen über die Festnahme zu benachrichtigen.

§ 97. Festnahmeprotokoll

(1) Der Festnahmeakt ist in einem Protokoll festzuhalten. Im Protokoll ist genau niederzulegen, wegen welcher Straftat und aus welchen Gründen, unter welchen Umständen, wo und wann die Person festgenommen wurde, welche Personen die Festnahme ausgeführt, von welchem Polizeibeamten dies festgestellt wurde und dass die Person über ihre Rechte vollständig unterrichtet wurde.

§ 98. Steckbrief und die Gründe dafür

(1) (Geändert durch § 10 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Im Ermittlungsverfahren kann gegen den Beschuldigten, der auf die Ladung hin nicht erschienen ist oder dessen Ladung unmöglich ist, auf Antrag des Staatsanwalts vom Friedensrichter in Strafsachen ein Steckbrief erlassen werden. Außerdem kann von der Beschwerdeinstanz selbst ein Steckbrief erlassen werden, wenn gegen die Ablehnung des Haftantrags Beschwerde eingelegt wurde.

(2) Gegen den festgenommenen Beschuldigten oder Angeklagten, der dem Polizeibeamten entflohen ist, oder den Untersuchungshäftling oder den Verurteilten, der aus der Untersuchungshaft- oder Strafvollstreckungsanstalt entflohen ist, können auch die Staatsanwälte oder die Polizeibehörden einen Steckbrief erlassen.

(3) Gegen den flüchtigen Angeklagten im Hauptverfahren ist der Steckbrief von Amts wegen oder auf Antrag des Staatsanwalts vom Richter oder vom Gericht zu erlassen.

(4) Im Steckbrief sind die genauen körperlichen Merkmale, die bekannten Per-

nen suç ile yakalandığında nereye gönderileceği gösterilir.

Madde 99. Yönetmelik

(1) Gözaltına alınan kişilerin bulundurulacakları nezarethanelerin maddi koşulları, bu kişinin hangi görevlinin sorumluluğuna bırakılacağı, sağlık kontrolünün nasıl yapılacağı, gözaltı işlemlerine ilişkin kayıt ve defterlerin nasıl tutulacağı, gözaltına alınmanın başlangıcında ve bu tedbire son verildiğinde hangi tutanakların tutulacağı ve gözaltına alınan kişiye hangi belgelerin verileceği ile kolluk tarafından gerçekleştirilen yakalama işlemlerinin yürütülmesinde uyulacak kurallar, yönetmelikte gösterilir.

İkinci Bölüm Tutuklama

Madde 100. Tutuklama nedenleri

(1) Kuvvetli suç şüphesinin varlığını gösteren somut delillerin ve bir tutuklama nedeninin bulunması halinde, şüpheli veya sanık hakkında tutuklama kararı verilebilir. İşin önemi, verilmesi beklenen ceza veya güvenlik tedbiri ile ölçülü olmaması halinde, tutuklama kararı verilemez.

(2) Aşağıdaki hallerde bir tutuklama nedeni var sayılabilir:

- a) Şüpheli veya sanığın kaçması, saklanması veya kaçacağı şüphesini uyandıran somut olgular varsa.
- b) Şüpheli veya sanığın davranışları;

sonalien der Person und die ihr zur Last gelegte Straftat sowie der Ort zu bezeichnen, an den sie im Falle der Festnahme zu verbringen ist.

§ 99. Verordnung

(1) In einer Verordnung wird Folgendes geregelt: die materiellen Bedingungen der Gewahrsamsräume, in denen die verwahrten Personen untergebracht werden, wessen Verantwortlichkeit die verwahrte Person überlassen wird, wie die Gesundheitskontrolle vorzunehmen ist, wie die Hefte und das Register des Gewahrsams zu führen sind, welche Protokolle zu Anfang und Ende der Gewahrsamnahme zu erstellen sind und welche Dokumente dem Verwahrten auszuhändigen sind sowie die Vorschriften, die bei der Vollziehung der Festnahmehandlung durch die Polizei anzuwenden sind.

Zweiter Abschnitt Untersuchungshaft

§ 100. Untersuchungshaftgründe

(1) Gegen den Beschuldigten oder Angeklagten kann ein Haftbefehl erlassen werden, wenn konkrete Beweise, die einen dringenden Tatverdacht erkennen lassen, und ein Haftgrund vorliegen. Der Haftbefehl darf nicht erlassen werden, wenn er in Anbetracht der Bedeutung der Sache, der zu erwartenden Strafe oder der Sicherungsmaßregel unverhältnismäßig ist.

(2) In folgenden Fällen kann das Vorliegen eines Haftgrunds bejaht werden:

- a) wenn der Beschuldigte oder der Angeklagte flüchtig war, sich verborgen hielt oder wenn konkrete Tatsachen vorliegen, die den Verdacht wecken, dass er sich entziehen wird,
- b) wenn das Verhalten des Beschuldig-

1. Delilleri yok etme, gizleme veya değiştirme,
2. Tanık, mağdur veya başkaları üzerinde baskı yapılması girişiminde bulunma,

Hususlarında kuvvetli şüphe oluşturuyorsa.

(3) Aşağıdaki suçların işlendiği hususunda kuvvetli şüphe sebeplerinin varlığı halinde, tutuklama nedeni var sayılabilir:

- a) 26.9.2004 tarihli ve 5237 sayılı Türk Ceza Kanununda yer alan;
 1. Soykırım ve insanlığa karşı suçlar (madde 76, 77, 78),
 2. Kasten öldürme (madde 81, 82, 83),
 3. (Ek: 6/12/2006 – 5560/17 md.) Silahla işlenmiş kasten yaralama (madde 86, fıkra 3, bent e) ve neticesi sebebiyle ağırlaşmış kasten yaralama (madde 87),
 4. İşkence (madde 94, 95)
 5. Cinsel saldırı (birinci fıkra hariç, madde 102),
 6. Çocukların cinsel istismarı (madde 103),
 7. (Ek: 6/12/2006 – 5560/17 md.) Hırsızlık (madde 141, 142) ve yağma (madde 148, 149),
 8. Uyuşturucu veya uyarıcı madde imal ve ticareti (madde 188),
 9. Suç işlemek amacıyla örgüt kurma (iki, yedi ve sekizinci fıkralar hariç, madde 220),
 10. Devletin Güvenliğine Karşı Suç-

ten oder des Angeklagten den dringenden Verdacht begründet, dass

1. Beweismittel vernichtet, beiseitegeschafft oder verändert werden,
2. Anstalten getroffen werden, um auf Zeugen, Verletzte oder andere Personen Druck auszuüben.

(3) Liegen dringende Verdachtsgründe dafür vor, dass die nachstehend aufgeführten Straftaten begangen wurden, so kann das Vorliegen eines Haftgrunds bejaht werden:

- a) aus dem Türkischen Strafgesetzbuch (Gesetz Nr. 5237 v. 26.9.2004):
 1. Völkermord und Straftaten gegen die Menschlichkeit (§§ 76, 77, 78),
 2. Vorsätzliche Tötung (§§ 81, 82, 83),
 3. (Hinzugefügt: § 17 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Vorsätzliche Körperverletzung mit einer Waffe (§ 86 Abs. 3 lit. (e)) und schwere Körperverletzung (§ 87),
 4. Folter (§§ 94, 95),
 5. Sexueller Angriff (§ 102 außer Abs. 1),
 6. Sexueller Missbrauch von Kindern (§ 103),
 7. (Hinzugefügt: § 17 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Diebstahl (§§ 141, 142) und Raub (§§ 148, 149),
 8. Herstellung von oder Handel mit Betäubungs- oder Aufputzmitteln (§ 188),
 9. Gründung einer Vereinigung zwecks Begehung von Straftaten (§ 220 außer Abs. 2, 7 und 8),
 10. Straftaten gegen die Sicherheit

lar (madde 302, 303, 304, 307, 308),

11. Anayasal Düzene ve Bu Düzenin İşleyişine Karşı Suçlar (madde 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315),

- b) 10.7.1953 tarihli ve 6136 sayılı Ateşli Silahlar ve Bıçaklar ile Diğer Aletler Hakkında Kanunda tanımlanan silah kaçakçılığı (madde 12) suçları.
- c) 18.6.1999 tarihli ve 4389 sayılı Bankalar Kanununun 22 nci maddesinin (3) ve (4) numaralı fıkralarında tanımlanan zimmet suçu.
- d) 10.7.2003 tarihli ve 4926 sayılı Kaçakçılıkla Mücadele Kanununda tanımlanan ve hapis cezasını gerektiren suçlar.
- e) 21.7.1983 tarihli ve 2863 sayılı Kültür ve Tabiat Varlıklarını Koruma Kanununun 68 ve 74 üncü maddelerinde tanımlanan suçlar.
- f) 31.8.1956 tarihli ve 6831 sayılı Orman Kanununun 110 uncu maddesinin dört ve beşinci fıkralarında tanımlanan kasten orman yakma suçları.
- g) (Ek: 27/3/2015 – 6638/14 md.) 6/10/1983 tarihli ve 2911 sayılı Toplantı ve Gösteri Yürüyüşleri Kanununun 33 üncü maddesinde sayılan suçlar.
- h) (Ek: 27/3/2015 – 6638/14 md.) 12/4/1991 tarihli ve 3713 sayılı Terörle Mücadele Kanununun 7 nci maddesinin üçüncü fıkrasında belirtilen suçlar.

(4) (Değişik: 2/7/2012 – 6352/96 md.) Sadece adli para cezasını gerektiren suçlarda veya vücut dokunulmazlığına karşı kasten işlenenler hariç olmak üzere hapis cezasının üst sınırı iki

des Staates (§§ 302, 303, 304, 307, 308),

11. Straftaten gegen die Verfassungsordnung und ihr Funktionieren (§§ 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315).

- b) Straftaten (§ 12), die im Gesetz über Feuerwaffen und Messer sowie andere Werkzeuge Nr. 6136 v. 10.7.1953 als Waffenschmuggel definiert sind.
- c) Straftat, die in § 22 Abs. 3 und 4 des Bankengesetzes Nr. 4389 v. 18.6.1999 als Bestechlichkeit definiert ist.
- d) Straftaten, die im Schmuggelbekämpfungsgesetz Nr. 4926 v. 10.7.2003 definiert sind und eine Haftstrafe zur Folge haben.
- e) Straftaten, die in §§ 68 und 74 des Gesetzes zum Schutz von Kultur- und Naturgütern Nr. 2863 v. 21.7.1983 definiert sind.
- f) Delikte der vorsätzlichen Herbeiführung eines Waldbrands, die in § 110 Abs. 4 und 5 des Forstgesetzes Nr. 6831 v. 31.8.1956 definiert sind.
- g) (Hinzugefügt durch § 14 Ges. Nr. 6638 v. 27.3.2015) Straftaten, die in § 33 Abs. 1 des Versammlungs- und Demonstrationsgesetzes Nr. 2911 v. 6.10.1983 definiert sind.
- h) (Hinzugefügt durch § 14 Ges. Nr. 6638 v. 27.3.2015) Straftaten, die in § 7 Abs. 3 des Terrorbekämpfungsgesetzes Nr. 3713 v. 12.4.1991 definiert sind.

(4) (Geändert durch § 96 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012) Bei Straftaten, die nur mit einer Geldstrafe oder, abgesehen von vorsätzlich gegen die körperliche Unversehrtheit begangenen Taten, mit einer

yıldan fazla olmayan suçlarda tutuklama kararı verilemez.

Madde 101. Tutuklama kararı

(1) Soruşturma evresinde şüphelinin tutuklanmasına Cumhuriyet savcısının istemi üzerine sulh ceza hâkimi tarafından, kovuşturma evresinde sanığın tutuklanmasına Cumhuriyet savcısının istemi üzerine veya re'sen mahkemece karar verilir. Bu istemlerde mutlaka gerekçe gösterilir ve adli kontrol uygulamasının yetersiz kalacağını belirten hukukî ve fiilî nedenlere yer verilir.

(2) (Değişik: 2/7/2012 – 6352/97 md.) Tutuklamaya, tutuklamanın devamına veya bu husustaki bir tahliye isteminin reddine ilişkin kararlarda;

- a) Kuvvetli suç şüphesini,
- b) Tutuklama nedenlerinin varlığını,
- c) Tutuklama tedbirinin ölçülü olduğunu,

gösteren deliller somut olgularla gerekçelendirilerek açıkça gösterilir. Kararın içeriği şüpheli veya sanığa sözlü olarak bildirilir, ayrıca bir örneği yazılmak suretiyle kendilerine verilir ve bu husus kararda belirtilir.

(3) Tutuklama istenildiğinde, şüpheli veya sanık, kendisinin seçeceği veya baro tarafından görevlendirilecek bir müdafinin yardımından yararlanır.

(4) Tutuklama kararı verilmezse, şüpheli veya sanık derhâl serbest bırakılır.

Haftstrafe von nicht mehr als zwei Jahren bedroht sind, darf kein Haftbefehl erlassen werden.

§ 101. Haftbefehl

(1) Gegen den Beschuldigten im Ermittlungsverfahren wird ein Haftbefehl durch den Friedensrichter in Strafsachen auf Antrag des Staatsanwalts, gegen den Angeklagten im Hauptverfahren durch das Gericht auf Antrag des Staatsanwalts oder von Amts wegen erlassen. Diese Anträge sind stets mit einer Begründung zu versehen und rechtliche und tatsächliche Gründe dafür anzugeben, dass die justizielle Kontrolle allein nicht genügen würde.

(2) (Geändert durch § 97 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012) In dem Haftbefehl, in der Anordnung seiner Aufrechterhaltung oder in der Verwerfung eines diesbezüglichen Aufhebungsantrags sind Beweise, die

- a) einen dringenden Tatverdacht,
- b) das Vorliegen der Haftgründe,
- c) die Angemessenheit der Verhaftungsmaßnahme

erkennen lassen, genau anzuführen, indem diese Beweise mit konkreten Tatsachen begründet werden. Der Inhalt des Haftbefehls ist dem Beschuldigten oder Angeklagten mündlich bekanntzugeben, zudem ist eine Abschrift davon anzufertigen und ihm auszuhändigen. Dieser Umstand wird im Haftbefehl vermerkt.

(3) Wird Untersuchungshaft beantragt, so bedient sich der Beschuldigte oder Angeklagte des Beistands eines Verteidigers seiner Wahl oder eines Verteidigers, der ihm von der Anwaltskammer zugewiesen wird.

(4) Wird kein Haftbefehl erlassen, so ist der Beschuldigte oder Angeklagte sofort freizulassen.

(5) Bu madde ile 100 üncü madde gereğince verilen kararlara itiraz edilebilir.

Madde 102. Tutuklulukta geçecek süre

(1) (Değişik: 6/12/2006 – 5560/18 md.) Ağır ceza mahkemesinin görevine girmeyen işlerde tutukluluk süresi en çok bir yıldır. Ancak bu süre, zorunlu hallerde gerekçeleri gösterilerek altı ay daha uzatılabilir.

(2) Ağır ceza mahkemesinin görevine giren işlerde, tutukluluk süresi en çok iki yıldır. Bu süre, zorunlu hallerde, gerekçesi gösterilerek uzatılabilir; uzatma süresi toplam üç yılı geçemez.

(3) Bu maddede öngörülen uzatma kararları, Cumhuriyet savcısının, şüpheli veya sanık ile müdafinin görüşleri alındıktan sonra verilir.

Madde 103. Cumhuriyet savcısının tutuklama kararının geri alınmasını istemesi

(1) Cumhuriyet savcısı, şüphelinin adli kontrol altına alınarak serbest bırakılmasını sulh ceza hâkiminden isteyebilir. Hakkında tutuklama kararı verilmiş şüpheli ve müdafii de aynı istemde bulunabilirler. (Mülga üçüncü cümle: 25/5/2005 – 5353/12 md.)

(2) Soruşturma evresinde Cumhuriyet savcısı adli kontrol veya tutuklamanın

(5) Gegen Entscheidungen, die nach diesem Paragraphen sowie nach § 100 ergehen, kann Beschwerde eingelegt werden.

§ 102. Dauer der Untersuchungshaft

(1) (Geändert durch § 18 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Bei Strafsachen, die nicht in die sachliche Zuständigkeit des Gerichts für schwere Strafsachen fallen, beträgt die Dauer der Untersuchungshaft höchstens ein Jahr. Allerdings kann diese Frist in zwingenden Fällen unter Vorlage einer Begründung um sechs Monate verlängert werden.

(2) Bei Strafsachen, die in die sachliche Zuständigkeit des Gerichts für schwere Strafsachen fallen, beträgt die Dauer der Untersuchungshaft höchstens zwei Jahre. Diese Frist kann in zwingenden Fällen mit Begründung verlängert werden; die Verlängerung darf insgesamt drei Jahre nicht überschreiten.

(3) Die in diesem Paragraphen vorgesehenen Verlängerungsentscheidungen sind nach der Einholung von Stellungnahmen des Staatsanwalts, des Beschuldigten oder des Angeklagten sowie dessen Verteidigers zu fällen.

§ 103. Antrag des Staatsanwalts auf Aufhebung des Haftbefehls

(1) Der Staatsanwalt kann beim Friedensrichter in Strafsachen die Freilassung des Beschuldigten unter Verhängung von justizieller Kontrolle beantragen. Auch der Beschuldigte, gegen den der Haftbefehl erlassen wurde, oder sein Verteidiger kann denselben Antrag stellen. (Dritter Satz gestrichen durch § 12 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005)

(2) Gelangt der Staatsanwalt im Ermittlungsverfahren zu der Überzeugung,

artık gereksiz olduğu kanısına varacak olursa, şüpheliyi re'sen serbest bırakır. Kovuşturmaya yer olmadığı kararı verildiğinde şüpheli serbest kalır.

Madde 104. Şüpheli veya sanığın salıverilme istemleri

(1) Soruşturma ve kovuşturma evrelerinin her aşamasında şüpheli veya sanık salıverilmesini isteyebilir.

(2) Şüpheli veya sanığın tutukluluk hâlinin devamına veya salıverilmesine hâkim veya mahkemece karar verilir. Ret kararına itiraz edilebilir.

(3) Dosya bölge adliye mahkemesine veya Yargıtaya geldiğinde salıverilme istemi hakkındaki karar, bölge adliye mahkemesi veya Yargıtay ilgili dairesi veya Yargıtay Ceza Genel Kurulunca dosya üzerinde yapılacak incelemelerden sonra verilir; bu karar re'sen de verilebilir.

Madde 105. Usul (Değişik: 25/5/2005 – 5353/13 md.)

(1) 103 ve 104 üncü maddeler uyarınca yapılan istem üzerine, merciince Cumhuriyet savcısı, şüpheli, sanık veya müdafinin görüşü alındıktan sonra, üç gün içinde istemin kabulüne, reddine veya adli kontrol uygulanmasına karar verilir. (Ek cümle: 24/11/2016 – 6763/23 md.) 103 üncü maddenin birinci fıkrasının birinci cümlesi uyarınca yapılan istemler hariç olmak üzere örgüt faaliyeti çerçevesinde işlenen suçlar bakımından bu süre yedi gün olarak uygulanır. (Ek cümle: 11/4/2013 – 6459/15

dass die justizielle Kontrolle oder Untersuchungshaft nicht mehr erforderlich ist, so kann er den Beschuldigten von Amts wegen freilassen. Wird die Einstellung des Verfahrens angeordnet, so kommt der Beschuldigte auf freien Fuß.

§ 104. Antrag des Beschuldigten oder Angeklagten auf Entlassung

(1) In jedem Stadium des Ermittlungs- oder Hauptverfahrens kann der Beschuldigte oder Angeklagte seine Entlassung beantragen.

(2) Über die Fortsetzung der Untersuchungshaft oder die Entlassung des Beschuldigten oder Angeklagten entscheidet der Richter oder das Gericht. Gegen die Verwerfungsentscheidung kann Beschwerde eingelegt werden.

(3) Kommt die Rechtssache vor das Regionalgericht oder den Kassationsgerichtshof, so entscheidet über Anträge auf Freilassung das Regionalgericht oder die zuständige Kammer des Kassationsgerichtshofs oder der Große Strafsenat des Kassationsgerichtshofs durch Prüfung nach Aktenlage; diese Entscheidung kann auch von Amts wegen getroffen werden.

§ 105. Verfahren (geändert durch § 13 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005)

(1) Auf die Anträge nach §§ 103 oder 104 gibt die zuständige Instanz binnen drei Tagen, nachdem die Stellungnahme des Staatsanwalts, des Beschuldigten, des Angeklagten oder des Verteidigers eingeholt worden ist, dem Gesuch statt, verwirft es oder ordnet justizielle Kontrolle an. (Satz hinzugefügt durch § 23 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Abgesehen von Anträgen, die nach dem ersten Satz des § 103 Abs. 1 geregelt wurden, beträgt diese Frist bei Strafen, die im Rahmen der Aktivitäten einer Vereini-

md.) Duruşma dışında bu karar verilirken Cumhuriyet savcısı, şüpheli, sanık veya müdafinin görüşü alınmaz. Bu kararlara itiraz edilebilir.

Madde 106. Salıverilenin yükümlülükleri

(1) Salıverilmeden önce şüpheli veya sanık, yetkili yargı merciine veya tutukevinin müdürüne adresini ve varsa telefon numarasını bildirmekle yükümlüdür.

(2) Şüpheli veya sanığa soruşturmanın veya kovuşturmanın sona erdirileceği tarihe kadar, yeniden beyanda bulunmak suretiyle veya iadeli taahhütlü mektupla önceden verdiği adreslerdeki her türlü değişiklikleri bildirmesi ihtar olunur; ayrıca, ihtarla uygun hareket etmediğinde, önceden bildirdiği adrese tebligatın yapılacağı bildirilir. Bu ihtarların yapıldığını belirten ve yeni adresleri içeren tutanak veya tutukevi müdürünün düzenleyeceği belgenin aslı veya örneği yargı merciine gönderilir.

Madde 107. Tutuklananın durumunun yakınlarına bildirilmesi

(1) Tutuklamadan ve tutuklanmanın uzatılmasına ilişkin her karardan tutuklananın bir yakınına veya belirlediği bir kişiye, hâkimin kararıyla gecikmeksizin haber verilir.

gung begangen wurden, sieben Tage. (Satz hinzugefügt durch § 15 Ges. Nr. 6459 v. 11.4.2013) Bei einer Entscheidung außerhalb der Hauptverhandlung werden die Stellungnahmen des Staatsanwalts, des Beschuldigten, des Angeklagten oder des Verteidigers nicht eingeholt. Gegen diese Entscheidungen kann Beschwerde eingelegt werden.

§ 106. Pflichten des Freigelassenen

(1) Der Beschuldigte oder Angeklagte ist verpflichtet, vor der Freilassung der zuständigen Justizinstanz oder dem Direktor der Untersuchungshaftanstalt seine Adresse und, wenn vorhanden, seine Telefonnummer mitzuteilen.

(2) Der Beschuldigte oder Angeklagte wird darauf aufmerksam gemacht, dass er bis zum Abschlussdatum des Ermittlungs- oder Hauptverfahrens jede Änderung seiner bereits angegebenen Adresse durch eine erneute Erklärung oder einen Brief per Einschreiben mitzuteilen hat; außerdem erfolgt die Belehrung, dass die Zustellung an die angegebene Anschrift durchgeführt wird, wenn er nicht entsprechend der Belehrung handelt. Das Protokoll bzw. die Urschrift des vom Direktor der Untersuchungshaftanstalt angefertigten Dokuments oder seine Abschrift, die die neuen Anschriften enthält und feststellt, dass dieser Hinweis erteilt wurde, ist der zuständigen Justizinstanz zu senden.

§ 107. Benachrichtigung von Angehörigen des Verhafteten über seine Lage

(1) Von der Verhaftung und von jeder Entscheidung über die Verlängerung der Untersuchungshaft wird ein Angehöriger des Inhaftierten oder eine Person seiner Wahl durch richterlichen Beschluss unverzüglich benachrichtigt.

(2) Ayrıca, soruşturmanın amacını tehlikeye düşürmemek kaydıyla, tutuklunun tutuklamayı bir yakınına veya belirlediği bir kişiye bizzat bildirmesine de izin verilir.

(3) Şüpheli veya sanık yabancı olduğunda tutuklanma durumu, yazılı olarak karşı çıkmaması halinde, vatandaş olduğu devletin konsolosluğuna bildirilir.

Madde 108. Tutukluluğun incelenmesi

(1) Soruşturma evresinde şüphelinin tutukevinde bulunduğu süre içinde ve en geç otuzar günlük süreler itibarıyla tutukluluk hâlinin devamının gerekip gerekmeyeceği hususunda, Cumhuriyet savcısının istemi üzerine sulh ceza hâkimi tarafından 100 üncü madde hükümleri göz önünde bulundurularak, şüpheli veya müdafii dinlenilmek suretiyle karar verilir.

(2) Tutukluluk durumunun incelenmesi, yukarıdaki fıkrada öngörülen süre içinde şüpheli tarafından da istenebilir.

(3) Hâkim veya mahkeme, tutukevinde bulunan sanığın tutukluluk hâlinin devamının gerekip gerekmeyeceğine her oturumda veya koşullar gerektirdiğinde oturumlar arasında ya da birinci fıkrada öngörülen süre içinde de re'sen karar verir.

Üçüncü Bölüm Adli Kontrol

Madde 109. Adli kontrol

(1) (Değişik: 2/7/2012 – 6352/98 md.) Bir suç sebebiyle yürütülen soruşturmada, 100 üncü maddede belirtilen

(2) Außerdem wird, sofern es den Untersuchungszweck nicht gefährdet, dem Untersuchungshäftling gestattet, einen Angehörigen oder eine Person seiner Wahl über die Verhaftung selbst zu benachrichtigen.

(3) Ist der Beschuldigte oder Angeklagte ein Ausländer, so wird die Verhaftung dem Konsulat seines Heimatstaats mitgeteilt, solange er dem nicht schriftlich widerspricht.

§ 108. Haftprüfung

(1) Im Ermittlungsverfahren wird, solange sich der Beschuldigte in einer Untersuchungshaftanstalt befindet, jeweils spätestens binnen 30 Tagen auf Antrag des Staatsanwalts durch den Friedensrichter in Strafsachen unter Berücksichtigung des § 100 und nach Anhörung des Beschuldigten oder seines Verteidigers geprüft, ob die Fortsetzung der Untersuchungshaft notwendig ist.

(2) Die Prüfung der Untersuchungshaft kann binnen der in dem obigen Absatz vorgesehenen Frist auch vom Beschuldigten beantragt werden.

(3) Der Richter oder das Gericht prüft in jeder Sitzung oder, wenn Umstände dies erfordern, zwischen Sitzungen oder auch innerhalb der im ersten Absatz vorgesehenen Frist von Amts wegen, ob die Fortsetzung der Inhaftierung des Angeklagten, der sich in der Untersuchungshaftanstalt befindet, notwendig ist.

Dritter Abschnitt Justizielle Kontrolle

§ 109. Justizielle Kontrolle

(1) (Geändert durch § 98 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012) Im Ermittlungsverfahren wegen einer Straftat kann anstelle der

tutuklama sebeplerinin varlığı halinde, şüphelinin tutuklanması yerine adli kontrol altına alınmasına karar verilebilir.

(2) Kanunda tutuklama yasağı öngörülen hallerde de, adli kontrole ilişkin hükümler uygulanabilir.

(3) Adli kontrol, şüphelinin aşağıda gösterilen bir veya birden fazla yükümlülüğe tabi tutulmasını içerir:

- a) Yurt dışına çıkamamak.
- b) Hâkim tarafından belirlenen yerlere, belirtilen süreler içinde düzenli olarak başvurmak.
- c) Hâkimin belirttiği merci veya kişilerin çağrılarına ve gerektiğinde meslekî uğraşlarına ilişkin veya eğitime devam konularındaki kontrol tedbirlerine uymak.
- d) Her türlü taşıtları veya bunlardan bazılarını kullanamamak ve gerektiğinde kaleme, makbuz karşılığında sürücü belgesini teslim etmek.
- e) Özellikle uyuşturucu, uyarıcı veya uçucu maddeler ile alkol bağımlılığından arınmak amacıyla, hastaneye yatmak dahil, tedavi veya muayene tedbirlerine tâbi olmak ve bunları kabul etmek.
- f) Şüphelinin parasal durumu göz önünde bulundurularak, miktarı ve bir defada veya birden çok taksitlerle ödeme süreleri, Cumhuriyet savcısının isteği üzerine hâkimce belirlenecek bir güvence miktarını yatırmak.
- g) Silâh bulunduramamak veya taşı-

Verhaftung des Beschuldigten die justizielle Kontrolle angeordnet werden, wenn die in § 100 genannten Untersuchungshaftgründe vorliegen.

(2) Die Vorschriften über die justizielle Kontrolle können auch dann angewendet werden, wenn im Gesetz ein Verbot der Untersuchungshaft vorgesehen ist.

(3) Die justizielle Kontrolle hat zur Folge, dass gegen den Beschuldigten eine oder mehrere der unten aufgeführten Auflagen verhängt werden:

- a) Ausreiseverbot.
- b) Regelmäßige Meldung bei vom Richter bestimmten Stellen innerhalb angegebener Fristen.
- c) Befolgung von Ladungen der vom Richter bestimmten Instanzen oder Personen und erforderlichenfalls Erfüllung der Auflagen bezüglich einer beruflichen Beschäftigung oder der Fortsetzung einer Ausbildung.
- d) Fahrverbot, bezogen auf alle oder einige Fahrzeuge und erforderlichenfalls die Abgabe des Führerscheins gegen eine Bescheinigung bei der Gerichtsstelle.
- e) Zustimmung zur Durchführung einer Untersuchung oder Behandlung einschließlich einer Unterbringung in einem Krankenhaus, um insbesondere sich von der Abhängigkeit von Betäubungs- oder Aufputzmitteln oder Schnüffeldrogen und Alkohol zu befreien.
- f) Hinterlegung einer Sicherheitssumme, deren Höhe, Einmal- oder Ratenzahlung sowie Zahlungsfristen auf Antrag des Staatsanwalts unter Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse des Beschuldigten durch den Richter bestimmt werden.
- g) Verbot des Besitzes oder des Tra-

yamamak, gerektiğinde sahip olunan silâhları makbuz karşılığında adli emanete teslim etmek.

- h) Cumhuriyet savcısının istemi üzerine hâkim tarafından miktarı ve ödeme süresi belirlenecek parayı suç mağdurunun haklarını güvence altına almak üzere aynı veya kişisel güvenceye bağlamak.
- i) Aile yükümlülüklerini yerine getireceğine ve adli kararlar gereğince ödemeye mahkûm edildiği nafakayı düzenli olarak ödeyeceğine dair güvence vermek.
- j) (Ek: 2/7/2012 – 6352/98 md.) Konutunu terk etmemek.
- k) (Ek: 2/7/2012 – 6352/98 md.) Belirli bir yerleşim bölgesini terk etmemek.
- l) (Ek: 2/7/2012 – 6352/98 md.) Belirlenen yer veya bölgelere gitmemek.

(4) (Ek: 25/5/2005 – 5353/14 md.; Mülga: 2/7/2012 – 6352/98 md.)

(5) Hâkim veya Cumhuriyet savcısı (d) bendinde belirtilen yükümlülüğün uygulamasında şüphelinin meslekî uğraşlarında araç kullanmasına sürekli veya geçici olarak izin verebilir.

(6) Adli kontrol altında geçen süre, şahsî hürriyeti sınırlama sebebi sayılarak cezadan mahsup edilemez. Bu hüküm, maddenin üçüncü fıkrasının (e) bendinde belirtilen hallerde uygulanmaz.

(7) (Ek: 6/12/2006 – 5560/19 md.) Kanunlarda öngörülen tutukluluk sürelerinin dolması nedeniyle salıverilenler hakkında adli kontrole ilişkin hükümler

gens einer Waffe, erforderlichenfalls die Abgabe in seinem Besitz befindlicher Waffen in die Verwahrung der Justiz gegen eine Quittung.

- h) Leistung einer persönlichen Bürgschaft oder einer Kaution, deren Summe und Zahlungsfrist auf Antrag des Staatsanwalts vom Richter bestimmt werden, um die Rechte des Verletzten abzusichern.
- i) Leistung einer Sicherheit dafür, dass er seine familiären Pflichten erfüllen und regelmäßig den Unterhalt zahlen wird, zu dem er durch gerichtlichen Beschluss verurteilt wurde.
- j) (Hinzugefügt durch § 98 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012) Hausarrest.
- k) (Hinzugefügt durch § 98 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012) Verbot des Verlassens eines bestimmten Siedlungsgebietes.
- l) (Hinzugefügt durch § 98 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012) Nichtbetreten bestimmter Orte oder Regionen.

(4) (Hinzugefügt durch § 14 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005; gestrichen durch § 98 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012)

(5) Der Richter oder Staatsanwalt kann bei der Anwendung der in lit. (d) aufgeführten Auflage dem Beschuldigten gestatten, zur Ausübung seiner beruflichen Tätigkeiten dauernd oder vorläufig ein Fahrzeug zu benutzen.

(6) Die Zeitdauer der justiziellen Kontrolle darf nicht als persönliche Freiheitsentziehung angesehen und auf die Strafe angerechnet werden. Diese Bestimmung wird bei den in Abs. 3 lit. (e) aufgeführten Fällen nicht angewendet.

(7) (Hinzugefügt durch § 19 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Auf diejenigen, die wegen Ablaufs der in den Gesetzen vorgesehenen Fristen der Untersuchungs-

uygulanabilir.

Madde 110. Adli kontrol kararı ve hükmedecek merciler

(1) Şüpheli, Cumhuriyet savcısının istemi ve sulh ceza hâkiminin kararı ile soruşturma evresinin her aşamasında adli kontrol altına alınabilir.

(2) Hâkim, Cumhuriyet savcısının istemiyle, adli kontrol uygulamasında şüpheliyi bir veya birden çok yeni yükümlülük altına koyabilir; kontrolün içeriğini oluşturan yükümlülükleri bütünüyle veya kısmen kaldırabilir, değiştirebilir veya şüpheliyi bunlardan bazılarına uymaktan geçici olarak muaf tutabilir.

(3) 109 uncu madde ile bu madde hükümleri, gerekli görüldüğünde, görevli ve yetkili diğer yargı mercileri tarafından da, kovuşturma evresinin her aşamasında uygulanır.

Madde 111. Adli kontrol kararının kaldırılması

(1) Şüpheli veya sanığın istemi üzerine, Cumhuriyet savcısının görüşünü aldıktan sonra hâkim veya mahkeme 110 uncu maddenin ikinci fıkrasına göre beş gün içinde karar verebilir.

(2) Adli kontrole ilişkin kararlara itiraz edilebilir.

Madde 112. Tedbirlere uymama

(1) Adli kontrol hükümlerini isteyerek yerine getirmeyen şüpheli veya sanık

hafta freigelassen werden, können die Bestimmungen über die justizielle Kontrolle angewendet werden.

§ 110. Anordnung der justiziellen Kontrolle und Entscheidungsinstanzen

(1) Der Beschuldigte kann auf Antrag des Staatsanwalts und durch die Anordnung des Friedensrichters in Strafsachen in jedem Stadium des Ermittlungsverfahrens unter justizielle Kontrolle gestellt werden.

(2) Bei der justiziellen Kontrolle kann der Richter auf Antrag des Staatsanwalts den Beschuldigten einer oder mehreren neuen Auflagen unterwerfen, zur justiziellen Kontrolle gehörende Auflagen ganz oder teilweise aufheben, ändern oder den Beschuldigten von der Einhaltung gewisser Auflagen vorläufig befreien.

(3) § 109 und die Bestimmungen dieses Paragraphen werden in jeder Phase des Hauptverfahrens auch von den anderen sachlich und örtlich zuständigen Instanzen angewendet, wenn es als erforderlich angesehen wird.

§ 111. Aufhebung der justiziellen Kontrolle

(1) Auf Antrag des Beschuldigten oder Angeklagten kann der Richter oder das Gericht nach Einholung der Stellungnahme des Staatsanwalts binnen fünf Tagen entsprechend § 110 Abs. 2 entscheiden.

(2) Gegen die die justizielle Kontrolle betreffenden Beschlüsse kann Beschwerde eingelegt werden.

§ 112. Nichteinhaltung von Auflagen

(1) Gegen den Beschuldigten oder Angeklagten, der willentlich die Auflagen

hakkında, hükmedilebilecek hapis cezasının süresi ne olursa olsun, yetkili yargı mercii hemen tutuklama kararı verebilir.

(2) (Ek: 24/11/2016 – 6763/24 md.) Birinci fıkra hükmü, azami tutukluluk süresinin dolması nedeniyle verilen adli kontrol tedbirinin ihlali hâlinde de uygulanabilir. Ancak, bu durumda tutuklama süresi ağır ceza mahkemesinin görevine giren işlerde dokuz aydan, diğer işlerde iki aydan fazla olamaz.

Madde 113. Güvence

(1) Şüpheli veya sanık tarafından gösterilecek güvence, aşağıda yazılı hususların yerine getirilmesini sağlar:

a) Şüpheli veya sanığın bütün usul işlemlerinde, hükmün infazında veya altına alınabileceği diğer yükümlülükleri yerine getirmek üzere hazır bulunması.

b) Aşağıda gösterilen sıraya göre ödemelerin yapılması:

1. Katılanın yaptığı masraflar, suçun neden olduğu zararların giderilmesi ve eski hâle getirme; şüpheli veya sanık nafaka borçlarını ödememeleri nedeniyle kovuşturuluyorlarsa nafaka borçları.

2. Kamusal giderler.

3. Para cezaları.

(2) Şüpheli veya sanığı güvence göstermeye zorunlu kılan kararda, güvenenin karşıladığı kısımlar ayrı ayrı gösterilir.

der justiziellen Kontrolle nicht erfüllt, kann die zuständige Justizinstanz ungeachtet der Dauer einer möglicherweise zu verhängenden Haftstrafe sofort einen Haftbefehl erlassen.

(2) (Hinzugefügt durch § 24 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Der erste Absatz ist auch dann anzuwenden, wenn die justizielle Kontrolle aufgrund einer überschrittenen Höchstdauer der Untersuchungshaft angeordnet worden war. Allerdings darf in diesem Fall die Dauer der Untersuchungshaft in Strafsachen, die in die Zuständigkeit des Gerichts für schwere Straftaten fallen, neun Monate und in anderen Strafsachen zwei Monate nicht übersteigen.

§ 113. Kaution

(1) Die vom Beschuldigten oder Angeklagten bereitgestellte Kaution dient der Gewährleistung der folgenden Angelegenheiten:

a) Anwesenheit des Beschuldigten oder Angeklagten bei allen Untersuchungshandlungen, bei der Vollstreckung des Urteils oder der Erfüllung sonstiger Pflichten.

b) Begleichung von Rechnungen in der unten dargelegten Reihenfolge:

1. Ausgaben des Nebenklägers, Ersatz der durch die Straftat verursachten Schäden und Restitution; Unterhaltsschulden, wenn der Beschuldigte oder Angeklagte wegen der Nichtzahlung von Unterhaltsschulden verfolgt wird.

2. Öffentliche Kosten.

3. Geldstrafen.

(2) In der Entscheidung, die dem Beschuldigten oder Angeklagten die Bereitstellung der Kaution auferlegt, werden die durch die Kaution gedeckten Anteile einzeln ausgewiesen.

Madde 114. Önceden ödetme

(1) Hâkim, mahkeme veya Cumhuriyet savcısı, şüpheli veya sanığın rızasıyla güvencenin mağdurun haklarını karşılayan veya nafaka borcuna ilişkin bulunan kısımlarının, istedikleri takdirde, mağdura veya nafaka alacaklılarına verilmesini emredebilir.

(2) Soruşturma ve kovuşturmanın konusunu oluşturan olaylar nedeniyle, mağdur veya nafaka alacaklısı lehinde bir yargı kararı verilmiş ise, şüpheli veya sanığın rızası olmasa da ödemenin yapılması emredilebilir.

Madde 115. Güvencenin geri verilmesi

(1) Hükümlü, 113 üncü maddenin birinci fıkrasının (a) bendinde yazılı bütün yükümlülükleri yerine getirmiş ise güvencenin 113 üncü maddenin birinci fıkrasının (a) bendini karşılayan ve aynı maddenin ikinci fıkrasına göre verilecek kararda belirtilen kısmı kendisine geri verilir.

(2) Güvencenin, suç mağduruna veya nafaka alacaklısına verilmemiş olan ikinci kısmı, kovuşturmaya yer olmadığı veya beraat kararları verildiğinde de şüpheli veya sanığa geri verilir. Aksi hâlde, geçerli mazereti dışında, güvence Devlet Hazinesine gelir yazılır.

(3) Hükümlülük hâlinde güvence 113 üncü maddenin birinci fıkrasının (b) bendinde yer alan hükümlere göre kullanılır, fazlası geri verilir.

§ 114. Vorauszahlung

(1) Der Richter, das Gericht oder der Staatsanwalt kann mit der Zustimmung des Beschuldigten oder Angeklagten die Anordnung treffen, dass die Anteile der Kaution, die die Ansprüche des Verletzten decken oder die Unterhaltsschulden betreffen, dem Verletzten oder den Unterhaltsgläubigern gezahlt werden, wenn sie es verlangen.

(2) Ist wegen des Sachverhalts, der Gegenstand des Strafverfahrens ist, zugunsten des Verletzten oder des Unterhaltsgläubigers bereits ein Urteil ergangen, so kann die Auszahlung angeordnet werden, auch wenn keine Zustimmung des Beschuldigten oder Angeklagten vorliegt.

§ 115. Zurückerstattung der Kaution

(1) Hat der Verurteilte alle in § 113 Abs. 1 lit. (a) aufgeführten Auflagen erfüllt, so wird ihm der Anteil der Kaution, der § 113 Abs. 1 lit. (a) betrifft und der in dem gemäß Abs. 2 desselben Paragraphen zu fassenden Beschluss festgelegt wurde, zurückerstattet.

(2) Der zweite Anteil der Kaution, der nicht dem Verletzten oder dem Unterhaltsgläubiger gezahlt wurde, ist dem Beschuldigten oder Angeklagten zurückzuerstatten, wenn das Verfahren eingestellt wird oder ein Freispruch ergeht. Anderenfalls wird die Kaution der Staatskasse gutgeschrieben, es sei denn, dass ein zulässiger Entschuldigungsgrund vorliegt.

(3) Im Falle einer Verurteilung wird die Kaution nach den in § 113 Abs. 1 lit. (b) aufgeführten Maßgaben verwendet. Der Rest wird zurückerstattet.

Dördüncü Bölüm **Arama ve Elkoyma**

Madde 116. Şüpheli veya sanıkla ilgili arama

(1) Yakalanabileceği veya suç delillerinin elde edilebileceği hususunda makul şüphe varsa; şüphelinin veya sanığın üstü, eşyası, konutu, işyeri veya ona ait diğer yerler aranabilir.

Madde 117. Diğer kişilerle ilgili arama

(1) Şüphelinin veya sanığın yakalanabilmesi veya suç delillerinin elde edilebilmesi amacıyla, diğer bir kişinin de üstü, eşyası, konutu, işyeri veya ona ait diğer yerler aranabilir.

(2) Bu hâllerde aramanın yapılması, aranılan kişinin veya suçun delillerinin belirtilen yerlerde bulunduğu kabul edilebilmesine olanak sağlayan olayların varlığına bağlıdır.

(3) Bu sınırlama, şüphelinin veya sanığın bulunduğu yerler ile, izlendiği sırada girdiği yerler hakkında geçerli değildir.

Madde 118. Gece yapılacak arama

(1) Konutta, işyerinde veya diğer kapalı yerlerde gece vaktinde arama yapılamaz.

(2) Suçüstü veya gecikmesinde sakınca bulunan hâller ile yakalanmış veya gözaltına alınmış olup da firar eden kişi veya tutuklu veya hükümlünün tekrar yakalanması amacıyla yapılan aramalarda, birinci fıkra hükmü uygulanmaz.

Vierter Abschnitt **Durchsuchung und Beschlagnahme**

§ 116. Durchsuchung beim Beschuldigten oder Angeklagten

(1) Der Beschuldigte oder Angeklagte selbst, seine Sachen, Wohnung, Arbeitsstelle oder andere ihm gehörende Räume können durchsucht werden, wenn ein angemessener Verdacht vorliegt, dass er festgenommen werden kann oder Tatbeweise erlangt werden können.

§ 117. Durchsuchung bei anderen Personen

(1) Zur Festnahme des Beschuldigten oder Angeklagten oder zur Erlangung von Tatbeweisen können auch eine andere Person, ihre Sachen, Wohnung, Arbeitsstelle oder andere ihr gehörende Räume durchsucht werden.

(2) Die Durchsuchung in diesen Fällen setzt voraus, dass Tatsachen vorliegen, die die Annahme zulassen, dass sich die gesuchte Person oder die Tatbeweise in den genannten Räumen befinden.

(3) Diese Beschränkung gilt nicht hinsichtlich der Räume, in denen sich der Beschuldigte oder Angeklagte befindet oder die dieser während der Verfolgung betreten hat.

§ 118. Nächtliche Durchsuchung

(1) Zur Nachtzeit darf keine Durchsuchung der Wohnung, der Arbeitsstelle oder anderer geschlossener Räume vorgenommen werden.

(2) Auf die Durchsuchung, die bei Verfolgung eines auf frischer Tat ertappten oder bei Gefahr im Verzug sowie zum Zwecke der erneuten Festnahme einer zuvor festgenommenen oder in Gewahrsam genommenen und nun entwichenen Person oder eines Untersuchungshäft-

Madde 119. Arama kararı

(1) (Değişik: 25/5/2005 – 5353/15 md.) Hâkim kararı üzerine veya gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde Cumhuriyet savcısının, Cumhuriyet savcısına ulaşılamadığı hallerde ise kolluk amirinin yazılı emri ile kolluk görevlileri arama yapabilirler. Ancak, konutta, işyerinde ve kamuya açık olmayan kapalı alanlarda arama, hâkim kararı veya gecikmesinde sakınca bulunan hallerde Cumhuriyet savcısının yazılı emri ile yapılabilir. Kolluk amirinin yazılı emri ile yapılan arama sonuçları Cumhuriyet Başsavcılığına derhal bildirilir.

(2) Arama karar veya emrinde;

- a) Aramanın nedenini oluşturan fiil,
- b) Aranılacak kişi, aramanın yapılacağı konut veya diğer yerin adresi ya da eşya,
- c) Karar veya emrin geçerli olacağı zaman süresi,

Açıkça gösterilir.

(3) Arama tutanağına işlemi yapanların açık kimlikleri yazılır. (Mülga ikinci cümle: 25/5/2005 – 5353/15 md.)

(4) Cumhuriyet savcısı hazır olmaksızın konut, işyeri veya diğer kapalı yerlerde arama yapabilmek için o yer

lings oder Strafhaftlings vorgenommen wird, findet die Bestimmung des Abs. 1 keine Anwendung.

§ 119. Durchsuchungsbefehl

(1) (Geändert durch § 15 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Polizeibeamte dürfen eine Durchsuchung auf richterliche oder bei Gefahr im Verzug auf staatsanwaltliche Anordnung oder auf schriftliche Anweisung des Vorgesetzten der Polizeibehörde vornehmen, wenn der Staatsanwalt nicht erreichbar ist. Allerdings darf die Durchsuchung der Wohnung, des Arbeitsraums oder nichtöffentlicher geschlossener Räume nur auf richterliche oder bei Gefahr im Verzug auf schriftliche Anordnung des Staatsanwalts vorgenommen werden. Die Ergebnisse der Durchsuchung, die auf die schriftliche Anweisung des Vorgesetzten der Polizeibehörde vorgenommen worden ist, werden der Staatsanwaltschaft sofort mitgeteilt.

(2) Im Durchsuchungsbefehl oder in der Durchsuchungsanordnung werden

- a) die der Durchsuchung zugrunde liegende Tat,
- b) die zu durchsuchende Person, die Anschrift der Wohnung oder eines anderen Raums oder die Sachen, die zu durchsuchen sind,
- c) der Zeitraum, in dem der Befehl oder die Anordnung gültig ist,

genau angegeben.

(3) Im Durchsuchungsprotokoll werden die Personalien der Personen genau aufgeführt, die die Durchsuchung vornahmen. (Zweiter Satz gestrichen durch § 15 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005)

(4) Um die Durchsuchung der Wohnung, der Arbeitsstelle oder anderer geschlossener Räume in Abwesenheit des

ihhtiyar heyetinden veya komşulardan iki kiři bulundurulur.

(5) Askerî mahallerde yapılacak arama, Cumhuriyet savcısının istem ve katılımıyla askerî makamlar tarafından yerine getirilir.

Madde 120. Aramada hazır bulunabilecekler

(1) Aranacak yerlerin sahibi veya eşyanın zilyedi aramada hazır bulunabilir; kendisi bulunmazsa temsilcisi veya ayırt etme gücüne sahip hısımlarından biri veya kendisiyle birlikte oturmakta olan bir kiři veya komşusu hazır bulundurulur.

(2) 117 nci maddenin birinci fıkrasında gösterilen hâllerde zilyet ve bulunmazsa yerine çağrılacak kiřiye, aramaya başlamadan önce aramanın amacı hakkında bilgi verilir.

(3) Kişinin avukatının aramada hazır bulunmasına engel olunamaz.

Madde 121. Arama sonunda verilecek belge

(1) Aramanın sonunda hakkında arama işlemi uygulanan kimseye istemi üzerine aramanın 116 ve 117 nci maddelere göre yapıldığını ve 116 ncı maddede gösterilen durumda soruşturma veya kovuşturma konusu fiilin niteliğini belirten bir belge ve istemi üzerine elkonulan veya koruma altına alınan eşyanın listesini içeren bir defter ve eğer şüpheliyi haklı kılan bir şey elde edilmemiş ise bunu belirten bir belge verilir.

Staatsanwalts vorzunehmen, müssen zwei Personen des örtlichen Ältestenrats oder aus der Nachbarschaft hinzugezogen werden.

(5) Eine Durchsuchung in militärischen Örtlichkeiten wird auf Verlangen und unter Mitwirkung des Staatsanwalts durch die Militärbehörden vorgenommen.

§ 120. Anwesenheitsberechtigte bei der Durchsuchung

(1) Der Inhaber oder Besitzer der zu durchsuchenden Räume oder Sachen darf bei der Durchsuchung anwesend sein; ist er abwesend, so wird sein Vertreter oder ein urteilsfähiger Angehöriger, Mitbewohner oder Nachbar hinzugezogen.

(2) In den Fällen des § 117 Abs. 1 ist dem Besitzer oder der in seiner Abwesenheit an seiner Stelle hinzugezogenen Person zu Beginn der Durchsuchung über den Zweck der Durchsuchung Auskunft zu geben.

(3) Dem Rechtsanwalt der betroffenen Person darf seine Anwesenheit nicht verwehrt werden.

§ 121. Beim Abschluss der Durchsuchung auszuhändigendes Dokument

(1) Beim Abschluss der Durchsuchung ist dem von der Durchsuchung Betroffenen auf Verlangen ein Dokument auszuhändigen, das belegt, dass die Durchsuchung entsprechend §§ 116, 117 vorgenommen worden ist und in den Fällen des § 116 die Bezeichnung der Tat enthält, die den Gegenstand des Ermittlungs- oder Hauptverfahrens bildet, und ihm ist auf Verlangen ein Verzeichnis, das die Liste der in Beschlag oder in Verwahrung genommenen Sachen enthält, oder, falls nichts erlangt

(2) Birinci fıkrada belirtilen belgelerde, hakkında arama işlemi uygulanan kimsenin, elkonulan eşyanın mülkiyetine ilişkin görüş ve iddialarına da yer verilir.

(3) Koruma altına alınan veya elkonulan eşyanın tam bir defteri yapılır ve bu eşya resmî mühürle mühürlenir veya bir işaret konulur.

Madde 122. Belge veya kâğıtları inceleme yetkisi

(1) Hakkında arama işlemi uygulanan kimsenin belge veya kâğıtlarını inceleme yetkisi, Cumhuriyet savcısı ve hâkime aittir.

(2) Belge ve kâğıtların ziyeydi veya temsilcisi kendi mührünü de koyabilir veya imzasını atabilir. İleride mührün kaldırılmasına ve kâğıtların incelenmesine karar verildiğinde bu işlemin yapılmasında hazır bulunmak üzere, ziyeydi veya temsilcisi ya da müdafii veya vekili çağrılır; çağrıya uyulmadığında gerekli işlem yapılır.

(3) İnceleme sonucu soruşturma veya kovuşturma konusu suça ilişkin olmadığı anlaşılan belge veya kâğıtlar ilgisine geri verilir.

Madde 123. Eşya veya kazancın muhafaza altına alınması ve bunlara elkonulması

(1) İspat aracı olarak yararlı görülen ya da eşya veya kazanç müsaderesinin

worden ist, das den Verdacht rechtfertigt, ein Dokument auszuhändigen, das dies bescheinigt.

(2) In die in Abs. 1 erwähnten Dokumente sind auch die Erklärungen und Behauptungen des von der Durchsichtung Betroffenen hinsichtlich des Eigentums an dem beschlagnahmten Gegenstand aufzunehmen.

(3) Über die in Verwahrung oder Beschlagnahme genommenen Gegenstände wird ein vollständiges Verzeichnis angefertigt und sie werden amtlich gesiegelt oder gekennzeichnet.

§ 122. Befugnis zur Durchsicht von Dokumenten und Papieren

(1) Die Befugnis zur Durchsicht der Dokumente oder Papiere des von der Durchsichtung Betroffenen liegt beim Staatsanwalt oder Richter.

(2) Auch der Besitzer der Dokumente oder Papiere oder sein Vertreter kann diese siegeln oder unterzeichnen. Wird später beschlossen, das Siegel zu entfernen und die Papiere durchzusehen, so wird der Besitzer, sein Vertreter, sein Verteidiger oder sein gesetzlicher Vertreter geladen, um der Vornahme dieser Handlung beizuwohnen; wird der Ladung nicht gefolgt, so wird die erforderliche Handlung vorgenommen.

(3) Die Dokumente oder Papiere, die nach der Durchsicht offenkundig die Straftat, die den Gegenstand des Ermittlungs- und Hauptverfahrens bildet, nicht betreffen, werden dem Betreffenden zurückgegeben.

§ 123. Inverwahrungnahme und Beschlagnahme eines Gegenstands oder eines Vorteils

(1) Vermögenswerte, die als Beweismittel von Nutzen sind oder der Einziehung

konusunu oluşturan malvarlığı değerleri, muhafaza altına alınır.

(2) Yanında bulunduran kişinin rızasıyla teslim etmediği bu tür eşyaya elkonulabilir.

Madde 124. İstenen eşyayı vermeyenler hakkında yapılacak işlem

(1) 123 üncü maddede yazılı eşya veya diğer malvarlığı değerlerini yanında bulunduran kişi, istem üzerine bu şeyi göstermek ve teslim etmekle yükümlüdür.

(2) Kaçınma hâlinde bu şeyin zilyedi hakkında 60 ncı maddede yer alan disiplin hapsine ilişkin hükümler uygulanır. Ancak, şüpheli veya sanık ya da tanıklıktan çekinebilecekler hakkında bu hüküm uygulanmaz.

Madde 125. İçeriği Devlet sırrı niteliğindeki belgelerin mahkemece incelenmesi

(1) Bir suç olgusuna ilişkin bilgileri içeren belgeler, Devlet sırrı olarak mahkemeye karşı gizli tutulamaz.

(2) Devlet sırrı niteliğindeki bilgileri içeren belgeler, ancak mahkeme hâkimi veya heyeti tarafından incelenebilir. Bu belgelerde yer alan ve sadece yüklenen suçu açıklığa kavuşturabilecek nitelikte olan bilgiler, hâkim veya mahkeme başkanı tarafından tutanağa kaydedirilir.

(3) Bu madde hükmü, hapis cezasının alt sınırı beş yıl veya daha fazla olan suçlarla ilgili olarak uygulanır.

oder dem Verfall unterliegen, werden in Verwahrung genommen.

(2) Gegenstände dieser Art können beschlagnahmt werden, wenn die Person, in deren Gewahrsam sie sich befinden, sie nicht freiwillig herausgibt.

§ 124. Verfahren gegen Personen, die den verlangten Gegenstand nicht ausliefern

(1) Die Person, die den in § 123 genannten Gegenstand oder andere Vermögenswerte in ihrem Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die fragliche Sache auf Verlangen vorzulegen und zu übergeben.

(2) Bei Weigerung gelten für den Besitzer der Sache die Bestimmungen des § 60 über Disziplinarhaft entsprechend. Jedoch findet diese Vorschrift gegen den Beschuldigten, den Angeklagten sowie die Zeugnisverweigerungsberechtigten keine Anwendung.

§ 125. Durchsicht von Dokumenten durch das Gericht, die als Staatsgeheimnis anzusehen sind

(1) Dokumente, die Erkenntnisse über die Tatsache einer Straftat enthalten, dürfen vor dem Gericht nicht als Staatsgeheimnis geheim gehalten werden.

(2) Dokumente, die Erkenntnisse enthalten, die als Staatsgeheimnis anzusehen sind, dürfen nur von einem Richter des Gerichts oder vom Gericht durchgesehen werden. Lediglich die Erkenntnisse, die in diesen Dokumenten enthalten sind und ihrer Natur nach imstande sind, zur Aufklärung der zur Last gelegten Straftat beizutragen, werden vom Richter oder Vorsitzenden des Gerichts in ein Protokoll aufgenommen.

(3) Die Bestimmung dieses Paragraphen ist auf Straftaten anwendbar, die im Mindestmaß mit einer Haftstrafe von fünf oder mehr Jahren bedroht sind.

Madde 126. Elkonulamayacak mektuplar, belgeler

(1) Şüpheli veya sanık ile 45 ve 46 ncı maddelere göre tanıklıktan çekinebilecek kimseler arasındaki mektuplara ve belgelere; bu kimselerin nezdinde bulunduğu elkonulamaz.

Madde 127. Elkoyma kararını verme yetkisi

(1) (Değişik: 25/5/2005 – 5353/16 md.) Hâkim kararı üzerine veya gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde Cumhuriyet savcısının, Cumhuriyet savcısına ulaşılamadığı hallerde ise kolluk amirinin yazılı emri ile kolluk görevlileri, elkoyma işlemini gerçekleştirebilir.

(2) Kolluk görevlisinin açık kimliği, elkoyma işlemine ilişkin tutanağa geçirilir.

(3) (Değişik: 25/5/2005 – 5353/16 md.) Hâkim kararı olmaksızın yapılan elkoyma işlemi, yirmidört saat içinde görevli hâkimin onayına sunulur. Hâkim, kararını elkoymadan itibaren kırksekiz saat içinde açıklar; aksi hâlde elkoyma kendiliğinden kalkar.

(4) Zilyedliğinde bulunan eşya veya diğer malvarlığı değerlerine elkonulan kimse, hâkimden her zaman bu konuda bir karar verilmesini isteyebilir.

(5) Elkoyma işlemi, suçtan zarar gören mağdura gecikmeksizin bildirilir.

(6) Askerî mahâllerde yapılacak elkoyma işlemi, Cumhuriyet savcısının istem ve katılımıyla askerî makamlar

§ 126. Der Beschlagnahme nicht unterliegende Briefe und Dokumente

(1) Briefe und Dokumente aus dem Schriftverkehr zwischen dem Beschuldigten oder Angeklagten und den nach §§ 45, 46 Zeugnisverweigerungsberechtigten dürfen nicht beschlagnahmt werden, solange sich diese in deren Gewahrsam befinden.

§ 127. Befugnis zur Anordnung der Beschlagnahme

(1) (Geändert durch § 16 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Die Polizeibeamten können eine Beschlagnahme auf richterliche oder bei Gefahr im Verzug auf staatsanwaltliche Anordnung oder auf schriftliche Anweisung ihres Vorgesetzten hin vornehmen, wenn der Staatsanwalt nicht erreicht werden konnte.

(2) Die genauen Personalien des Polizeibeamten sind im Beschlagnahmeprotokoll zu vermerken.

(3) (Geändert durch § 16 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Die Beschlagnahmehandlung, die ohne richterliche Anordnung vorgenommen wurde, wird binnen 24 Stunden dem Richter zur Bestätigung vorgelegt. Der Richter gibt seine Entscheidung binnen 48 Stunden nach der Beschlagnahme bekannt. Anderenfalls tritt die Beschlagnahme außer Kraft.

(4) Die Person, in deren Gewahrsam sich befindliche Gegenstände oder andere Vermögenswerte beschlagnahmt worden sind, kann beim Richter jederzeit beantragen, eine diesbezügliche Entscheidung zu treffen.

(5) Die Beschlagnahme wird dem durch die Tat geschädigten Verletzten unverzüglich mitgeteilt.

(6) Eine Beschlagnahmehandlung, die in militärischen Örtlichkeiten vorzunehmen ist, wird auf Verlangen und unter

tarafından yerine getirilir.

Madde 128. Taşınmazlara, hak ve alacaklara elkoyma

(1) Soruşturma veya kovuşturma konusu suçun işlendiğine ve bu suçlardan elde edildiğine dair somut delillere dayanan kuvvetli şüphe sebebi bulunan hallerde, şüpheli veya sanığa ait;

- a) Taşınmazlara,
- b) Kara, deniz veya hava ulaşım araçlarına,
- c) Banka veya diğer malî kurumlardaki her türlü hesaba,
- d) Gerçek veya tüzel kişiler nezdindeki her türlü hak ve alacaklara,
- e) Kıymetli evraka,
- f) Ortağı bulunduğu şirketteki ortaklık paylarına,
- g) Kiralık kasa mevcutlarına,
- h) Diğer malvarlığı değerlerine,

Elkonulabilir. Somut olarak belirlenen bu taşınmaz, hak, alacak ve diğer malvarlığı değerlerinin şüpheli veya sanıktan başka bir kişinin zilyetliğinde bulunması halinde dahi, elkoyma işlemi yapılabilir (Ek cümle: 21/2/2014 – 6526/10 md.). Bu madde kapsamında elkoyma kararı alınabilmesi için ilgisine göre Bankacılık Düzenleme ve Denetleme Kurumu, Sermaye Piyasası Kurulu, Mali Suçları Araştırma Kurulu, Hazine Müsteşarlığı ve Kamu Gözetimi, Muhasebe ve Denetim Standartları Kurumundan, suçtan elde edilen değere ilişkin rapor alınır. Bu rapor en geç üç ay içinde hazırlanır. Özel sebepler zorunlu kıldığında bu süre talep üzerine iki ay daha uzatılabilir.

Mitwirkung des Staatsanwalts durch die Militärbehörden durchgeführt.

§ 128. Beschlagnahme von Immobilien, Rechten und Forderungen

(1) Die dem Beschuldigten oder Angeklagten gehörenden

- a) Immobilien,
- b) Land-, See- oder Luftfahrzeuge,
- c) Konten jeder Art, bei Banken oder anderen Finanzanstalten,
- d) Forderungen jeder Art, von natürlichen oder juristischen Personen,
- e) Wertpapiere,
- f) Anteile einer Gesellschaft, an der er beteiligt ist,
- g) in einem gemieteten Safe vorhandene Gegenstände,
- h) andere Vermögenswerte

dürfen beschlagnahmt werden, wenn mit konkreten Beweisen belegte Gründe eines dringenden Verdachts dafür vorliegen, dass die Straftat, die den Gegenstand des Ermittlungs- und Hauptverfahrens bildet, begangen wurde und diese Vermögenswerte durch die Straftat erworben wurden. Auch wenn sich diese konkret bestimmten Immobilien, Rechte, Forderungen oder anderen Vermögenswerte im Besitz einer anderen Person als des Beschuldigten oder des Angeklagten befinden, darf die Beschlagnahme vorgenommen werden. (Satz hinzugefügt durch § 10 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014) Um eine Beschlagnahme im Sinne dieses Paragraphen vornehmen zu dürfen, wird jeweils entsprechend ihrer Zuständigkeit von der Bankenregulations- und Aufsichtsbe-

- (2) Birinci fıkra hükmü;
- a) Türk Ceza Kanununda tanımlanan
1. Soykırım ve insanlığa karşı suçlar (madde 76, 77, 78),
 2. Göçmen kaçakçılığı ve insan ticareti (madde 79, 80) ile organ veya doku ticareti (madde 91),
 3. Hırsızlık (madde 141, 142),
 4. Yağma (madde 148, 149),
 5. Güveni kötüye kullanma (madde 155),
 6. Dolandırıcılık (madde 157, 158),
 7. Hileli iflas (madde 161),
 8. Uyuşturucu veya uyarıcı madde imal ve ticareti (madde 188),
 9. Parada sahtecilik (madde 197),
 10. (Mülga: 21/2/2014 – 6526/10 md.; Yeniden düzenleme: 4/11/2016 – 6763/25 md.) Suç işlemek amacıyla örgüt kurma (madde 220, fıkra üç),
 11. İhaleye fesat karıştırma (madde 235),
 12. Edimin ifasına fesat karıştırma (madde 236),
- hörde, Kapitalmarktbehörde, Behörde zur Untersuchung von Finanzstraftaten, vom Staatskassensekretariat oder von der Behörde zur Öffentlichen Aufsicht, Buchhaltung und Kontrollstandards ein Bericht über den Wert eingeholt, der durch die Straftat erworben wurde. Dieser Bericht wird spätestens binnen drei Monaten vorgelegt. Machen die besonderen Umstände es notwendig, so kann diese Frist auf Antrag um zwei Monate verlängert werden.
- (2) Die Bestimmung des ersten Absatzes findet Anwendung auf
- a) die im Türkischen Strafgesetzbuch definierten Straftaten
1. Völkermord und Straftaten gegen die Menschlichkeit (§§ 76, 77, 78),
 2. Migrantenschmuggel und Menschenhandel (§§ 79, 80) sowie Handel mit Organen oder Gewebe (§ 91),
 3. Diebstahl (§§ 141, 142),
 4. Raub (§§ 148, 149),
 5. Vertrauensmissbrauch (§ 155),
 6. Betrug (§§ 157, 158),
 7. Betrügerischer Bankrott (§ 161),
 8. Herstellung von oder Handel mit Betäubungs- oder Aufputschmitteln (§ 188),
 9. Geldfälschung (§ 197),
 10. (gestrichen durch § 10 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014; erneut geregelt durch § 25 Ges. Nr. 6763 v. 4.11.2016) Gründung einer Vereinigung mit dem Ziel der Begehung von Straftaten (§ 220 Abs. 3),
 11. Manipulation einer Ausschreibung (§ 235),
 12. Manipulation bei der Erbringung einer Gegenleistung (§ 236),

13. (Ek: 24/11/2016 – 6763/25 md.) Tefecilik (madde 241),
14. Zimmet (madde 247),
15. İrtikap (madde 250),
16. Rüşvet (madde 252),
17. Devletin Güvenliğine Karşı Suçlar (madde 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308),
18. (Değişik: 2/12/2014 – 6572/41 md.) Anayasal Düzene ve Bu Düzenin İşleyişine Karşı Suçlar (madde 309, 311, 312, 313, 314, 315, 316),
19. Devlet Sırlarına Karşı Suçlar ve Casusluk (madde 328, 329, 330, 331, 333, 334, 335, 336, 337) suçları.
- b) Ateşli Silahlar ve Bıçaklar ile Diğer Aletler Hakkında Kanunda tanımlanan silah kaçakçılığı (madde 12) suçları,
- c) Bankalar Kanununun 22 nci maddesinin (3) ve (4) numaralı fıkralarında tanımlanan zimmet suçu,
- d) Kaçakçılıkla Mücadele Kanununda tanımlanan ve hapis cezasını gerektiren suçlar,
- e) Kültür ve Tabiat Varlıklarını Koruma Kanununun 68 ve 74 üncü maddelerinde tanımlanan suçlar,

Hakkında uygulanır.

- (3) Taşınmaz elkonulması kararı, tapu kütüğüne şerh verilmek suretiyle icra edilir.
- (4) Kara, deniz ve hava ulaşım araçları hakkında verilen elkoyma kararı, bu araçların kayıtlı bulunduğu sicile şerh verilmek suretiyle icra olunur.
- (5) Banka veya diğer malî kurumlardaki her türlü hesaba elkonulması kararı, teknik iletişim araçlarıyla ilgili banka

13. (Hinzugefügt durch § 25 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Wucher (§ 241),
14. Unterschlagung im Amt (§ 247),
15. Erpressung im Amt (§ 250),
16. Bestechung (§ 252),
17. Straftaten gegen die Sicherheit des Staates (§§ 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308),
18. (Geändert durch § 41 Ges. Nr. 6572 v. 2.12.2014) Straftaten gegen die Verfassungsordnung und ihr Funktionieren (§§ 309, 311, 312, 313, 314, 315, 316),
19. Straftaten gegen Staatsgeheimnisse und Spionage (§§ 328, 329, 330, 331, 333, 334, 335, 336, 337).
- b) Straftaten, die im Gesetz über Feuerwaffen und Messer sowie andere Werkzeuge als Waffenschmuggel definiert sind (§ 12),
- c) die Straftat, die in § 22 Abs. 3 und 4 Bankengesetz als Unterschlagung im Amt definiert ist,
- d) Straftaten, die im Schmuggelbekämpfungsgesetz definiert sind und eine Haftstrafe nach sich ziehen,
- e) Straftaten, die in §§ 68 und 74 des Gesetzes über den Schutz von Kultur- und Naturgütern definiert sind.

(3) Die Beschlagnahme einer Immobilie wird durch den Eintrag eines Vermerks im Grundbuch bewirkt.

(4) Die Beschlagnahme von Land-, See- oder Luftfahrzeugen wird durch den Eintrag eines Vermerks im jeweiligen Register bewirkt, in dem diese registriert sind.

(5) Die Beschlagnahme jeder Art eines Kontos bei einer Bank oder anderen Finanzinstituten erfolgt durch die sofortige

veya malî kuruma derhâl bildirilerek icra olunur. Söz konusu karar, ilgili banka veya malî kuruma ayrıca tebliğ edilir. Elkoyma kararı alındıktan sonra, hesaplar üzerinde yapılan bu kararı etkisiz kılmaya yönelik işlemler geçersizdir.

(6) Şirketteki ortaklık paylarına elkoyma kararı, ilgili şirket yönetimine ve şirketin kayıtlı bulunduğu ticaret sicili müdürlüğüne teknik iletişim araçlarıyla derhâl bildirilerek icra olunur. Söz konusu karar, ilgili şirkete ve ticaret sicili müdürlüğüne ayrıca tebliğ edilir.

(7) Hak ve alacaklara elkoyma kararı, ilgili gerçek veya tüzel kişiye teknik iletişim araçlarıyla derhâl bildirilerek icra olunur. Söz konusu karar, ilgili gerçek veya tüzel kişiye ayrıca tebliğ edilir.

(8) Bu madde hükmüne göre alınan elkoyma kararının gereklerine aykırı hareket edilmesi halinde, Türk Ceza Kanununun “Muhafaza görevini kötüye kullanma” başlıklı 289 uncu maddesi hükümleri uygulanır.

(9) (Değişik: 24/11/2016 – 6763/25 md.) Bu madde hükümlerine göre elkoymaya ve onuncu fıkra uyarınca kayyım atanmasına ancak hâkim karar verebilir.

(10) (Ek: 15/8/2016-KHK-674/13 md.; Aynen kabul: 10/11/2016 – 6758/13 md.) Bu madde uyarınca elkonulan taşınmaz, hak ve alacakların idaresi

Benachrichtigung der betreffenden Bank oder des Finanzinstituts durch technische Kommunikationsmittel. Die entsprechende Anordnung wird der betreffenden Bank oder dem betreffenden Finanzinstitut gesondert zugestellt. Nach der Anordnung der Beschlagnahme sind Handlungen hinsichtlich des Kontos, die diese Anordnung unwirksam machen sollen, ungültig.

(6) Die Beschlagnahme eines Gesellschafters erfolgt durch die sofortige Benachrichtigung des betreffenden Gesellschaftsvorstands und der Direktion des Handelsregisters, in dem die Gesellschaft registriert ist, durch technische Kommunikationsmittel. Die entsprechende Anordnung wird der betreffenden Gesellschaft und der Handelsregisterdirektion gesondert zugestellt.

(7) Die Beschlagnahme von Rechten und Forderungen erfolgt durch die sofortige Benachrichtigung der betreffenden natürlichen oder juristischen Person durch technische Kommunikationsmittel. Die entsprechende Anordnung wird der betreffenden natürlichen oder juristischen Person gesondert zugestellt.

(8) Wird gegen die Erfordernisse der nach diesem Paragraphen angeordneten Beschlagnahme verstoßen, so wird § 289 des Türkischen Strafgesetzbuchs mit der Überschrift „Verwahrungsbruch“ angewendet.

(9) (Geändert durch § 25 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Eine Beschlagnahmearordnung nach diesem Paragraphen und eine Beiordnung des Beistands nach Abs. 10 kann nur durch einen richterlichen Beschluss ergehen.

(10) (Hinzugefügt durch § 13 Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft Nr. 674 v. 15.8.2016; ebenso angenommen durch § 13 Ges. Nr. 6758 v. 10.11.2016) Ist

gerektiğinde bu malvarlığı değerlerinin yönetimi amacıyla kayyım atanabilir. Bu durumda 133 üncü madde hükümleri kıyasen uygulanır.

Madde 129. Postada elkoyma

(1) Suçun delillerini oluşturduğundan şüphe edilen ve gerçeğin ortaya çıkarılması için soruşturma ve kovuşturmada adliyenin eli altında olması zorunlu sayılıp, posta hizmeti veren her türlü resmî veya özel kuruluşta bulunan gönderilere, hâkimin veya gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde Cumhuriyet savcısının kararı ile elkonulabilir.

(2) Hâkim kararının veya Cumhuriyet savcısının emrinin kendilerine bildirilmesi üzerine elkoyma işlemini yerine getiren kolluk memurları, birinci fıkrada belirtilen gönderilerin içinde bulunduğu zarfları veya paketleri açamazlar. Elkonulan gönderiler, ilgili posta görevlilerinin huzuru ile mühür altına alınıp derhâl elkoyma kararını veya emrini veren hâkim veya Cumhuriyet savcısına teslim edilir.

(3) Soruşturma ve kovuşturmanın amacına zarar vermek olasılığı bulunmadıkça, alınmış tedbirler ilgililere bildirilir.

(4) Açılmamasına veya açılıp da içeriği bakımından adliyenin eli altında tutulmasına gerek bulunmadığına karar verilen gönderiler, hemen ilgililerine teslim olunur.

eine Verwaltung der nach diesem Paragraphen beschlagnahmten Immobilien, Rechte und Forderungen erforderlich, so kann zum Zweck der Verwaltung dieser Vermögenswerte ein Beistand beigeordnet werden. In diesem Fall gilt § 133 entsprechend.

§ 129. Beschlagnahme von Post

(1) Bei öffentlichen oder privaten Postdienststeinrichtungen befindliche Sendungen, die unter Verdacht stehen, Tatbeweise darzustellen, und sich zur Findung der Wahrheit im Ermittlungs- oder Hauptverfahren im Gewahrsam der Justiz befinden müssen, dürfen durch richterliche oder bei Gefahr im Verzug durch staatsanwaltliche Anordnung beschlagnahmt werden.

(2) Polizeibeamte, die zur Umsetzung der staatsanwaltlichen oder richterlichen Anweisung die Beschlagnahme vornehmen, dürfen die Briefe oder Pakete, die sich in den in Abs. 1 genannten Sendungen befinden, nicht öffnen. Die beschlagnahmten Sendungen werden in Gegenwart der betreffenden Postangestellten gesiegelt und dem die Anordnung erlassenden Richter oder die Anweisung erteilenden Staatsanwalt sofort übergeben.

(3) Die getroffenen Maßnahmen werden den Betroffenen mitgeteilt, solange keine Wahrscheinlichkeit dafür vorliegt, dass dies den Zweck des Ermittlungs- oder des Hauptverfahrens beeinträchtigt.

(4) Sendungen, für die der Beschluss ergeht, dass deren Öffnung oder die Zurückbehaltung ihres Inhalts im Gewahrsam der Justiz nach Öffnung nicht erforderlich ist, werden den Betroffenen sofort übergeben.

Madde 130. Avukat bürolarında arama, elkoyma ve postada elkoyma

(1) Avukat büroları ancak mahkeme kararı ile ve kararda belirtilen olayla ilgili olarak Cumhuriyet savcısının denetiminde aranabilir. Baro başkanı veya onu temsil eden bir avukat aramada hazır bulundurulur.

(2) Arama sonucu elkonulmasına karar verilen şeyler bakımından bürosunda arama yapılan avukat, baro başkanı veya onu temsil eden avukat, bunların avukat ile müvekkili arasındaki meslekî ilişkiye ait olduğunu öne sürerek karşı koyduğunda, bu şey ayrı bir zarf veya paket içerisine konularak hazır bulunanlarca mühürlenir ve bu konuda gerekli kararı vermesi, soruşturma evresinde sulh ceza hâkiminden, kovuşturma evresinde hâkim veya mahkemedен istenir. Yetkili hâkim elkonulan şeyin avukatla müvekkili arasındaki meslekî ilişkiye ait olduğunu saptadığında, elkonulan şey derhâl avukata iade edilir ve yapılan işlemi belirten tutanaklar ortadan kaldırılır. Bu fıkrada öngörülen kararlar, yirmidört saat içinde verilir.

(3) Postada elkoyma durumunda bürosunda arama yapılan avukat veya baro başkanı veya onu temsil eden avukatın karşı koyması üzerine ikinci fıkrada belirtilen usuller uygulanır.

§ 130. Durchsuchung, Beschlagnahme im Büro eines Rechtsanwalts und Beschlagnahme auf der Post

(1) Rechtsanwaltsbüros dürfen nur aufgrund einer gerichtlichen Anordnung und unter Aufsicht des Staatsanwalts hinsichtlich des in der Anordnung genannten Vorfalles durchsucht werden. Der Präsident der Anwaltskammer oder ein ihn vertretender Rechtsanwalt wird bei der Durchsuchung hinzugezogen.

(2) Setzen sich der Rechtsanwalt, dessen Büro durchsucht wird, der Präsident der Anwaltskammer oder der ihn vertretende Rechtsanwalt im Hinblick auf die Gegenstände, die als Ergebnis der Durchsuchung zur Beschlagnahme bestimmt sind, mit der Begründung zur Wehr, dass diese zu der beruflichen Beziehung zwischen dem Rechtsanwalt und seinem Mandanten gehören, so wird jener Gegenstand in einem gesonderten Umschlag oder Paket durch die Anwesenden gesiegelt und es wird im Ermittlungsverfahren bei dem Friedensgericht in Strafsachen, im Hauptverfahren bei dem Richter oder dem Gericht beantragt, diesbezüglich eine Entscheidung zu fällen. Stellt der Richter fest, dass der beschlagnahmte Gegenstand zu der beruflichen Beziehung zwischen dem Rechtsanwalt und seinem Mandanten gehört, so wird der beschlagnahmte Gegenstand dem Rechtsanwalt sofort zurückgegeben und die Protokolle, die die Durchführung der Maßnahme festhalten, werden vernichtet. Die in diesem Absatz vorgesehenen Entscheidungen werden binnen 24 Stunden gefällt.

(3) Setzen sich der Rechtsanwalt, dessen Büro durchsucht wird, der Präsident der Anwaltskammer oder der ihn vertretende Rechtsanwalt bei der Beschlagnahme auf der Post zur Wehr, so wird nach dem

Madde 131. Elkonulan eşyanın iadesi

(1) Şüpheliye, sanığa veya üçüncü kişilere ait elkonulmuş eşyanın, soruşturma ve kovuşturma bakımından muhafazasına gerek kalmaması veya müsadereye tabi tutulmayacağıının anlaşılması halinde, re'sen veya istem üzerine geri verilmesine Cumhuriyet savcısı, hâkim veya mahkeme tarafından karar verilir. İstem reddi kararlarına itiraz edilebilir.

(2) 128 inci madde hükümlerine göre elkonulan eşya veya diğer malvarlığı değerleri, suçtan zarar gören mağdura ait olması ve bunlara delil olarak artık ihtiyaç bulunmaması halinde, sahibine iade edilir.

Madde 132. Elkonulan eşyanın muhafazası veya elden çıkarılması

(1) Elkonulan eşya, zarara uğraması veya değerinde esaslı ölçüde kayıp meydana gelme tehlikesinin varlığı halinde, hükmün kesinleşmesinden önce elden çıkarılabilir.

(2) Elden çıkarma kararı, soruşturma evresinde hâkim, kovuşturma evresinde mahkeme tarafından verilir.

(3) Karar verilmeden önce eşyanın sahibi olan şüpheli, sanık veya ilgili diğer kişiler dinlenir; elden çıkarma kararı, kendilerine bildirilir.

(4) Elkonulan eşyanın değerinin muhafazası ve zarar görmemesi için gerekli

im zweiten Absatz niedergelegten Verfahren vorgegangen.

§ 131. Rückgabe des beschlagnahmten Gegenstands

(1) Erweist sich, dass die Verwahrung des beschlagnahmten Gegenstands, der dem Beschuldigten, dem Angeklagten oder einem Dritten gehört, für das Strafverfahren nicht mehr notwendig ist oder keiner Einziehung unterliegt, so ordnet der Staatsanwalt, der Richter oder das Gericht die Rückgabe von Amts wegen oder auf Antrag an. Gegen den Verwerfungsbeschluss kann Beschwerde eingelegt werden.

(2) Gehören die Gegenstände oder Vermögenswerte, welche entsprechend § 128 in Beschlag genommen worden sind, dem durch die Tat geschädigten Verletzten und werden sie als Beweismittel nicht mehr benötigt, so werden sie ihrem Besitzer zurückgegeben.

§ 132. Verwahrung des beschlagnahmten Gegenstands und Notveräußerung

(1) Ein beschlagnahmter Gegenstand kann vor der Rechtskraft des Urteils veräußert werden, wenn er Schaden zu nehmen oder eine wesentliche Minderung seines Wertes droht.

(2) Die Anordnung der Notveräußerung ergeht im Ermittlungsverfahren durch den Richter, im Hauptverfahren durch das Gericht.

(3) Vor dem Erlass der Anordnung werden der Beschuldigte, der Angeklagte oder die anderen betroffenen Personen als Besitzer des Gegenstands angehört; ihnen wird die Anordnung der Notveräußerung mitgeteilt.

(4) Zur Wahrung des Wertes des beschlagnahmten Gegenstands und zum

tedbirler alınır.

(5) Elkonulan eşya, soruşturma evresinde Cumhuriyet Başsavcılığı, kovuşturma evresinde mahkeme tarafından, bakım ve gözetimiyle ilgili tedbirleri almak ve istendiğinde derhâl iade edilmek koşuluyla, muhafaza edilmek üzere, şüpheliye, sanığa veya diğer bir kişiye teslim edilebilir. Bu bırakma, teminat gösterilmesi koşuluna da bağlanabilir.

(6) Elkonulan eşya, delil olarak saklanmasına gerek kalmaması halinde, rayiç değerinin derhâl ödenmesi karşılığında, ilgiliye teslim edilebilir. Bu durumda müsadere kararının konusunu, ödenen rayiç değer oluşturur.

Madde 133. Şirket yönetimi için kayyım tayini

(1) Suçun bir şirketin faaliyeti çerçevesinde işlenmekte olduğu hususunda kuvvetli şüphe sebeplerinin varlığı ve maddi gerçeğin ortaya çıkarılabilmesi için gerekli olması halinde; soruşturma ve kovuşturma sürecinde, hâkim veya mahkeme, şirket işlerinin yürütülmesiyle ilgili olarak kayyım atayabilir. Atama kararında, yönetim organının karar ve işlemlerinin geçerliliğinin kayyımın onayına bağlı kılındığı veya yönetim organının yetkilerinin ya da yönetim organının yetkileri ile birlikte ortaklık payları veya menkul kıymetler idare yetkilerinin tümüyle kayyıma verildiği açıkça belirtilir. Kayyım tayinine ilişkin karar, ticaret sicili

Schutz vor Schaden sind die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

(5) Der beschlagnahmte Gegenstand kann im Ermittlungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft, im Hauptverfahren durch das Gericht unter der Bedingung, dass er auf Verlangen sofort zurückgegeben wird und entsprechende Vorkehrungen zu seiner Pflege und Aufsicht getroffen werden, dem Beschuldigten, dem Angeklagten oder einer Drittperson zur Verwahrung überlassen werden. Die Überlassung kann von der Leistung einer Sicherheit abhängig gemacht werden.

(6) Ist die Zurückbehaltung des beschlagnahmten Gegenstands als Beweismittel nicht mehr notwendig, so kann er der betreffenden Person gegen die sofortige Bezahlung seines Verkehrswerts zurückgegeben werden. In diesem Fall bildet der bezahlte Verkehrswert den Gegenstand der Einziehungsanordnung.

§ 133. Bestellung eines Beistands für die Führung der Geschäfte einer Gesellschaft

(1) Liegen dringende Verdachtsgründe vor, dass die Straftat im Rahmen der Tätigkeit einer Gesellschaft begangen wird, so kann der Richter oder das Gericht im Ermittlungs- oder Hauptverfahren zur Führung der Geschäfte der Gesellschaft einen Beistand ernennen, wenn dies zur Herausfindung der materiellen Wahrheit erforderlich ist. In der Ernennungsanordnung wird ausdrücklich festgehalten, dass die Gültigkeit der Entscheidungen und der Handlungen des geschäftsführenden Organs von der Bestätigung des Beistands abhängig gemacht worden ist oder alle Befugnisse des geschäftsführenden Organs oder zusätzlich zu den Befugnissen des ge-

gazetesinde ve diğer uygun vasıtalarla ilan olunur.

(2) Hâkim veya mahkemenin kayyım hakkında takdir etmiş bulunduğu ücret, şirket bütçesinden karşılanır. Ancak, soruşturma veya kovuşturma konusu suçtan dolayı kovuşturmaya yer olmadığı veya beraat kararının verilmesi halinde; ücret olarak şirket bütçesinden ödenen paranın tamamı, kanunî faiziyle birlikte Devlet Hazinesinden karşılanır.

(3) İlgililer, atanan kayyımın işlemlerine karşı, görevli mahkemeye 22.11.2001 tarihli ve 4721 sayılı Türk Medeni Kanunu ve 29.6.1956 tarihli ve 6762 sayılı Türk Ticaret Kanunu hükümlerine göre başvurabilirler.

(4) Bu madde hükümleri ancak aşağıda sayılan suçlarla ilgili olarak uygulanabilir.

a) Türk Ceza Kanununda yer alan,

1. Göçmen kaçakçılığı ve insan ticareti (madde 79, 80),
2. Uyuşturucu veya uyarıcı madde imal ve ticareti (madde 188),
3. Parada sahtecilik (madde 197),
4. Fuhuş (madde 227),
5. Kumar oynanması için yer ve imkân sağlama (madde 228),

schäftsführenden Organs ebenfalls die Befugnisse zur Verwaltung der Gesellschaftsanteile oder der Wertpapiere vollständig dem Beistand übertragen worden sind. Die Anordnung der Ernennung eines Beistands wird durch das Handelsregisterblatt oder andere geeignete Mittel bekannt gegeben.

(2) Das Honorar, das der Richter oder das Gericht für den Beistand festgelegt hat, wird aus der Gesellschaftskasse beglichen. Allerdings wird die gesamte Summe des Geldes, das als Honorar aus der Gesellschaftskasse bezahlt worden ist, mit gesetzlichen Zinsen aus der Staatskasse zurückerstattet, wenn das Verfahren wegen der Straftat, die den Gegenstand des Strafverfahrens bildete, eingestellt wird oder Freispruch erfolgt.

(3) Die betroffenen Personen können sich gegen die Handlungen des ernannten Beistands nach den Vorschriften des Türkischen Zivilgesetzbuchs Nr. 4721 v. 22.11.2001 und des Türkischen Handelsgesetzbuchs Nr. 6762 v. 29.6.1956 an das sachlich zuständige Gericht wenden.

(4) Die Bestimmungen dieses Paragraphen können lediglich auf die im Folgenden aufgezählten Straftaten angewendet werden.

a) Straftaten aus dem Türkischen Strafgesetzbuch:

1. Migrantenschmuggel und Menschenhandel (§§ 79, 80),
2. Herstellung von oder Handel mit Betäubungs- oder Aufputzmitteln (§ 188),
3. Geldfälschung (§ 197),
4. Zuhälterei (§ 227),
5. Bereitstellen von Örtlichkeiten und Möglichkeiten zum illegalen Glücksspiel (§ 228),

6. Zimmet (madde 247),
7. Suçtan kaynaklanan malvarlığı değerklerini aklamaya (madde 282),
8. Silahlı örgüt (madde 314) veya bu örgütlere silah sağlama (madde 315),
9. Devlet Sırlarına Karşı Suçlar ve Casusluk (madde 328, 329, 330, 331, 333, 334, 335, 336, 337),

Suçları,

- b) Ateşli Silahlar ve Bıçaklar İle Diğer Aletler Hakkında Kanunda tanımlanan silah kaçakçılığı (madde 12) suçları,
- c) Bankalar Kanununun 22 nci maddesinin (3) ve (4) numaralı fıkralarında tanımlanan zimmet suçu,
- d) Kaçakçılıkla Mücadele Kanununda tanımlanan ve hapis cezasını gerektiren suçlar,
- e) Kültür ve Tabiat Varlıklarını Koruma Kanununun 68 ve 74 üncü maddelerinde tanımlanan suçlar.

(5) (Ek: 1/7/2016 – 6723/32 md.) Bu madde uyarınca atanan kayyımların görevleriyle ilgili iş ve işlemlerinden dolayı tazminat davaları, 142 ila 144 üncü maddeler uyarınca Devlet aleyhine açılır. Devlet, ödediği tazminattan dolayı görevinin gereklerine aykırı hareket etmek suretiyle görevini kötüye kullanan kayyımlara bir yıl içinde rücu eder.

Madde 134. Bilgisayarlarda, bilgisayar programlarında ve kütüklerinde arama, kopyalama ve elkoyma

- (1) Bir suç dolayısıyla yapılan soruş-

6. Unterschlagung im Amt (§ 247),
7. Verschleierung aus einer Straftat stammender Vermögenswerte (§ 282),
8. Bewaffnete Vereinigung (§ 314) oder Waffenbeschaffung für diese Vereinigungen (§ 315),
9. Straftaten gegen Staatsgeheimnisse und Spionage (§§ 328, 329, 330, 331, 333, 334, 335, 336, 337),

- b) Straftaten, die im Gesetz über Feuerwaffen und Messer sowie andere Werkzeuge als Waffenschmuggel definiert sind (§ 12),
- c) Straftaten, die in § 22 Abs. 3 und 4 Bankengesetz als Unterschlagung im Amt definiert sind,
- d) Straftaten, die im Schmuggelbekämpfungsgesetz definiert sind und eine Haftstrafe zur Folge haben,
- e) Straftaten, die in §§ 68 und 74 des Gesetzes über den Schutz von Kultur- und Naturgütern definiert sind.

(5) (Hinzugefügt durch § 32 Ges. Nr. 6723 v. 1.7.2016) Entschädigungsklagen gegen die nach diesem Paragraphen beigeordneten Beistände wegen Tätigkeiten oder Handlungen im Zusammenhang mit ihrem Auftrag sind nach §§ 142 und 144 gegen den Staat zu erheben. Der Staat nimmt binnen einem Jahr wegen der gezahlten Entschädigung gegen die Beistände Rückgriff, die durch eine Zuwiderhandlung gegen die Erfordernisse ihres Auftrags das Amt missbraucht haben.

§ 134. Durchsuchung, Kopie und Beschlagnahme von Computern, Computerprogrammen oder Datenträgern

- (1) Liegen in Ermittlungsverfahren

turmada, somut delillere dayanan kuvvetli şüphe sebeplerinin varlığı ve başka surette delil elde etme imkânının bulunmaması halinde, Cumhuriyet savcısının istemi üzerine şüphelinin kullandığı bilgisayar ve bilgisayar programları ile bilgisayar kütüklerinde arama yapılmasına, bilgisayar kayıtlarından kopya çıkarılmasına, bu kayıtların çözülerek metin hâline getirilmesine hâkim tarafından karar verilir.

(2) Bilgisayar, bilgisayar programları ve bilgisayar kütüklerine şifrenin çözülmemesinden dolayı girilememesi veya gizlenmiş bilgilere ulaşılabilmesi halinde çözümün yapılabilmesi ve gerekli kopyaların alınabilmesi için, bu araç ve gereçlere elkonulabilir. Şifrenin çözümünün yapılması ve gerekli kopyaların alınması halinde, elkonulan cihazlar gecikme olmaksızın iade edilir.

(3) Bilgisayar veya bilgisayar kütüklerine elkoyma işlemi sırasında, sistemdeki bütün verilerin yedeklenmesi yapılır.

(4) Üçüncü fıkraya göre alınan yedekten bir kopya çıkarılarak şüpheliye veya vekiline verilir ve bu husus tutanağa geçirilerek imza altına alınır.

(5) Bilgisayar veya bilgisayar kütüklerine elkoymaksızın da, sistemdeki verilerin tamamının veya bir kısmının kopyası alınabilir. Kopyası alınan veriler kâğıda yazdırılarak, bu husus tutanağa kaydedilir ve ilgililer tarafından imza altına alınır.

wegen einer Straftat auf konkreten Beweisen basierende dringende Verdachtsgründe vor und besteht keine Möglichkeit, auf andere Weise Beweise zu erlangen, so wird auf Antrag des Staatsanwalts durch den Richter angeordnet, vom Beschuldigten benutzte Computer, Computerprogramme oder Datenträger zu durchsuchen, eine Kopie von Computerinhalten zu erstellen, diese Inhalte zu entschlüsseln und in Textform zu bringen.

(2) Sind die Computer, Computerprogramme oder Datenträger wegen der nicht erfolgreichen Dechiffrierung unzugänglich oder die verdeckten Inhalte unerreichbar, so dürfen diese Gerätschaften und Mittel zum Zwecke der Entschlüsselung oder Erstellung der erforderlichen Kopien beschlagnahmt werden. Die beschlagnahmten Geräte werden ohne Verzögerung zurückgegeben, sobald die Dechiffrierung gelingt und die Kopien hergestellt wurden.

(3) Bei der Beschlagnahme von Computern oder Datenträgern wird eine Sicherheitskopie von allen im System enthaltenen Daten erstellt.

(4) Eine Kopie der nach dem dritten Absatz erstellten Sicherheitskopie wird erstellt und dem Beschuldigten oder seinem Vertreter übergeben. Dies wird protokolliert und mit Unterschrift versehen.

(5) Auch ohne Beschlagnahme von Computern oder Datenträgern kann eine Kopie aller oder einiger im System enthaltener Daten entnommen werden. Die kopierten Daten werden zu Papier gebracht, dies wird im Protokoll festgehalten und von den Betroffenen unterschrieben.

Beşinci Bölüm

Telek mnikasyon Yoluyla Yapılan İletişimin Denetlenmesi

Madde 135. İletişimin tespiti, dinlenmesi ve kayda alınması

(1) (Değişik: 21/2/2014 – 6526/12 md.) Bir suç dolayısıyla yapılan soruşturma ve kovuşturmada, suç işlendiğine ilişkin somut delillere dayanan kuvvetli şüphe sebeplerinin varlığı ve başka suretle delil elde edilmesi imkânının bulunmaması durumunda, hâkim veya gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde Cumhuriyet savcısının kararıyla şüpheli veya sanığın telek mnikasyon yoluyla iletişimi, dinlenebilir, kayda alınabilir ve sinyal bilgileri deęerlendirilebilir. Cumhuriyet savcısı kararını derhâl hâkimin onayına sunar ve hâkim, kararını en geç yirmi dört saat içinde verir. Srenin dolması veya hâkim tarafından aksine karar verilmesi hâlinde tedbir Cumhuriyet savcısı tarafından derhâl kaldırılır. (Mülga son iki cümle: 24/11/2016 – 6763/26 md.).

(2) (Ek: 21/2/2014 – 6526/12 md.) Talepte bulunulurken hakkında bu madde uyarınca tedbir kararı verilecek hattın veya iletişim aracının sahibini ve biliniyorsa kullanıcısını gösterir belge veya rapor eklenir.

(3) Şüpheli veya sanığın tanıklıktan çekinebilecek kişilerle arasındaki iletişimi kayda alınamaz. Kayda alma geekleştikten sonra bu durumun anlaşılması hâlinde, alınan kayıtlar derhâl yok edilir.

Fünfter Abschnitt

Überwachung des Telekommunikationsverkehrs

§ 135. Feststellung, Abhörung und Aufzeichnung einer Kommunikation

(1) (Geändert durch § 12 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014) Der Telekommunikationsverkehr des Beschuldigten oder Angeklagten darf auf richterliche Anordnung oder bei Gefahr im Verzug auf Anordnung des Staatsanwalts abgehört, aufgezeichnet oder bezüglich dessen Signal-daten ausgewertet werden, wenn im Ermittlungs- oder Hauptverfahren dringende Verdachtsgründe für eine Straftat vorliegen, die auf konkreten Beweisen basieren, und keine Möglichkeit besteht, auf andere Weise Beweise zu erlangen. Der Staatsanwalt legt seine Entscheidung dem Richter sofort zur Bestätigung vor und der Richter trifft seine Entscheidung spätestens binnen 24 Stunden. Ist diese Frist abgelaufen oder hat der Richter das Gegenteil entschieden, so wird die Anordnung durch den Staatsanwalt sofort außer Kraft gesetzt. (Die zwei letzten Sätze gestrichen durch § 26 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016).

(2) (Hinzugefügt durch § 12 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014) Dem Antrag wird ein Beleg oder Bericht beigefügt, der den Inhaber des Anschlusses oder des Kommunikationsmittels und, wenn bekannt, seinen Benutzer ausweist, gegen den sich die Anordnung nach diesem Paragraphen richtet.

(3) Die Kommunikation zwischen dem Beschuldigten oder Angeklagten und den zeugnisverweigerungsberechtigten Personen darf nicht aufgezeichnet werden. Wird dieser Umstand nach der Aufzeichnung der Kommunikation festgestellt, so werden alle Aufzeichnungen sofort vernichtet.

(4) Birinci fıkra hükmüne göre verilen kararda, yüklenen suçun türü, hakkında tedbir uygulanacak kişinin kimliği, iletişim aracının türü, telefon numarası veya iletişim bağlantısını tespiti imkân veren kodu, tedbirin türü, kapsamı ve süresi belirtilir. Tedbir kararı en çok iki ay için verilebilir; bu süre, bir ay daha uzatılabilir. (Ek cümle: 25/5/2005 – 5353/17 md.) Ancak, örgütün faaliyeti çerçevesinde işlenen suçlarla ilgili olarak gerekli görülmesi halinde, hâkim yukarıdaki sürelerle ek olarak her defasında bir aydan fazla olmamak ve toplam üç ayı geçmemek üzere uzatılmasına karar verebilir.

(5) Şüpheli veya sanığın yakalanabilmesi için, mobil telefonun yeri, hâkim veya gecikmesinde sakınca bulunan hallerde Cumhuriyet savcısının kararına istinaden tespit edilebilir. Bu hususa ilişkin olarak verilen kararda mobil telefon numarası ve tespit işleminin süresi belirtilir. Tespit işlemi en çok iki ay için yapılabilir; bu süre, bir ay daha uzatılabilir.

(6) (Ek: 2/12/2014 – 6572/42 md.) Şüpheli ve sanığın telekomünikasyon yoluyla iletişiminin tespiti, soruşturma aşamasında hâkim veya gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde Cumhuriyet savcısı, kovuşturma aşamasında mahkeme kararına istinaden yapılır. Kararda, yüklenen suçun türü, hakkında tedbir uygulanacak kişinin kimliği,

(4) In der nach dem ersten Absatz zu erlassenden Anordnung sind die Bezeichnung der zur Last gelegten Straftat, die Identität der von der Anordnung betroffenen Person, die Art des Kommunikationsmittels, seine Telefonnummer oder sein Code, der die Feststellung der Kommunikationsverbindung ermöglicht, die Art der Anordnung, ihr Umfang und ihre Dauer anzugeben. Die Maßnahme kann nur für zwei Monate angeordnet werden; diese Frist kann um einen Monat verlängert werden. (Satz hinzugefügt durch § 17 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Jedoch kann der Richter im Hinblick auf die Straftaten, die im Rahmen der Tätigkeit einer Vereinigung begangen werden, zusätzlich zu den obigen Fristen eine weitere, insgesamt drei Monate nicht überschreitende Verlängerung anordnen, wobei eine Verlängerung jeweils nicht mehr als einen Monat betragen darf.

(5) Zur Festnahme des Beschuldigten oder des Angeklagten darf der Standort seines Mobilfunkgeräts auf der Grundlage einer richterlichen oder bei Gefahr im Verzug einer staatsanwaltlichen Anordnung ermittelt werden. In der diesbezüglichen Anordnung sind die Mobiltelefonnummer und die Dauer der Ermittlungsmaßnahme festzuhalten. Die Ermittlungsmaßnahme darf höchstens für zwei Monate vorgenommen werden; diese Frist kann um einen Monat verlängert werden.

(6) (Hinzugefügt durch § 42 Ges. Nr. 6572 v. 2.12.2014) Die Feststellung des Telekommunikationsverkehrs erfolgt im Ermittlungsverfahren auf richterliche oder bei Gefahr im Verzug auf staatsanwaltliche und im Hauptverfahren auf gerichtliche Anordnung. In der Anordnung sind die Art der zur Last gelegten Straftat, die Identität der Person, gegen

iletişim aracının türü, telefon numarası veya iletişim bağlantısını tespiti imkân veren kodu ve tedbirin süresi belirtilir. (Ek cümleler: 24/11/2016 – 6763/26 md.) Cumhuriyet savcısı kararını yirmi dört saat içinde hâkimin onayına sunar ve hâkim, kararını en geç yirmi dört saat içinde verir. Sürenin dolması veya hâkim tarafından aksine karar verilmesi hâlinde kayıtlar derhâl imha edilir.

(7) Bu madde hükümlerine göre alınan karar ve yapılan işlemler, tedbir süresince gizli tutulur.

(8) Bu madde kapsamında dinleme, kayda alma ve sinyal bilgilerinin değerlendirilmesine ilişkin hükümler ancak aşağıda sayılan suçlarla ilgili olarak uygulanabilir:

- a) Türk Ceza Kanununda yer alan;
 1. Göçmen kaçakçılığı ve insan ticareti (madde 79, 80) ile organ veya doku ticareti (madde 91),
 2. Kasten öldürme (madde 81, 82, 83),
 3. İşkence (madde 94, 95),
 4. Cinsel saldırı (birinci fıkra hariç, madde 102),
 5. Çocukların cinsel istismarı (madde 103),
 6. (Ek: 21/2/2014 – 6526/12 md.) Nitelikli hırsızlık (madde 142) ve yağma (madde 148, 149) ile nitelikli dolandırıcılık (madde 158),
 7. Uyuşturucu veya uyarıcı madde imal ve ticareti (madde 188),

die sich die Maßnahme richtet, die Art des Kommunikationsmittels, die Telefonnummer oder sein Code, der die Feststellung der Kommunikationsverbindung ermöglicht, und die Dauer der Anordnung anzugeben. (Sätze hinzugefügt durch § 26 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Der Staatsanwalt legt seine Entscheidung binnen 24 Stunden dem Richter zur Bestätigung vor und der Richter fasst seinen Beschluss spätestens in 24 Stunden. Ist diese Frist verstrichen oder entscheidet der Richter das Gegenteil, so sind die Aufzeichnungen sofort zu vernichten.

(7) Die nach diesem Paragraphen erlassenen Anordnungen oder vorgenommenen Maßnahmen werden während ihrer Dauer geheim gehalten.

(8) Die Bestimmungen dieses Paragraphen bezüglich der Abhörung, Aufzeichnung und Auswertung der Signal-daten sind nur auf die im Folgenden aufgezählten Straftaten anwendbar:

- a) aus dem Türkischen Strafgesetzbuch
 1. Migrantenschmuggel und Menschenhandel (§§ 79, 80) sowie Handel mit Organen und Gewebe (§ 91),
 2. Vorsätzliche Tötung (§§ 81, 82, 83),
 3. Folter (§§ 94, 95),
 4. Sexueller Angriff (§ 102 außer Abs. 1),
 5. Sexueller Missbrauch von Kindern (§ 103),
 6. (Hinzugefügt durch § 12 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014) Qualifizierter Diebstahl (§ 142) und Raub (§§ 148, 149) sowie qualifizierter Betrug (§ 158),
 7. Herstellung von oder Handel mit Betäubungs- oder Aufputzmitteln (§ 188),

8. Parada sahtecilik (madde 197),
9. (Mülga: 21/2/2014 – 6526/12 md.)
10. (Ek: 25/5/2005 – 5353/17 md.) Fuhuş (madde 227),
11. İhaleye fesat karıştırma (madde 235),
12. (Ek: 24/11/2016 – 6763/26 md.) Tefecilik (madde 241),
13. Rüşvet (madde 252),
14. Suçtan kaynaklanan malvarlığı değerlerini aklama (madde 282),
15. (Değişik: 2/12/2014 – 6572/42 md.) Devletin birliğini ve ülke bütünlüğünü bozmak (madde 302),
16. (Ek: 2/12/2014 – 6572/42 md.) Anayasal Düzene ve Bu Düzenin İşleyişine Karşı Suçlar (madde 309, 311, 312, 313, 314, 315, 316),
17. Devlet Sırlarına Karşı Suçlar ve Casusluk (madde 328, 329, 330, 331, 333, 334, 335, 336, 337) suçları.
- b) Ateşli Silahlar ve Bıçaklar ile Diğer Aletler Hakkında Kanunda tanımlanan silah kaçakçılığı (madde 12) suçları.
- c) (Ek: 25/5/2005 – 5353/17 md.) Bankalar Kanununun 22 nci maddesinin (3) ve (4) numaralı fıkralarında tanımlanan zimmet suçu.
- d) Kaçakçılıkla Mücadele Kanununda tanımlanan ve hapis cezasını gerektiren suçlar.
- e) Kültür ve Tabiat Varlıklarını Koruma Kanununun 68 ve 74 üncü maddelerinde tanımlanan suçlar.
8. Geldfälschung (§ 197),
9. (Gestrichen durch § 12 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014),
10. (Hinzugefügt durch § 17 Ges. Nr. 5353 vom 25.5.2005) Zuhälterei (§ 227),
11. Manipulation einer Ausschreibung (§ 235),
12. (Hinzugefügt durch § 26 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Wucher (§ 241),
13. Bestechung (§ 252),
14. Verschleierung aus einer Straftat stammender Vermögenswerte (§ 282),
15. (Geändert durch § 42 Ges. Nr. 6572 v. 2.12.2014) Zerstörung der Einheit des Staates und der territorialen Integrität des Landes (§ 302),
16. (Hinzugefügt durch § 42 Ges. Nr. 6572 v. 2.12.2014) Straftaten gegen die Verfassungsordnung und ihr Funktionieren (§§ 309, 311, 312, 313, 314, 315, 316),
17. Straftaten gegen Staatsgeheimnisse und Spionage (§§ 328, 329, 330, 331, 333, 334, 335, 336, 337).
- b) Straftaten, die im Gesetz über Feuerwaffen und Messer sowie andere Werkzeuge als Waffenschmuggel definiert sind (§ 12),
- c) (Hinzugefügt durch § 17 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Straftaten, die in § 22 Abs. 3 und 4 Bankengesetz als Unterschlagung im Amt definiert sind,
- d) Straftaten, die im Schmuggelbekämpfungsgesetz definiert sind und eine Haftstrafe zur Folge haben,
- e) Straftaten, die in §§ 68 und 74 des Gesetzes über den Schutz von Kultur- und Naturgütern definiert sind.

(9) Bu maddede belirlenen esas ve usuller dışında hiç kimse, bir başkasının telekomünikasyon yoluyla iletişimini dinleyemez ve kayda alamaz.

Madde 136. Müdafii bürosu ve yerleşim yeri

(1) Şüpheli veya sanığa yüklenen suç dolayısıyla müdafii bürosu, konutu ve yerleşim yerindeki telekomünikasyon araçları hakkında, 135 inci madde hükmü uygulanamaz.

Madde 137. Kararların yerine getirilmesi, iletişim içeriklerinin yok edilmesi

(1) 135 inci maddeye göre verilecek karar gereğince Cumhuriyet savcısı veya görevlendireceği adli kolluk görevlisi, telekomünikasyon hizmeti veren kurum ve kuruluşların yetkililerinden iletişimin tespiti, dinlenmesi veya kayda alınması işlemlerinin yapılmasını ve bu amaçla cihazların yerleştirilmesini yazılı olarak istediğinde, bu istem derhâl yerine getirilir; yerine getirilmemesi hâlinde zor kullanılabilir. İşlemin başladığı ve bitirildiği tarih ve saat ile işlemi yapanın kimliği bir tutanakla saptanır.

(2) 135 inci maddeye göre verilen karar gereğince tutulan kayıtlar, Cumhuriyet Savcılığınca görevlendirilen kişiler tarafından çözülerek metin hâline getirilir. Yabancı dildeki kayıtlar, tercüman aracılığı ile Türkçe'ye çevrilir.

(3) 135 inci maddeye göre verilen

(9) Nach anderen Grundsätzen und Verfahren als in diesem Paragraphen bestimmt darf niemand den Telekommunikationsverkehr eines anderen abhören oder aufzeichnen.

§ 136. Büro und Wohnsitz des Verteidigers

(1) Wegen der einem Beschuldigten oder Angeklagten zur Last gelegten Straftat darf die Bestimmung des § 135 nicht auf die Telekommunikationsmittel im Büro, in der Wohnung und am Wohnsitz des Verteidigers [sic] angewendet werden.

§ 137. Ausführung der Anordnungen, Vernichtung der Kommunikationsinhalte

(1) Verlangt der Staatsanwalt oder der von ihm beauftragte Kriminalpolizeibeamte entsprechend der nach § 135 zu erlassenden Anordnung schriftlich von den zuständigen Personen bei den Körperschaften und Einrichtungen, welche Telekommunikationsdienste anbieten, die Feststellung, das Abhören oder die Aufzeichnung einer Kommunikation oder die Installierung von Geräten zu diesem Zweck, so wird dieser Auftrag sofort ausgeführt; im Weigerungsfall darf Zwang angewendet werden. Datum und Zeitpunkt des Beginns und des Endes der Maßnahme sowie die Identität der ausführenden Person sind in einem Protokoll festzuhalten.

(2) Die Aufzeichnungen, die aufgrund der nach § 135 erlassenen Anordnung gemacht worden sind, werden durch Personen entschlüsselt und verschriftlicht, die von der Staatsanwaltschaft ernannt sind. Die Aufzeichnungen in einer Fremdsprache werden durch einen Übersetzer ins Türkische übersetzt.

(3) Wird das Verfahren gegen den

kararın uygulanması sırasında şüpheli hakkında kovuşturmayaya yer olmadığına dair karar verilmesi ya da aynı maddenin birinci fıkrasına göre hâkim onayının alınamaması halinde, bunun uygulanmasına Cumhuriyet savcısı tarafından derhâl son verilir. Bu durumda, yapılan tespit veya dinlemeye ilişkin kayıtlar Cumhuriyet savcısının denetimi altında en geç on gün içinde yok edilerek, durum bir tutanakla tespit edilir.

(4) Tespit ve dinlemeye ilişkin kayıtların yok edilmesi halinde, en geç onbeş gün içinde, Cumhuriyet Başsavcılığı, tedbirin nedeni, kapsamı, süresi ve sonucu hakkında ilgilisine yazılı olarak bilgi verir.

Madde 138. Tesadüfen elde edilen deliller

(1) Arama veya elkoyma koruma tedbirlerinin uygulanması sırasında, yapılmakta olan soruşturma veya kovuşturmayla ilgisi olmayan ancak, diğer bir suçun işlendiği şüphesini uyandırabilecek bir delil elde edilirse; bu delil muhafaza altına alınır ve durum Cumhuriyet Savcılığına derhâl bildirilir.

(2) Telekomünikasyon yoluyla yapılan iletişimin denetlenmesi sırasında, yapılmakta olan soruşturma veya kovuşturmayla ilgisi olmayan ve ancak, 135 inci maddenin altıncı fıkrasında sayılan suçlardan birinin işlendiği şüphesini uyandırabilecek bir delil elde edilirse; bu delil muhafaza altına alınır ve durum Cumhuriyet Savcılığına derhâl bildirilir.

Beschuldigten während der Ausführung der nach § 135 erlassenen Anordnung eingestellt oder konnte die nach dem ersten Absatz desselben Paragraphen erforderliche richterliche Bestätigung nicht eingeholt werden, so wird die Ausführung vom Staatsanwalt sofort beendet. Die in diesem Fall gemachten Feststellungen oder Aufzeichnungen werden unter Aufsicht des Staatsanwalts spätestens binnen zehn Tagen vernichtet, dies wird in einem Protokoll festgehalten.

(4) Werden die Feststellungen und Aufzeichnungen der Abhörmaßnahme vernichtet, so benachrichtigt die Staatsanwaltschaft den Betroffenen spätestens binnen 15 Tagen schriftlich über Gründe, Umfang, Dauer und Ergebnis der Anordnung.

§ 138. Zufallsfunde

(1) Wird bei der Durchführung der Sicherungsmaßnahmen einer Durchsuchung oder einer Beschlagnahme ein Beweisstück erlangt, das zwar keinen Zusammenhang mit dem anhängigen Ermittlungs- oder Hauptverfahren aufweist, jedoch den Verdacht erwecken kann, dass eine andere Straftat begangen wurde, so wird dieser Gegenstand in Verwahrung genommen und der Umstand dem Staatsanwalt sofort mitgeteilt.

(2) Wird bei der Überwachung des Telekommunikationsverkehrs ein Beweis erlangt, der zwar keinen Zusammenhang mit dem anhängigen Ermittlungs- oder Hauptverfahren aufweist, jedoch den Verdacht erwecken kann, dass eine der in § 135 Abs. 6 aufgezählten Straftaten begangen wurde, so wird dieser Beweis in Verwahrung genommen und der Umstand dem Staatsanwalt sofort mitgeteilt.

Altıncı Bölüm**Gizli Soruşturmacı ve Teknik Araçlarla İzleme****Madde 139. Gizli soruşturmacı görevlendirilmesi**

(1) (Değişik: 21/2/2014 – 6526/13 md.) Soruşturma konusu suçun işlendiği hususunda somut delillere dayanan kuvvetli şüphe sebeplerinin bulunması ve başka surette delil elde edilememesi hâlinde, kamu görevlileri gizli soruşturmacı olarak görevlendirilebilir. Bu madde uyarınca yapılacak görevlendirmeye hâkim tarafından karar verilir. (Mülga son cümle: 24/11/2016 – 6763/27 md.) (...).

(2) Soruşturmacının kimliği değiştirilebilir. Bu kimlikle hukukî işlemler yapılabilir. Kimliğin oluşturulması ve devam ettirilmesi için zorunlu olması durumunda gerekli belgeler hazırlanabilir, değiştirilebilir ve kullanılabilir.

(3) Soruşturmacı görevlendirilmesine ilişkin karar ve diğer belgeler ilgili Cumhuriyet Başsavcılığında muhafaza edilir. Soruşturmacının kimliği, görevinin sona ermesinden sonra da gizli tutulur.

(4) Soruşturmacı, faaliyetlerini izlemekle görevlendirildiği örgüte ilişkin her türlü araştırmada bulunmak ve bu örgütün faaliyetleri çerçevesinde işlenen suçlarla ilgili delilleri toplamakla yükümlüdür.

(5) Soruşturmacı, görevini yerine getirirken suç işleyemez ve görevlendirildiği örgütün işlemekte olduğu suçlar-

Sechster Abschnitt**Verdeckte Ermittler und Observation durch technische Mittel****§ 139. Einsatz eines verdeckten Ermittlers**

(1) (Geändert durch § 13 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014) Ein öffentlicher Bediensteter kann als verdeckter Ermittler eingesetzt werden, wenn dringende Verdachtsgründe vorliegen, die auf konkreten Beweisen basieren, dass die den Gegenstand des Ermittlungsverfahrens bildende Straftat begangen wurde und keine Möglichkeit besteht, auf andere Weise Beweise zu erlangen. Über den Einsatz nach diesem Paragraphen entscheidet der Richter. (Letzter Satz gestrichen durch § 27 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016).

(2) Die Personalien des verdeckten Ermittlers dürfen verändert werden. Unter dieser Identität dürfen Rechtshandlungen vorgenommen werden. Ist es für die Schaffung dieser Identität oder ihr Fortbestehen erforderlich, so dürfen entsprechende Dokumente erstellt, geändert und verwendet werden.

(3) Die Anordnung zum Einsatz des Ermittlers und andere Dokumente werden bei der betreffenden Staatsanwaltschaft aufbewahrt. Die Identität des Ermittlers wird auch nach der Beendigung seines Auftrags geheim gehalten.

(4) Der Ermittler ist verpflichtet, in der Vereinigung, deren Tätigkeiten er durch seinen Einsatz zu beobachten hat, Ermittlungen jeder Art anzustellen und Beweise über die Straftaten zu sammeln, die im Rahmen der Tätigkeiten dieser Vereinigung begangen werden.

(5) Der Ermittler darf bei der Ausführung seines Auftrags keine Straftat begehen und nicht für Straftaten verant-

dan sorumlu tutulamaz.

(6) Soruşturmacı görevlendirilmesi suretiyle elde edilen kişisel bilgiler, görevlendirildiği ceza soruşturması ve kovuşturması dışında kullanılamaz. (Ek: 21/2/2014 – 6526/13 md.) Suçla bağlantılı olmayan kişisel bilgiler derhâl yok edilir.

(7) Bu madde hükümleri ancak aşağıda sayılan suçlarla ilgili olarak uygulanabilir:

- a) Türk Ceza Kanununda yer alan;
 1. Örgüt faaliyeti çerçevesinde işlenip işlenmediğine bakılmaksızın uyuşturucu veya uyarıcı madde imal ve ticareti (madde 188),
 2. Suç işlemek amacıyla örgüt kurma (iki, yedi ve sekizinci fıkralar hariç, madde 220),
 3. Silahlı örgüt (madde 314) veya bu örgütlere silah sağlama (madde 315).
- b) Ateşli Silahlar ve Bıçaklar ile Diğer Aletler Hakkında Kanunda tanımlanan silah kaçakçılığı (madde 12) suçları.
- c) Kültür ve Tabiat Varlıklarını Koruma Kanununun 68 ve 74 üncü maddelerinde tanımlanan suçlar.

Madde 140. Teknik araçlarla izleme

(1) Aşağıdaki suçların işlendiği hususunda somut delillere dayanan kuvvetli şüphe sebepleri bulunması ve başka suretle delil elde edilememesi hâlinde, şüpheli veya sanığın kamuya açık yerlerdeki faaliyetleri ve işyeri teknik araçlarla izlenebilir, ses veya görüntü

wortlich gemacht werden, die die Vereinigung begeht.

(6) Die durch den Einsatz des Ermittlers erlangten persönlichen Daten dürfen außerhalb des Ermittlungs- und Hauptverfahrens, in dem er beauftragt wurde, nicht verwendet werden. (Hinzugefügt durch § 13 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014) Persönliche Daten, die keinen Zusammenhang mit einer Straftat aufweisen, werden sofort vernichtet.

(7) Die Bestimmungen dieses Paragraphen sind nur auf die im Folgenden aufgezählten Straftaten anwendbar:

- a) aus dem Türkischen Strafgesetzbuch:
 1. Ungeachtet dessen, ob im Rahmen der Aktivitäten einer Vereinigung oder nicht, Herstellung von oder Handel mit Betäubungs- oder Aufputschmitteln (§ 188),
 2. Gründung einer Vereinigung zur Begehung von Straftaten (§ 220 außerhalb den Abs. 2, 7 und 8),
 3. Bewaffnete Vereinigung (§ 314) oder Waffenbeschaffung für diese Vereinigungen (§ 315),
- b) Straftaten, die im Gesetz über Feuerwaffen und Messer sowie andere Werkzeuge als Waffenschmuggel (§ 12) definiert sind.
- c) Straftaten, die in §§ 68 und 74 des Gesetzes zum Schutz von Kultur- und Naturgütern definiert sind.

§ 140. Observation durch technische Mittel

(1) Aktivitäten eines Beschuldigten oder Angeklagten an den der Öffentlichkeit zugänglichen Orten oder seiner Arbeitsstelle dürfen durch technische Mittel observiert sowie Ton- oder Videoaufnahmen gemacht werden, wenn dringende Verdachtsgründe vorliegen, die auf kon-

kaydı alınabilir:

a) Türk Ceza Kanununda yer alan;

1. Göçmen kaçakçılığı ve insan ticareti (madde 79, 80) ile organ veya doku ticareti (madde 91),

2. Kasten öldürme (madde 81, 82, 83),

3. (Ek: 21/2/2014 – 6526/14 md.) Nitelikli hırsızlık (madde 142) ve yağma (madde 148, 149), ile nitelikli dolandırıcılık (madde 158),

4. Uyuşturucu veya uyarıcı madde imal ve ticareti (madde 188),

5. Parada sahtecilik (madde 197),

6. (Mülga: 21/2/2014 – 6526/14 md.; Yeniden düzenleme: 24/11/2016 – 6763/28 md.) Suç işlemek amacıyla örgüt kurma (madde 220, fıkra üç),

7. (Ek: 25/5/2005 – 5353/19 md.) Fuhuş (madde 227)

8. İhaleye fesat karıştırma (madde 235),

9. (Ek: 24/11/2016 – 6763/28 md.) Tefecilik (madde 241),

10. Rüşvet (madde 252),

11. Suçtan kaynaklanan malvarlığı değerlerini aklamaya (madde 282),

12. (Değişik: 2/12/2014 – 6572/43 md.) Devletin birliğini ve ülke bütünlüğünü bozmak (madde 302)

13. (Ek: 2/12/2014 – 6572/43 md.) Anayasal Düzene ve Bu Düzenin İş-

kreten Beweisen basieren, dass er die folgenden Straftaten begangen hat, und keine Möglichkeit besteht, auf andere Weise Beweise zu erlangen:

a) aus dem Türkischen Strafgesetzbuch:

1. Migrantenschmuggel und Menschenhandel (§§ 79, 80) sowie Handel mit Organen und Gewebe (§ 91),

2. Vorsätzliche Tötung (§§ 81, 82, 83),

3. (Hinzugefügt durch § 14 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014) Qualifizierter Diebstahl (§ 142) und Raub (§§ 148, 149) sowie qualifizierter Betrug (§ 158),

4. Herstellung von oder Handel mit Betäubungs- oder Aufputzmitteln (§ 188),

5. Geldfälschung (§ 197),

6. (Gestrichen durch § 14 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014; erneut geregelt durch § 28 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Gründung einer Vereinigung mit dem Ziel der Begehung von Straftaten (§ 220 Abs. 3),

7. (Hinzugefügt durch § 19 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Zuhälterei (§ 227),

8. Manipulation einer Ausschreibung (§ 235),

9. (Hinzugefügt durch § 28 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Wucher (§ 241),

10. Bestechung (§ 252),

11. Verschleierung von Vermögenswerten, die aus einer Straftat stammen (§ 282),

12. (Geändert durch § 43 Ges. Nr. 6572 v. 2.12.2014) Zerstörung der Einheit des Staates und der territorialen Integrität des Landes (§ 302),

13. (Hinzugefügt durch § 43 Ges. Nr. 6572 v. 2.12.2014) Straftaten gegen

leyişine Karşı Suçlar (madde 309, 311, 312, 313, 314, 315, 316),

14. Devlet Sırlarına Karşı Suçlar ve Casusluk (madde 328, 329, 330, 331, 333, 334, 335, 336, 337),

Suçları.

- b) Ateşli Silahlar ve Bıçaklar ile Diğer Aletler Hakkında Kanunda tanımlanan silah kaçakçılığı (madde 12) suçları.
- c) Kaçakçılıkla Mücadele Kanununda tanımlanan ve hapis cezasını gerektiren suçlar.
- d) Kültür ve Tabiat Varlıklarını Koruma Kanununun 68 ve 74 üncü maddelerinde tanımlanan suçlar.

(2) (Değişik: 24/11/2016 – 6763/28 md.) Teknik araçlarla izlemeye hâkim, gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde Cumhuriyet savcısı tarafından karar verilir. Cumhuriyet savcısı tarafından verilen kararlar yirmi dört saat içinde hâkim onayına sunulur. Hâkim kararını en geç yirmi dört saat içinde verir. Sürenin dolması veya hâkim tarafından aksine karar verilmesi hâlinde kayıtlar derhâl imha edilir.

(3) (Değişik: 21/2/2014 – 6526/14 md.) Teknik araçlarla izleme kararı en çok üç haftalık süre için verilebilir. Bu süre gerektiğinde bir hafta daha uzatılabilir. Ancak, örgütün faaliyeti çerçevesinde işlenen suçlarla ilgili olarak gerekli görülmesi hâlinde, hâkim yukarıdaki sürelere ek olarak her defasında bir haftadan fazla olmamak ve toplam dört haftayı geçmemek üzere uzatılmasına karar verebilir.

die Verfassungsordnung und ihr Funktionieren (§§ 309, 311, 312, 313, 314, 315, 316),

14. Straftaten gegen Staatsgeheimnisse und Spionage (§§ 328, 329, 330, 331, 333, 334, 335, 336, 337),

- b) Straftaten, die im Gesetz über Feuerwaffen und Messer sowie andere Werkzeuge als Waffenschmuggel (§ 12) definiert sind,
- c) Straftaten, die im Schmuggelbekämpfungsgesetz definiert sind und eine Haftstrafe zur Folge haben,
- d) Straftaten, die in §§ 68 und 74 des Gesetzes über den Schutz von Kultur- und Naturgütern definiert sind.

(2) (Geändert durch § 28 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Über die Anordnung einer Observation durch technische Mittel entscheidet der Richter, bei Gefahr im Verzug der Staatsanwalt. Die staatsanwaltlichen Anordnungen werden binnen 24 Stunden dem Richter zur Bestätigung vorgelegt. Der Richter trifft seine Entscheidung spätestens binnen 24 Stunden. Ist diese Frist abgelaufen oder hat der Richter das Gegenteil entschieden, so werden die Aufzeichnungen sofort vernichtet.

(3) (Geändert durch § 14 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014) Die Observation durch technische Mittel darf nur für die Dauer von drei Wochen angeordnet werden. Diese Frist kann erforderlichenfalls um eine Woche verlängert werden. Allerdings kann der Richter im Hinblick auf die Straftaten, die im Rahmen der Tätigkeit einer Vereinigung begangen werden, zusätzlich zu den obigen Fristen eine weitere insgesamt vier Wochen nicht überschreitende Verlängerung anordnen, wobei eine Verlängerung

(4) Elde edilen deliller, yukarıda sayılan suçlarla ilgili soruşturma ve kovuşturma dışında kullanılamaz; ceza kovuşturması bakımından gerekli olmadığı taktirde Cumhuriyet savcısının gözetiminde derhâl yok edilir.

(5) Bu madde hükümleri, kişinin konutunda uygulanamaz.

Yedinci Bölüm **Koruma Tedbirleri Nedeniyle** **Tazminat**

Madde 141. Tazminat istemi

(1) Suç soruşturması veya kovuşturması sırasında;

- a) Kanunlarda belirtilen koşullar dışında yakalanan, tutuklanan veya tutukluluğunun devamına karar verilen,
- b) Kanunî gözaltı süresi içinde hâkim önüne çıkarılmayan,
- c) Kanunî hakları hatırlatılmadan veya hatırlatılan haklarından yararlandırılma isteği yerine getirilmeden tutuklanan,
- d) Kanuna uygun olarak tutuklandığı hâlde makul sürede yargılama merci huzuruna çıkarılmayan ve bu süre içinde hakkında hüküm verilmeden,
- e) Kanuna uygun olarak yakalandıktan veya tutuklandıktan sonra haklarında kovuşturmaya yer olmadığına

jeweils höchstens eine Woche betragen darf.

(4) Die erlangten Beweise dürfen in anderen Ermittlungs- oder Hauptverfahren, die die oben genannten Straftaten betreffen, nicht verwendet werden; sind sie für die Strafverfolgung als nicht erforderlich anzusehen, so werden sie unter Aufsicht des Staatsanwalts sofort vernichtet.

(5) Die Bestimmungen dieses Paragraphen dürfen nicht auf die Wohnung einer Person angewendet werden.

Siebter Abschnitt **Entschädigung wegen Sicherungs-** **maßnahmen**

§ 141. Entschädigungsklage

(1) Diejenigen Personen können materielle oder immaterielle Schäden jeder Art gegen den Staat geltend machen, die in einem Ermittlungs- oder Hauptverfahren

- a) außerhalb der in Gesetzen genannten Voraussetzungen festgenommen, verhaftet oder einer Fortsetzung der Untersuchungshaft ausgesetzt wurden,
- b) innerhalb der gesetzlichen Gewahrsamsfrist nicht dem Richter vorgeführt wurden,
- c) verhaftet und dabei nicht über ihre gesetzlichen Rechte belehrt wurden oder deren Verlangen nach Gewährung der Rechte, über die sie belehrt wurden, nicht stattgegeben wurde,
- d) gesetzmäßig verhaftet, aber nicht innerhalb einer angemessenen Frist der erkennenden Instanz vorgeführt worden waren oder gegen die in dieser Frist kein Urteil erging,
- e) gesetzmäßig festgenommen oder verhaftet worden waren, aber später im Verfahren freigesprochen wurden

veya beraatlerine karar verilen,

- f) Mahkûm olup da gözaltı ve tutuklulukta geçirdiği süreleri, hükümlülük sürelerinden fazla olan veya işlediği suç için kanunda öngörülen cezanın sadece para cezası olması nedeniyle zorunlu olarak bu cezayla cezalandırılan,
- g) Yakalama veya tutuklama nedenleri ve haklarındaki suçlamalar kendilerine, yazıyla veya bunun hemen olanaklı bulunmadığı hâllerde sözlü açıklanmayan,
- h) Yakalanmaları veya tutuklanmaları yakınlarına bildirilmeyen,
- i) Hakkındaki arama kararı ölçüsüz bir şekilde gerçekleştirilen,
- j) Eşyasına veya diğer malvarlığı değerlerine, koşulları oluşmadığı halde elkonulan veya korunması için gerekli tedbirler alınmayan ya da eşyası veya diğer malvarlığı değerleri amaç dışı kullanılan veya zamanında geri verilmeyen,
- k) (Ek: 11/4/2013 – 6459/17 md.) Yakalama veya tutuklama işlemine karşı Kanunda öngörülen başvuru imkânlarından yararlandırılmayan,

oder deren Verfahren eingestellt wurde,

- f) länger als die im Urteil ausgesprochene Strafzeit in Gewahrsam und Untersuchungshaft festgehalten oder nur zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, weil die gesetzlich vorgesehene Strafe lediglich eine Geldstrafe ist,
- g) über die Gründe ihrer Festnahme oder Verhaftung und über die gegen sie erhobenen Beschuldigungen nicht schriftlich oder, wenn dies nicht umgehend möglich war, nicht mündlich belehrt wurden,
- h) deren Angehörige keine Benachrichtigung über ihre Festnahme oder Verhaftung erfahren haben,
- i) einer unangemessenen Durchsuchung ausgesetzt wurden,
- j) einer Beschlagnahme ihres Guts oder anderer Vermögenswerte trotz des Fehlens der Voraussetzungen oder des Mangels an erforderlichen Vorkehrungen zu ihrem Schutz oder einer zweckwidrigen Verwendung ihres Guts oder ihrer Vermögenswerte oder ihrer nicht rechtzeitigen Rückgabe ausgesetzt waren,
- k) (Hinzugefügt durch § 17 Ges. Nr. 6459 v. 11.4.2013) an der Inanspruchnahme der gesetzlichen Rechtsmittel gegen die Festnahme oder Verhaftung gehindert wurden.

Kişiler, maddî ve manevî her türlü zararlarını, Devletten isteyebilirler.

(2) Birinci fıkranın (e) ve (f) bentlerinde belirtilen kararları veren merciler, ilgiliye tazminat hakları bulunduğunu bildirirler ve bu husus verilen karara geçirilir.

(3) (Ek: 18/6/2014 – 6545/70 md.) Birinci fıkrada yazan hâller dışında,

(2) Instanzen, die in Abs. 1 lit. (e) und (f) aufgeführte Entscheidungen fassen, belehren die Betroffenen über ihr Recht auf Entschädigung und dies wird in die Entscheidung einbezogen.

(3) (Hinzugefügt durch § 70 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014) Abgesehen von den

suç soruşturması veya kovuşturması sırasında kişisel kusur, haksız fiil veya diğer sorumluluk hâlleri de dâhil olmak üzere hâkimler ve Cumhuriyet savcılarının verdikleri kararlar veya yaptıkları işlemler nedeniyle tazminat davaları ancak Devlet aleyhine açılabilir.

(4) (Ek: 18/6/2014 – 6545/70 md.) Devlet, ödediği tazminattan dolayı görevinin gereklerine aykırı hareket etmek suretiyle görevini kötüye kullanan hâkimler ve Cumhuriyet savcılarına bir yıl içinde rücu eder.

Madde 142. Tazminat isteminin koşulları

(1) Karar veya hükümlerin kesinleştiğinin ilgisine tebliğinden itibaren üç ay ve her hâlde karar veya hükümlerin kesinleşme tarihini izleyen bir yıl içinde tazminat isteminde bulunulabilir.

(2) İstem, zarara uğrayanın oturduğu yer ağır ceza mahkemesinde ve eğer o yer ağır ceza mahkemesi tazminat konusu işlemle ilişkili ise ve aynı yerde başka bir ağır ceza dairesi yoksa, en yakın yer ağır ceza mahkemesinde karara bağlanır.

(3) Tazminat isteminde bulunan kişinin dilekçesine, açık kimlik ve adresini, zarara uğradığı işlemin ve zararın nitelik ve niceliğini kaydetmesi ve bunların belgelerini eklemesi gereklidir.

in Abs. 1 genannten Fällen kann eine Entschädigungsklage wegen richterlicher oder staatsanwaltlicher Anordnungen oder Handlungen einschließlich der Fälle eines persönlichen Verschuldens, einer unrechtmäßigen Handlung oder anderer Haftungsgründe nur gegen den Staat erhoben werden.

(4) (Hinzugefügt durch § 70 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014) Der Staat nimmt binnen einem Jahr wegen der gezahlten Entschädigung gegen die Richter und Staatsanwälte Rückgriff, die ihr Amt durch eine Zuwiderhandlung gegen die Erfordernisse des Amtes missbraucht haben.

§ 142. Voraussetzungen der Entschädigungsklage

(1) Die Entschädigungsklage kann binnen drei Monaten nach der Zustellung von Entscheidungen oder Urteilen an den Betroffenen und jedenfalls binnen einem Jahr nach dem Datum der Rechtskraft von Entscheidungen oder Urteilen erhoben werden.

(2) Über die Klage entscheidet das Gericht für schwere Straftaten an dem Wohnsitz des Geschädigten oder das nächstgelegene Gericht für schwere Straftaten, wenn das örtliche Gericht für schwere Straftaten im Zusammenhang mit der Handlung steht, die den Gegenstand der Entschädigung bildet, und an demselben Ort keine weitere Kammer des Gerichts für schwere Straftaten vorhanden ist.

(3) Die Person, die die Entschädigungsklage erhebt, muss in dem Antrag ihre genauen Personalien und ihre Adresse, die Handlung, durch die ihr Schaden zugefügt wurde, und Art und Ausmaß des Schadens angeben und dem Antrag die betreffenden Dokumente beifügen.

(4) Dilekçesindeki bilgi ve belgelerin yetersizliği durumunda mahkeme, eksikliğin bir ay içinde giderilmesini, aksi hâlde istemin reddedileceğini ilgiliye duyurur. Süresinde eksigi tamamlanmayan dilekçe, mahkemece, itiraz yolu açık olmak üzere reddolunur.

(5) Mahkeme, dosyayı inceledikten sonra yeterliliğini belirlediği dilekçe ve eki belgelerin bir örneğini Devlet Hazinesinin kendi yargı çevresindeki temsilcisine tebliğ ederek, varsa beyan ve itirazlarını onbeş gün içinde yazılı olarak bildirmesini ister.

(6) İstemin ve ispat belgelerinin değerlendirilmesinde ve tazminat hukukunun genel prensiplerine göre verilecek tazminat miktarının saptanmasında mahkeme gerekli gördüğü her türlü araştırmayı yapmaya veya hâkimlerinden birine yaptırma yetkilidir.

(7) (Değişik: 25/5/2005 – 5353/20 md.) Mahkeme, kararını duruşmalı olarak verir. İstemde bulunan ile Hazine temsilcisi, açıklamalı çağrı kâğıdı tebliğine rağmen gelmezlerse, yokluklarında karar verilebilir.

(8) Karara karşı, istemde bulunan, Cumhuriyet savcısı veya Hazine temsilcisi, istinaf yoluna başvurabilir; inceleme öncelikle ve ivedilikle yapılır.

Madde 143. Tazminatın geri alınması

(1) Kovuşturmaya yer olmadığına

(4) Fehlen in dem Antrag Angaben oder Dokumente, so fordert das Gericht den Betroffenen auf, die Mängel innerhalb eines Monats zu beseitigen und teilt ihm mit, dass es die Klage anderenfalls abweisen wird. Der Antrag, dessen Mängel nicht rechtzeitig beseitigt sind, wird vom Gericht verworfen. Dagegen ist der Beschwerdeweg offen.

(5) Das Gericht stellt nach Prüfung der Akten die Abschriften des von ihm als vollständig angesehenen Antrags und der anhängenden Dokumente dem örtlichen Vertreter der Staatskasse in seinem Gerichtsbezirk zu und verlangt, gegebenenfalls seine Erklärung und seine Einwände innerhalb von 15 Tagen schriftlich mitzuteilen.

(6) Das Gericht ist bei der Würdigung der Klage oder der Nachweisdokumente und der Festlegung der nach den allgemeinen Prinzipien des Entschädigungsrechts zu bestimmenden Höhe der Entschädigung befugt, die von ihm als erforderlich angesehenen Ermittlungen jeder Art anzustellen oder einen seiner Richter damit zu beauftragen.

(7) (Geändert durch § 20 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Das Gericht fällt seine Entscheidung in einer öffentlichen Verhandlung. Erscheinen weder der Kläger noch der Vertreter der Staatskasse trotz der Zustellung der schriftlichen Ladung mit der Belehrung, so kann in ihrer Abwesenheit entschieden werden.

(8) Gegen die Entscheidung können der Kläger, der Staatsanwalt oder der Vertreter der Staatskasse Berufung einlegen; die Prüfung wird vorrangig und mit Dringlichkeit durchgeführt.

§ 143. Rückerstattung der Entschädigung

(1) Gezahlte Entschädigungen, soweit

ilişkin kararı sonradan kaldırılarak, hakkında kamu davası açılan ve mahkûm edilenlerle, yargılamanın aleyhte yenilenmesiyle beraat kararı kaldırılıp mahkûm edilenlere ödenmiş tazminatların mahkûmiyet süresine ilişkin kısmı, Cumhuriyet savcısının yazılı istemi ile aynı mahkemeden alınacak kararlar kamu alacaklarının tahsiline ilişkin mevzuat hükümleri uygulanarak geri alınır. Bu karara itiraz edilebilir.

(2) (Mülga: 18/6/2014 – 6545/103 md.)

(3) İftira konusunu oluşturan suç veya yalan tanıklık nedeniyle gözaltına alınma ve tutuklama halinde; Devlet, iftira eden veya yalan tanıklıkta bulunan kişiye de rücu eder.

Madde 144. Tazminat isteyemeyecek kişiler

(1) Kanuna uygun olarak yakalanan veya tutuklanan kişilerden aşağıda belirtilenler tazminat isteyemezler:

- a) (Mülga: 11/4/2013 – 6459/18 md.)
- b) Tazminata hak kazanmadığı hâlde, sonradan yürürlüğe giren ve lehte düzenlemeler getiren kanun gereği, durumları tazminat istemeye uygun hâle dönüşenler.
- c) Genel veya özel af, şikâyetten vazgeçme, uzlaşma gibi nedenlerle hak-

sie die verhängte Haftdauer betreffen, sind auf schriftlichen Antrag des Staatsanwalts bei demselben Gericht entsprechend der Gesetzgebung über die Zwangsvollstreckung von öffentlich-rechtlichen Geldforderungen zurückzuerstatten, wenn die Einstellung des Verfahrens später aufgehoben wurde und die betreffenden Personen nach der Erhebung der Anklage verurteilt wurden oder der Freispruch nach der Wiederaufnahme des Verfahrens zu ihren Lasten aufgehoben wurde und sie verurteilt wurden.

(2) (Gestrichen durch § 103 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014)

(3) Ist die Ingewahrsamnahme oder Verhaftung wegen einer Straftat, die Gegenstand einer falschen Verdächtigung ist oder aufgrund von Falschaussagen erfolgt, so nimmt der Staat auch Rückgriff gegen die Person, die falsch verdächtigt oder falsche Aussagen gemacht hat.

§ 144. Personen, die keinen Anspruch auf Entschädigung erheben können

(1) Folgenden Personen, die in Übereinstimmung mit dem Gesetz festgenommen oder verhaftet worden sind, steht kein Anspruch auf Entschädigung zu:

- a) (Gestrichen durch § 18 Ges. Nr. 6459 v. 11.4.2013)
- b) Personen, die keinen Anspruch auf die Entschädigung hatten, deren Rechtslage sich jedoch durch ein später in Kraft tretendes und Regelungen zu ihren Gunsten einführendes Gesetz dahingehend geändert hat, dass sie nun einen Anspruch auf Entschädigung haben,
- c) Personen, bei denen wegen einer Amnestie oder Begnadigung, eines

kında kovuşturmayaya yer olmadığına veya davanın düşmesine karar verilen veya kamu davası geçici olarak durdurulan veya kamu davası ertelenen veya düşürülenler.

- d) Kusur yeteneğinin bulunmaması nedeniyle hakkında ceza verilmesine yer olmadığına karar verilenler.
- e) Adli makamlar huzurunda gerçek dışı beyanla suç işlediğini veya suçta katıldığını bildirerek gözaltına alınmasına veya tutuklanmasına neden olanlar.

Verzichts auf einen Strafantrag, einer Einigung sowie ähnlicher Gründe das Verfahren eingestellt wurde oder erloschen ist oder die öffentliche Klage zeitweilig unterbrochen oder ausgesetzt oder erloschen war,

- d) Personen, gegen die wegen mangelnder Schuldfähigkeit von Strafe abgesehen wurde,
- e) Personen, die ihre Ingewahrsamnahme oder Verhaftung selbst verursacht haben, indem sie vor Justizinstanzen wahrheitswidrig dahingehend ausgesagt haben, eine Straftat begangen oder sich daran beteiligt zu haben.

Beşinci Kısım İfade ve Sorgu

Birinci Bölüm İfade veya Sorgu İçin Çağrı

Madde 145. İfade veya sorgu için çağrı

(1) İfadesi alınacak veya sorgusu yapılacak kişi davetiye ile çağrılır; çağrılma nedeni açıkça belirtilir; gelmezse zorla getirileceği yazılır.

Madde 146. Zorla getirme

(1) (Değişik: 6/12/2006 – 5560/20 md.) Hakkında tutuklama kararı verilmesi veya yakalama emri düzenlenmesi için yeterli nedenler bulunan veya 145 inci maddeye göre çağrıldığı halde gelmeyen şüpheli veya sanığın zorla getirilmesine karar verilebilir.

(2) Zorla getirme kararı, şüpheli veya sanığın açıkça kim olduğunu, kendisiyle

Fünfter Teil Befragung und Vernehmung

Erster Abschnitt Ladung zu einer Befragung oder Vernehmung

§ 145. Ladung zu einer Befragung oder Vernehmung

(1) Eine Person, deren Befragung oder Vernehmung durchzuführen ist, wird schriftlich geladen; der Grund für die Ladung wird genau angegeben; es wird vermerkt, dass sie im Falle des Ausbleibens zwangsweise vorgeführt wird.

§ 146. Zwangsweise Vorführung

(1) (Geändert durch § 20 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Die zwangsweise Vorführung des Beschuldigten oder Angeklagten kann angeordnet werden, wenn gegen ihn genügende Gründe für den Erlass eines Haftbefehls oder eines Steckbriefs vorliegen oder er trotz der Ladung nach § 145 ausgeblieben ist.

(2) Die Anordnung einer zwangsweisen Vorführung enthält die genaue Bezeich-

ilgili suç, gerektiğinde eşkâlini ve zorla getirilmesi nedenlerini içerir.

(3) Zorla getirme kararının bir örneği şüpheli veya sanığa verilir.

(4) (Değişik: 6/12/2006 – 5560/20 md.) Zorla getirme kararı ile çağrılan şüpheli veya sanık derhal, olanak bulunmadığında yol süresi hariç en geç yirmidört saat içinde çağırılan hâkimin, mahkemenin veya Cumhuriyet savcısının önüne götürülür ve sorguya çekilir veya ifadesi alınır.

(5) (Değişik: 6/12/2006 – 5560/20 md.) Zorla getirme, bunun için haklı görülecek bir zamanda başlar ve hâkim, mahkeme veya Cumhuriyet savcısı tarafından, sorguya çekilmenin veya ifade almanın sonuna kadar devam eder.

(6) Zorla getirme kararının yerine getirilememesinin nedenleri, köy veya mahalle muhtarı ile kolluk görevlisinin birlikte imzalayacakları bir tutanakla saptanır.

(7) (Ek: 6/12/2006 – 5560/20 md.) Çağrıya rağmen gelmeyen tanık, bilirkişi, mağdur ve şikâyetçi ile ilgili olarak da zorla getirme kararı verilebilir.

nung des Beschuldigten oder Angeklagten, die ihn betreffende Straftat, erforderlichenfalls seine Personenbeschreibung und die Gründe für seine zwangsweise Vorführung.

(3) Eine Abschrift der Anordnung der zwangsweisen Vorführung wird dem Beschuldigten oder Angeklagten ausgehändigt.

(4) (Geändert durch § 20 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Der Beschuldigte oder Angeklagte, der durch die Anordnung einer zwangsweisen Vorführung geladen ist, wird dem Richter, Gericht oder Staatsanwalt, der die Ladung erlassen hat, sofort, und wenn das nicht möglich ist, spätestens binnen 24 Stunden zuzüglich der erforderlichen Wegezeit vorgeführt und vernommen oder befragt.

(5) (Geändert durch § 20 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Die zwangsweise Vorführung beginnt zu einem Zeitpunkt, der dafür gerechtfertigt erscheint, und dauert bis zur Beendigung der Vernehmung durch den Richter oder der Befragung durch den Staatsanwalt.

(6) Die Gründe für die Nichtvollstreckung der Anordnung der zwangsweisen Vorführung sind in einem Protokoll festzuhalten, das vom Dorf- oder Ortsvorsteher sowie von dem Polizeibeamten gemeinsam unterschrieben wird.

(7) (Hinzugefügt durch § 20 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Auch gegen den Zeugen, der trotz der Ladung ausgeblieben ist, den Sachverständigen, den Verletzten oder den Strafantragsteller kann die zwangsweise Vorführung angeordnet werden.

İkinci Bölüm İfade ve Sorgu Usulü

Madde 147. İfade ve sorgunun tarzı

(1) Şüphelinin veya sanığın ifadesinin alınmasında veya sorguya çekilmesinde aşağıdaki hususlara uyulur:

- a) Şüpheli veya sanığın kimliği saptanır. Şüpheli veya sanık, kimliğine ilişkin soruları doğru olarak cevaplandırmakla yükümlüdür.
- b) Kendisine yüklenen suç anlatılır.
- c) Müdafî seçme hakkının bulunduğu ve onun hukukî yardımından yararlanabileceği, müdafîin ifade veya sorgusunda hazır bulunabileceği, kendisine bildirilir. Müdafî seçecek durumda olmadığı ve bir müdafî yardımından faydalanmak istediği takdirde, kendisine baro tarafından bir müdafî görevlendirilir.
- d) 95 inci madde hükmü saklı kalmak üzere, yakalanan kişinin yakınlarından istediğine yakalandığı derhâl bildirilir.
- e) Yüklenen suç hakkında açıklamada bulunmamasının kanunî hakkı olduğu söylenir.
- f) Şüpheden kurtulması için somut delillerin toplanmasını isteyebileceği hatırlatılır ve kendisi aleyhine var olan şüphe nedenlerini ortadan kaldırmak ve lehine olan hususları ileri

Zweiter Abschnitt Art und Weise der Befragung und der Vernehmung

§ 147. Art und Weise der Befragung und der Vernehmung

(1) Bei der Befragung und der Vernehmung eines Beschuldigten oder eines Angeklagten werden folgende Maßgaben eingehalten:

- a) Die Personalien des Beschuldigten oder Angeklagten werden festgestellt. Der Beschuldigte oder Angeklagte ist verpflichtet, die Fragen zu seiner Identität wahrheitsgemäß zu beantworten.
- b) Er wird über die ihm zur Last gelegte Tat unterrichtet.
- c) Ihm wird mitgeteilt, dass er ein Recht auf Verteidigerwahl hat, dessen Beistand beanspruchen kann und der Verteidiger bei seiner Befragung und Vernehmung anwesend sein darf. Ist er nicht imstande, einen Verteidiger zu wählen und will er den Beistand eines Verteidigers beanspruchen, so wird ihm durch die Anwaltskammer ein Verteidiger beigeordnet.
- d) Von der Festnahme wird sofort ein Angehöriger des Festgenommenen nach dessen Wahl benachrichtigt, wobei die Bestimmung des § 95 unberührt bleibt.
- e) Er wird darüber belehrt, dass es sein gesetzliches Recht ist, die Aussage über die ihm zur Last gelegte Tat zu verweigern.
- f) Er wird darüber belehrt, dass er zu seiner Entlastung die Erhebung konkreter Beweise beantragen kann und ihm wird die Gelegenheit eingeräumt, zu seinen Lasten vorliegende

sürmek olanağı tanınır.

- g) İfade verenin veya sorguya çekilenin kişisel ve ekonomik durumu hakkında bilgi alınır.
- h) İfade ve sorgu işlemlerinin kaydında, teknik imkânlardan yararlanılır.
- i) İfade veya sorgu bir tutanağa bağlanır. Bu tutanakta aşağıda belirtilen hususlar yer alır:
1. İfade alma veya sorguya çekme işleminin yapıldığı yer ve tarih.
 2. İfade alma veya sorguya çekme sırasında hazır bulunan kişilerin isim ve sıfatları ile ifade veren veya sorguya çekilen kişinin açık kimliği.
 3. İfade almanın veya sorgunun yapılmasında yukarıdaki işlemlerin yerine getirilip getirilmediği, bu işlemler yerine getirilmemiş ise nedenleri.
 4. Tutanak içeriğinin ifade veren veya sorguya çekilen ile hazır olan müdafî tarafından okunduğu ve imzalarının alındığı.
 5. İmzadan çekinme hâlinde bunun nedenleri.

Madde 148. İfade alma ve sorguda yasak usuller

(1) Şüphelinin ve sanığın beyanı özgür iradesine dayanmalıdır. Bunu engelleyici nitelikte kötü davranma, işkence, ilaç verme, yorma, aldatma, cebir veya tehdit bulunma, bazı araçları kullanma gibi bedensel veya ruhsal müdahaleler yapılamaz.

Verdachtsgründe zu entkräften und ihn Entlastendes vorzutragen.

- g) Es ist nach den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Aussagenden oder Vernommenen zu fragen.
- h) Bei der Aufzeichnung der Befragung oder Vernehmung wird von technischen Mitteln Gebrauch gemacht.
- i) Die Befragung oder Vernehmung wird protokolliert. Im Protokoll ist Folgendes zu vermerken:
1. Ort und Datum der vorgenommenen Befragung oder Vernehmung,
 2. Name und Bezeichnungen von Personen, die während der Befragung oder Vernehmung anwesend sind, sowie die genauen Personalien des Befragten oder Vernommenen,
 3. ob die oben genannten Maßgaben bei der Befragung oder Vernehmung eingehalten worden sind oder nicht; wenn diese Maßgaben nicht eingehalten wurden, die Gründe dafür,
 4. dass der Inhalt des Protokolls vom Aussagenden oder Vernommenen sowie von seinem anwesenden Verteidiger gelesen und unterzeichnet worden ist,
 5. im Falle der Unterschriftsverweigerung die Gründe dafür.

§ 148. Verbotene Methoden bei der Befragung und Vernehmung

(1) Die Aussage eines Beschuldigten oder Angeklagten muss auf seinem freien Willen beruhen. Körperliche und psychische Eingriffe, die dagegen verstoßen, wie Misshandlung, Folter, Verabreichung von Medikamenten, Ermüdung, Täuschung, Zwang, Drohung oder Einsatz von etwaigen Instrumenten, sind untersagt.

(2) Kanuna aykırı bir yarar vaat edilemez.

(3) Yasak usullerle elde edilen ifadeler rıza ile verilmiş olsa da delil olarak değerlendirilemez.

(4) Müdafî hazır bulunmaksızın kollukça alınan ifade, hâkim veya mahkeme huzurunda şüpheli veya sanık tarafından doğrulanmadıkça hükme esas alınmaz.

(5) Şüphelinin aynı olayla ilgili olarak yeniden ifadesinin alınması ihtiyacı ortaya çıktığında, bu işlem ancak Cumhuriyet savcısı tarafından yapılabilir.

(2) Es darf kein gesetzwidriger Vorteil versprochen werden.

(3) Aussagen, die durch verbotene Methoden erlangt sind, dürfen auch dann nicht als Beweis verwertet werden, wenn sie mit Einwilligung [sic] abgegeben wurden.

(4) Aussagen, die durch die Polizei ohne Anwesenheit eines Verteidigers erlangt worden sind, dürfen einem Urteil nicht zugrunde gelegt werden, solange sie nicht vom Beschuldigten vor einem Richter oder Gericht bestätigt werden.

(5) Ergibt sich die Notwendigkeit, dass der Beschuldigte wegen desselben Sachverhalts erneut zu befragen ist, so darf diese Handlung nur vom Staatsanwalt durchgeführt werden.

Altıncı Kısım Savunma

Birinci Bölüm

Müdafî Seçimi, Görevlendirilmesi, Görev ve Yetkileri

Madde 149. Şüphelinin veya sanığın müdafî seçimi

(1) Şüpheli veya sanık, soruşturma ve kovuşturmanın her aşamasında bir veya birden fazla müdafîin yardımından yararlanabilir; kanunî temsilcisi varsa, o da şüpheliye veya sanığa müdafî seçebilir.

(2) Soruşturma evresinde, ifade almada en çok üç avukat hazır bulunabilir. (Ek cümle: 3/10/2016-KHK-676/1 md.) Örgüt faaliyeti çerçevesinde işlenen suçlar bakımından yürütülen kovuşturmalarda, duruşmada en çok üç avukat hazır bulunabilir.

Sechster Teil Verteidigung

Erster Abschnitt

Wahl, Beiordnung, Aufgaben und Befugnisse des Verteidigers

§ 149. Wahl des Verteidigers durch den Beschuldigten oder Angeklagten

(1) Der Beschuldigte oder Angeklagte kann in jeder Phase des Ermittlungs- oder Hauptverfahrens den Beistand eines oder mehrerer Verteidiger beanspruchen; hat er einen gesetzlichen Vertreter, so kann auch dieser für ihn einen Verteidiger wählen.

(2) Bei der Befragung im Ermittlungsverfahren dürfen höchstens drei Rechtsanwälte anwesend sein. (Satz hinzugefügt durch § 1 Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft Nr. 676 v. 3.10.2016) Im Hauptverfahren gegen Straftaten, die im Rahmen von Aktivitäten einer Vereinigung begangen wurden, dürfen in der

(3) Soruşturma ve kovuşturma evrelerinin her aşamasında avukatın, şüpheli veya sanıkla görüşme, ifade alma veya sorgu süresince yanında olma ve hukukî yardımda bulunma hakkı engellenemez, kısıtlanamaz.

Madde 150. Müdafii görevlendirilmesi (Değişik: 6/12/2006 – 5560/21 md.)

(1) Şüpheli veya sanıktan kendisine bir müdafii seçmesi istenir. Şüpheli veya sanık, müdafii seçebilecek durumda olmadığını beyan ederse, istemi halinde bir müdafii görevlendirilir.

(2) Müdafii bulunmayan şüpheli veya sanık; çocuk, kendisini savunamayacak derecede malul veya sağır ve dilsiz ise, istemi aranmaksızın bir müdafii görevlendirilir.

(3) Alt sınırı beş yıldan fazla hapis cezasını gerektiren suçlardan dolayı yapılan soruşturma ve kovuşturmada ikinci fıkra hükmü uygulanır.

(4) Zorunlu müdafilikle ilgili diğer hususlar, Türkiye Barolar Birliğinin görüşü alınarak çıkarılacak yönetmelikle düzenlenir.

Madde 151. Müdafii görevini yerine getirmediğinde yapılacak işlem ve müdafilik görevinden yasaklanma

(1) 150 nci madde hükmüne göre görevlendirilen müdafii, duruşmada hazır bulunmaz veya vakitsiz olarak duruş-

Hauptverhandlung höchstens drei Rechtsanwälte anwesend sein.

(3) Das Recht des Rechtsanwalts, sich in jeder Phase des Ermittlungs- und Hauptverfahrens mit dem Beschuldigten oder Angeklagten zu treffen, ihm während der Befragung oder Vernehmung zur Seite zu stehen und ihm rechtlichen Beistand zu leisten, darf nicht verweigert oder eingeschränkt werden.

§ 150. Beordnung eines Verteidigers (geändert durch § 21 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006)

(1) Vom Beschuldigten oder Angeklagten wird verlangt, einen Verteidiger zu wählen. Erklärt der Beschuldigte oder Angeklagte, nicht imstande zu sein, einen Verteidiger zu wählen, so wird auf sein Verlangen ein Verteidiger beigeordnet.

(2) Ist der unverteidigte Beschuldigte oder Angeklagte minderjährig, in einem Maße gebrechlich, dass er sich nicht verteidigen kann, oder taubstumm, so wird ihm ohne sein Verlangen ein Verteidiger beigeordnet.

(3) Die Bestimmung in Abs. 2 wird im Ermittlungs- und Hauptverfahren wegen Straftaten angewendet, die mit einer Haftstrafe von mindestens fünf oder mehr Jahren bedroht sind.

(4) Das Weitere hinsichtlich des Pflichtverteidigers wird nach Einholung einer Stellungnahme der Türkischen Anwaltskammer durch eine Verordnung geregelt.

§ 151. Verfahren, wenn der Verteidiger seinen Auftrag nicht erfüllt, und Ausschluss des Verteidigers

(1) Der Richter oder das Gericht trifft sofort die erforderlichen Maßnahmen zur Bestellung eines anderen Verteidi-

madan çekilir veya görevini yerine getirmekten kaçınırsa, hâkim veya mahkeme derhâl başka bir müdafî görevlendirilmesi için gerekli işlemi yapar. Bu durumda mahkeme oturuma ara verebileceği gibi oturumun ertelenmesine de karar verebilir.

(2) Eğer yeni müdafî savunmasını hazırlamak için yeterli zaman olmadığını açıklarsa oturum ertelenir.

(3) (Ek: 25/5/2005 – 5353/22 md.) 149 uncu maddeye göre seçilen veya 150 nci maddeye göre görevlendirilen ve Türk Ceza Kanununun 220 ve 314 üncü maddesinde sayılan suçlar ile terör suçlarından şüpheli, sanık veya hükümlü olanların müdafîlik veya vekillik görevini üstlenen avukat, hakkında bu fıkrada sayılan suçlar nedeniyle soruşturma ya da kovuşturma bulunması halinde müdafîlik veya vekillik görevini üstlenmekten yasaklanabilir.

(4) (Ek: 25/5/2005 – 5353/22 md.) Cumhuriyet savcısının yasaklamaya ilişkin talebi hakkında hâkim veya mahkeme tarafından gecikmeksizin karar verilir. Bu kararlara karşı itiraz edilebilir. İtiraz sonucunda yasaklama kararının kaldırılması halinde avukat görevini devam ettirir. Müdafîlik görevinden yasaklama kararı, avukat hakkındaki soruşturma veya kovuşturma konusu suçla sınırlı olmak üzere, bir yıl süre ile verilebilir. Ancak, soruşturma veya kovuşturmanın niteliği itibariyle niteliği itibariyle bu süreler altı aydan fazla olmamak üzere en fazla iki defa uzatılabilir. Soruşturma sonunda

gers, wenn der nach der Bestimmung des § 150 beigeordnete Verteidiger in der Hauptverhandlung abwesend ist, sich dieser zur Unzeit entzieht oder es unterlässt, seinen Auftrag zu erfüllen. In diesem Fall kann das Gericht sowohl die Unterbrechung der Sitzung als auch ihre Vertagung beschließen.

(2) Erklärt der neue Verteidiger, dass ihm nicht genügend Zeit zur Vorbereitung der Verteidigung zur Verfügung stehe, so wird die Sitzung vertagt.

(3) (Hinzugefügt durch § 22 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Ein Rechtsanwalt, der nach § 149 gewählt oder nach § 150 beigeordnet worden ist und die Verteidigung oder die Vertretung von Personen übernommen hat, die wegen der in §§ 220 und 314 des Türkischen Strafgesetzbuchs aufgezählten Straftaten oder wegen Terrorismusdelikten beschuldigt, angeklagt oder verurteilt wurden, kann von der Übernahme der Verteidigung oder der Vertretung des Untersuchungshäftlings oder Verurteilten ausgeschlossen werden, wenn gegen ihn selbst wegen der in diesem Absatz genannten Straftaten ein Ermittlungs- oder Hauptverfahren eröffnet worden ist.

(4) (Hinzugefügt durch § 22 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Über den Ausschlussantrag des Staatsanwalts entscheidet unverzüglich der Richter oder das Gericht. Gegen solche Anordnungen kann Beschwerde eingelegt werden. Wird im Beschwerdeverfahren die Ausschlussanordnung aufgehoben, so setzt der Rechtsanwalt sein Mandat fort. Die Ausschlussanordnung darf begrenzt auf die Straftat, die den Gegenstand des Ermittlungs- oder Hauptverfahrens gegen den Rechtsanwalt bildet, nur für ein Jahr gefasst werden. Allerdings kann diese Frist aufgrund der Art des Ermittlungs- oder Hauptverfahrens höchstens zwei

kovuşturmayaya yer olmadığına dair karar verilmesi veya kovuşturma sonunda mahkûmiyet dışında bir karar verilmesi halinde, kesinleşmesi beklenmeksizin yasaklama kararı kendiliğinden kalkar.

(5) (Ek: 25/5/2005 – 5353/22 md.) Görevden yasaklama kararı, şüpheli, sanık veya hükümlü ile yeni bir müdafî görevlendirilmesi için derhal ilgili baro başkanlığına bildirilir.

(6) (Ek: 25/5/2005 – 5353/22 md.) Müdafî veya vekil görevden yasaklanmış bulunduğu sürece başka davalarla ilgili olsa bile müdafiliğini veya vekilliğini üstlendiği kişiyi ceza infaz kurumunda veya tutukevinde ziyaret edemez.

Madde 152. Şüpheli veya sanığın birden fazla olması hâlinde savunma

(1) Yararları birbirine uygun olan birden fazla şüpheli veya sanığın savunması aynı müdafîye verilebilir.

Madde 153. Müdafîin dosyayı inceleme yetkisi (Değişik: 2/12/2014 – 6572/44 md.)

(1) Müdafî, soruşturma evresinde dosya içeriğini inceleyebilir ve istediği belgelerin bir örneğini harçsız olarak alabilir.

(2) Müdafîin dosya içeriğini inceleme veya belgelerden örnek alma yetkisi, soruşturmanın amacını tehlikeye düşürebilecek ise Cumhuriyet savcısının istemi üzerine hâkim kararıyla kısıtlanabilir. Bu karar ancak aşağıda sayılan

Mal verlängert werden, wobei die Verlängerungen jeweils sechs Monate nicht überschreiten dürfen. Wird beim Abschluss des Ermittlungsverfahrens die Einstellung beschlossen oder im Hauptverfahren keine Verurteilung ausgesprochen, so tritt die Ausschlussanordnung vor Rechtskraft des Urteils außer Kraft.

(5) (Hinzugefügt durch § 22 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Die Ausschlussanordnung wird dem Beschuldigten, Angeklagten oder Verurteilten sowie dem Präsidium der Anwaltskammer sofort mitgeteilt, damit ein neuer Verteidiger beigeordnet wird.

(6) (Hinzugefügt durch § 22 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Der Verteidiger oder Vertreter darf die Person, deren Verteidigung oder Vertretung er übernommen hat, in der Strafvollzugs- oder Untersuchungshaftanstalt nicht in anderen Verfahren besuchen, solange die Ausschlussanordnung gilt.

§ 152. Verteidigung bei mehreren Beschuldigten oder Angeklagten

(1) Die Verteidigung mehrerer Beschuldiger oder Angeklagter, deren Interessen übereinstimmen, kann demselben Verteidiger zugewiesen werden.

§ 153. Akteneinsichtsbefugnis des Verteidigers (geändert durch § 44 Ges. Nr. 6572 v. 2.12.2014)

(1) Der Verteidiger darf im Ermittlungsverfahren Einsicht in den Akteninhalt nehmen und kostenfrei eine Kopie der von ihm gewünschten Dokumente erhalten.

(2) Die Befugnis des Verteidigers, in den Akteninhalt Einsicht zu nehmen oder eine Kopie von Dokumenten zu erhalten, kann auf Antrag des Staatsanwalts durch einen richterlichen Beschluss eingeschränkt werden, wenn

suçlara ilişkin yürütülen soruşturmalarda verilebilir:

- a) 26/9/2004 tarihli ve 5237 sayılı Türk Ceza Kanununda yer alan;
1. Kasten öldürme (madde 81, 82, 83),
 2. Cinsel saldırı (birinci fıkra hariç, madde 102),
 3. Çocukların cinsel istismarı (madde 103),
 4. Uyuşturucu veya uyarıcı madde imal ve ticareti (madde 188),
 5. Suç işlemek amacıyla örgüt kurma (madde 220),
 6. Devletin Güvenliğine Karşı Suçlar (madde 302, 303, 304, 307, 308),
 7. Anayasal Düzene ve Bu Düzenin İşleyişine Karşı Suçlar (madde 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316),
 8. Devlet Sırlarına Karşı Suçlar ve Casusluk (madde 326, 327, 328, 329, 330, 331, 333, 334, 335, 336, 337).
- b) 10/7/1953 tarihli ve 6136 sayılı Ateşli Silahlar ve Bıçaklar ile Diğer Aletler Hakkında Kanunda tanımlanan silah kaçakçılığı (madde 12) suçları.
- c) 19/10/2005 tarihli ve 5411 sayılı Bankacılık Kanununun 160. maddesinde tanımlanan zimmet suçu.
- d) 21/3/2007 tarihli ve 5607 sayılı Kaçakçılıkla Mücadele Kanununda tanımlanan suçlar.

dies den Untersuchungszweck gefährden kann. Der Beschluss ist nur in Ermittlungsverfahren wegen der im Folgenden aufgezählten Straftaten statthaft:

- a) aus dem Türkischen Strafgesetzbuch Nr. 5237 v. 26.9.2004:
1. Vorsätzliche Tötung (§§ 81, 82, 83),
 2. Sexueller Angriff (§ 102 außer Abs. 1),
 3. Sexueller Missbrauch von Kindern (§ 103),
 4. Herstellung von oder Handel mit Betäubungs- und Aufputschmitteln (§ 188),
 5. Gründung einer Vereinigung zwecks Begehung von Straftaten (§ 220),
 6. Straftaten gegen die Sicherheit des Staates (§§ 302, 303, 304, 307, 308),
 7. Straftaten gegen die Verfassungsordnung und ihr Funktionieren (§§ 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316),
 8. Straftaten gegen Staatsgeheimnisse und Spionage (§§ 326, 327, 328, 329, 330, 331, 333, 334, 335, 336, 337),
- b) Straftaten, die im Gesetz Nr. 6136 v. 10.7.1953 über Feuerwaffen und Messer sowie andere Werkzeuge als Waffenschmuggel (§ 12) definiert sind,
- c) Straftaten, die in § 160 des Bankengesetzes Nr. 5411 v. 19.10.2005 als Unterschlagung im Amt definiert sind,
- d) Straftaten, die im Schmuggelbekämpfungsgesetz Nr. 5607 v. 21.3.2007 definiert sind und eine Haftstrafe zur Folge haben.

(3) Yakalanan kişinin veya şüphelinin ifadesini içeren tutanak ile bilirkişi raporları ve adı geçenlerin hazır bulunmaya yetkili oldukları diğer adli işlemlere ilişkin tutanaklar hakkında, ikinci fıkra hükmü uygulanmaz.

(4) Müdafî, iddianamenin mahkeme tarafından kabul edildiği tarihten itibaren dosya içeriğini ve muhafaza altına alınmış delilleri inceleyebilir; bütün tutanak ve belgelerin örneklerini harçsız olarak alabilir.

(5) Bu maddenin içerdiği haklardan suçtan zarar görenin vekili de yararlanır.

Madde 154. Müdafî ile görüşme

(1) Şüpheli veya sanık, vekâletname aranmaksızın müdafîi ile her zaman ve konuşulanları başkalarının duymayacağı bir ortamda görüşebilir. Bu kişilerin müdafîi ile yazışmaları denetime tâbi tutulamaz.

(2) (Ek: 3/10/2016-KHK-676/3 md.) Türk Ceza Kanununun İkinci Kitap Dördüncü Kısım Dördüncü, Beşinci, Altıncı ve Yedinci Bölümlerinde tanımlanan suçlar ve Terörle Mücadele Kanunu kapsamına giren suçlar ile örgüt faaliyeti çerçevesinde işlenen uyuşturucu ve uyarıcı madde imâl ve ticareti suçları bakımından gözaltındaki şüphelinin müdafîi ile görüşme hakkı Cumhuriyet savcısının istemi üzerine, hâkim kararıyla yirmidört saat süreyle kısıtlanabilir; bu zaman zarfında ifade alınmaz.

(3) Auf die Befragungsprotokolle des Festgenommenen oder Beschuldigten sowie die Gutachten von Sachverständigen und die Protokolle über sonstige justizielle Handlungen, bei denen die Genannten zur Anwesenheit berechtigt sind, findet Abs. 2 keine Anwendung.

(4) Ab der Zulassung der Anklageschrift durch das Gericht darf der Verteidiger in den Akteninhalt und die unter Verwahrung gestellten Beweisstücke Einsicht nehmen; er kann von allen Protokollen und Urkunden eine kostenfreie Kopie erhalten.

(5) Auch der Vertreter des durch die Straftat Geschädigten kann die in diesem Paragraphen enthaltenen Rechte in Anspruch nehmen.

§ 154. Verteidigersgespräch

(1) Der Beschuldigte oder Angeklagte darf den Verteidiger jederzeit und ohne Vorlage einer Vollmacht in einer Umgebung treffen, in der das Gesprochene von niemand anderem gehört werden kann. Die Korrespondenz mit dem Verteidiger darf keiner Kontrolle unterworfen werden.

(2) (Hinzugefügt durch § 3 Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft Nr. 676 v. 3.10.2016) Das Recht der Beschuldigten, die wegen einer im vierten, fünften, sechsten und siebten Abschnitt des vierten Teils des zweiten Buchs des Türkischen Strafgesetzbuchs definierten und vom Terrorismusbekämpfungsgesetz umfassten Straftat oder wegen der im Rahmen der Aktivitäten einer Vereinigung begangenen Herstellung und des Handels mit Betäubungs- und Aufputschmitteln in Polizeigewahrsam genommen sind, kann auf Antrag des Staatsanwalts durch einen richterlichen Beschluss für 24 Stunden eingeschränkt

Madde 155. Kanunî temsilci veya eşin duruşmada hazır bulunması

(1) Sanığın kanunî temsilcisine duruşma gün ve saati bildirilir ve duruşmaya kabul edilerek istemi üzerine dinlenebilir.

(2) Sanığın eşi hakkında da tebligat yapılmaksızın birinci fıkra hükümü uygulanır.

Madde 156. Müdafinin görevlendirilmesinde usul

(1) 150 nci maddede yazılı olan hâllerde, müdafî;

a) Soruşturma evresinde, ifadeyi alan merciin veya sorguyu yapan hâkimin istemi üzerine,

b) Kovuşturma evresinde, mahkemenin istemi üzerine,

Baro tarafından görevlendirilir.

(2) Yukarıda belirtilen hâllerde müdafî soruşturmanın veya kovuşturmanın yapıldığı yer barosunca görevlendirilir.

(3) Şüpheli veya sanığın kendisinin sonradan müdafî seçmesi halinde, baro tarafından görevlendirilen avukatın görevi sona erer.

werden; innerhalb dieses Zeitraums darf keine Befragung durchgeführt werden.

§ 155. Anwesenheit des gesetzlichen Vertreters oder Ehegatten in der Hauptverhandlung

(1) Dem gesetzlichen Vertreter des Angeklagten sind Tag und Uhrzeit der Hauptverhandlung mitzuteilen. Er ist zur Verhandlung zuzulassen und kann auf Verlangen angehört werden.

(2) Auch auf den Ehegatten des Angeklagten ist die Bestimmung des ersten Absatzes ohne eine Zustellung anzuwenden.

§ 156. Verfahren zur Bestellung des Verteidigers

(1) Der Verteidiger wird in den in § 150 genannten Fällen

a) im Ermittlungsverfahren auf Antrag der Instanz, die die Befragung durchführt, oder des vernehmenden Richters,

b) im Hauptverfahren auf Antrag des Gerichts

durch die Anwaltskammer beigeordnet.

(2) In den oben genannten Fällen wird der Verteidiger durch die Anwaltskammer des Orts des Ermittlungs- oder Hauptverfahrens beigeordnet.

(3) Wählt der Beschuldigte oder Angeklagte später einen Verteidiger, so endet das Mandat des von der Anwaltskammer beigeordneten Verteidigers.

İKİNCİ KİTAP
Soruşturma
Birinci Kısım
Suçlara İlişkin İhbarlar
ve Soruşturma

Birinci Bölüm
Soruşturmanın Gizliliği,
Suçların İhbarı

Madde 157. Soruşturmanın gizliliği

(1) Kanunun başka hüküm koyduğu hâller saklı kalmak ve savunma haklarına zarar vermemek koşuluyla soruşturma evresindeki usul işlemleri gizlidir.

Madde 158. İhbar ve şikâyet

(1) Suça ilişkin ihbar veya şikâyet, Cumhuriyet Başsavcılığına veya kolluk makamlarına yapılabilir.

(2) Valilik veya kaymakamlığa ya da mahkemeye yapılan ihbar veya şikâyet, ilgili Cumhuriyet Başsavcılığına gönderilir.

(3) Yurt dışında işlenip ülkede takibi gereken suçlar hakkında Türkiye'nin elçilik ve konsolosluklarına da ihbar veya şikâyette bulunulabilir.

(4) Bir kamu görevinin yürütülmesiyle bağlantılı olarak işlendiği iddia edilen bir suç nedeniyle, ilgili kurum ve kuruluş idaresine yapılan ihbar veya şikâyet, gecikmeksizin ilgili Cumhuriyet Başsavcılığına gönderilir.

ZWEITES BUCH
Ermittlungsverfahren
Erster Teil
Anzeigen von Straftaten
und Ermittlungsverfahren

Erster Abschnitt
Nichtöffentlichkeit des Ermittlungs-
verfahrens, Strafanzeige

§ 157. Nichtöffentlichkeit des Ermitt-
lungsverfahrens

(1) Abgesehen von den durch das Gesetz anders geregelten Fällen und vorausgesetzt, dass das Verteidigungsrecht nicht beeinträchtigt wird, sind prozessuale Handlungen im Ermittlungsverfahren nichtöffentlich.

§ 158. Anzeige und Strafantrag

(1) Die Anzeige einer Straftat oder ein Strafantrag kann bei der Staatsanwaltschaft oder bei Polizeidienststellen eingereicht werden.

(2) Anzeigen oder Strafanträge, welche beim Gouverneurs- oder Landratsamt oder bei Gericht eingereicht wurden, werden an die betreffende Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

(3) Straftaten, die im Ausland begangen wurden und im Inland zu verfolgen sind, können auch bei der türkischen Botschaft oder einem türkischen Konsulat angezeigt oder zum Gegenstand eines Strafantrags gemacht werden.

(4) Anzeigen oder Strafanträge, welche wegen der vermeintlichen Begehung einer Straftat im Zusammenhang mit der Amtsführung bei der Verwaltung der betreffenden Körperschaften oder Einrichtungen erstattet bzw. gestellt wurden, werden unverzüglich an die betreffende Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

(5) İhbar veya şikâyet yazılı veya tuta-nağa geçirilmek üzere sözlü olarak yapılabilir.

(6) Yürütülen soruşturma sonucunda kovuşturma evresine geçildikten sonra suçun şikâyete bağlı olduğunun anlaşılması halinde; mağdur açıkça şikâyetten vazgeçmediği takdirde, yargılamaya devam olunur.

Madde 159. Şüpheli ölümün ihbarı

(1) Bir ölümün doğal nedenlerden meydana gelmediği kuşkusunu doğuracak bir durumun varlığı veya ölünün kimliğinin belirlenememesi halinde; kolluk görevlisi, köy muhtarı ya da sağlık veya cenaze işleriyle görevli kişiler, durumu derhâl Cumhuriyet Başsavcılığına bildirmekle yükümlüdürler.

(2) Birinci fıkra kapsamına giren hallerde ölünün gömülmesi ancak Cumhuriyet savcısı tarafından verilecek yazılı izne bağlıdır.

İkinci Bölüm Soruşturma İşlemleri

Madde 160. Bir suçun işlendiğini öğrenen Cumhuriyet savcısının görevi

(1) Cumhuriyet savcısı, ihbar veya başka bir suretle bir suçun işlendiği izlenimini veren bir hâli öğrenir öğrenmez kamu davasını açmaya yer olup olmadığına karar vermek üzere hemen işin gerçeğini araştırmaya başlar.

(2) Cumhuriyet savcısı, maddî gerçeğin

(5) Eine Anzeige oder ein Strafantrag erfolgt schriftlich oder wird mündlich zu Protokoll gegeben.

(6) Erweist sich die Straftat nach dem Übergang zum Hauptverfahren infolge des durchgeführten Ermittlungsverfahrens als Antragsdelikt, so wird das Verfahren fortgeführt, es sei denn, dass der Verletzte auf den Strafantrag ausdrücklich verzichtet.

§ 159. Anzeige eines verdächtigen Todesfalls

(1) Liegt ein Umstand vor, der den Verdacht aufkommen lässt, dass der Tod nicht infolge natürlicher Ursachen eingetreten ist oder kann die Identität des Toten nicht festgestellt werden, so sind der Polizeibeamte, der Dorfvorsteher oder mit gesundheitsmedizinischer Versorgung oder Bestattungen betraute Personen verpflichtet, diesen Umstand der Staatsanwaltschaft sofort mitzuteilen.

(2) Für die Beerdigung des Toten in den von Abs. 1 umfassten Fällen ist eine vom Staatsanwalt zu erteilende schriftliche Genehmigung erforderlich.

Zweiter Abschnitt Ermittlungsmaßnahmen

§ 160. Pflicht des Staatsanwalts, der von der Begehung einer Straftat Kenntnis erhält

(1) Sobald der Staatsanwalt durch eine Anzeige oder auf einem anderen Weg von einem Umstand Kenntnis erhält, der den Eindruck von der Begehung einer Straftat vermittelt, beginnt er umgehend mit der Ermittlung des tatsächlichen Sachverhalts, um darüber zu entscheiden, ob die Erhebung einer öffentlichen Anklage angebracht ist.

(2) Der Staatsanwalt ist verpflichtet,

araştırılması ve adil bir yargılamanın yapılabilmesi için, emrindeki adli kolluk görevlileri marifetiyle, şüphelinin lehine ve aleyhine olan delilleri toplayarak muhafaza altına almakla ve şüphelinin haklarını korumakla yükümlüdür.

Madde 161. Cumhuriyet savcısının görev ve yetkileri

(1) Cumhuriyet savcısı, doğrudan doğruya veya emrindeki adli kolluk görevlileri aracılığı ile her türlü araştırmayı yapabilir; yukarıdaki maddede yazılı sonuçlara varmak için bütün kamu görevlilerinden her türlü bilgiyi isteyebilir. Cumhuriyet savcısı, adli görevi gereğince nezdinde görev yaptığı mahkemenin yargı çevresi dışında bir işlem yapmak ihtiyacı ortaya çıkınca, bu hususta o yer Cumhuriyet savcısından söz konusu işlemi yapmasını ister.

(2) Adli kolluk görevlileri, elkoydukları olayları, yakalanan kişiler ile uygulanan tedbirleri emrinde çalıştıkları Cumhuriyet savcısına derhâl bildirmek ve bu Cumhuriyet savcısının adliyeye ilişkin bütün emirlerini gecikmeksizin yerine getirmekle yükümlüdür.

(3) Cumhuriyet savcısı, adli kolluk görevlilerine emirleri yazılı; acele hâllerde, sözlü olarak verir. (Ek cümle: 25/5/2005 – 5353/24 md.) Sözlü emir, en kısa sürede yazılı olarak da bildirilir.

(4) Diğer kamu görevlileri de, yürütmekte olan soruşturma kapsamında ihtiyaç duyulan bilgi ve belgeleri, talep eden Cumhuriyet savcısına vakit

durch die ihm unterstellten Beamten der Kriminalpolizei die den Beschuldigten be- sowie entlastenden Beweise zu erheben und in Verwahrung zu nehmen sowie die Rechte des Beschuldigten zu schützen, damit die materielle Wahrheit erforscht und ein faires Verfahren geführt werden kann.

§ 161. Pflichten und Befugnisse des Staatsanwalts

(1) Der Staatsanwalt kann jede Art der Ermittlung unmittelbar oder durch die ihm unterstellten Beamten der Kriminalpolizei vornehmen; er kann zur Erlangung der im obigen Paragraphen genannten Ergebnisse von allen öffentlichen Bediensteten jegliche Art von Auskunft verlangen. Ergibt sich die Notwendigkeit, dass der Staatsanwalt eine Maßnahme außerhalb des Gerichtsbezirks vornehmen muss, in dem er tätig ist, so ersucht er den örtlichen Staatsanwalt um die Vornahme der betreffenden Maßnahme.

(2) Die Beamten der Kriminalpolizei sind verpflichtet, die von ihnen erfassten Sachverhalte, die festgenommenen Personen sowie die vorgenommenen Maßnahmen dem Staatsanwalt, in dessen Auftrag sie tätig sind, sofort mitzuteilen. Sie haben alle Weisungen dieses Staatsanwalts in Justizangelegenheiten unverzüglich auszuführen.

(3) Der Staatsanwalt erteilt den Beamten der Kriminalpolizei seine Weisungen schriftlich und in Eilfällen mündlich. (Satz hinzugefügt durch § 24 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Eine mündliche Weisung wird innerhalb kürzester Zeit auch schriftlich mitgeteilt.

(4) Auch die anderen öffentlichen Bediensteten sind verpflichtet, die im Rahmen der durchgeführten Ermittlungen geforderten Auskünfte und Doku-

geçirmeksizin temin etmekle yükümlüdür.

(5) Kanun tarafından kendilerine verilen veya kanun dairesinde kendilerinden istenen adliye ile ilgili görev veya işlerde kötüye kullanma veya ihmalleri görülen kamu görevlileri ile Cumhuriyet savcılarının sözlü veya yazılı istem ve emirlerini yapmakta kötüye kullanma veya ihmalleri görülen kolluk âmir ve memurları hakkında Cumhuriyet savcılarınca doğrudan doğruya soruşturma yapılır. Vali ve kaymakamlar hakkında 2.12.1999 tarihli ve 4483 sayılı Memurlar ve Diğer Kamu Görevlilerinin Yargılanması Hakkında Kanun hükümleri, en üst dereceli kolluk amirleri hakkında ise, hâkimlerin görevlerinden dolayı tâbi oldukları yargılama usulü uygulanır.

(6) (Değişik: 2/1/2017-KHK-680/9 md.) Vali ve kaymakamların kişisel suçları hakkında soruşturma ve kovuşturma yapma yetkisi, ilgilinin görev yaptığı yerin bağlı olduğu bölge adliye mahkemesinin bulunduğu yerdeki il Cumhuriyet başsavcılığı ve aynı yer ağır ceza mahkemesine aittir. Ağır ceza mahkemesinin görevine giren suçüstü hâllerinde soruşturma genel hükümlere göre yapılır.

(7) (Ek: 31/3/2011 – 6217/21 md.) Yetkisizlik kararı ile gelen bir soruşturmada Cumhuriyet savcısı, kendisinin de yetkisiz olduğu kanaatine varır-

mente ohne Zeitverlust für den ersuchenden Staatsanwalt zu besorgen.

(5) Gegen öffentliche Bedienstete, die bei den ihnen vom Gesetz zugewiesenen oder von ihnen im Rahmen eines Gesetzes verlangten Aufgaben oder Maßnahmen der Justiz des Missbrauchs oder der Vernachlässigung bezichtigt sind, oder gegen Vorgesetzte oder Beamte des Polizeidienstes, die bei der Erfüllung der mündlichen oder schriftlichen Gesuche oder Weisungen der Staatsanwälte des Missbrauchs oder der Vernachlässigung bezichtigt sind, wird das Ermittlungsverfahren unmittelbar von Staatsanwälten durchgeführt. Für die Gouverneure und Landräte gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Verfahrensweise bei Beamten und anderen öffentlichen Bediensteten Nr. 4483 v. 2.12.1999 und für die Vorgesetzten des Polizeidienstes höchsten Ranges gilt die Verfahrensweise, der Richter im Hinblick auf ihre Amtspflichten unterliegen.

(6) (Geändert durch § 9 Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft Nr. 680 v. 2.1.2017) Die Befugnis, ein Ermittlungsverfahren gegen einen Gouverneur oder Landrat einzuleiten, liegt bei der Provinzstaatsanwaltschaft des Ortes, an dem sich das Regionalgericht befindet, dessen Bezirk auch den Amtssitz erfasst, und die Befugnis, das Hauptverfahren durchzuführen, bei dem Gericht für schwere Straftaten desselben Ortes. Ermittlungen in Strafsachen, deren Täter auf frischer Tat ertappt wurden und die in die sachliche Zuständigkeit des Gerichts für schwere Straftaten fallen, sind nach den allgemeinen Vorschriften einzuleiten.

(7) (Hinzugefügt durch § 21 Ges. Nr. 6217 v. 31.3.2011) Gelangt der Staatsanwalt zu der Überzeugung, dass auch er in einer wegen Nichtzuständigkeit

sa yetkisizlik kararı verir ve yetkili savcılığın belirlenmesi için soruşturma dosyasını, yargı çevresinde görev yaptığı ağır ceza mahkemesine en yakın ağır ceza mahkemesine gönderir. Mahkemece bu konuda verilen karar kesin-dir.

(8) (Ek: 21/2/2014 – 6526/15 md.) Türk Ceza Kanununun 302, 309, 311, 312, 313, 314, 315 ve 316 ncı maddelerinde düzenlenen suçlar hakkında, görev sırasında veya görevinden dolayı işlenmiş olsa bile Cumhuriyet savcılarınca doğrudan soruşturma yapılır. 1/11/1983 tarihli ve 2937 sayılı Devlet İstihbarat Hizmetleri ve Milli İstihbarat Teşkilatı Kanununun 26 ncı maddesi hükmü saklıdır.

Madde 162. Soruşturmada Cumhuriyet savcısının hâkim kararı istemi

(1) Cumhuriyet savcısı, ancak hâkim tarafından yapılabilecek olan bir soruşturma işlemine gerek görürse, istemlerini bu işlemin yapılacağı yerin sulh ceza hâkimine bildirir. Sulh ceza hâkimi istenilen işlem hakkında, kanuna uygun olup olmadığını inceleyerek karar verir ve gereğini yerine getirir.

Madde 163. Soruşturmanın sulh ceza hâkimi tarafından yapılması

(1) Suçüstü hâli ile gecikmesinde sakınca bulunan hâllerde, Cumhuriyet savcısına erişilemiyorsa veya olay

eingegangenen Ermittlungssache nicht zuständig ist, so übermittelt er die Ermittlungsakten an das Gericht für schwere Straftaten, das dem Gericht für schwere Straftaten, bei dem er selbst tätig ist, nächstgelegen ist, damit dieses die zuständige Staatsanwaltschaft bestimmt. Der vom Gericht in dieser Sache gefasste Beschluss ist unanfechtbar.

(8) (Hinzugefügt durch § 15 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014) Im Hinblick auf die Straftaten, die in den §§ 302, 309, 311, 312, 313, 314, 315 und 316 des Türkischen Strafgesetzbuchs geregelt sind, wird das Ermittlungsverfahren von den Staatsanwälten unmittelbar durchgeführt, auch wenn diese im Amt oder wegen der Ausübung des Amtes begangen worden sind. Die Bestimmung des § 26 des Gesetzes über staatliche Nachrichtendienste und das Amt des Nationalen Nachrichtendienstes Nr. 2937 v. 1.11.1983 bleibt unberührt.

§ 162. Beantragung einer richterlichen Entscheidung im Ermittlungsverfahren durch den Staatsanwalt

(1) Erachtet der Staatsanwalt eine Untersuchungshandlung für erforderlich, die nur durch den Richter vorgenommen werden kann, so teilt er seine Anträge dem Friedensrichter in Strafsachen des Orts mit, in dem die Handlung vorzunehmen ist. Der Friedensrichter in Strafsachen entscheidet über die beantragte Handlung, indem er ihre Gesetzmäßigkeit prüft und das Erforderliche durchführt.

§ 163. Durchführung des Ermittlungsverfahrens durch den Friedensrichter in Strafsachen

(1) Bei frischer Tat sowie bei Gefahr im Verzug kann auch der Friedensrichter in Strafsachen alle Untersuchungshandlungen

genişliği itibarıyla Cumhuriyet savcısının iş gücünü aşyorsa, sulh ceza hâkimi de bütün soruşturma işlemlerini yapabilir.

(2) Kolluk âmir ve memurları, sulh ceza hâkimi tarafından emredilen tedbirleri alır ve araştırmaları yerine getirirler.

Madde 164. Adli kolluk ve görevi

(1) Adli kolluk; 4.6.1937 tarihli ve 3201 sayılı Emniyet Teşkilatı Kanununun 8, 9 ve 12 nci maddeleri, 10.3.1983 tarihli ve 2803 sayılı Jandarma Teşkilat, Görev ve Yetkileri Kanununun 7 nci maddesi, 2.7.1993 tarihli ve 485 sayılı Gümrük Müsteşarlığının Teşkilat ve Görevleri Hakkında Kanun Hükmünde Kararnamenin 8 inci maddesi ve 9.7.1982 tarihli ve 2692 sayılı Sahil Güvenlik Komutanlığı Kanununun 4 üncü maddesinde belirtilen soruşturma işlemlerini yapan güvenlik görevlilerini ifade eder.

(2) Soruşturma işlemleri, Cumhuriyet savcısının emir ve talimatları doğrultusunda öncelikle adli kolluğa yaptırılır. Adli kolluk görevlileri, Cumhuriyet savcısının adli görevlere ilişkin emirlerini yerine getirir.

(3) Adli kolluk, adli görevlerin haricindeki hizmetlerde, üstlerinin emrindedir.

Madde 165. Diğer kolluk birimlerinin adli kolluk görevi

(1) Gerektiğinde veya Cumhuriyet savcısının talebi halinde, diğer kolluk birimleri de adli kolluk görevini yerine getirmekle yükümlüdür. Bu durumda, kolluk görevlileri hakkında, adli görevleri dolayısıyla bu Kanun hükümleri

gen vornehmen, wenn der Staatsanwalt nicht erreichbar ist oder der Sachverhalt aufgrund seiner Breite den Staatsanwalt überlastet.

(2) Die Vorgesetzten und Beamten des Polizeidienstes ergreifen die vom Friedensrichter in Strafsachen angeordneten Maßnahmen und führen die Ermittlungen durch.

§ 164. Kriminalpolizei und ihre Aufgaben

(1) Kriminalpolizei meint die Sicherheitsbeamten, die Untersuchungshandlungen nach §§ 8, 9 und 12 des Gesetzes über die Polizeibehörde Nr. 3201 v. 4.6.1937, § 7 des Gesetzes über Aufgaben und Befugnisse der Gendarmeriebehörde Nr. 2803 v. 10.3.1983, § 8 der Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft über die Zollamtsdirektion und ihre Aufgaben Nr. 485 v. 2.7.1993 und § 4 des Küstensicherheitskommandanturgesetzes Nr. 2692 v. 9.7.1982 vornehmen.

(2) Untersuchungshandlungen werden entsprechend den Weisungen und Instruktionen des Staatsanwalts vorrangig durch die Kriminalpolizei ausgeführt. Beamten der Kriminalpolizei setzen die Weisungen des Staatsanwalts um, die Justizangelegenheiten betreffen.

(3) Die Kriminalpolizei untersteht abgesehen von den justiziellen Aufgaben ihren Vorgesetzten.

§ 165. Justizielle Aufgaben von anderen Polizeieinheiten

(1) Auch die anderen Polizeieinheiten sind verpflichtet, justizielle Aufgaben zu erfüllen, wenn dies erforderlich ist oder ein Gesuch des Staatsanwalts vorliegt. In diesem Fall gelten für die Polizeibeamten im Hinblick auf ihre justiziel-

uygulanır.

Madde 166. Değerlendirme raporu yetkisi

(1) Cumhuriyet başsavcıları her yılın sonunda, o yerdeki adli kolluğun sorumlularını hakkında değerlendirme raporları düzenleyerek, mülkî idare amirlerine gönderir.

Madde 167. Yönetmelik

(1) Adli kolluk görevlilerinin nitelikleri ve bunların hizmet öncesi ve hizmet içi eğitimi, diğer hizmet birimleri ile ilişkileri, değerlendirme raporlarının düzenlenmesi, uzmanlık dallarına göre hangi bölümlerde çalıştırılacakları ve diğer hususlar; bu Kanunun yürürlük tarihinden itibaren altı ay içinde Adalet ve İçişleri Bakanlıklarınca müştereken çıkarılacak yönetmelikte belirlenir.

Madde 168. Adli kolluğun olay yerinde aldığı tedbirlere uyulmaması halinde yetkisi

(1) Olay yerinde görevine ait işlemlere başlayan adli kolluk görevlisi, bunların yapılmasına engel olan veya yetkisi içinde aldığı tedbirlere aykırı davranan kişileri, işlemler sonuçlanıncaya kadar ve gerektiğinde zor kullanarak bundan men eder.

Madde 169. Soruşturma evresinde yapılan işlemlerin tutanağa bağlanması

(1) Şüphelinin ifadesinin alınması veya sorgusu, tanık ve bilirkişinin dinlenmesi veya bir keşif ve muayene sırasında Cumhuriyet savcısı veya sulh ceza hâkiminin yanında bir zabıt kâtabi bulunur. Acele hâllerde, yemin vermek

len Aufgaben die Vorschriften dieses Gesetzes.

§ 166. Befugnis zum Bewertungsbericht

(1) Die Oberstaatsanwälte erstatten am Ende jedes Jahres Bewertungsberichte über die örtlichen Verantwortlichen der Kriminalpolizei und senden diese an die Vorgesetzten der örtlichen Verwaltung.

§ 167. Verordnung

(1) Binnen sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden Qualifikationen der Beamten der Kriminalpolizei und ihre Aus- und Fortbildung, ihre Beziehungen zu anderen Dienststellen, die Erstellung von Bewertungsberichten, ihre Tätigkeiten entsprechend den Sachgebieten und andere Angelegenheiten in einer Verordnung geregelt, die im Zusammenwirken des Justiz- und des Innenministeriums zu erlassen ist.

§ 168. Befugnis der Kriminalpolizei bei Widerstand gegen getroffene Anordnungen an Ort und Stelle

(1) Ein Beamter der Kriminalpolizei, der mit den Amtshandlungen an Ort und Stelle beginnt, hält die Personen, die ihre Vornahme behindern oder sich den innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs getroffenen Anordnungen widersetzen, davon bis zur Beendigung seiner Handlungen ab, erforderlichenfalls durch Anwendung von Zwang.

§ 169. Protokollierung der im Ermittlungsverfahren vorgenommenen Handlungen

(1) Bei der Befragung oder Vernehmung eines Beschuldigten, bei der Anhörung eines Zeugen und eines Sachverständigen oder bei der Augenscheinseinnahme und der Untersuchung ist vonseiten des Staatsanwalts oder des Friedensrichters

koşuluyla, başka bir kimse, yazman olarak görevlendirilebilir.

(2) Her soruşturma işlemi tutanağa bağlanır. Tutanak, adli kolluk görevlisi, Cumhuriyet savcısı veya sulh ceza hâkimi ile hazır bulunan zabıt kâtibi tarafından imza edilir.

(3) Müdafî veya vekil sıfatıyla hazır bulunduğu işlemlerle ilgili tutanakta avukatın isim ve imzasına da yer verilir.

(4) Tutanak, işlemin yapıldığı yeri, tarihi, başlama ve bitiş saatini ve işleme katılan veya ilgisi bulunan kimsele- rin isimlerini içerir.

(5) İşlemden hazır bulunan ilgililerce onanmak üzere tutanağın kendilerini ilgilendiren kısımları okunur veya okumaları için kendilerine verilir. Bu husus tutanağa yazılarak ilgililere imza ettirilir.

(6) İmzadan kaçınma hâlinde nedenleri tutanağa geçirilir.

(7) (Ek: 21/2/2014 – 6526/16 md.) Türk Ceza Kanununun İkinci Kitap Dördüncü Kısımının Dört, Beş, Altı ve Yedinci Bölümünde tanımlanan suçlar (318, 319, 324, 325 ve 332 nci maddeler hariç) ile 12/4/1991 tarihli ve 3713 sayılı Terörle Mücadele Kanununun kapsamına giren suçlarla ilgili yürütülen soruşturma ve kovuşturmalarda, kolluk tarafından düzenlenen tutanaklara, ilgili görevlilerin açık kimlikleri yerine sadece sicil numaraları yazılır.

in Strafsachen ein Urkundsbeamter hinzuziehen. In dringenden Fällen kann eine andere zu vereidigende Person als Schreiber beauftragt werden.

(2) Über jede Untersuchungshandlung wird ein Protokoll geführt. Das Protokoll wird durch den Kriminalpolizeibeamten, den Staatsanwalt oder den Friedensrichter in Strafsachen sowie den anwesenden Urkundsbeamten unterschrieben.

(3) Das Protokoll, das die Handlungen betrifft, bei denen ein Rechtsanwalt als Verteidiger oder Vertreter anwesend ist, enthält auch seinen Namen und seine Unterschrift.

(4) Das Protokoll enthält den Ort der Handlung, das Datum, die Uhrzeit ihres Beginns und ihres Endes und die Namen der Personen, die an der Handlung mitwirken oder zu dieser einen Bezug haben.

(5) Die entsprechenden Teile des Protokolls werden den betreffenden Anwesenden zur Genehmigung vorgelesen oder zum Lesen vorgelegt. Dieser Umstand wird im Protokoll angegeben und mit deren Unterschriften versehen.

(6) Bei Verweigerung der Unterschrift werden die Gründe im Protokoll angegeben.

(7) (Hinzugefügt durch § 16 Ges. Nr. 6526 v. 21.2.2014) In den Protokollen, die in Ermittlungs- und Hauptverfahren im Hinblick auf die im vierten, fünften, sechsten und siebten Abschnitt des vierten Teils des zweiten Buchs des Türkischen Strafgesetzbuchs (außer §§ 318, 319, 324, 325 und 332) definierten sowie vom Terrorismusbekämpfungsgesetz Nr. 3713 v. 12.4.1991 umfassten Straftaten von der Polizei abgefasst werden, werden an Stelle der genauen

Kolluk görevlilerinin ifadesine başvurulması gerektiği hâllerde çıkarılan davetiye veya çağrı kâğıdı, kolluk görevlisinin iş yeri adresine tebliğ edilir. Bu kişilere ait ifade ve duruşma tutanaklarında adres olarak iş yeri adresleri gösterilir.

İkinci Kısım Kamu Davasının Açılması

Birinci Bölüm Kamu Davasının Açılması

Madde 170. Kamu davasını açma görevi

(1) Kamu davasını açma görevi, Cumhuriyet savcısı tarafından yerine getirilir.

(2) Soruşturma evresi sonunda toplanan deliller, suçun işlendiği hususunda yeterli şüphe oluşturuyorsa; Cumhuriyet savcısı, bir iddianame düzenler.

(3) Görevli ve yetkili mahkemeye hitaben düzenlenen iddianamede;

- a) Şüphelinin kimliği,
- b) Müdafii,
- c) Maktul, mağdur veya suçtan zarar görenin kimliği,
- d) Mağdurun veya suçtan zarar görenin vekili veya kanunî temsilcisi,
- e) Açıklanmasında sakınca bulunmaması halinde ihbarda bulunan kişinin kimliği,

Personalien der Beamten nur ihre Dienstnummern angeben. Ist es erforderlich, Polizeibeamte zu befragen, so wird die schriftliche Ladung an die Anschrift der Arbeitsstelle des Polizeibeamten zugestellt. In den Befragungs- und Hauptverhandlungsprotokollen bezüglich dieser Personen wird als Adresse die Anschrift ihrer Arbeitsstelle angegeben.

Zweiter Teil Erhebung der öffentlichen Klage

Erster Abschnitt Erhebung der öffentlichen Klage

§ 170. Pflicht zur Erhebung der öffentlichen Klage

(1) Zur Erhebung der öffentlichen Klage ist der Staatsanwalt berufen.

(2) Begründen die beim Abschluss des Ermittlungsverfahrens erhobenen Beweise einen hinreichenden Verdacht, dass die Straftat begangen wurde, so erstellt der Staatsanwalt eine Anklageschrift.

(3) In der an das sachlich und örtlich zuständige Gericht gerichteten Anklageschrift sind

- a) die Personalien des Beschuldigten,
- b) der Verteidiger,
- c) die Personalien eines Getöteten, Verletzten oder durch die Straftat Geschädigten,
- d) der Vertreter oder der gesetzliche Vertreter des Verletzten oder des durch die Straftat Geschädigten,
- e) die Personalien des Anzeigeeerstatters, wenn gegen ihr Bekanntwerden keine Bedenken bestehen,

- f) Şikâyette bulunan kişinin kimliği,
- g) Şikâyetin yapıldığı tarih,
- h) Yüklenen suç ve uygulanması gereken kanun maddeleri,
- i) Yüklenen suçun işlendiği yer, tarih ve zaman dilimi,
- j) Suçun delilleri,
- k) Şüphelinin tutuklu olup olmadığı; tutuklanmış ise, gözaltına alma ve tutuklama tarihleri ile bunların süreleri,

Gösterilir.

(4) İddianamede, yüklenen suç oluşturulan olaylar, mevcut delillerle ilişkilendirilerek açıklanır.

(5) İddianamenin sonuç kısmında, şüphelinin sadece aleyhine olan hususlar değil, lehine olan hususlar da ileri sürülür.

(6) İddianamenin sonuç kısmında, işlenen suç dolayısıyla ilgili kanunda öngörülen ceza ve güvenlik tedbirlerinden hangilerine hükmedilmesinin istendiği; suçun tüzel kişinin faaliyeti çerçevesinde işlenmesi halinde, ilgili tüzel kişi hakkında uygulanabilecek olan güvenlik tedbiri açıkça belirtilir.

Madde 171. Kamu davasını açmada takdir yetkisi (Değişik: 6/12/2006 – 5560/22 md.)

(1) Cezayı kaldıran şahsî sebep olarak etkin pişmanlık hükümlerinin uygulanmasını gerektiren koşulların ya da

- f) die Personalien des Strafantragstellers,
- g) das Datum des Strafantrags,
- h) die zur Last gelegte Straftat und die anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften,
- i) Ort und Datum der zur Last gelegten Straftat sowie der Zeitabschnitt, in dem sie begangen wurde,
- j) die Beweise für die Tat,
- k) die Angabe, ob der Beschuldigte inhaftiert ist oder nicht, im Falle der Untersuchungshaft das Datum der Ingewahrsamnahme und der Verhaftung sowie ihre Dauer

anzugeben.

(4) In der Anklageschrift werden die Geschehnisse, die die zur Last gelegte Straftat begründen, in ihren Zusammenhängen mit den vorhandenen Beweisen dargestellt.

(5) Im Schlussteil der Anklageschrift werden nicht nur die den Beschuldigten belastenden, sondern auch die ihn entlastenden Umstände angeführt.

(6) Im Schlussteil der Anklageschrift wird ausdrücklich angegeben, welche der in dem betreffenden Gesetz wegen der begangenen Straftat vorgesehenen Strafen und Maßregeln zu verhängen beantragt wird und welche Maßregel gegen eine juristische Person verhängt werden kann, wenn die Straftat im Rahmen der Tätigkeiten einer juristischen Person begangen wurde.

§ 171. Ermessen bei der Erhebung der öffentlichen Klage (geändert durch § 22 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006)

(1) Der Staatsanwalt kann entscheiden, das Verfahren einzustellen, wenn Voraussetzungen vorliegen, die als persön-

şahsî cezasızlık sebebinin varlığı halinde, Cumhuriyet savcısı kovuşturmayaya yer olmadığı kararı verebilir.

(2) 253 üncü maddenin ondokuzuncu fıkrası hükümleri saklı kalmak üzere, Cumhuriyet savcısı, soruşturulması ve kovuşturulması şikâyete bağlı olup, üst sınırı bir yıl veya daha az süreli hapis cezasını gerektiren suçlardan dolayı, yeterli şüphenin varlığına rağmen, kamu davasının açılmasının beş yıl süreyle ertelenmesine karar verebilir. Suçtan zarar gören, bu karara 173 üncü madde hükümlerine göre itiraz edebilir.

(3) Kamu davasının açılmasının ertelenmesine karar verilebilmesi için, uzlaşmaya ilişkin hükümler saklı kalmak üzere;

- a) Şüphelinin daha önce kasıtlı bir suçtan dolayı hapis cezası ile mahkûm olmamış bulunması,
- b) Yapılan soruşturmanın, kamu davası açılmasının ertelenmesi halinde şüphelinin suç işlemekten çekineceği kanaatini vermesi,
- c) Kamu davası açılmasının ertelenmesinin, şüpheli ve toplum açısından kamu davası açılmasından daha yararlı olması,
- d) Suçun işlenmesiyle mağdurun veya kamunun uğradığı zararın, aynen iade, suçtan önceki hale getirme veya tazmin suretiyle tamamen giderilmesi,

licher Strafaufhebungsgrund die Anwendung der Vorschriften über tätige Reue erfordern, oder wenn ein persönlicher Strafausschließungsgrund vorliegt.

(2) Unbeschadet des § 253 Abs. 19 kann der Staatsanwalt, auch wenn ein hinreichender Verdacht vorliegt, von der Erhebung der öffentlichen Klage wegen Straftaten, deren Verfolgung eines Strafantrags bedarf und die im Höchstmaß mit einer Haftstrafe von einem Jahr oder weniger bedroht sind, für die Dauer von fünf Jahren absehen. Der durch die Straftat Geschädigte kann gegen diese Entscheidung nach Maßgabe des § 173 Beschwerde einlegen.

(3) Um vorläufig von der Erhebung der öffentlichen Klage abzusehen, müssen folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt werden, wobei die Vorschriften über die Einigung unberührt bleiben:

- a) dass der Beschuldigte zuvor nicht schon einmal wegen vorsätzlicher Begehung einer Straftat zu einer Haftstrafe verurteilt worden ist,
- b) dass das durchgeführte Ermittlungsverfahren die Überzeugung vermittelt, dass der Beschuldigte im Falle des vorläufigen Absehens von der Erhebung der öffentlichen Klage die Begehung einer Straftat vermeiden wird,
- c) dass das vorläufige Absehen von der Erhebung der öffentlichen Klage im Hinblick auf den Beschuldigten und die Gesellschaft vorteilhafter als die Erhebung der öffentlichen Klage ist,
- d) dass der Schaden, den der Verletzte oder die Allgemeinheit durch die Begehung der Straftat erlitten hat, durch Naturalrestitution, Wiederherstellung des früheren Zustands oder Schadenersatz vollständig beseitigt wird.

koşullarının birlikte gerçekleşmesi gerekir.

(4) Erteleme süresi içinde kasıtlı bir suç işlenmediği takdirde, kovuşturmayaya yer olmadığına karar verilir. Erteleme süresi içinde kasıtlı bir suç işlenmesi halinde kamu davası açılır. Erteleme süresince zamanaşımı işlemez.

(5) Kamu davasının açılmasının ertelenmesine ilişkin kararlar, bunlara mahsus bir sisteme kaydedilir. Bu kayıtlar, ancak bir soruşturma veya kovuşturmayla bağlantılı olarak Cumhuriyet savcısı, hâkim veya mahkeme tarafından istenmesi halinde, bu maddede belirtilen amaç için kullanılabilir.

İkinci Bölüm

Kovuşturmayaya Yer Olmadığına Dair Karar, İtiraz ve İddianamenin İadesi

Madde 172. Kovuşturmayaya yer olmadığına dair karar

(1) Cumhuriyet savcısı, soruşturma evresi sonunda, kamu davasının açılması için yeterli şüphe oluşturacak delil elde edilememesi veya kovuşturma olanağının bulunmaması hâllerinde kovuşturmayaya yer olmadığına karar verir. Bu karar, suçtan zarar gören ile önceden ifadesi alınmış veya sorguya çekilmiş şüpheliye bildirilir. Kararda itiraz hakkı, süresi ve mercii gösterilir.

(2) (Değişik:2/1/2017-KHK-680/10 md.) Kovuşturmayaya yer olmadığına dair

(4) Wird während der Frist des vorläufigen Absehens keine vorsätzliche Straftat begangen, so wird das Verfahren eingestellt. Wird während der Frist des vorläufigen Absehens eine vorsätzliche Straftat begangen, so wird öffentliche Anklage erhoben. Während der Frist des vorläufigen Absehens ruht die Verjährung.

(5) Die Entscheidungen über das vorläufige Absehen von der Erhebung der öffentlichen Klage werden in ein speziell dafür vorgesehenes System eingetragen. Diese Eintragungen dürfen nur im Zusammenhang mit einem Ermittlungs- oder Hauptverfahren zu den in diesem Paragraphen genannten Zwecken durch den Staatsanwalt, den Richter oder das Gericht verwendet werden.

Zweiter Abschnitt

Einstellung des Verfahrens, Beschwerde und Rückgabe der Anklageschrift

§ 172. Einstellung des Verfahrens

(1) Der Staatsanwalt stellt das Verfahren ein, wenn beim Abschluss des Ermittlungsverfahrens kein Beweis erlangt worden ist, der einen für die Erhebung der öffentlichen Klage hinreichenden Verdacht begründen würde, oder wenn ein Fall der Nichtverfolgbarkeit vorliegt. Dieser Beschluss wird dem durch die Straftat Geschädigten sowie dem vorher befragten oder vernommenen Beschuldigten mitgeteilt. In dem Beschluss wird auf das Beschwerderecht, die Frist und die Beschwerdeinstanz hingewiesen.

(2) (Geändert durch § 10 Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft Nr. 680 v.

karar verildikten sonra kamudavasının açılması için yeterli şüphe oluşturacak yeni delil elde edilmedikçe ve bu hususta sulh ceza hâkimliğince bir karar verilmedikçe, aynı fiilden dolayı kamu davası açılamaz.

(3) (Ek: 11/4/2013 – 6459/19 md.) Kovuşturmaya yer olmadığına dair kararın etkin soruşturma yapılmadan verildiğinin Avrupa İnsan Hakları Mahkemesinin kesinleşmiş kararıyla tespit edilmesi üzerine, kararın kesinleşmesinden itibaren üç ay içinde talep edilmesi hâlinde yeniden soruşturma açılır.

Madde 173. Cumhuriyet savcısının kararına itiraz

(1) Suçtan zarar gören, kovuşturmaya yer olmadığına dair kararın kendisine tebliğ edildiği tarihten itibaren onbeş gün içinde, bu kararı veren Cumhuriyet savcısının yargı çevresinde görev yaptığı ağır ceza mahkemesinin bulunduğu yerdeki sulh ceza hâkimliğine itiraz edebilir.

(2) İtiraz dilekçesinde, kamu davasının açılmasını gerektirebilecek olaylar ve deliller belirtilir.

(3) (Değişik: 18/6/2014 – 6545/71 md.) Sulh ceza hâkimliği, kararını vermek için soruşturmanın genişletilmesine gerek görür ise bu hususu açıkça belirtmek suretiyle, o yer Cumhuriyet başsavcılığından talepte bulunabilir; kamu davasının açılması için yeterli nedenler bulunmazsa, istemi gerekçeli olarak reddeder; itiraz edeni giderlere mahkûm eder ve dosyayı Cumhuriyet savcısına gönderir. Cumhuriyet savcısı, kararı itiraz edene ve şüpheliye bildirir.

2.1.2017) Ist die Einstellung des Verfahrens beschlossen worden, so darf die öffentliche Klage wegen derselben Tat nicht erhoben werden, solange kein neuer Beweis vorliegt und vom Friedensrichteramt kein entsprechender Beschluss gefasst wird.

(3) (Hinzugefügt durch § 19 Ges. Nr. 6459 v. 11.4.2013) Stellt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte durch eine rechtskräftige Entscheidung fest, dass der Einstellungsbeschluss ohne Durchführung eines wirksamen Ermittlungsverfahrens ergangen ist, so wird das Ermittlungsverfahren auf Antrag binnen drei Monaten nach Rechtskraft der Entscheidung erneut eingeleitet.

§ 173. Beschwerde gegen den Beschluss des Staatsanwalts

(1) Der durch die Straftat Geschädigte kann binnen 15 Tagen nach der Zustellung des Einstellungsbeschlusses an ihn Beschwerde beim Friedensrichteramt in Strafsachen am Ort des Gerichts für schwere Straftaten einlegen, in dessen Bezirk der Staatsanwalt tätig ist.

(2) In dem Beschwerdeantrag sind Tatsachen und Beweise anzugeben, die die Erhebung der öffentlichen Klage erforderlich machen können.

(3) (Geändert durch § 71 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014) Erachtet es das Friedensrichteramt in Strafsachen zur Vorbereitung seiner Entscheidung für erforderlich, das Ermittlungsverfahren auszuweiten, so kann es das von der örtlichen Staatsanwaltschaft mit klarer Bezeichnung dieses Vorhabens verlangen; ist kein für die Erhebung der öffentlichen Anklage genügender Anlass vorhanden, so verwirft es den Antrag mit einer Begründung, erlegt die Verfahrenskosten

(4) (Değişik: 25/5/2005 – 5353/26 md.) Sulh ceza hâkimliği istemi yerinde bulursa, Cumhuriyet savcısı iddianame düzenleyerek mahkemeye verir.

(5) Cumhuriyet savcısının kamu davasının açılmaması hususunda takdir yetkisini kullandığı hâllerde bu madde hükmü uygulanmaz.

(6) (Değişik: 2/1/2017-KHK-680/11 md.) İtirazın reddedilmesi halinde aynı fiilden dolayı kamu davası açılabilmesi için 172 nci maddenin ikinci fıkrası uygulanır.

Madde 174. İddianamenin iadesi
(Değişik: 25/5/2005 – 5353/27 md.)

(1) Mahkeme tarafından, iddianamenin ve soruşturma evrakının verildiği tarihten itibaren onbeş gün içinde soruşturma evresine ilişkin bütün belgeler incelendikten sonra, eksik veya hatalı noktalar belirtilmek suretiyle;

- a) 170 inci maddeye aykırı olarak düzenlenen,
- b) Suçun sübütuna etki edeceği mutlak sayılan mevcut bir delil toplanmadan düzenlenen,
- c) Önödeme veya uzlaşmaya tâbi olduğu soruşturma dosyasından açıkça anlaşılabilir işlerde önödeme veya uzlaşma usulü uygulanmaksızın düzenlenen,

dem Antragsteller auf und sendet die Akten an den Staatsanwalt. Von der Entscheidung setzt der Staatsanwalt den Antragsteller und den Beschuldigten in Kenntnis.

(4) (Geändert durch § 26 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Gibt das Friedensrichteramt in Strafsachen dem Antrag statt, so erstellt der Staatsanwalt eine Anklageschrift und legt sie dem Gericht vor.

(5) Die Bestimmungen dieses Paragraphen sind nicht anwendbar, wenn der Staatsanwalt bei der Einstellung des Verfahrens von seinem Ermessen Gebrauch gemacht hat.

(6) (Geändert durch § 11 Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft Nr. 680 v. 2.1.2017) Wurde der Antrag verworfen, so gilt § 172 Abs. 2 entsprechend, um wegen derselben Tat öffentliche Klage erheben zu können.

§ 174. Rückgabe der Anklageschrift
(geändert durch § 27 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005)

(1) Sind alle Dokumente des Ermittlungsverfahrens vom Gericht binnen 15 Tagen nach Vorlage der Anklageschrift und der Ermittlungsakten überprüft und dabei Mängel oder Fehler festgestellt worden, so ist die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft zurückzugeben, wenn sie

- a) unter Verstoß gegen § 170 erstellt worden ist,
- b) ohne Erhebung eines Beweises, der für den Nachweis der Tat entscheidend ist, erstellt wurde,
- c) ohne Verfahrenseinstellung gegen eine Vorauszahlung oder Einigung erstellt wurde, obwohl sich aus den Ermittlungsakten klar erkennen lässt, dass die Sache einer Verfahrens-

einstellung gegen eine Vorauszahlung oder einer Einigung unterliegt.

İddianamenin Cumhuriyet Başsavcılığına iadesine karar verilir.

(2) Suçun hukukî nitelendirilmesi sebebiyle iddianame iade edilemez.

(3) En geç birinci fıkrada belirtilen süre sonunda iade edilmeyen iddianame kabul edilmiş sayılır.

(4) Cumhuriyet savcısı, iddianamenin iadesi üzerine, kararda gösterilen eksiklikleri tamamladıktan ve hatalı noktaları düzelttikten sonra, kovuşturmaya yer olmadığı kararı verilmesini gerektiren bir durumun bulunmaması halinde, yeniden iddianame düzenleyerek dosyayı mahkemeye gönderir. İlk kararda belirtilmeyen sebeplere dayanılarak yeniden iddianamenin iadesi yoluna gidilemez.

(5) İade kararına karşı Cumhuriyet savcısı itiraz edebilir.

(2) Die Anklageschrift darf nicht wegen der rechtlichen Bezeichnung der Straftat zurückgegeben werden.

(3) Die Anklageschrift, die nicht spätestens mit dem Ablauf der im ersten Absatz genannten Frist zurückgegeben wurde, gilt als zugelassen.

(4) Auf die Rückgabe der Anklageschrift hin erstellt der Staatsanwalt die Anklageschrift erneut und legt sie dem Gericht vor, nachdem er die in dem Beschluss aufgeführten Mängel beseitigt und fehlerhafte Punkte korrigiert hat und wenn kein die Einstellung des Verfahrens erfordernder Fall vorliegt. Die Anklageschrift darf nicht aus Gründen, die in dem ersten Beschluss nicht angegeben waren, erneut zurückgegeben werden.

(5) Gegen den Rückgabebeschluss kann der Staatsanwalt Beschwerde einlegen.

ÜÇÜNCÜ KİTAP

Kovuşturma Evresi

Birinci Kısım

Kamu Davasının Yürütülmesi

Birinci Bölüm

Duruşma Hazırlığı

Madde 175. İddianamenin kabulü ve duruşma hazırlığı

(1) İddianamenin kabulüyle, kamu davası açılmış olur ve kovuşturma evresi başlar.

(2) Mahkeme, iddianamenin kabulünden sonra duruşma gününü belirler ve duruşmada hazır bulunması gereken kişileri çağırır.

Madde 176. İddianamenin sanığa tebliği ve sanığın çağırılması

(1) İddianame, çağrı kâğıdı ile birlikte sanığa tebliğ olunur.

(2) Tutuklu olmayan sanığa tebliğ olunacak çağrı kâğıdına mazereti olmaksızın gelmediğinde zorla getirileceği yazılır.

(3) Tutuklu sanığın çağırılması duruşma gününün tebliği suretiyle yapılır. Sanıktan duruşmada kendisini savunmak için bir istemde bulunup bulunmayacağı ve bulunacaksa neden ibaret olduğunu bildirmesi istenir; müdafii de sanıkla birlikte davet olunur. Bu işlem, tutuklunun bulunduğu ceza infaz kurumunda cezaevi kâtibi veya bu işle görevlendirilen personel yanına getiri-

DRITTES BUCH

Hauptverfahren

Erster Teil

Durchführung des Strafprozesses

Erster Abschnitt

Vorbereitung der Hauptverhandlung

§ 175. Zulassung der Anklageschrift und Vorbereitung der Hauptverhandlung

(1) Wird die Anklageschrift zugelassen, so ist der öffentlichen Klage stattgegeben und das Hauptverfahren eröffnet.

(2) Nach der Zulassung der Anklageschrift beraumt das Gericht den Tag für die Hauptverhandlung an und lädt die Personen, deren Anwesenheit in der Hauptverhandlung erforderlich ist.

§ 176. Zustellung der Anklageschrift an den Angeklagten und Ladung des Angeklagten

(1) Die Anklageschrift wird zusammen mit der Ladung dem Angeklagten zugestellt.

(2) In der Ladung, die dem nicht inhaftierten Angeklagten zuzustellen ist, wird festgehalten, dass er im Fall eines unentschuldigtem Ausbleibens zwangsweise vorgeführt wird.

(3) Die Ladung des inhaftierten Angeklagten erfolgt durch die Bekanntmachung des Tages der Hauptverhandlung. Der Angeklagte wird aufgefordert, mitzuteilen, ob er zu seiner Verteidigung in der Hauptverhandlung einen Antrag stellen will und gegebenenfalls dessen Gegenstand; der Verteidiger wird zusammen mit dem Angeklagten geladen. Diese Handlung wird dadurch vor-

lerek tutanak tutulmak suretiyle yapılır.

(4) Yukarıdaki fıkralar gereğince, çağrı kâğıdının tebliğiyle duruşma günü arasında en az bir hafta süre bulunması gerekir.

Madde 177. Sanığın savunma delillerinin toplanması istemi

(1) Sanık, tanık veya bilirkişinin davetini veya savunma delillerinin toplanmasını istediğinde, bunların ilişkin olduğu olayları göstermek suretiyle bu husustaki dilekçesini duruşma gününden en az beş gün önce mahkeme başkana veya hâkime verir.

(2) Bu dilekçe üzerine verilecek karar, kendisine derhâl bildirilir.

(3) Sanığın kabul edilen istemleri, Cumhuriyet savcısına da bildirilir.

Madde 178. Çağrılması reddedilen tanığın ve uzman kişinin doğrudan mahkemeye getirilmesi

(1) Mahkeme başkanı veya hâkim, sanığın veya katılanın gösterdiği tanık veya uzman kişinin çağrılması hakkındaki dilekçeyi reddettiğinde, sanık veya katılan o kişileri mahkemeye getirebilir. Bu kişiler duruşmada dinlenir. (Ek cümle: 3/10/2016-KHK-676/4 md.) Ancak, davayı uzatmak amacıyla yapılan talepler reddedilir.

genommen, dass der Untersuchungshäftling zu dem Urkundsbeamten der Strafvollzugsanstalt, in der er sich befindet, oder zu dem damit betrauten Personal gebracht und darüber ein Protokoll aufgenommen wird.

(4) Zwischen der Zustellung der Ladung gemäß den obigen Absätzen und dem Tag der Hauptverhandlung muss eine Frist von mindestens einer Woche liegen.

§ 177. Antrag des Angeklagten auf Beweiserhebung zu seiner Verteidigung

(1) Verlangt der Angeklagte die Ladung von Zeugen oder Sachverständigen oder die Erhebung von Beweisen zu seiner Verteidigung, so hat er unter Angabe der mit diesen in Zusammenhang stehenden Tatsachen seinen Antrag bei dem Vorsitzenden des Gerichts oder dem Richter mindestens fünf Tage vor dem Hauptverhandlungstag zu stellen.

(2) Der daraufhin ergehende Beschluss ist ihm sofort mitzuteilen.

(3) Anträge des Angeklagten, denen stattgegeben wurde, sind auch dem Staatsanwalt mitzuteilen.

§ 178. Unmittelbare Herbeischaffung eines abgelehnten Zeugen oder Sachverständigen zum Gericht

(1) Lehnt der Vorsitzende des Gerichts oder der Richter den Antrag auf die Ladung eines Zeugen oder eines Sachverständigen, der vom Angeklagten oder Nebenkläger namhaft gemacht wurde, ab, so kann der Angeklagte oder der Nebenkläger diese Personen zum Gericht herbeischaffen. Diese Personen werden in der Hauptverhandlung angehört. (Satz hinzugefügt durch § 4 Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft Nr. 676 v. 3.10.2016) Allerdings sind

Madde 179. Çağrılan tanıkların ad ve adreslerinin sanığa ve Cumhuriyet savcısına bildirilmesi

(1) Sanık, doğrudan doğruya davet ettireceği veya duruşma sırasında getireceği bilirkişi ve tanıkların ad ve adreslerini Cumhuriyet savcısına makul süre içinde bildirir.

(2) Cumhuriyet savcısı da, iddianame-de gösterilen veya sanığın istemi üzerine davet edilen tanık ve bilirkişiler dışında gerek mahkeme başkanı veya hâkim kararıyla, gerek kendiliğinden başka kimseleri davet ettirecek ise bunların ad ve adreslerini sanığa yine makul süre içinde bildirir.

Madde 180. Tanık ve bilirkişinin naiple veya istinabe yoluyla dinlenmeleri

(1) Hastalık veya malûllük veya giderilmesi olanağı bulunmayan başka bir nedenle bir tanık veya bilirkişinin uzun ve önceden bilinmeyen bir zaman için duruşmada hazır bulunmasının olanaklı bulunmayacağı anlaşılırsa, mahkeme onun bir naiple veya istinabe yoluyla dinlenmesine karar verebilir.

(2) Bu hüküm, konutlarının yetkili mahkemenin yargı çevresi dışında bulunmasından dolayı getirilmesi zor olan tanık ve bilirkişinin dinlenmesinde de uygulanır.

(3) Davayı görmekte olan mahkeme, zorunluluk olmadıkça, büyükşehir

Anträge abzulehnen, die die Verschleppung des Verfahrens zum Ziel haben.

§ 179. Mitteilung von Namen und Adressen der geladenen Zeugen an den Angeklagten und den Staatsanwalt

(1) Der Angeklagte teilt dem Staatsanwalt binnen einer angemessenen Frist die Namen und die Adressen von Sachverständigen und Zeugen mit, die er unmittelbar laden oder zur Hauptverhandlung herbeischaffen wird.

(2) Wenn auch der Staatsanwalt durch den Vorsitzenden des Gerichts oder eine richterliche Anordnung oder von sich aus andere Personen als die in der Anklageschrift genannten oder auf Antrag des Angeklagten geladenen Zeugen oder Sachverständigen lädt, so teilt er ihre Namen und Adressen dem Angeklagten ebenfalls binnen einer angemessenen Frist mit.

§ 180. Anhörung eines Zeugen und Sachverständigen durch den beauftragten oder ersuchten Richter

(1) Wenn absehbar ist, dass die Anwesenheit eines Zeugen oder eines Sachverständigen in der Hauptverhandlung für eine längere oder nicht absehbare Zeit wegen Krankheit oder Gebrechlichkeit oder eines anderen nicht zu beseitigenden Hindernisses unmöglich sein wird, so kann das Gericht seine Anhörung durch einen beauftragten oder ersuchten Richter anordnen.

(2) Diese Bestimmung ist auch auf die Anhörung eines Zeugen oder eines Sachverständigen anzuwenden, wenn seine Herbeischaffung wegen der außerhalb des Bezirks des zuständigen Gerichts liegenden Wohnung erschwert ist.

(3) Das Gericht, das sich mit dem Verfahren befasst, darf die Anhörung eines

belediye sınırları içerisinde bulunan şikâyetçi, katılan, sanık, müdafî veya vekil, tanık ve bilirkişilerin istinabe yoluyla dinlenmesine karar veremez.

(4) İstinabe olunan mahkeme, büyükşehir belediye sınırları içerisinde ise, ilgililer kendi yargı çevresinde bulunmasa da büyükşehir belediye sınırları içerisinde yerine getirilmesi gereken istinabe evrakını geri çevirmeksizin gereğini yapar.

(5) Yukarıdaki fıkralar içeriğine göre tanık veya bilirkişinin aynı anda görünümlü ve sesli iletişim tekniğinin kullanılması suretiyle dinlenebilmeleri olanağının varlığı hâlinde bu yöntem uygulanarak ifade almır. Buna olanak verecek teknik donanımın kurulmasına ve kullanılmasına ilişkin esas ve usuller yönetmelikte gösterilir.

Madde 181. Tanık ve bilirkişinin dinleneceği günün bildirilmesi

(1) Tanık veya bilirkişilerin dinlenmesi için belirlenen gün, Cumhuriyet savcısına, suçtan zarar görene, vekiline, sanığa ve müdafîine bildirilir. Düzenlenen tutanağın örneği hazır bulunan Cumhuriyet savcısına ve müdafîe verilir.

(2) Yeniden keşif ve muayeneye ihtiyaç duyulursa, yukarıdaki fıkra hükümleri uygulanır.

(3) Tutuklu olan sanık, ancak tutuklu

sich in den Gemeindegrenzen einer Großstadt befindenden Strafantragstellers, Nebenklägers, Angeklagten, Verteidigers oder Vertreters, Zeugen oder Sachverständigen durch einen ersuchten Richter nicht anordnen, solange keine Notwendigkeit dafür besteht.

(4) Liegt das ersuchte Gericht in den Gemeindegrenzen einer Großstadt, so erledigt es das Erforderliche für den Gegenstand des Ersuchens in den Gemeindegrenzen einer Großstadt ohne eine Zurückweisung, auch wenn sich die Betroffenen nicht in seinem Gerichtsbezirk aufhalten.

(5) Ist die Möglichkeit vorhanden, einen Zeugen oder Sachverständigen in den Fällen der obigen Absätze durch die zeitgleiche technische Übertragung in Bild und Ton anzuhören, so wird die Anhörung mittels der Anwendung dieser Methode vorgenommen. Die Vorgaben und das Verfahren bezüglich der technischen Ausstattung, die dies ermöglicht, und ihre Anwendung werden durch eine Verordnung geregelt.

§ 181. Benachrichtigung über den Termin der Anhörung des Zeugen oder Sachverständigen

(1) Von dem Tag, der für die Anhörung des Zeugen oder des Sachverständigen bestimmt wurde, sind der Staatsanwalt, der durch die Straftat Geschädigte, sein Vertreter, der Angeklagte und sein Verteidiger zu benachrichtigen. Eine Abschrift des angefertigten Protokolls wird dem anwesenden Staatsanwalt und dem Verteidiger ausgehändigt.

(2) Ist eine erneute Augenscheinseinnahme oder eine Untersuchung erforderlich, so ist der obige Absatz anzuwenden.

(3) Der inhaftierte Angeklagte kann

bulunduğu yer mahkemesinde yapılacak bu tür işlerde hazır bulundurulmasını isteyebilir. Ancak, hâkim veya mahkeme tarafından zorunlu sayılan hâllerde tutuklu bulunan şüpheli veya sanığın da bu tür işlerde hazır bulunmasına karar verilebilir.

İkinci Bölüm Duruşma

Madde 182. Duruşmanın açıklığı

- (1) Duruşma herkese açıktır.
- (2) Genel ahlâkın veya kamu güvenliğinin kesin olarak gerekli kıldığı hâllerde, duruşmanın bir kısmının veya tamamının kapalı yapılmasına mahkemece karar verilebilir.
- (3) Duruşmanın kapalı yapılması konusundaki gerekçeli karar ile hüküm açık duruşmada açıklanır.

Madde 183. Ses ve görüntü alıcı aletlerin kullanılması yasağı

(1) 180 inci maddenin beşinci fıkrası ile 196 ncı maddenin dördüncü fıkrası hükmü saklı kalmak üzere, adliye binası içerisinde ve duruşma başladıktan sonra duruşma salonunda her türlü sesli veya görüntülü kayıt veya nakil olanağı sağlayan aletler kullanılamaz. Bu hüküm, adliye binası içerisinde ve dışındaki diğer adli işlemlerin icrasında da uygulanır.

Madde 184. Açıklığın kaldırılması hakkında karar

(1) 182 nci maddede gösterilen hâllerde, açıklığın kaldırılması istemine

seine Anwesenheit nur bei solchen Handlungen beantragen, die beim Gericht seines Haftorts durchgeführt werden. Jedoch kann die Anwesenheit eines inhaftierten Beschuldigten oder Angeklagten auch bei solchen Handlungen [sic] angeordnet werden, wenn das vom Richter oder vom Gericht als notwendig erachtet wird.

Zweiter Abschnitt Hauptverhandlung

§ 182. Öffentlichkeit der Hauptverhandlung

- (1) Die Hauptverhandlung ist öffentlich.
- (2) Der Ausschluss der Öffentlichkeit kann vom Gericht für die ganze Hauptverhandlung oder für einen Teil davon angeordnet werden, wenn die Sittlichkeit oder die öffentliche Sicherheit dies unbedingt erfordern.
- (3) Der mit den Gründen versehene Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit von der Hauptverhandlung sowie das Urteil sind in der öffentlichen Hauptverhandlung zu verkünden.

§ 183. Verbot des Einsatzes von Ton- und Bildaufnahmegeräten

(1) Abgesehen von § 180 Abs. 5 sowie § 196 Abs. 4 ist der Einsatz jeder Art von Geräten, die für die Aufzeichnung oder die Übertragung von Ton oder Bild geeignet sind, im Justizgebäude oder nach Beginn der Hauptverhandlung im Verhandlungssaal verboten. Diese Vorschrift gilt auch bei der Durchführung justizieller Handlungen inner- oder außerhalb des Justizgebäudes.

§ 184. Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit

(1) Über den Ausschluss der Öffentlichkeit in den in § 182 genannten Fällen ist

ilişkin olarak yapılacak duruşma, istem üzerine veya mahkemece uygun görülrse kapalı yapılır.

Madde 185. Zorunlu kapalılık

(1) Sanık, onsekiz yaşını doldurmamış ise duruşma kapalı yapılır; hüküm de kapalı duruşmada açıklanır.

Madde 186. Kapalılık kararının ve nedenlerinin yazılması

(1) Açıklığın kaldırılması kararı, nedenleriyle birlikte tutanağa geçirilir.

Madde 187. Kapalı duruşmada bulunabilme

(1) Kapalı duruşmada mahkeme, bazı kişilerin hazır bulunmasına izin verebilir. Bu hâlde adı geçenler, duruşmanın kapalı olmasını gerektiren hususları açıklamamaları bakımından uyarılırlar ve bu husus tutanağa yazılır.

(2) Kapalı duruşmanın içeriği hiçbir iletişim aracıyla yayımlanamaz.

(3) Açık duruşmanın içeriği, millî güvenliğe veya genel ahlâka veya kişilerin saygınlık, onur ve haklarına dokunacak veya suç işlemeye kışkırtacak nitelikte ise; mahkeme, bunları önlemek amacı ile ve gerektiği ölçüde duruşmanın içeriğinin kısmen veya tamamen yayımlanmasını yasaklar ve kararını açık duruşmada açıklar.

in einer nichtöffentlichen Sitzung zu verhandeln, wenn das beantragt oder vom Gericht für angemessen erachtet wird.

§ 185. Obligatorische Nichtöffentlichkeit

(1) Hat der Beschuldigte das 18. Lebensjahr nicht vollendet, so erfolgt die Hauptverhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit; auch das Urteil wird in nichtöffentlicher Sitzung verkündet.

§ 186. Niederschrift des Beschlusses über die Nichtöffentlichkeit und die Gründe dafür

(1) Der Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird mit seinen Gründen in einem Protokoll festgehalten.

§ 187. Anwesenheit in einer nicht-öffentlichen Verhandlung

(1) Zu einer nichtöffentlichen Verhandlung kann das Gericht den Zutritt einzelner Personen gestatten. Die genannten Personen werden ermahnt, die zum Ausschluss der Öffentlichkeit führenden Tatsachen nicht zu offenbaren. Dies wird in ein Protokoll aufgenommen.

(2) Der Inhalt einer nichtöffentlichen Verhandlung darf durch keinerlei Kommunikationsmittel veröffentlicht werden.

(3) Ist der Inhalt einer öffentlichen Verhandlung geeignet, die nationale Sicherheit oder die Sittlichkeit oder das Ansehen, die Würde oder die Rechte von Einzelnen zu tangieren oder jemanden zur Begehung einer Straftat aufzuhetzen, so verbietet das Gericht zur Vorbeugung dieser Folgen und im erforderlichen Maße, den Inhalt der Verhandlung gänzlich oder teilweise zu veröffentlichen und verkündet seinen Beschluss in öffentlicher Sitzung.

Madde 188. Duruşmada hazır bulunacaklar

(1) Duruşmada, hükme katılacak hâkimler ve Cumhuriyet savcısı ile zabıt kâtabinin ve Kanunun zorunlu müdafiliği kabul ettiği hâllerde müdafii hazır bulunması şarttır. (Ek cümle: 3/10/2016-KHK-676/5 md.) Müdafii mazeretsiz olarak duruşmayı terk etmesi halinde duruşmaya devam edilebilir.

(2) (Mülga: 18/6/2014 – 6545/103 md.)

(3) Bir oturumda bitmeyecek davada, herhangi bir nedenle bulunamayacak üyenin yerine geçmek ve oya katılmak üzere yedek üye bulundurulabilir.

Madde 189. Birden çok Cumhuriyet savcısı ve avukatın duruşmaya katılması

(1) Birden çok Cumhuriyet savcısı ve birden çok avukat aynı zamanda duruşmaya katılabilecekleri gibi aralarında işbölümü de yapabilirler.

Madde 190. Ara verme

(1) Duruşmaya, ara verilmeksizin devam edilerek hüküm verilir. Ancak, zorunlu hâllerde davanın makul sürede sonuçlandırılmasını olanaklı kılacak surette duruşmaya ara verilebilir.

(2) 176 ncı maddede belirlenen süreye uyulmamış ise duruşmaya ara verilmesini istemeye hakkı olduğu sanığa

§ 188. In der Hauptverhandlung Anwesende

(1) In der Hauptverhandlung ist die Anwesenheit der an der Urteilsfindung mitwirkenden Richter, des Staatsanwalts sowie des Urkundsbeamten und des Verteidigers, soweit das Gesetz von einem Pflichtverteidiger ausgeht, obligatorisch. (Satz hinzugefügt durch § 5 Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft Nr. 676 v. 3.10.2016) Entfernt sich der Verteidiger unentschuldigt aus der Hauptverhandlung, so kann die Hauptverhandlung fortgesetzt werden.

(2) (Gestrichen durch § 103 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014)

(3) An einem Verfahren, das nicht in einer einzigen Sitzung beendet wird, kann ein Ersatzrichter teilnehmen, der an die Stelle eines beisitzenden Richters treten und an der Abstimmung mitwirken wird, wenn der Letztere aus irgendeinem Grund verhindert ist.

§ 189. Mitwirkung mehrerer Staatsanwälte und Verteidiger in der Hauptverhandlung

(1) Mehrere Staatsanwälte oder mehrere Verteidiger können in der Hauptverhandlung gleichzeitig mitwirken und auch eine Arbeitsteilung unter sich vornehmen.

§ 190. Unterbrechung

(1) Das Urteil wird nach ununterbrochener Hauptverhandlung gefällt. Allerdings darf die Hauptverhandlung in zwingenden Fällen in der Weise unterbrochen werden, dass der Abschluss des Verfahrens in einer angemessenen Dauer möglich ist.

(2) Ist die in § 176 genannte Frist nicht eingehalten worden, so wird der Angeklagte über sein Recht belehrt, die

hatırlatılır.

Madde 191. Duruşmanın başlaması

(1) Sanığın ve müdafinin hazır bulunup bulunmadığı, çağrılmış tanık ve bilirkişilerin gelip gelmedikleri saptanarak duruşmaya başlanır. Sanık, duruşmaya bağısız olarak alınır. Mahkeme başkanı veya hâkim, duruşmanın başladığını, iddianamenin kabulü kararını okuyarak açıklar.

(2) Tanıklar duruşma salonundan dışarı çıkarılırlar.

(3) Duruşmada, sırasıyla;

- a) Sanığın açık kimliği saptanır, kişisel ve ekonomik durumu hakkında kendisinden bilgi alınır,
- b) (Değişik: 24/11/2016 – 6763/29 md.) İddianame veya iddianame yerine geçen belgede yer alan suçlamanın dayanağını oluşturan eylemler ve deliller ile suçlamanın hukuki nitelendirmesi anlatılır,
- c) Sanığa, yüklenen suç hakkında açıklamada bulunmamasının kanunî hakkı olduğu ve 147 nci maddede belirtilen diğer hakları bildirilir,
- d) Sanık açıklamada bulunmaya hazır olduğunu bildirdiğinde, usulüne göre sorgusu yapılır.

Madde 192. Başkan veya hâkimin görevi

(1) Mahkeme başkanı veya hâkim, duruşmayı yönetir ve sanığı sorguya

Unterbrechung der Hauptverhandlung zu verlangen.

§ 191. Beginn der Hauptverhandlung

(1) Die Hauptverhandlung beginnt mit der Feststellung, ob der Angeklagte und sein Verteidiger anwesend und die geladenen Zeugen und die Sachverständigen erschienen sind. Der Angeklagte wird ungefesselt in die Hauptverhandlung gebracht. Mit der Verlesung des Beschlusses zur Zulassung der Anklageschrift eröffnet der Vorsitzende des Gerichts oder der Richter die Hauptverhandlung.

(2) Die Zeugen werden aus dem Verhandlungssaal geführt.

(3) In der Hauptverhandlung werden der Reihe nach

- a) die genauen Personalien des Angeklagten festgestellt und er wird über seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse befragt,
- b) (Geändert durch § 29 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Handlungen und Beweise, die den in der Anklageschrift oder der sie ersetzenden Schrift enthaltenen Anschuldigungen zugrunde liegen, sowie die rechtliche Würdigung der Anklage erläutert,
- c) der Angeklagte über seine in § 147 genannten Rechte und darüber belehrt, dass es sein gesetzliches Recht ist, keine Aussagen über die ihm zur Last gelegten Straftaten zu machen,
- d) die Vernehmung des Angeklagten ordnungsgemäß durchgeführt, wenn er sich zur Aussage bereit erklärt hat.

§ 192. Aufgabe des Vorsitzenden oder Richters

(1) Der Vorsitzende des Gerichts oder der Richter leitet die Verhandlung,

çeker; delillerin ikame edilmesini sağlar.

(2) Duruşmada ilgili olanlardan biri duruşmanın yönetimine ilişkin olarak mahkeme başkanı tarafından emrolunan bir tedbirin hukuken kabul edilemeyeceğini öne sürerse mahkeme, bu hususta bir karar verir.

Madde 193. Sanığın duruşmada hazır bulunmaması

(1) Kanunun ayrıkt tuttuğu hâller saklı kalmak üzere, hazır bulunmayan sanık hakkında duruşma yapılmaz. Gelmemesinin geçerli nedeni olmayan sanığın zorla getirilmesine karar verilir.

(2) (Ek: 25/5/2005 – 5353/28 md.) Sanık hakkında, toplanan delillere göre mahkûmiyet dışında bir karar verilmesi gerektiği kanısına varılırsa, sorgusu yapılmamış olsa da dava yokluğunda bitirilebilir.

Madde 194. Sanığın mahkemeden uzaklaşması

(1) Mahkemeye gelen sanığın duruşmanın devamı süresince hazır bulunması sağlanır ve savuşmasının önüne geçmek için mahkeme gereken tedbirleri alır.

(2) Sanık savuşur veya ara vermeyi izleyen oturuma gelmezse, önceden sorguya çekilmiş ve artık hazır bulunmasına mahkemece gerek görülmezse, dava yokluğunda bitirilebilir.

vernimmt den Angeklagten und ermöglicht die Beweisaufnahme.

(2) Beanstandet eine der betreffenden Personen in der Verhandlung, dass eine vom Vorsitzenden des Gerichts zur Leitung der Verhandlung angeordnete Maßnahme rechtlich unzulässig ist, so fasst das Gericht darüber einen Beschluss.

§ 193. Ausbleiben des Angeklagten

(1) Abgesehen von den gesetzlich genannten Fällen findet gegen einen ausgebliebenen Angeklagten eine Hauptverhandlung nicht statt. Die zwangsweise Vorführung des Angeklagten, der für sein Ausbleiben keinen stichhaltigen Grund hat, wird angeordnet.

(2) (Hinzugefügt durch § 28 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Gelangt man zu der Überzeugung, dass im Lichte der erhobenen Beweise eine andere Entscheidung als eine Verurteilung gegen den Angeklagten zu fällen ist, so kann das Verfahren in seiner Abwesenheit zu Ende geführt werden, auch wenn er noch nicht vernommen worden ist.

§ 194. Sich-Entfernen des Angeklagten vom Gericht

(1) Die Anwesenheit des vor dem Gericht erschienenen Angeklagten während der Fortsetzung der Hauptverhandlung ist zu gewährleisten und das Gericht ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um sein Entweichen zu verhindern.

(2) Entfernt sich der Angeklagte oder erscheint er in der Sitzung im Anschluss an die Unterbrechung nicht, so kann das Verfahren in seiner Abwesenheit zu Ende geführt werden, wenn er vorher vernommen worden ist und seine weitere Anwesenheit vom Gericht nicht für notwendig gehalten wird.

Madde 195. Sanığın yokluğunda duruşma

(1) Suç, yalnız veya birlikte adli para cezasını veya müsadereyi gerektirmekte ise; sanık gelmese bile duruşma yapılabilir. Bu gibi hâllerde sanığa gönderilecek davetiyede gelmese de duruşmanın yapılacağı yazılır.

Madde 196. Sanığın duruşmadan başışık tutulması

(1) Mahkemece sorgusu yapılmış olan sanık veya bu hususta sanık tarafından yetkili kılındığı hâllerde müdafii isterse, mahkeme sanığı duruşmada hazır bulunmaktan başışık tutabilir.

(2) Sanık, alt sınırı beş yıl ve daha fazla hapis cezasını gerektiren suçlar hariç olmak üzere, istinabe suretiyle sorguya çekilebilir. Sorgu için belirlenen gün, Cumhuriyet savcısı ile sanık ve müdafii bildirilir. Cumhuriyet savcısı ile müdafiiin sorgu sırasında hazır bulunması zorunlu değildir. Sorgusundan önce sanığa, ifadesini esas mahkemesi huzurunda vermek isteyip istemediği sorulur.

(3) Sorgu tutanağı duruşmada okunur.

(4) Yukarıdaki fıkralar içeriğine göre sanığın aynı anda görüntülü ve sesli iletişim tekniğinin kullanılması suretiyle sorgusunun yapılabilmesi olanağının varlığı hâlinde bu yöntem uygulanarak sorgu yapılır.

§ 195. Hauptverhandlung bei Ausbleiben des Angeklagten

(1) Die Hauptverhandlung kann trotz des Ausbleibens des Angeklagten durchgeführt werden, wenn die Straftat mit einer Geldstrafe, einer Einziehung oder beidem bedroht ist. In solchen Fällen wird in der an den Angeklagten zu sendenden Ladung darauf hingewiesen, dass auch bei seinem Ausbleiben verhandelt werden wird.

§ 196. Entbindung des Angeklagten vom Erscheinen in der Hauptverhandlung

(1) Das Gericht kann den Angeklagten von der Anwesenheitspflicht in der Hauptverhandlung entbinden, wenn der bereits vom Gericht vernommene Angeklagte oder sein hierzu ausdrücklich bevollmächtigter Verteidiger das verlangt.

(2) Abgesehen von Straftaten, die im Mindestmaß mit einer Haftstrafe von fünf oder mehr Jahren bedroht sind, kann der Angeklagte im Wege eines Ersuchens vernommen werden. Von dem für die Vernehmung anberaumten Termin sind der Staatsanwalt sowie der Angeklagte und sein Verteidiger in Kenntnis zu setzen. Der Anwesenheit des Staatsanwalts sowie des Verteidigers bedarf es nicht. Vor der Vernehmung wird der Angeklagte befragt, ob er vor dem Tatgericht aussagen möchte oder nicht.

(3) Das Vernehmungsprotokoll ist in der Hauptverhandlung zu verlesen.

(4) Ist die Möglichkeit vorhanden, den Angeklagten in den Fällen, die in den obigen Absätzen genannt sind, durch zeitgleiche technische Übertragung in Bild und Ton zu vernehmen, so wird die Vernehmung auf diesem Wege vorgenommen.

(5) Hastalık veya disiplin önlemi ya da zorunlu diğer nedenlerle yargılamanın yapıldığı yargı çevresi dışındaki bir hastahane veya tutukevine nakledilmiş olan sanığın, sorgusu yapılmış olmak koşuluyla, hazır bulundurulmasına gerek görülmeyen oturumlar için getirilmemesine mahkemece karar verilebilir.

(6) Yurt dışında bulunan sanığın, belirlenen duruşma tarihinde hazır bulunmasının zorluğu halinde, bu tarihten önce duruşma açılarak veya istinabe suretiyle sorgusu yapılabilir.

Madde 197. Sanığın müdafii gönderebilmesi

(1) Sanık hazır bulunmasa da müdafii bütün oturumlarda hazır bulunmak yetkisine sahiptir.

Madde 198. Sanık hazır bulunmaksızın yapılan duruşmada eski hâle getirme koşulu

(1) Duruşma, sanık hazır bulunmaksızın yapılırsa, mahkemenin karar ve işlemlerinin kendisine tebliği tarihinden itibaren bir hafta içinde, sürenin geçmesinden doğan sonuçları gidermek için sanık, kanunî nedenlere dayanarak, mahkemenin o karar ve işlemleri hakkında eski hâle getirme isteminde bulunabilir.

(2) Ancak, sanık kendi istemi üzerine duruşmadan başışık tutulmuş veya müdafii aracılığıyla temsil edilmek yetkisini kullanmış olursa artık eski hâle getirme isteminde bulunamaz.

(5) Wurde ein Angeklagter, der wegen Krankheit, einer disziplinarischen Maßnahme oder anderer zwingender Gründe in ein Krankenhaus oder eine Untersuchungshaftanstalt außerhalb des Gerichtsbezirks des Verfahrensorts eingeliefert wurde, bereits vernommen, so kann vom Gericht auf seine Vorführung im Hinblick auf die Sitzungen verzichtet werden, in denen sein Erscheinen nicht für erforderlich erachtet wird.

(6) Ist das Erscheinen eines im Ausland befindlichen Angeklagten an dem für die Hauptverhandlung anberaumten Termin obligatorisch, so kann seine Vernehmung durch die Eröffnung der Hauptverhandlung vor diesem Datum oder im Wege eines Ersuchens vorgenommen werden.

§ 197. Vertretung des Angeklagten durch den Verteidiger

(1) Auch wenn der Angeklagte nicht erscheint, steht es dem Verteidiger zu, in allen Sitzungen anwesend zu sein.

§ 198. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei einer in Abwesenheit des Angeklagten durchgeführten Hauptverhandlung

(1) Wurde die Hauptverhandlung in Abwesenheit des Angeklagten durchgeführt, so kann er die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Entscheidungen oder Handlungen des Gerichts unter Berufung auf gesetzliche Grundlagen binnen einer Woche nach ihrer Zustellung beantragen, um die infolge der verstrichenen Frist eingetretenen Folgen zu beseitigen.

(2) Allerdings kann der Angeklagte keinen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand stellen, wenn er von der Erscheinungspflicht in der Hauptverhandlung auf seinen Antrag entbunden

Madde 199. Sanığın zorla getirilebilmesi

(1) Mahkeme, sanığın hazır bulunmasına ve zorla getirme kararı veya yakalama emriyle getirilmesine her zaman karar verebilir.

Madde 200. Sorgu sırasında sanığın mahkeme salonundan çıkarılabilmesi

(1) Sanığın yüzüne karşı suç ortaklarından birinin veya bir tanığın gerçeği söylemeyeceğinden endişe edilirse, mahkeme, sorgu ve dinleme sırasında o sanığın mahkeme salonundan çıkarılmasına karar verebilir.

(2) Sanık tekrar getirildiğinde, tutanaklar okunur ve gerektiğinde içeriği anlatılır.

Madde 201. Doğrudan soru yönelme

(1) Cumhuriyet savcısı, müdafî veya vekil sıfatıyla duruşmaya katılan avukat; sanığa, katılana, tanıklara, bilirkişilere ve duruşmaya çağırılmış diğer kişilere, duruşma disiplinine uygun olarak doğrudan soru yöneltebilirler. Sanık ve katılan da mahkeme başkanı veya hâkim aracılığı ile soru yöneltebilir. Yöneltilen soruya itiraz edildiğinde sorunun yöneltilmesinin gerekip gerekmediğine, mahkeme başkanı karar verir. Gerektiğinde ilgililer yeniden soru sorabilir.

worden war oder von seinem Recht, sich durch einen Verteidiger vertreten zu lassen, Gebrauch gemacht hatte.

§ 199. Befugnis zur zwangsweisen Vorführung des Angeklagten

(1) Das Gericht kann das Erscheinen des Angeklagten jederzeit durch einen Zwangsvorführungsbefehl oder einen Steckbrief veranlassen.

§ 200. Entfernung des Angeklagten aus dem Gerichtssaal während der Vernehmung

(1) Das Gericht kann während der Vernehmung oder Anhörung die Entfernung des Angeklagten aus dem Gerichtssaal anordnen, wenn zu befürchten ist, dass ein Mitangeklagter oder ein Zeuge in Gegenwart des Angeklagten nicht die Wahrheit sagen wird.

(2) Sobald er wieder vorgeführt wird, werden die Protokolle vorgelesen und ihr Inhalt wird erforderlichenfalls erklärt.

§ 201. Unmittelbare Befragung

(1) Der Staatsanwalt oder der als Verteidiger oder Vertreter an der Hauptverhandlung teilnehmende Rechtsanwalt kann unmittelbar Fragen an den Angeklagten, den Nebenkläger, den Zeugen, den Sachverständigen und andere zu der Hauptverhandlung geladene Personen im Einklang mit der Ordnung der Hauptverhandlung stellen. Auch der Angeklagte oder der Nebenkläger kann durch den Vorsitzenden des Gerichts oder den Richter Fragen stellen lassen. Wird gegen die gestellte Frage Einspruch erhoben, so entscheidet das Gericht darüber, ob es erforderlich ist, die Frage zu stellen oder nicht. Erforderlichenfalls können die Betroffenen erneut eine Frage stellen.

(2) Heyet halinde görev yapan mahkemelerde, heyeti oluşturan hâkimler, birinci fıkrada belirtilen kişilere soru sorabilir.

Madde 202. Tercüman bulundurulacak hâller

(1) Sanık veya mağdur, meramını anlatabilecek ölçüde Türkçe bilmiyorsa; mahkeme tarafından atanan tercüman aracılığıyla duruşmadaki iddia ve savunmaya ilişkin esaslı noktalar tercüme edilir.

(2) Engelli olan sanığa veya mağdura, duruşmadaki iddia ve savunmaya ilişkin esaslı noktalar, anlayabilecekleri biçimde anlatılır.

(3) Birinci ve ikinci fıkra hükümleri, soruşturma evresinde dinlenen şüpheli, mağdur veya tanıklar hakkında da uygulanır. Bu evrede tercüman, hâkim veya Cumhuriyet savcısı tarafından atanır.

(4) (Ek: 24/1/2013 – 6411/1 md.) Ayrıca sanık;

- a) İddianamenin anlatılması,
- b) Esas hakkındaki mütalaanın verilmesi,

üzerine sözlü savunmasını, kendisini daha iyi ifade edebileceğini beyan ettiği başka bir dilde yapabilir. Bu durumda tercüme hizmetleri, beşinci fıkra uyarınca oluşturulan listeden, sanığın seçeceği tercüman tarafından yerine getirilir. Bu tercümanın giderleri Devlet Hazinesince karşılanmaz. Bu imkân, yargılamanın sürüncemede bırakılması amacıyla yönelik olarak

(2) Die beisitzenden Richter eines Kollegialgerichts können den im ersten Absatz genannten Personen Fragen stellen.

§ 202. Beziehung eines Dolmetschers

(1) Beherrscht der Angeklagte oder der Verletzte die türkische Sprache nicht in dem Maße, sein Anliegen vortragen zu können, so werden die Grundzüge der in der Hauptverhandlung vorgetragenen Anklage- und Verteidigungspunkte durch einen vom Gericht bestellten Dolmetscher übersetzt.

(2) Dem behinderten Angeklagten oder Verletzten werden die Grundzüge der in der Hauptverhandlung vorgetragenen Anklage- und Verteidigungspunkte in einer ihm verständlichen Weise erklärt.

(3) Die Bestimmungen der Abs. 1 und 2 werden auch hinsichtlich des Beschuldigten, des Verletzten oder des Zeugen angewendet, der im Ermittlungsverfahren angehört wird. In dieser Phase wird der Dolmetscher durch den Richter oder den Staatsanwalt bestellt.

(4) (Hinzugefügt durch § 1 Ges. Nr. 6411 v. 24.1.2013) Außerdem darf der Angeklagte auf

- a) die Erläuterung der Anklageschrift
- b) die Stellungnahme zur Sache

hin seine Verteidigung in einer anderen Sprache vortragen, von der er erklärt, sich besser in ihr artikulieren zu können. In diesem Fall werden die Dolmetscherleistungen von dem Dolmetscher aus der gemäß Abs. 5 erstellten Liste erbracht, den der Angeklagte gewählt hat. Diese Dolmetscherkosten werden nicht durch die Staatskasse beglichen. Diese Möglichkeit darf nicht zum Zwecke der Ver-

kötüye kullanılamaz.

(5) (Ek: 24/1/2013 – 6411/1 md.) Tercümanlar, il adli yargı adalet komisyonlarının her yıl düzenlenen listede yer alan kişiler arasından seçilirler. Cumhuriyet savcılarını ve hâkimleri yalnız buldukları il bakımından oluşturulmuş listelerden değil, diğer illerde oluşturulmuş listelerden de tercüman seçebilirler. Bu listelerin düzenlenmesine ilişkin usul ve esaslar yönetmelikle belirlenir.

Üçüncü Bölüm

Duruşmanın Düzen ve Disiplini

Madde 203. Hâkim veya başkanın yetkisi

(1) Duruşmanın düzeni, mahkeme başkanı veya hâkim tarafından sağlanır.

(2) Mahkeme başkanı veya hâkim, duruşmanın düzenini bozan kişinin, savunma hakkının kullanılmasını engellemek koşuluyla salondan çıkarılmasını emreder.

(3) Kişi dışarı çıkarılması sırasında direnç gösterir veya karışıklıklara neden olursa yakalanır ve hâkim veya mahkeme tarafından, avukatlar hariç, verilecek bir kararla derhâl dört güne kadar disiplin hapsine konulabilir. Ancak çocuklar hakkında disiplin hapsi uygulanmaz.

fahrensverschleppung missbraucht werden.

(5) (Hinzugefügt durch § 1 Ges. Nr. 6411 v. 24.1.2013) Die Dolmetscher werden aus den in der Liste genannten Personen gewählt, die von der ordentlichen Provinzjustizkommission erstellt worden ist. Die Staatsanwälte oder Richter dürfen nicht nur aus den für ihre Provinz erstellten Listen, sondern auch aus den Listen, die in anderen Provinzen erstellt wurden, Dolmetscher wählen. Das Verfahren und die Grundsätze über die Erstellung dieser Listen werden in einer Verordnung festgelegt.

Dritter Abschnitt

Ordnung und Disziplin in der Hauptverhandlung

§ 203. Befugnis des Richters oder des Vorsitzenden

(1) Die ordnungsgemäße Durchführung der Hauptverhandlung wird durch den Vorsitzenden des Gerichts oder den Richter gewährleistet.

(2) Der Vorsitzende des Gerichts oder der Richter ordnet an, eine Person, die die Ordnung der Hauptverhandlung stört, aus dem Saal zu entfernen, vorausgesetzt, dass dies die Ausübung des Rechts auf Verteidigung nicht behindert.

(3) Leistet die Person während der Entfernung Widerstand oder verursacht Unruhe, so wird sie festgehalten und kann auf Anordnung des Richters oder des Gerichts, außer wenn es sich dabei um Rechtsanwälte handelt, sofort in Disziplinarhaft von bis zu vier Tagen genommen werden. Allerdings ist die Disziplinarhaft nicht auf Kinder anzuwenden.

Madde 204. Sanığın dışarı çıkarılması

(1) Davranışları nedeniyle, hazır bulunmasının duruşmanın düzenli olarak yürütülmesini tehlikeye sokacağı anlaşıldığında sanık, duruşma salonundan çıkarılır. Mahkeme, sanığın duruşmada hazır bulunmasını dosyanın durumuna göre savunması bakımından zorunlu görmezse, oturumu yokluğunda sürdürür ve bitirir. Ancak, sanığın müdafii yoksa, mahkeme barodan bir müdafii görevlendirilmesini ister. Oturuma yeniden alınmasına karar verilen sanığa, yokluğunda yapılan işlemler açıklanır.

Madde 205. Duruşma sırasında işlenen suç hakkında işlem

(1) Bir kimse, duruşma sırasında bir suç işlerse, mahkeme olayı tespit eder ve bu hususta düzenleyeceği tutanağı yetkili makama gönderir; gerek görürse failin tutuklanmasına da karar verebilir.

Dördüncü Bölüm Delillerin Ortaya Konulması ve Tartışılması

Madde 206. Delillerin ortaya konulması ve reddi

(1) Sanığın sorguya çekilmesinden sonra delillerin ortaya konulmasına başlanır. (Ek cümleler: 25/5/2005 – 5353/29 md.) Ancak, sanığın tebligata rağmen mazeretsiz olarak gelmemesi

§ 204. Entfernung des Angeklagten

(1) Lässt sich erkennen, dass die Gegenwart eines Angeklagten wegen seines Benehmens die ordnungsgemäße Durchführung der Hauptverhandlung gefährden wird, so wird er aus dem Sitzungssaal entfernt. Betrachtet das Gericht unter Berücksichtigung der Aktenlage die Anwesenheit des Angeklagten für seine Verteidigung nicht als zwingend, so wird die Hauptverhandlung in seiner Abwesenheit fortgesetzt und zu Ende gebracht. Hat der Angeklagte keinen Verteidiger, so verlangt das Gericht von der Anwaltskammer die Beiordnung eines Verteidigers. Dem Angeklagten, dessen erneuter Einlass in die Hauptverhandlung beschlossen wurde, werden die Handlungen erklärt, die in seiner Abwesenheit vorgenommen wurden.

§ 205. Verfahren bei einer Straftat während der Hauptverhandlung

(1) Begeht jemand während der Hauptverhandlung eine Straftat, so stellt das Gericht die Tat fest und leitet das darüber aufzunehmende Protokoll der zuständigen Behörde zu. Es kann auch einen Haftbefehl gegen den Täter erlassen, wenn es das für erforderlich erachtet.

Vierter Abschnitt Beweisaufnahme und Erörterung von Beweisen

§ 206. Beweisaufnahme und Ablehnung von Beweisen

(1) Nach der Vernehmung des Angeklagten wird mit der Beweisaufnahme begonnen. (Sätze hinzugefügt durch § 29 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Für die Beweisaufnahme ist es aber nicht

sebebiyle sorgusunun yapılamamış olması, delillerin ortaya konulmasına engel olmaz. Ortaya konulan deliller, sonradan gelen sanığa bildirilir.

(2) Ortaya konulması istenilen bir delil aşağıda yazılı hâllerde reddolunur:

- a) Delil, kanuna aykırı olarak elde edilmişse.
- b) Delil ile ispat edilmek istenilen olayın karara etkisi yoksa.
- c) İstem, sadece davayı uzatmak amacıyla yapılmışsa.

(3) Cumhuriyet savcısı ile sanık veya müdafii birlikte rıza gösterirlerse, tanığın dinlenmesinden veya başka herhangi bir delilin ortaya konulmasından vazgeçilebilir.

(4) (Mülga: 25/5/2005 – 5353/29 md.)

Madde 207. Delil ve olayın geç bildirilmesi

(1) Delilin ortaya konulması istemi, bunun veya ispat edilmek istenen olayın geç bildirilmiş olması nedeniyle reddedilemez.

Madde 208. Tanığın duruşma salonundan ayrılması

(1) Tanıklar, dinlendikten sonra ancak mahkeme başkanı veya hâkimin izniyle duruşma salonundan ayrılabilir.

schädlich, dass die Vernehmung des Angeklagten, der trotz der Zustellung unentschuldigt ausgeblieben ist, nicht durchgeführt wurde. Über die aufgenommenen Beweise ist der später erschienene Angeklagte zu unterrichten.

(2) Ein Antrag auf Aufnahme eines Beweismittels wird in den untenstehenden Fällen abgelehnt:

- a) wenn das Beweismittel gesetzeswidrig erlangt wurde.
- b) wenn die Tatsache, die durch das Beweismittel bewiesen werden soll, keinen Einfluss auf die Entscheidung hat.
- c) wenn der Antrag lediglich die Verschleppung des Verfahrens bezweckt.

(3) Erklären sich der Staatsanwalt und der Angeklagte oder der Verteidiger damit einverstanden, so kann auf die Anhörung eines Zeugen oder die Aufnahme eines anderen Beweismittels verzichtet werden.

(4) (Gestrichen durch § 29 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005)

§ 207. Verspätetes Vorbringen eines Beweismittels und einer Tatsache

(1) Ein Antrag auf Beweiserhebung darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil dieser oder die zu beweisende Tatsache zu spät vorgebracht wurde.

§ 208. Entlassung des Zeugen aus dem Gerichtssaal

(1) Die vernommenen Zeugen dürfen sich nur mit Genehmigung des Vorsitzenden des Gerichts oder des Richters aus dem Gerichtssaal entfernen.

Madde 209. Duruşmada okunması zorunlu belge ve tutanaklar

(1) Naip veya istinabe yoluyla sorgusu yapılan sanığa ait sorgu tutanakları, naip veya istinabe yoluyla dinlenen tanığın ifade tutanakları ile muayene ve keşif tutanakları gibi delil olarak kullanılacak belgeler ve diğer yazılar, adli sicil özetleri ve sanığın kişisel ve ekonomik durumuna ilişkin bilgilerin yer aldığı belgeler, duruşmada okunur.

(2) Sanığa veya mağdura ait kişisel verilerin yer aldığı belgelerin, açıkça istemeleri halinde, kapalı oturumda okunmasına mahkemece karar verilebilir.

Madde 210. Duruşmada okunmayacak belgeler

(1) Olayın delili, bir tanığın açıklamalarından ibaret ise, bu tanık duruşmada mutlaka dinlenir. Daha önce yapılan dinleme sırasında düzenlenmiş tutanağın veya yazılı bir açıklamanın okunması dinleme yerine geçmez.

(2) Tanıklıktan çekinebilecek olan kişi, duruşmada tanıklıktan çekindiğinde, önceki ifadesine ilişkin tutanak okunamaz.

Madde 211. Duruşmada okunmasıyla yetinilebilecek belgeler

(1) a) Tanık veya sanığın suç ortağı olmuş veya akıl hastalığına tutulmuş

§ 209. In der Hauptverhandlung zu verlesende Urkunden und Protokolle

(1) Als Beweismittel heranzuziehende Urkunden oder andere Schriftstücke wie die Protokolle über die Vernehmung eines vom beauftragten oder ersuchten Richter vernommenen Angeklagten, die Protokolle über die Anhörung eines vom beauftragten oder ersuchten Richter angehörten Zeugen, die Untersuchungs- oder Augenscheinnahmeprotokolle oder Auszüge aus dem Strafregister oder Schriftstücke, die Angaben über die persönliche und wirtschaftliche Situation des Angeklagten enthalten, werden in der Hauptverhandlung verlesen.

(2) Das Gericht kann auf ausdrückliches Verlangen des Angeklagten oder des Verletzten entscheiden, dass Urkunden, die persönliche Daten über ihn enthalten, in einer nichtöffentlichen Sitzung verlesen werden.

§ 210. In der Hauptverhandlung nicht zu verlesende Urkunden

(1) Besteht der Beweis einer Tatsache aus Äußerungen eines Zeugen, so ist dieser Zeuge in der Hauptverhandlung unbedingt anzuhören. Die Verlesung des über seine frühere Anhörung angefertigten Protokolls oder einer schriftlichen Erklärung ersetzt die Anhörung nicht.

(2) Verweigert eine Person, die zur Zeugnisverweigerung berechtigt ist, in der Hauptverhandlung das Zeugnis, so darf das Protokoll über ihre früheren Aussagen nicht verlesen werden.

§ 211. Urkunden, deren Verlesung in der Hauptverhandlung ausreichen kann

(1) a) Ist der Zeuge oder Mitbeteiligte des Angeklagten verstorben oder

olur veya bulunduğu yer öğrenilemezse,

- b) Tanık veya sanığın suç ortağının duruşmada hazır bulunması, hastalık, malûllük veya giderilmesi olancağı bulunmayan başka bir nedenle belli olmayan bir süre için olanaklı değilse,
- c) İfadesinin önem derecesi itibarıyla tanığın duruşmada hazır bulunması gerekli sayılmıyorsa,

Bu kişilerin dinlenmesi yerine, daha önce yapılan dinleme sırasında düzenlenmiş tutanaklar ile kendilerinin yazmış olduğu belgeler okunabilir.

(2) Cumhuriyet savcısı, katılan veya vekili, sanık veya müdafii birinci fıkrada belirtilenlerin dışında kalan tutanakların okunmasına birlikte rıza gösterebilirler.

Madde 212. Tanığın önceki ifadesinin okunması

(1) Tanık, bir hususu hatırlamadığını söylese önceki ifadesini içeren tutanağın ilgili kısmı okunarak hatırlamasına yardım edilir.

(2) Tanığın duruşmadaki ifadesiyle önceki ifadesi arasında çelişki bulunduğu, evvelce alınmış ifadesi okunarak çelişkinin giderilmesine çalışılır.

Madde 213. Sanığın önceki ifadesinin okunması

(1) Aralarında çelişki bulunması halinde; sanığın, hâkim veya mahkeme huzurunda yaptığı açıklamalar ile

geisteskrank geworden oder sein Aufenthaltsort nicht zu ermitteln,

- b) ist das Erscheinen des Zeugen oder Mitbeteiligten des Angeklagten in der Hauptverhandlung für eine unbestimmte Zeit wegen Krankheit, Gebrechlichkeit oder eines anderen nicht zu beseitigenden Grundes unmöglich,
- c) wird das Erscheinen des Zeugen in der Hauptverhandlung entsprechend der Bedeutung seiner Aussagen für nicht erforderlich erachtet,

so kann die Anhörung dieser Personen durch die Verlesung der Protokolle über ihre frühere Anhörung sowie der Schriftstücke, die von ihnen selbst verfasst wurden, ersetzt werden.

(2) Der Staatsanwalt, der Nebenkläger oder sein Vertreter, der Angeklagte oder sein Verteidiger können sich mit der Verlesung von weiteren als den im ersten Absatz genannten Protokollen einverstanden erklären.

§ 212. Verlesung früherer Aussagen des Zeugen

(1) Erklärt der Zeuge, dass er sich an eine Sache nicht mehr erinnere, so wird der entsprechende Teil des Protokolls über seine früheren Aussagen zur Unterstützung seines Gedächtnisses verlesen.

(2) Liegt ein Widerspruch zwischen der Aussage des Zeugen in der Hauptverhandlung und seiner vorherigen Aussage vor, so wird die Beseitigung des Widerspruchs angestrebt, indem seine früher aufgenommene Aussage verlesen wird.

§ 213. Verlesung früherer Aussagen des Angeklagten

(1) Die Protokolle über Aussagen, die der Angeklagte in Gegenwart eines Richters oder Gerichts gemacht hat, die

Cumhuriyet savcısı tarafından alınan veya müdafinin hazır bulunduğu kolluk ifadesine ilişkin tutanaklar duruşmada okunabilir.

Madde 214. Rapor, belge ve diğer yazıların okunması

(1) Bir açıklamayı ve görüşü içeren resmî belge ve diğer yazılar ve fennî muayene ve doktor raporlarının okunmasından sonra gerekli görülürse belge ve diğer yazılar veya raporda imzası bulunanlar, açıklamada bulunmak üzere duruşmaya çağrılabilirler.

(2) Açıklama ve görüş veya rapor bir kurul tarafından verilmişse mahkeme, kurulun görüşünü açıklamak üzere görevi, üyelerden birine vermeyi kurula önerebilir.

(3) Bilimsel görüşlere ilişkin açıklama, bu Kanunun 68 inci madde hükümlerine göre yapılır.

Madde 215. Dinleme ve okumadan sonra diyeceğin sorulması

(1) Suç ortağının, tanığın veya bilirkişinin dinlenmesinden ve herhangi bir belgenin okunmasından sonra bunlara karşı bir diyecekleri olup olmadığı katılana veya vekiline, Cumhuriyet savcısına, sanığa ve müdafisine sorulur.

Madde 216. Delillerin tartışılması

(1) Ortaya konulan delillerle ilgili tartışmada söz, sırasıyla katılana veya vekiline, Cumhuriyet savcısına, sanığa

durch eine staatsanwaltliche oder polizeiliche Befragung in Anwesenheit eines Verteidigers erlangt wurden, dürfen in der Hauptverhandlung verlesen werden, wenn sie widersprüchlich sind.

§ 214. Verlesung von Gutachten, Urkunden und anderen Niederschriften

(1) Werden eine offizielle Urkunde, die eine Erklärung oder ein Gutachten enthält, oder sonstige Niederschriften, forensische Untersuchungsberichte oder ärztliche Atteste verlesen, so können danach diejenigen, die die Urkunde, die sonstigen Niederschriften oder den Bericht unterschrieben haben, für weitere Erklärungen zur Hauptverhandlung geladen werden, wenn dies für erforderlich erachtet wird.

(2) Ist die Erklärung, das Gutachten oder der Bericht von einem Kollegium abgegeben worden, so kann das Gericht diesem vorschlagen, eines seiner Mitglieder mit der Darlegung des Gutachtens des Kollegiums zu beauftragen.

(3) Die Darlegung eines wissenschaftlichen Gutachtens erfolgt entsprechend den Bestimmungen in § 68 dieses Gesetzes.

§ 215. Befragung nach der Anhörung und Verlesung

(1) Nach der Anhörung eines Mittäters, Zeugen oder Sachverständigen und der Verlesung jedweder Urkunde werden der Nebenkläger oder sein Vertreter, der Staatsanwalt, der Angeklagte oder sein Verteidiger befragt, ob sie dazu etwas zu sagen haben.

§ 216. Erörterung der Beweise

(1) Bei der Erörterung der erhobenen Beweise erhalten der Reihe nach der Nebenkläger oder sein Vertreter, der

ve müdafine veya kanunî temsilcisine verilir.

(2) Cumhuriyet savcısı, katılan veya vekili, sanığın, müdafinin veya kanunî temsilcisinin açıklamalarına; sanık ve müdafii ya da kanunî temsilcisi de Cumhuriyet savcısının ve katılanın veya vekilinin açıklamalarına cevap verebilir.

(3) Hükümden önce son söz, hazır bulunan sanığa verilir.

Madde 217. Delilleri takdir yetkisi

(1) Hâkim, kararını ancak duruşmaya getirilmiş ve huzurunda tartışılmış delillere dayandırabilir. Bu deliller hâkimin vicdanî kanaatiyle serbestçe takdir edilir.

(2) Yüklenen suç, hukuka uygun bir şekilde elde edilmiş her türlü delille ispat edilebilir.

Madde 218. Ceza mahkemelerinin ek yetkisi

(1) Yüklenen suçun ispatı, ceza mahkemelerinden başka bir mahkemenin görev alanına giren bir sorunun çözümüne bağlı ise; ceza mahkemesi bu sorunla ilgili olarak da bu Kanun hükümlerine göre karar verebilir. Ancak, bu sorunla ilgili olarak görevli mahkemede dava açılması veya açılmış davanın sonuçlanması ile ilgili olarak bekle-tici sorun kararı verebilir.

(2) Kovuşturma evresinde mağdur veya sanığın yaşının ceza hükümleri

Staatsanwalt, der Angeklagte und sein Verteidiger oder sein gesetzlicher Vertreter das Wort.

(2) Der Staatsanwalt, der Nebenkläger oder sein Vertreter kann auf die Erklärungen des Angeklagten, des Verteidigers oder seines gesetzlichen Vertreters antworten, ebenfalls kann der Angeklagte oder der Verteidiger oder sein gesetzlicher Vertreter auf die Erklärungen des Staatsanwalts, des Nebenklägers oder seines Vertreters antworten.

(3) Vor dem Urteil erhält der anwesende Angeklagte das letzte Wort.

§ 217. Befugnis zur Beweiswürdigung

(1) Der Richter darf seine Entscheidung nur auf Beweise stützen, die in die Hauptverhandlung eingebracht und in seiner Gegenwart erörtert worden sind. Diese Beweise werden nach der gewissenhaften Überzeugung des Richters frei gewürdigt.

(2) Die angelastete Straftat kann durch jede Art von Beweis nachgewiesen werden, der rechtmäßig erlangt worden ist.

§ 218. Zusatzbefugnis von Strafgerichten

(1) Hängt der Nachweis der zur Last gelegten Straftat von der Klärung einer Frage ab, die nicht in den Zuständigkeitsbereich eines Strafgerichts, sondern in den eines anderen Gerichts fällt, so kann das Strafgericht diese Frage gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes entscheiden. Gleichwohl kann es beschließen, die Erhebung einer Klage wegen dieser Frage bei dem zuständigen Gericht oder den Ausgang eines bereits eröffneten Verfahrens abzuwarten.

(2) Stellt sich im Hauptverfahren die Frage nach der Feststellung des Alters

bakımından tespitiyle ilgili bir sorunla karşılaşılması halinde; mahkeme, ilgili kanunda belirlenen usule göre bu sorunu çözerek hükmünü verir.

Beşinci Bölüm Duruşma Tutanağı

Madde 219. Duruşma tutanağı

(1) Duruşma için tutanak tutulur. Tutanak, mahkeme başkanı veya hâkim ile zabıt kâtibi tarafından imzalanır. Duruşmada yapılan işlemlerin teknik araçlarla kayda alınması halinde, bu kayıtlar vakit geçirilmeksizin yazılı tutanağa dönüştürülerek mahkeme başkanı veya hâkim ile zabıt kâtibi tarafından imzalanır.

(2) Mahkeme başkanının mazereti bulunursa tutanak, üyelerin en kıdemlisi tarafından imzalanır.

Madde 220. Duruşma tutanağının başlığı

(1) Duruşma tutanağının başlığında;

- a) Duruşmanın yapıldığı mahkemenin adı,
- b) Oturum tarihleri,
- c) Hâkimin, Cumhuriyet savcısının ve zabıt kâtabinin adı ve soyadı,

Belirtilir.

des Verletzten oder des Angeklagten in Verbindung mit strafrechtlichen Vorschriften, so verfährt das Gericht bei dieser Frage in der Weise, die in dem betreffenden Gesetz bestimmt ist, und legt dies seinem Urteil zugrunde.

Fünfter Abschnitt Hauptverhandlungsprotokoll

§ 219. Hauptverhandlungsprotokoll

(1) Über die Hauptverhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen. Das Protokoll wird von dem Vorsitzenden des Gerichts oder dem Richter sowie dem Urkundsbeamten unterschrieben. Werden die in der Hauptverhandlung vorgenommenen Handlungen durch technische Geräte aufgenommen, so werden diese Aufzeichnungen ohne zeitliche Verzögerung in das schriftliche Protokoll übertragen und von dem Vorsitzenden des Gerichts oder dem Richter sowie dem Urkundsbeamten unterschrieben.

(2) Ist der Vorsitzende des Gerichts verhindert, so wird das Protokoll von dem Ranghöchsten unter den Richtern unterschrieben.

§ 220. Rubrum des Hauptverhandlungsprotokolls

(1) Das Rubrum des Hauptverhandlungsprotokolls führt an

- a) den Namen des die Hauptverhandlung führenden Gerichts,
- b) die Verhandlungstage,
- c) die Vor- und Nachnamen des Richters, des Staatsanwalts und des Urkundsbeamten.

Madde 221. Duruşma tutanağının içeriği

- (1) Duruşma tutanağında;
- a) Oturumlara katılan sanığın, müdafinin, katılanın, vekilinin, kanunî temsilcisinin, bilirkişinin, tercümanın, teknik danışmanın adı ve soyadı,
 - b) Duruşmanın seyrini ve sonuçlarını yansıtan ve yargılama usulünün bütün temel kurallarına uyulduğunu gösteren unsurlar,
 - c) Sanık açıklamaları,
 - d) Tanık ifadeleri,
 - e) Bilirkişi ve teknik danışman açıklamaları,
 - f) Okunan veya okunmasından vazgeçilen belge ve yazılar,
 - g) İstemler, reddi halinde gerekçesi,
 - h) Verilen kararlar,
 - i) Hüküm,
- Yer alır.

Madde 222. Duruşma tutanağının ispat gücü

(1) Duruşmanın nasıl yapıldığı, kanunda belirtilen usul ve esaslara uygun olarak yapılıp yapılmadığı, ancak tutanakla ispat olunabilir. Tutanağa karşı yalnız sahtecilik iddiası yöneltilebilir.

§ 221. Inhalt des Hauptverhandlungsprotokolls

- (1) Das Hauptverhandlungsprotokoll enthält
- a) die Vor- und Nachnamen des an den Verhandlungen teilnehmenden Angeklagten, seines Verteidigers, des Nebenklägers, seines Vertreters, seines gesetzlichen Vertreters, des Sachverständigen, des Dolmetschers und des technischen Beraters,
 - b) die Bestandteile der Hauptverhandlung, die ihren Gang und ihre Ergebnisse wiedergeben und die Einhaltung aller grundlegenden Regeln des Verfahrensrechts ersichtlich machen,
 - c) die Aussagen des Angeklagten,
 - d) die Zeugenaussagen,
 - e) die Aussagen des Sachverständigen und des technischen Beraters,
 - f) die verlesenen Urkunden und Niederschriften bzw. diejenigen, von deren Verlesung abgesehen wurde,
 - g) die Anträge, im Falle ihrer Ablehnung die Begründung dafür,
 - h) die ergangenen Entscheidungen,
 - i) die Urteilsformel.

§ 222. Beweiskraft des Hauptverhandlungsprotokolls

(1) Es kann nur durch das Protokoll bewiesen werden, wie die Hauptverhandlung durchgeführt wurde, und ob sie im Einklang mit der Ordnung und den Grundsätzen des Gesetzes durchgeführt wurde. Gegen das Protokoll darf nur der Einwand der Fälschung geltend gemacht werden.

İkinci Kısım

Kamu Davasının Sona Ermesi

Birinci Bölüm

Duruşmanın Sona Ermesi ve Hüküm

Madde 223. Duruşmanın sona ermesi ve hüküm

(1) Duruşmanın sona erdiği açıklandıktan sonra hüküm verilir. Beraat, ceza verilmesine yer olmadığı, mahkûmiyet, güvenlik tedbirine hükmedilmesi, davanın reddi ve düşmesi kararı, hükümdür.

(2) Beraat kararı;

- a) Yüklenen fiilin kanunda suç olarak tanımlanmamış olması,
- b) Yüklenen suçun sanık tarafından işlenmediğinin sabit olması,
- c) Yüklenen suç açısından failin kast veya taksirinin bulunmaması,
- d) Yüklenen suçun sanık tarafından işlenmesine rağmen, olayda bir hukuka uygunluk nedeninin bulunması,
- e) Yüklenen suçun sanık tarafından işlendiğinin sabit olmaması,

Hallerinde verilir.

(3) Sanık hakkında;

- a) Yüklenen suçla bağlantılı olarak yaş küçüklüğü, akıl hastalığı veya sağır ve dilsizlik hali ya da geçici nedenlerin bulunması,
- b) (Değişik: 25/5/2005 – 5353/30 md.)

Zweiter Teil

Abschluss der öffentlichen Klage

Erster Abschnitt

Abschluss der Hauptverhandlung und Urteil

§ 223. Abschluss der Hauptverhandlung und Urteil

(1) Nachdem die Hauptverhandlung für beendet erklärt wurde, ergeht das Urteil. Urteile sind Freispruch, Absehen von Strafe, Verurteilung, Verhängung einer Sicherungsmaßregel, Verwerfung oder Fallenlassen der Anklage.

(2) Auf Freispruch wird erkannt, wenn

- a) die zur Last gelegte Tat im Gesetz nicht als Straftat definiert ist,
- b) feststeht, dass die zur Last gelegte Straftat vom Angeklagten nicht begangen wurde,
- c) kein Vorsatz oder keine Fahrlässigkeit des Täters bezüglich der zur Last gelegten Straftat vorliegt,
- d) im konkreten Fall ein Rechtfertigungsgrund vorliegt, auch wenn die zur Last gelegte Straftat vom Angeklagten begangen wurde,
- e) nicht feststeht, dass die zur Last gelegte Straftat vom Angeklagten begangen wurde.

(3) Wegen mangelnder Schuld wird von Strafe gegen den Angeklagten abgesehen, wenn

- a) in Verbindung mit der zur Last gelegten Straftat Minderjährigkeit, Geisteskrankheit oder Taubstummheit oder vorübergehende Gründe vorliegen,
- b) (Geändert durch § 30 Ges. Nr. 5353

Yüklenen suçun hukuka aykırı fakat bağlayıcı emrin yerine getirilmesi suretiyle veya zorunluluk hali ya da cebir veya tehdit etkisiyle işlenmesi,

c) Meşru savunmada sınırın heyecan, korku ve telaş nedeniyle aşılması,

d) Kusurluluğu ortadan kaldıran hataya düşülmesi,

Hallerinde, kusurunun bulunmaması dolayısıyla ceza verilmesine yer olmadığı kararı verilir.

(4) İşlenen fiilin suç olma özelliğini devam ettirmesine rağmen;

a) Etkin pişmanlık,

b) Şahsî cezasızlık sebebinin varlığı,

c) Karşılıklı hakaret,

d) İşlenen fiilin haksızlık içeriğinin azlığı,

Dolayısıyla, faile ceza verilmemesi hallerinde, ceza verilmesine yer olmadığı kararı verilir.

(5) Yüklenen suç işlediğinin sabit olması halinde, sanık hakkında mahkûmiyet kararı verilir.

(6) Yüklenen suç işlediğinin sabit olması halinde, belli bir cezaya mahkûmiyet yerine veya mahkûmiyetin yanı sıra güvenlik tedbirine hükümlenir.

(7) Aynı fiil nedeniyle, aynı sanık için önceden verilmiş bir hüküm veya açılmış bir dava varsa davanın reddine karar verilir.

(8) Türk Ceza Kanununda öngörülen düşme sebeplerinin varlığı ya da soruşturma veya kovuşturma şartının ger-

v. 25.5.2005) die zur Last gelegte Straftat aufgrund einer rechtswidrigen, jedoch verbindlichen Anweisung, im Notstand oder unter Einwirkung von Gewalt oder Drohung begangen wurde,

c) bei Notwehr die Grenze aus Aufregung, Furcht oder Verwirrung überschritten wurde,

d) ein schuldausschließender Irrtum vorliegt.

(4) Ist gegen den Täter wegen

a) tätiger Reue,

b) Vorliegens eines persönlichen Strafausschließungsgrunds,

c) gegenseitiger Beleidigung,

d) geringen Unrechtsgehalts der begangenen Straftat,

keine Strafe zu verhängen, obwohl die begangene Tat die Eigenschaften einer Straftat weiterhin erfüllt, so wird von Strafe abgesehen.

(5) Steht die Begehung der zur Last gelegten Straftat fest, so wird der Angeklagte verurteilt.

(6) Steht die Begehung der zur Last gelegten Straftat fest, wird anstatt der Verurteilung zu einer bestimmten Strafe oder zusätzlich zu der Verurteilung eine Sicherungsmaßregel verhängt.

(7) Liegt wegen derselben Tat gegen den Angeklagten bereits ein Urteil oder eine Anklage vor, so wird die Anklage verworfen.

(8) Die Anklage ist fallen zu lassen, wenn die im Türkischen Strafgesetzbuch genannten Gründe für ein Fallenlassen

çekleşmeyeceğinin anlaşılması hallerinde, davanın düşmesine karar verilir. Ancak, soruşturmanın veya kovuşturmanın yapılması şarta bağlı tutulmuş olup da şartın henüz gerçekleşmediği anlaşılırsa; gerçekleşmesini beklemek üzere, durma kararı verilir. Bu karara itiraz edilebilir.

(9) Derhâl beraat kararı verilebilecek hâllerde durma, düşme veya ceza verilmesine yer olmadığı kararı verilemez.

(10) Adli yargı dışındaki bir yargı merciine yönelik görevsizlik kararı kanun yolu bakımından hüküm sayılır.

Madde 224. Karar ve hükümlerde gerekli oy sayısı

(1) Mahkemece karar ve hükümler oybirliği veya oyçokluğuyla verilir.

(2) Karşı oya tutanakta yer verilir; gerekçesi de tutanakta gösterilir.

Madde 225. Hükümün konusu ve suç değerlendirilmede mahkemenin yetkisi

(1) Hüküm, ancak iddianamede unsurları gösterilen suça ilişkin fiil ve faili hakkında verilir.

(2) Mahkeme, fiilin nitelendirilmesinde iddia ve savunmalarla bağlı değildir.

vorliegen oder sich erkennen lässt, dass Voraussetzungen des Ermittlungs- oder Hauptverfahrens nicht erfüllt werden. Ist die Einleitung des Ermittlungs- oder Hauptverfahrens an eine Voraussetzung gebunden, die offenkundig noch nicht eingetreten ist, so wird das Verfahren vorläufig eingestellt, bis die Voraussetzung eintritt. Gegen diesen Beschluss kann Beschwerde eingelegt werden.

(9) In Fällen, in denen ohne Weiteres ein Freispruch ergehen kann, darf nicht auf eine vorläufige Einstellung, das Falllassen oder Absehen von Strafe entschieden werden.

(10) Die sachliche Unzuständigkeitsentscheidung zugunsten einer Justizinstanz außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit gilt im Hinblick auf ein Rechtsmittelverfahren als Urteil.

§ 224. Erforderliche Stimmenanzahl bei Entscheidungen und Urteilen

(1) Beschlüsse und Urteile werden durch das Gericht einstimmig oder mehrheitlich gefällt.

(2) Eine abweichende Meinung ist in das Protokoll aufzunehmen; auch ihre Begründung ist im Protokoll anzugeben.

§ 225. Gegenstand des Urteils und Befugnis des Gerichts zur Beurteilung der Tat

(1) Das Urteil ergeht nur hinsichtlich der Tat, deren Merkmale in der Anklageschrift bezeichnet sind, und deren Täter.

(2) Das Gericht ist bei der Beurteilung der Tat nicht an die Vorträge der Anklage und der Verteidigung gebunden.

İkinci Bölüm Suç Niteliğinde Değişiklik

Madde 226. Suçun niteliğinin değişmesi

(1) Sanık, suçun hukukî niteliğinin değişmesinden önce haber verilip de savunmasını yapabilecek bir hâlde bulundurulmadıkça, iddianamede kanunî unsurları gösterilen suçun değiştiği kanun hükmünden başkasıyla mahkûm edilemez.

(2) Cezanın artırılmasını veya cezaya ek olarak güvenlik tedbirlerinin uygulanmasını gerektirecek hâller, ilk defa duruşma sırasında ortaya çıktığında aynı hüküm uygulanır.

(3) Ek savunma verilmesini gerektiren hâllerde istem üzerine sanığa ek savunmasını hazırlaması için süre verilir.

(4) Yukarıdaki fıkralarda yazılı bildirimler, varsa müdafie yapılır. Müdafii sanığa tanınan haklardan onun gibi yararlanır.

Üçüncü Bölüm Karar ve Hüküm

Madde 227. Müzakereye katılacak hâkimler

(1) Müzakerede ancak karara ve hükme katılacak hâkimler bulunur.

(2) Mahkeme başkanı, mahkemesinde staj yapmakta olan hâkim ve avukat adaylarının müzakere sırasında hazır

Zweiter Abschnitt Änderung der Bezeichnung der Tat

§ 226. Änderung der Bezeichnung der Tat

(1) Der Angeklagte darf wegen einer anderen als der in der Anklageschrift mit den gesetzlichen Tatbestandsmerkmalen erwähnten Straftat nicht verurteilt werden, ohne dass der Angeklagte zuvor auf die Veränderung der rechtlichen Bezeichnung der Straftat hingewiesen und ihm Gelegenheit zur Verteidigung gegeben wird.

(2) Ebenso ist nach dieser Vorschrift zu verfahren, wenn sich erst in der Hauptverhandlung Umstände ergeben, die die Erhöhung der Strafe oder zusätzlich die Verhängung einer Sicherungsmaßregel erfordern.

(3) Liegen Umstände vor, die eine Ergänzung der Verteidigung erfordern, so wird dem Angeklagten auf seinen Antrag hin eine Frist zur Vorbereitung seiner ergänzenden Verteidigung eingeräumt.

(4) Die in den obigen Absätzen genannten Hinweise werden gegebenenfalls dem Verteidiger erteilt. Der Verteidiger hat die dem Angeklagten zustehenden Rechte in gleicher Weise.

Dritter Abschnitt Beschluss und Urteil

§ 227. An der Beratung mitwirkende Richter

(1) Bei der Beratung dürfen nur Richter zugegen sein, die an einem Beschluss oder Urteil mitwirken werden.

(2) Der Vorsitzende des Gerichtes kann die Anwesenheit von Richter- oder Rechtsanwaltsanwärtern, die an seinem

bulunmalarına izin verebilir.

Madde 228. Müzakerenin yönetimi

(1) Müzakereyi mahkeme başkanı yönetir.

Madde 229. Oyların toplanması

(1) Mahkeme başkanı, kıdemsiz üyelerden başlayarak oyları ayrı ayrı toplar ve en sonra kendi oyunu verir.

(2) Mahkeme başkan ve üyelerinden hiçbiri herhangi bir konu veya sorun üzerinde azınlıkta kaldığını ileri sürerek oylamaya katılmaktan çekinemez.

(3) Oylar dağılırsa sanığın en çok aleyhine olan oy, çoğunluk meydana gelinceye kadar kendisine daha yakın olan oya eklenir.

Madde 230. Hükmün gerekçesinde gösterilmesi gereken hususlar

(1) Mahkûmiyet hükmünün gerekçesinde aşağıdaki hususlar gösterilir:

- a) İddia ve savunmada ileri sürülen görüşler.
- b) Delillerin tartışılması ve değerlendirilmesi, hükmü esas alınan ve reddedilen delillerin belirtilmesi; bu kapsamda dosya içerisinde bulunan ve hukuka aykırı yöntemlerle elde edilen delillerin ayrıca ve açıkça gösterilmesi.
- c) Ulaşılan kanaat, sanığın suç oluşturduğu sabit görülen fiili ve bunun nitelendirilmesi; bu hususta ileri sürülen istemleri de dikkate alarak, Türk Ceza Kanununun 61 ve 62 nci mad-

dericht ihre Ausbildung machen, bei der Beratung gestatten.

§ 228. Leitung der Beratung

(1) Der Vorsitzende des Gerichts leitet die Beratung.

§ 229. Sammlung von Stimmen

(1) Beginnend mit dem ranglosen Richter sammelt der Vorsitzende des Gerichts die Stimmen einzeln ein und gibt seine eigene Stimme als Letzter ab.

(2) Kein Vorsitzender eines Gerichts oder beisitzender Richter darf die Mitwirkung an der Abstimmung mit der Begründung verweigern, dass er im Hinblick auf einen Sachverhalt oder eine Frage in der Minderheit geblieben sei.

(3) Gibt es keine Stimmenmehrheit, so wird die für den Angeklagten nachteiligste Stimme der dieser am nächsten kommenden Stimme hinzugerechnet, bis sich eine Mehrheit ergibt.

§ 230. In den Urteilsgründen aufzuführende Punkte

(1) Bei einer Verurteilung sind folgende Punkte in den Urteilsgründen aufzuführen:

- a) die Vorträge der Anklage und der Verteidigung,
- b) die Erörterung und Verwertung der Beweise, die Angabe der dem Urteil zugrundeliegenden und abgelehnten Beweise; in diesem Zusammenhang sind die in den Akten enthaltenen und durch rechtswidrige Methoden erlangten Beweise gesondert und ausdrücklich anzugeben,
- c) die erlangte Überzeugung, die Tat des Angeklagten, die als Straftat betrachtet wird, und ihre Bezeichnung; die Festlegung der Strafe entsprechend der in §§ 61 und 62 des Türki-

delerinde belirlenen sıra ve esaslara göre cezanın belirlenmesi; yine aynı Kanunun 53 ve devamı maddelerine göre, cezaya mahkûmiyet yerine veya cezanın yanı sıra uygulanacak güvenlik tedbirinin belirlenmesi.

- d) Cezanın ertelenmesine, hapis cezasının adli para cezasına veya tedbirlerden birine çevrilmesine veya ek güvenlik tedbirlerinin uygulanmasına veya bu hususlara ilişkin istemlerin kabul veya reddine ait dayanaklar.

(2) Beraat hükmünün gerekçesinde, 223 üncü maddenin ikinci fıkrasında belirtilen hallerden hangisine dayanıldığıının gösterilmesi gerekir.

(3) Ceza verilmesine yer olmadığına dair kararın gerekçesinde, 223 üncü maddenin üçüncü ve dördüncü fıkralarında belirtilen hallerden hangisine dayanıldığıının gösterilmesi gerekir.

(4) Yukarıdaki fıkralarda belirtilen hükümlerin dışında başka bir karar veya hükmün verilmesi hâlinde bunun nedenleri gerekçede gösterilir.

Madde 231. Hükmün açıklanması ve hükmün açıklanmasının geri bırakılması

(1) Duruşma sonunda, 232 nci maddede belirtilen esaslara göre duruşma tutanağına geçirilen hüküm fıkrası okunarak gerekçesi ana çizgileriyle anlatılır.

(2) Hazır bulunan sanığa ayrıca başvurabileceği kanun yolları, mercii ve

schon Strafgesetzbuchs genannten Abfolge und den dort genannten Grundsätzen unter Berücksichtigung der diesbezüglich gestellten Anträge, sowie die Festlegung der anstelle der Verurteilung zu einer Strafe oder der neben ihr anzuwendenden Sicherungsmaßregel nach § 53 desselben Gesetzes,

- d) die Strafaussetzung, die Umwandlung der Haftstrafe in eine Geldstrafe oder eine der Maßregeln oder die Verhängung ergänzender Sicherungsmaßregeln oder Gründe für die Annahme oder Ablehnung der diese Angelegenheiten betreffenden Anträge.

(2) In den Urteilsgründen eines Freispruchs muss angegeben werden, auf welchen der in § 223 Abs. 2 genannten Fälle sich dieser stützt.

(3) Beim Absehen von Strafe muss in den Urteilsgründen aufgeführt werden, auf welchen der in § 223 Abs. 3 und 4 genannten Fälle sich dieses stützt.

(4) Ergeht ein anderer Beschluss oder ein anderes Urteil als eine der in den obigen Absätzen genannten Entscheidungen, so sind die Gründe hierfür darin aufzuführen.

§ 231. Verkündung des Urteils und Aufschub der Verkündung

(1) Am Schluss der Hauptverhandlung wird die Urteilsformel verlesen, die entsprechend den Maßgaben des § 232 in das Hauptverhandlungsprotokoll aufgenommen worden ist, und es werden die Gründe in ihren wesentlichen Zügen dargelegt.

(2) Der anwesende Angeklagte wird außerdem über die ihm zur Verfügung ste-

süresi bildirilir.

(3) Beraat eden sanığa, tazminat iste-yebileceği bir hâl varsa bu da bildirilir.

(4) Hüküm fıkrası herkes tarafından ayakta dinlenir.

(5) (Ek: 6/12/2006 – 5560/23 md.) Sanığa yüklenen suçtan dolayı yapılan yargılama sonunda hükmolunan ceza, iki yıl veya daha az süreli hapis veya adli para cezası ise; mahkemece, hükmün açıklanmasının geri bırakılmasına karar verilebilir. Uzlaşmaya ilişkin hükümler saklıdır. Hükmün açıklanmasının geri bırakılması, kurulan hükmün sanık hakkında bir hukukî sonuç doğurmasını ifade eder.

(6) (Ek: 6/12/2006 – 5560/23 md.) Hükmün açıklanmasının geri bırakılmasına karar verilebilmesi için;

- a) Sanığın daha önce kasıtlı bir suçtan mahkûm olmamış bulunması,
- b) Mahkemece, sanığın kişilik özellikleri ile duruşmadaki tutum ve davranışları göz önünde bulundurularak yeniden suç işlemeyeceği hususunda kanaate varılması,
- c) Suçun işlenmesiyle mağdurun veya kamunun uğradığı zararın, aynen iade, suçtan önceki hale getirme veya tazmin suretiyle tamamen giderilmesi,

gerekir. (Ek cümle: 22/7/2010 – 6008/7 md.) Sanığın kabul etmemesi hâlinde,

henden Rechtsmittel, Instanzen und Fristen belehrt.

(3) Der freigesprochene Angeklagte wird auch über die Möglichkeit belehrt, Schadenersatz geltend zu machen, wenn ein entsprechender Fall vorliegt.

(4) Die Anhörung der Urteilsformel erfolgt stehend.

(5) (Hinzugefügt durch § 23 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Das Gericht kann beschließen, die Verkündung des Urteils aufzuschieben, wenn die Strafe, zu der der Angeklagte nach dem durchgeführten Strafverfahren wegen der ihm zur Last gelegten Straftat verurteilt wurde, eine Haftstrafe von zwei Jahren oder weniger oder eine Geldstrafe ist. Die Vorschriften über die Einigung bleiben unberührt. Das Aufschieben der Verkündung des Urteils bedeutet, dass das ergangene Urteil für den Angeklagten keine rechtliche Folge nach sich zieht.

(6) (Hinzugefügt durch § 23 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Das Aufschieben der Verkündung des Urteils setzt voraus, dass

- a) der Angeklagte zuvor noch nicht wegen einer vorsätzlichen Straftat verurteilt wurde,
- b) das Gericht nach der Würdigung der Merkmale seiner Persönlichkeit sowie seiner Haltung und seines Verhaltens in der Hauptverhandlung zu der Überzeugung gelangt, dass er keine Straftat mehr begehen wird,
- c) der Schaden, den der Verletzte oder die Allgemeinheit durch die Begehung der Straftat erlitten hat, durch Naturalrestitution, Wiederherstellung des früheren Zustands oder Schadenersatz vollständig beseitigt wird.

(Satz hinzugefügt durch § 7 Ges. Nr. 6008 v. 22.7.2010) Verweigert der An-

hükmün açıklanmasının geri bırakılmasına karar verilmez.

(7) (Ek: 6/12/2006 – 5560/23 md.) Açıklanmasının geri bırakılmasına karar verilen hükümdede, mahkûm olunan hapis cezası ertelenemez ve kısa süreli olması halinde seçenek yaptırımlara çevrilemez.

(8) (Ek: 6/12/2006 – 5560/23 md.) Hükmün açıklanmasının geri bırakılması kararının verilmesi halinde sanık, beş yıl süreyle denetim süresine tâbi tutulur. (Ek cümle: 18/6/2014 – 6545/72 md.) Denetim süresi içinde, kişi hakkında kasıtlı bir suç nedeniyle bir daha hükmün açıklanmasının geri bırakılmasına karar verilemez. Bu süre içinde bir yıldan fazla olmamak üzere mahkemenin belirleyeceği süreyle, sanığın denetimli serbestlik tedbiri olarak;

- a) Bir meslek veya sanat sahibi olması halinde, meslek veya sanat sahibi olmasını sağlamak amacıyla bir eğitim programına devam etmesine,
- b) Bir meslek veya sanat sahibi olması halinde, bir kamu kurumunda veya özel olarak aynı meslek veya sanatı icra eden bir başkasının gözetimi altında ücret karşılığında çalıştırılmasına,
- c) Belli yerlere gitmekten yasaklanmasına, belli yerlere devam etmek hususunda yükümlü kılınmasına ya da takdir edilecek başka yükümlülüğü yerine getirmesine, karar verilebilir. Denetim süresi içinde dava zamansızlığı durur.

(9) (Ek: 6/12/2006 – 5560/23 md.)

geklagte die Zustimmung, so darf die Verkündung des Urteils nicht aufgeschoben werden.

(7) (Hinzugefügt durch § 23 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Die Haftstrafe in dem Urteil, dessen Verkündung aufgeschoben wird, darf nicht zur Bewährung ausgesetzt oder bei Kurzfristigkeit in eine Alternativstrafe umgewandelt werden.

(8) (Hinzugefügt durch § 23 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Bei Aufschub der Verkündung des Urteils wird dem Angeklagten eine Bewährung von fünf Jahren auferlegt (Satz hinzugefügt durch § 72 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014). In der Bewährungszeit kann nicht mehr zugunsten der betreffenden Person beschlossen werden, die Verkündung des Urteils wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat aufzuschieben. In dieser Zeit kann das Gericht für eine von ihm zu bestimmende Dauer, die ein Jahr nicht überschreiten darf, als Bewährungsaufgabe anordnen, dass der Angeklagte,

- a) der keinen Beruf oder kein Gewerbe hat, zum Erlernen eines Berufs oder Gewerbes an einem Erziehungsprogramm teilnimmt,
- b) der einen Beruf oder ein Gewerbe ausübt, in einer öffentlichen Einrichtung oder privat unter Aufsicht eines anderen, der demselben Beruf oder Gewerbe nachgeht, entgeltlich arbeitet,
- c) bestimmte Orte nicht betreten darf, dass er verpflichtet wird, bestimmte Orte weiterhin zu besuchen oder eine andere zu bestimmende Pflicht erfüllt. Während der Bewährungszeit ruht die Verfolgungsverjährung.

(9) (Hinzugefügt durch § 23 Ges. Nr.

Altıncı fıkranın (c) bendinde belirtilen koşulu derhal yerine getiremediği takdirde; sanık hakkında mağdura veya kamuya verdiği zararı denetim süresince aylık taksitler halinde ödemek suretiyle tamamen gidermesi koşuluyla da hükmün açıklanmasının geri bırakılması kararı verilebilir.

(10) (Ek: 6/12/2006 – 5560/23 md.) Denetim süresi içinde kasten yeni bir suç işlenmediği ve denetimli serbestlik tedbirine ilişkin yükümlülüklere uygun davranıldığı takdirde, açıklanması geri bırakılan hüküm ortadan kaldırılarak, davanın düşmesi kararı verilir.

(11) (Ek: 6/12/2006 – 5560/23 md.) Denetim süresi içinde kasten yeni bir suç işlemesi veya denetimli serbestlik tedbirine ilişkin yükümlülüklere aykırı davranması halinde, mahkeme hükmü açıklar. Ancak mahkeme, kendisine yüklenen yükümlülükleri yerine getiremeyen sanığın durumunu değerlendirerek; cezanın yarısına kadar belirleyeceği bir kısmının infaz edilmemesine ya da koşullarının varlığı halinde hükümdeki hapis cezasının ertelenmesine veya seçenek yaptırımlara çevrilmesine karar vererek yeni bir mahkûmiyet hükmü kurabilir.

(12) (Ek: 6/12/2006 – 5560/23 md.) Hükümün açıklanmasının geri bırakılması kararına itiraz edilebilir.

(13) (Ek: 6/12/2006 – 5560/23 md.) Hükümün açıklanmasının geri bırakılması kararı, bunlara mahsus bir sisteme kaydedilir. Bu kayıtlar, ancak bir soruşturma veya kovuşturmayla bağlantılı olarak Cumhuriyet savcısı, hâkim

5560 v. 6.12.2006) Kann er die in Abs. 6 lit. (c) genannte Auflage nicht sofort erfüllen, so kann die Verkündung des Urteils dennoch unter der Bedingung aufgeschoben werden, dass der Angeklagte den Schaden, den er dem Verletzten oder der Allgemeinheit zugefügt hat, in der Bewährungszeit durch Zahlung monatlicher Raten vollständig ersetzt.

(10) (Hinzugefügt durch § 23 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Wurde in der Bewährungszeit keine neue vorsätzliche Straftat begangen und wurden die Bewährungsauflagen eingehalten, so wird das Urteil, dessen Verkündung aufgeschoben wurde, aufgehoben und die Anklage fallen gelassen.

(11) (Hinzugefügt durch § 23 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Wird in der Bewährungszeit eine neue vorsätzliche Straftat begangen oder gegen die Bewährungsauflagen verstoßen, so verkündet das Gericht das Urteil. Allerdings kann das Gericht bei der Beurteilung der Lage des Angeklagten, der die gegen ihn verhängten Auflagen nicht erfüllen kann, eine neue Verurteilung aussprechen, indem es beschließt, anteilig bis zur Hälfte der Strafe nicht zu vollstrecken oder die im Urteil enthaltene Haftstrafe bei Vorliegen der Voraussetzungen zur Bewährung auszusetzen oder in alternative Sanktionen umzuwandeln.

(12) (Hinzugefügt durch § 23 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Gegen den Aufschub der Verkündung des Urteils kann Beschwerde eingelegt werden.

(13) (Hinzugefügt durch § 23 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Der Beschluss über das Aufschieben der Verkündung eines Urteils wird in einem dafür vorgesehenen System eingetragen. Diese Eintragungen dürfen nur in Verbindung mit

veya mahkeme tarafından istenmesi halinde, bu maddede belirtilen amaç için kullanılabilir.

(14) (Değişik: 23/1/2008 – 5728/562 md.) Bu maddenin hükmün açıklanmasının geri bırakılmasına ilişkin hükümleri, Anayasanın 174 üncü maddesinde koruma altına alınan inkılâp kanunlarında yer alan suçlarla ilgili olarak uygulanmaz.

Madde 232. Hükmün gerekçesi ve hüküm fıkrasının içereceği hususlar

(1) Hükmün başına, “Türk Milleti adına” verildiği yazılır.

(2) Hükmün başında;

- a) Hükmü veren mahkemenin adı,
- b) Hükmü veren mahkeme başkanının ve üyelerinin veya hâkimin, Cumhuriyet savcısının ve zabıt kâtibinin, katılanın, mağdurun, vekilinin, kanunî temsilcisinin ve müdafinin adı ve soyadı ile sanığın açık kimliği,
- c) Beraat kararı dışında, suçun işlendiği yer, tarih ve zaman dilimi,
- d) Sanığın gözaltında veya tutuklu kaldığı tarih ve süre ile halen tutuklu olup olmadığı,

Yazılır.

(3) Hükmün gerekçesi ve varsa karşı oy gerekçesi, tümüyle tutanağa geçirilmemişse açıklanmasından itibaren en geç onbeş gün içinde dava dosyasına

bir Ermittlungs- oder Hauptverfahren auf Antrag des Staatsanwalts, des Richters oder des Gerichts zu den in diesem Paragraphen genannten Zwecken verwendet werden.

(14) (Geändert durch § 562 Ges. Nr. 5728 v. 23.1.2008) Die Bestimmungen dieses Paragraphen über die Maßgaben des Aufschiebens der Verkündung des Urteils dürfen nicht auf die Straftaten angewendet werden, die in den durch Art. 174 Abs. 3 der Verfassung geschützten Revolutionsgesetzen enthalten sind.

§ 232. Urteilsgründe und Inhalte der Urteilsformel

(1) Das Rubrum trägt die Überschrift, dass das Urteil „im Namen der Türkischen Nation“ gefällt wird.

(2) Im Rubrum wird festgehalten:

- a) der Name des urteilenden Gerichts,
- b) Vor- und Nachname des Vorsitzenden des urteilenden Gerichts und seiner beisitzenden Richter oder des Richters, des Staatsanwalts und des Urkundsbeamten, des Nebenklägers, des Verletzten, seines Vertreters, seines gesetzlichen Vertreters und des Verteidigers sowie die genauen Personalien des Angeklagten,
- c) abgesehen von einem Freispruch Ort der Begehung, Datum und Zeitraum der Straftat,
- d) der Zeitraum, in dem sich der Angeklagte in Gewahrsam oder Untersuchungshaft befand, sowie Dauer und Stand der Untersuchungshaft.

(3) Ist das Urteil mit den Gründen und, wenn vorhanden, mit den Gegenvoten nicht bereits vollständig ins Protokoll aufgenommen worden, so ist es spätes-

konulur.

(4) Karar ve hükümler bunlara katılan hâkimler tarafından imzalanır.

(5) (Değişik: 24/11/2016 – 6763/31 md.) Hüküm sonucu tefhim edildikten sonra gerekçeli karar imzalanmadan hâkim ölür veya herhangi bir sebeple kararı imzalayamayacak hâle düşerse, yeni hâkim, tefhim edilen hükme uygun olarak gerekçeli kararı bizzat yazarak imzalar. Toplu mahkemelerde böyle bir durumun gerçekleşmesi hâlinde, hüküm diğer hâkimler tarafından imzalanır ve başkan veya kıdemli hâkim tarafından, hükmün altına diğer hâkimin imza edememesinin sebebi yazılarak imza olunur.

(6) Hüküm fıkrasında, 223 üncü maddeye göre verilen kararın ne olduğunun, uygulanan kanun maddelerinin, verilen ceza miktarının, kanun yollarına başvurma ve tazminat isteme olanağının bulunup bulunmadığının, başvuru olanağı varsa süresi ve merciinin tereddüde yer vermeyecek şekilde açıkça gösterilmesi gerekir.

(7) Hükümlerin nüshaları ve özetleri mahkeme başkanı veya hâkim ile zabıt kâtibi tarafından imzalanır ve mühürlenir.

tens 15 Tage nach seiner Verkündung zu den Akten zu geben.

(4) Beschlüsse und Urteile sind durch die daran mitwirkenden Richter zu unterschreiben.

(5) (Geändert durch § 31 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Ist nach der Verkündung des Urteils der Richter gestorben oder aus irgendeinem Grund nicht mehr in der Lage, das Urteil zu unterzeichnen, so fasst der neue Richter die Entscheidungsgründe entsprechend dem verkündeten Urteil selbst ab und unterzeichnet es. Kommt ein solcher Fall bei Kollegialgerichten vor, so wird das Urteil von den anderen Richtern unterzeichnet und das wird von dem Vorsitzenden des Gerichts oder dem ranghöchsten Richter der Grund für die ausgebliebene Unterschrift des anderen Richters unter dem Urteil vermerkt und unterzeichnet.

(6) In der Urteilsformel ist in zweifelsfreier und klarer Weise anzugeben, welche Entscheidung im Sinne des § 223 gefällt wurde, welche Gesetzesvorschriften angewendet wurden, welches Strafmaß festgelegt wurde, ob es die Möglichkeit gibt, Rechtsmittel einzulegen oder Schadenersatz geltend zu machen und gegebenenfalls die Fristen und Instanzen dafür.

(7) Die Ausfertigungen und Auszüge des Urteils sind von dem Vorsitzenden des Gerichts oder dem Richter sowie dem Urkundsbeamten zu unterschreiben und zu siegeln.

DÖRDÜNCÜ KİTAP
Mağdur, Şikâyetçi,
Malen Sorumlu,
Katılan

Birinci Kısım
Suçun Mağduru ile Şikâyetçi-
nin Hakları

Madde 233. Suçun mağduru ile
şikâyetçinin çağırılması

(1) Mağdur ile şikâyetçi, Cumhuriyet savcısı veya mahkeme başkanı veya hâkim tarafından çağrı kâğıdı ile çağırılıp dinlenir.

(2) Bu hususta yapılacak çağrı bakımından tanıklara ilişkin hükümler uygulanır.

Madde 234. Mağdur ile şikâyetçinin hakları

(1) Mağdur ile şikâyetçinin hakları şunlardır:

a) Soruşturma evresinde;

1. Delillerin toplanmasını isteme,

2. Soruşturmanın gizlilik ve amacını bozmamak koşuluyla Cumhuriyet savcısından belge örneği isteme,

3. (Değişik: 24/7/2008 – 5793/40 md.) Vekili bulunmaması halinde, cinsel saldırı suçu ile alt sınırı beş yıldan fazla hapis cezasını gerektiren suçlarda, baro tarafından kendisine avukat görevlendirilmesini isteme,

4. 153 üncü maddeye uygun olmak

VIERTES BUCH
Verletzter, Strafantragstel-
ler, mit seinem Vermögen
Haftender, Nebenkläger

Erster Teil
Rechte des Verletzten sowie
des Strafantragstellers

§ 233. Ladung des Verletzten sowie
des Strafantragstellers

(1) Der Verletzte sowie der Strafantragsteller sind von dem Staatsanwalt oder dem Vorsitzenden des Gerichts oder dem Richter schriftlich zu laden und anzuhören.

(2) Auf die diesbezüglich vorzunehmenden Ladungen sind die Vorschriften über Zeugen anzuwenden.

§ 234. Rechte des Verletzten sowie
des Strafantragstellers

(1) Die Rechte des Verletzten und des Strafantragstellers sind die folgenden:

a) im Ermittlungsverfahren

1. Sammlung von Beweisen zu beantragen,

2. Abschriften von Urkunden beim Staatsanwalt zu verlangen, vorausgesetzt, dass dies die Nichtöffentlichkeit und den Zweck der Ermittlungen nicht beeinträchtigt,

3. (Geändert durch § 40 Ges. Nr. 5793 v. 24.7.2008) wenn er keinen Vertreter hat, die Beiordnung eines Verteidigers durch die Anwaltskammer bei der Straftat des sexuellen Angriffs sowie bei Straftaten zu beantragen, die im Mindestmaß mit einer Haftstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht sind,

4. durch seinen Vertreter unter Ein-

koşuluyla vekili aracılığı ile soruşturma belgelerini ve elkonulan ve muhafazaya alınan eşyayı inceletme,

5. Cumhuriyet savcısının, kovuşturmaya yer olmadığı yönündeki kararına kanunda yazılı usule göre itiraz hakkını kullanma.

b) Kovuşturma evresinde;

1. Duruşmadan haberdar edilme,

2. Kamu davasına katılma,

3. Tutanak ve belgelerden örnek isteme,

4. Tanıkların davetini isteme,

5. (Değişik: 24/7/2008 – 5793/40 md.) Vekili bulunmaması halinde, cinsel saldırı suçu ile alt sınırı beş yıldan fazla hapis cezasını gerektiren suçlarda, baro tarafından kendisine avukat görevlendirilmesini isteme,

6. Davaya katılmış olma koşuluyla davayı sonuçlandıran kararlara karşı kanun yollarına başvurma.

(2) Mağdur, onsekiz yaşını doldurmuş, sağır veya dilsiz ya da meramını ifade edemeyecek derecede malûl olur ve bir vekili de bulunmazsa, istemi aranmaksızın bir vekil görevlendirilir.

(3) Bu haklar, suçun mağdurları ile şikâyetçiye anlatılıp açıklanır ve bu husus tutanağa yazılır.

haltung des § 153 Einsicht in die Ermittlungsakten zu nehmen und die beschlagnahmten oder sichergestellten Gegenstände zu inspizieren,

5. Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens durch den Staatsanwalt in der im Gesetz genannten Weise einzulegen.

b) im Hauptverfahren

1. von der Hauptverhandlung benachrichtigt zu werden,

2. sich der öffentlichen Klage anzuschließen,

3. Abschriften von Protokollen und Urkunden zu verlangen,

4. Ladung von Zeugen zu beantragen,

5. (Geändert durch § 40 Ges. Nr. 5793 v. 24.7.2008) wenn er keinen Vertreter hat, die Beordnung eines Verteidigers durch die Anwaltskammer bei der Straftat des sexuellen Angriffs sowie bei Straftaten zu beantragen, die im Mindestmaß mit einer Haftstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht sind,

6. Rechtsmittel gegen die das Verfahren beendenden Entscheidungen einzulegen, vorausgesetzt, dass er im Verfahren Nebenkläger war.

(2) Ein Vertreter ist ohne sein Verlangen beizuordnen, wenn der Verletzte keinen Vertreter hat und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, taub oder stumm oder in dem Maße gebrechlich ist, dass er sein Anliegen nicht zum Ausdruck bringen kann.

(3) Der Verletzte sowie der Strafantragsteller sind über diese Rechte zu unterrichten; darüber ist ein Protokoll aufzunehmen.

Madde 235. Mağdur ile şikâyetçinin davete uymamaları

(1) Mağdur, şikâyetçi veya vekilinin, dilekçelerinde veya tutanağa geçirilmiş olan beyanlarında belirttikleri adresleri tebligata esas alınır.

(2) Bu adrese çıkartılan çağrıya rağmen gelmeyen kimseye yeniden tebligata bulunulmaz.

(3) Belirtilen adresin yanlışlığı, eksikliği veya adres değişikliğinin bildirilmemesi nedeniyle tebligat yapılabilmesi hâllerinde adresin araştırılması gerekmez.

(4) Bu kimselerin beyanının alınması zorunlu görüldüğü hâllerde üçüncü fıkra uygulanmaz.

Madde 236. Mağdur ile şikâyetçinin dinlenmesi

(1) Mağdurun tanık olarak dinlenmesi halinde, yemin hariç, tanıklığa ilişkin hükümler uygulanır.

(2) İşlenen suçun etkisiyle psikolojisi bozulmuş çocuk veya mağdur, bu suçla ilişkin soruşturma veya kovuşturmada tanık olarak bir defa dinlenebilir. Maddî gerçeğin ortaya çıkarılması açısından zorunluluk arz eden haller saklıdır.

(3) Mağdur çocukların veya işlenen suçun etkisiyle psikolojisi bozulmuş olan diğer mağdurun tanık olarak dinlenmesi sırasında psikoloji, psikiyatri, tıp veya eğitim alanında uzman bir kişi bulundurulur. Bunlar hakkında bilirkişilere ilişkin hükümler uygulanır.

§ 235. Ausbleiben des geladenen Verletzten oder des Strafantragstellers

(1) Die Zustellung wird an die Adresse gerichtet, die der Verletzte, der Strafantragsteller oder sein Vertreter in ihren Anträgen oder im Protokoll angegeben haben.

(2) Die Person, die trotz der zugestellten Ladung an diese Adresse nicht erschienen ist, wird nicht erneut geladen.

(3) Kann die Zustellung nicht bewirkt werden, weil die angegebene Adresse falsch oder unvollständig ist oder die Adressänderung nicht mitgeteilt wurde, so muss die Adresse nicht ermittelt werden.

(4) Der dritte Absatz ist nicht anzuwenden, wenn es für notwendig erachtet wird, diese Personen anzuhören.

§ 236. Anhörung des Verletzten oder des Strafantragstellers

(1) Bei der Anhörung des Verletzten als Zeuge sind abgesehen von der Vereidigung die Vorschriften über die Zeugen-schaft anzuwenden.

(2) Die Anhörung eines Kindes oder des Verletzten kann im Ermittlungs- oder Hauptverfahren einmalig durchgeführt werden, wenn seine Psyche durch die Wirkung der begangenen Straftat beeinträchtigt ist. Umstände, die zur Findung der materiellen Wahrheit eine Notwendigkeit darstellen, bleiben unberührt.

(3) Bei der Anhörung der betroffenen Kinder oder des durch die Wirkung der begangenen Straftat psychisch beeinträchtigten Verletzten als Zeugen ist die Anwesenheit einer in Psychologie, Psychiatrie, Medizin oder Erziehung sachkundigen Person zu gewährleisten. Für diese Personen gelten die Vorschriften über Sachverständige.

İkinci kısım Kamu Davasına Katılma

Madde 237. Kamu davasına katılma

(1) Mağdur, suçtan zarar gören gerçek ve tüzel kişiler ile malen sorumlu olanlar, ilk derece mahkemesindeki kovuşturma evresinin her aşamasında hüküm verilinceye kadar şikâyetçi olduklarını bildirerek kamu davasına katılabilirler.

(2) Kanun yolu muhakemesinde davaya katılma isteğinde bulunulamaz. Ancak, ilk derece mahkemesinde ileri sürülüp reddolunan veya karara bağlanmayan katılma istekleri, kanun yolu başvurusunda açıkça belirtilmişse incelenip karara bağlanır.

Madde 238. Katılma usulü

(1) Katılma, kamu davasının açılmasından sonra mahkemeye dilekçe verilmesi veya katılma istemini içeren sözlü başvurunun duruşma tutanağına geçirilmesi suretiyle olur.

(2) Duruşma sırasında şikâyeti belirten ifade üzerine, suçtan zarar görenden davaya katılmak isteyip istemediği sorulur.

(3) Cumhuriyet savcısının, sanık ve varsa müdafinin dinlenmesinden sonra davaya katılma isteminin uygun olup olmadığına karar verilir.

(4) (Mülga: 18/6/2014 – 6545/103 md.)

Zweiter Teil Anschluss an die öffentliche Klage

§ 237. Anschluss an die öffentliche Klage

(1) Der Verletzte, die durch die Straftat geschädigte natürliche oder juristische Person sowie der mit seinem Vermögen Haftende können sich in jeder Phase des Hauptverfahrens bis zum Erlass des Urteils beim Gericht erster Instanz durch die Einreichung eines Strafantrages der öffentlichen Klage anschließen.

(2) Im Rechtsmittelverfahren ist eine Anschlussklärung nicht gestattet. Allerdings werden Anträge auf den Anschluss als Nebenkläger geprüft und einer Würdigung unterzogen, wenn diese beim Gericht erster Instanz gestellt und abgelehnt oder nicht gewürdigt wurden, solange sie bei der Einlegung des Rechtsmittels ausdrücklich genannt werden.

§ 238. Vorgehen bei Anschluss

(1) Der Anschluss erfolgt dadurch, dass beim Gericht nach der Eröffnung der öffentlichen Klage ein entsprechender Antrag gestellt oder die mündliche Anschlussklärung in der Hauptverhandlung zu Protokoll erklärt wird.

(2) Der durch die Straftat Geschädigte wird gefragt, ob er sich der öffentlichen Klage anschließen will oder nicht, wenn er in der Hauptverhandlung einen Strafantrag stellt.

(3) Nach Anhörung des Staatsanwalts, des Angeklagten und ggf. des Verteidigers wird darüber entschieden, ob der Anschlussantrag angebracht ist oder nicht.

(4) (Gestrichen durch § 103 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014)

Madde 239. Katılanın hakları

(1) (Değişik: 24/7/2008 – 5793/41 md.) Mağdur veya suçtan zarar gören davaya katıldığında, cinsel saldırı suçu ile alt sınırı beş yıldan fazla hapis cezasını gerektiren suçlarda, baro tarafından kendisine avukat görevlendirilmesini isteyebilir.

(2) Mağdur veya suçtan zarar görenin çocuk, sağır ve dilsiz veya kendisini savunamayacak derecede akıl hastası olması halinde avukat görevlendirilmesi için istem aranmaz.

Madde 240. Katılmanın davaya etkisi

(1) Katılma davayı durdurmaz.

(2) Tarihi belirlenmiş olan duruşma ve yargılama usulüne ilişkin diğer işlemler vaktin darlığından dolayı katılan kimse çağrılmayacak veya kendisine haber verilemeyecek olsa bile belirli gününde yapılır.

Madde 241. Katılmadan önceki kararlara itiraz

(1) Katılmadan önce verilmiş olan kararlar katılana tebliğ edilmez.

(2) Bu kararlara karşı kanun yoluna başvurabilmesi için Cumhuriyet savcısı için öngörülen sürenin geçmesiyle katılan da başvuru hakkını kaybeder.

Madde 242. Katılanın kanun yoluna başvurusu

(1) Katılan, Cumhuriyet savcısına bağlı

§ 239. Rechte des Nebenklägers

(1) (Geändert durch § 41 Ges. Nr. 5793 v. 24.7.2008) Schließt sich der Verletzte oder der durch die Straftat Geschädigte der öffentlichen Klage an, so kann er im Falle eines sexuellen Angriffs und bei Straftaten, die im Mindestmaß mit mehr als fünf Jahren Haftstrafe bedroht sind, die Beiordnung eines Rechtsanwalts durch die Anwaltskammer beantragen.

(2) Für die Beiordnung eines Rechtsanwalts bedarf es keines Antrags, wenn der Verletzte oder der durch die Straftat Geschädigte das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, taubstumm oder in einem Maße geisteskrank ist, dass er sich nicht verteidigen kann.

§ 240. Auswirkung des Anschlusses auf das Verfahren

(1) Das Verfahren wird durch den Anschluss nicht aufgehoben.

(2) Die Hauptverhandlung, deren Datum festgelegt ist, und andere strafprozessuale Maßnahmen werden an dem dafür bestimmten Tag durchgeführt, auch wenn der Nebenkläger wegen der Kürze der Zeit nicht mehr geladen oder benachrichtigt werden kann.

§ 241. Beschwerde gegen Entscheidungen vor dem Anschluss

(1) Entscheidungen, die vor dem Anschluss getroffen wurden, werden dem Nebenkläger nicht bekannt gemacht.

(2) Auch der Nebenkläger verliert sein Recht auf Rechtsmittel, wenn die für den Staatsanwalt vorgesehene Frist zur Einlegung des Rechtsmittels gegen diese Entscheidungen abgelaufen ist.

§ 242. Einlegung eines Rechtsmittels durch den Nebenkläger

(1) Der Nebenkläger kann unabhängig

olmaksızın kanun yollarına başvurabilir.

(2) Karar, katılanın başvurusu üzerine bozulursa, Cumhuriyet savcısı işi yeniden takip eder.

Madde 243. Katılmanın hükümsüz kalması

(1) Katılan, vazgeçerse veya ölürse katılma hükümsüz kalır. Mirasçılar, katılanın haklarını takip etmek üzere davaya katılabilirler.

vom Staatsanwalt Rechtsmittel einlegen.

(2) Wird die Entscheidung auf Antrag des Nebenklägers aufgehoben, so verfolgt der Staatsanwalt die Sache erneut.

§ 243. Unwirksamkeit des Anschlusses

(1) Bei Widerruf oder Tod des Nebenklägers wird der Anschluss unwirksam. Die Erben können sich der öffentlichen Klage anschließen, um die Rechte des Nebenklägers zu verfolgen.

BEŞİNCİ KİTAP Özel Yargılama Usulleri

Birinci Kısım

Gaiplerin ve Kaçakların Yargılanması, Tüzel Kişilerin Soruşturmada ve Kovuşturmada Temsili, Bazı Suçlara İlişkin Muhakeme Usulü

Birinci Bölüm

Gaiplerin Yargılanması

Madde 244. Gaibin tanımı ve yapılabilecek işlemler

(1) Bulunduğu yer bilinmeyen veya yurt dışında bulunup da yetkili mahkeme önüne getirilemeyen veya getirilmesi uygun bulunmayan sanık gaip sayılır.

(2) Gaip hakkında duruşma açılmaz; mahkeme, delillerin ele geçirilmesi veya korunması amacıyla gerekli işlemleri yapar.

(3) Bu işlemler naip hâkim veya istina-be olunan mahkeme aracılığıyla da yapılabilir.

(4) Bu işlemler sırasında sanığın müdafii veya kanunî temsilcisi veya eşi hazır bulunabilir. Gerektiğinde, mahkemece barodan bir müdafî görevlendirilmesi istenir.

Madde 245. Gaibe ihtar

(1) Adresi bilinmeyen gaibe, mahkeme önüne gelmesi veya adresini bildirmesi

FÜNFTES BUCH Besondere Arten des Verfahrens

Erster Teil

Verfahren gegen Abwesende und Flüchtige, Vertretung juristischer Personen im Ermittlungs- und Hauptverfahren, Verfahren bei bestimmten Straftaten

Erster Abschnitt

Verfahren gegen Abwesende

§ 244. Definition des Abwesenden und Handlungen, die vorgenommen werden können

(1) Der Angeklagte gilt als abwesend, wenn sein Aufenthaltsort unbekannt ist oder er sich im Ausland aufhält und seine Gestellung vor das örtlich zuständige Gericht nicht ausführbar ist oder für unangebracht gehalten wird.

(2) Gegen den Abwesenden wird keine Hauptverhandlung eröffnet; das Gericht nimmt die zum Zwecke der Beweis-erlangung und -sicherung erforderlichen Handlungen vor.

(3) Diese Handlungen können auch durch den beauftragten Richter oder das ersuchte Gericht vorgenommen werden.

(4) Bei der Vornahme dieser Handlungen können der Verteidiger oder der gesetzliche Vertreter des Angeklagten sowie sein Ehegatte zugegen sein. Erforderlichenfalls verlangt das Gericht von der Anwaltskammer die Beiordnung eines Verteidigers.

§ 245. Aufforderung eines Abwesenden

(1) Der Abwesende, dessen Adresse unbekannt ist, wird durch geeignete Kom-

hususları uygun bir iletişim aracıyla ihtar edilir.

Madde 246. Sanığa verilecek güvence belgesi

(1) Mahkeme, gaip olan sanık hakkında duruşmaya gelmesi hâlinde tutuklanmayacağı hususunda bir güvence belgesi verebilir ve bu güvence koşullarına bağlanabilir.

(2) Sanık, hapis cezası ile mahkûm olur veya kaçmak hazırlığında bulunur veya güvence belgesinin bağlı olduğu koşullara uymazsa belgenin hükmü kalmaz.

İkinci Bölüm

Kaçakların Yargılanması

Madde 247. Kaçağın tanımı

(1) Hakkındaki soruşturmanın veya kovuşturmanın sonuçsuz kalmasını sağlamak amacıyla yurt içinde saklanan veya yabancı ülkede bulunan ve bu nedenle Cumhuriyet savcısı veya mahkeme tarafından kendisine ulaşılamayan kişiye kaçak denir.

(2) (Ek: 25/5/2005 – 5353/31 md.) Hakkında, 248 inci maddenin ikinci fıkrasında belirtilen suçlardan dolayı soruşturma veya kovuşturma başlatılmış olan şüpheli veya sanığın, yetkili Cumhuriyet savcısı veya mahkemece usulüne göre yapılan tebligata uymamasından dolayı verilen zorla getirilme kararı da yerine getirilemez ise, Cumhuriyet savcısı veya mahkeme;

munikationsmittel aufgefordert, vor Gericht zu erscheinen oder seine Adresse mitzuteilen.

§ 246. Dem Angeklagten zu gewährendes sicheres Geleit

(1) Das Gericht kann dem abwesenden Angeklagten sicheres Geleit dahingehend erteilen, dass er von der Untersuchungshaft befreit ist, wenn er sich der Hauptverhandlung stellt; die Gewährung kann an Bedingungen geknüpft werden.

(2) Die Gewährung sicheren Geleits erlischt, wenn der Angeklagte zu einer Haftstrafe verurteilt wird, seine Flucht vorbereitet oder die Bedingungen des Geleits nicht einhält.

Zweiter Abschnitt

Verfahren gegen Flüchtige

§ 247. Definition des Flüchtigen

(1) Eine Person gilt als flüchtig, wenn sie sich mit dem Ziel, das Ermittlungs- oder Hauptverfahren gegen sie scheitern zu lassen, im Inland versteckt oder im Ausland aufhält und aus diesem Grund für den Staatsanwalt oder das Gericht unerreichbar ist.

(2) (Hinzugefügt durch § 31 Ges. Nr. 5353 v. 25.5.2005) Erlässt der Staatsanwalt oder das Gericht gegen den Beschuldigten oder den Angeklagten, gegen den wegen der in § 248 Abs. 2 angegebenen Straftaten das Ermittlungs- oder Hauptverfahren eröffnet wurde, einen Befehl zur Zwangsvorführung, weil er trotz der durch den zuständigen Staatsanwalt oder das örtlich zuständige Gericht ordnungsgemäß veranlassten Zustellung ausgeblieben ist, und kann dieser Befehl nicht vollstreckt werden, so geht der Staatsanwalt oder das Gericht folgendermaßen vor:

a) Çağrının bir gazete ile şüpheli veya sanığın bilinen konutunun kapısına asılmak suretiyle ilânına karar verir; yapılacak ilânlarda, onbeş gün içinde gelmediği takdirde 248 inci maddede gösterilen tedbirlere hükmedilebileceğini ayrıca açıklar,

b) Bu işlemlerin yerine getirildiğinin bir tutanak ile saptanmasından itibaren onbeş gün içinde başvurmayan şüpheli veya sanığın kaçak olduğuna karar verir.

(3) Kaçak sanık hakkında kovuşturma yapılabilir. Ancak, daha önce sorgusu yapılmamış ise, mahkûmiyet kararı verilemez.

(4) Duruşma yapılan hâllerde kaçak sanığın müdafii yoksa, mahkeme barodan bir avukat görevlendirilmesini ister.

Madde 248. Zorlama amaçlı elkoyma ve teminat belgesi

(1) Kaçağın Cumhuriyet savcısına başvurmasını veya duruşmaya gelmesini sağlamak amacıyla Türkiye’de bulunan mallarına, hak ve alacaklarına amaçla orantılı olarak Cumhuriyet savcısının istemi üzerine sulh ceza hâkimi veya mahkeme kararıyla elkonulabilir ve gerektiğinde idaresi için kayyım atanır. Elkoyma ve kayyım atama kararı müdafiiine bildirilir.

(2) Birinci fıkra hükmü;

a) er bzw. es beschließt, die in einer Zeitung veröffentlichte Ladung durch die Anbringung an der Tür der ihm bekannten Wohnung des Beschuldigten oder Angeklagten bekannt zu machen; in den Bekanntmachungen weist er bzw. es darauf hin, im Falle seines weiteren Ausbleibens binnen 15 Tagen die in § 248 aufgeführten Maßnahmen anordnen zu können,

b) er bzw. es erklärt durch Beschluss den Beschuldigten oder Angeklagten, der sich nach dem protokollierten Vorgang dieser Handlungen binnen 15 Tagen nicht meldet, als flüchtig.

(3) Gegen den flüchtigen Angeklagten kann die Hauptverhandlung stattfinden. Allerdings darf keine Verurteilung ergen, wenn er nicht zuvor vernommen wurde.

(4) Hat der flüchtige Angeklagte in den Verhandlungen keinen Verteidiger, so verlangt das Gericht von der Anwaltskammer die Beiordnung eines Rechtsanwalts.

§ 248. Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsausübung und sicheres Geleit

(1) Um das Erscheinen des Flüchtigen beim Staatsanwalt oder in der Hauptverhandlung herbeizuführen, können seine in der Türkei befindlichen Sachen, seine Rechte oder Forderungen in einer dem Zweck angemessenen Weise auf Antrag des Staatsanwalts durch den Friedensrichter oder durch gerichtlichen Beschluss beschlagnahmt werden und zu ihrer Verwaltung kann erforderlichenfalls ein Beistand ernannt werden. Von der Beschlagnahme und der Ernennung des Beistands wird sein Verteidiger benachrichtigt.

(2) Abs. 1 ist anzuwenden auf

- a) Türk Ceza Kanununda tanımlanan;
1. Soykırım ve insanlığa karşı suçlar (madde 76, 77, 78),
 2. Göçmen kaçakçılığı ve insan ticareti (madde 79, 80),
 3. Hırsızlık (madde 141, 142),
 4. Yağma (madde 148, 149),
 5. Güveni kötüye kullanma (madde 155),
 6. Dolandırıcılık (madde 157, 158),
 7. Hileli iflas (madde 161),
 8. Uyuşturucu veya uyarıcı madde imal ve ticareti (madde 188),
 9. Parada sahtecilik (madde 197),
 10. Suç işlemek amacıyla örgüt kurma (madde 220),
 11. Zimmet (madde 247),
 12. İrtikâp (madde 250),
 13. Rüşvet (madde 252),
 14. İhaleye fesat karıştırma (madde 235),
 15. Edimin ifasına fesat karıştırma (madde 236),
 16. Devletin Güvenliğine Karşı Suçlar (madde 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308),
 17. (Ek: 24/11/2016 – 6763/33 md.) Anayasal Düzene ve Bu Düzenin İşleyişine Karşı Suçlar (madde 309, 310, 311, 312, 313),
 18. Silahlı örgüt (madde 314) veya bu örgütlere silah sağlama (madde 315),
 19. Devlet Sırlarına Karşı Suçlar ve Casusluk (madde 328, 329, 330),
- a) die im Türkischen Strafgesetzbuch definierten Straftaten
1. Völkermord und Straftaten gegen die Menschlichkeit (§§ 76, 77, 78),
 2. Migrantenschmuggel und Menschenhandel (§§ 79, 80),
 3. Diebstahl (§§ 141, 142),
 4. Raub (§§ 148, 149),
 5. Vertrauensmissbrauch (§ 155),
 6. Betrug (§§ 157, 158),
 7. Betrügerischer Bankrott (§ 161),
 8. Herstellung von und Handel mit Betäubungs- oder Aufputzmitteln (§ 188),
 9. Geldfälschung (§ 197),
 10. Gründung einer Vereinigung zwecks Begehung von Straftaten (§ 220),
 11. Unterschlagung im Amt (§ 247),
 12. Erpressung im Amt (§ 250),
 13. Bestechung (§ 252),
 14. Manipulation einer Ausschreibung (§ 235),
 15. Manipulation bei der Erbringung einer Leistung (§ 236),
 16. Straftaten gegen die Sicherheit des Staates (§§ 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308),
 17. (Hinzugefügt durch § 33 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Straftaten gegen die Verfassungsordnung und das Funktionieren dieser Ordnung (§§ 309, 310, 311, 312, 313),
 18. Bewaffnete Vereinigung (§ 314) oder Waffenbeschaffung für diese Vereinigungen (§ 315),
 19. Straftaten gegen Staatsgeheimnisse und Spionage (§§ 328, 329,

331, 333, 334, 335, 336, 337),

330, 331, 333, 334, 335, 336, 337),

Suçları,

- b) Ateşli Silahlar ve Bıçaklar ile Diğer Aletler Hakkında Kanunda tanımlanan silah kaçakçılığı (madde 12) suçları,
- c) Bankalar Kanununun 22 nci maddesinin (3) ve (4) numaralı fıkralarında tanımlanan zimmet suçu,
- d) Kaçakçılıkla Mücadele Kanununda tanımlanan ve hapis cezasını gerektiren suçlar,
- e) Kültür ve Tabiat Varlıklarını Koruma Kanununun 68 ve 74 üncü maddelerinde tanımlanan suçlar,

- b) Straftaten, die im Gesetz über Feuerwaffen und Messer sowie andere Werkzeuge als Straftaten des Waffenschmuggels definiert sind (§ 12),
- c) Straftaten, die in § 22 Abs. 3 und 4 Bankengesetz als Straftaten der Unterschlagung im Amt definiert sind,
- d) Straftaten, die im Schmuggelbekämpfungsgesetz definiert sind und eine Haftstrafe zur Folge haben,
- e) Straftaten, die in §§ 68 und 74 des Gesetzes über den Schutz von Kultur- und Naturgütern definiert sind.

Hakkında uygulanır.

(3) Elkonulan mal, hak ve alacakların korunmasında, elkoymaya ilişkin hükümler uygulanır. Tedbirlere ilişkin kararların özetinin bir gazetede ilânına mahkemece karar verilebilir.

(3) Bei der Verwahrung der beschlagnahmten Sachen, Rechte oder Forderungen gelten die Vorschriften über die Beschlagnahme. Das Gericht kann anordnen, die Zusammenfassung der Beschlüsse über die Maßnahmen in einer Zeitung bekanntzumachen.

(4) Kaçak yakalandığında veya kendiliğinden gelerek teslim olduğunda elkoymanın kaldırılmasına karar verilir.

(4) Wird der Flüchtige festgenommen oder erscheint er von sich aus und stellt sich, so wird die Aufhebung der Beschlagnahme angeordnet.

(5) Kaçak hakkında 100 üncü ve sonrakı maddeler gereğince, sulh ceza hâkimi veya mahkeme tarafından yokluğunda tutuklama kararı verilebilir.

(5) Gegen den Flüchtigen kann entsprechend §§ 100 ff. vom Friedensrichter in Strafsachen oder vom Gericht ein Haftbefehl in Abwesenheit erlassen werden.

(6) Sulh ceza hâkimi veya mahkeme elkoymaya karar verdiğinde, kaçığın yasal olarak bakmakla yükümlü bulunduğu yakınlarının alınan tedbirler nedeniyle yoksulluğa düşebileceklerini saptarsa, bunların geçimlerini sağlamak üzere, elkonulan mal varlığından sosyal durumları ile orantılı miktarda yardımda bulunulması konusunda kayıma izin verir.

(6) Stellt der Friedensrichter oder das Gericht bei der Anordnung der Beschlagnahme fest, dass die Angehörigen des Flüchtigen, gegenüber denen er gesetzlich unterhaltspflichtig ist, wegen der getroffenen Maßnahmen in Armut geraten können, so erteilt er oder es dem Beistand zur Gewährleistung ihres Lebensunterhalts die Genehmigung, ihnen aus dem beschlagnahmten Vermögen in einer ihrem sozialen Stand angemessenen Weise Hilfe zukommen zu lassen.

(7) 246 ncı madde hükmü kaçaklar hakkında da uygulanır.

(8) Bu kararlara karşı itiraz edilebilir.

Üçüncü Bölüm

Tüzel Kişilerin Soruşturmada ve Kovuşturmada Temsili

Madde 249. Tüzel kişinin temsili

(1) Bir tüzel kişinin faaliyeti çerçevesinde işlenen suçlardan dolayı yapılan soruşturma ve kovuşturmada tüzel kişinin organ veya temsilcisi, katılan veya savunma makamı yanında yer alan sıfatıyla duruşmaya kabul edilir.

(2) Bu durumda, tüzel kişinin organ veya temsilcisi bu Kanunun katılana veya sanığa sağladığı haklardan yararlanır.

(3) Birinci fıkra hükmü, sanığın aynı zamanda tüzel kişinin organ veya temsilcisi sıfatını taşıması hâlinde uygulanmaz.

Dördüncü Bölüm

Bazı Suçlara İlişkin Muhakeme

Madde 250. Görev ve yargı çevresinin belirlenmesi

(Mülga: 2/7/2012 – 6352/105 md.)

Madde 251. Soruşturma

(Mülga: 2/7/2012 – 6352/105 md.)

Madde 252. Kovuşturma

(Mülga: 2/7/2012 – 6352/105 md.)

(7) § 246 ist auch auf Flüchtige anzuwenden.

(8) Gegen diese Beschlüsse kann Beschwerde eingelegt werden.

Dritter Abschnitt

Vertretung juristischer Personen im Ermittlungs- und Hauptverfahren

§ 249. Vertretung einer juristischen Person

(1) Im Ermittlungs- und Hauptverfahren wegen Straftaten, die im Rahmen der Tätigkeiten einer juristischen Person begangen werden, wird das Organ der juristischen Person oder ihr Vertreter zur Hauptverhandlung als Nebenkläger oder auf der Seite der Verteidigung stehende Person zugelassen.

(2) In diesem Fall genießt das Organ der juristischen Person oder ihr Vertreter die Rechte, die dieses Gesetz dem Nebenkläger oder dem Angeklagten gewährt.

(3) Abs. 1 findet keine Anwendung, wenn ein Angeklagter gleichzeitig die Eigenschaft des Organs der juristischen Person oder ihres Vertreters innehat.

Vierter Abschnitt

Verfahren bei einigen Straftaten

§ 250. Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit und des Gerichtsbarkeitsbereichs

(Gestrichen durch § 105 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012)

§ 251. Ermittlungsverfahren

(Gestrichen durch § 105 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012)

§ 252. Hauptverfahren

(Gestrichen durch § 105 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012)

İkinci Kısım Uzlaşma ve Müsadere

Birinci Bölüm Uzlaşma

Madde 253. Uzlaştırma

(Değişik: 6/12/2006 – 5560/24 md.)

(1) Aşağıdaki suçlarda, şüpheli ile mağdur veya suçtan zarar gören gerçek veya özel hukuk tüzel kişinin uzlaştırılması girişiminde bulunulur:

- a) Soruşturulması ve kovuşturulması şikâyete bağlı suçlar.
- b) Şikâyete bağlı olup olmadığına bakılmaksızın, Türk Ceza Kanununda yer alan;
 1. Kasten yaralama (üçüncü fıkra hariç, madde 86; madde 88),
 2. Taksirle yaralama (madde 89),
 3. (Ek: 24/11/2016 – 6763/34 md.) Tehdit (madde 106, birinci fıkra),
 4. Konut dokunulmazlığının ihlali (madde 116),
 5. (Ek: 24/11/2016 – 6763/34 md.) Hırsızlık (madde 141),
 6. (Ek: 24/11/2016 – 6763/34 md.) Dolandırıcılık (madde 157),
 7. Çocuğun kaçırılması ve alıkonulması (madde 234),
 8. Ticari sır, bankacılık sırrı veya müşteri sırrı niteliğindeki bilgi veya belgelerin açıklanması (dördüncü

Zweiter Teil Einigung und Einziehung

Erster Abschnitt Einigung

§ 253. Schlichtung

(Geändert durch § 24 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006)

(1) Bei den nachfolgend aufgeführten Straftaten wird versucht, zwischen dem Beschuldigten und dem Verletzten oder der durch die Straftat geschädigten natürlichen oder privatrechtlichen juristischen Person zu schlichten:

- a) Straftaten, deren Verfolgung von einem Strafantrag abhängt.
- b) Ungeachtet des Erfordernisses eines Strafantrags die im Türkischen Strafgesetzbuch aufgeführten Straftaten
 1. vorsätzliche Körperverletzung (§ 86, abgesehen von Abs. 3, sowie § 88),
 2. fahrlässige Körperverletzung (§ 89),
 3. (Hinzugefügt durch § 34 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Drohung (§ 106 Abs. 1),
 4. Hausfriedensbruch (§ 116),
 5. (Hinzugefügt durch § 34 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Diebstahl (§ 141),
 6. (Hinzugefügt durch § 34 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Betrug (§ 157),
 7. Entführung oder Zurückbehaltung eines Kindes (§ 234),
 8. Bekanntmachen von Informationen oder Dokumenten, die ein Geschäfts-, Banken- oder Kunden-

fikra hariç, madde 239),

geheimnis darstellen (abgesehen von § 239 Abs. 4).

suçları.

c) (Ek: 24/11/2016 – 6763/34 md.) Mağdurun veya suçtan zarar görenin gerçek veya özel hukuk tüzel kişisi olması koşuluyla, suça sürüklenen çocuklar bakımından ayrıca, üst sınırı üç yılı geçmeyen hapis veya adli para cezasını gerektiren suçlar.

c) (Hinzugefügt durch § 34 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Im Hinblick auf die zur Begehung von Straftaten angehaltenen Jugendlichen auch die Straftaten, die im Höchstmaß mit einer Haftstrafe von drei Jahren oder mit Geldstrafe bedroht sind, vorausgesetzt, dass der Verletzte oder der durch die Straftat Geschädigte eine natürliche oder juristische Person des Privatrechts ist.

(2) Soruşturulması ve kovuşturulması şikâyete bağlı olanlar hariç olmak üzere; diğer kanunlarda yer alan suçlarla ilgili olarak uzlaştırma yoluna gidilebilmesi için, kanunda açık hüküm bulunması gerekir.

(2) Abgesehen von Straftaten, deren Verfolgung von einem Strafantrag abhängt, setzt das Ansetzen zur Schlichtung bei den von anderen Gesetzen vorgesehenen Straftaten voraus, dass das Gesetz eine ausdrückliche Bestimmung enthält.

(3) Soruşturulması ve kovuşturulması şikâyete bağlı olsa bile, cinsel dokunulmazlığa karşı suçlarda uzlaştırma yoluna gidilemez. (Ek cümle: 26/6/2009 – 5918/8 md.) Uzlaştırma kapsamına giren bir suçun, bu kapsama girmeyen bir başka suçla birlikte işlenmiş olması hâlinde de uzlaşma hükümleri uygulanmaz.

(3) Bei Straftaten, die sich gegen die sexuelle Integrität richten, ist eine Schlichtung nicht statthaft, auch wenn ihre Verfolgung von einem Strafantrag abhängt (Satz hinzugefügt durch § 8 Ges. Nr. 5918 v. 26.6.2009). Die Vorschriften über die Einigung finden keine Anwendung, wenn eine in den Anwendungsbereich der Schlichtung fallende Straftat zusammen mit einer Straftat begangen wird, die nicht in diesen Anwendungsbereich fällt.

(4) Soruşturma konusu suçun uzlaşmaya tâbi olması ve kamu davası açılması için yeterli şüphenin bulunması hâlinde, dosya uzlaştırma bürosuna gönderilir. Büro tarafından görevlendirilen uzlaştırmacı, şüpheli ile mağdur veya suçtan zarar görene uzlaşma teklifinde bulunur. Şüphelinin, mağdurun veya suçtan zarar görenin reşit olmaması halinde, uzlaşma teklifi kanunî temsilcilerine yapılır. Uzlaştırmacı uzlaşma

(4) Unterliegt die den Gegenstand des Ermittlungsverfahrens bildende Straftat der Einigung und liegt für die Erhebung der öffentlichen Anklage ein hinreichender Verdacht vor, so werden die Akten an das Schlichtungsbüro übermittelt. Der von diesem Büro beauftragte Schlichter unterbreitet dem Beschuldigten sowie dem Verletzten oder dem durch die Straftat Geschädigten einen Einigungsvorschlag. Der Einigungsvor-

teklifini açıklamalı tebligat veya istinabe yoluyla da yapabilir. Şüpheli, mağdur veya suçtan zarar gören, kendisine uzlaşma teklifinde bulunulduktan itibaren üç gün içinde kararını bildirmedeği takdirde, teklifi reddetmiş sayılır.

(5) Uzlaşma teklifinde bulunulması halinde, kişiye uzlaşmanın mahiyeti ve uzlaşmayı kabul veya reddetmesinin hukukî sonuçları anlatılır.

(6) Resmî mercilere beyan edilmiş olup da soruşturma dosyasında yer alan adreste bulunmama veya yurt dışında olma ya da başka bir nedenle mağdura, suçtan zarar görene, şüpheliye veya bunların kanunî temsilcisine ulaşıl-maması halinde, uzlaştırma yoluna gidilmeksizin soruşturma sonuçlandırılır.

(7) Birden fazla kişinin mağduriyetine veya zarar görmesine sebebiyet veren bir suçtan dolayı uzlaştırma yoluna gidilebilmesi için, mağdur veya suçtan zarar görenlerin hepsinin uzlaşmayı kabul etmesi gerekir.

(8) Uzlaşma teklifinde bulunulması veya teklifin kabul edilmesi, soruşturma konusu suça ilişkin delillerin toplanmasına ve koruma tedbirlerinin uygulanmasına engel değildir.

(9) (Mülga: 24/11/2016 – 6763/34 md.)

(10) Bu Kanunda belirlenen hâkimin davaya bakamayacağı haller ile reddi sebepleri, uzlaştırmacı görevlendiril-

schlag ist an den gesetzlichen Vertreter zu richten, wenn der Beschuldigte, der Verletzte oder der durch die Straftat Geschädigte nicht mündig ist. Der Schlichter kann den Einigungsvorschlag auch durch eine mit Belehrung versehene Zustimmung oder einen ersuchten Richter unterbreiten. Teilt der Beschuldigte, der Verletzte oder der durch die Straftat Geschädigte seine Entscheidung nicht binnen drei Tagen nach dem Einigungsvorschlag mit, so gilt er als abgelehnt.

(5) Wird ein Einigungsvorschlag gemacht, so wird die Person über das Wesen der Einigung und die rechtlichen Folgen unterrichtet, wenn sie ihn annimmt oder ablehnt.

(6) Das Ermittlungsverfahren wird ohne Schlichtung abgeschlossen, wenn sich der Verletzte, der durch die Straftat Geschädigte, der Beschuldigte oder der gesetzliche Vertreter dieser Personen nicht unter der einer offiziellen Stelle gemeldeten und in den Ermittlungsakten enthaltenen Adresse aufhält, sich im Ausland befindet oder aus einem anderen Grund nicht zu erreichen ist.

(7) Die Schlichtung bei einer Straftat, die die Verletzung oder Schädigung mehrerer Personen verursacht hat, ist nur statthaft, wenn alle Verletzten oder durch die Straftat Geschädigten der Einigung zustimmen.

(8) Einen Einigungsvorschlag zu machen oder diesen anzunehmen hindert die Sammlung von Beweisen bezüglich der den Gegenstand der Ermittlungen bildenden Straftat oder die Anwendung von Sicherungsmaßnahmen nicht.

(9) (Gestrichen durch § 34 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016)

(10) Bei der Beauftragung des Schlichters gelten die in diesem Gesetz bestimmten Gründe für die Ausschließung

mesi ile ilgili olarak göz önünde bulundurulur.

(11) Görevlendirilen uzlaştırmacıya soruşturma dosyasında yer alan ve Cumhuriyet savcısınca uygun görülen belgelerin birer örneği verilir. Uzlaştırma bürosu uzlaştırmacıya, soruşturmanın gizliliği ilkesine uygun davranmakla yükümlü olduğunu hatırlatır.

(12) Uzlaştırmacı, dosya içindeki belgelerin birer örneği kendisine verildikten itibaren en geç otuz gün içinde uzlaştırma işlemlerini sonuçlandırır. Uzlaştırma bürosu bu süreyi en çok yirmi gün daha uzatabilir.

(13) Uzlaştırma müzakereleri gizli olarak yürütülür. Uzlaştırma müzakerelerine şüpheli, mağdur, suçtan zarar gören, kanunî temsilci, müdafî ve vekil katılabilir. Şüpheli, mağdur veya suçtan zarar görenin kendisi veya kanunî temsilcisi ya da vekilinin müzakerelere katılmaktan imtina etmesi halinde, uzlaşmayı kabul etmemiş sayılır.

(14) Uzlaştırmacı, müzakereler sırasında izlenmesi gereken yöntemle ilgili olarak Cumhuriyet savcısıyla görüşebilir; Cumhuriyet savcısı, uzlaştırmacıya talimat verebilir.

(15) Uzlaşma müzakereleri sonunda uzlaştırmacı, bir rapor hazırlayarak kendisine verilen belge örnekleriyle birlikte uzlaştırma bürosuna verir. Uzlaşmanın gerçekleşmesi halinde, tarafların imzalarını da içeren raporda, ne suretle ulaşıldığı ayrıntılı olarak açıklanır. (Ek cümle: 24/11/2016 – 6763/34 md.) Uzlaştırma bürosu soruş-

des Richters vom Verfahren und seine Ablehnung entsprechend.

(11) Dem beauftragten Schlichter werden Abschriften der in den Ermittlungsakten enthaltenen und vom Staatsanwalt gebilligten Dokumente übermittelt. Das Schlichtungsbüro weist den Schlichter auf seine Pflicht hin, sich der Nichtöffentlichkeit des Ermittlungsverfahrens entsprechend zu verhalten.

(12) Nachdem dem Schlichter einzelne Abschriften der in den Ermittlungsakten enthaltenen Dokumente übermittelt wurden, schließt er die Schlichtungsverhandlungen spätestens binnen 30 Tagen ab. Das Schlichtungsbüro kann diese Frist höchstens um 20 Tage verlängern.

(13) Die Schlichtungsverhandlungen werden vertraulich geführt. An den Schlichtungsverhandlungen können der Beschuldigte, der Verletzte, der durch die Straftat Geschädigte, sein gesetzlicher Vertreter, der Verteidiger oder dessen Vertreter teilnehmen. Die Einigung gilt als nicht angenommen, wenn sich der Beschuldigte, der Verletzte oder der durch die Straftat Geschädigte selbst oder sein gesetzlicher Vertreter oder Verteidiger von der Teilnahme an den Verhandlungen fernhält.

(14) Der Schlichter kann sich über die bei den Verhandlungen zu befolgende Methode mit dem Staatsanwalt besprechen; der Staatsanwalt kann dem Schlichter Weisungen erteilen.

(15) Nach dem Abschluss der Einigungsverhandlungen erstattet der Schlichter einen Bericht und übergibt ihn mit den ihm übermittelten Unterlagen dem Schlichtungsbüro. Im Falle der Einigung ist in dem auch mit den Unterschriften der Parteien versehenen Bericht detailliert darzulegen, wie die Einigung erzielt wurde. (Satz hinzugefügt

turma dosyasını, raporu ve varsa yazılı anlaşmayı Cumhuriyet savcısına gönderir.

(16) Uzlaşma teklifinin reddedilmesine rağmen, şüpheli ile mağdur veya suçtan zarar gören uzlaştıklarını gösteren belge ile en geç iddianamenin düzenlendiği tarihe kadar Cumhuriyet savcısına başvurarak uzlaştıklarını beyan edebilirler.

(17) Cumhuriyet savcısı, uzlaşmanın, tarafların özgür iradelerine dayandığını ve edimin hukuka uygun olduğunu belirlerse raporu veya belgeyi mühür ve imza altına alarak soruşturma dosyasında muhafaza eder.

(18) Uzlaştırmanın sonuçsuz kalması halinde tekrar uzlaştırma yoluna gidilemez.

(19) Uzlaşma sonucunda şüphelinin edimini defaten yerine getirmesi halinde, hakkında kovuşturmaya yer olmadığı kararı verilir. Edimin yerine getirilmesinin ileri tarihe bırakılması, taksitli bağlanması veya süreklilik şartları aranmaksızın, şüpheli hakkında kamu davasının açılmasının ertelenmesi kararı verilir. Erteleme süresince zamanaşımı işlemez. Kamu davasının açılmasının ertelenmesi kararından sonra, uzlaşmanın gereklerinin yerine getirilmemesi halinde, 171 inci maddenin dördüncü fıkrasındaki şart aranmaksızın, kamu davası açılır. Uzlaşmanın sağlanması halinde, soruşturma konusu suç nedeniyle tazminat davası açılmaz; açılmış olan davadan feragat edilmiş sayılır. Şüphelinin, edimini yerine getirmemesi halinde uzlaşma

durch § 34 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Das Schlichtungsbüro übermittelt die Ermittlungsakten, den Bericht und, wenn vorhanden, den schriftlichen Vertrag an den Staatsanwalt.

(16) Auch wenn die Einigung ausgeschlagen wurde, können der Beschuldigte und der Verletzte oder der durch die Straftat Geschädigte mit einer ihre Einigung wiedergebenden Niederschrift spätestens bis zur Anfertigung der Anklageschrift den Staatsanwalt ersuchen und ihre Einigung mitteilen.

(17) Stellt der Staatsanwalt fest, dass die Einigung auf dem freien Willen der Parteien beruht und die Leistung rechtmäßig ist, so siegelt und unterschreibt er den Bericht oder die Niederschrift und bewahrt diese in den Ermittlungsakten auf.

(18) Ist die Schlichtung misslungen, so wird das Schlichtungsverfahren nicht erneut angewendet.

(19) Erbringt der Beschuldigte die Leistung infolge der Einigung sofort, so werden die Ermittlungen gegen ihn eingestellt. Ist die Erbringung der Leistung für ein späteres Datum, in Raten oder für eine gewisse Dauer vorgesehen, so wird von der Erhebung der öffentlichen Anklage gegen den Beschuldigten ungeachtet der in § 171 genannten Voraussetzungen vorläufig abgesehen. Während der Frist des vorläufigen Absehens ruht die Verjährung. Werden nach dem vorläufigen Absehen von der Erhebung der öffentlichen Klage die Auflagen der Einigung nicht erfüllt, so wird ungeachtet der in § 171 Abs. 4 genannten Voraussetzungen öffentliche Klage erhoben. Wurde die Einigung erzielt, so darf wegen der den Gegenstand der Ermittlungen bildenden Straftat keine Schadenersatzklage erhoben werden; die er-

raporu veya belgesi, 9/6/1932 tarihli ve 2004 sayılı İcra ve İflas Kanununun 38 inci maddesinde yazılı ilam mahiyetini haiz belgelerden sayılır.

(20) Uzlaştırma müzakereleri sırasında yapılan açıklamalar, herhangi bir soruşturma ve kovuşturmada ya da dava da delil olarak kullanılamaz.

(21) Şüpheli, mağdur veya suçtan zarar gören birine ilk uzlaşma teklifinde bulunduğu tarihten itibaren, uzlaştırma girişiminin sonuçsuz kaldığı ve en geç, uzlaştırmacının raporunu düzenleyerek Cumhuriyet savcısına verdiği tarihe kadar dava zamanaşımı ile kovuşturma koşulu olan dava süresi işlemez.

(22) (Değişik birinci cümle: 24/11/2016 – 6763/34 md.) Uzlaştırmacıya Adalet Bakanlığı tarafından belirlenen tarifeye göre ücret ödenir. Uzlaştırmacı ücreti ve diğer uzlaştırma giderleri, yargılama giderlerinden sayılır. Uzlaşmanın gerçekleşmesi halinde bu giderler Devlet Hazinesi tarafından karşılanır.

(23) Uzlaşma sonucunda verilecek kararlarla ilgili olarak bu Kanunda öngörülen kanun yollarına başvurulabilir.

(24) (Değişik: 24/11/2016 – 6763/34 md.) Her Cumhuriyet başsavcılığı bünyesinde uzlaştırma bürosu kurulur ve yeteri kadar Cumhuriyet savcısı ile personel görevlendirilir. Uzlaştırmacılar, avukatların veya hukuk öğrenimi görmüş kişilerin yer aldığı, Adalet Bakanlığı tarafından belirlenen uzlaştırmacı listelerinden görevlendirilir.

hobene Klage gilt als zurückgezogen. Erbringt der Beschuldigte die Leistung nicht, so gilt der Einigungsbericht oder die Niederschrift als einer der weiteren schriftlichen Vollstreckungstitel im Sinne von § 38 des Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzordnungsgesetzes Nr. 2004 v. 9.6.1932.

(20) Die während der Schlichtungsverhandlungen gemachten Aussagen dürfen in einem Strafverfahren oder in einer Klage nicht als Beweis verwendet werden.

(21) Ab dem Datum des ersten Einigungsvorschlags an einen der Beschuldigten, Verletzten oder durch die Straftat Geschädigten bis zum Datum des Scheiterns der Schlichtung, oder spätestens bis der Schlichter seinen Bericht erstattet und dem Staatsanwalt übergibt, ruhen die Verfolgungsverjährung sowie die Klagefrist als Prozessvoraussetzung.

(22) (Erster Satz geändert durch § 34 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Der Schlichter wird entsprechend dem vom Justizministerium festgelegten Tarif vergütet. Das Schlichtungshonorar und anderweitige Schlichtungsausgaben gelten als Prozesskosten. Erfolgt die Einigung, so werden diese Kosten von der Staatskasse übernommen.

(23) Gegen die infolge der Schlichtung ergangenen Entscheidungen können die in diesem Gesetz vorgesehenen Rechtsmittel beansprucht werden.

(24) (Hinzugefügt durch § 34 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Bei jeder Staatsanwaltschaft ist ein Schlichtungsbüro einzurichten und eine ausreichende Zahl von Staatsanwälten und Personal zu betrauen. Schlichter sind aus der Liste auszuwählen, die das Justizministerium erstellt und in der Rechtsanwälte oder Personen aufgelistet sind, die ein juristi-

Uzlaştırırmacı, hazırladıđı raporu, tutanakları ve varsa yazılı anlaşmayı büroya gönderir. Uzlaştırma süreci sonunda soruşturma dosyaları, uzlaştırma bürosunda görevli Cumhuriyet savcıları tarafından sonuçlandırılır.

(25) (Ek: 24/11/2016 – 6763/34 md.) Uzlaştırırmacıların nitelikleri, eğitimi, sınavı, görev ve sorumlulukları, denetimi, eğitim verecek kişi, kurum ve kuruluşların nitelikleri ve denetimleri ile uzlaştırırmacı sicili, uzlaştırırmacılar ve eğitim kurumlarının listelerinin düzenlenmesi, Cumhuriyet başsavcılıđı bünyesinde kurulan uzlaştırma bürolarının çalışma usul ve esasları, uzlaştırma teklifi ile müzakere usulü, uzlaştırma anlaşması ve raporda yer alacak konular ile uygulamaya dair diđer hususlara ilişkin usul ve esaslar, Adalet Bakanlıđınca çıkarılan yönetmelikle düzenlenir.

Madde 254. Mahkeme tarafından uzlaştırma (Deđişik: 6/12/2006 – 5560/25 md.)

(1) Kamu davası açıldıktan sonra kovuşturma konusu suçun uzlaşma kapsamında olduđunun anlaşılması halinde, kovuşturma dosyası, uzlaştırma işlemlerinin 253 üncü maddede belirtilen esas ve usüle göre yerine getirilmesi için uzlaştırma bürosuna gönderilir.

(2) Uzlaşma gerçekleştiđi takdirde, mahkeme, uzlaşma sonucunda sanığın edimini defaten yerine getirmesi halinde, davanın düşmesine karar verir.

ches Studium absolviert haben. Der Schlichter übermittelt den angefertigten Bericht, die Protokolle und, wenn vorhanden, den schriftlichen Vertrag an das Büro. Zum Abschluss des Schlichtungsverfahrens werden die Ermittlungsakten von den Staatsanwälten geschlossen, die im Schlichtungsbüro tätig sind.

(25) (Hinzugefügt durch § 34 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Eine vom Justizministerium zu erlassende Verordnung regelt Merkmale von Schlichtern, ihre Ausbildung, Prüfung, Aufträge, Pflichten, Beaufsichtigung, Merkmale der auszubildenden Personen, Ämter und Einrichtungen und deren Aufsicht sowie ein Schlichterregister, die Erstellung einer Liste von Schlichtern und Ausbildungseinrichtungen, Arbeitsweise und Grundsätze der innerhalb einer Staatsanwaltschaft einzurichtenden Schlichtungsbüros, den Schlichtungsvorschlag sowie die Verhandlungsordnung, die im Schlichtungsvertrag und im Bericht zu behandelnden Gesichtspunkte sowie andere praxisbezogene Verfahrensfragen und Grundsätze.

§ 254. Schlichtung durch das Gericht (geändert durch § 25 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006)

(1) Stellt sich nach der Zulassung der öffentlichen Klage heraus, dass die den Gegenstand des Hauptverfahrens bildende Straftat in den Anwendungsbereich der Einigung fällt, so werden die Akten des Hauptverfahrens dem Schlichtungsbüro übermittelt, damit die Schlichtungshandlungen entsprechend den in § 253 genannten Grundsätzen und Verfahren vorgenommen werden.

(2) Kommt eine Einigung zustande, so lässt das Gericht die Anklage fallen, wenn der Angeklagte die Leistung infolge der Einigung als Ganzes erbringt.

Edimin yerine getirilmesinin ileri tarihe bırakılması, takside bağlanması veya süreklilik arz etmesi halinde; sanık hakkında, 231 inci maddedeki şartlar aranmaksızın, hükmün açıklanmasının geri bırakılmasına karar verilir. Geri bırakma süresince zamanaşımı işlemez. Hükmün açıklanmasının geri bırakılmasına karar verildikten sonra, uzlaşmanın gereklerinin yerine getirilmemesi halinde, mahkeme tarafından, 231 inci maddenin onbirinci fıkrasındaki şartlar aranmaksızın, hüküm açıklanır.

Madde 255. Birden çok fail bulunması hâlinde uzlaşma

(1) Aralarında iştirak ilişkisi olsun veya olmasın birden çok kişi tarafından işlenen suçlarda, ancak uzlaşan kişi uzlaşmadan yararlanır.

İkinci Bölüm Müsadere Usulü

Madde 256. Başvuru

(1) Müsadere kararı verilmesi gereken hâllerde, kamu davası açılmamış veya kamu davası açılmış olup da esasla beraber bir karar verilmemişse; karar verilmesi için, Cumhuriyet savcısı veya katılan, davayı görmeye yetkili mahkemeye başvurabilir.

(2) Kamu davası açılmış olup da iade edilmesi gereken eşya veya malvarlığı değerleri ile ilgili olarak esasla birlikte bir karar verilmemiş olması durumunda, mahkemece re'sen veya ilgililerin istemi üzerine bunların iadesine karar verilir.

Madde 257. Duruşma ve karar

(1) 256 ncı maddeye göre verilmesi

Ist die Erbringung der Leistung für ein späteres Datum, in Raten oder für eine gewisse Dauer vorgesehen, so wird die Verkündung des Urteils gegen den Angeklagten ungeachtet der in § 231 genannten Voraussetzungen aufgeschoben. Während der Aufschiebefrist ruht die Verjährung. Werden nach dem Aufschub der Verkündung des Urteils die Auflagen der Einigung nicht erfüllt, so wird das Urteil ungeachtet der in 231 Abs. 11 genannten Voraussetzungen verkündet.

§ 255. Einigung bei mehreren Tätern

(1) Ungeachtet dessen, ob bei den durch mehrere Personen begangenen Straftaten ein Teilnahmeverhältnis vorliegt oder nicht, kommt die Einigung nur der Person zugute, die dieser zustimmt.

Zweiter Abschnitt Verfahren bei Einziehungen

§ 256. Antrag

(1) Ist eine Entscheidung über eine Einziehung zu treffen, so kann der Staatsanwalt oder der Nebenkläger bei dem sachlich zuständigen Gericht beantragen, die Entscheidung zu treffen, wenn die öffentliche Klage nicht erhoben oder aber erhoben, jedoch in der Sache keine Entscheidung darüber gefällt wurde.

(2) Ist die öffentliche Klage erhoben und in der Sache keine Entscheidung über die zurückzugebenden Sachen oder Vermögenswerte gefällt worden, so wird vom Gericht von Amts wegen oder auf Antrag der Betroffenen ihre Rückgabe beschlossen.

§ 257. Verhandlung und Beschluss

(1) Die nach § 256 zu erlassenden Be-

gereken kararlar, duruşmalı olarak verilir.

(2) Müsadere veya iade olunacak eşya veya diğer malvarlığı değerleri üzerinde hakkı olan kimseler de duruşmaya çağrılır. Bu kişiler, sanığın sahip olduğu hakları kullanabilirler.

(3) Çağrıya uymamaları, işlemin ertelenmesine neden olmaz ve hükmün verilmesini engellemez.

Madde 258. Kanun yolu

(1) 256 ncı maddeye göre verilecek hükümlere karşı Cumhuriyet savcısı, katılan ve 257 nci maddede belirlenen kişiler için istinaf yolu açıktır.

Madde 259. Suç konusu olmayan eşyanın müsadereesi

(1) Suç konusu olmayıp sadece müsadereye tâbi bulunan eşyanın müsadereesine sulh ceza hâkimi tarafından duruşma yapılmaksızın karar verilir.

schlüsse ergehen nach der Verhandlung.

(2) Auch die Personen sind zur Verhandlung zu laden, die ein Recht auf die einzuziehenden oder zurückzugebenden Sachen oder auf andere Vermögenswerte haben. Diese Personen können von den Rechten Gebrauch machen, die dem Angeklagten zustehen.

(3) Folgen sie der Ladung nicht, so hält dies das Verfahren und die Urteilsfällung nicht auf.

§ 258. Rechtsmittel

(1) Der Staatsanwalt, der Nebenkläger und die in § 257 genannten Personen sind berechtigt, gegen die nach § 256 zu fällenden Urteile Berufung einzulegen.

§ 259. Einziehung von Sachen, die nicht Gegenstand der Straftat sind

(1) Die Einziehung von Sachen, die nicht Gegenstand der Straftat sind, sondern lediglich der Einziehung unterliegen, wird durch den Friedensrichter in Strafsachen ohne mündliche Verhandlung angeordnet.

ALTINCI KİTAP

Kanun Yolları

Birinci Kısım

Genel Hükümler

Madde 260. Kanun yollarına başvurma hakkı

(1) Hâkim ve mahkeme kararlarına karşı Cumhuriyet savcısı, şüpheli, sanık ve bu Kanuna göre katılan sıfatını almış olanlar ile katılma isteği karara bağlanmamış, reddedilmiş veya katılan sıfatını alabilecek surette suçtan zarar görmüş bulunanlar için kanun yolları açıktır.

(2) (Değişik: 18/6/2014 – 6545/73 md.) Ağır ceza mahkemelerinde bulunan Cumhuriyet savcıları, ağır ceza mahkemesinin yargı çevresindeki asliye ceza mahkemelerinin; bölge adliye mahkemesinde bulunan Cumhuriyet savcıları, bölge adliye mahkemelerinin kararlarına karşı kanun yollarına başvurabilirler.

(3) Cumhuriyet savcısı, sanık lehine olarak da kanun yollarına başvurabilir.

Madde 261. Avukatın başvurma hakkı

(1) Avukat, müdafiliğini veya vekilliğini üstlendiği kişilerin açık arzusuna aykırı olmamak koşuluyla kanun yollarına başvurabilir.

SECHSTES BUCH

Rechtsmittel

Erster Teil

Allgemeine Vorschriften

§ 260. Recht auf die Einlegung von Rechtsmitteln

(1) Der Staatsanwalt, der Beschuldigte, der Angeklagte und die Personen, die nach diesem Gesetz den Status des Nebenklägers einnehmen oder in der Weise durch die Straftat geschädigt wurden, dass sie diesen Status einnehmen könnten, sowie diejenigen, deren Antrag auf Anschluss keiner Entscheidung unterworfen oder abgelehnt wurde, sind berechtigt, gegen die richterlichen und gerichtlichen Entscheidungen Rechtsmittel einzulegen.

(2) (Geändert durch § 73 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014) Rechtsmittel gegen die Entscheidungen der Strafkammern von Amtsgerichten stehen den Staatsanwälten zu, die bei den Gerichten für schwere Straftaten angesiedelt sind, in deren Bezirk sich das Amtsgericht befindet; gegen die Entscheidungen des Regionalgerichts den Staatsanwälten, die bei letzteren angesiedelt sind.

(3) Der Staatsanwalt kann von Rechtsmitteln auch zugunsten des Angeklagten Gebrauch machen.

§ 261. Recht des Rechtsanwalts auf Einlegung von Rechtsmitteln

(1) Für die Personen, deren Verteidigung oder Vertretung er übernommen hat, kann der Rechtsanwalt Rechtsmittel einlegen, jedoch nicht gegen deren ausdrücklichen Willen.

Madde 262. Yasal temsilcinin ve eşin başvurma hakkı

(1) Şüpheli veya sanığın yasal temsilcisi ve eşi, şüpheli veya sanığa açık olan kanun yollarına süresi içinde kendiliklerinden başvurabilirler. Şüphelinin veya sanığın başvurusuna ilişkin hükümler, bunlar tarafından yapılacak başvuru ve onu izleyen işlemler için de geçerlidir.

Madde 263. Tutuklunun kanun yollarına başvurusu

(1) Tutuklu bulunan şüpheli veya sanık, zabıt kâtibine veya tutuklu bulunduğu ceza infaz kurumu ve tutukevi müdürüne beyanda bulunmak suretiyle veya bu hususta bir dilekçe vererek kanun yollarına başvurabilir.

(2) Zabıt kâtibine başvuru hâlinde, kanun yollarına başvuru beyanı veya dilekçesi ilgili deftere kaydedildikten sonra bu hususları belirten bir tutanak düzenlenerek tutuklu bulunan şüpheli veya sanığa bir örneği verilir.

(3) Kurum müdürüne başvuru hâlinde ikinci fıkra hükmüne göre işlem yapılarak, tutanak ve dilekçe derhâl ilgili mahkemeye gönderilir. Zabıt kâtibi başvurusu ilgili deftere kaydeder.

(4) Zabıt kâtibi veya kurum müdürü tarafından ikinci fıkra hükmüne göre işlem yapıldığı zaman kanun yolları için bu Kanunda belirlenen süreler kesilmiş sayılır.

§ 262. Recht des gesetzlichen Vertreters und des Ehegatten auf Einlegung von Rechtsmitteln

(1) Der gesetzliche Vertreter des Beschuldigten oder Angeklagten sowie sein Ehegatte können die für den Beschuldigten oder Angeklagten zulässigen Rechtsmittel im Rahmen ihrer Frist selbstständig beanspruchen. Auf die von diesen gestellten Anträge und das folgende Verfahren sind die für die Anträge des Beschuldigten oder des Angeklagten geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

§ 263. Rechtsmitteleinlegung des Untersuchungshäftlings

(1) Der inhaftierte Beschuldigte oder Angeklagte kann Rechtsmittel einlegen, indem er gegenüber dem Urkundsbeamten oder dem Direktor der Strafvollzugs- und Untersuchungshaftanstalt, in der er inhaftiert ist, eine Erklärung abgibt oder bei diesem einen entsprechenden Antrag stellt.

(2) Wird der Urkundsbeamte ersucht, so wird, nachdem die Erklärung zur Rechtsmitteleinlegung oder der Antrag in das betreffende Register eingetragen wurde, ein Protokoll aufgenommen, das dies angibt, und dem inhaftierten Beschuldigten oder Angeklagten wird eine Abschrift ausgehändigt.

(3) Wird der Anstaltsdirektor ersucht, so wird nach Abs. 2 verfahren. Das Protokoll und der Antrag sind sofort dem betreffenden Gericht zu senden. Der Urkundsbeamte trägt die Rechtsmitteleinlegung in das betreffende Heft ein.

(4) Verfährt der Urkundsbeamte oder der Anstaltsdirektor nach Abs. 2, so gelten die in diesem Gesetz für Rechtsmittel vorgesehenen Fristen als unterbrochen.

İkinci Bölüm Müsadere Usulü

Madde 264. Kanun yolunun belirlenmesinde yanılma

(1) Kabul edilebilir bir başvuruda kanun yolunun veya merciin belirlenmesinde yanılma, başvuranın haklarını ortadan kaldırmaz.

(2) Bu hâlde başvurunun yapıldığı merci, başvuruyu derhâl görevli ve yetkili olan mercie gönderir.

Madde 265. Cumhuriyet savcısının başvuru sonucunun kapsamı

(1) Cumhuriyet savcısı tarafından aleyhine kanun yoluna gidilen karar, sanık lehine bozulabilir veya değiştirilebilir. Cumhuriyet savcısı, kanun yoluna sanık lehine başvurduğunda, yeniden verilen hüküm önceki hükümde tayin edilmiş olan cezadan daha ağır bir cezayı içeremez.

Madde 266. Başvurudan vazgeçilmesi ve etkisi

(1) Kanun yoluna başvurulduktan sonra bundan vazgeçilmesi, merci tarafından karar verilinceye kadar geçerlidir. Ancak, Cumhuriyet savcısı tarafından sanık lehine yapılan başvurudan onun rızası olmaksızın vazgeçilemez.

(2) Müdafinin veya vekilin başvurudan vazgeçebilmesi, vekâletnamede bu hususta özel yetkili kılınmış olması koşuluna bağlıdır.

(3) 150 nci maddenin ikinci fıkrası uyarınca, kendisine müdafî atanan

Zweiter Abschnitt Verfahren bei Einziehungen

§ 264. Irrtum in der Bezeichnung des Rechtsmittels

(1) Ein Irrtum in der Bezeichnung eines zulässigen Rechtsmittels oder einer Instanz ist für die Rechte des Antragstellers unschädlich.

(2) In einem solchen Fall sendet die Instanz, bei der das Rechtsmittel eingelegt wurde, den Antrag sofort an die sachlich und örtlich zuständige Instanz.

§ 265. Umfang der Wirkung der Rechtsmitteleinlegung des Staatsanwalts

(1) Eine Entscheidung, gegen die vom Staatsanwalt ein Rechtsmittel eingelegt wurde, kann zugunsten des Angeklagten aufgehoben oder abgeändert werden. Das abgeänderte Urteil darf keine Strafe enthalten, die schwerer als die in dem vorherigen Urteil festgelegte Strafe ist, wenn der Staatsanwalt das Rechtsmittel zugunsten des Angeklagten eingelegt hat.

§ 266. Zurücknahme eines Rechtsmittels und ihre Wirkung

(1) Die Zurücknahme eines eingelegten Rechtsmittels ist bis zur Fällung einer Entscheidung durch die zuständige Instanz wirksam. Allerdings darf das Rechtsmittel, das der Staatsanwalt zugunsten des Angeklagten eingelegt hat, nicht ohne dessen Zustimmung zurückgenommen werden.

(2) Die Zurücknahme eines eingelegten Rechtsmittels durch den Verteidiger oder Vertreter bedarf einer ausdrücklichen Ermächtigung in der Vollmacht.

(3) Soll zugunsten von Beschuldigten oder Angeklagten, denen ein Verteidiger

şüpheli veya sanıklar yararına kanun yoluna başvurulduğunda veya başvuru-
lan kanun yolundan vazgeçildiğinde
şüpheli veya sanık ile müdafinin iradesi
çelişirse müdafinin iradesi geçerli sayılır.

İkinci Kısım Olağan Kanun Yolları

Birinci Bölüm İtiraz

Madde 267. İtiraz olunabilecek kararlar

(1) Hâkim kararları ile kanunun gösterdiği hâllerde, mahkeme kararlarına karşı itiraz yoluna gidilebilir.

Madde 268. İtiraz usulü ve inceleme mercileri

(1) Hâkim veya mahkeme kararına karşı itiraz, kanunun ayrıca hüküm koymadığı hâllerde 35 inci maddeye göre ilgililerin kararı öğrendiği günden itibaren yedi gün içinde kararı veren mercie verilecek bir dilekçe veya tutanağa geçirilmek koşulu ile zabıt kâtibine beyanda bulunmak suretiyle yapılır. Tutanakla tespit edilen beyanı ve imzayı mahkeme başkanı veya hâkim onaylar. 263 üncü madde hükmü saklıdır.

(2) Kararına itiraz edilen hâkim veya mahkeme, itirazı yerinde görürse kararını düzeltir; yerinde görmezse en çok üç gün içinde, itirazı incelemeye yetkili olan mercie gönderir.

(3) İtirazı incelemeye yetkili merciler aşağıda gösterilmiştir:

a) (Değişik: 18/6/2014 – 6545/74 md.)

entsprechend § 150 Abs. 2 zugewiesen wurde, ein Rechtsmittel eingelegt oder ein eingelegtes Rechtsmittel zurückgenommen werden und steht der Wille des Beschuldigten oder Angeklagten im Widerspruch zu dem des Verteidigers, so geht der Wille des Verteidigers vor.

Zweiter Teil Ordentliche Rechtsmittel

Erster Abschnitt Beschwerde

§ 267. Anfechtbare Beschlüsse

(1) Die Beschwerde ist gegen richterliche und, wenn es das Gesetz vorsieht, gerichtliche Beschlüsse zulässig.

§ 268. Beschwerdeverfahren und Prüfungsinstanzen

(1) Gegen einen richterlichen oder gerichtlichen Beschluss wird die Beschwerde, solange im Gesetz nicht anders geregelt, binnen sieben Tagen nach dem Tag der Kenntnisnahme vom Beschluss durch die Betroffenen im Sinne des § 35 schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten eingelegt. Der Gerichtsvorsitzende oder der Richter bestätigt die durch das Protokoll festgestellte Erklärung und die Unterschrift. § 263 bleibt unberührt.

(2) Erachtet der Richter oder das Gericht, dessen Entscheidung angefochten wird, die Beschwerde für begründet, so korrigieren sie ihre Entscheidung; erachten sie sie für unbegründet, so legen sie die Beschwerde innerhalb von höchstens drei Tagen der Instanz vor, die zur Prüfung zuständig ist.

(3) Die Beschwerdeinstanzen werden nachfolgend aufgeführt:

a) (Geändert durch § 74 Ges. Nr. 6545

Sulh ceza hâkimliği kararlarına yapılan itirazların incelenmesi, o yerde birden fazla sulh ceza hâkimliğinin bulunması hâlinde, numara olarak kendisini izleyen hâkimliğe; son numaralı hâkimlik için bir numaralı hâkimliğe; ağır ceza mahkemesinin bulunmadığı yerlerde tek sulh ceza hâkimliği varsa, yargı çevresinde görev yaptığı ağır ceza mahkemesinin bulunduğu yerdeki sulh ceza hâkimliğine; ağır ceza mahkemesinin bulunduğu yerlerde tek sulh ceza hâkimliği varsa, en yakın ağır ceza mahkemesinin bulunduğu yerdeki sulh ceza hâkimliğine aittir.

- b) (Değişik: 18/6/2014 – 6545/74 md.) İtiraz üzerine ilk defa sulh ceza hâkimliği tarafından verilen tutuklama kararlarına itiraz edilmesi durumunda da (a) bendindeki usul uygulanır. Ancak, ilk tutuklama talebini reddeden sulh ceza hâkimliği, tutuklama kararını itiraz mercii olarak inceleyemez.
- c) Asliye ceza mahkemesi hâkimi tarafından verilen kararlara yapılacak itirazların incelenmesi, yargı çevresinde buldukları ağır ceza mahkemesine ve bu mahkeme ile başkanı tarafından verilen kararlar

v. 18.6.2014) Für die Prüfung der gegen die Beschlüsse des Amtes des Friedensrichters in Strafsachen eingelegten Beschwerden ist das ihm numerisch folgende Richteramt zuständig, wenn an jenem Ort mehrere Ämter für Friedensrichter in Strafsachen vorhanden sind; das Richteramt mit der Nummer 1 ist für das Richteramt mit der höchsten Nummer zuständig; besteht an einem Ort, an dem kein Gericht für schwere Straftaten vorhanden ist, nur ein einziges Amt für Friedensrichter in Strafsachen, so ist das Amt für Friedensrichter in Strafsachen am Ort des Gerichts für schwere Straftaten zuständig, in dessen Bezirk das erste tätig ist; gibt es nur ein einziges Amt für Friedensrichter in Strafsachen an dem Ort, an dem ein Gericht für schwere Straftaten tätig ist, so ist das Amt für Friedensrichter in Strafsachen zuständig, das sich am Ort des nächstgelegenen Gerichts für schwere Straftaten befindet.

- b) (Geändert durch § 74 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014) Nach lit. (a) ist auch dann zu verfahren, wenn Beschwerde gegen einen Haftbefehl eingelegt wird, der zum ersten Mal durch das Amt für Friedensrichter in Strafsachen im Beschwerdeverfahren selbst erlassen wurde. Allerdings darf das Amt für Friedensrichter in Strafsachen, das den ersten Antrag auf den Erlass des Haftbefehls abgelehnt hat, als Beschwerdeinstanz den Erlass des Haftbefehls nicht prüfen.
- c) Für die Prüfung der gegen die Beschlüsse der Strafkammer des Amtsgerichts eingelegten Beschwerden ist das Gericht für schwere Straftaten zuständig, in dessen Bezirk dieses Amtsgericht tätig ist; für die Prüfung

hakkındaki itirazların incelenmesi, o yerde ağır ceza mahkemesinin birden çok dairesinin bulunması hâlinde, numara olarak kendisini izleyen daireye; son numaralı daire için birinci daireye; o yerde ağır ceza mahkemesinin tek dairesi varsa, en yakın ağır ceza mahkemesine aittir.

- d) Naip hâkim kararlarına yapılacak itirazların incelenmesi, mensup oldukları ağır ceza mahkemesi başkanına, istinabe olunan mahkeme kararlarına karşı yukarıdaki bentlerde belirtilen esaslara göre buldukları yerdeki mahkeme başkanı veya mahkemeye aittir.
- e) Bölge adliye mahkemesi ceza dairelerinin kararları ile Yargıtay ceza dairelerinin esas mahkeme olarak baktıkları davalarda verdikleri kararlara yapılan itirazlarda; üyenin kararını görevli olduğu dairenin başkanı, daire başkanı ile ceza dairesinin kararını numara itibarıyla izleyen ceza dairesi; son numaralı daire söz konusu ise birinci ceza dairesi inceler.

der gegen die Beschlüsse des Gerichts für schwere Straftaten oder seines Vorsitzenden eingelegten Beschwerden ist die ihm numerisch folgende Kammer zuständig, wenn das Gericht für schwere Straftaten an dem Ort mehrere Kammern hat; die Kammer mit der Nummer 1 ist für die Kammer mit der höchsten Nummer zuständig; gibt es an dem Ort eine einzige Kammer des Gerichts für schwere Straftaten, so ist das nächstgelegene Gericht für schwere Straftaten zuständig.

- d) Für die Prüfung von Beschwerden gegen die Beschlüsse eines beauftragten Richters ist der Vorsitzende des Gerichts für schwere Straftaten zuständig, dem dieser angehört; für die Prüfung von Beschwerden gegen die Beschlüsse des ersuchten Gerichts sind die Gerichtsvorsitzenden oder die Gerichte des Orts entsprechend den obigen Buchstaben, an dem dieses tätig ist, zuständig.
- e) Bei den Beschwerden gegen die Beschlüsse der Strafkammern eines Regionalgerichts sowie der Strafsenate des Kassationsgerichtshofs in Sachen, mit denen diese als Tatgericht befasst sind, werden die Beschlüsse eines beisitzenden Richters durch den Vorsitzenden der entsprechenden Kammer, die Beschlüsse des Vorsitzenden der Kammer sowie die der Strafkammer selbst durch die ihr numerisch folgende Strafkammer geprüft; für die Kammer mit der höchsten Nummer ist die 1. Strafkammer zuständig.

Madde 269. İtirazın kararın yerine getirilmesinde etkisi

- (1) İtiraz, kararın yerine getirilmesinin

§ 269. Wirkung der Beschwerde-einlegung auf den Vollzug des Beschlusses

- (1) Durch die Einlegung der Beschwerde

geri bırakılması sonucunu doğurmaz.

(2) Ancak, kararına itiraz edilen makam veya kararı inceleyecek merci, geri bırakılmasına karar verebilir.

Madde 270. İtirazın Cumhuriyet savcısına ve karşı tarafa tebliği ile inceleme ve araştırma yapılması

(1) İtirazı inceleyecek merci, yazı ile cevap verebilmesi için itirazı, Cumhuriyet savcısı ve karşı tarafa bildirebilir. Mercii, inceleme ve araştırma yapabileceği gibi gerekli gördüğünde bunların yapılmasını da emredebilir.

(2) (Ek: 11/4/2013 – 6459/20 md.) 101 ve 105 inci maddeler uyarınca yapılan itiraz üzerine Cumhuriyet savcısından görüş alınması durumunda, bu görüş şüpheli, sanık veya müdafiiine bildirilir. Şüpheli, sanık veya müdafii üç gün içinde görüşünü bildirebilir.

Madde 271. Karar

(1) Kanunda yazılı olan hâller saklı kalmak üzere, itiraz hakkında duruşma yapılmaksızın karar verilir. Ancak, gerekli görüldüğünde Cumhuriyet savcısı ve sonra müdafii veya vekil dinlenir.

(2) İtiraz yerinde görülürse merci, aynı zamanda itiraz konusu hakkında da karar verir.

(3) Karar mümkün olan en kısa sürede verilir.

wird der Vollzug des Beschlusses nicht gehemmt.

(2) Jedoch kann die Instanz, deren Beschluss angefochten wird, oder die Beschwerdeinstanz anordnen, dass seine Vollziehung ausgesetzt wird.

§ 270. Zustellung der Beschwerde an den Staatsanwalt und den Gegner sowie Untersuchungen und Ermittlungen

(1) Die Instanz, welche die Beschwerde prüft, kann den Staatsanwalt oder den Gegner von der Beschwerde in Kenntnis setzen, damit sich diese schriftlich äußern können. Die Instanz kann Untersuchungen oder Ermittlungen selbst anstellen oder diese anordnen, wenn sie das als erforderlich betrachtet.

(2) (Hinzugefügt durch § 20 Ges. Nr. 6459 v. 11.4.2013) Wird um die Stellungnahme des Staatsanwalts bei einer Beschwerde nach § 101 oder § 105 gebeten, so wird diese Stellungnahme dem Beschuldigten, dem Angeklagten oder seinem Verteidiger mitgeteilt. Der Beschuldigte, der Angeklagte oder sein Verteidiger kann seine Stellungnahme binnen drei Tagen mitteilen.

§ 271. Entscheidung

(1) Abgesehen von den gesetzlich genannten Fällen wird über eine Beschwerde ohne mündliche Verhandlung entschieden. Jedoch werden der Staatsanwalt und anschließend der Verteidiger oder der Vertreter angehört, wenn dies für erforderlich erachtet wird.

(2) Wird die Beschwerde für begründet erachtet, so entscheidet die Instanz gleichzeitig in der angefochtenen Sache selbst.

(3) Die Entscheidung ergeht in kürzestmöglicher Zeit.

(4) Merciin, itiraz üzerine verdiği kararları kesindir; ancak ilk defa merci tarafından verilen tutuklama kararlarına karşı itiraz yoluna gidilebilir.

İkinci Bölüm İstinaf

Madde 272. İstinaf

(1) İlk derece mahkemelerinden verilen hükümlere karşı istinaf yoluna başvurulabilir. Ancak, onbeş yıl ve daha fazla hapis cezalarına ilişkin hükümler, bölge adliye mahkemesince re'sen incelenir.

(2) Hükümden önce verilip hükme esas teşkil eden veya başkaca kanun yolu öngörülmemiş olan mahkeme kararlarına karşı da hükümle birlikte istinaf yoluna başvurulabilir.

(3) Ancak;

a) (Değişik: 31/3/2011 – 6217/23 md.) Hapis cezasından çevrilen adli para cezaları hariç olmak üzere, sonuç olarak belirlenen üçbin Türk Lirası dâhil adli para cezasına mahkûmiyet hükümlerine,

b) Üst sınırı beşyüz günü geçmeyen adli para cezasını gerektiren suçlardan beraat hükümlerine,

c) Kanunlarda kesin olduğu yazılı bulunan hükümlere,

Karşı istinaf yoluna başvurulamaz.

Madde 273. İstinaf istemi ve süresi

(1) İstinaf istemi, hükmün açıklanmasından itibaren yedi gün içinde hükmü

(4) Die von der Instanz auf eine Beschwerde hin gefällten Entscheidungen sind unanfechtbar; jedoch kann gegen den Erlass eines Haftbefehls durch die Instanz Beschwerde eingelegt werden.

Zweiter Abschnitt Berufung

§ 272. Berufung

(1) Gegen die Urteile der erstinstanzlichen Gerichte kann Berufung eingelegt werden. Jedoch werden Urteile, die eine Haftstrafe von 15 oder mehr Jahren betreffen, vom Regionalgericht von Amts wegen geprüft.

(2) Auch gegen die gerichtlichen Entscheidungen, die dem Urteil vorausgegangen sind oder nicht durch ein Rechtsmittel anfechtbar waren, kann Berufung eingelegt werden, soweit es auf ihnen beruht.

(3) Allerdings ist gegen

a) (Geändert durch § 23 Ges. Nr. 6217 v. 31.3.2011) Urteile, durch die – abgesehen von den in eine Haftstrafe umgewandelten Geldstrafen – zu einer endgültig festgelegten Geldstrafe bis einschließlich 3.000 Türkische Lira verurteilt wurde,

b) Urteile, durch die von einer Straftat freigesprochen wurde, die im Höchstmaß mit einer Geldstrafe von nicht mehr als 500 Tagessätzen bedroht ist,

c) Urteile, deren Unanfechtbarkeit gesetzlich festgelegt ist,

Berufung unzulässig.

§ 273. Berufungseinlegung und deren Frist

(1) Die Berufung ist binnen sieben Tagen nach der Verkündung des Urteils

veren mahkemeye bir dilekçe verilmesi veya zabıt kâtibine bir beyanda bulunulması suretiyle yapılır; beyan tutanağa geçirilir ve tutanak hâkime onaylatılır. Tutuklu sanık hakkında 263 üncü madde hükmü saklıdır.

(2) Hüküm, istinaf yoluna başvurma hakkı olanların yokluğunda açılmışsa, süre tebliğ tarihinden başlar.

(3) (Değişik: 18/6/2014 – 6545/75 md.) Ağır ceza mahkemelerinde bulunan Cumhuriyet savcılarını, mahkemelerinin yargı çevresi içerisindeki asliye mahkemelerinin hükümlerine karşı, kararın o yer Cumhuriyet başsavcılığına geliş tarihinden itibaren yedi gün içinde istinaf yoluna başvurabilirler.

(4) Sanık ve bu Kanuna göre katılan sıfatını almış olanlar ile katılma isteği karara bağlanmamış, reddedilmiş veya katılan sıfatını alabilecek surette suçtan zarar görmüş bulunanların dilekçe veya beyanında, başvuruya ilişkin nedenlerin gösterilmemesi inceleme yapılmasına engel olmaz.

(5) Cumhuriyet savcısı, istinaf yoluna başvurma nedenlerini gerekçeleriyle birlikte yazılı isteminde açıkça gösterir. Bu istem ilgililere tebliğ edilir. İlgililer, tebliğ tarihinden itibaren yedi gün içinde bu husustaki cevaplarını bildirebilirler.

Madde 274. Eski hâle getirme süresi içinde istinaf süresinin işlenmesi

(1) Sanık, yokluğunda aleyhine verilen

schriftlich bei dem urteilenden Gericht oder dem Urkundsbeamten durch eine Erklärung zu Protokoll einzulegen; die Erklärung wird beurkundet und die Urkunde dem Richter zur Bestätigung vorgelegt. Im Hinblick auf den inhaftierten Angeklagten bleibt § 263 unberührt.

(2) Wurde das Urteil in Abwesenheit der Berufungsberechtigten verkündet, so beginnt die Frist mit dem Datum der Zustellung.

(3) (Geändert durch § 75 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014) Staatsanwälte, die bei den Gerichten für schwere Straftaten angesiedelt sind, können gegen die Urteile der Amtsgerichte in ihrem Bezirk binnen sieben Tagen nach dem Datum des Eingangs der Entscheidung bei der örtlichen Staatsanwaltschaft Berufung einlegen.

(4) Falls der Angeklagte oder die Personen, die nach diesem Gesetz den Status des Nebenklägers einnahmen oder in einer Weise durch die Straftat geschädigt wurden, dass sie diesen Status einnehmen könnten, sowie diejenigen, deren Antrag auf Anschluss keiner Entscheidung unterworfen oder abgelehnt wurde, in ihren Berufungsschriften oder Erklärungen keine Beschwerdepunkte genannt haben, ist das für die Prüfung der Berufung unschädlich.

(5) In seiner Berufungsschrift gibt der Staatsanwalt die Beschwerdepunkte mit ihren Begründungen ausdrücklich an. Diese Schrift ist den Betreffenden zuzustellen. Die Betreffenden können ihre diesbezüglichen Antworten binnen sieben Tagen nach dem Datum der Zustellung mitteilen.

§ 274. Lauf der Berufungsfrist während der Wiedereinsetzungsfrist

(1) Der Angeklagte kann gegen Urteile,

hükümlere karşı eski hâle getirme isteminde bulunabilir. Eski hâle getirme süresi içinde de istinaf süresi işler. Sanığın eski hâle getirme isteminde bulunduğu hâllerde, ayrıca istinaf isteminde bulunması gerekir. Bu hâlde istinaf istemi ile ilişkili işler, eski hâle getirme istemi hakkında karar verilmeye kadar ertelenir.

Madde 275. İstinaf başvurusunun etkisi

(1) Süresi içinde yapılan istinaf başvurusu, hükmün kesinleşmesini engeller.

(2) Hüküm, istinaf yoluna başvuran Cumhuriyet savcısına veya ilgililere gerekçesiyle birlikte açıklanmamışsa; hükme karşı istinaf yoluna başvurulduğunun mahkemece öğrenilmesinden itibaren gerekçe, yedi gün içinde tebliğ edilir.

Madde 276. İstinaf isteminin hükmü veren mahkemece reddi

(1) İstinaf istemi, kanunî sürenin geçmesinden sonra veya aleyhine istinaf yoluna başvurulamayacak bir hükme karşı yapılmışsa ya da istinaf yoluna başvuranın buna hakkı yoksa, hükmü veren mahkeme bir kararla dilekçeyi reddeder.

(2) İstinaf başvurusunda bulunan Cumhuriyet savcısı veya ilgililer, ret kararının kendilerine tebliğinden itibaren yedi gün içinde bölge adliye mahkemesinden bu hususta bir karar vermesini isteyebilirler. Bu takdirde dosya bölge adliye mahkemesine gönderilir. Ancak, bu nedenle hükmün infazı ertelenemez.

die in seiner Abwesenheit zu seinen Lasten ergangen sind, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragen. Die Berufungsfrist läuft auch während der Wiedereinsetzungsfrist. Beantragt der Angeklagte die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, so hat er die Berufung gesondert einzulegen. In diesem Fall wird das weitere Verfahren bezüglich der Berufung bis zur Erledigung des Antrags auf die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand aufgeschoben.

§ 275. Wirkung der Berufungseinlegung

(1) Durch die rechtzeitige Einlegung der Berufung wird die Rechtskraft des Urteils gehemmt.

(2) Wurde das Urteil mit den Gründen dem die Berufung einlegenden Staatsanwalt oder anderen Betreffenden noch nicht bekannt gegeben, so ist es binnen sieben Tagen ab der Kenntnisnahme des Gerichts von der Einlegung der Berufung zuzustellen.

§ 276. Verwerfung der Berufung durch das urteilende Gericht

(1) Das urteilende Gericht verwirft die Berufung durch einen Beschluss, wenn sie nach dem Ablauf der gesetzlichen Frist oder gegen ein durch Berufung nicht anfechtbares Urteil eingelegt wurde oder der Berufungsführer dazu nicht berechtigt ist.

(2) Der Staatsanwalt oder die Betroffenen können binnen sieben Tagen nach der Zustellung des Verwerfungsbeschlusses die Entscheidung des Regionalgerichts beantragen. In diesem Fall sind die Akten an das Regionalgericht einzusenden. Die Vollstreckung des Urteils wird dadurch jedoch nicht gehemmt.

Madde 277. İstinaf isteminin tebliği ve cevabı

(1) 276 ncı maddeye göre hükmü veren mahkemece reddedilmeyen istinaf dilekçesi veya beyana ilişkin tutanağın bir örneği karşı tarafa tebliğ olunur. Karşı taraf, tebliğ tarihinden itibaren yedi gün içinde yazılı olarak cevabını verebilir.

(2) Karşı taraf sanık ise, bir tutanağa bağlanmak üzere zabıt kâtibine yapılacak bir beyanla da cevabını verebilir. Cevap verildikten veya bunun için belirli süre bittikten sonra dava dosyası, bölge adliye mahkemesine gönderilir.

(3) 262 ve 263 üncü madde hükümleri saklıdır.

Madde 278. Dosyanın bölge adliye mahkemesinde tevzii (Değişik: 15/8/2016-KHK-674/14 md.; Aynen kabul: 10/11/2016 – 6758/14 md.)

(1) Dava dosyası, bölge adliye mahkemesine geldiğinde işbölümüne göre görevli ceza dairesine verilir. Daire, varsa tebligat eksikliklerinin giderilmesini sağlar.

Madde 279. Dosya üzerinde ön inceleme

(1) Dosya üzerinde yapılan ön inceleme sonunda;

- a) Bölge adliye mahkemesinin yetkili olmadığına anlaşılması hâlinde dosyanın yetkili bölge adliye mahkemesine gönderilmesine,
- b) Bölge adliye mahkemesine başvurunun süresi içinde yapılmadığının,

§ 277. Zustellung der Berufungsschrift und Gegenerklärung

(1) Die vom urteilenden Gericht nach § 276 nicht verworfene Berufungsschrift oder eine Abschrift der beurkundeten Erklärung ist dem Gegner zuzustellen. Der Gegner kann sich binnen sieben Tagen nach dem Datum der Zustellung schriftlich äußern.

(2) Ist der Gegner der Angeklagte, so kann er seine Gegenerklärung dem Urkundsbeamten zu Protokoll geben. Nachdem die Gegenerklärung eingereicht oder die dafür vorgesehene Frist verstrichen ist, sind die Verfahrensakten dem Berufungsgericht zu übersenden.

(3) §§ 262 und 263 bleiben unberührt.

§ 278. Zuweisung der Akten am Berufungsgericht (geändert durch § 14 Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft Nr. 674 v. 15.8.2016; ebenso angenommen durch § 14 Ges. Nr. 6758 v. 10.11.2016)

(1) Gehen die Verfahrensakten beim Berufungsgericht ein, so werden sie entsprechend dem Geschäftsverteilungsplan dem zuständigen Strafsenat zugewiesen. Der Senat veranlasst gegebenenfalls die Erledigung der fehlenden Zustellungen.

§ 279. Vorprüfung nach Aktenlage

(1) Nach Beendigung der Vorprüfung nach Aktenlage wird der Beschluss gefasst,

- a) die Akten an das zuständige Regionalgericht zu übersenden, wenn das Regionalgericht selbst nicht zuständig ist,
- b) die Berufung zu verwerfen, wenn diese nicht fristgerecht eingelegt

incelenmesi istenen kararın bölge adliye mahkemesinde incelenebilecek kararlardan olmadığına, başvurunun buna hakkı bulunmadığına anlaşılması hâlinde istinaf başvurusunun reddine,

Karar verilir. (Ek cümle: 18/6/2014 – 6545/76 md.) Bu kararlar itiraza tabidir.

Madde 280. Bölge adliye mahkemesinde inceleme ve kovuşturma

(1) Bölge adliye mahkemesi, dosyayı ve dosyayla birlikte sunulmuş olan delilleri inceledikten sonra;

- a) İlk derece mahkemesinin kararında usule veya esasa ilişkin herhangi bir hukuka aykırılığın bulunmadığını, delillerde veya işlemlerde herhangi bir eksiklik olmadığını, ispat bakımından değerlendirmenin yerinde olduğunu saptadığında istinaf başvurusunun esastan reddine, 303 üncü maddenin birinci fıkrasının (c), (e), (f), (g) ve (h) bentlerinde yer alan ihlallerin varlığı hâlinde hukuka aykırılığın düzeltilerek istinaf başvurusunun esastan reddine,
- b) İlk derece mahkemesinin kararında 289 uncu maddede belirtilen bir hukuka aykırılık nedeninin bulunması hâlinde hükmün bozulmasına ve dosyanın yeniden incelenmek ve hükmolünmek üzere hükmü bozulan ilk derece mahkemesine veya kendi yargı çevresinde uygun göreceği diğer bir ilk derece mahkemesine gönderilmesine,
- c) Diğer hâllerde, gerekli tedbirleri aldıktan sonra davanın yeniden görülmesine ve duruşma hazırlığı işlemlerine başlanmasına,

wurde, für die Prüfung der vorgelegten Entscheidung das Regionalgericht nicht zuständig ist oder der Berufungsführer zur Einlegung der Berufung nicht berechtigt ist.

(Satz hinzugefügt durch § 76 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014) Diese Beschlüsse sind mit Beschwerde anfechtbar.

§ 280. Prüfung und Verhandlung beim Regionalgericht

(1) Nachdem das Regionalgericht die Akten und die mit den Akten vorgelegten Beweise geprüft hat, beschließt es,

- a) die Berufung in der Sache zu verwerfen, wenn es feststellt, dass die Entscheidung des erstinstanzlichen Gerichts prozessual und sachlich rechtsfehlerfrei ist, die Beweise oder die Handlungen nicht mangelhaft sind oder die Beweisverwertung angebracht ist; es korrigiert den Rechtsverstoß und verwirft die Berufung in der Sache, wenn die in § 303 Abs. 1 lit. (c), (e), (f), (g) oder (h) genannten Fälle vorliegen,
- b) das Urteil aufzuheben und die Akten zur erneuten Prüfung und Aburteilung dem erstinstanzlichen Gericht, dessen Urteil nun aufgehoben ist, oder einem anderen erstinstanzlichen Gericht in seinem Bezirk, das es für angebracht erachtet, zu senden, wenn die Entscheidung des erstinstanzlichen Gerichts einen der in § 289 genannten Rechtsverstöße aufweist,
- c) in den anderen Fällen das Verfahren erneut durchzuführen und mit den Vorbereitungen für die Hauptverhandlung zu beginnen, nachdem es

die erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.

Karar verir.

(2) (Ek: 18/6/2014 – 6545/77 md.) Duruşma sonunda bölge adliye mahkemesi istinaf başvurusunu esastan reddeder veya ilk derece mahkemesi hükmünü kaldırarak yeniden hüküm kurar.

Madde 281. Duruşma hazırlığı

(1) Duruşma hazırlığı aşamasında bölge adliye mahkemesi başkanı veya görevlendireceği üye, 175 inci madde hükümlerine uygun olarak duruşma gününü saptar; gerekli çağrılar yapar. Tutuksuz sanığa yapılacak çağrıda kendi başvurusu üzerine açılacak davanın duruşmasına gelmediğinde davanın reddedileceği ayrıca bildirilir.

(2) Mahkemece, gerekli görülen tanıkların, bilirkişilerin dinlenilmesine ve keşfin yapılmasına karar verilir.

Madde 282. İstisnalar

(1) Duruşma açıldığında aşağıda gösterilen istisnalar dışında bu Kanunun duruşma hazırlığı, duruşma ve karara ilişkin hükümleri uygulanır:

- a) Duruşma, bu Kanunun öngördüğü genel hükümlere göre başladıktan sonra görevlendirilen üyenin inceleme raporu okunur.
- b) İlk derece mahkemesinin gerekçeli hükmü de okunur.

(2) (Hinzugefügt durch § 77 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014) Nach der Hauptverhandlung verwirft das Regionalgericht entweder die Berufung in der Sache oder erkennt unter Aufhebung des Urteils in der Sache selbst.

§ 281. Vorbereitung der Hauptverhandlung

(1) In der Phase der Vorbereitung der Hauptverhandlung terminiert der Vorsitzende des Regionalgerichts oder der von ihm beauftragte beisitzende Richter den Tag der Hauptverhandlung entsprechend § 175 und veranlasst die erforderlichen Ladungen. In der Ladung an den nicht inhaftierten Angeklagten ist gesondert darauf hinzuweisen, dass seine Berufung verworfen wird, wenn er zu der Hauptverhandlung nicht erscheint.

(2) Vom Gericht wird angeordnet, erforderlichenfalls Zeugen und Sachverständige anzuhören oder Augenscheins-einnahmen durchzuführen.

§ 282. Ausnahmen

(1) Ist die Hauptverhandlung eröffnet, so sind, abgesehen von den unten aufgeführten Ausnahmen, die Vorschriften dieses Gesetzes über die Vorbereitung der Hauptverhandlung, die Hauptverhandlung und den Erlass eines Beschlusses entsprechend anzuwenden:

- a) Nachdem die Hauptverhandlung entsprechend den allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes begonnen hat, wird der Vortrag des Berichterstatters verlesen.
- b) Auch das Urteil des erstinstanzlichen Gerichts mit seinen Gründen wird verlesen.

- c) İlk derece mahkemesinde dinlenen tanıkların ifadelerini içeren tutanaklar ile keşif tutanakları, bilirkişi raporu, bölge adliye mahkemesi duruşma hazırlığı aşamasında toplanan delil ve belgeler, yapılmışsa keşif ve bilirkişi açıklamalarına ilişkin tutanak ve raporlar okunur.
- d) Bölge adliye mahkemesi duruşmasında dinlenilmeleri gerekli görülen tanık ve bilirkişiler çağrılır.

- c) Protokolle über die Aussagen der vom erstinstanzlichen Gericht angehörten Zeugen sowie Augenscheinnahmeprotokolle, Sachverständigenberichte, Beweise und Dokumente, die vom Regionalgericht in der Vorbereitungsphase gesammelt wurden, und gegebenenfalls Augenscheinnahmeprotokolle und Sachverständigengutachten werden verlesen.
- d) Das Regionalgericht lädt Zeugen und Sachverständige, deren Anhörung in der Hauptverhandlung für erforderlich erachtet wird.

Madde 283. Sanık lehine başvurma hâlinde verilecek hüküm

- (1) İstinaf yoluna sanık lehine başvurulmuşsa, yeniden verilen hüküm, önceki hükümlerle belirlenmiş olan cezadan daha ağır olamaz.

Madde 284. Direnme yasağı

- (1) Bölge adliye mahkemesi karar ve hükümlerine karşı direnilemez; bunlara karşı herhangi bir kanun yoluna gidilemez.
- (2) İtiraz ve temyize ilişkin hükümler saklıdır.

Madde 285. Özel kanunların temyize ilişkin hükümleri

- (1) Türk Ceza Kanununun 18 inci maddesinin dördüncü fıkrası hükmü hariç; diğer kanunlarda temyiz edilebileceği veya haklarında Yargıtaya başvurulabileceği belirtilmiş olup da bölge adliye mahkemelerinin görev alanına giren dava ve işlere ilişkin ilk derece mahkemelerinin karar ve hükümlerine karşı istinaf yoluna başvurulur.

§ 283. Urteil bei Berufung zugunsten des Angeklagten

- (1) Wurde die Berufung zugunsten des Angeklagten eingelegt, so darf das abgeänderte Urteil keine Strafe enthalten, die schwerer als die in dem vorherigen Urteil bestimmte Strafe ist.

§ 284. Beharrungsverbot

- (1) Gegenüber Beschlüssen und Urteilen des Regionalgerichts besteht kein Beharrungsrecht; gegen diese ist kein Rechtsmittel zulässig.
- (2) Die Vorschriften über Beschwerde und Revision bleiben unberührt.

§ 285. Vorschriften von Spezialgesetzen über die Revision

- (1) Abgesehen von § 18 Abs. 4 des Türkischen Strafgesetzbuchs wird gegen Beschlüsse und Urteile der erstinstanzlichen Gerichte in Verfahren oder Sachen, bei denen nach anderen Gesetzen die Revision oder die Anrufung des Kassationsgerichtshofs zulässig ist, Berufung eingelegt, soweit das Regionalgericht zuständig ist.

Üçüncü Bölüm Temyiz

Madde 286. Temyiz

(1) Bölge adliye mahkemesi ceza dairelerinin bozma dışında kalan hükümleri temyiz edilebilir.

(2) Ancak;

a) İlk derece mahkemelerinden verilen beş yıl veya daha az hapis cezaları ile miktarı ne olursa olsun adli para cezalarına karşı istinaf başvurusunun esastan reddine dair bölge adliye mahkemesi kararları,

b) İlk derece mahkemelerinden verilen beş yıl veya daha az hapis cezalarını artırmayan bölge adliye mahkemesi kararları,

c) (Değişik: 18/6/2014 – 6545/78 md.) İlk derece mahkemelerinin görevine giren ve kanunda üst sınırı iki yıla kadar (iki yıl dâhil) hapis cezasını gerektiren suçlar ve bunlara bağlı adli para cezalarına ilişkin her türlü adliye mahkemesi kararları,

d) Adli para cezasını gerektiren suçlarda ilk derece mahkemelerinden verilen hükümlere ilişkin her türlü bölge adliye mahkemesi kararları,

e) (Değişik: 18/6/2014 – 6545/78 md.) Sadece eşya veya kazanç müsadere sine veya bunlara yer olmadığına ilişkin ilk derece mahkemesi kararları ile ilgili olarak istinaf başvurusunun esastan reddine dair kararları,

Dritter Abschnitt Revision

§ 286. Revision

(1) Gegen die Urteile der Strafkammern des Regionalgerichts ist Revision zulässig.

(2) Keine Revision ist jedoch zulässig gegen

a) Entscheidungen des Regionalgerichts, die eine von den erstinstanzlichen Gerichten verhängte Haftstrafe von fünf oder weniger Jahren oder eine Geldstrafe ungeachtet ihrer Summe in der Sache verworfen haben,

b) Entscheidungen des Regionalgerichts, die eine durch die erstinstanzlichen Gerichte festgelegte Haftstrafe von fünf oder weniger Jahren nicht erhöhen,

c) (Geändert durch § 78 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014) Entscheidungen des Regionalgerichts jeder Art, die Straftaten und mit ihnen verbundene Geldstrafen betreffen, die in den sachlichen Zuständigkeitsbereich der erstinstanzlichen Gerichte fallen und im gesetzlichen Höchstmaß mit einer Haftstrafe von bis zu einschließlich zwei Jahren bedroht sind,

d) Entscheidungen des Regionalgerichts jeder Art, die die Berufung gegen Urteile der erstinstanzlichen Gerichte bei Straftaten betreffen, die mit einer Geldstrafe bedroht sind,

e) (Geändert durch § 78 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014) Entscheidungen, die die Berufung gegen die Entscheidungen des erstinstanzlichen Gerichts über Anordnung oder Ablehnung von Verfall oder Einziehung in der Sache verworfen haben,

- f) On yıl veya daha az hapis cezasını veya adli para cezasını gerektiren suçlardan, ilk derece mahkemesince verilen beraat kararları ile ilgili olarak istinaf başvurusunun esaslan reddine dair kararları,
- g) (Değişik: 18/6/2014 – 6545/78 md.) Davanın düşmesine, ceza verilmesine yer olmadığına, güvenlik tedbirine ilişkin ilk derece mahkemesi kararları ile ilgili olarak bölge adliye mahkemesince verilen bu tür kararlar veya istinaf başvurusunun esaslan reddine dair kararlar,
- h) Yukarıdaki bentlerde yer alan sınırlar içinde kalmak koşuluyla aynı hükümde, cezalardan ve kararlardan birden fazlasını içeren bölge adliye mahkemesi kararları,

- f) Entscheidungen, die die Berufung gegen einen Freispruch von Straftaten in der Sache verworfen haben, die mit einer Haftstrafe von zehn oder weniger Jahren oder einer Geldstrafe bedroht sind,
- g) (Geändert durch § 78 Ges. Nr. 6545 v. 18.6.2014) Entscheidungen des Regionalgerichts jeder Art, die die Entscheidungen des erstinstanzlichen Gerichts über das Fallenlassen der Anklage, das Absehen von Strafe oder eine Sicherungsmaßregel betreffen oder die Berufung gegen diese in der Sache verworfen haben,
- h) Entscheidungen des Regionalgerichts, die unter Einhaltung der in den vorstehenden Buchstaben genannten Grenzen mehrere Strafen oder Entscheidungen in demselben Urteil enthalten.

Temyiz edilemez.

Madde 287. Hükümden önceki kararların temyizi

(1) Hükümden önce verilip hükme esas teşkil eden veya başkaca kanun yolu öngörülmemiş olan mahkeme kararları da hükümle beraber temyiz olunabilir.

Madde 288. Temyiz nedeni

- (1) Temyiz, ancak hükmün hukuka aykırı olması nedenine dayanır.
- (2) Bir hukuk kuralının uygulanmaması veya yanlış uygulanması hukuka aykırılıktır.

Madde 289. Hukuka kesin aykırılık hâlleri

(1) Temyiz dilekçesi veya beyanında gösterilmiş olmasa da aşağıda yazılı hâllerde hukuka kesin aykırılık var

§ 287. Revision der dem Urteil vorausgegangenen Entscheidungen

(1) Auch gegen die gerichtlichen Entscheidungen, die dem Urteil vorausgegangen sind oder durch ein Rechtsmittel nicht anfechtbar waren, kann Revision eingelegt werden, soweit es auf ihnen beruht.

§ 288. Revisionsgrund

- (1) Eine Revision kann nur darauf beruhen, dass das Urteil rechtswidrig ist.
- (2) Rechtswidrigkeit liegt vor, wenn eine Rechtsnorm nicht oder nicht richtig angewendet worden ist.

§ 289. Fälle der absoluten Rechtswidrigkeit

(1) Auch wenn in der Revisionschrift oder -erklärung nicht dargelegt, ist in den folgenden Fällen von dem Vor-

sayılır:

- a) Mahkemenin kanuna uygun olarak teşekkül etmemiş olması.
- b) Hâkimlik görevini yapmaktan kanun gereğince yasaklanmış hâkimin hükme katılması.
- c) Geçerli şüphe nedeniyle hakkında ret istemi öne sürülmüş olup da bu istem kabul olunduğu hâlde hâkimin hükme katılması veya bu istemin kanuna aykırı olarak reddedilip hâkimin hükme katılması.
- d) Mahkemenin kanuna aykırı olarak davaya bakmaya kendini görevli veya yetkili görmesi.
- e) Cumhuriyet savcısı veya duruşmada kanunen mutlaka hazır bulunması gereken diğer kişilerin yokluğunda duruşma yapılması.
- f) Duruşmalı olarak verilen hükümde açıklık kuralının ihlâl edilmesi.
- g) Hükümün 230 uncu madde gereğince gerekçeyi içermemesi.
- h) Hüküm için önemli olan hususlarda mahkeme kararı ile savunma hakkının sınırlandırılmış olması.
- i) Hükümün hukuka aykırı yöntemlerle elde edilen delile dayanması.

Madde 290. Sanığın yararına olan kurallara aykırılık

(1) Sanığın yararına olan hukuk kurallarına aykırılık, sanık aleyhine hükmün bozdurulması için Cumhuriyet savcı-

liegen einer absoluten Rechtswidrigkeit auszugehen:

- a) wenn das Gericht nicht entsprechend dem Gesetz besetzt war,
- b) wenn ein Richter bei dem Urteil mitgewirkt hat, der von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen war,
- c) wenn ein Richter bei dem Urteil mitgewirkt hat, obwohl seine Ablehnung wegen eines begründeten Zweifels beantragt und dieser Antrag für begründet erklärt oder gesetzeswidrig verworfen worden war,
- d) wenn das Gericht seine sachliche oder örtliche Zuständigkeit in dem Verfahren gesetzeswidrig angenommen hat,
- e) wenn die Hauptverhandlung in Abwesenheit des Staatsanwalts oder anderer Personen, deren Anwesenheit in der Hauptverhandlung vom Gesetz zwingend vorgeschrieben wird, stattgefunden hat,
- f) wenn das Urteil in einer mündlichen Verhandlung erging, bei der der Grundsatz der Öffentlichkeit verletzt wurde,
- g) wenn das Urteil keine Gründe entsprechend § 230 enthält,
- h) wenn das Recht auf Verteidigung durch einen gerichtlichen Beschluss in Punkten beschränkt wurde, die für das Urteil von Bedeutung sind,
- i) wenn das Urteil auf einem Beweis beruht, der durch rechtswidrige Methoden erlangt wurde.

§ 290. Verstoß gegen Rechtsnormen zugunsten des Angeklagten

(1) Ein Verstoß gegen Rechtsnormen, die zugunsten des Angeklagten gegeben sind, berechtigt den Staatsanwalt nicht,

sına bir hak vermez.

Madde 291. Temyiz istemi ve süresi

(1) Temyiz istemi, hükmün açıklanmasından itibaren yedi gün içinde hükmü veren mahkemeye bir dilekçe verilmesi veya zabıt kâtibine bir beyanda bulunması suretiyle yapılır; beyan tutanağa geçirilir ve tutanak hâkime onaylatılır. Tutuklu bulunan sanık hakkında 263 üncü madde hükmü saklıdır.

(2) Hüküm, temyiz yoluna başvurma hakkı olanların yokluğunda açıklanmışsa, süre tebliğ tarihinden başlar.

Madde 292. Eski hâle getirme süresi içinde temyiz süresinin işleme

(1) Sanığın aleyhine, yokluğunda verilen hükümlerde eski hâle getirme istemiyle ilgili olarak 274 üncü madde hükümleri uygulanır.

Madde 293. Temyiz başvurusunun etkisi

(1) Süresi içinde yapılan temyiz başvurusu, hükmün kesinleşmesini engeller.

(2) Hüküm, temyiz eden Cumhuriyet savcısına veya ilgililere gerekçesiyle birlikte açıklanmamışsa; hükmün temyiz edildiğinin bölge adliye mahkemesince öğrenilmesinden itibaren gerekçe, yedi gün içinde tebliğ edilir.

Madde 294. Temyiz başvurusunun içeriği

(1) Temyiz eden, hükmün neden dolayı bozulmasını istediğini temyiz başvurusunda göstermek zorundadır.

die Aufhebung des Urteils zulasten des Angeklagten herbeizuführen.

§ 291. Revisionseinlegung und ihre Frist

(1) Die Revision ist binnen sieben Tagen nach der Verkündung des Urteils schriftlich bei dem urteilenden Gericht oder dem Urkundsbeamten zu Protokoll einzulegen; die Erklärung wird beurkundet und die Urkunde dem Richter zur Bestätigung vorgelegt. Im Hinblick auf den inhaftierten Angeklagten bleibt § 263 unberührt.

(2) Wurde das Urteil in Abwesenheit der Revisionsberechtigten verkündet, so beginnt die Frist mit dem Datum der Zustellung.

§ 292. Lauf der Revisionsfrist innerhalb der Wiedereinsetzungsfrist

(1) Für die Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Urteile, die in Abwesenheit des Angeklagten zu seinen Lasten ergangen sind, gilt § 274 entsprechend.

§ 293. Wirkung der Revisionseinlegung

(1) Durch die rechtzeitige Einlegung der Revision wird die Rechtskraft des Urteils gehemmt.

(2) Wurde das Urteil mit den Gründen dem Revision einlegenden Staatsanwalt oder anderen Betroffenen noch nicht bekannt gegeben, so ist es binnen sieben Tagen ab der Kenntnisnahme des Regionalgerichts von der Einlegung der Revision zuzustellen.

§ 294. Inhalt der Revision

(1) Der Revisionsführer hat in dem Revisionsantrag darzulegen, aus welchem Grund das Urteil aufzuheben ist.

(2) Temyiz sebebi, ancak hükmün hukukî yönüne ilişkin olabilir.

Madde 295. Temyiz gerekçesi

(1) Temyiz başvurusunda temyiz nedenleri gösterilmemişse temyiz başvurusu için belirlenen sürenin bitmesinden veya gerekçeli kararın tebliğinden itibaren yedi gün içinde hükmü temyiz olunan bölge adliye mahkemesine bu nedenleri içeren bir ek dilekçe verilir. Cumhuriyet savcısı temyiz dilekçesinde, temyiz isteğinin sanığın yararına veya aleyhine olduğunu açıkça belirtir.

(2) Temyiz, sanık tarafından yapılmış ise, ek dilekçe kendisi veya müdafii tarafından imza edilerek verilir.

(3) Müdafii yoksa sanık, tutanağa bağlanmak üzere zabıt kâtibine yapacağı bir beyanla gerekçesini açıklayabilir; tutanak hâkime onaylatılır. Sanığın yasal temsilcisi ve eşi hakkında 262 nci madde, tutuklu sanık hakkında ise 263 üncü madde hükümleri saklıdır.

Madde 296. Temyiz isteminin kabule değer sayılmamasından dolayı hükmü veren mahkemece reddi

(1) Temyiz istemi, kanunî sürenin geçmesinden sonra yapılmış veya temyiz edilemeyecek bir hüküm temyiz edilmiş veya temyiz edenin buna hakkı yoksa, hükmü temyiz olunan bölge adliye veya ilk derece mahkemesi bir karar ile temyiz istemini reddeder.

(2) Temyiz eden, ret kararının kendisine tebliğinden itibaren yedi gün içinde

(2) Der Revisionsgrund darf sich nur auf den rechtlichen Aspekt des Urteils beziehen.

§ 295. Revisionsbegründung

(1) Ist der Revisionsantrag nicht mit einer Begründung versehen, so ist eine Begründung binnen sieben Tagen nach Ablauf der für die Revisionseinlegung vorgesehenen Frist oder der Zustellung der Entscheidung mit ihren Gründen bei dem Regionalgericht, dessen Urteil durch Revision angefochten wird, nachzureichen. Der Staatsanwalt hat in dem Revisionsantrag ausdrücklich anzugeben, ob seine Revision zugunsten oder zulasten des Angeklagten erfolgt.

(2) Legt der Angeklagte Revision ein, so wird die nachträgliche Begründung von ihm oder einem Verteidiger unterschrieben eingereicht.

(3) Hat der Angeklagte keinen Verteidiger, so kann er die Begründung dem Urkundsbeamten zu Protokoll erklären; die Erklärung wird beurkundet und die Urkunde dem Richter zur Bestätigung vorgelegt. Hinsichtlich des gesetzlichen Verteidigers und des Ehegatten des Angeklagten bleibt § 262 und hinsichtlich des inhaftierten Angeklagten § 263 unberührt.

§ 296. Verwerfung der Revision durch das Urteilsgericht wegen Unzulässigkeit

(1) Das Regionalgericht oder das erstinstanzliche Gericht, dessen Urteil angefochten wird, verwirft die Revision durch einen Beschluss, wenn sie nach Ablauf der gesetzlichen Frist oder gegen ein durch Revision nicht anfechtbares Urteil eingelegt wurde oder der Revisionsführer dazu nicht berechtigt ist.

(2) Der Revisionsführer kann binnen sieben Tagen nach der Zustellung des

Yargıtaydan bu hususta bir karar vermesini isteyebilir. Bu takdirde dosya Yargıtaya gönderilir. Ancak, bu nedenden dolayı hükmün infazı ertelenemez.

Madde 297. Temyiz dilekçesinin tebliği ve cevabı, Yargıtay Cumhuriyet Başsavcılığının görevi

(1) 296 ncı maddeye göre hükmü veren bölge adliye mahkemesince reddedilmeyen temyiz istemine ilişkin dilekçesinin bir örneği karşı tarafa tebliğ olunur. Karşı taraf, tebliğ tarihinden itibaren yedi gün içinde yazılı olarak cevabını verebilir.

(2) Cevap verildikten veya bunun için belirli süre bittikten sonra dava dosyası, bölge adliye mahkemesi tarafından Yargıtay Cumhuriyet Başsavcılığına gönderilir.

(3) Yargıtay Cumhuriyet Başsavcılığınca düzenlenen tebliğname, hükmü temyiz etmeleri veya aleyhlerine sonuç doğurabilecek görüş içermesi hâlinde sanık veya müdafii ile katılan veya vekillerine ilgili dairesince tebliğ olunur. İlgili taraf tebliğden itibaren bir hafta içinde yazılı olarak cevap verebilir.

(4) Üçüncü fıkra uyarınca yapılacak tebligatlar, ilgililerin dava dosyasından belirlenen son adreslerine yapılmasıyla geçerli olur.

(5) 262 ve 263 üncü madde hükümleri saklıdır.

Verwerfungsbeschlusses die Entscheidung des Kassationsgerichtshofs beantragen. In diesem Fall sind die Akten an den Kassationsgerichtshof einzusenden. Die Vollstreckung des Urteils wird jedoch dadurch nicht gehemmt.

§ 297. Zustellung der Revisionschrift und der Gegenerklärung, Aufgabe der Generalstaatsanwaltschaft am Kassationsgerichtshof

(1) Eine Kopie der nach § 296 vom Regionalgericht nicht verworfenen Revisionschrift ist dem Gegner zuzustellen. Der Gegner kann sich binnen sieben Tagen nach dem Datum der Zustellung schriftlich äußern.

(2) Nachdem die Gegenerklärung eingereicht oder die dafür vorgesehene Frist verstrichen ist, sind die Verfahrensakten vom Regionalgericht an die Generalstaatsanwaltschaft beim Kassationsgerichtshof zu übersenden.

(3) Der von der Generalstaatsanwaltschaft am Kassationsgerichtshof erstellte Antrag ist durch den betreffenden Senat dem Angeklagten, dem Verteidiger sowie dem Nebenkläger oder deren Vertretern zuzustellen, soweit sie Revision gegen das Urteil eingelegt haben oder der Antrag Ausführungen enthält, die für sie nachteilige Konsequenzen herbeiführen könnten. Die betreffende Seite kann sich binnen sieben Tagen nach dem Datum der Zustellung schriftlich äußern.

(4) Die Zustellungen nach Abs. 3 sind wirksam, solange sie an die letzte Adresse der Betroffenen gehen, die in den Akten angegeben ist.

(5) §§ 262 und 263 bleiben unberührt.

Madde 298. Temyiz isteminin reddi

(1) Yargıtay, süresi içinde temyiz başvurusunda bulunulmadığını, hükmün temyiz edilemez olduğunu, temyiz edenin buna hakkı olmadığını ya da temyiz dilekçesinin temyiz sebeplerini içermediğini saptarsa, temyiz istemini reddeder.

Madde 299. Duruşmalı inceleme

(1) On yıl veya daha fazla hapis cezasına ilişkin hükümlerde, Yargıtay, incelemelerini sanığın veya katılanın temyiz başvurusundaki istemi üzerine veya re'sen duruşma yoluyla yapar. Duruşma gününden sanığa, katılana, müdafii ve vekile haber verilir. Sanık, duruşmada hazır bulunabileceği gibi, kendisini bir müdafii ile de temsil ettirebilir.

(2) Sanık, tutuklu ise duruşmaya katılmak isteminde bulunamaz.

Madde 300. Duruşmada usul

(1) Duruşmadan önce görevlendirilen üye veya tetkik hâkimi tarafından hazırlanan rapor üyelere açıklanır. Üyeler, ayrıca bizzat dosyayı incelerler. Bu hususlar gerçekleşikten sonra duruşma açılır.

(2) Duruşmada Yargıtay Cumhuriyet Başsavcısı veya yerine görevlendirdiği Yargıtay Cumhuriyet savcısı, sanık, müdafii, katılan ve vekili iddia ve savunmalarını açıklar. Temyizi istemiş olan tarafa önce söz verilir. Her hâlde son söz sanıktır.

§ 298. Verwerfung der Revision

(1) Der Kassationsgerichtshof verwirft die Revision, wenn er feststellt, dass diese nicht fristgerecht eingelegt wurde, das Urteil durch Revision nicht anfechtbar ist, der Revisionsführer dazu nicht berechtigt ist oder die Revisionschrift keine Begründung enthält.

§ 299. Prüfung mit Hauptverhandlung

(1) Bei Urteilen, die eine Haftstrafe von zehn oder mehr Jahren betreffen, nimmt der Kassationsgerichtshof die Prüfung auf Verlangen des Angeklagten oder des Nebenklägers in dem Revisionsantrag oder von Amts wegen durch eine Hauptverhandlung vor. Über den Tag der Hauptverhandlung werden der Angeklagte, der Nebenkläger, der Verteidiger oder der Vertreter benachrichtigt. Der Angeklagte kann in der Hauptverhandlung erscheinen oder sich durch einen Verteidiger vertreten lassen.

(2) Ist der Angeklagte inhaftiert, so hat er keinen Anspruch auf Anwesenheit in der Hauptverhandlung.

§ 300. Gang der Hauptverhandlung

(1) Der Bericht, der durch den damit beauftragten beisitzenden Richter oder den Berichterstatter vor der Hauptverhandlung abgefasst wurde, wird den Richtern vorgetragen. Die beisitzenden Richter prüfen die Akten außerdem selbst. Nachdem diese Schritte erfolgt sind, beginnt die Hauptverhandlung.

(2) In der Hauptverhandlung tragen der Generalstaatsanwalt oder der von ihm beauftragte Staatsanwalt am Kassationsgerichtshof, der Angeklagte, sein Verteidiger, der Nebenkläger und sein Vertreter ihre Ausführungen und Anträge vor. Zuerst wird der Revisionsführer gehört. Das letzte Wort gebührt stets dem Angeklagten.

Madde 301. Temyizde incelenecek hususlar

(1) Yargıtay, yalnız temyiz başvurusunda belirtilen hususlar ile temyiz istemi usule ilişkin noksanlardan kaynaklanmışsa, temyiz başvurusunda bunu belirten olaylar hakkında incelemeler yapar.

Madde 302. Temyiz isteminin esaslan reddi veya hükmün bozulması

(1) Bölge adliye mahkemesinin temyiz olunan hükmünün Yargıtayca hukuka uygun bulunması hâlinde temyiz isteminin esaslan reddine karar verilir.

(2) Yargıtay, temyiz edilen hükmü, temyiz başvurusunda gösterilen, hükmü etkileyecek nitelikteki hukuka aykırılıklar nedeniyle bozar. Bozma sebepleri ilâmda ayrı ayrı gösterilir.

(3) Hüküm, temyiz dilekçesinde gösterilen sebeplerle bozulduğunda, dilekçede açıklanmış olmasa bile saptanan bütün diğer hukuka aykırılık hâlleri de ilâmda gösterilir.

(4) Hükmün bozulmasına neden olan hukuka aykırılık, bu hükme esas olarak saptanan işlemlerden kaynaklanmış ise, bunlar da aynı zamanda bozulur.

(5) 289 uncu madde hükümleri saklıdır.

Madde 303. Yargıtayca davanın esasına hükmedilecek hâller, hukuka aykırılığın düzeltilmesi

(1) Hükme esas olarak saptanan olaylara uygulanmasında hukuka aykırılıktan dolayı hüküm bozulmuş ise, aşağı-

§ 301. Prüfung der Revisionsanträge

(1) Der Kassationsgerichtshof prüft nur die gestellten Revisionsanträge und, soweit die Revision aus prozessualen Mängeln resultiert, nur die bei der Anbringung des Revisionsantrags bezeichneten Tatsachen.

§ 302. Verwerfung der Revision in der Sache oder Aufhebung des Urteils

(1) Wird das mit der Revision angefochtene Urteil des Regionalgerichts vom Kassationsgerichtshof für rechtmäßig befunden, so wird die Revision in der Sache verworfen.

(2) Der Kassationsgerichtshof hebt das mit der Revision angefochtene Urteil wegen Rechtsverstößen auf, soweit diese in dem Revisionsantrag dargelegt sind und das Urteil beeinflussen. In dem Urteilstitel sind die Aufhebungsgründe einzeln zu nennen.

(3) Wird das Urteil wegen Gründen aufgehoben, die im Revisionsantrag dargelegt sind, so werden auch alle anderen festgestellten Rechtsverstöße im Urteilstitel aufgeführt, auch wenn sie im Antrag nicht genannt waren.

(4) Auch die dem Urteil zugrunde liegenden Feststellungen sind aufzuheben, soweit diese durch den Rechtsverstoß betroffen sind, dessentwegen das Urteil aufgehoben wird.

(5) Die Vorschriften des § 289 bleiben unberührt.

§ 303. Eigene Sachentscheidung des Kassationsgerichtshofs, Korrektur des Rechtsverstoßes

(1) Erfolgt die Aufhebung des Urteils wegen eines Rechtsverstoßes bei der Anwendung auf die dem Urteil zu-

daki hâllerde Yargıtay davanın esasına hükmedebileceği gibi hükümdeki hukuka aykırılığı da düzeltebilir:

- a) Olayın daha ziyade aydınlanması gerekmeden beraate veya davanın düşmesine ya da alt ve üst sınırı olmayan sabit bir cezaya hükmolunması gerekirse.
- b) Yargıtay Cumhuriyet Başsavcılığının iddiasına uygun olarak sanığa kanunda yazılı cezanın en alt derecesini uygulamayı uygun görürse.
- c) Mahkemece sabit görülen suçun unsurları, niteliği ve cezası hükümde doğru gösterilmiş olduğu hâlde sadece kanunun madde numarası yanlış yazılmış ise.
- d) Hükümden sonra yürürlüğe giren kanun, suçun cezasını azaltmış ve mahkemece sanığa verilecek cezanın belirlenmesinde artırma sebebi kabul edilmemiş veya yeni bir kanun ile fiil suç olmaktan çıkarılmış ise birinci hâlde daha az bir cezanın hükmolunması ve ikinci hâlde hiç ceza hükmolunmaması gerekirse.
- e) Sanığın açıkça saptanmış olan doğum ve suç tarihlerine göre verilecek cezanın belirlenmesinde gerekli indirim yapılmamış veya yanlış indirim yapılmış ise.
- f) Artırma veya indirim sonucunda verilecek ceza süresi veya miktarının belirlenmesinde maddî hata yapılmış ise.

grunde gelegten Feststellungen, so kann der Kassationsgerichtshof in den folgenden Fällen in der Sache selbst entscheiden sowie den Rechtsverstoß im Urteil korrigieren:

- a) wenn ohne weitere tatsächliche Erörterung auf Freispruch oder Fallenlassen der Anklage oder eine absolut bestimmte Strafe ohne Mindest- oder Höchstmaß zu erkennen ist,
- b) wenn der Kassationsgerichtshof in Übereinstimmung mit dem Antrag der Generalstaatsanwaltschaft die Verhängung der gesetzlich niedrigsten Strafe gegen den Angeklagten für angemessen erachtet,
- c) wenn die Tatbestandsmerkmale der vom Gericht als nachgewiesen betrachteten Straftat, ihre Bezeichnung und ihre Strafe im Urteil richtig festgestellt sind, jedoch nur der Gesetzesparagraph falsch angegeben ist,
- d) wenn ein nach dem Erlass des Urteils in Kraft getretenes Gesetz die Strafe für die Straftat herabsetzt und bei der Strafzumessung vom Gericht kein Verschärfungsgrund angenommen wurde, oder wenn die Tat durch ein neues Gesetz entkriminalisiert wurde und es deswegen erforderlich ist, im ersten Fall eine niedrigere Strafe und im zweiten Fall überhaupt keine Strafe zu verhängen,
- e) wenn bei der Strafzumessung entsprechend dem genau festgestellten Geburtsdatum des Angeklagten und der Tatzeit die erforderliche Minderung nicht oder falsch vorgenommen wurde,
- f) wenn bei der Bildung der Dauer oder Höhe einer Gesamtstrafe infolge einer Verschärfung oder Minderung ein Fehler begangen wurde,

- g) Türk Ceza Kanununun 61 inci maddesindeki sıralamanın gözetilmemesi yüzünden eksik veya fazla ceza verilmiş ise.
- h) Harçlar Kanunu ile yargılama giderlerine ilişkin hükümlere ve Avukatlık Kanununa göre düzenlenen ücret tarifesine aykırılık mevcutsa.

- g) wenn wegen der Nichtbeachtung der in § 61 des Türkischen Strafgesetzbuchs enthaltenen Reihenfolge eine zu geringe oder zu hohe Strafe festgelegt wurde,
- h) wenn ein Verstoß gegen die Gebührenordnung sowie die Vorschriften über Verfahrenskosten oder den Honorartarif vorliegt, der nach dem Anwaltsgesetz bestimmt wird.

Madde 304. Yargıtay kararının gönderileceği merci

(1) Yargıtayca 302 nci maddenin birinci fıkrası veya 303 üncü madde uyarınca verilen kararlara ilişkin dosya, hükmü veren bölge adliye mahkemesine gönderilmesi için Yargıtay Cumhuriyet Başsavcılığına verilir. Bölge adliye mahkemesi, dosyayı Yargıtaydan geldiği tarihten itibaren yedi gün içinde gereğinin yapılması için ilgili ilk derece mahkemesine gönderilmek üzere bölge adliye mahkemesi Cumhuriyet Başsavcılığına verir.

(2) Yargıtay, dosyayı 303 üncü maddede belirtilenlerin dışında kalan hâllerde yeniden incelenmek ve hüküm verilme üzere hükmü bozulan bölge adliye mahkemesine veya diğer bir bölge adliye mahkemesine gönderir.

(3) Hüküm, mahkemenin hukuka aykırı olarak kendisini görevli veya yetkili görmesinden dolayı bozulmuşsa, Yargıtay aynı zamanda dosyayı görevli veya yetkili mahkemeye gönderir.

(4) İlk derece mahkemesi tarafından doğrudan temyiz yolu açık bulunan hükümlerle ilgili olarak verilen karara

§ 304. Zurückverweisungsinstanz bei Kassationsgerichtshofsentscheidungen

(1) In den Fällen, in denen eine Entscheidung nach § 302 Abs. 1 oder § 303 erging, sind die Akten vom Kassationsgerichtshof der Generalstaatsanwaltschaft zu übergeben, um sie weiter an das Regionalgericht zu übersenden, das das Urteil erließ. Das Regionalgericht übergibt die Akten binnen sieben Tagen nach ihrem Eingang aus dem Kassationsgerichtshof der Staatsanwaltschaft am Regionalgericht, damit diese das Erforderliche veranlasst, um die Akten an das betreffende erstinstanzliche Gericht zu übersenden.

(2) In anderen als den in § 303 genannten Fällen verweist der Kassationsgerichtshof das Urteil zu erneuter Prüfung und zum Erlass eines neuen Urteils an das Regionalgericht, dessen Urteil aufgehoben wird, oder an ein anderes Regionalgericht zurück.

(3) Wurde das Urteil aufgehoben, weil das Gericht sich zu Unrecht für sachlich und örtlich zuständig erachtet hatte, so verweist der Kassationsgerichtshof die Sache gleichzeitig an das sachlich und örtlich zuständige Gericht.

(4) In Fällen, in denen gegen das Urteil des erstinstanzlichen Gerichts unmittelbar Revision eingelegt werden konnte,

ilişkin dosya, hükmü veren ilk derece mahkemesine gönderilmek üzere Yargıtay Cumhuriyet Başsavcılığına verilir.

Madde 305. Yargıtayda hükmün açıklanması

(1) Hüküm, 231 inci madde gereğince açıklanır. Buna olanak bulunmadığı takdirde duruşmanın bitiminden itibaren yedi gün içinde karar verilir.

Madde 306. Hükmün bozulmasının diğer sanıklara etkisi

(1) Hüküm, sanık lehine bozulmuşsa ve bu hususların temyiz isteminde bulunmamış olan diğer sanıklara da uygulanması olanağı varsa, bu sanıklar da temyiz isteminde bulunmuşçasına hükmün bozulmasından yararlanırlar.

Madde 307. Davaya yeniden bakacak mahkemenin işlemleri

(1) Yargıtaydan verilen bozma kararı üzerine davaya yeniden bakacak bölge adliye veya ilk derece mahkemesi, ilgililere bozmaya karşı diyeceklerini sorar.

(2) Sanık, müdafii, katılan ve vekilinin dosyada varolan adreslerine de davetiye tebliğ olunamaması veya davetiye tebliğ olunmasına rağmen duruşmaya gelmemeleri nedeniyle bozmaya karşı beyanları saptanmamış olsa da duruşmaya devam edilerek dava yokluklarında bitirilebilir. Ancak, sanık hakkında verilecek ceza, bozmaya konu olan cezadan daha ağır ise, her hâlde dinlenmesi gerekir.

werden die entsprechenden Akten der Generalstaatsanwaltschaft übergeben, um diese an das Gericht zu übersenden, welches das Urteil erließ.

§ 305. Urteilsverkündung beim Kassationsgerichtshof

(1) Die Verkündung des Urteils erfolgt entsprechend § 231. Ergibt sich keine Gelegenheit dafür, so ergeht die Entscheidung binnen sieben Tagen nach dem Abschluss der Hauptverhandlung.

§ 306. Wirkung der Urteilsaufhebung auf die anderen Angeklagten

(1) Erfolgt die Aufhebung des Urteils zugunsten eines Angeklagten und lässt sich das aufgehobene Urteil noch auf andere Angeklagte erstrecken, die keine Revision eingelegt haben, so kommt die Urteilsaufhebung auch diesen Angeklagten so zugute, als ob sie gleichfalls die Revision eingelegt hätten.

§ 307. Handlungen des Gerichts, das sich mit der Klage erneut befasst

(1) Das Regionalgericht oder das erstinstanzliche Gericht, das nach der Aufhebung durch den Kassationsgerichtshof die Sache neu zu verhandeln hat, fragt die Betroffenen, was sie gegen die Aufhebung zu sagen haben.

(2) Konnte die Ladung dem Angeklagten, seinem Verteidiger, dem Nebenkläger oder seinem Vertreter auch an ihren in den Akten enthaltenen Adressen nicht zugestellt werden oder erschienen diese trotz der zugestellten Ladung in der Hauptverhandlung nicht und konnten deswegen ihre Erklärungen zur Aufhebung nicht festgestellt werden, so kann die Hauptverhandlung dennoch fortgesetzt und das Verfahren in ihrer Abwesenheit abgeschlossen werden. Der Angeklagte ist jedoch stets anzuhö-

(3) Yargıtaydan verilen bozma kararına bölge adliye veya ilk derece mahkemesinin direnme hakkı vardır. (Değişik ikinci cümle: 24/11/2016 – 6763/36 md.) Direnme kararları, kararına direnilen daireye gönderilir. (Ek iki cümle: 24/11/2016 – 6763/36 md.) Daire, mümkün olan en kısa sürede direnme kararını inceler ve yerinde görürse kararını düzeltir; görmezse dosyayı Yargıtay Ceza Genel Kuruluna gönderir. Direnme üzerine Yargıtay Ceza Genel Kurulunca verilen kararlara karşı direnilemez.

(4) Hüküm yalnız sanık tarafından veya onun lehine Cumhuriyet savcısı veya 262 nci maddede gösterilen kimselerce temyiz edilmişse, yeniden verilen hüküm, önceki hükümlerle belirlenmiş olan cezadan daha ağır olamaz.

Üçüncü Kısım Olağanüstü Kanun Yolları

Birinci Bölüm Yargıtay Cumhuriyet Başsavcısının İtiraz Yetkisi

Madde 308. Yargıtay Cumhuriyet Başsavcısının itiraz yetkisi

(1) Yargıtay ceza dairelerinden birinin kararına karşı Yargıtay Cumhuriyet Başsavcısı, re'sen veya istem üzerine, ilâmın kendisine verildiği tarihten itibaren otuz gün içinde Ceza Genel

ren, wenn die gegen ihn zu verhängende Strafe schwerer als die den Gegenstand der Aufhebung bildende Strafe ist.

(3) Dem Regionalgericht oder dem erstinstanzlichen Gericht steht gegenüber einem Aufhebungsurteil des Kassationsgerichtshofs ein Beharrungsrecht zu. (Zweiter Satz geändert durch § 36 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Beharrungsurteile werden an den Senat übermittelt, dessen Entscheidung widersprochen wird. (Zwei Sätze hinzugefügt durch § 36 Ges. Nr. 6763 v. 24.11.2016) Der Senat prüft das Beharrungsurteil in kürzestmöglicher Frist und revidiert seine Entscheidung bei Begründetheit; anderenfalls leitet er dieses an den Großen Strafsenat des Kassationsgerichtshofs weiter. Kein Beharrungsrecht besteht gegenüber den Entscheidungen des Großen Strafsenats des Kassationsgerichtshofs, denen ein Beharrungsurteil vorausging.

(4) Wurde gegen das Urteil lediglich vom Angeklagten oder zu seinen Gunsten vom Staatsanwalt oder von den in § 262 genannten Personen Revision eingelegt, so darf das neue Urteil nicht schwerer ausfallen als die im vorherigen Urteil festgelegte Strafe.

Dritter Teil Außerordentliche Rechtsmittel

Erster Abschnitt Beschwerdebefugnis des Generalstaatsanwalts

§ 308. Beschwerdebefugnis des Generalstaatsanwalts

(1) Gegen die Entscheidung eines Strafsenats des Kassationsgerichtshofs kann der Generalstaatsanwalt von Amts wegen oder auf Verlangen binnen 30 Tagen nach dem Eingangsdatum des

Kuruluna itiraz edebilir. Sanığın lehine itirazda süre aranmaz.

(2) (Ek: 2/7/2012 – 6352/99 md.) İtiraz üzerine dosya, kararına itiraz edilen daireye gönderilir.

(3) (Ek: 2/7/2012 – 6352/99 md.) Daire, mümkün olan en kısa sürede itirazı inceler ve yerinde görürse kararını düzeltir; görmezse dosyayı Yargıtay Ceza Genel Kuruluna gönderir.

İkinci Bölüm

Kanun Yararına Bozma

Madde 309. Kanun yararına bozma

(1) Hâkim veya mahkeme tarafından verilen ve istinaf veya temyiz incelemesinden geçmeksizin kesinleşen karar veya hükümde hukuka aykırılık bulunduğu öğrenen Adalet Bakanlığı, o karar veya hükmün Yargıtayca bozması istemini, yasal nedenlerini belirterek Yargıtay Cumhuriyet Başsavcılığına yazılı olarak bildirir.

(2) Yargıtay Cumhuriyet Başsavcısı, bu nedenleri aynen yazarak karar veya hükmün bozulması istemini içeren yazısını Yargıtayın ilgili ceza dairesine verir.

(3) Yargıtayın ceza dairesi ileri sürülen nedenleri yerinde görürse, karar veya hükmü kanun yararına bozar.

Urteilstitels bei ihm Beschwerde beim Großen Strafsenat einlegen. Bei den Beschwerden zugunsten des Angeklagten ist die Einhaltung der Frist nicht erforderlich.

(2) (Hinzugefügt durch § 99 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012) Nach der Beschwerde werden die Akten dem Senat übergeben, dessen Entscheidung angefochten wird.

(3) (Hinzugefügt durch § 99 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012) Der Senat prüft die Beschwerde binnen möglichst kurzer Zeit und korrigiert seine Entscheidung, wenn er sie für begründet erachtet; ist dies nicht der Fall, so übergibt er die Akten dem Großen Strafsenat des Kassationsgerichtshofs.

Zweiter Abschnitt

Aufhebung zugunsten des Gesetzes

§ 309. Aufhebung zugunsten des Gesetzes

(1) Erhält das Justizministerium Kenntnis davon, dass ein richterlicher oder gerichtlicher Beschluss oder ein Urteil, das ohne Berufung oder Revision rechtskräftig geworden ist, einen Rechtsverstoß aufweist, so legt es bei der Generalstaatsanwaltschaft unter Angabe der gesetzlichen Gründe den schriftlichen Antrag vor, den Beschluss oder das Urteil durch den Kassationsgerichtshof aufzuheben.

(2) Der Generalstaatsanwalt hält diese Gründe wortgetreu in dem Antrag fest, den er bei dem betreffenden Strafsenat des Kassationsgerichtshofs zur Aufhebung des Beschlusses oder Urteils stellt.

(3) Erachtet der Strafsenat des Kassationsgerichtshofs die angeführten Gründe für gegeben, so hebt er den Beschluss oder das Urteil zugunsten des Gesetzes auf.

(4) Bozma nedenleri:

- a) 223 üncü maddede tanımlanan ve davanın esasını çözmeyen bir karara ilişkin ise, kararı veren hâkim veya mahkeme, gerekli inceleme ve araştırma sonucunda yeniden karar verir.
- b) Mahkûmiyete ilişkin hükmün, davanın esasını çözmeyen yönüne veya savunma hakkını kaldırma veya kısıtlama sonucunu doğuran usul işlemlerine ilişkin ise, kararı veren hâkim veya mahkemece yeniden yapılacak yargılama sonucuna göre gereken hüküm verilir. Bu hüküm, önceki hükümle belirlenmiş olan cezadan daha ağır olamaz.
- c) Davanın esasını çözüp de mahkûmiyet dışındaki hükümlere ilişkin ise, aleyhte sonuç doğurmaz ve yeniden yargılamayı gerektirmez.
- d) Hükümlünün cezasının kaldırılmasını gerektiriyorsa cezanın kaldırılmasına, daha hafif bir cezanın verilmesini gerektiriyorsa bu hafif cezaya Yargıtay ceza dairesi doğrudan hükmeder.

(5) Bu madde uyarınca verilen bozma kararına karşı direnilemez.

Madde 310. Yargıtay Cumhuriyet Başsavcısının kanun yararına başvurusu

(1) 309 uncu maddede belirtilen yetki, aynı maddenin dördüncü fıkrasının (d) bendindeki hâllere özgü olmak üzere ve kanun yararına olarak re'sen

(4) Betreffen die Aufhebungsgründe

- a) einen Beschluss, der nicht das Erkennen in der Tatfrage nach § 223 zum Gegenstand hat, so fasst der Richter oder das Gericht, das den aufgehobenen Beschluss erließ, nach der erforderlichen Verhandlung und Ermittlung einen neuen Beschluss,
- b) eine Verurteilung unter dem Aspekt, der sich nicht auf das Erkennen in der Tatfrage, sondern auf eine das Verteidigungsrecht aushebelnde oder einschränkende prozessuale Handlung bezieht, so wird vom Richter oder Gericht, dessen Urteil aufgehoben wird, nach einem erneut aufzunehmenden Verfahren das erforderliche Urteil erlassen. Dieses Urteil darf keine Strafe enthalten, die schwerer als die durch das vorherige Urteil festgelegte Strafe ist,
- c) Urteile, die auf die Tatfrage erkannt und ein anderes Ergebnis als eine Verurteilung zum Gegenstand haben, so wirkt die Aufhebung nicht nachteilig und macht keine erneute Aufnahme des Verfahrens erforderlich,
- d) das Erfordernis, dass die Strafe des Verurteilten aufgehoben oder eine niedrigere Strafe festgelegt wird, so erkennt der Strafsenat des Kassationsgerichtshofs selbst auf die Aufhebung oder die niedrigere Strafe.

(5) Gegen eine Aufhebung, die nach diesem Paragraphen ergeht, besteht kein Beharrungsrecht.

§ 310. Antrag des Generalstaatsanwalts auf die Aufhebung zugunsten des Gesetzes

(1) Begrenzt auf die in Abs. 4 lit. (d) genannten Fälle kann die in § 309 definierte Befugnis auch vom Generalstaatsanwalt von Amts wegen zugunsten des

Yargıtay Cumhuriyet Başsavcısı tarafından da kullanılabilir.

(2) 309 uncu madde gereğince Adalet Bakanlığı tarafından başvurulduğunda bu yetki, artık Yargıtay Cumhuriyet Başsavcısı tarafından kullanılamaz.

Üçüncü Bölüm

Yargılamanın Yenilenmesi

Madde 311. Hükümlü lehine yargılamanın yenilenmesi nedenleri

(1) Kesinleşen bir hükümlü sonuçlanmış bir dava, aşağıda yazılı hâllerde hükümlü lehine olarak yargılamanın yenilenmesi yoluyla tekrar görülür:

- a) Duruşmada kullanılan ve hükmü etkileyen bir belgenin sahteliği anlaşılırsa.
- b) Yemin verilerek dinlenmiş olan bir tanık veya bilirkişinin hükmü etkileyecek biçimde hükümlü aleyhine kasıt veya ihmâl ile gerçek dışı tanıklıkta bulunduğu veya oy verdiği anlaşılırsa.
- c) Hükme katılmış olan hâkimlerden biri, hükümlünün neden olduğu kusur dışında, aleyhine ceza kovuşturmasını veya bir ceza ile mahkûmiyetini gerektirecek biçimde görevlerini yapmada kusur etmiş ise.
- d) Ceza hükmü hukuk mahkemesinin bir hükmüne dayandırılmış olup da bu hüküm kesinleşmiş diğer bir hüküm ile ortadan kaldırılmış ise.

Gesetzes in Anspruch genommen werden.

(2) Diese Befugnis kann vom Generalstaatsanwalt nicht mehr in Anspruch genommen werden, wenn das Justizministerium unter Berufung auf § 309 bereits einen Antrag gestellt hat.

Dritter Abschnitt

Wiederaufnahme des Verfahrens

§ 311. Gründe für die Wiederaufnahme des Verfahrens zugunsten des Verurteilten

(1) Das durch ein rechtskräftiges Urteil abgeschlossene Verfahren wird in den folgenden Fällen zugunsten des Verurteilten wieder aufgenommen:

- a) wenn sich herausstellt, dass eine in der Hauptverhandlung verwendete Urkunde, die das Urteil beeinflusst hat, gefälscht ist,
- b) wenn sich herausstellt, dass der vereidigt angehörte Zeuge oder Sachverständige vorsätzlich oder fahrlässig zu Ungunsten des Verurteilten in der Weise ein wahrheitswidriges Zeugnis abgelegt oder Gutachten erstattet hat, dass dieses das Urteil beeinflusst hat,
- c) wenn beim Urteil ein Richter mitgewirkt hat, der sich, abgesehen von einem durch den Verurteilten verursachten Verschulden, in einer Weise einer Verletzung seiner Amtspflichten schuldig gemacht hat, die die Einleitung eines Strafverfahrens oder seine strafrechtliche Verurteilung erfordert,
- d) wenn das Strafurteil auf ein zivilrechtliches Urteil gegründet und das letztere durch ein anderes rechtskräftig gewordenes Urteil aufgehoben worden ist,

- e) Yeni olaylar veya yeni deliller ortaya konulup da bunlar yalnız başına veya önceden sunulan delillerle birlikte göz önüne alındıklarında sanığın beraatini veya daha hafif bir cezayı içeren kanun hükmünün uygulanması ile mahkûm edilmesini gerektirecek nitelikte olursa.
- f) Ceza hükmünün, İnsan Haklarını ve Ana Hürriyetleri Korumaya Dair Sözleşmenin veya eki protokollerin ihlâli suretiyle verildiğinin ve hükmün bu aykırılığa dayandığının, Avrupa İnsan Hakları Mahkemesinin kesinleşmiş kararıyla tespit edilmiş olması. Bu hâlde yargılamanın yenilenmesi, Avrupa İnsan Hakları Mahkemesi kararının kesinleştiği tarihten itibaren bir yıl içinde istenebilir.

- e) wenn neue Tatsachen oder Beweise beigebracht werden, die allein oder unter Berücksichtigung der früher erhobenen Beweise den Freispruch des Angeklagten oder seine Verurteilung durch Anwendung eines Strafgesetzes, das eine mildere Strafe enthält, zu begründen geeignet sind,
- f) wenn durch eine rechtskräftige Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte festgestellt wurde, dass das Strafurteil durch eine Verletzung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder ihrer Protokolle erfolgt ist und das Urteil auf dieser Verletzung beruht. In diesem Fall kann binnen eines Jahres nach der Rechtskraft der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt werden.

(2) Birinci fıkranın (f) bendi hükümleri, 4.2.2003 tarihinde Avrupa İnsan Hakları Mahkemesinin kesinleşmiş kararları ile, 4.2.2003 tarihinden sonra Avrupa İnsan Hakları Mahkemesine yapılan başvurular üzerine verilecek kararlar hakkında uygulanır.

(2) Abs. 1 lit. (f) ist auf die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die am 4.2.2003 rechtskräftig waren, sowie auf die Entscheidungen anzuwenden, die auf nach dem 4.2.2003 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereichte Beschwerden ergehen.

Madde 312. İnfazın geri bırakılması veya durdurulması

(1) Yargılamanın yenilenmesi istemi hükmün infazını ertelemez. Ancak mahkeme, infazın geri bırakılmasına veya durdurulmasına karar verebilir.

§ 312. Aufschiebung oder Unterbrechung der Vollstreckung

(1) Durch den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wird die Vollstreckung des Urteils nicht gehemmt. Jedoch kann das Gericht einen Aufschub oder eine Unterbrechung der Vollstreckung anordnen.

Madde 313. Yargılamanın yenilenmesine engel olmayan hâller

(1) Hükmün infaz edilmiş olması veya hükümlünün ölümü, yargılamanın

§ 313. Fälle, die die Wiederaufnahme des Verfahrens nicht hindern

(1) Die erfolgte Vollstreckung des Urteils oder der Tod des Verurteilten hin-

yenilenmesi istemine engel olmaz.

(2) Ölenin eşi, üstsoyu, altsoyu, kardeşleri yargılamanın yenilenmesi isteminde bulunabilirler.

(3) İkinci fıkrada sayılan kişilerin yokluğu hâlinde, Adalet Bakanı da yargılamanın yenilenmesi isteminde bulunabilir.

Madde 314. Sanık veya hükümlünün aleyhine yargılamanın yenilenmesi nedenleri

(1) Kesinleşen bir hükümle sonuçlanmış olan bir dava aşağıda yazılı hâllerde sanık veya hükümlünün aleyhine olarak yargılamanın yenilenmesi yolu ile tekrar görülür:

- a) Duruşmada sanığın veya hükümlünün lehine ileri sürülen ve hükme etkili olan bir belgenin sahteliği anlaşılırsa.
- b) Hükme katılmış olan hâkimlerden biri, aleyhine ceza kovuşturmasını veya bir ceza ile mahkûmiyetini gerektirecek nitelikte olarak görevlerini yapmada sanık veya hükümlü lehine kusur etmiş ise.
- c) Sanık beraat ettikten sonra suçla ilgili olarak hâkim önünde güvenilir nitelikte ikrarda bulunmuşsa.

Madde 315. Yargılamanın yenilenmesinin kabul edilmeyeceği hâl

(1) Kanunun aynı maddesinde yer almış sınır içinde olmak üzere cezanın

derm die Wiederaufnahme des Verfahrens nicht.

(2) Der Ehegatte des Verstorbenen, seine Verwandten in auf- und absteigender Linie sowie seine Geschwister können die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen.

(3) Sind die im zweiten Absatz aufgezählten Personen nicht vorhanden, so kann auch der Justizminister die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen.

§ 314. Gründe für die Wiederaufnahme des Verfahrens zu Ungunsten des Angeklagten oder des Verurteilten

(1) Das durch ein rechtskräftiges Urteil abgeschlossene Verfahren wird in den folgenden Fällen zu Ungunsten des Angeklagten oder des Verurteilten wieder aufgenommen:

- a) wenn sich herausstellt, dass eine in der Hauptverhandlung zugunsten des Angeklagten oder Verurteilten vorgelegte Urkunde, die das Urteil beeinflusst hat, gefälscht war,
- b) wenn beim Urteil ein Richter mitgewirkt hat, der sich zugunsten des Angeklagten oder des Verurteilten einer Verletzung seiner Amtspflichten schuldig gemacht hat, die die Einleitung eines Strafverfahrens oder seine strafrechtliche Verurteilung erfordert,
- c) wenn der Angeklagte nach seinem Freispruch vor dem Richter ein glaubwürdiges Geständnis der Straftat abgelegt hat.

§ 315. Unzulässigkeit der Wiederaufnahme des Verfahrens

(1) Eine Wiederaufnahme des Verfahrens zum Zwecke, eine andere Strafzu-

değiştirilmesi amacıyla yargılamanın yenilenmesi kabul edilemez.

(2) Hatanın giderilebilmesini sağlayacak başka bir yol varsa, yargılamanın yenilenmesi yoluna gidilemez.

Madde 316. Bir suçta dayanan yenileme istemlerinin kabulü koşulları

(1) Bir suç iddiasına dayandırılan yenileme istemi, ancak bu fiilden dolayı kesinleşmiş bir mahkûmiyet hükmü verilmiş veya mahkûmiyeti gerektirecek nitelikte kuvvetli delil bulunmaması dışında bir nedenle ceza soruşturmasına başlanamamış veya sürdürülememişse kabul edilebilir. Bu madde, 311 inci maddenin birinci fıkrasının (e) bendinde yazılı hâlde uygulanmaz

Madde 317. Yenileme istemi hakkında uygulanacak hükümler

(1) Kanun yollarına başvurma hakkındaki genel hükümler, yargılamanın yenilenmesi istemi hakkında da uygulanır.

(2) Yargılamanın yenilenmesi istemi, bunun yasal nedenleri ile dayandığı delilleri içerir.

Madde 318. Yenileme isteminin kabule değer olup olmadığı kararı ve mercii

(1) Yargılamanın yenilenmesi istemi, hükmü veren mahkemeye sunulur. Bu mahkeme, istemin kabule değer olup olmadığına karar verir.

(2) 303 üncü madde gereğince Yargı-

messung im Rahmen derselben Gesetzesvorschrift herbeizuführen, ist unzulässig.

(2) Gibt es eine andere Möglichkeit, den Fehler zu beheben, so darf die Wiederaufnahme des Verfahrens nicht beantragt werden.

§ 316. Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens wegen der Behauptung einer Straftat

(1) Der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens, der auf die Behauptung einer Straftat gegründet wird, ist nur dann zulässig, wenn wegen dieser Tat eine rechtskräftige Verurteilung ergangen ist oder das Strafverfahren aus einem anderen Grund als dem Fehlen eines aussagekräftigen Beweises, der die Verurteilung zu begründen geeignet wäre, nicht eingeleitet oder fortgesetzt wurde. Dies gilt nicht im Falle des § 311 Abs. 1 lit. (e).

§ 317. Vorschriften für den Antrag auf Wiederaufnahme

(1) Die allgemeinen Vorschriften über Rechtsmittel gelten auch für den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens.

(2) In dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens sind seine gesetzlichen Gründe sowie die Beweismittel anzugeben, auf die er sich gründet.

§ 318. Entscheidung über Zulässigkeit des Wiederaufnahmeverfahrens und zuständige Instanz

(1) Der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wird bei dem Gericht gestellt, das das Urteil erließ. Dieses Gericht entscheidet darüber, ob der Antrag zulässig ist.

(2) Auch wenn der Kassationsgerichts-

tayın doğrudan hüküm kurduğu hâllerde de hükmü vermiş olan mahkemeye başvurulur.

(3) Yargılamanın yenilenmesi isteminin kabule değer olup olmadığına dair olan karar, duruşma yapılmaksızın verilir.

Madde 319. Yenileme isteminin kabule değer görülmemesi nedenleri ve kabulü hâlinde yapılacak işlem

(1) Yargılamanın yenilenmesi istemi, kanunda belirlenen şekilde yapılmamış veya yargılamanın yenilenmesini gerektirecek yasal hiçbir neden gösterilmemiş veya bunu doğrulayacak deliller açıklanmamış ise, bu istem kabule değer görülmeyle reddedilir.

(2) Aksi hâlde yargılamanın yenilenmesi istemi, bir diyeceği varsa yedi gün içinde bildirmek üzere Cumhuriyet savcısı ve ilgili tarafa tebliğ olunur.

(3) Bu madde gereğince verilen kararlara itiraz edilebilir.

Madde 320. Delillerin toplanması

(1) Mahkeme, yargılamanın yenilenmesi istemini yerinde bulursa delillerin toplanması için bir naip hâkimi veya istinabe olunan mahkemeyi görevlendirebileceği gibi; kendisi de bu hususları yerine getirebilir.

(2) Delillerin mahkemece veya naip hâkim tarafından veya istinabe suretiyle toplanması sırasında, soruşturmaya ilişkin hükümler uygulanır.

(3) Delillerin toplanması bittikten sonra Cumhuriyet savcısı ve hakkında

hof entsprechend § 303 direkt auf ein Urteil erkannt hat, ist der Antrag ebenfalls bei dem Gericht, das das Urteil erließ, zu stellen.

(3) Die Entscheidung, ob der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zulässig ist, ergeht ohne mündliche Verhandlung.

§ 319. Gründe für die Unzulässigkeit des Antrags auf Wiederaufnahme und Verfahren im Falle seiner Zulassung

(1) Ist der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens nicht in der im Gesetz bestimmten Form gestellt oder kein gesetzlicher Grund für die Wiederaufnahme des Verfahrens angegeben oder sind Beweise für seine Bestätigung nicht angeführt, so ist der Antrag als unzulässig zu verwerfen.

(2) Anderenfalls ist der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens dem Staatsanwalt und der betreffenden Seite zur Mitteilung ihrer gegebenen Erklärung binnen sieben Tagen zuzustellen.

(3) Gegen die Beschlüsse, die nach diesem Paragraphen ergehen, kann Beschwerde eingelegt werden.

§ 320. Beweissammlung

(1) Hält das Gericht den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens für begründet, so kann es einen Richter oder das ersuchte Gericht mit der Sammlung von Beweisen beauftragen sowie selbst diese Maßnahmen treffen.

(2) Bei der Sammlung von Beweisen durch das Gericht oder den beauftragten Richter oder im Wege des Ersuchens gelten die Vorschriften des Ermittlungsverfahrens.

(3) Nach dem Abschluss der Sammlung von Beweisen sind der Staatsanwalt und

hüküm kurulmuş olan kişiden yedi günlük süre içinde görüş ve düşüncelerini bildirmeleri istenir.

Madde 321. Yenileme isteminin esassız olmasından dolayı reddi, aksi takdirde kabulü

(1) Yargılamanın yenilenmesi isteminde ileri sürülen iddialar, yeterli derecede doğrulanmaz veya 311 inci maddenin birinci fıkrasının (a) ve (b) bentleri ile 314 üncü maddesinin birinci fıkrasının (a) bendinde yazılı hâllerde işin durumuna göre bunların önce verilmiş olan hükme hiçbir etkisi olmadığı anlaşılırsa, yargılamanın yenilenmesi istemi esassız olması nedeniyle duruşma yapılmaksızın reddedilir.

(2) Aksi hâlde mahkeme, yargılamanın yenilenmesine ve duruşmanın açılmasına karar verir.

(3) Bu madde gereğince verilen kararlara karşı itiraz yoluna gidilebilir.

Madde 322. Duruşma yapılmaksızın yenileme isteminin incelenmesi

(1) Hükümlü ölmüşse mahkeme yeniden duruşma yapmaksızın gerekli delilleri topladıktan sonra hükümlünün beraatine veya yargılamanın yenilenmesi isteminin reddine karar verir.

(2) Diğer hâllerde de mahkeme, bu hususta yeterli delil varsa Cumhuriyet savcısının uygun görüşünü aldıktan sonra duruşma yapmaksızın hükümlünün derhâl beraatine karar verir.

die Person, gegen die sich das Urteil richtet, aufzufordern, binnen sieben Tagen ihre Erklärungen mitzuteilen.

§ 321. Verwerfung des Antrags auf Wiederaufnahme wegen Unbegründetheit, anderenfalls seine Zulassung

(1) Der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wird ohne eine mündliche Verhandlung als unbegründet verworfen, wenn die in dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens angeführten Behauptungen nicht genügend belegt wurden oder sich herausstellt, dass in den Fällen des § 311 Abs. 1 lit. (a) und (b) oder des § 314 Abs. 1 lit. (a) nach Lage der Sache diese keinen Einfluss auf das zuvor ergangene Urteil gehabt haben.

(2) Anderenfalls ordnet das Gericht die Wiederaufnahme des Verfahrens und die Eröffnung der Hauptverhandlung an.

(3) Gegen die Entscheidungen, die nach diesem Paragraphen ergehen, kann Beschwerde eingelegt werden.

§ 322. Prüfung des Antrags auf Wiederaufnahme ohne Hauptverhandlung

(1) Ist der Verurteilte bereits verstorben, so hat das Gericht nach Sammlung der erforderlichen Beweise auf Freispruch des Verurteilten ohne Durchführung einer Hauptverhandlung zu erkennen oder den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens abzulehnen.

(2) Auch in anderen Fällen kann das Gericht bei Vorliegen eines dazu genügenden Beweismittels mit der entsprechenden Zustimmung des Staatsanwalts den Verurteilten ohne Durchführung einer Hauptverhandlung sofort freisprechen.

(3) Mahkeme beraat kararı ile beraber önceki hükmün ortadan kaldırılmasını da karar altına alır.

(4) Yargılamanın yenilenmesi isteminde bulunan kimse isterse, gideri Devlet Hazinesine ait olmak üzere önceki hükmün iptaline ilişkin karar Resmî Gazete ile ilân olunacağı gibi mahkemenin takdirine göre diğer gazetelerle de ilân edilebilir.

Madde 323. Yeniden duruşma sonucunda verilecek hüküm

(1) Yeniden yapılacak duruşma sonucunda mahkeme, önceki hükmü onaylar veya hükmün iptali ile dava hakkında yeniden hüküm verir.

(2) Yargılamanın yenilenmesi istemi hükümlünün lehine olarak yapılmışsa, yeniden verilecek hüküm önceki hükümle belirlenmiş olan cezadan daha ağır bir cezaı içeremez.

(3) Yargılamanın yenilenmesi sonucunda beraat veya ceza verilmesine yer olmadığı kararının verilmesi halinde, önceki mahkûmiyet kararının tamamen veya kısmen infaz edilmesi dolayısıyla kişinin uğradığı maddî ve manevî zararlar bu Kanunun 141 ilâ 144 üncü maddeleri hükümlerine göre tazmin edilir.

(3) Das Gericht verbindet mit dem Freispruch auch die Aufhebung des früheren Urteils.

(4) Auf Wunsch der Person, die die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt hat, ist die Aufhebung des früheren Urteils auf Kosten der Staatskasse im Amtsblatt bekannt zu machen und kann nach dem Ermessen des Gerichts in einer anderen Zeitung veröffentlicht werden.

§ 323. Urteil nach erneuter Hauptverhandlung

(1) Nach der erneuten Hauptverhandlung erhält das Gericht das frühere Urteil aufrecht oder erkennt unter Aufhebung des Urteils in der Sache erneut.

(2) Wurde der Antrag zugunsten des Verurteilten gestellt, so darf das abgeänderte Urteil keine Strafe enthalten, die schwerer als die in dem früheren Urteil festgelegte Strafe ist.

(3) Ergeht nach der Wiederaufnahme des Verfahrens ein Freispruch oder das Absehen von Strafe, so sind die materiellen und immateriellen Schäden, die die Person infolge der vollständigen oder teilweisen Vollstreckung des früheren Urteils erlitten hat, nach § 141 und § 144 dieses Gesetzes zu entschädigen.

YEDİNCİ KİTAP

Yargılama Giderleri ve Çeşitli Hükümler

Birinci Kısım

Yargılama Giderleri

Madde 324. Yargılama giderleri

(1) Harçlar ve tarifesine göre ödenmesi gereken avukatlık ücretleri ile soruşturma ve kovuşturma evrelerinde yargılamanın yürütülmesi amacıyla Devlet Hazinesinden yapılan her türlü harcamalar ve taraflarca yapılan ödemeler yargılama giderleridir.

(2) Hüküm ve kararda yargılama giderlerinin kimlere yükletileceği gösterilir.

(3) Giderlerin miktarı ile iki taraftan birinin diğerine ödemesi gereken paranın miktarını mahkeme başkanı veya hâkim belirler.

(4) Devlete ait yargılama giderlerine ilişkin kararlar, Harçlar Kanunu hükümlerine göre; kişisel haklara ilişkin kararlar, 9.6.1932 tarihli ve 2004 sayılı İcra ve İflâs Kanunu hükümlerine göre yerine getirilir. (Ek cümle: 2/7/2012 – 6352/100 md.) Devlete ait yargılama giderlerinin 21/7/1953 tarihli ve 6183 sayılı Amme Alacaklarının Tahsil Usulü Hakkında Kanununun 106 ncı maddesindeki terkin edilmesi gereken tutarlardan az olması halinde, bu giderin Devlet Hazinesine yüklenmesine karar verilir.

(5) Türkçe bilmeyen ya da engelli olan şüpheli, sanık, mağdur veya tanık için görevlendirilen tercümanın giderleri,

SIEBTES BUCH

Kosten des Verfahrens und verschiedene Vorschriften

Erster Teil

Kosten des Verfahrens

§ 324. Kosten des Verfahrens

(1) Kosten des Verfahrens sind die Gebühren und Auslagen jeder Art, die von der Staatskasse entsprechend dem Tarif für das Rechtsanwalts Honorar sowie im Ermittlungs- und Hauptverfahren zur Durchführung des Verfahrens übernommen wurden, sowie die von den Beteiligten getragenen Ausgaben.

(2) In jedem Urteil und Beschluss ist anzugeben, wem die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen sind.

(3) Der Gerichtsvorsitzende oder der Richter setzt die Höhe der Kosten sowie die Geldsumme fest, die ein Beteiligter der anderen beteiligten Seite zu erstatten hat.

(4) Entscheidungen über die Kosten des Verfahrens, die die Staatskasse zu tragen hat, sind nach den Vorschriften der Gebührenordnung, Entscheidungen über persönliche Ansprüche nach der Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzordnung Nr. 2004 v. 9.6.1932 zu vollstrecken. (Satz hinzugefügt durch § 100 Ges. Nr. 6352 v. 2.7.2012) Unterschreiten die Kosten des Verfahrens, die die Staatskasse zu tragen hat, die Summe, auf die nach § 106 des Gesetzes Nr. 6183 v. 21.7.1953 über die Zwangsvollstreckung von öffentlich-rechtlichen Geldforderungen zu verzichten ist, so wird angeordnet, diese Kosten der Staatskasse aufzuerlegen.

(5) Kosten des Dolmetschers für einen Beschuldigten, Angeklagten, Verletzten oder Zeugen, welcher der türkischen

yargılama gideri sayılmaz ve bu giderler Devlet Hazinesince karşılanır.

Madde 325. Sanığın yükümlülüğü

(1) Cezaya veya güvenlik tedbirine mahkûm edilmesi hâlinde, bütün yargılama giderleri sanığa yüklenir.

(2) (Değişik: 6/12/2006 – 5560/27 md.) Hükümün açıklanmasının geri bırakılması ve cezanın ertelenmesi hallerinde de birinci fıkra hükmü uygulanır.

(3) Yargılamanın değişik evrelerinde yapılan araştırma veya işlemler nedeniyle giderler meydana gelmiş olup da, sonuç sanık lehine ortaya çıkmış ise, bu giderlerin sanığa yüklenmesinin hakkaniyete aykırı olacağı anlaşıldığında mahkeme, bunların kısmen veya tamamen Devlet Hazinesine yüklenmesine karar verir.

(4) Hüküm kesinleşmeden sanık ölürse, mirasçılar giderleri ödemekle yükümlü tutulmazlar.

Madde 326. Bağlantılı davalarda giderler

(1) Birden çok suçtan dolayı aleyhinde kovuşturma yapılmış olan kimse, bunların bir kısmından mahkûm olmuş ise, beraat ettiği suçların duruşmasının gerektirdiği giderleri ödemekle yükümlü değildir.

(2) İştirak halinde işlenmiş bir suç nedeniyle mahkûm edilmiş olanlara, sebebiyet verdikleri yargılama giderleri ayrı ayrı yükletilir.

Sprache nicht mächtig oder behindert ist, sind nicht als Kosten des Verfahrens anzusehen und werden durch die Staatskasse beglichen.

§ 325. Pflicht des Angeklagten

(1) Die Gesamtkosten des Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt, wenn er zu einer Strafe oder Sicherungsmaßregel verurteilt wird.

(2) (Geändert durch § 27 Ges. Nr. 5560 v. 6.12.2006) Abs. 1 ist auch dann entsprechend anzuwenden, wenn die Verkündung des Urteils aufgeschoben oder die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde.

(3) Sind durch Untersuchungen oder Handlungen in verschiedenen Phasen des Verfahrens Auslagen entstanden und ist das Verfahren zugunsten des Angeklagten ausgegangen, so ordnet das Gericht an, diese Auslagen teilweise oder vollständig der Staatskasse aufzuerlegen, wenn die Belastung des Angeklagten mit diesen Auslagen als unbillig anzusehen ist.

(4) Stirbt der Angeklagte, bevor das Urteil Rechtskraft erlangt hat, so haften seine Erben nicht für die Kosten.

§ 326. Kosten in zusammenhängenden Sachen

(1) Wurde jemand, gegen den wegen mehrerer Straftaten das Hauptverfahren durchgeführt worden ist, wegen einiger dieser Taten verurteilt, so hat er die Kosten der Hauptverhandlung wegen der Straftaten nicht zu begleichen, von denen er freigesprochen wurde.

(2) Denjenigen, die wegen der Begehung einer Straftat als Beteiligte verurteilt wurden, werden die von ihnen anteilig verursachten Kosten des Verfahrens jeweils auferlegt.

Madde 327. Beraat veya ceza verilmesine yer olmadığı kararı verilmesi hâlinde gider

(1) Hakkında beraat veya ceza verilmesine yer olmadığına karar verilen kişi, sadece kendi kusurundan ileri gelen giderleri ödemeye mahkûm edilir.

(2) Bu kişinin önceden ödemek zorunda kaldığı giderler, Devlet Hazinesince üstlenilir.

Madde 328. Karşılıklı hakaret hâllerinde gider

(1) Karşılıklı hakaret hâllerinde taraflardan biri veya her ikisi hakkında ceza verilmesine yer olmadığı kararının verilmesi; bunlardan birinin veya her ikisinin giderleri karşılamaya mahkûm edilmelerine engel olmaz.

Madde 329. Suç uydurma ve iftira gibi hâllerde gider

(1) Suç uydurup iftirada bulunduğu sabit olan kimse, bu nedenle yapılmış giderleri ödemeye mahkûm edilir.

Madde 330. Kanun yollarına başvuru sonucunda gider

(1) Kanun yollarından birine başvuran taraf, bu başvurusunu geri almasından veya başvurunun reddolunmasından ileri gelen giderleri öder. Kanun yollarına başvuran Cumhuriyet savcısı ise, sanığın ödemek zorunda bulunduğu giderler Devlet Hazinesine yükletilir.

(2) Kanun yoluna başvuranın istemi kısmen kabul olunmuş ise, mahkeme uygun gördüğü şekilde giderleri bölüştürür.

§ 327. Kosten bei Freispruch oder Absehen von Strafe

(1) Soweit für eine Person auf Freispruch oder auf Absehen von Strafe erkannt wurde, wird sie lediglich zu den Kosten verurteilt, die infolge ihres eigenen Verschuldens entstanden sind.

(2) Kosten, die diese Person zuvor begleichen musste, werden durch die Staatskasse übernommen.

§ 328. Kosten bei wechselseitiger Beleidigung

(1) Ergeht bei wechselseitiger Beleidigung die Entscheidung, dass gegen einen oder beide Beteiligten von Strafe abgesehen wird, so schließt das nicht aus, dass einer oder beide zur Erstattung der Kosten verurteilt werden.

§ 329. Kosten in Fällen wie Vortäuschen einer Straftat und falscher Verdächtigung

(1) Die Person, die nachgewiesenermaßen eine Straftat vorgetäuscht und jemanden falsch verdächtigt hat, wird zur Erstattung der daraus entstandenen Kosten verurteilt.

§ 330. Kosten bei Einlegung von Rechtsmitteln

(1) Soweit Kosten infolge der Rücknahme oder Verwerfung eines Rechtsmittels entstanden sind, so hat der Beteiligte, der es eingelegt hat, diese zu begleichen. Hat der Staatsanwalt ein Rechtsmittel eingelegt, so werden die Kosten, die der Angeklagte zu erstatten hat, der Staatskasse auferlegt.

(2) Wurde dem Antrag des Beschwerdeführers teilweise stattgegeben, so teilt das Gericht die Kosten nach seinem Ermessen auf.

(3) Kesinleşmiş bir hüküm ile sonuçlanan bir duruşma hakkındaki yargılamanın yenilenmesi isteminden ileri gelen giderler hakkında da aynı hüküm geçerlidir.

(4) Eski hâle getirme isteminden doğan giderler, hasım tarafının esassız karşı koymasından meydana gelmiş değilse, bu istemi ileri sürene yükletilir.

İkinci Kısım Çeşitli Hükümler

Madde 331. Adli tatil

(1) (Değişik: 8/8/2011-KHK-650/27 md.; İptal: Anayasa Mahkemesinin 18/7/2012 tarihli ve E.: 2011/113 K.: 2012/108 sayılı Kararı ile; Yeniden düzenleme: 27/6/2013 – 6494/25 md.) Ceza işlerini gören makam ve mahkemeler her yıl bir eylülde başlamak üzere, yirmi temmuzdan otuz bir ağustosa kadar çalışmaya ara verirler.

(2) Soruşturma ile tutuklu işlere ilişkin kovuşturmaların ve ivedi sayılacak diğer hususların tatil süresi içinde ne suretle yerine getirileceği, Hâkimler ve Savcılar Yüksek Kurulunca belirlenir.

(3) Tatil süresince bölge adliye mahkemeleri ile Yargıtay, yalnız tutuklu hükümlere ilişkin veya Meşhud Suçların Muhakeme Usulü Kanunu gereğince görülen işlerin incelemelerini yapar.

(4) Adli tatile rastlayan süreler işlemez. Bu süreler tatilin bittiği günden itibaren

(3) Dieselbe Bestimmung gilt auch für die Kosten, die durch den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens entstanden sind, das eine mit einem rechtskräftigen Urteil abgeschlossene Hauptverhandlung betrifft.

(4) Kosten, die durch den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens verursacht wurden, werden dem Antragsteller auferlegt, soweit diese nicht durch einen unbegründeten Widerspruch des Gegners entstanden sind.

Zweiter Teil Verschiedene Vorschriften

§ 331. Gerichtsferien

(1) (Geändert durch § 27 der Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 650 v. 8.8.2011; Nichtigklärung durch die Entscheidung des Verfassungsgerichts mit E. 2011/113 K. 2012/108 v. 18.7.2012; erneute Regelung durch § 25 Ges. Nr. 6494 v. 27.6.2013) Ämter und Gerichte, die sich mit Strafsachen befassen, unterbrechen jedes Jahr vom 20. Juli bis zum 31. August die Arbeit und nehmen sie am 1. September wieder auf.

(2) Von dem Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte wird festgelegt, in welcher Weise die Ermittlungsverfahren sowie Hauptverfahren mit Haftsachen oder andere als dringend anzusehende Angelegenheiten in der Justizpause bewältigt werden.

(3) Während der Dauer der Pause prüfen die Regionalgerichte und der Kassationsgerichtshof lediglich Urteile mit einer Haftsache oder Sachen, die nach dem Gesetz über die Verfahrensordnung für flagrante Straftaten erledigt werden.

(4) Fristen, die in die Gerichtsferien fallen, laufen nicht. Diese Fristen gelten ab

üç gün uzatılmış sayılır.

Madde 332. Bilgi isteme

(1) Suçların soruşturma ve kovuşturması sırasında Cumhuriyet savcısı, hâkim veya mahkeme tarafından yazılı olarak istenilen bilgilere on gün içinde cevap verilmesi zorunludur. Eğer bu süre içinde istenen bilgilerin verilmesi imkânsız ise, sebebi ve en geç hangi tarihte cevap verilebileceği aynı süre içinde bildirilir.

(2) Bilgi istenen yazıda yukarıdaki fıkra hükmü ile buna aykırı hareket etmenin Türk Ceza Kanununun 257 nci maddesine aykırılık oluşturabileceği yazılır. Bu durumda haklarında kamu davasının açılması, izin veya karar alınmasına bağlı bulunan kişiler hakkında, yasama dokunulmazlığı saklı kalmak üzere, doğrudan soruşturma yapılır.

Madde 333. Yönetmelik

(1) Bu Kanunda öngörülen yönetmelikler, aksine hüküm bulunmadıkça, ilgili bakanlıkların görüşü alınarak Adalet Bakanlığı tarafından çıkarılır.

Ek Madde 1. Kolluk görevlilerine yönelik özel hükümler (Ek: 3/5/2016 – 6713/10 md.)

(1) Kolluk görevlileri hakkındaki öldürme, kasten yaralama, işkence, zor kullanma yetkisine ilişkin sınırın aşılması ve suç işlemek amacıyla örgüt kurma suçları ile örgüt faaliyeti çerçevesinde işlenen suçlarla ilgili iddialara

dem Ende der Pause als um drei Tage verlängert.

§ 332. Auskunftsverlangen

(1) Auskünfte, die vom Staatsanwalt, Richter oder Gericht im Ermittlungs- oder Hauptverfahren wegen Straftaten schriftlich verlangt werden, sind innerhalb von zehn Tagen zu erteilen. Ist die Erteilung von verlangten Auskünften binnen dieser Frist unmöglich, so sind in derselben Frist der Grund dafür und das Datum mitzuteilen, das für die Erteilung spätestens vorgesehen wird.

(2) In dem Schreiben über das Auskunftsverlangen sind die Bestimmung des obigen Absatzes sowie die Tatsache festgehalten, dass eine Zuwiderhandlung einen Verstoß gegen § 257 des Türkischen Strafgesetzbuchs darstellen kann. Das Ermittlungsverfahren gegen Personen, gegen die die Erhebung der öffentlichen Klage einer Genehmigung oder Ermächtigung bedarf, ist abgesehen von der Abgeordnetenimmunität unmittelbar einzuleiten.

§ 333. Verordnungen

(1) Verordnungen, die in diesem Gesetz vorgesehen sind, werden vom Justizministerium nach der Einholung der Stellungnahme des betreffenden Ministeriums erlassen, soweit nichts anderes geregelt ist.

Zusatzparagraph 1. Besondere Vorschriften hinsichtlich Polizeibeamten (hinzugefügt durch § 10 Ges. Nr. 6713 v. 3.5.2016)

(1) Ermittlungen bezüglich der Vorwürfe gegen Polizeibeamte, die Totschlag, vorsätzliche Körperverletzung, Folter, Überschreitung der Grenzen einer Zwangsanwendungsbefugnis, Gründung einer Vereinigung mit dem Ziel der Be-

ilişkin soruşturmaları Cumhuriyet savcıları bizzat ve öncelikle yapar. Bu suçlardan dolayı kolluk görevlileri hakkında açılan davalar, acele işlerden sayılır. Bu tür davaların kanun yolu incelemesi de öncelikli olarak yapılır.

Geçici Madde 1

(Ek: 24/1/2013 – 6411/2 md.)

(1) Bu Kanunun 202 nci maddesinin beşinci fıkrasında öngörülen yönetmelik, Adalet Bakanlığınca bu maddeyi ihdas eden Kanunun yürürlüğe girdiği tarihten itibaren bir ay içinde çıkarılır. Bu yönetmelik uyarınca tercüman listeleri oluşturuluncaya kadar bu Kanunun 202 nci maddesinin dördüncü fıkrasında düzenlenen tercüme hizmetleri sanığın kendisi tarafından getirilen tercüman tarafından yerine getirilir.

Geçici Madde 2

(Ek: 11/4/2013 – 6459/21 md.)

(1) İnsan Haklarını ve Ana Hürriyetleri Korumaya Dair Sözleşmenin veya eki protokollerin ihlali suretiyle bir ceza hükmünün verildiğini tespit eden Avrupa İnsan Hakları Mahkemesinin kesinleşmiş kararlarından, 15.6.2012 tarihi itibarıyla Avrupa Konseyi Bakanlar Komitesi önünde denetlenmekte bulunanlar bakımından bu Kanunun 311 inci maddesinin ikinci fıkrası hükmü uygulanmaz. Bu durumda olanlar, bu maddenin yürürlüğe girdiği tarihten itibaren üç ay içinde yargılamının yenilenmesi talebinde bulunabilirler.

gehung von Straftaten sowie die im Rahmen der Tätigkeiten einer Vereinigung begangenen Straftaten betreffen, werden von den Staatsanwälten persönlich und vorrangig durchgeführt. Die wegen dieser Straftaten erhobenen Klagen gelten als Eilsachen. Auch in Rechtsmittelverfahren sind sie vorrangig zu prüfen.

Übergangsparagraph 1

(hinzugefügt durch § 2 Ges. Nr. 6411 v. 24.1.2013)

(1) Die in § 202 Abs. 5 dieses Gesetzes vorgesehene Verordnung wird vom Justizministerium binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten des diese Vorschrift einführenden Gesetzes erlassen. Bis die Dolmetscherlisten entsprechend dieser Verordnung erstellt werden, werden die in § 202 Abs. 4 dieses Gesetzes geregelten Dolmetscherdienste durch den Dolmetscher gewährleistet, den der Angeklagte selbst beigezogen hat.

Übergangsparagraph 2

(hinzugefügt durch § 21 Ges. Nr. 6459 v. 11.4.2013)

(1) Bei den rechtskräftig gewordenen Entscheidungen, in denen der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt hat, dass ein Strafurteil durch die Verletzung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder ihrer Zusatzprotokolle erfolgt ist und das Urteil auf dieser Verletzung beruht, ist § 311 Abs. 2 dieses Gesetzes auf diejenigen Entscheidungen nicht anzuwenden, die seit dem 15.6.2012 vom Ministerkomitee des Europarats überwacht werden. Die davon Betroffenen können binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieser Vorschrift die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen.

Madde 334. Yürürlük

(1) Bu Kanun, 1 Haziran 2005 tarihinde yürürlüğe girer.

Madde 335. Yürütme

(1) Bu Kanun hükümlerini Bakanlar Kurulu yürütür.

§ 334. Geltung

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Juni 2005 in Kraft.

§ 335. Durchführung

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes führt der Ministerrat durch.

Stichwortverzeichnis

A

Abgeordnetenimmunität § 332 Abs. 2
S. 2

Absehen von Strafe § 223 Abs. 3 und 4

Abwesenheit des Angeklagten
§§ 193 ff., 206 Abs. 1 S. 2, 244
Abs. 1, 247 Abs. 3

Akteneinsicht §§ 153 Abs. 1, 234
Abs. 1 lit. a Nr. 4

Alkoholttest § 75 Abs. 7

Amnestie § 144 Abs. 1 lit. c

Angeklagter § 2 Abs. 1 lit. b

- Ausbleiben §§ 193, 206 Abs. 1 S. 2
- Entfernung §§ 194 Abs. 1, 200
Abs. 1
- Vertretung durch Verteidiger § 197
Abs. 1

Anklagegrundsatz §§ 170 Abs. 1, 225
Abs. 1

Anklageschrift

- Erstellung § 170 Abs. 3 und 4
- Rückgabe (Zwischenverfahren)
§ 174 Abs. 1
- Zustellung § 176 Abs. 1

Aufschieben

- der Erhebung der öffentlichen Klage
§§ 172 Abs. 2, 253 Abs. 19 S. 2
- der Verkündung des Urteils § 231
Abs. 5

Augenschein § 83 f.

Aussageverweigerungsrecht

- des Beschuldigten §§ 147 Abs. 1
lit. e, 191 Abs. 2 lit. c
- des Zeugen § 48 Abs. 1

B

Befragung des Beschuldigten §§ 2
Abs. 1 lit. g, 147 Abs. 1

Befragung des Zeugen durch Verfahr-
ensbeteiligte §§ 58 Abs. 3 S. 3, 201
Abs. 1

Beschlagnahme §§ 123 Abs. 1 ff.

Beschleunigungsgrundsatz § 190
Abs. 1

Beweisantrag §§ 177 Abs. 1, 206
Abs. 2

Beweisaufnahme § 206 Abs. 1

Beweismittel

- rechtswidrig erlangt §§ 217 Abs. 2,
230 Abs. 1 lit. a, 289 Abs. 1 lit. i
- verspätetes Vorbringen § 207 Abs. 1
- Verzicht auf die Erhebung § 206
Abs. 3

Beweisurrogate §§ 180 Abs. 1 und 2,
196 Abs. 2, 209 Abs. 1, 211 Abs. 1,
212 Abs. 1 und 2, 213 Abs. 1, 214
Abs. 1

- Verbot § 210 Abs. 1

Beweiswürdigung § 217 Abs. 1 S. 2

D

Disziplinarhaft §§ 2 Abs. 1 lit. 1, 60 Abs. 1, 124 Abs. 2, 203 Abs. 3

Dolmetscher §§ 56 Abs. 1, 202, 324 Abs. 5 und Übergangsparagraph 1 Abs. 1

Durchsuchung §§ 116 ff.
– eines Computers § 134

E

Einigung §§ 171 Abs. 3, 174 Abs. 1 lit. c, 231 Abs. 5, 253 ff.

Einstellung

- Ermittlungsverfahren §§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 und 2, 253 Abs. 19
- Hauptverfahren §§ 223 Abs. 7 ff., 254 Abs. 2
- Strafklageverbrauch §§ 172 Abs. 2, 173 Abs. 6

Einziehung und Verfall §§ 123 Abs. 1, 256 ff.

Entschädigung wegen rechtswidriger Ermittlungsmaßnahmen §§ 141 ff.

Erkennungsdienstliche Maßnahmen § 81 Abs. 1

Ermittlungsgrundsatz § 160 Abs. 1

F

Faires Verfahren § 160 Abs. 2

Feststellung des Alters § 218 Abs. 2

Forensische Ermittlungsmaßnahmen §§ 74 ff.

G

Gefährdung des Ermittlungszwecks §§ 87 Abs. 4, 107 Abs. 2, 153 Abs. 2

Gegenüberstellung § 81 Abs. 1

Geheimhaltung

- Ermittlungsergebnisse §§ 58 Abs. 2, 139 Abs. 3 S. 2, 157 Abs. 1
- Staatsgeheimnisse §§ 47 Abs. 1, 125 Abs. 1

Geisteskrankheit §§ 45, 74 Abs. 1, 76 Abs. 4, 90 Abs. 3, 221 Abs. 1 lit. a, 223 Abs. 3 lit. a, 239 Abs. 2

H**Hauptverhandlung**

- Ausschluss §§ 47 Abs. 1, 58 Abs. 1, 125 Abs. 2, 183 Abs. 1, 185 Abs. 1, 209 Abs. 1
- Eröffnung § 175 Abs. 1
- Leitung, Ordnung, Disziplin §§ 192 Abs. 1, 203 ff.
- Öffentlichkeit § 182 Abs. 1
- Protokoll §§ 209 ff.
- Unterbrechung § 190 Abs. 1
- Verschleppung §§ 31 Abs. 1 lit. c, 178 Abs. 1 S. 3, 202 Abs. 4 lit. b, 206 Abs. 2 lit. c
- Vorbereitung §§ 175 ff.

J

Justizielle Kontrolle §§ 109 ff.

K

Klageerzwingungsverfahren § 173

Konzentrationsmaxime § 191 Abs. 1 S. 1

Kriminalpolizei §§ 160 Abs. 2, 164 Abs. 1

L

Legalitätsgrundsatz § 160 Abs. 1

M

Mündlichkeitsgrundsatz § 217 Abs. 1
S. 1

N

Nebenklageverfahren §§ 237 ff.

Notveräußerung § 132 Abs. 1

O

Offizialmaxime § 160 Abs. 1

Opportunitätsgrundsatz §§ 171
Abs. 1 und 2, 172 Abs. 2, 253
Abs. 19

P**Polizeigewahrsam**

- Freilassung § 91 Abs. 1, 4 und 5
- präventiv § 91 Abs. 4
- repressiv § 91 Abs. 1

R

Rechtsanwalt § 2 Abs. 1 lit. c und d

Rechtsanwaltsbüro

- Durchsuchung und Beschlagnahme
§ 130 Abs. 1

Richter

- Ablehnung § 24 Abs. 1 ff.
- Ausschluss §§ 22, 23
- richterliche Vernehmung §§ 147
Abs. 1, 191 Abs. 2 lit. d

S

Sachkundiger § 67 Abs. 6

Sachverständiger §§ 62 ff.

Schlichter § 253 Abs. 9

Schlichtung §§ 171 Abs. 3, 174 Abs. 1
lit. c, 231 Abs. 5, 253 ff.

Staatsanwalt § 170 Abs. 1

Staatsgeheimnis §§ 47 Abs. 1, 125
Abs. 1

Standortermittlung § 135 Abs. 6

Steckbrief §§ 90 Abs. 1–3, 146 Abs. 1,
199 Abs. 1

Strafregister §§ 2 Abs. 1 lit. 1, 38/A
Abs. 10, 209 Abs. 1

T

Tatortbesichtigung § 85 Abs. 1

Tätige Reue §§ 171 Abs. 1, 223 Abs. 4
lit. a

Technische Aufnahmen §§ 147 Abs. 1
lit. h, 219 Abs. 1 S. 3

Technische Observation im öffent-
lichen Raum und an der Arbeitsstelle

- Bilder
Aufnahme § 140 Abs. 1
- Gespräche
Abhörnung § 140 Abs. 1
Aufzeichnung § 140 Abs. 1
- Unantastbarkeit der Wohnung § 140
Abs. 5

Telekommunikationsüberwachung

- Abhörnung § 135 Abs. 1
- Abruf von Verkehrs- und Signal-
daten § 135 Abs. 1
- Aufzeichnung § 135 Abs. 1

U

Übertragung des Verfahrens § 19
Abs. 1

Übertragung in Ton und Bild §§ 58
Abs. 3, 94 Abs. 2, 180 Abs. 5, 196
Abs. 4

Unmittelbarkeitsgrundsatz §§ 210

Abs. 1, 217 Abs. 1 S. 1

Untersuchungshaft

- Gründe §§ 100 Abs. 1 und 2, 112 Abs. 1
- Höchstdauer §§ 90 Abs. 1, 3 und 4, 102 Abs. 1 und 2, 112 Abs. 2
- Prüfung §§ 91 Abs. 5, 108 Abs. 1 und 2
- Verbot § 100 Abs. 1 S. 2 und Abs. 4

Urkunde §§ 209 ff.**Urteil** § 223 Abs. 1

- Gründe § 230
- Umfang § 225 Abs. 1

V**Verbotene Methoden**

bei der Befragung und Vernehmung
§ 148 Abs. 1 und 2

Verdeckter Ermittler § 139 Abs. 1**Verlesung von Urkunden und Protokollen**

in der Hauptverhandlung §§ 209 ff.

Verteidiger § 2 Abs. 1 lit. c

- Pflichtverteidiger §§ 74 Abs. 2, 91 Abs. 7, 101 Abs. 3, 150 Abs. 2 und 3, 151 Abs. 5, 204 Abs. 1 S. 3, 247 Abs. 4
- Rechtshilfeverteidiger § 150 Abs. 1
- Wahlverteidiger §§ 147 Abs. 1 lit. c, 149 Abs. 1, 150 Abs. 1

Vertretung juristischer Personen

§ 249 Abs. 1

Vorläufige Festnahme § 90 Abs. 1**W****Willensfreiheit** § 148 Abs. 1 S. 1**Z****Zeuge** §§ 43 ff.**Zwangsvorführung** §§ 146 Abs. 1, 176 Abs. 1, 193 Abs. 1, 19

Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht

Die zentralen Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht werden in Zusammenarbeit mit dem Verlag Duncker & Humblot in den folgenden vier Unterreihen der „Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht“ vertrieben:

- „Strafrechtliche Forschungsberichte“,
- „Kriminologische Forschungsberichte“,
- „Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie“ sowie
- „Sammlung ausländischer Strafgesetzbücher in deutscher Übersetzung“.

Diese Publikationen können direkt über das Max-Planck-Institut unter <www.mpicc.de> oder über den Verlag Duncker & Humblot unter <www.duncker-humblot.de> erworben werden.

Darüber hinaus erscheinen im Hausverlag des Max-Planck-Instituts in der Unterreihe „research in brief“ zusammenfassende Kurzbeschreibungen von Forschungsergebnissen und in der Unterreihe „Arbeitsberichte“ Veröffentlichungen vorläufiger Forschungsergebnisse. Diese Veröffentlichungen können über das Max-Planck-Institut bezogen werden.

Detaillierte Informationen zu den einzelnen Publikationen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht sind unter <www.mpicc.de> abrufbar.

The main research activities of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law are published in the following four subseries of the “Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht” (Research Series of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law), which are distributed in cooperation with the publisher Duncker & Humblot:

- “Strafrechtliche Forschungsberichte” (Reports on Research in Criminal Law),
- “Kriminologische Forschungsberichte” (Reports on Research in Criminology),
- “Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie” (Reports on Interdisciplinary Research in Criminal Law and Criminology), and
- “Sammlung ausländischer Strafgesetzbücher in deutscher Übersetzung” (Collection of Foreign Criminal Laws in German Translation).

These publications can be ordered from the Max Planck Institute at <www.mpicc.de> or from Duncker & Humblot at <www.duncker-humblot.de>.

Two additional subseries are published directly by the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law: “research in brief” contains short reports on results of research activities, and “Arbeitsberichte” (working materials) present preliminary results of research projects. These publications are available at the Max Planck Institute.

Detailed information on all publications of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law can be found at <www.mpicc.de>.



Sammlung ausländischer Strafgesetzbücher in deutscher Übersetzung:

- G 124 **The Greek Penal Code**
English translation by Vasiliki Chalkiadaki
and Emmanouil Billis
Introduction by Emmanouil Billis
2017 • 238 Seiten • ISBN 978-3-86113-794-8 € 45,00
- G 123 **Das norwegische Strafgesetz • Lov om straf (straffeloven)**
Zweisprachige Ausgabe
Deutsche Übersetzung und Einführung
von Karin Cornils und Erling Johannes Husabø
2014 • 297 Seiten • ISBN: 978-3-86113-817-4 € 45,00
- G 122 **Das portugiesische Strafgesetzbuch • Código penal português**
Zweisprachige Ausgabe
Deutsche Übersetzung und Einführung
von Joao Manuel Fernandes
2010 • 285 Seiten • ISBN 978-3-86113-844-0 € 45,00
- G 121 **Das französische Strafgesetzbuch • Code pénal**
Zweisprachige Ausgabe
Deutsche Übersetzung von Gesine Bauknecht
und Lieselotte Lüdicke
Einführung von Heike Jung und Julien Walther
2. Auflage, aktualisiert und übersetzt von Lieselotte Lüdicke
2009 • 492 Seiten • ISBN 978-3-86113-850-1 € 60,00
- G 120 **Das dänische Strafgesetz • Straffeloven**
Deutsche Übersetzung und Einführung
von Karin Cornils und Vagn Greve
3., vollständig aktual. Auflage 2009 • 217 Seiten • ISBN 978-3-86113-851-8 € 45,00
- G 119 **Das Strafgesetzbuch der argentinischen Nation
Código Penal de la Nación Argentina**
Zweisprachige Ausgabe
Einführung von Eugenio Raúl Zaffaroni
Deutsche Übersetzung von Dirk Styma
2009 • 215 Seiten • ISBN 978-3-86113-856-3 € 45,00
- G 118 **Das türkische Strafgesetzbuch • Türk Ceza Kanunu**
Zweisprachige Ausgabe
Deutsche Übersetzung und Einführung von Silvia Tellenbach
2008 • 224 Seiten • ISBN 978-3-86113-858-7 € 45,00
Aktualisierung auf den Stand 25.10.2012
www.mpicc.de/ww/de/pub/forschung/publikationen/uebersetzungen/g118.htm
- G 117 **Die bulgarische Strafprozessordnung**
Deutsche Übersetzung von Irina Gencheva
Einführung von Lazar Gruev
2007 • 196 Seiten • ISBN 978-3-86113-867-9 € 40,00



Publikationen aus dem Projekt „Nationale Rechtsvergleichung“:

- S 128.1.1 *Ulrich Sieber / Konstanze Jarvers / Emily Silverman (eds.)*
National Criminal Law in a Comparative Legal Context
Introduction to National Systems
England and Wales, Scotland, Sweden, Switzerland
2013 • 314 Seiten • ISBN 978-3-86113-822-8 € 40,00
- S 128.1.2 Introduction to National Systems
Australia, Côte d'Ivoire, Greece, South Korea
2013 • 363 Seiten • ISBN 978-3-86113-826-6 € 43,00
- S 128.1.3 Introduction to National Systems
China, Japan, Poland, Turkey
2014 • 297 Seiten • ISBN 978-3-86113-818-1 € 40,00
- S 128.1.4 Introduction to National Systems:
Austria, France, Russia, Uganda
2014 • 391 Seiten • ISBN 978-3-86113-810-5 € 43,00
- S 128.2.1 *Ulrich Sieber / Susanne Forster / Konstanze Jarvers (eds.)*
National Criminal Law in a Comparative Legal Context
General limitations on the application of criminal law
Australia, Bosnia and Herzegovina, Hungary, India, Iran, Japan, Romania,
Russia, Switzerland, Uruguay, USA
2011 • 399 Seiten • ISBN 978-3-86113-834-1 € 43,00
- S 128.2.2 *Ulrich Sieber / Konstanze Jarvers / Emily Silverman (eds.)*
National Criminal Law in a Comparative Legal Context
General limitations on the application of criminal law
France, Greece, Korea, Portugal, Sweden, Thailand, Turkey, Uganda
2017 • 272 Seiten • ISBN 978-3-86113-798-6 35,00 €
- S 128.3.1 Defining criminal conduct
Australia, Bosnia and Herzegovina, Hungary, India, Iran, Japan,
Romania, Russia, Switzerland, Uruguay, USA
2011 • 519 Seiten • ISBN 978-3-86113-833-4 € 46,00
- S 128.4.1 Special forms of criminal liability
Australia, Japan, Russia, Switzerland, Turkey, Uganda
2015 • 401 Seiten • ISBN 978-3-86113-803-7 € 43,00
- S 128.5.1 Grounds for rejecting criminal liability
Australia, Japan, Russia, Switzerland, Turkey, Uganda
2016 • 410 Seiten • ISBN 978-3-86113-800-6 € 43,00



- S 114.1 *Ulrich Sieber/Karin Cornils* (Hrsg.)
Nationales Strafrecht in rechtsvergleichender Darstellung
– Allgemeiner Teil –
Grundlagen
2009 • 790 Seiten • ISBN 978-3-86113-849-5 € 55,00
- S 114.2 **Gesetzlichkeitsprinzip – Internationaler Geltungs-**
bereich – Begriff und Systematisierung der Straftat
2008 • 470 Seiten • ISBN 978-3-86113-860-0 € 41,00
- S 114.3 **Objektive Tatseite – Subjektive Tatseite –**
Strafbares Verhalten vor der Tatvollendung
2008 • 490 Seiten • ISBN 978-3-86113-859-4 € 41,00
- S 114.4 **Tatbeteiligung – Straftaten in Unternehmen,**
Verbänden und anderen Kollektiven
2010 • 527 Seiten • ISBN 978-3-86113-842-6 € 45,00
- S 114.5 **Gründe für den Ausschluss der Strafbarkeit –**
Aufhebung der Strafbarkeit – Verjährung
2010 • 718 Seiten • ISBN 978-3-86113-841-9 € 55,00

Weitere Publikationen aus dem strafrechtlichen Veröffentlichungsprogramm:

- S 158 *Hannes Schrögle*
Das begehungsgleiche Unterlassungsdelikt
Eine rechtsgeschichtliche, rechtsdogmatische
und rechtsvergleichende Untersuchung
und die Entwicklung eines Systems der Garantietypen
2017 • 339 Seiten • ISBN: 978-86113-793-1 € 35,00
- S 156 *Ulrich Sieber / Nicolas von zur Mühlen* (eds.)
Access to Telecommunication Data in Criminal Justice
A Comparative Analysis of European Legal Orders
2016 • 771 Seiten • ISBN 978-3-86113-796-2 € 58,00
- S 155 *Jennifer Schuetze-Reymann*
International Criminal Justice on Trial
The ICTY and ICTR Case Referral Practice
to National Courts and Its Possible
Relevance for the ICC
2016 • 232 Seiten • ISBN 978-3-86113-797-9 € 35,00
- S 154 *Carl-Wendelin Neubert*
Der Einsatz tödlicher Waffengewalt
durch die deutsche auswärtige Gewalt
2016 • 391 Seiten • ISBN 978-3-86113-799-3 € 41,00



- S 153 *Mehmet Arslan*
**Die Aussagefreiheit des Beschuldigten
in der polizeilichen Befragung**
Ein Vergleich zwischen der EMRK, dem deutschen
und dem türkischen Recht
2015 • 670 Seiten • ISBN 978-3-86113-801-3 € 55,00
- S 152 *Albin Eser / Walter Perron (Hrsg.)*
**Strukturvergleich strafrechtlicher Verantwortlichkeit
und Sanktionierung in Europa**
Zugleich ein Beitrag zur Theorie der Strafrechtsvergleichung
2015 • 1147 Seiten • ISBN 978-3-86113-802-0 € 66,00
- S 151 *Emmanouil Billis*
**Die Rolle des Richters im adversatorischen und im
inquisitorischen Beweisverfahren**
Modelltheoretische Ansätze, englisches und deutsches
Beweisführungssystem, internationalrechtliche Dimensionen
2015 • 503 Seiten • ISBN 978-3-86113-804-4 € 44,00
- S 150 *Ulrich Sieber / Benjamin Vogel*
Terrorismusfinanzierung
Prävention im Spannungsfeld von internationalen
Vorgaben und nationalem Tatstrafrecht
2015 • 237 Seiten • ISBN 978-3-86113-805-1 € 35,00
- S 149 *Stefan Drackert*
Die Risiken der Verarbeitung personenbezogener Daten
Eine Untersuchung zu den Grundlagen des Datenschutzrechts
2014 • 338 Seiten • ISBN 978-3-86113-806-8 € 35,00
- S 148 *Harald Weiß*
Haft ohne Urteil
Strafprozessuale Freiheitsentziehungen
im deutsch-französischen Vergleich
2015 • 891 Seiten • ISBN 978-3-86113-807-5 € 60,00
- S 147 *Lennart M. Hügel*
**Strafbarkeit der Anschlagsvorbereitung durch terroristische
Einzeltäter und deren Unterstützer**
Eine rechtsvergleichende Untersuchung anhand der deutschen
und amerikanischen Rechtsordnung
2014 • 260 Seiten • ISBN 978-3-86113-808-2 € 35,00
- S 146 *Jon Petter Rui / Ulrich Sieber (eds.)*
Non-Conviction-Based Confiscation in Europe
Possibilities and Limitations on Rules Enabling Confiscation
without a Criminal Conviction
2015 • 306 Seiten • ISBN 978-3-86113-809-9 € 40,00